

**Die Christlich-Demokratische Union
in Aachen
- Von der Gründung bis zur
Konsolidierung -**

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von
Claudia Conrads

aus
Aachen

Bonn 2006

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn.

Tag der mündlichen Prüfung: 25.09.2006

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Priv.-Doz. Dr. Volker Kronenberg (Vorsitzender)

Prof. Dr. Michael Schneider (Betreuer und Gutachter)

Prof. Dr. Tilman Mayer (Gutachter)

Prof. Dr. Gerd Langguth (weiteres prüfungsberechtigtes
Mitglied)

Diese Dissertation ist auf dem Hochschulschriftenserver
der ULB Bonn http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online/
elektronisch publiziert.

Danksagung

Ein herzliches Wort des Dankes geht zuerst an Prof. Dr. Michael Schneider, auf dessen Anregung die vorliegende Untersuchung entstanden ist. Als Betreuer und Gutachter meiner Promotion hat er die Untersuchung über Jahre hinweg mit seinem fachlichen Rat gefördert und mir bei der Bewältigung äußerer Hemmnisse geholfen. Sein anhaltendes Interesse am Fortgang der Studie war eine wesentliche Hilfe.

Des Weiteren gilt mein Dank Prof. Dr. Tilman Mayer, dem Zweitgutachter der Arbeit.

Danken möchte ich zudem dem CDU-Kreisverband Aachen und hier insbesondere dem Kreisvorsitzenden und Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Armin Laschet. Ohne die großzügig gewährte Möglichkeit der Akteneinsicht hätte das Projekt wohl nicht durchgeführt werden können.

Trotz anfänglicher Schwierigkeiten wurde ich während meiner Studien von den Mitarbeitern der kommunalen und regionalen Archive in unbürokratischer Weise unterstützt und beraten. Hier gilt ein besonderer Dank den Mitarbeitern des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf und des Stadtarchivs Aachen, die bereitwillig meinen zahlreichen Aktenanforderungen nachkamen und mich auf weitere themenrelevante Quellenbestände hinwiesen. Entgegenkommen und Hilfe bei der Quellenerschließung fand ich ebenso in allen von mir aufgesuchten Bibliotheken.

Außerdem möchte ich den Europaabgeordneten Dr. Peter Liese und Dr. Thomas Ulmer für ihr Verständnis und Entgegenkommen danken.

Ebenso danke ich den Interviewpartnern und all jenen, die Material zur Verfügung stellten oder durch schriftliche und mündliche Auskünfte zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben.

Schließlich bin ich meinen Eltern zu tiefem Dank verpflichtet, die mich in jeder Phase der Promotion von Herzen ermuntert haben. Sie haben erheblich dazu beigetragen, die Arbeit erfolgreich zum Abschluss zu bringen, indem sie mir zahlreiche alltägliche Gänge und Belastungen abnahmen.

Claudia Conrads

Aachen, im Juni 2006

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Die Ausgangslage: Zwischen der Schlacht um Aachen im Herbst 1944 und der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945	10
1.1 Wirtschaftliche und soziale Situation	10
1.1.1 In der Vorkriegszeit	11
1.1.2 Die letzten Tage vor der Aufgabe der Stadt	12
1.1.3 Die Bilanz der kriegsbedingten Zerstörung der Stadt	20
1.1.4 Die Situation unmittelbar nach Kriegsende	21
1.1.5 Ernährungslage	29
1.1.6 Hilfe zur Selbsthilfe	35
1.1.7 Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs	38
1.1.8 Wohnungslage	39
1.1.9 Die Trümmerbeseitigung	43
1.1.10 Brennmaterial	45
1.2 Gesellschaftspolitische Situation	46
1.2.1 Bevölkerungszahlen	46
1.2.2 Flüchtlinge	48
1.2.3 Die Besatzungsmächte	48
1.2.4 Die geistige Haltung der Aachener Bevölkerung	52
1.2.5 Das Verhalten der alliierten Besatzungsmächte gegenüber der Bevölkerung	63
1.2.5.1 Die amerikanischen Truppen und die deutsche Bevölkerung	63
1.2.5.2 Die britischen Truppen und die deutsche Bevölkerung	65
2. Entstehung des politischen Lebens	69
2.1 Die Grundideen der britischen Besatzung	70
2.2 Strategie der britischen Besatzungsmacht für das Nachkriegsdeutschland	74
2.3 Die Aachener Bevölkerung	75
2.4 Umgang mit dem Nationalsozialismus	78

2.5 Erste Versuche, das öffentliche Leben wiederherzustellen	81
2.6 Die Voraussetzungen für erste politische Aktivitäten	84
2.7 Entstehung der parteipolitischen Landschaft	88
2.7.1 Zentrum - Historie und Wiedergründung	88
2.7.2 Die Christlich-Demokratische Union (CDU)	101
2.7.2.1 Berlin	103
2.7.2.2 Köln	106
2.7.2.3 Aachen	108
2.7.2.4 Die Gründung der Landespartei	108
2.7.2.5 Die unterschiedlichen Namensgebungen	111
2.7.3 Die Wiedergründung der KPD, SPD und RVP	114
2.7.3.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) - Historie und Wiedergründung	114
2.7.3.2 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) - Historie und Wiedergründung	121
2.7.3.3 Die Rheinische Volkspartei (RVP)	124
2.8 Das Verhältnis der Parteien zueinander	124
3. Die Parteigründer	126
3.1 Ihre politische Herkunft	126
3.1.1 Widerstand gegen den Nationalsozialismus	127
3.1.2 Die geistigen Grundlagen der Gründer	128
3.2 Die Parteigründer am Beispiel von Dr. Albert Maas und Dr. Helene Weber	134
3.2.1 Der schulische und berufliche Werdegang	135
3.2.2 Politische Aktivitäten während der Weimarer Republik	143
3.2.3 Verhalten während der Machtergreifung und im Dritten Reich	147
3.2.4 Kapitulation und Besetzung im Leben von Maas und Weber	161
3.3 Profile weiterer Parteigründer	170
4. Die Entwicklung zur Christlich-Demokratischen Union	173

4.1 Auf der Suche nach Gleichgesinnten	173
4.2 Die Reaktion der Militärregierung auf die politischen Aktivitäten	179
4.3 Technische und organisatorische Schwierigkeiten auf dem Weg zur Gründung	184
5. Erste Schritte: Von der Gründung am 19. September 1945 bis zur Genehmigung durch die britische Militärregierung im März 1946	187
5.1 Der vorläufige Arbeitsausschuss zur Gründung der Aachener CDP	187
5.2 Erste Programmüberlegungen	190
5.2.1 Kölner Leitsätze	191
5.2.2 Das Programm von Neheim-Hüsten	196
5.2.3 Ahlener Programm	197
5.3 Warten auf die Genehmigung von der Militärregierung	202
5.4 Gründungsveranstaltung am Mittwoch, den 19. September 1945	203
5.5 Die Pressepolitik	205
5.5.1 Entstehung der parteinahen „Aachener Volkszeitung“	205
5.5.2 Die britische Pressepolitik	209
5.5.3 Die „Aachener Nachrichten“	210
5.5.4 Der Papiermangel	218
5.5.5 Die „Aachener Volkszeitung“	221
5.6 Erneutes Warten auf Genehmigung	235
6. Die gesellschaftliche Verankerung der Partei in den Anfangsjahren	248
6.1 Wiedererwachen des kulturellen Lebens in der Stadt	248
6.2 Gründung des Lesekreises „Corona Legentium Aquensis“	257
6.3 Gründung des Internationalen Karlspreises zu Aachen	260
6.4 Verbindungen ins Ausland	265
6.4.1 Beziehungen zu den Niederlanden	265
6.4.2 Beziehungen zu Belgien	273
6.5 Verbindungen zum erwachenden Vereinsleben	277
6.5.1. Alemannia Aachen	278

6.5.2. Aachen-Laurensberger Rennverein (ALRV)	280
6.5.3. Aachener Karnevalsverein (AKV)	283
7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone	286
7.1 Organisatorische und personelle Fragen	286
7.2 Erste Aktivitäten und Probleme nach der Genehmigung der Partei	289
7.3 Gründung der Parteiorganisationen	299
7.3.1 Die Gründung der CDU im Landkreis Aachen am Beispiel von Brand	300
7.3.2 Die Gründung der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (CDA)	306
7.3.2.1 Die Gründung der Gewerkschaften in Aachen	306
7.3.2.2 Die Gründung der „Sozialausschüsse“	312
7.3.3 Die Gründung der Frauen Union	317
7.3.4 Die Gründung der Jungen Union (JU)	320
7.3.5 Die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs und die Gründung des RCDS	324
7.4 Der erste Wahlkampf und die Adenauerkundgebung	331
7.5 Die erste Wahl in Aachen und der britischen Zone am 13. Oktober 1946	337
Schlussbetrachtung	339
Abkürzungsverzeichnis	352
Quellen- und Literaturverzeichnis	355
I. Ungedruckte Quellen	355
II. Zeitungen	359
III. Schriftliche Auskünfte	359
IV. Mündliche Auskünfte	359
V. Gedruckte Quellen und Darstellungen	360
VI. Quellen aus dem Internet	385
Curriculum Vitae	386

Einleitung

„Die wenigsten [Menschen] sind in der Lage, abzuschätzen, was es bedeutet, wenn ein Staat vollkommen zusammenbricht und auch die Idee, die ihn getragen hat, nichts mehr bedeutet. Ja mehr noch, wenn die Idee, die ihn getragen hat, einen Haß gegen alles Staatliche und alle Politik zurückgelassen hat.“¹

Diese von Dr. Albert Maas (*1888 †1970), dem Mitbegründer der Aachener CDU und späteren Oberbürgermeister der Stadt stammende Aussage bildet die Grundlage für diese Arbeit über die Situation der Christlich-Demokratischen Union in Aachen. Die in dieser Arbeit behandelte Phase der Geschichte der Aachener CDU umfasst den Zeitraum, mit den für das Verständnis notwendigen Rückgriffen, von der Gründung der Partei bis zur Konsolidierung. In dieser Untersuchung wird der Begriff Konsolidierung für die Festigung der Partei durch ihre Genehmigung durch die britische Militärregierung, eine gewisse Anzahl an Mitgliedern, einen festen Mitgliederbeitrag sowie durch die Einstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters und eine Verankerung der Partei im Gesellschaftsleben sowie durch entsprechende Wahlergebnisse verwendet.

Die Quellenlage ist aufgrund der lückenhaften bzw. fehlenden Dokumentation nicht unproblematisch. Die Arbeit basiert vor allem auf den Quellen des Kreisverbandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in der Stadt Aachen. Hierbei handelt es sich vor allem um Gründungsaufrufe, Sitzungsprotokolle, Mitgliederlisten und den in Stadt und Landkreis Aachen geführten Schriftverkehr mit der Kommandantur der britischen Militärregierung, die im Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf archiviert sind. Für die Verordnungen der britischen Militärregierung sowie weitere Dokumente über die letzten Kriegstage und den Wiederaufbau der Stadt erwies sich die gute Zugänglichkeit der Bestände des Stadtarchivs Aachen, wo ohne nennenswerte Einschränkung alle gewünschten Akten aus der gesam-

¹ Memoiren Dr. Albert Maas: „Im schwankenden Kahn“, STA 1200, Bd. II, S. 95. Künftig zitiert: Maas: M, Bd. II, a. a. O. S.).

ten Nachkriegszeit eingesehen werden konnten, als besonders günstig.

Da der behandelte Zeitraum unter anderem aufgrund des damaligen Papiermangels durch seine Schriftlosigkeit gekennzeichnet ist, ist die Quellenlage nicht unproblematisch. Aus diesem Grund wurde das Fehlen von Primärquellen stets durch Informationen aus der Tages- und Wochenpresse sowie durch Gespräche mit „Zeitzeugen“ ergänzt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der eigene Erfahrungswert die Aussagen der „Zeitzeugen“ mitprägt. Des Weiteren stehen zur Recherche die Memoiren eines Hauptgründungsmitglieds (Dr. Albert Maas) und des späteren Oberstadtdirektors (Albert Servais, *1887 †1974) zur Verfügung.

Neben diesen Quellen wird für die einzelnen Kapitel der Untersuchung eine Vielzahl von Sekundärliteratur hinzugezogen, die sowohl für die gesamtdeutsche Lage als auch für die spezifische Entwicklung während dieser Zeit in Aachen vorliegt.

Im ersten Kapitel wird die Ausgangssituation, also die Zeit zwischen der Schlacht um Aachen im Herbst 1944 und der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945, unter wirtschaftlichen und sozialen sowie gesellschaftspolitischen Aspekten untersucht. In Hinblick auf die wirtschaftliche Situation wird – nach einem notwendigen Rückgriff auf die Schwierigkeiten während der Zeit des Nationalsozialismus und des Krieges sowie der damit verbundenen Zerstörung der Industrie – die Situation unmittelbar nach Kriegsende im Vordergrund der Betrachtungen stehen. Die hier dargestellten Probleme im Bereich der Ernährungs- und Wohnungslage sowie bei der Beschaffung von Brennstoffen werden im Verlauf der Untersuchung immer wieder als zu bewältigende politische Aufgaben aufgegriffen werden. Ein weiteres Interessensfeld dieser Arbeit bildet die gesellschaftspolitische Situation. Neben einer kurzen Darstellung der Bevölkerungs- und Flüchtlingssituation der Stadt steht das Verhältnis zwischen der Aachener Bevölkerung und den Besatzungsmächten im Mittelpunkt der Betrachtungen.

Hierbei soll zunächst aufgezeigt werden, welche geistige Haltung die Aachener nach dem Ende des Nationalsozialismus und des Krieges hatten, und ob sie noch von der nationalsozialistischen Ideologie gefangen waren oder ob die alliierten Streitkräfte als Befreier vom nationalsozialistischen Regime betrachtet wurden. Zur besseren Einordnung der geistigen Haltung der Aachener Bevölkerung während dieser Zeit wird ein kurzer Rückgriff auf die Zeit Aachens in der nationalsozialistischen Diktatur erfolgen. Die sich daraus ergebende Haltung der Aachener Bevölkerung bildete die Grundlage für das Verhalten der alliierten Besatzungsmächte bei der Befreiung und während der ersten Monate der Besetzung der Stadt. Neben den amerikanischen Truppen, die Aachen im Herbst 1944 befreiten, spielten auch die britischen Streitkräfte, die die Militärregierung im Juni 1945 nach der Aufteilung des Deutschen Reiches in Besatzungszonen übernahmen, eine wesentliche Rolle. Neben der geistigen Haltung der Aachener Bevölkerung waren auch die Grundideen der britischen Besatzungspolitik sowie mögliche Verhaltensänderungen nach der Aufdeckung der nationalsozialistischen Verbrechen, auf die zum Abschluss des ersten Kapitels eingegangen werden soll, von Bedeutung.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen des zweiten Kapitels steht die Entstehung des politischen Lebens in Deutschland im Allgemeinen und in Aachen im Besonderen. Zunächst muss hier die Haltung der britischen Besatzungsmacht gegenüber dem langsamen Wiedererwachen der politischen Aktivitäten dargestellt werden, bevor in einem zweiten Schritt die Haltung der Aachener Bevölkerung untersucht wird. An dieser Stelle muss auch untersucht werden, wie die in Aachen agierende Besatzungsmacht mit dem Nationalsozialismus umging. Diesem Umgang mit dem Nationalsozialismus kommt im dritten Kapitel bei der Frage nach den Parteigründern eine besondere Bedeutung zu. Im weiteren Verlauf werden die ersten Versuche der späteren Aachener Christdemokraten, das öffentliche Leben wiederherzustellen, dargestellt. In Bezug darauf muss das Hauptaugenmerk auf die von den Alliierten für die ersten politischen Aktivitäten vorgegebenen

Voraussetzungen, wie beispielsweise den Lizenzierungszwang und die möglichen Einschränkungen der entstehenden Parteiarbeit, gerichtet werden. Im weiteren Verlauf des zweiten Kapitels wird die Aufmerksamkeit der Entstehung der Aachener parteipolitischen Landschaft gelten. Zunächst wird hier die Zentrums-
partei, mit ihrer Historie und Wiedergründung, im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Aus der Historie der Zentrums-
partei und den Erfahrungen während der nationalsozialistischen Ge-
waltherrschaft entwickelte sich der Gedanke der Gründung einer
interkonfessionellen Partei. Hieraus ergibt sich die Frage,
wie und ob dieser Gedanke durch die Entstehung der Christlich-
Demokratischen Union umgesetzt wurde. In Bezug auf die Entste-
hung der CDU werden die Gründungsversammlungen in Berlin und
Köln als geistige Grundlage für die weitere Entwicklung in
Deutschland und vor allem in Aachen kurz dargestellt, bevor
auf die Gründung der Landespartei, als Sammlung der vielerorts
unabhängig voneinander entstandenen CDU-Gründungen, eingegan-
gen wird. Hierbei ist bemerkenswert, dass sich die unabhängig
voneinander gebildeten interkonfessionellen Parteien unter-
schiedliche Namen gegeben haben. Das breite Namensspektrum
wurde erst auf der ersten Reichstagung der Christlichen Demo-
kraten im Dezember 1945 in Bad Godesberg aufgehoben. Neben der
Zentrums-
partei, die dem katholischen und damit „rechten“ Par-
teienspektrum zugerechnet werden kann, und der interkonfessio-
nellen CDU als Partei der Mitte wird in diesem Kapitel kurz
das „linke“ parteipolitische Spektrum der neu entstehenden
Parteienlandschaft untersucht. Neben der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, deren Historie und Wiedergründung kurz
dargestellt werden, stehen die Kommunistische Partei sowie die
Rheinische Volkspartei hierbei im Mittelpunkt der Betrachtun-
gen. Abschließend soll kurz das Verhältnis der politischen
Parteien zueinander in Hinblick auf Parteistreitigkeiten und
Machtansprüche untersucht werden.

Nach diesem kurzen Abriss des Wiederauflebens der parteipoli-
tischen Landschaft stellt sich im dritten Kapitel der Untersu-
chung die Frage nach den Parteigründern. Wer waren die Männer

und Frauen, die nach dem Ende des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges wieder die Initiative ergriffen und parteipolitisch aktiv wurden? Bevor in einem weiteren Schritt zwei Gründer der Christlich-Demokratischen Union exemplarisch vorgestellt werden sollen, wird zunächst auf die Verbindung der Männer und Frauen der ersten Stunde zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime und damit auf die geistige Grundlage der Parteigründer im Allgemeinen eingegangen werden. Im Folgenden werden die Parteigründer am Beispiel von Dr. Albert Maas und Dr. Helene Weber (*1881 †1962) vorgestellt. Der Blick auf den schulischen und beruflichen Werdegang der beiden Parteigründer soll eine eventuelle Prägung durch das Elternhaus auf den späteren politischen Werdegang aufzeigen. Des Weiteren werden die politischen Aktivitäten während der Weimarer Republik in Hinblick auf ihre parteipolitische Orientierung nach 1945 untersucht werden. Für den weiteren politischen Werdegang von Maas und Weber müssen zudem ihr Verhalten und ihre Erfahrungen während der Phase der „Machtergreifung“ sowie in der nationalsozialistischen Diktatur berücksichtigt werden. Abschließend werden die Kapitulation und die Besetzung im Leben von Maas und Weber unter dem Aspekt des politischen Neuaufbaus thematisiert.

Nach der Beschreibung der Parteigründer wird in Kapitel vier der Weg hin zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union Aachen untersucht. Hierbei stellt sich zunächst die Frage, wie sich die Suche der Parteigründer nach Gleichgesinnten vollzog. Hieraus ergibt sich angesichts der Bevölkerungsstruktur und dem Beispiel, das Helene Weber darstellt, die Frage nach der Rolle der Frau bei den ersten politischen Aktivitäten in Deutschland im Allgemeinen und in Aachen im Besonderen. Die Suche nach Gleichgesinnten und die Vorbereitungen der Gründungsversammlung, die im September 1945 stattfinden sollte, hatten Reaktionen der britischen Militärregierung zur Folge, welche in einem weiteren Punkt untersucht werden sollen. Neben möglichen Behinderungen vonseiten der Besatzungsmacht stellt sich die Frage nach anderen technischen und organisatorischen

Schwierigkeiten, die sich aus der Not der Zeit ergeben haben dürften, auf dem Weg zur Gründungsversammlung, welche im folgenden Kapitel thematisiert wird.

Das fünfte Kapitel widmet sich dem Zeitraum zwischen der Gründungsversammlung der Aachener CDU im September 1945 bis zur Genehmigung der Partei durch die britische Militärregierung im März 1946. Zur Vorbereitung der Gründungsversammlung wurde von den späteren Parteigründern ein vorläufiger Arbeitsausschuss eingerichtet. Die dort geleisteten Vorbereitungen mussten der britischen Besatzungsmacht dargelegt und von ihr genehmigt werden. Hierbei soll der Frage nachgegangen werden, aus welchem Grund die Genehmigung der Partei so lange auf sich warten ließ und wie die Zeit bis zur eigentlichen Gründungsversammlung und damit zur legalen Parteiarbeit überbrückt wurde. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach ersten programmatischen Überlegungen sowie deren Einfluss auf die Aachener CDU und die Anfänge der dortigen Parteiarbeit bzw. die Frage nach dem Mitwirken der Aachener Parteimitglieder an diesen Programmüberlegungen. Der eigentlichen Parteigründung im September 1945 sollte wiederum eine sechsmonatige Wartezeit bis zur Genehmigung der Parteiarbeit durch die Briten folgen. Neben unterschiedlichen Aktivitäten wie Mitgliederwerbung und geheimen Gesprächen zum Thema Parteienfinanzierung sowie politischen Fortbildungsveranstaltungen und Personalsuche wurde in dieser Zeit die Gründung eines parteinahen Presseorgans forciert. Zur Beleuchtung der Entstehung der „Aachener Volkszeitung“ als Sprachrohr der Aachener Christdemokraten ist eine Untersuchung der Pressepolitik der Briten innerhalb ihrer Besatzungszone erforderlich. Zudem stellt sich hier die Frage nach dem Zusammenspiel oder der Rivalität mit den bereits bestehenden „Aachener Nachrichten“ sowie dem erheblichen Papiermangel innerhalb der britischen Zone.

Nach der Gründung der CDU und des eigenen Presseorgans in Form der „Aachener Volkszeitung“ stellt sich die Frage nach der gesellschaftlichen Verankerung der Partei in den ersten Nach-

kriegsjahren, welcher im sechsten Kapitel nachgegangen werden soll. Zeitgleich mit dem Entstehen einer vielfältigen parteipolitischen Landschaft in der Nachkriegszeit erwachte auch das kulturelle Leben der Stadt neu. Neben den Musik-, Theater- und Kinoaufführungen vermissten die Gründer der Partei eine gehobene Unterhaltung und damit verbunden die Anbindung Aachens an das intellektuelle Leben sowie an das grenznahe Ausland. Aus diesem Grund ergriff ein Parteimitglied die Initiative und bildete den Lesekreis „Corona Legentium Aquensis“, der die intellektuellen Kreise wieder auf Aachen aufmerksam machen sollte. Der relative kleine Veranstaltungsrahmen sollte nach erfolgreicher Anlaufzeit durch einen größeren Kreis erweitert werden. Hierbei stellt sich die Frage, durch welche Maßnahmen dies realisiert werden konnte und wie man sich hierbei die Grenznähe Aachens zu Belgien und den Niederlanden sowie die zentrale Lage Deutschlands in Europa zunutze machen konnte. Vor diesem Hintergrund wurde der Internationale Karlspreis zu Aachen ins Leben gerufen. Aus dieser Entwicklung ergeben sich für die Untersuchung zwei weitere Fragen. Zum einen: Wie intensiv waren die Auslandsverbindungen der Initiatoren in diesem Zusammenhang und in Bezug auf die weitere Entwicklung der Partei? Zum anderen: Inwieweit kann man von einer gesellschaftlichen Verankerung der Partei sprechen, wenn es nur Verbindungen zu einem kleinen elitären Kreis gab? Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung wird zum Abschluss des sechsten Kapitels versucht, eine Verbindung zwischen der Partei der Anfangsjahre und dem wachsenden Vereinsleben herzustellen.

Im abschließenden siebten Kapitel steht die Entwicklung der Partei vom Zeitpunkt ihrer Genehmigung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone im Mittelpunkt der Betrachtungen. Hierbei werden nach einer Darstellung der organisatorischen und personellen Fragen dieser Zeit die ersten Aktivitäten der Partei unter anderem in Bezug auf die bevorstehenden ersten Wahlen thematisiert werden. Zeitgleich verlief die Gründung der Parteiorganisationen, die die Verankerung der Partei in den unterschiedlichen Berufs- und Gesellschafts-

schichten darstellen sollte. Bei der Betrachtung der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft stellt sich die Frage nach dem Einfluss der Gründung der Einheitsgewerkschaft sowie der Sozialausschüsse der Partei auf diese Gründung. Des Weiteren wird auf die Gründung der CDU im Landkreis Aachen am Beispiel von Brand eingegangen und es werden mögliche Parallelen zum Kreisverband Aachen Stadt sowie deren Protagonisten aufgezeichnet. Die Rolle der Frau bei diesen ersten politischen Aktivitäten wird im Folgenden bei der Thematisierung der Gründung der Frauen Union wieder aufgenommen. Ebenso wird die Gründung der Jungen Union und damit einhergehend die Motivierung der jungen Generation zur politischen Arbeit untersucht werden, und dies vor allem unter dem Aspekt, ob und in welchem Umfang die Jugend überhaupt zu aktivieren war. Diese Frage wird auch im folgenden Unterpunkt zur Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs und der Gründung des RCDS weiter untersucht. Nachdem die Partei sich den personellen Fragen gestellt hatte und dem Thema der gesellschaftlichen Verankerung nachgegangen war, war der Prozess der Konsolidierung abgeschlossen und die CDU konnte sich ganz dem ersten Wahlkampf zu den ersten Wahlen in der britischen Zone widmen. Dies ist Gegenstand des siebten Kapitels.

In einer Schlussbetrachtung sollen somit folgende Fragestellungen beantwortet werden können. Gab es eine politische „Stunde Null“ in Aachen oder knüpfte der „Neubeginn“ an die Zeit vor 1933 an? Wie waren die Ausgangsbedingungen für einen politischen Neuanfang? Kann für die Anfangsjahre von einer politisch-kulturellen Hegemonie der CDU gesprochen werden? Wurde die Partei in ihrer frühen Geschichte ihren eigenen Vorstellungen einer interkonfessionellen Volkspartei gerecht? In diesem Zusammenhang wird der Begriff Volkspartei² für eine Partei verwendet, die versucht, durch ihre eigene personelle und organisatorische Struktur in vielen Bereichen der Gesellschaft

² Vgl. hierzu: Nohlen, Dieter (hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, 2. Aufl., Heidelberg 2000, S. 553ff.

präsent zu sein und dadurch einen Großteil des Volkes anzusprechen.

1. Die Ausgangslage: Zwischen der Schlacht um Aachen im Herbst 1944 und der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945

In der langen Geschichte Aachens hat die Welt einige Male auf die Kaiserstadt geblickt. Für den in dieser Arbeit behandelten Zeitraum geschah dies zum letzten Mal im Frühherbst 1944, als die Welt in doppelter Hinsicht auf Aachen schaute. Zum einen wollten Hitler und seine Befehlshaber Aachen zu einem deutschen Stalingrad umstilisieren, zu einem Wendepunkt im „Westkrieg“ machen, der in den Monaten August/September 1944 einen katastrophalen Verlauf für Hitlerdeutschland genommen hatte. Zum anderen war die Eroberung der Reichsstadt wichtig für die Westmächte, weil damit das erste Stück des Deutschen Reiches unter alliierte Kontrolle fallen würde. Hier hofften die Amerikaner und ihre Verbündeten, wichtige Erfahrungen für das Militärregime zu machen, das nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlers für ganz Deutschland vorgesehen war. In Aachen wollte man wie in einem Experiment den besten Weg ausprobieren, um das Hauptkriegs- und -friedensziel der Siegermächte zu erreichen: Deutschland und die Deutschen so umzuwandeln, dass diese nie wieder die Welt mit einem Krieg bedrohen können.³

Im Folgenden soll nun die Situation in Aachen im angesprochenen Zeitraum vom Endkampf um diese Stadt bis zur bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches beleuchtet werden. Im Mittelpunkt werden die sozio-ökonomischen und die gesellschaftlich-politischen Aspekte sowie das Verhalten bzw. die Auflagen der alliierten Besatzungsmacht stehen.

1.1 Wirtschaftliche und soziale Situation

Um die sozio-ökonomische Situation der Stadt Aachen unmittelbar nach dem Ende der Kriegshandlungen darzustellen, wird zunächst kurz auf die wirtschaftliche Ausgangslage im Nationalsozialismus bzw. während des Zweiten Weltkriegs einzugehen

³ Schwabe, Klaus: Aachen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Auftakt zur Nachkriegszeit, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 21-33., hier: S. 21 (Künftig zitiert: Schwabe: Aachen Ende 2. WK, a. a. O., S.).

sein. Im Folgenden muss dann der Ernährungslage sowie dem Bedarf an Wohnraum und Brennmaterial mit den um diese Fragen verflochtenen Problemen die Aufmerksamkeit gelten.

1.1.1 In der Vorkriegszeit

Bereits vor 1933 war die wirtschaftliche Situation Aachens schlecht.⁴ Die Standortnachteile für die Industrie, gegeben durch die Grenznähe und durch das Fehlen günstiger Verkehrsverbindungen in das Innere des Reiches, wirkten sich nachhaltig aus.⁵ 1935 nahm der Regierungspräsident das Projekt des Aachen-Rhein-Kanals vergebens wieder auf und im März 1936 begann man mit dem Bau der Autobahn Köln-Aachen, die allerdings erst nach dem Krieg fertig gestellt wurde. Unter der nationalsozialistischen Regierung kam es recht früh zu einem Stopp von Investitionen, was sich beispielsweise durch die Verlagerung von Fabrikationsstätten ins Innere des Reiches bzw. durch die Verhinderung einer Rückführung zuvor abgewanderter Industrien bemerkbar machte.⁶ Auch andere wirtschaftliche Indikatoren, wie beispielsweise die Bautätigkeit, machen die wachsenden ökonomischen Schwierigkeiten der Stadt Aachen damals deutlich.⁷ Erst mit dem Beginn des Westwallbaus nahm die Arbeitslosigkeit in Aachen ab und näherte sich den Werten des Reiches an.⁸ Doch nach einem kurzen konjunkturellen Hoch vergrößerten sich die Wirtschaftsprobleme mit Beginn des Zweiten Weltkriegs.⁹

⁴ Vgl. Bracher, Karl-Dietrich/ Funke, Manfred/ Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 3. Aufl. Bonn 1998, S. 634. Und zur Lage im Deutschen Reich: Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, 4. erg. Aufl., München 1998, S. 119f.

⁵ Haupts, Leo: Nationalsozialismus in Aachen, in: ZAGV Bd. 98/99, Jg. 92/93, S. 609-637, hier S. 619 (Künftig zitiert: Haupts: NS in Aachen, a. a. O. S.).

⁶ Vgl. hierzu: Hermanns, Will: 4000 Jahre Aachen. Schicksal, Wirtschaft und Kultur der vormals freien Reichs- und Krönungsstadt, Aachen o. J., S. 108.

⁷ Vgl. Gasten, Elmar: Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt a. M., Berlin, Bern, u. a., 1993, S. 281, (künftig zitiert: Gasten: Aachen im NS, a. a. O. S.).

⁸ Die Arbeitslosenquote lag 1936 im Reich bei 1,57% und in Aachen bei 5,27%. 1938 näherte man sich langsam dem Reich an; dort lag die Quote bei 0,6% und in Aachen bei 2,14%.

⁹ Da die NS-Stadt in der ehemaligen Zentrumshochburg nicht die gewünschte Akzeptanz fand, ist die wirtschaftliche Vernachlässigung erstaunlich. Die gegebenen wirtschaftlichen Umstände, die in der Bevölkerung zu teilweise existenzbedrohenden Situationen führten, verhinderten größere Erfolge der nationalsozialistischen Weltanschauung und Staatsführung in Aachen, auf die noch einzugehen sein wird; vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O. S. 273.

1.1.2 Die letzten Tage vor der Aufgabe der Stadt

Die bereits früh einsetzende Bombardierung der Stadt - am 12. Mai 1940 erfolgte der erste Angriff¹⁰ - traf neben der Zivilbevölkerung auch die Industrie. Allein im Jahr 1941 wurden 42 Betriebe ganz oder teilweise zerstört.¹¹ Zeitgleich begann man Anfang 1941 mit dem Bau von zehn Luftschutzbunkern¹² und stellte die Produktion der Industrie in der Hauptsache auf Kriegsmaterialien um. Aachen litt seit Kriegsbeginn unter einer starken wirtschaftlichen Beeinträchtigung, die mehrere Gründe hatte. Im Zusammenhang mit den Luftangriffen hatten die zahlreichen Evakuierungen zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt, sodass zahlreiche Betriebe vor dem unmittelbaren Kollaps standen. Hinzu kam, dass eine starke Belegung der Region mit Wehrmachtsangehörigen immer häufiger zu temporären Versorgungsengpässen geführt hatte. Der Wandel von der Geldwirtschaft in eine Naturalwirtschaft nahm ein immer größeres Ausmaß an. Nachdem die deutsche Luftabwehr seit 1942 nicht mehr in der Lage war, Bombenangriffe auf deutsche Städte abzuwehren, wurde auch Aachen wiederholt angegriffen.¹³ 1943 erhielten die Angriffe eine neue Dimension, so waren es am 14. Juli 1943 ca. 200 Flugzeuge, die ihre Bomben über der Stadt abluden.¹⁴

¹⁰ Die Arbeitslosenquote lag 1936 im Reich bei 1,57% und in Aachen bei 5,27%. 1938 näherte man sich langsam dem Reich an; dort lag die Quote bei 0,6% und in Aachen bei 2,14%. Da die NS-Stadt in der ehemaligen Zentrumshochburg nicht die gewünschte Akzeptanz fand, ist die wirtschaftliche Vernachlässigung erstaunlich. Die gegebenen wirtschaftlichen Umstände, die in der Bevölkerung zu teilweise existenzbedrohenden Situationen führten, verhinderten größere Erfolge der nationalsozialistischen Weltanschauung und Staatsführung in Aachen, auf die noch einzugehen sein wird. Die Stadt erlebte ab diesem Zeitpunkt bis zum 12. September 1944 739 Luftalarme mit einer Gesamtdauer von 1064 Stunden; vgl. Luftschutz Kriegstagebuch Aachen 12.09.1944-09.01.1945, S.1 (Künftig zitiert: Luftschutzkriegstagebuch, a. a. O., S.).

¹¹ Besonders der Großangriff in der Nacht vom 9./10. Juli hatte große Schäden angerichtet: 196 Totalschäden, 116 Großschäden, „[...] die mittleren und kleinen Schäden gehen in die Hunderte [...]“ Vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 263.

¹² Der Bau war noch nicht beendet als Hitler durch den Angriff auf Russland den Zweifrontenkrieg herbeiführte und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor noch im gleichen Jahre auch den Vereinigten Staaten von Amerika den Krieg erklärte.

¹³ Vgl. hierzu: Pierotti, Paul: Erinnerungen an die Kriegszeit 1942-1945. Die letzten Tage in Aachen, Evakuierung nach Torgau und Rückkehr, Aachen 2004, S. 13ff.

¹⁴ Vgl. Gatz, Erwin: Geschichte des Bistums Aachen in Daten 1930-1985. Der Weg einer Ortskirche, Aachen 1986, S. 53.

Am 6. Juni 1944 landeten alliierte Verbände in der Normandie. Nachdem die deutschen Truppen die Invasionsarmee dort einige Wochen halten konnten, gelang dieser schließlich Ende Juli 1944 der Durchbruch der Front. Innerhalb weniger Wochen stießen die Alliierten durch Frankreich nach Belgien und in das südliche Holland vor. Im September 1944 näherte sich die Front immer mehr der deutschen Grenze.¹⁵ Während des ersten Einbruchs der amerikanischen Truppen in das westliche und südliche Vorfeld der Stadt erklärte Heinrich Himmler am 10. September bei einem Besuch in Aachen im Bunker Frankenberg die Nicht-Evakuierung der Stadt und die Verfolgung der hitlerischen Politik der „verbrannten Erde“.¹⁶ Die Leibstandarte SS Adolf Hitler sollte Aachen verteidigen helfen. Die Kaiserstadt war für das Regime von hohem Symbolwert; der „Führer“ selbst hatte befohlen, sie um jeden Preis zu halten.¹⁷ Bereits einen Tag später gab jedoch der Kreisleiter der NSDAP, Eduard Schmeer,¹⁸ die Marschbefehle für die Evakuierung aus. Die Zwangsevakuierung wurde nicht nur durch die Polizei, sondern auch mithilfe der Nationalsozialistischen Partei durchgeführt. Im Hauptbahnhof Aachen standen 30 Eisenbahnzüge bereit, die die Aachener Bevölkerung über die bisherigen Aufnahmegebiete der nach Luftangriffen Evakuierten hinaus nach Sachsen und Niederschlesien, nach Münster (Westfalen), Minden, Hannover, Hildesheim, Meersburg oder Thüringen in die Evakuierung bringen sollten.¹⁹ Insgesamt lebten, einschließlich der nach Luftangriffen Umquartierten, ab September 1944 143.000 Aachener in der Evakuierung.²⁰

¹⁵ Vgl. hierzu: Whitaker, Denis: Der Endkampf am Rhein. Der Vormarsch der Westalliierten 1944/45, Berlin 1991.

¹⁶ Hitler (zu Speer) „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das deutsche Volk verloren sein. Dieses Schicksal ist unabwendbar.“ Man brauche dann auch auf die primitivsten Existenzgrundlagen keine Rücksicht mehr zu nehmen – im Gegenteil: „es ist besser, diese Dinge selbst zu zerstören.“ Vgl. hierzu: Hildebrand, Klaus: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Berlin 1999, S. 974f.

¹⁷ Vgl. Die Zeit: Donnerstag, 21. Oktober 2004, Nr. 44, S. 2. (Künftig zitiert: Die Zeit, a. a. O., S.).

¹⁸ Vgl. hierzu: Klefisch, Peter: Die Kreisleiter der NSADP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, Düsseldorf 2000.

¹⁹ Vgl. Küsters, Franz Joseph: Der Zweite Weltkrieg zwischen Maas und Ruhr. Nach einer Serie der „Aachener Nachrichten“, Aachen 1995, S. 10. (Künftig zitiert: Der 2. WK, a. a. O., S.).

²⁰ Poll, Bernhard (Hrsg.): Geschichte Aachens in Daten, 2. Aufl., Aachen 2003 S. 371 (Künftig zitiert: Poll: Aachen in Daten, a. a. O., S.).

In dieser Situation rüsteten sich auch die Kreisleitung und die Stadtverwaltung mit allen anderen Behörden zum Abzug nach Siegburg.²¹ Eine Notverwaltung sollte in der Stadt verbleiben. Oberbürgermeister Quirin Jansen bestimmte Museumsdirektor Dr. Felix Kuetgens zum Leiter der provisorischen Stadtverwaltung, welche die noch rund 30.000 verbliebenen Aachener in der Stadt betreuen sollte.

Die dienstlichen Berichte und zahlreichen, im Stadtarchiv Aachen hinterlegten, privaten Aufzeichnungen und Erlebnisberichte zeigen, wie in der unter Artilleriebeschuss liegenden Stadt der innere Terror mit den Schrecken des Krieges wetteiferte. Beispielsweise ordnete Kreisleiter Schmeer trotz „Abwesenheit der Parteiführung“ eine weitere Verfolgung „politischer Gegner“ an, da er an eine Verschwörung oder „Gegenregierung“ glaubte. Die folgende sechswöchige Belagerungszeit war geprägt von Ängsten und Entbehrungen. Es gab keine Lebensmittel, keine Versorgung aus den Stadtwerken, also kein Wasser, kein Gas und keinen Strom. Dazu kam die ständige Gefahr, doch noch in den Kellern und Schlupfwinkeln entdeckt und aufgegriffen zu werden. Schon der Rauch des Herdfeuers konnte zum Verräter werden.

Gegen 22 Uhr wurde am 12. September der letzte Luftalarm gegeben, dem keine Entwarnung mehr folgte.²² Da an diesem Tag²³ überdies die ersten Granaten in die Stadtfläche einschlugen, verließen viele Bewohner auch freiwillig die durch die Tiefflieger schon schwer zerstörte Stadt, um nach dem Verlust ihrer Habe wenigstens das nackte Leben zu retten.²⁴ Da die Bahn-

²¹ Vgl. Poll, Bernhard (Hrsg.): Das Schicksal Aachens im Herbst 1944. Authentische Berichte I und II, in: ZAGV, Bd. 66/67, Jg. 1954/55, S. 193-268, hier: S. 234. (Künftig zitiert: Poll: Das Schicksal Aachens, a. a. O., S.).

²² Vgl. hierzu: Crous, Helmut A.: Aachen - so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1979 (Künftig zitiert: Crous: Aachen, a. a. O., S.).

²³ Am 12. September stießen US-Panzer- und Infanterieeinheiten zwischen Aachen und Luxemburg über die Reichsgrenze vor; westlich von Aachen überschritten sie die belgisch-niederländische Grenze. Somit standen die GIs im Stadtwald von Aachen, wo sie erstmals auf den Westwall-Bunker stießen. Um 24 Uhr schlugen erste Artilleriegranaten in der Innenstadt ein.

²⁴ Vgl. hierzu: Luftschutzkriegstagebuch, a. a. O.

verbindungen nach Aachen unterbrochen waren, ergoss sich der Flüchtlingsstrom, welcher immer wieder durch Tiefflieger gefährdet wurde, zu Fuß oder auf Lastkraftwagen und Omnibussen meist über Jülich und von dort mit der Eisenbahn vor allem in die rechtsrheinischen Aufnahmegebiete.²⁵ Zahlreiche Einwohner versuchten jedoch, sich dem Evakuierungsbefehl zu entziehen.²⁶ Am 13. September löst Generalleutnant Gerhard Graf von Schwerin, Kommandeur der 116. Panzerdivision („Windhund“) die Flüchtlingsversammlungen auf den Sammelplätzen auf, um Platz zu schaffen für den Durchmarsch der „Windhund-Division“ zur Hauptkampflinie.²⁷ An diesem Tag brachen die Stromversorgung und das Telefonnetz endgültig zusammen; auch die Versorgung mit Leitungswasser und Gas war unterbrochen. Mit Nahrungsmitteln aus geplünderten Depots einigermaßen versorgt, harrten die noch in der Stadt weilenden Menschen einer ungewissen Zukunft. Allgemein rechnete man mit dem unmittelbar bevorstehenden Erscheinen der amerikanischen Truppen.²⁸ Zum einen war bekannt, dass die deutschen Verbände zu schwach waren, um ernsthaften Widerstand zu leisten, zum anderen war Graf Schwerin nicht bereit, die Stadt weiter zu verteidigen.²⁹ Als der Generalangriff der Amerikaner ausblieb,³⁰ kehrte die Kreisleitung

²⁵ Vgl. Albert Servais: *Mein Vater Albert Servais, Aachen 1987*, S. 30 (Künftig zitiert: Servais: *Erinnerungen*, a. a. O., S.).

²⁶ Zu diesem Zeitpunkt hatte sich bereits gezeigt, dass der Westwall für die Verteidigung ungeeignet war. Die amerikanischen Truppen erreichten am 11. September Eupen, nahmen Roetgen am 12., Kornelimünster, Brand und Eilendorf am 14. und Monschau am 15. September ein. Dennoch verzichtete Eisenhower vorerst auf einen Vorstoß in das Innere Deutschlands.

²⁷ Den Versuch Schwerins, die „ziel- und planlose Evakuierung“ zu stoppen und damit Aachen vor der vollständigen Zerstörung zu bewahren, wurde ihm 1957 mit einem Empfang im Rathaus sowie mit der Namensgebung einer Straße gedankt.

²⁸ Vgl. Poll: *Das Schicksal Aachens*, a. a. O., S. 234.

²⁹ Der am 13. September offiziell zum Kampfkommandanten ernannte Gerhard Graf von Schwerin hinterlegte bei einem Fernsprechbeamten einen auf Englisch geschriebenen Brief, in dem er Hitlers Evakuierungsbefehl für nichtig erklärte und den Gegner bat, die Stadt zu schonen. Dieser für den US-Kommandeur bestimmte Brief landete auf dem Schreibtisch des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissars Grohé in Köln. Da der General durch sein Schreiben die Missachtung des Führerbefehls zum Ausdruck gebracht hatte, drang die Gauleitung bei Generalfeldmarschall Model darauf, Graf von Schwerin vor ein Kriegsgericht zu stellen. Schwerin erhielt eine Verwarnung und wurde einige Monate später zum kommandierenden General befördert. Vgl. Crous: *Aachen*, a. a. O., S. 48.

³⁰ Die US-Armee hatte ihre ursprünglichen Pläne geändert. Der ursprüngliche Plan von Generalmajor Lawtom Joe Collins, der vom Alliierten Oberkommando für die Eroberung Aachens ausersehen worden war, sah vor, nach dem Angriff auf Roetgens (in der US-Presse wurde der Fall der Nordeifel-Gemeinde als Eroberung der „ersten deutschen Stadt“ besonders gerühmt) die Stadt südlich zu

der NSDAP am 15. September überraschend in die Stadt zurück und nahm die unterbrochene Evakuierung wieder auf. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch ca. 25 bis 30.000 Menschen in der Stadt.³¹ Als sich der Belagerungsring um Aachen endgültig schloss, waren noch etwa 6.000 Zivilisten in der Stadt³², die sich in den Trümmern und Kellern versteckt hielten.³³ Da sich in den Bunkern Gerüchte verbreiteten, nach denen die Engländer bereits im Aachener Wald stünden, lässt sich die Einstellung der meisten noch in der Stadt befindlichen Menschen durch folgende Aussagen kennzeichnen: *„Ich gehe nirgendwo mehr hin. Wir haben den Krieg ohnehin verloren. Hier zu Hause haben wir immer noch die größten Überlebenschancen.“*³⁴

Die Überlegenheit der amerikanischen Verbände, sowohl bei der Zahl der eingesetzten Soldaten als auch bei deren Ausrüstung, machte den auf deutscher Seite praktizierten Kampf um jedes Haus zu einem sinnlosen Unterfangen.³⁵ Auf deutscher Seite versuchte man, alle noch verfügbaren Truppen heranzuholen. In der Woche vom 8. bis 15. Oktober 1944 führten die Gegenangriffe zu einer Zermüblings- und Ausblutungsschlacht, die an Heftigkeit nicht hinter den schwersten Stellungskämpfen des Ersten Weltkrieges zurückstand. Dennoch schrumpfte die Zahl der verwen-

umgehen und dann nach Osten hin abzuschneiden, während Restbestände der deutschen Wehrmacht selbst auf den direkten Angriff warteten.

³¹ „Bis zum Abend dieses Tages sollten sich alle Einwohner bereitmachen. Eine ungeheure Aufregung erfaßte die ganze Stadt [...]“ Nusslein, Ernst Wilhelm: Bitteres Ende - gesegneter Neubeginn: St. Paul in Aachen 1944 bis 1955, in: Erwin Gatz (Hrsg.): Erinnerungen rheinischer Seelsorger aus den Diözesen Aachen, Köln und Lüttich (1933-1986), Aachen 1988, S. 152-186, hier: S. 159 (Künftig zitiert: Nusslein: Rheinische Seelsorger, a. a. O., S.).

³² Aachen war die erste und einzige deutsche Großstadt, die, fast von der gesamten Zivilbevölkerung geräumt, in die Zone des Endkampfes einbezogen wurde. Bereits unmittelbar nach dem Ausbruch des 2. WK begannen, angesichts der unklaren militärischen Lage, die ersten Maßnahmen für eine eventuelle Räumung der Stadt.

³³ Zur Einstellung der zurückbleibenden Bevölkerung: „Ich fahre nicht mehr weiter. Wir haben den Krieg ohnehin verloren. Das Risiko auf der Flucht ist viel zu groß. Hier zu Hause haben wir immer noch die größten Überlebenschancen.“ Vgl. Trees, Wolfgang: Schlachtfeld Rheinland. Das Ende des Krieges zwischen Maas und Rhein, September 1944 bis März 1945 in Bilddokumenten, Aachen 1976, S. 296/297. (Künftig zitiert: Trees: Schlachtfeld Rheinland, a. a. O., S.).

³⁴ Trees: Krieg ohne Sieg, Schicksale in Europa 1935-1945, Aachen 1978, S.296f (Künftig zitiert: Trees: Krieg ohne Sieg, a. a. O., S.).

³⁵ Im Lageabschlussbericht hieß es hierzu: „Durch das späte Eintreffen der Masse des Personals, der Waffen und des Gerätes und den hohen Prozentsatz an frontunerfahrenen, jungen Offizieren sowie durch den mangelhaften Ausbildungsstand ist die Division zum befohlenen Termin noch nicht einsatzbereit.“ Trees: Schlachtfeld Rheinland, a. a. O., S. 17.

dungsfähigen Kampftruppen immer mehr zusammen. Am 9. Oktober verkündeten die Amerikaner mithilfe von Riesenlautsprechern am Rande des Aachener Waldes ein Ultimatum. Dieser Aussage folgten einen Tag später Flugblätter, die in vielen Exemplaren über der Stadt abgeworfen wurden.

Das Flugblatt hatte folgenden Wortlaut: „Aachener! Ich habe soeben dem Kommandierenden der Truppen in und um Aachen und den Bürgermeister oder seinen Bevollmächtigten das nachstehende Ultimatum überreichen lassen: ‚Die amerikanischen Streitkräfte haben Aachen jetzt völlig umzingelt. Ihnen stehen genügend Bombenflugzeuge und Artilleriestücke zur Verfügung, um die Stadt, wenn nötig, restlos zu vernichten. Die Stadt wird von uns genommen - entweder durch sofortige bedingungslose Übergabe oder durch rücksichtslosen Sturmangriff [...]. Kurz - es gibt keinen ‚Mittelweg‘. Entweder Sie übergeben die Stadt mit ihrem jetzigen Bestande bedingungslos und vermeiden dadurch sinnlosen Verlust an deutschem Leben und Eigentum, oder sie weigern sich und sehen der völligen Vernichtung entgegen. Die Wahl und die Verantwortung liegt bei Ihnen [...].“ (Rückseite des Flugblattes) „An die deutschen Truppen und die Bevölkerung von Aachen! Aachen ist eingeschlossen, von amerikanischen Truppen umzingelt. Das deutsche Wehrmachtsskommando kann Euch keinen Ersatz schicken. Aachener! Ehrenvolle Übergabe ist das Gebot der Stunde. Wir Amerikaner führen nicht gegen die unschuldige Zivilbevölkerung Krieg. Schon gibt es viele Aachener, die in den von uns besetzten Gebieten in Frieden leben. Aber wenn der militärische Befehlshaber und die Parteiführer von weiteren Blutopfern nicht ablassen wollen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als Eure Stadt, die schon so viel gelitten hat, restlos zu vernichten [...]. Aachener! Handelt - ohne Verzug! Werdet vorstellig bei den verantwortlichen Stellen, um dem sinnlosen Blutvergießen und der völligen Zerstörung Einhalt zu gebieten. Für die Vertreter der Bürgerschaft, für jeden von Euch ist die Stunde gekommen, seine Stimme unerschrocken vernehmen zu lassen. Morgen - ist es zu spät. Aachener!

Es gibt nur eine Wahl - sofortige ehrenvolle Übergabe oder völlige Zerstörung."

Zur gleichen Zeit überbrachten drei Parlamentäre dem Kampfkommandanten Oberleutnant Leyherr³⁶ im Quellenhof das Kapitulationsgesuch.³⁷ Es verlangte die sofortige Übergabe, andernfalls werde die Stadt völlig vernichtet. Die Antwort auf Leyherr's Ablehnung des Ultimatums waren über 150 t Bomben und verstärktes Granatfeuer - rund 10.000 Granaten schlugen in den folgenden zwei Tagen auf die Stadt nieder. Damit begann der Endkampf um Aachen. In dieser Situation wurde Oberleutnant Max Leyherr seines Postens enthoben und durch den Befehlshaber Divisionskommandeur Oberst Gerhard Wilck³⁸ ersetzt. In den folgenden Tagen, während die Amerikaner immer weiter zum Stadtzentrum vorstießen und sich außerhalb in Würselen auf die endgültige Schließung des Rings vorbereiteten, lag auf deutscher Seite kein Plan vor, wie sich der auf 1.500 Mann zusammengeschmolzene Kreis der Verteidiger um Oberst Wilck aus der Umklammerung herauschlagen könnte.³⁹ Inzwischen hatten sich die Amerikaner in das bebaute Stadtgebiet vorgekämpft: zuerst am 13. Oktober im Osten, dann am 14. und 15. Oktober auch im Süden über Burtscheid zum Hauptbahnhof. Am 18. Oktober begann der amerikanische Angriff auf das Stadtzentrum; letzte Bewohner wurden von US-Truppen in die Kaserne Brand am Stadtrand von Aachen gebracht. Auch nach dem Einrücken der Amerikaner sollte die Stadt noch „bis zum letzten Mann“ verteidigt werden. Am 21. Oktober, kurz nach Mitternacht, setzte Oberst Wilck den letzten Funkspruch ab. „Wir kämpfen weiter, es lebe der Führer“, heißt es darin.⁴⁰ Die „Insel“ um den Bunker Rütcherstraße, wo-

³⁶ Schwiegersohn des Generalobersten Halder.

³⁷ Abbildung des Ultimatums vgl. Trees, Wolfgang, Whiting, Charles: Die Amis sind da! Wie Aachen erobert wurde. Sonderdruck aus der Aachener Volkszeitung, 4. Aufl. Aachen 1977, S. 106f.

³⁸ Dieser hatte noch am Vortag seinen Vorgesetzten Walter Model vergeblich zu überzeugen versucht, den sinnlosen Kampf um Aachen aufzugeben.

³⁹ In dieser Situation kam die Order, den Ring an seiner Schwachstelle wieder zu sprengen, um so Verstärkung in die Stadt zu schleusen. Dennoch konnte die deutsche Wehrmacht die Verbindung nach Aachen nicht wieder herstellen; von überall her kämpften sich die Amerikaner an den Stadtkern von Aachen heran.

⁴⁰ An diesem Tag erfolgte der letzte Befehl an die Soldaten; hierin hieß es, obwohl auch Wilck den Kampf für aussichtslos hielt: „Die Kampfgruppe von Aachen rüstet sich zum letzten Kampf. Auf engstem Raum zusammengedrängt wird

hin am 15. Oktober der Führungsstab verlegt worden war, war am Morgen umlagert und die Amerikaner eröffneten aus nur 200 m Entfernung⁴¹ das Feuer um die Deutschen zur Aufgabe zu zwingen.⁴² Unter direktem Beschuss ließ Oberst Wilck am 21. Oktober gegen 11 Uhr die weiße Fahne hissen und ergab sich mit den noch verbliebenen ca. 1.200 Soldaten dem Kommandeur des 26. US-Regiments, Colonel Corley.⁴³ Danach durfte Wilck⁴⁴ ein letztes Mal zu seinen Soldaten sprechen.⁴⁵

Bis zum Abend war die Stadt vollständig von Amerikanern besetzt, und somit ging am 21. Oktober 1944 in Aachen, als erster deutscher Stadt überhaupt, der Krieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu Ende.

Im Wehrmachtsbericht wird der Fall Aachens verschwiegen; hier heißt es lediglich: *„Nach 19 Tagen blutigen Ringens und gewaltigen Materialeinsatzes auf engstem Raum zerschlugen die tapferen, aber zusammengeschmolzenen Verteidiger von Aachen auch gestern noch starke Angriffe gegen den Nordrand der Stadt, die durch wochenlange amerikanische Artilleriefeuer und die starken Luftangriffe umfangreiche Zerstörungen erlitten hat. Um*

sie gemäß dem Befehl des Führers Aachen bis zum letzten Mann, bis zur letzten Granate, bis zur Patrone verteidigen. Ich erwarte - nach dem verachtungswürdigen schimpflichen Verrat einzelner - von jedem der letzten Verteidiger der altehrwürdigen Kaiserstadt Aachen Pflichterfüllung bis zum Letzten und getreu unserem Fahneid Tapferkeit und entschlossenen Willen zum Durchhalten: Es lebe der Führer und unser heiß geliebtes Vaterland!“ Zitiert nach: Trees, Wolfgang: Krieg ohne Sieg. Schicksale in Europa 1935-1945, Aachen 1978, S. 199. (Künftig zitiert: Trees: Krieg ohne Sieg, a. a. O., S.).

⁴¹ Vgl. hierzu: Heckmann, Dieter: „Halten bis zum letzten Mann“. Der Kampf um Aachen im Herbst 1944, 2. Aufl., Aachen 2004 (Künftig zitiert: Heckmann: „Halten bis zum letzten Mann“, a. a. O., S.).

⁴² In dieser Situation empfing der Kampfkommandant im Bunker Rüttscherstraße einen Funkspruch des LXXXI. Deutschen Armeekorps, in dem es hieß: „An Oberst Wilck. Das 81. Armeekorps zollt den bis zum Letzten für Führer und Volk kämpfenden tapferen Verteidigern von Aachen höchste Anerkennung. Koechlings General der Infanterie.“ Antwort aus dem Bunker Rüttscherstraße: „Erwarteter Feindangriff seit Morgenstunden konzentrisch im Gange. Auf engstem Raum zusammengedrängt stehen die Verteidiger von Aachen im Endkampf. Wilck.“ Zitiert nach Trees: Krieg ohne Sieg, a. a. O., S. 202).

⁴³ Über das Ultimatum Bericht von Oberst Wilck: die 246. Volksgrenadierdivision in der Zeit von September bis November 1944, in: ZAGV 73, 1961/62, S. 97-139.

⁴⁴ Oberst Wilck kam zunächst ins Gefangenenlager nach Henri-Chapelle und wurde im Anschluss daran über Brüssel nach London gebracht, wo er drei Tage lang über deutsche Truppenverhältnisse verhört wurde. Es folgte eine dreijährige britische Gefangenschaft.

⁴⁵ Vgl. Die Zeit, a. a. O. S. 2.

einzelne Häusergruppen tobt noch ein erbitterter Kampf Mann gegen Mann."

Bereits am darauf folgenden Tag wird Aachen nicht mehr erwähnt.⁴⁶ Der Großdeutsche Rundfunk schickt am Abend der Kapitulation um 22 Uhr eine Meldung über den Äther, dass *„der Widerstand in Aachen durch die feindliche Übermacht erdrückt worden ist."*

Zur Kapitulation versammelten sich die deutschen Soldaten in der Rolandstraße. Dann marschierte der Zug in Richtung Gefangenschaft nach Belgien. Damit bei diesem letzten Weg niemand „verschwinden“ konnte, vermieden die Amerikaner stark bebaute Viertel.⁴⁷ Unterdessen wurde die restliche Aachener Zivilbevölkerung auf Befehl von Captain Trefux ins Lager Brand⁴⁸ interniert. Die Internierung erfolgte zu Fuß und es konnten auch für alte Menschen und Schwangere keine Wagen zur Verfügung gestellt werden. Auf den Einspruch einiger wurde erwidert: *„Wenn wir Sie so behandeln würden, wie die Deutschen die Polen behandelt haben, müssten wir ganz anders mit Ihnen verfahren!“*⁴⁹

1.1.3 Die Bilanz der kriegsbedingten Zerstörung der Stadt⁵⁰

Neben dem Stadtbrand des Jahres 1656 stellt der Zweite Weltkrieg und im Besonderen die Schlacht um Aachen vom Herbst 1944 die größte Katastrophe in der Geschichte der Stadt dar. Der Krieg hatte rund 6.500 Aachener das Leben gekostet – 4.288 waren an den Fronten gefallen, 2.445 Menschen – meist Alte, Frauen und Kinder – hatten die Bomben der Luftangriffe unter

⁴⁶ Der Wehrmachtsbericht vom 23. Oktober meldete lediglich, dass die Kämpfe im Würselner Raum weitergingen. An diesem Tag wurde auch erstmals der Hürtgenwald erwähnt. Vgl. Heckmann: „Halten bis zum letzten Mann“, a. a. O., S.).

⁴⁷ Vgl. Trees: Schlachtfeld Rheinland, a. a. O., S. 30.

⁴⁸ Die Lützow-Kaserne diente bis November 1944 als Internierungslager, danach wurde dieses ins Josefium verlegt.

⁴⁹ Schwester Maria: Tagebuchaufzeichnungen der Aachener Elisabethin Schwester Maria über ihre Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und in der ersten Nachkriegszeit, in: ZAGV, Bd. 82, S. Jg. 72, S. 111-156. hier: S. 129. (Künftig zitiert: Sr. Maria Tagebuchaufzeichnungen, a. a. O., S.).

⁵⁰ Vgl. hierzu: Müller, Rolf-Dieter/ Ueberschär, Gerd R.: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M., 1994.

den Trümmern begraben⁵¹, Zehntausende hatten gesundheitliche Schäden davongetragen. Angaben über die Anzahl derer, die schließlich ihren Kriegsverletzungen erlagen, existieren nicht. Besonders hoch waren auch die Verluste an Menschenleben in der letzten Schlacht um Aachen: etwa 2.000 amerikanische Soldaten wurden getötet, rund 500 verletzt; 560 gerieten während der Kampfhandlungen in deutsche Gefangenschaft. Auf deutscher Seite waren 600 Tote und 1.700 Verletzte zu beklagen. 3.473 deutsche Soldaten gerieten in Gefangenschaft.

Von der bebauten Fläche von rund 900 ha lag 1944 mehr als die Hälfte in Trümmern.⁵² Unter den zerstörten Gebäuden befanden sich 37 Kirchen, 46 Schulen, 5.800 Wohnhäuser und 60% des Fabrikbestandes.⁵³ Erst 1958 hatte die Stadt wieder 87,4% des Wohnbestandes von 1939 erreicht.⁵⁴

1.1.4 Die Situation unmittelbar nach Kriegsende

Etwa 4.000 Aachener Bürger befanden sich Ende Oktober im Gefangenenlager Brand. Die Quartiere in der ehemaligen Kaserne waren kalt und zugig, die Verpflegung war karg und die hygienischen Zustände waren nahezu unzumutbar. Viele hatten nur ein Strohlager.⁵⁵ In dieser Situation versuchte die amerikanische Militärregierung, die Einsetzung einer provisorischen Stadtverwaltung zu betreiben. Hierbei sollte kein „*administrative crack-down*“ herbeigeführt werden, sondern ein Neuaufbau der Verwaltung erfolgen. Personell wollte man sich zunächst mit der Entfernung der aktivsten Nationalsozialisten begnügen und erst in einem späteren Stadium mit der personellen Demokratisierung beginnen. Schon bei ihrem Einzug besaßen die Besatzungsmächte Informationen über Deutsche, die als unbelastet,

⁵¹ Vgl. hierzu: Brecher, August: Neubeginn auf Trümmern. Erste Nachkriegsjahre im Bistum Aachen 1945-1950, Aachen 1995. (Künftig zitiert: Brecher: Neubeginn auf Trümmern, a. a. O., S.).

⁵² Ein visueller Eindruck der Zerstörung Aachens; vgl. Grimme, Gustav (Hrsg.): Erinnerungen an Aachen. Photos einer zerstörten Stadt, Aachen 1997.

⁵³ Vgl. hierzu: „Das alte Aachen, seine Zerstörung und sein Wiederaufbau“, hrsg. im Auftrag des Aachener Gesichtsvereins in Verbindung mit Bernhard Poll von Albert Hyskens (Aachener Beiträge zur Baugeschichte und Heimatkunst, Bd. 3, 1953).

⁵⁴ Vgl. Statistisches Amt der Stadt Aachen: Zehn Jahre Aufbau in Aachen. Bericht über die Verwaltung der Stadt Aachen in der Zeit vom 1. November 1944 bis Oktober 1954, Aachen o. J., S. 65 und 199. (Künftig zitiert: Statistisches Amt: Zehn Jahre Aufbau, a. a. O., S.).

⁵⁵ Vgl. Küsters: Der 2. WK, a. a. O. S. 61.

erfahren und für Verwaltungsaufgaben geeignet galten. Dies hatte zur Vorbereitung ihrer Besatzungsarbeit gehört. Die amerikanische Militärregierung operierte mit vom US-Geheimdienst aufgestellten „*Weißten Listen*“. In der Praxis musste man jedoch feststellen, dass diese zum Teil überholt und ungenau waren: Viele der Genannten lebten nicht mehr, andere waren emigriert, zum Wehrdienst eingezogen, evakuiert oder hatten ihre zerstörten Wohnungen verlassen. Die Angaben, die brauchbar waren, führten vielerorts⁵⁶ in das Umfeld der Kirchen. Um geeignete Kandidaten zu finden, stützte man sich weitgehend auf das Urteil von Persönlichkeiten der einzigen noch intakten Institution, die nicht im Verdacht stand, mit dem Nationalsozialismus gemeinsame Sache gemacht zu haben: die katholische Kirche.⁵⁷ Hierzu erinnern sich Zeitzeugen: *„So wurde auch ich [Nusselein, Anm. d. Verf.] noch im Lager nach meiner Meinung über die Eignung des Rechtsanwaltes Dr. Franz Oppenhoff zum Leiter dieser provisorischen Stadtverwaltung und zum späteren Oberbürgermeister befragt.“*⁵⁸

Eine wichtige Persönlichkeit der Kirche, die bei der Findung geeigneter Führungspersönlichkeiten mitarbeiten sollte, war der damalige Bischof der Stadt Aachen: Johannes Joseph van der Velden (*1891 †1954).⁵⁹ Der Bischof, der alle Evakuierungsbefehle ignoriert hatte und ohne Rücksicht auf den Frontverlauf am Bischofssitz geblieben war,⁶⁰ war zu einer Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden bereit. Man erwartete von ihm Auskünfte über die einheimische Bevölkerung sowie Warnungen

⁵⁶ Vor allem in Bayern, im Rheinland und in Westfalen.

⁵⁷ Diese Art der Vorgehensweise hatte jedoch zur Folge, dass die Ratschläge, die die Besetzer erhielten, eine eher konservative Färbung hatten. Dies änderte sich allerdings mit der Zeit, als es gelungen war, auch ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre ausfindig zu machen und anzuhören.

⁵⁸ Nusselein: Rheinische Seelsorger, a. a. O. S. 176.

⁵⁹ Johannes Joseph van der Velden (*1891 †1954), 1915 Priester, 1929 Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, 1933 Vizepräsident des Päpstlichen Werkes der Glaubensbereitung, 1938 Regens, 1943 Bischof von Aachen.

⁶⁰ Der Entschluss van der Veldens, Evakuierungsbefehle zu ignorieren und ohne Rücksicht auf den Frontverlauf am Bischofssitz zu verbleiben, entsprach einer Übereinkunft der westdeutschen Oberhirten, die sie bei ihrer letzten Tagung am 22. und 23. August 1944 in Honnef getroffen hatten. Dort hieß es, man habe vor, „[...] in der Stunde der Gefahr bei den Diözesen zu weilen und sie vor den amerikanischen Behörden zu vertreten.“ Dieser Beschluss wurde aus nahe liegenden Gründen nicht im Sitzungsprotokoll vermerkt.

vor den Nationalsozialisten. Van der Velden war gleich nach der Einnahme Aachens sowie mehrmals in den folgenden Wochen von der US-Armee „durchleuchtet“ worden.⁶¹ Die US-Protokolle der Befragung machen deutlich, nach welchen Kriterien der Bischof als Nazi-Gegner eingestuft worden war. Nicht der wesentliche Gegensatz von Christentum und Nationalsozialismus und nicht die Kirchenverfolgung des Regimes lieferten die entscheidenden Daten, sondern sekundäre oder sogar sachfremde Indizien wie die Bekanntschaft mit ehemaligen Zentrumspolitikern und van der Veldens Interesse an soziologischen Fragen.⁶² Hinzu kam zum anderen, dass der Bischof ein amerikanischer Katholik und der Neffe des Kardinalstaatssekretärs Raphael Merry del Val war. Diese Umstände führten zu folgender Beurteilung des Bischofs in den Protokollen: *„Der Bischof ist ein sehr wertvoller Aktivposten für die amerikanischen Behörden. Er kann Auskünfte nicht nur über alle wichtigen Leute in Aachen, sondern im ganzen Rheinland erteilen, und auch seine 1000 Geistlichen dürften von größtem Nutzen sein.“*⁶³

Oppenhoff (*1902 †1945) war ein streng rechtlich denkender Mensch, der sich nicht gescheut hatte, wiederholt gegen die Machthaber des Dritten Reiches aufzutreten. Er hatte Geistliche vor Gericht verteidigt, auch jene Ordensangehörigen, denen Sittlichkeitsvergehen oder Devisenschiebungen vorgeworfen worden waren. Fast drei Jahre hatte er als Anwalt für den Drucker Wilhelm Metz gestritten, nachdem die Druckerei von der Gestapo enteignet worden war, weil in der Kirchenzeitung die päpstliche Enzyklika *„Mit brennender Sorge“* abgedruckt worden war, in der der Papst gegen die Omnipotenz des NS-Staates Stellung ge-

⁶¹ Vgl. Volk, Ludwig: Ausblick auf Trümmern. US-Protokolle über eine Befragung des Bischofs van der Velden nach der Einnahme Aachens im Oktober 1944, in: ZAGV, Bd. 88/89 Jg.1981/82, S. 205-214 (Künftig zitiert: Volk: Ausblick auf Trümmern, a. a. O., S.).

⁶² Vgl.: Boyens, A.: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland von 1944 bis 1946, in: Kirchen in der Nachkriegszeit (Arbeiten zur kirchengeschichtlichen Zeitgeschichte, Reihe B8), Göttingen 1979, S. 20. Zu einer weiteren Befragung, und zwar vor dem Hintergrund besatzungspolitischer Rivalitäten, Vgl. Padover, Saul: Experiment in Germany. The story of an American Intelligence officier, New York 1946, hier: S. 253-260. (Künftig zitiert: Padover: Experiment in Germany, a. a. O., S.).

⁶³ Brecher: Neubeginn auf Trümmern, a. a. O. S. 214.

nommen hatte. Erst als ihm mit KZ-Haft gedroht wurde, legte Oppenhoff sein Mandat nieder.

Oppenhoff nahm die Wahl an, obwohl er wusste, dass die vor ihm liegende Aufgabe nahezu unlösbar ist. Am 31. Oktober stellte er im Offizierskasino der Lützow-Kaserne seine aus neun Bürgern, die sich allesamt „Bürgermeister“ nennen durften, bestehende neue Stadtverwaltung⁶⁴ wie folgt zusammen: Dr. Kurt Pfeiffer (*1893 †1987) (Finanz- und Vermögensverwaltung), Dr. Helmuth Pontesegger (Recht und Verwaltung), Dr. Gerd Heusch (Arbeit und Fürsorge), Dr. Karl Breuer (Schule, Erziehung und Kultur), Josef Hirtz (Ernährung und Landwirtschaft), Heinrich Faust (Technik) und Hans Schefer (Polizei). Am Nachmittag wurde Oppenhoff vom amerikanischen Stadtkommandanten Carmichael im Suermondt-Museum mit dem Schwur auf die amerikanische Bibel vereidigt. Am Allerheiligentag 1944 bezog die neue Aachener Stadtverwaltung ihr provisorisches Domizil im Regierungsgebäude am Stadttheater und nahm ihre Arbeit auf.⁶⁵ Bereits wenige Wochen später berichtete die „Neue Zeitung“, das Mitteilungsblatt der 12. Amerikanischen Armeegruppe für die deutsche Zivilbevölkerung: *„Neues Leben in Aachen. Die gegenwärtige Bevölkerung der Stadt wird auf über 6.000 Menschen geschätzt. Weitere 5.000 werden aus den amerikanischen Auffangquartieren, 10.000 aus Belgien erwartet. Der Bürgermeister arbeitet mit einem Stab von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. 200 Beamte und Arbeiter der öffentlichen Werke sind eingestellt [...]. Bürgermeister Oppenhoff hat alle Verordnungen seines Nazivorgängers aufgehoben [...].“*⁶⁶

Auch Oppenhoff wandte sich im Dezember 1944, wenige Wochen nach der Übernahme der provisorischen Stadtverwaltung, an die aus den Internierungslagern heimkehrende Bevölkerung Aachens: *„Bitterste Not liegt hinter uns; lange, schwerste Zeiten des*

⁶⁴ Vgl. Matzerath, Horst: Rheinische Großstädte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Notverwaltung oder Neubeginn, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 1-21, hier: S. 15.

⁶⁵ Vgl. Küsters: Der 2. WK, a. a. O., S. 64.

⁶⁶ Trees: Schlachtfeld Rheinland, a. a. O., S. 21.

*Aufbaues vor uns. Uns bleibt nichts als unser guter Wille, unsere Tatkraft und die tiefe, heiße Sehnsucht nach einem neuen, wahrhaften und gerechten Vaterland für alle. Es gibt nichts mehr zu verwalten, alles und jeder ist neu zu erarbeiten. [...] Ein Beispiel sei uns leuchtendes Vorbild: In den gefährvollen Bombennächten, in den härtesten Zeiten der Belagerung, im Kugelregen der Kämpfe hat die Domwache, nur auf sich selbst gestellt, Tag und Nacht unser einzigartiges schönes und ehrwürdiges Münster geschützt [...]. Handeln wir wie sie und - neues Leben blüht aus den Ruinen."*⁶⁷

Trotz seiner umfangreichen Aufgaben befielen Oppenhoff während dieser Wochen immer wieder Ängste, und aus seinen Memoiren geht hervor, dass er viel an seine Mutter und seine Geschwister dachte, die in Süddeutschland lebten:

*„Gott schütze sie vor den Schergen Himmlers, die vermutlich nach ihnen fahnden werden, wenn Hitler und Genossen von dem erfahren, was hier geschieht. Ich Sorge mich ehrlich um sie, fühle mich aber im Gewissen verpflichtet, meine ganze Kraft in dieser schweren Stunde meiner Vaterstadt dem Amte zu weihen, mit dem sie mich betrauen."*⁶⁸

So wie Oppenhoff ging es während dieser Zeit vielen Menschen in Aachen und in den bereits besetzten Gebieten des Deutschen Reiches. Kapitulieren war in dieser Situation lebensgefährlich. Vor allem während der Rundstedt-Offensive⁶⁹, die am 16. Dezember zwischen Monschau und Echternach begonnen hatte, und deren Anfangserfolgen, durch die sich die Amerikaner veranlasst sahen, starke Kräfte von der Aachener Front abzuziehen, bestand unter der Zivilbevölkerung immer wieder die Angst vor einer Rückkehr der deutschen Truppen. Sr. Maria berichtet hierüber in ihrem Tagebuch: *„Es ist jetzt sehr unruhig. Wir wissen nicht recht, was los ist. Wir sehen nur, daß die Ameri-*

⁶⁷ Nachlass Oppenhoff im Stadtarchiv Aachen zitiert nach: Poll: Das Schicksal Aachens, a. a. O., S. 268.

⁶⁸ Oppenhoffs Tagebuch zitiert nach: Crous: Aachen, a. a. O., S. 69.

⁶⁹ Vgl. hierzu: Whiting, Charles: Ernest Hemingway und der Krieg im Westen 1944/45. Der spätere Literaturnobelpreisträger als Kriegsberichterstatter in der Eifel, Aachen 2002.

*kaner wieder in Richtung Belgien fahren mit ihren Panzern und Geschützen und haben alle Angst, daß die deutschen Truppen Aachen wieder einnehmen könnten. Dann ginge es uns nicht gut, das wußten wir [...]. Wir hatten uns schon vorgenommen, wenn die deutschen Truppen wirklich kommen sollten, dann würden wir alles im Stich lassen und nach Holland fliehen."*⁷⁰

In den Augen des NS-Regimes waren die Aachener Verräter - ein „Mob“, wie sie von der Gestapo genannt wurden -, gegen die vorzugehen war. Wer nach dem Abzug der deutschen Truppen eine weiße Fahne - das war oft ein Betttuch oder Ähnliches - hisste, riskierte, von den letzten SS-Leuten standrechtlich erschossen oder erhängt zu werden.⁷¹ Hinzu kamen diverse Gerüchte, wie beispielsweise, dass die älteren Jungen (unter 16 Jahren) „über den Rhein müßten, um dort noch zu Soldaten ausgebildet zu werden“ - manche flüchteten daraufhin in Verstecke.⁷²

Auch Bischof van der Velden sollte die Macht des zum Teil noch bestehenden nationalsozialistischen Staates zu spüren bekommen. Der Zufall fügte es, dass am 20. Oktober 1944, als der Bischof von Aachen dem Sprecher der Besatzungsmacht gegenüber-saß, die Gestapo in Köln am gleichen Tag bei Erzbischof Frings (*1887 †1978) vorsprach, um nach dem Verbleib des Bischofs van der Velden zu forschen.⁷³ Während van der Velden keine größeren Repressalien erwarteten, sollte Oppenhoffs Angst begründet sein. Obwohl ihm die amerikanischen Offiziere die Geheimhaltung seines Namens zusicherten, um damit unter anderem seine Angehörigen vor den Repressalien des NS-Regimes zu bewahren, zeigte das nationalsozialistische Regime auch in Aachen, dass der Krieg noch nicht vorbei war. Franz Oppenhoff, unter der

⁷⁰ Sr. Maria: Tagebuchaufzeichnungen, a. a. O., S. 144ff.

⁷¹ Vgl. Schwedt, Herbert: Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit - nach Berichten von Zeitzeugen, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 33-67, hier: S. 35f. (Künftig zitiert: Schwedt: Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit, a. a. O., S.).

⁷² Vgl. mündliche Auskünfte Dr. Guido Maas. Interview am Samstag, den 21. September 2003 (Künftig zitiert: Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas).

⁷³ Vgl. Aufzeichnungen von Erzbischof Frings über den Besuch der Gestapo am 20. Oktober 1944, in: Historisches Archiv des Erzbistums Köln, C.R. 25,18 zitiert nach Volk: Ausblick auf Trümmern, a. a. O., S. 208.

Last seiner Aufgaben dem Zusammenbrechen nahe, hatte seinen Tod vorausgeahnt, als er noch im Februar 1945 im Kreis von Freunden sagte: „*Es wird mir gehen wie Rathenau und anderen. Vielleicht ist der Fallschirmspringer schon für mich bestimmt.*“⁷⁴

Oppenhoff sollte mit seinen Vermutungen Recht behalten. Bereits am 5. Oktober 1944, also gut zwei Wochen vor dem Fall Aachens, hatte die SS-Zeitung „*Das Schwarze Korps*“ geschrieben, in den besetzten deutschen Landesteilen gebe es keine deutsche Exekutive, keine deutsche Gerichtsbarkeit, weil ihre Träger und Organe den nächsten Monat kaum erleben würden. Kein Beamter dürfe feindlichen Befehlen folgen, ohne die Gewissheit zu haben, dass er bald darauf kalt und starr hinter seinem Schreibtisch hocken würde.⁷⁵ In diesem Artikel spiegelt sich die Absicht Heinrich Himmlers wider, die Bevölkerung in den vom Feind besetzten Gebieten durch die Erschießung von „*Verrätern*“ weiterhin zu terrorisieren. Somit kann man festhalten, dass die Überlegungen zur Gründung einer Terrororganisation, wie der des späteren „*Werwolfs*“, auf den Oktober 1944 zurückgehen, obwohl eine solche Organisation erst nach der Ermordung Oppenhoffs am 2. April 1945 gegründet wurde.⁷⁶ Anfang November erhielt der General der Waffen-SS und Höhere SS- und Polizeiführer West, Karl Gutenberg, in seinem Stabsquartier in Erkelenz von dem aus Berlin angereisten SS-Obergruppenführer Prützmann den Befehl Himmlers übermittelt, dass „*der neue Oberbürgermeister von Aachen*“ wegen seiner „*reichsfeindlichen Einstellungen*“ zu erschießen sei. Im Januar 1945 traf bei Gutenberg ein Schreiben Himmlers ein, welches ihm Oppenhoffs Verurteilung zum Tode und die baldige Vollstreckung des Urteils durch den „*Werwolf*“ ankündigte.

⁷⁴ Crous: Aachen, a. a. O., S. 70.

⁷⁵ Vgl. hierzu: Trees, Wolfgang/Whiting, Charles: Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982. (Künftig zitiert: Trees/Whiting: Unternehmen Karneval, a. a. O., S.).

⁷⁶ Vgl. Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich, 5. Aufl., München 1995, S. 95 (Künftig zitiert: Hildebrand: Drittes Reich, a. a. O., S.).

Am 23. März 1945 hielt Adolf Hitler seine berüchtigte Werwolf-Rede. In dieser forderte er die treuen Nazi-Anhänger auf, den Feinden in den Rücken zu fallen: „Jeder Kilometer, den sie in unser Land vordringen, wird Ströme ihres Blutes kosten.“ Noch in der gleichen Nacht sprang eine Werwolfgruppe namens „Karneval“, bestehend aus fünf Männern und einer Frau⁷⁷, die eigens für diesen Anschlag ausgebildet worden waren, mit Fallschirmen über dem Dreiländereck bei Gemmenich aus einem erbeuteten amerikanischen Bomber.⁷⁸ Zwei Tage später hatte sich die Gruppe bis zum Hause Oppenhoff an der Lütticher Straße 251 durchgefragt. Zwei von ihnen trugen deutsche Fliegerkombinationen über ihren Zivilanzügen, als sie gegen 22:30 Uhr am Hause Oppenhoff klingelten und die Hausgehilfin veranlassten, den bei Freunden in der Nachbarschaft weilenden Oppenhoff zu holen. Dieser kam sofort und ließ sich von den beiden berichten, dass sie abgeschossene Flieger seien, die sich auf der Flucht befänden. Der Oberbürgermeister riet ihnen, sich der amerikanischen Militärregierung zu stellen, woraufhin ihm einer der beiden in die Schläfe schoss.⁷⁹

Mit Oppenhoff hatte die Stadt eine wichtige Persönlichkeit im Wiederaufbau verloren. Dr. Wilhelm Rombach (*1884 †1973), der von der britischen Militärregierung zu Oppenhoffs Nachfolger ernannt wurde, leitete von diesem Zeitpunkt an die Bewerkstelligung der Nöte Aachens. Die nun zu bewerkstellenden Aufgaben wurden von drei wichtigen Fragen geprägt: der Frage nach Nahrungsmitteln, Wohnungen und Brennstoff für die in der Stadt verbliebene bzw. die heimkehrende Bevölkerung. Diese Fragen bildeten die größten Engpässe und Probleme der Nach-

⁷⁷ Das sechsköpfige Erschießungskommando setzte sich zusammen aus dem SS-Untersturmführer Herbert Wenzel, SS-Unterscharführer Leitgeb, zwei Kriminalassistenten der Gestapo, die bereits im Raum Aachen-Eupen Dienst getan hatten und somit mit dem Territorium vertraut waren, sowie einem Hitlerjungen und einer Hitlerjugendführerin, die bereits den Namen und Wohnort Oppenhoffs ausfindig gemacht hatten; vgl. Biddiscombe, Perry: Werwolf - the history of the National socialist Guerilla Movement 1944-1946, Cardiff 1998, S.57.

⁷⁸ Vgl. Trees/ Whiting: Unternehmen Karneval, a. a. O.

⁷⁹ Auf der Flucht aus Aachen wurde Leitgeb von einer Mine getötet. Von seinem Komplizen Wenzel wurde nie wieder etwas gehört. Im Oktober 1949 verhandelte das Schwurgericht fünf Tage gegen die Täter und deren Hintermänner; hierbei wurde die Anklage wegen Mordes fallengelassen, da das Gericht zu der Auffassung gekommen war, dass ein Urteil eines in den letzten Kriegsmonaten bestehenden „Gerichtes“ möglich sei. Dieses besagte, die Täter hätten in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Himmler gestanden, und verurteilte sie darum nur zur Beihilfe zum Totschlag.

kriegszeit und werden für den in dieser Studie behandelten Zeitraum die Hauptthemen der politischen Arbeit in Aachen bilden.

1.1.5 Ernährungslage

Bereits 1941 hatte sich die Bevölkerung Aachens auf eine längere Kriegsdauer eingestellt und vielfach Vorsorge getroffen. Es wurden unter anderem Nutzgärten angelegt und zu (beispielsweise) belgischen Bauern wurden Kontakte wiederhergestellt, die noch aus der Zeit des 1. Weltkrieges stammten.⁸⁰ Dennoch war bereits während der militärischen Operationen, die durch die Grenznähe Aachens mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs begonnen hatten, die Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs und mit Lebensmitteln immer wieder durch neue Engpässe gekennzeichnet.⁸¹ Im Verwaltungsbericht I heißt es hierzu: *„In mühevoller Kleinarbeit gelang es, die Bevölkerung während der Zeit der noch andauernden Kriegshandlungen bis zur Einstellung der Feindseligkeiten mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen.“*⁸²

Obwohl in den westlichen Besatzungszonen der Zerstörungsgrad der wichtigsten Industrien nur zwischen 10 und 20% lag – das war ungefähr so viel, wie im Krieg an Anlagen hinzugekommen war⁸³ –, sollte Aachen in den nächsten Jahren die Folgen des Krieges zu spüren bekommen.⁸⁴ Durch die Kämpfe im Aachener Raum wurde im Herbst 1944 die Ernte beeinträchtigt und im darauf folgenden Frühjahr wurde die Aussaat durch die Kämpfe in den linksrheinischen Gebieten nahezu unmöglich gemacht. Des Weiter-

⁸⁰ Vgl. hierzu: Jaud, Ralph: Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem katholischen Grenzgebiet 1929-1944, Frankfurt a. M. 1996. (Künftig zitiert: Jaud: Landkreis Aachen im NS, a. a. O., S.).

⁸¹ Vgl. hierzu: Malangré, Heinz: Aus Trümmern zur Europastadt. Aachen 1945-2005, Aachen 2005.

⁸² Verwaltungsbericht der Stadt Aachen, zugleich Bericht über den bisherigen Wiederaufbau (1. Dezember 1944 bis 31. Dezember 1946), Aachen 1947, S. 70 (Künftig zitiert: Verwaltungsbericht I, a. a. O., S.).

⁸³ Kocka, Jürgen: Neubeginn oder Restauration, in: Carola Stern/ Heinrich August Winkler: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1990, Frankfurt a. M., 1994, S. 159-192, hier: S.166. (Künftig zitiert: Kocka: Neubeginn oder Restauration, a. a. O., S.).

⁸⁴ Vgl. hierzu: Scheel, Wolfgang: Deutschland nach 1945. Probleme der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1962.

ren war die Versorgung mit Lebensmitteln vom Transportwesen abhängig, welches nach Kriegsende zum größten Teil lahm gelegt war.⁸⁵

Die tägliche Kalorienmenge, die pro Kopf zur Verfügung stand, schwankte zwischen 1.500 und 1.200 Kalorien.⁸⁶ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der durchschnittliche Kalorienverbrauch einer Person in Deutschland im Jahre 1936 bei 3.100 Kalorien gelegen hatte und auch während des Krieges nicht unter 2.000 gesunken war.⁸⁷ Diese Zahl wurde in der Zeit zwischen Kapitulation und Währungsreform nicht mehr erreicht. In den Protokollen der amerikanischen Besatzungsmacht hieß es hierzu: *„Im Augenblick erhalten die Einwohner etwa 1.000 bis 1.100 Kalorien pro Kopf. Der augenblickliche Verbrauch soll etwa 1.600 Kalorien betragen, die Differenz wird durch eingekellerte Kartoffeln, Eingemachtes und Konserven bestritten, über die die meisten Familien verfügen. Deshalb werden im Augenblick Mindestrationen, wenn auch nicht mehr, ausgeteilt.“*⁸⁸

Die deutsche Bevölkerung sollte sich aus eigenen Ressourcen mit einer Durchschnittsration von 1.745 Kalorien täglich versorgen, und damit auf einem Niveau leben, welches von alliierten Politikern auch für eine Übergangszeit mehrfach als nicht ausreichend bezeichnet worden war.⁸⁹ Diese Zielprojektion sollte sich jedoch schon im Sommer 1945 aufgrund von Bevölkerungsverschiebungen und wachsendem Zonenseparatismus als unrealistisch herausstellen. Die Erfahrungen der ersten Wochen zeigten bereits, dass die noch im Land vorhandenen, jedoch ungleichmä-

⁸⁵ In der britischen Zone waren noch 1000 km Eisenbahngleise von insgesamt 13.000 km nutzbar, und dies auch nur streckenweise. Von 12.000 Personenwagen waren 5.000 unbrauchbar geworden. Weniger als die Hälfte der normalerweise zur Verfügung stehenden Lokomotiven waren gebrauchsfähig. 740 Eisenbahnbrücken waren während der Kampfhandlungen völlig zerstört worden.

⁸⁶ Vgl. hierzu: Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger. Die Ernährungslage in der britischen Zone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984./ Trittel, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt a. M./ New York 1991.

⁸⁷ Der von der UNO vorgegebene Kaloriensatz lag bei 2550 Kalorien pro Tag.

⁸⁸ Borsdorf, Ulrich/ Niethammer, Lutz (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutschen Politik 1945, Wuppertal 1977, S. 49f. (Künftig zitiert: Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S.).

⁸⁹ Vgl. Kreikamp, Hans-Dieter (Hrsg.): Quellen zur staatlichen Neuordnung Deutschlands 1945-1949, Darmstadt 1994, S. 147.

Big verteilten Lebensmittelvorräte der Wehrmacht sowie die Reste der heimischen Produktion auch nicht annähernd ausreichten, diese Höchststrationen überall auszugeben. In der zweiten Hälfte des Jahres 1946 musste jeder „Normalverbraucher“ im Durchschnitt mit sieben Kilogramm Brot, zwischen zwei und acht Kilogramm Kartoffeln und einem Kilogramm Nahrungsmittel auskommen. Dazu gab es 400 Gramm (später nur noch 200 Gramm) Fett, 450 Gramm Fleisch und zwischen 500 und 700 Gramm Zucker oder Marmelade.⁹⁰ Dass dies den Besatzern bewusst war, macht ein Schreiben Clays an das Kriegsministerium in Washington deutlich, in dem es heißt: *„This food problem is, perhaps, the most important one we all face during the next few months, and on into the winter“*.⁹¹

Aufgrund dieser Situation musste die Unterstützung aus den Vereinigten Staaten erhöht werden. Es wurden beispielsweise Weizenlieferungen angefordert, die jedoch infolge eines Übersetzungsfehlers zu Maislieferungen wurden. *„Unsere Bäcker haben dann schnell gelernt, auch aus Mais Brot zu backen. Ich muß sagen, wir haben es gerne gegessen, aber ich kann nicht behaupten, daß es uns besonders gefreut hat.“*⁹²

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Armee in Aachen ordnete die Militärbehörde am 10.11.1944 die Errichtung eines Ernährungs- und Wirtschaftsamtes zur Versorgung der zurückgebliebenen Bevölkerung an.⁹³ Infolgedessen wurde Ende Dezember 1944 eine *„Ernährungskartei“* fertig gestellt, mit deren Hilfe erste Lebensmittelkarten für die Stadt ausgegeben werden konnten.

⁹⁰ Diese Mengen entsprachen jeweils einer Zuteilungsperiode von vier Wochen. Der Gesundheitszustand war zu dieser Zeit (Ende 1946) so schlecht, dass jeder achte Einwohner wegen vom Arzt attestierter Unterernährung einen kleinen Zuschlag Krankenkost bekam. (Vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 70).

⁹¹ Trittel, Günter J. Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945-1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 22 vom 31. Mai 1986, S. 18-29, hier: S. 25.

⁹² Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer. Interview am Samstag, den 13. September 2003 (Künftig zitiert: Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.).

⁹³ Infolge der Evakuierung aller Behörden aus der Stadt musste auch das Ernährungs- und Wirtschaftsamt neu errichtet werden. Die Vorarbeiten hierzu wurden bis zum Dezember 1944 abgeschlossen. Das alte Gebäude war zerstört und vorerst nicht erreichbar. (Der Stadtteil nordostwärts vom Hansemannplatz, wo sich das alte Ernährungsamt vor dem Krieg befand, gehörte zum so genannten Sperrgebiet). Vgl.: Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 69.

Ebenso wurde eine Stelle für den Markenrücklauf errichtet. Zu Beginn des Jahres 1945 konnten schon 49 Lebensmittelgeschäfte, 31 Bäckereien, 30 Metzgereien, 14 Geschäfte für Kartoffel- und Gemüseverkauf sowie 21 Milchverkaufsstellen ihre Marken abrechnen. Verteilt wurden die Lebensmittel aus den noch vorhandenen Vorräten, die in alten Großlagern und Einzelhandelsgeschäften sichergestellt und zum Zentrallager auf dem Gebiet des heutigen Kaufhof gebracht wurden. Von dort aus wurden die Güter auf die einzelnen Geschäfte verteilt.⁹⁴ Zwischen Dezember 1944 und Juni 1945 wurde die Versorgung der Aachener Bevölkerung noch selbstständig durchgeführt. Erst ab dem 24. Juni 1945, mit dem Beginn des 77. Versorgungsabschnitts, konnten erstmalig vier-wöchentlich Lebensmittelkarten nach dem Muster des übrigen deutschen Gebietes ausgegeben werden. Die Stadt wurde damit in die allgemeine, vom Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz ausgehende Versorgung einbezogen. Dadurch wurde jedoch die Versorgungslage der Bevölkerung nicht wesentlich verbessert, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„Wir haben Schlange gestanden. Wir wurden morgens um halb fünf aus dem Bett geholt und mußten uns in die Schlange stellen, um mit den Lebensmittelkarten unser Brot zu kriegen.“*⁹⁵

Ende des Jahres 1946 konnten in Aachen wieder mithilfe von Bezugsscheinen bei 77 Milchhändlern, 325 Kolonialwarenhändlern, in 120 Bäckereien und 23 Konditoreien, bei 96 Metzgern und in 83 Gaststätten Nahrungsmittel erworben werden.⁹⁶

Mit Ausnahme der Selbstversorger, die beispielsweise durch Schlachtungen etwas besser standen, hatte die gesamte Bevölkerung täglich um den Erhalt ihres Lebens zu kämpfen. Wie von den alliierten Besatzern befürchtet worden war, waren die letzten Reserven bald nach Kriegsende aufgebraucht, doch angesichts der weltweiten Knappheit an Lebensmitteln beschränkten sich die Besatzungsmächte lediglich auf die Hilfe, die zur

⁹⁴ Vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O. S. 69f.

⁹⁵ Mündliche Auskunft Franz Stettner. Interview am Samstag, den 24. Juli 2004 (Künftig zitiert: Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.).

⁹⁶ Verwaltungsbericht I, a. a. O. S. 70.

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Abwehr von Hungerkatastrophen im Interesse ihrer Streitkräfte notwendig waren. Kurz nach der Kapitulation war im britischen Unterhaus verkündet worden: „*Keine Lebensmittel nach Deutschland außer zur Vermeidung von Epidemien oder der Gefährdung der Sicherheit der alliierten Truppen.*“⁹⁷

Die Sorge um die wirtschaftliche Gesundung Europas und Deutschlands im Besonderen sowie die Kosten etwaiger Lebensmittelimporte in die britische Besatzungszone stellten eine große Belastung dar, denn sie vereitelten die eigenen Aussichten auf baldige Gesundung und erschöpften die Dollarreserven.⁹⁸ Dennoch hieß es bald aus dem Unterhaus, dass die eigenen Lebensmittelrationen in England heruntergesetzt werden müssten, um Hilfe für die besetzten Gebiete auf dem Kontinent leisten zu können.⁹⁹ Dies hatte zur Folge, dass der Winter 1945/46 in der britischen Zone ohne größere Ernährungsengpässe überstanden werden konnte. 112.000 t Weizen und 50.000 t Kartoffeln waren aus britischen Reserven zur Verfügung gestellt worden. Die Hilfen Großbritanniens für Deutschland gingen noch weiter. Bereits 1946 musste im Vereinigten Königreich das Brot rationiert werden, um den für Deutschland notwendigen Weizen zur Verfügung zu stellen. Daneben bewirkte auch die Arbeit des Council of British Societies for Reliefs Abroad¹⁰⁰ durch die Verteilung von Lebensmittelpaketen, Kleidersammlungen usw. eine gewisse Linderung. Das Vereinigte Königreich sandte, während seine Bewohner selbst Not litten, zwischen Dezember 1946 und Mai 1949 über eine Million „*Proviantpäckchen*“ nach Deutschland. Man hatte festgestellt, dass die Lebensmittelknappheit in Deutschland üble Auswirkungen beispielsweise auf die Kohleförderung hatte und somit die Hauptexporte in die britische Zone beeinträchtigt wurden. Nach diesen Vorgängen

⁹⁷ Vaubel, Ludwig: Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Tagebuch aus der deutschen Wirtschaft 1945-1949, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, München 1984, S. 30. (Künftig zitiert: Vaubel: Zusammenbruch und Wiederaufbau, a. a. O., S.).

⁹⁸ Vgl. Watt, Donald C.: England blickt auf Deutschland. Deutschland in Politik und öffentlicher Meinung Englands seit 1945, Tübingen 1965., S. 72. (Künftig zitiert: Watt: England blickt auf Deutschland, a. a. O., S.).

⁹⁹ Vgl.: Vaubel: Zusammenbruch und Wiederaufbau, a. a. O., S. 33.

¹⁰⁰ Eine Vereinigung der britischen Auslandshilfe-Verbände.

erklärte sich Bevin nicht mehr bereit, Dollarmittel für die britische Zone zur Verfügung zu stellen, und veranlasste darum, dass die Industriekapazität so lange geschont wurde, bis sich die Zone selbst ernähren konnte.¹⁰¹ Man war sich bewusst, dass „sich nur auf dem Boden eines vernünftigen Lebensstandards eine normale Demokratie entwickeln kann.“¹⁰² Der deutschen Bevölkerung blieben diese Maßnahmen verborgen, weshalb man zu der Ansicht gelangte, dass eine bewusste britische Hungerpolitik Deutschland zum Zusammenbruch und schließlich zur völligen Unterwerfung treiben sollte.¹⁰³ Auf diese Frage wird später noch näher einzugehen sein.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass durch die Probleme im Transportwesen und die Entstehung der Zonengrenzen der früher problemlos funktionierende Binnenhandel durch ein „kompliziertes außenhandelsähnliches Austauschsystem“ abgelöst wurde.¹⁰⁴ Hinzu kam, dass zwischen 1939 und 1944 die öffentlichen Schulden von 40 Milliarden Reichsmark auf 357 Milliarden RM gestiegen waren und dadurch der Notenumlauf von 10,4 Milliarden auf 73 Milliarden angewachsen war.¹⁰⁵ Dies hatte zur Folge, dass bei unveränderten Preisen ein erhöhtes Volumen an Geld erforderlich war, um ein kleineres Volumen an Waren zu ergattern. Durch diese Entwicklung wurden der Besitz von und das Vertrauen zum Geld zweitrangig.

Die schlechte Ernährungssituation spiegelte sich auch im bedrohlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung wider. Typhus, Diphtherie, Keuchhusten und Tuberkulose grassierten. Die elementaren Nöte wuchsen; im Winter 1946/47 verhungerten und erfroren Tausende von Menschen in den zerstörten Großstädten.

¹⁰¹ Zur Not in der britischen Besatzungszone; vgl. Heydemann, Günther: Großbritannien und Deutschland: Probleme einer ‚stillen Allianz‘ in Europa, in: Kastendiek/ Rohe/ Volle (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 2. erw. Auflage, Bonn 1998, S. 438.

¹⁰² Erste britische Direktive für die Alliierte Kontrollkommission Vgl. Watt: England blickt auf Deutschland, a.a.O., S. 92.

¹⁰³ Watt: ebenda, S. 111.

¹⁰⁴ Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-1949, in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5, Stuttgart 1983, S. 64. (Künftig zitiert: Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S.).

¹⁰⁵ Vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 266f.

1.1.6 Hilfe zur Selbsthilfe

In dieser scheinbar ausweglosen Situation griffen viele Menschen zur Selbsthilfe der unterschiedlichsten Art. Beispielsweise wurden die lebenswichtigen Güter auf nicht immer ganz legalem Wege beschafft.¹⁰⁶ Alliierte Kohlentransporte wurden zum Beispiel „erleichtert“, indem Jugendliche auf die Kohlenzüge aufsprangen und kleinere Mengen entlang der Bahnstrecke hinabwarfen. Auf diese Art der Versorgung ging der Kölner Erzbischof Josef Frings in seiner Silvesterpredigt des Jahres 1946 ein, als er erklärte, man könne es dem Einzelnen nicht verwehren, das Dringendste zur Erhaltung von Leben und Gesundheit zu nehmen, wenn er es durch Arbeit und Bitten nicht erhielte. So entstand für diese Art der Güterbeschaffung im Volksmund das Wort „*fringsen*“.¹⁰⁷

Einen illegalen Handel mit knappen Gütern hatte es in begrenztem Umfang, unter strengen Kontrollen und harten Strafen, bereits während des Krieges gegeben. Als jedoch nach Kriegsende die Versorgungslage immer schlechter wurde, dehnte sich gerade in einer Grenzregion wie Aachen der Handel auf dem Schwarzmarkt immer weiter aus. Man praktizierte Hilfe durch Selbsthilfe. Ein Beispiel hierfür war die Fleischversorgung, und hier kam naturgemäß dem Kleinvieh eine besondere Bedeutung zu. Hühner wurden zu dieser Zeit auf Balkonen, in Kellern, Dachkammern, unter Betten und sogar in Kleiderschränken gehalten. Neben dem „*Trümmerhuhn*“ existierte auch die „*Speicherziege*“, und auf dem Lande, wo Ställe zur Verfügung standen, waren die Schwarzhaltung und später auch die Schwarzschlachtung nicht selten.¹⁰⁸ Der Fantasie waren hierbei keine Grenzen gesetzt.¹⁰⁹ Daneben musste jeder sammeln, der sich selbst versorgen wollte: Je nach Jahreszeit ging es dabei um Heidelbeeren, Pilze, Haselnüsse, Ähren nach der Getreideernte oder um Kartoffeln

¹⁰⁶ Vgl.hierzu: Berger, Franz Severin/ Holler, Christine: Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen, Wien 1994.

¹⁰⁷ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 64.

¹⁰⁸ Bis Dezember 1946 wurden 473 Hausschlachtungen genehmigt (277 Schweine, 8 Rinder, 154 Kälber, 32 Schafe, 2 Ziegen).

¹⁰⁹ Beispielsweise wurde ein Ferkel, ruhiggestellt durch schwarz gebrannten Schnaps, in einem Sack unter dem Eisenbahnsitz von einer Besatzungszone in die nächste geschmuggelt.

durch Nachharken nach der Kartoffelernte. Die Findigkeit, was man aus den Sachen machen konnte, war groß; beispielsweise wurden die deutschen Frauen von den Frauen der alliierten Offiziere, wie bereits während des Krieges, in Kochen aus Abfällen unterrichtet.¹¹⁰ Man musste Ideen haben, wie jene Tabakfreunde, die mit der „Raucherkarte“ nicht weit kamen und Eigenanbau betrieben.

Daneben blühte in dieser Zeit der Tauschhandel, das so genannte „Kompensationsgeschäft“, bei dem alles gegen alles getauscht wurde. An allen Ecken, Zäunen und Bäumen fand man Tauschangebote, findige Geschäftsleute richteten sogar „Tauschzentralen“ ein. Diejenigen, die etwas anzubieten hatten – denn für Geld allein, das von Tag zu Tag weniger wert wurde, bekam man nichts mehr –, konnten fündig werden, wenn es beispielsweise darum ging, ein Brautkleid gegen Speck und Eier, Füllfederhalter gegen Brot oder ein Fahrrad gegen eine Schreibmaschine¹¹¹ zu tauschen. Eine größere Behandlung beim Zahnarzt kostete ein Ferkel, eine kleinere konnte mit Butter entgolten werden. Gut ging es eigentlich nur jenen, die „kompensieren“ konnten, da sie über irgendeine Mangelware verfügten, die sie statt oder zum Geld anbieten konnten.¹¹² Die Militärregierung versuchte, mithilfe der – zunächst noch unbewaffneten – deutschen Polizei, diese und ähnliche Vorgänge wie beispielsweise das „Hamstern“ einzudämmen. Der Widerspruch war jedoch unauflösbar: die labile Wirtschaftslage verbot das Hamstern und erzwang es gleichzeitig. Also waren trotz Kontrollen die Bahnhöfe und Züge voller Menschen, die hofften, draußen auf dem Lande Lebensmittel einhandeln zu können.¹¹³

In dieser Situation war der Übergang vom Tausch- zum Schwarzmarkt, der besonders am Kaiserplatz blühte, fließend. Hier

¹¹⁰ Vgl. hierzu: Merbeck, Marianne: „Ich bin doch nichts Besonderes“. Aachener Frauen erzählen Geschichte, Aachen 1991 (Künftig zitiert: Merbeck: Aachener Frauen erzählen Geschichte, a. a. O., S.).

¹¹¹ Vgl. Mündliche Auskünfte Dr. Guido Maas, a. a. O.

¹¹² So füllten zum Beispiel die Bauern ihre Schränke mit nützlichen Tauschgegenständen, die sie von „Hamsterern“ in Zahlung genommen hatten.

¹¹³ Beispielsweise unternahm der Kreisverband der SPD eine Fahrt nach Heinsberg, um dort Kartoffeln zu holen; vgl. mündliche Auskünfte Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

ging es in der Hauptsache um Zigaretten, Kaffee und Schokolade und in der Regel nur um kleinere Mengen. Einzig in diesem Bereich galt die RM noch etwas, die, wie bereits gezeigt, ihren internationalen Kurs verloren hatte. So wechselten zum Beispiel 20 amerikanische Zigaretten für 120 RM den Besitzer. In diesen Jahren lebte auch in Aachen, welches aus den zwanziger und dreißiger Jahren noch als das „Loch im Westen“ bekannt war, der Schmuggel wieder auf. Auch war es in jener Zeit großer Arbeitslosigkeit bereits üblich gewesen, in vielköpfigen Kolonnen zum Teil motorisiert bis hin zum Lastkraftwagen über die Grenze zu fahren. An diese „Erfahrungen“ knüpfte man nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Zu Dutzenden standen Halbwüchsige - der Schmuggel durch Kinder und Jugendliche hinderte die Grenzposten daran, von ihren Schusswaffen Gebrauch zu machen - beispielsweise an der Waldschenke, um gegen ein entsprechendes Entgelt ein oder zwei Pakete „Schwarze Katz“ oder „Goldener Schlüssel“¹¹⁴ von „drüben“ zu holen. Diese Art des Grenzübertritts war jedoch nicht ungefährlich. Im Grenzwald lagen die Zollbeamten auf der Lauer. Allein der Grenzübertritt war streng verboten und wurde um diese Zeit laut Gesetz Nr. 161 *„mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe, einschließlich der Todesstrafe bestraft.“* Das britische Gericht hatte fast täglich mit illegalen Grenzüberschreitungen zu tun.¹¹⁵ Die Regelstrafe hierfür waren drei Monate Haft.

Auch wurde bei der „Organisation“ der zum Leben notwendigen Dinge guten Gewissens gegen das Gesetz verstoßen - es wäre wohl niemand der Ansicht gewesen, dass eine Frau, die versuchte, ein paar Pfund Kartoffeln für ihre Kinder zu ergattern, etwas Verbotenes tat. Daneben zählte das Schwarzbrennen und Schlachten zur gängigen Praxis und galt allenfalls als Kavaliersdelikt.¹¹⁶ In einer Zeit, in der die Alternative zum Verhungern der Diebstahl war, wurden die Diebstahlsmeldungen auch

¹¹⁴ Zwei der damals beliebtesten belgischen Kaffeesorten.

¹¹⁵ Allein im Juli 1947 behandelte das Gericht 462 solcher Fälle.

¹¹⁶ Gelegentlich gab es hierbei besondere Tricks, zum Beispiel das Töten eines Schweins am Sonntagmorgen, wobei das Läuten der Glocken die Schreie des Tieres übertönen sollte.

immer häufiger.¹¹⁷ Noch 1947 heißt es im Verwaltungsbericht der Stadt Aachen: „Die große Not an Lebensmitteln, Bekleidungs- und Haushaltsgegenständen ist die Ursache für die dauernd steigende Zahl der Einbrüche, Diebstähle, des Schwarzhandels und der Schmuggelverstöße.“¹¹⁸

Man muss also, was die Kriminalität jener Zeit angeht, nicht nach Gesetzen und Verordnungen fragen, sondern nach den Einschätzungen durch die breite Mehrheit.¹¹⁹ Diese schwerwiegenden sozialen Auswirkungen führten zu einer Auflösung des akzeptierten Normen- und Wertesystems.

1.1.7 Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs

In der unmittelbaren Nachkriegszeit mangelte es nicht nur an Nahrungsmitteln, sondern auch an sämtlichen Gütern des täglichen Bedarfs. Neben der Kartei des Ernährungsamtes hatte das Wirtschaftsamt eine Kartei zur Austeilung von Bezugsscheinen angelegt. Zu den wichtigsten Bedarfsgegenständen zählten unmittelbar nach Kriegsende Spinnstoffe und Schuhwaren. Infolge der Zwangsevakuierung und des hohen Vernichtungsgrades der Stadt durch den Luftkrieg sowie durch vielfache Plünderungen waren bei der Bevölkerung keinerlei Reserven vorhanden. Hinzu kam, dass die amerikanische Militärbehörde im Winter 1944, der reichen Schneefall gebracht hatte, beträchtliche Mengen Betttücher aus Privathaushalten und Leinenstücke aus Vorratslagern zu Tarnzwecken beanspruchte. Hierdurch gingen auch die noch vorhandenen kleinen Bestände fast restlos verloren. Durch die andauernden Kriegshandlungen und die immer noch vorhandene Nähe zur Front war ein Warennachschub weiter ausgeschlossen. Mit dem Übergang der Stadt in den Versorgungsbereich der Nordrheinprovinz nahm das Wirtschaftsamt Kontakt zum Oberpräsidenten in Düsseldorf auf, was zur Folge hatte, dass die Stadt von Zeit zu Zeit Sonderzuteilungen an Schuhen bekam. Der Mangel an

¹¹⁷ Gestohlen wurde alles: Kaninchen und Glühbirnen, Kühe und Kohlen, Lebensmittel, Ochsen, Tauben, Bohnenstangen.

¹¹⁸ Vgl. hierzu: Verwaltungsbericht der Stadt Aachen für das Jahr 1947, Aachen 1948 (Künftig zitiert: Verwaltungsbericht II, a. a. O., S.).

¹¹⁹ Nach einer Umfrage von 1955 gaben 54% der „Normalverbraucher“ an, sich nach dem Krieg Brot, Mehl und Kartoffeln schwarz besorgt zu haben. Vgl. Schwedt: Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit, a. a. O., S. 56.

Spinnstoffen, welcher ein Problem für die Webereien war, blieb weiterhin bestehen, wie aus dem Verwaltungsbericht des Jahres 1946 deutlich wird, in dem es, als am 1. Januar 1946 46.000 Anträge auf Spinnstoffe vorliegen, heißt: „[...] die Bezugsrechte fanden in den Händen der Verbraucher keine Deckung mehr.“¹²⁰

Diese Situation sollte sich so schnell nicht ändern, wie der Verwaltungsbericht des Jahres 1947 durch eine Liste von Kleidungsstücken und Haushaltsgegenständen mit der jeweiligen Zuteilungsrate pro Kopf der Bevölkerung belegt. Daneben existieren Berechnungen des Wirtschaftsamt über die Wartezeit nach den damaligen Zuteilungsbedingungen. Beispielsweise lag die Zuteilung für Wintermäntel für Frauen bei 0,03%, was bedeutet, dass man auf einen Mantel 2.576 Jahre hätte warten müssen. Ebenso grotesk war die Wartezeit bei einem simplen Eimer – sie betrug 1.370 Jahre.¹²¹

1.1.8 Wohnungslage

Die alliierten Bombenangriffe hatten ein Viertel des Wohnungsbestandes der Vorkriegszeit vernichtet oder schwer beschädigt, in den Großstädten sogar mehr als die Hälfte. Von 5,5 Millionen Gebäuden in der britischen Zone waren 3,5 Millionen entweder zerstört oder schwer beschädigt worden. „Keine deutsche Großstadt [...] war für den, der sie 1945 nach mehreren Jahren zum ersten Mal wieder sah, leicht zu erkennen. Keine war verschont geblieben. Von den Zerstörungen waren vor allem die großen Wohnzentren, weniger die Vorstädte betroffen.“¹²²

Diese Aussage hatte auch für die Stadt Aachen Gültigkeit. Auch hier waren die Vororte kaum beschädigt worden,¹²³ das Zentrum der Stadt dafür umso mehr. Eine Erfassung der „noch bewohnbaren“ Gebäude im Dezember 1944 hatte 2.402 Häuser mit 29.261

¹²⁰ Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 72.

¹²¹ Vgl. Verwaltungsbericht II, a. a. O., S. 68.

¹²² Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 61.

¹²³ „Ich kam also nach Hause und war überrascht, daß ich Brand nahezu unversehrt vorfand. Ich kam in dem Glauben nach Hause [...], daß hier, weil die Amerikaner da waren, wie im Ruhrgebiet alles kaputt sei.“ Mündliche Auskunft Alfons Brammertz. Interview am Sonntag, den 14.09.2003 (Künftig zitiert: Mündliche Auskunft Alfons Brammertz, a. a. O.).

Räumen ergeben. 32.802 Wohnungen und 5.800 Wohnhäuser waren durch Fliegerbomben vernichtet worden – das waren 62,2% des Vorkriegsbestandes.¹²⁴ Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass man damals mit dem Begriff „*schwer beschädigt*“ außerordentlich vorsichtig umging. Nach offiziellen Angaben war die Stadt nur zu 50% zerstört, in der Realität lag die Zerstörung jedoch bei ca. 80%¹²⁵ der Gebäude und Wohnungen. Ein Zeitzeuge erinnert sich an den Zustand der damaligen Unterkünfte: *„Heute würde man keinen Hund in die Wohnungen einsperren, die zur damaligen Zeit üblich waren.“*¹²⁶

Die Zerstörungen hatten zur Folge, dass dort, wo 1939 im Durchschnitt vier Deutsche gewohnt hatten, jetzt bis zu zehn Personen lebten. *„In Bunkern und Kellerlöchern hausten Menschen eng aneinander gedrängt, nicht unbedingt aufeinander angewiesen, eher auf Abstand bedacht, vorsichtig, wenn nicht gar mißtrauisch.“*¹²⁷

Nach dem Beginn des Zurückflutens der Bevölkerung im Mai 1945 war die junge Stadtverwaltung vor das schier unlösbare Problem der Unterbringung der heimkehrenden Menschen gestellt.¹²⁸ Im Winter 1945 wurden durch öffentliche Mittel 1.250 zusätzliche Unterkünfte geschaffen. Sogar Ende Dezember 1947 befanden sich noch 1634 Personen mit 320 Kindern unter 14 Jahren in Luftschutzbunkern, 8.776 Personen lebten in sonstigen Notunterkünften wie Lauben, ausgebauten Dachgeschosswohnungen, nicht zum Wohnen geeigneten Gewerberäumen oder von der Baupolizei gesperrten Häusern bzw. Lagern. Noch bis 1957 befanden sich zeitweise 5.000 Menschen in Bunkern. *„Erst am 17. September 1958 wird in Aachen das Bunker-Kapitel abgeschlossen, die*

¹²⁴ Vgl. Siemons, Hans: Kriegsalltag in Aachen. Not, Tod und Überleben in der alten Kaiserstadt zwischen 1939 und 1944, S. 151 (künftig zitiert: Siemons: Kriegsalltag in Aachen, a. a. O., S.).

¹²⁵ Vgl. hierzu: Poll: Aachen in Daten, a. a. O.

¹²⁶ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

¹²⁷ Hoffmann, Hans: Aachen in Trümmern. Die alte Kaiserstadt im Bombenhagel und danach, Düsseldorf 1984, S. 106. (Künftig zitiert: Hoffmann: Aachen in Trümmern, a. a. O., S.).

¹²⁸ Vgl. Nusselein: Erinnerungen rheinischer Seelsorger, a. a. O., S. 160.

letzten Familien ziehen aus den Behelfsunterkünften in richtige Wohnungen."¹²⁹

Immer wieder gab es Zwangseinquartierungen. Man hauste notdürftig in Kellern und Bunkern, schlief zu mehreren in einem Etagen-Luftschutzbett und musste bei Regen geschickt die aufgestellten Eimer und Wannen umgehen, die die fehlende Dachdichtigkeit erforderlich machten. Nur zeitweise stand Wasser und Strom zur Verfügung; häufig gab es kaninchengroße Ratten, die nach Essbarem suchten. *„Hätte man den Wiederaufbau unter den derzeit vorherrschenden Einspruchsmöglichkeiten, den Gesetzes- und Verordnungsfluten durchführen wollen und müssen: Der Schutt läge noch auf den Straßen wie 1945.“*¹³⁰

In den Monaten des Zurückflutens aus der Evakuierung (Oktober bis Januar) stellte die Wohnungslage ein immer größer werdendes Problem dar. Viele Menschen fanden ihre Wohnungen zerstört oder geplündert vor. In manchen Wohnungen waren Obdachlose eingewiesen worden. Manche Heimkehrer ließen sich dann ihrerseits in anderen Stadtteilen Wohnungen zuweisen. Auch wenn die neue Stadtverwaltung in dieser Situation nicht anders handeln konnte, hatte dieses Vorgehen Oppenhoff Kritik eingebracht. Daraufhin ging die Stadt dazu über, *„Leihscheine“* für entliehene Möbel und Hausrat auszugeben. Nach kurzer Zeit waren schon 70.000 solcher Scheine ausgestellt worden. Noch Jahre später ließ man nur ungern Fremde in die eigene Wohnung - der Möbel wegen, von denen man befürchtete, sie würden als fremdes Eigentum wiedererkannt. Ein eigener Verein tat sich unter dem Namen *„Verein zur Wiederbeschaffung entliehenen Eigentums“* auf, der über einige Jahre hinweg seine Geschäftsstelle im *„Quellenhof“* hatte und von Zeit zu Zeit abends Rückgabetermine vor Kirchenportalen veranstaltete, wo diskret *„entliehene“* Gegenstände abgestellt werden konnten. Außerdem wurden die bes-

¹²⁹ Hoffmann: Aachen in Trümmern, a. a. O., S. 109.

¹³⁰ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

seren Wohnungen den alliierten Streitkräften zur Verfügung gestellt.¹³¹

Da sich in der zerstörten Innenstadt nicht nur Wohnhäuser und Geschäfte befanden, sondern auch die wichtigsten öffentlichen Einrichtungen, gab es, da diese zuerst versorgt werden mussten, keine gleichzeitige Versorgung von Gas, Wasser und Strom.¹³²

Durch die gegebenen Umstände fand eine bisher nicht da gewesene Umschichtung der Bevölkerung statt.¹³³ Bereits 1946 stellte das Wohnungsamt fest, dass wieder 8.054 Häuser und 93.323 Räume bewohnbar waren. Die relativ hohe Zahl von bewohnbaren Räumen war angesichts der Tatsache, dass im Dezember 1944 in Aachen nur 1.700 Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren arbeitsfähig waren, ein großer Fortschritt. Von diesen 1.700 waren 60% Kaufleute und Gewerbetreibende, die zu Reparaturarbeiten nur bedingt herangezogen werden konnten. Es fehlten die klassischen Baufach- und Nebenberufe in der Stadt. Es gab zu jener Zeit nur sechs Maurer, drei Pflasterer, zwölf Dachdecker, fünf Heizungsmonteure, drei Schreiner sowie einige Glaser und Anstreicher. Diese Zahlen standen in einem Ungleichgewicht zur herrschenden Nachfrage. Beispielsweise brauchte man allein für öffentliche Arbeiten wie die Instandsetzung des Kanalbaus sowie der Wasser- und Gasversorgung ca. 1.500 Personen. Die neu gegründete Gewerkschaft sowie die langsam wieder erwachende Bauindustrie und das Handwerk diskutierten die Frage der Umschulung. Zudem fehlte es an Baumaterialien und Werkzeugen.¹³⁴ Trotz dieses Mangels an Arbeitskräften und Materialien, den auch der Vorsitzende des Arbeitsamtes im September 1945 gegenüber den Aachener Nachrichten zum Ausdruck bringt,¹³⁵ legt die Militärregierung der Bevölkerung auf, sich bis zum 15. Oktober eine wintertaugliche Unterkunft zuzulegen. Andernfalls drohe

¹³¹ Vgl. Sr. Maria Tagebuchaufzeichnungen, a. a. O., S.140f. und Pierotti, Paul: Aachen. Stunde Null, Eupen 1995, S. 95ff.

¹³² Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S. 29.

¹³³ Vgl. Nusslein: Erinnerungen Rheinischer Seelsorger, a. a. O., S. 160.

¹³⁴ Vgl. Crous: Aachen, a.a.O, S. 77.

¹³⁵ Vgl. Aachener Nachrichten vom 18.9.1945, 1. Jg., Nr. 44. (Künftig zitiert: AN vom [Datum], Jg., Nr.).

die Zwangsevakuierung. Aus diesem Grund rief der Oberbürgermeister der Stadt die Bevölkerung auf: *„Wer der Evakuierung entgehen will, der arbeite selbst mit allen Kräften an der Wiederherstellung zerstörter Häuser [...]. Es gilt unseren Kindern sowie unseren alten und schwachen Mitbürgern zu helfen, der Entstehung und Ausbreitung von Krankheiten schlimmster Art vorzubeugen [...]. Die Aufgabe des Ausschusses¹³⁶ ist besonders wegen der Fragen der Ernährung, des Transportes und der Fürsorge für den Schutz des zurückgebliebenen Gutes äußerst schwierig [...]. Bringt jetzt Euere Häuser und Wohnungen instand, dann entgeht ihr der Evakuierung.“¹³⁷*

1.1.9 Die Trümmerbeseitigung

„Wer sich innerhalb Aachens bewegen wollte, mußte auf Trümmerpfaden seinen Weg durch die zerstörte Innenstadt suchen.“¹³⁸

Neben den fehlenden Arbeitskräften und dem nur unzulänglich vorhandenen Baumaterial stellten die Trümmer einen weiteren Problempunkt bei der Instandsetzung der Wohnungen und dem Wiederaufbau des „normalen Lebens“ dar. Aachen war zu fast 80% zerstört worden, sodass Ende Dezember 1944 auf Straßen, Wegen und Plätzen, vor allem in der Stadtmitte und in den Gegenden um die Bahnhöfe West und Rothe Erde, meterhohe Schuttmassen lagen. Drei Millionen Kubikmeter Schutt begruben die Stadt. Ein defektes Kanalnetz ließ die Ausbreitung von Seuchen befürchten. Hinzu kam, dass ca. 200 Bombentrichter, vor allem an den Stadträndern, das Bild bestimmten. Die ersten Schutträumungen, die durch ehrenamtliche Kräfte und Kräfte der Stadtreinigung in bis zu 180 Mann starken Kolonnen geschah, sorgte zunächst nur für eine behelfsmäßige Freimachung der wichtigsten Militär- und Verkehrsstraßen. Erst ab Juni 1946 kam es zu einer planmäßigen Schuttverräumung mit allen zur Verfügung stehenden Transportmitteln wie LKW-Kolonnen, Pferdefuhrwerken und Straßenbahnen. Diese mussten jedoch bis Ende des Jahres

¹³⁶ Ein für diesen Zweck gegründeter Ausschuss der Stadt hatte die Aufgabe, zu prüfen, bei welchen Bürgern die „Verschickung“ (Zwangsevakuierung) unumgänglich war.

¹³⁷ CDU-Aachen (Hrsg.): 50 Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa, a.a.O., S. 77. (Künftig zitiert: CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S.).

¹³⁸ Interview Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

1947 ihre Arbeiten immer wieder durch den Mangel an Treibstoff, Mangel an Futter für die Zugtiere der Fuhrwerke oder das Fehlen von technischen Räumgeräten einstellen. Neben den ehrenamtlichen und städtischen Kräften wurden ab August 1946 auch drei Unternehmen mit durchschnittlich 100 Arbeitern mit Aufräumarbeiten beauftragt. Diese taten im Raum Adalbertsteinweg/Stolberger Straße, in der Stadtmitte in Richtung Lousberg, im Raum Casinostraße, am Krugenofen und in Burtscheid ihre Arbeit. Als Schuttstellen wurden vor allen Dingen die Bombenrichter am Ziegeleigelände Thelen an der Stolberger Straße sowie die Rütscher Straße und das Wiesengelände am Bunker Eupener Straße genutzt. Zwischen dem 8. Juli 1946 und dem 31. Dezember 1947 wurde die Schutträumung im Rahmen eines Ehrendienstes aller Aachener Männer zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr vollzogen. Im Jahre 1947 fand auch ein freiwilliger weiblicher Ehrendienst statt. Der Ehrendienst wird in einem späteren Teil der Arbeit noch genauer thematisiert werden. Insgesamt wurden bis Ende 1946 125.500 cbm Schutt geräumt; an Material wurden 480.000 Ziegelsteine, 297 cbm Bruchsteine, 295 cbm Sand und 12 t Eisenschrott gewonnen.

Neben dem Mangel an Arbeitskräften und Materialien war die Verminderung der Stadt ein wichtiger Hemmfaktor der Trümmerbeseitigung. Seit Mitte des Jahres 1945 versuchte man, innerhalb des Stadtkerns die durch die Kriegshandlungen verursachten Minen und Munition zu räumen. Dabei wurden 235 schwere und 27 leichte Bomben, 622 Brandbomben und Kanister sowie 7.761 Granaten bzw. 1.110 Handgranaten, 369 Panzerfäuste, 639 Minen und rund 70.000 Stück Infanterie-Munition aus den Trümmern geborgen. Bei diesen Arbeiten kamen 18 Menschen ums Leben, unter ihnen sechs Minenräumer und fünf Kinder; 34 Menschen wurden zum Teil schwerst verletzt. Die Beseitigung der Minen in den ländlichen Gebieten dauerte noch Jahre an, wie sich ein Zeitzeuge zu erinnern weiß: „Noch Jahre nach dem Krieg haben wir erlebt, dass Bauern mit ihrem Gespann in die Luft flogen, weil ganze Felder vermint waren.“¹³⁹ Dies hatte auch erhebliche Aus-

¹³⁹ Mündliche Auskunft Dr. Pfeiffer, a. a. O.

wirkungen auf die Versuche der Bevölkerung, sich in der Umgebung oder im ländlichen Raum mit zusätzlichen Gütern zu versorgen.

1.1.10 Brennmaterial

Die Kohleproduktion war in den städtischen Zentren Deutschlands praktisch zum Erliegen gekommen. Es konnte noch gerade so viel Kohle verteilt werden, wie benötigt wurde, um die wichtigsten Funktionen aufrecht zu erhalten.¹⁴⁰ Um diese Verteilung zu koordinieren, wurde am 9. November 1944 in Aachen die Kohlenwirtschaftsstelle neu eingerichtet. Zunächst wurden für den kalten Winter 1944/45 bei Temperaturen von bis zu minus 20,4°C die Kohlenbestände aus den leer stehenden Häusern zur Versorgung der Zivilbevölkerung herangezogen.¹⁴¹ Während dieser Zeit suchten auch noch viele Menschen Schutz in den notdürftig beheizten Bunkern der Stadt. Mit der Übernahme der Militärverwaltung durch die Briten wurden Kohlezuweisungen von den Gruben erteilt. Die Vorräte in der Stadt Aachen waren zu diesem Zeitpunkt weitestgehend erschöpft und die Heranschaffung von Kohlenvorräten gestaltete sich aufgrund fehlender Frachträume als schwierig. Aus diesem Grund setzte die britische Militärregierung ab September 1945 einige Fahrzeuge zum Kohlentransport ein. Bei den verhältnismäßig großen Kontingenten war hierdurch eine ausreichende Versorgung der wichtigsten Betriebe im Winter 1945/46 sichergestellt. Im Frühjahr und Sommer 1946 waren die zugeteilten Kontingente verhältnismäßig klein. Mit dem 1. September 1946 ging die Kohlenzuteilung von der britischen Militärregierung auf das Wirtschaftsministerium und damit in deutsche Hände über, sodass ab dem 1. November des gleichen Jahres durch die Anordnung Kohle 1/46 auch Karten zum Erhalt von Kohle verteilt wurden. Über die Mengen heißt es im Verwaltungsbericht der Stadt Aachen: „[...] die Kontingente waren sehr klein und reichten nicht einmal zum Kochen der Speisen aus.“¹⁴²

¹⁴⁰ Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a.a.O., S. 47f.

¹⁴¹ „Im Januar 1945 herrschte in Aachen starker Frost. Es gab auch viel Schnee. Die Einwohner durften sich deshalb aus den Kellern der verlassen Häuser Kohlen holen.“ Sr. Maria Tagebuchaufzeichnungen, a. a. O., S.49.

¹⁴² Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 74.

Im Winter 1946/47 verringerte sich die Produktion und damit die Kohleversorgung noch mehr und konnte jeweils nur im letzten Augenblick durch Sonderzuteilungen überbrückt werden.

1.2 Gesellschaftspolitische Situation

Nach der eingehenden Darstellung der wirtschaftlichen Not der Menschen, die versuchten, für die einfachsten Probleme der menschlichen Existenz eine Lösung zu finden, soll nun im Folgenden auf die gesellschaftspolitische Ausgangslage zu Beginn der Nachkriegszeit eingegangen werden. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen hier die Größe der Stadt, der Einfluss des Flüchtlingsstroms auf Aachen, die Besatzungsmächte und deren Auflagen sowie die generelle Geisteshaltung der Aachener Bevölkerung.

1.2.1 Bevölkerungszahlen

Die Zahl der Menschenleben, die der Zweite Weltkrieg allein in Deutschland gefordert hatte, war ungeheuer groß. Schätzungen zufolge kamen 3,1 Millionen Soldaten und 100.000 Zivilisten im Verlauf der Kampfhandlungen ums Leben; weitere 550.000 Zivilisten starben durch Luftangriffe. Schätzungen zufolge beläuft sich die Zahl derer, die unmittelbar an den Kriegsfolgen starben, auf 400.000.¹⁴³

In Bezug auf die Bevölkerung der Stadt Aachen sind folgende Entwicklungen zu verzeichnen. Die Stadt Aachen, an der äußersten Westgrenze des Deutschen Reiches gelegen, war die größte Gemeinde innerhalb des 1816 geschaffenen Regierungsbezirks Aachen. Bei einer Volkszählung am 16. Juni 1933 war in der Stadt Aachen eine Wohnbevölkerung von rund 163.000 Einwohnern ermittelt worden. Damit lag Aachen an 35. Stelle der 56 deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die letzte Volkszählung vor Beginn der Kriegshandlungen, am 17. Mai 1939, ergab eine ständige Bevölkerungszahl von 159.631 Menschen. In den

¹⁴³ Vgl. hierzu: Bruno Gleitze: Deutschlands Bevölkerungsverluste durch den Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1953, Nr. 4.

Evakuierungstagen 13., 14. und 15. September verließen täglich schätzungsweise 6.000 Menschen die Stadt. Schließlich wurden in der Zeit vom 16. September bis zum 8. Oktober 1944 ca. 18.000 Menschen von der Polizei evakuiert, sodass man bei der Kapitulation der Stadt von einer Restbevölkerung von ca. 6.000 Einwohnern ausgehen kann, die sich in Kellern und Bunkern versteckt hielten. Im Dezember 1944 kam es zu einer ersten Bevölkerungserfassung, nach der sich 9.728 Menschen in der Stadt befanden.

Am 26. Mai gab die Stadtverwaltung den Auftrag, die aus Aachen evakuierte Bevölkerung in die Stadt zurückzuführen. Im Sommer 1945 nahm der Strom der Rückwanderer schnell an Stärke zu. In den Monaten Mai bis Juli 1945 kehrten täglich über 1.000 Menschen in ihre Heimatstadt Aachen zurück. Wenige Tage nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, am 15. Mai 1945, wurden in Aachen 15.493 Versorgungsberechtigte gezählt.¹⁴⁴ Mitte Juni waren es bereits 53.000. Der einhunderttausendste Aachener Bewohner meldete sich im Dezember 1945 zurück. Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946, die erste nach Kriegsende, ergab eine ortsanwesende Bevölkerung von 110.246 Menschen - davon 48.492 Männer und 61.754 Frauen. Damit kamen 1273 Frauen auf 1000 registrierte Männer. Im Vergleich zur Zählung von 1939 war die Zahl der männlichen Bevölkerung um 30,94% gesunken.¹⁴⁵ Auf die Bedeutung dieses gesellschaftlichen Ungleichgewichts wird an späterer Stelle noch einzugehen sein. Während 1939 auf 1 qkm 2728,2 Einwohner lebten, waren dies Ende 1946 1884 Menschen. 4,1% der damals gezählten Bevölkerung waren Flüchtlinge. Im Laufe des Jahres 1947 nahm die Bevölkerung in Aachen um 5841 Personen zu¹⁴⁶, sodass die Stadt Ende 1947 117.040 Einwohner zählte.

¹⁴⁴ Vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 70.

¹⁴⁵ Zahlen nach Meldungen des Ernährungsamtes, in Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 10.

¹⁴⁶ Bei dem hier genannten Zuwachs entfielen 5.506 auf Wanderungsgewinn und 335 auf Geburtenüberschuss.

1.2.2 Flüchtlinge

Auf die bereits angesprochenen Flüchtlingszahlen soll in dieser Arbeit nur kurz eingegangen werden, da diese für Aachen weniger relevant waren.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen kamen ca. 10 Millionen Flüchtlinge, vor allem aus dem Osten, ins total zerstörte Deutsche Reich. Die Aufnahme der Menschen wurde nach dem Zerstörungsgrad der einzelnen Städte und Kreise ausgerichtet. Für die Stadt Aachen ist hierbei festzuhalten, dass sie mit einem Zerstörungsgrad von rund 80% als schwerst beschädigt galt und dadurch die Zahl der noch aufzunehmenden bzw. der bereits aufgenommenen Menschen vergleichsweise relativ gering war. Diese Aussagen in der Literatur¹⁴⁷ stehen im Gegensatz zum subjektiven Empfinden der Zeitzeugen, welche betonen, dass beispielsweise *„[...] die evangelische Gemeinde - die Flüchtlinge waren meist evangelisch - die vor dem Krieg ca. 8.000 Mitglieder zählte, auf 30.000 Menschen angewachsen [war]. Woraus man ersehen kann, daß es einen nicht unerheblichen Zuwachs gegeben hat.“*¹⁴⁸

1.2.3 Die Besatzungsmächte

Bis kurz vor Kriegsende lag den alliierten Siegermächten keine wirkliche Planung in Bezug auf Deutschland und die dortige Errichtung einer Demokratie vor. Die vorliegenden Beschlüsse glichen eher einem Bündel von Grundsätzen, welche die Beseitigung der internationalen Gefährlichkeit Deutschlands,¹⁴⁹ eine Ausrottung des Nationalsozialismus, eine Entschädigung der Sieger sowie eine langfristige Kontrolle und Vorbereitung einer demokratischen Neuordnung beinhaltete.¹⁵⁰ Somit war den einzelnen Besatzungsmächten ein weiter Spielraum in der Auslegung

¹⁴⁷ Vgl. Siemons: Kriegsalltag in Aachen, a. a. O., S. 151

¹⁴⁸ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

¹⁴⁹ Vgl. Huster, Ernst-Ulrich/ Kraiker, Gerhard/ Scherer, Burkhard/ Schlotmann, Friedrich-Karl/ Welteke, Marianne (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration, Stuttgart 1972, S. 24./ Overesch, Manfred/ Rüschemschmidt, Heinrich/ Schaap, Klaus (Hrsg.): Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jahre der Entscheidung 1945-1949. Texte und Dokumente, Hannover 1989, S. 45f.

¹⁵⁰ Vgl. Kocka: Neubeginn oder Restauration, a.a.O, S. 163.

gegeben,¹⁵¹ der immer mehr von nationalen Interessen bestimmt wurde.¹⁵² Zudem konnte die deutsche Bevölkerung von den beginnenden Auseinandersetzungen zwischen den Siegermächten profitieren.¹⁵³

Für die Betrachtung der Aachener Anfänge aus amerikanischer Perspektive sind zwei Fragen ausschlaggebend: Zum einen, wo sollte die amerikanische Zuständigkeit für die Verwaltung der Kaiserstadt liegen, und zum anderen, mit welchen Erwartungen und Direktiven übernahmen die amerikanischen Truppen die Kontrolle Aachens?

Die Zuständigkeit der Verwaltung Aachens lag hauptsächlich bei SHAEF Abt. G-5, dem Obersten Hauptquartier der westalliierten Streitkräfte in Europa. Hinzu kam für die Finanzierungsfragen das Finanzministerium, für den Bereich Medien und Feindaufklärung wurde die Abteilung für Psychologische Kriegsführung bei der SHAEF und für die Beratung in politischen Angelegenheiten das State Departement in Anspruch genommen. Daneben beobachtete die amerikanische Presse genau das Verhalten der amerikanischen Besatzungsstellen in dieser ersten eroberten deutschen Großstadt.

Obwohl in Washington auf höchster Ebene Vorbereitungen getroffen worden waren, standen beim Einmarsch der amerikanischen Truppen in Aachen keine genauen Direktiven für die amerikanische Militärverwaltung fest. Man wurde sich jedoch schnell bewusst, dass eine Bewältigung des in Deutschland vorgefundenen Elends keine militärische, sondern eine verwaltungstechnische

¹⁵¹ Vgl. Hüttenberger, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner Parlamentarischen Demokratie, in Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Hrsg.): Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Quellen und Forschungen, Bd. 1, Siegburg 1973, S. 43. (Künftig zitiert: NRW, a. a. O., S.).

¹⁵² Vgl. Foschepoth, Joseph: Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: VfZ, 30. Jg. 1982, S. 675-714, S. 675.

¹⁵³ Vgl. hierzu: Kettenacker, Lothar (Hrsg): The „Other Germany“ in the Second World War. Emigration and Resistance in International Perspective, London 1977, S. 74. / Möller, Horst: Les changements de la politique d'occupation en Allemagne de 1945 à 1949, in: Gilbert Krebs/ Gérard Schneilin (Hrsg.): L'Allemagne 1945-1955 de la capitulation à la division, Asnières 1996, S. 109-126.

Aufgabe sein würde. Man hatte lange die Erwartung gehegt, dass das Deutsche Reich im Laufe des Jahres 1944 zusammenbrechen würde, und zwar so plötzlich, dass man mit einer relativ intakten Verwaltung bei der Besetzung rechnete. Stattdessen fanden die Sieger chaotische Verhältnisse vor, was ihre Besatzungsplanung völlig durcheinander brachte. Die Vergeltung sei viel weiter gegangen, als man sich das in Amerika vorstellte, schrieb General Lucius D. Clay, der gerade ernannte stellvertretende Militärgouverneur für die amerikanische Besatzungszone, am 26. April 1945 an John McCloy, damals Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium: *„Unsere Flugzeuge und unsere Artillerie haben [...] den Krieg bis direkt in die Wohnstätten der Deutschen getragen.“*¹⁵⁴

Es lagen lediglich vorläufige Anweisungen für die Übernahme der Verwaltung Aachens vor, wie beispielsweise die Interimsdirektive vom 7. September 1944, die besagten, dass die weiteren militärischen Operationen durch die Zivilverwaltung unterstützt werden sollten, dass die deutsche Bevölkerung vom Nationalsozialismus und dessen Gesetzgebung befreit werden muss sowie dass es zu einer Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und zu einer Verfolgung der Naziverbrecher kommen muss. Des Weiteren wurde hier festgelegt, dass die deutschen Verwaltungsorgane, sofern sie nicht politisch belastet waren, weiterverwendet werden sollten. Zudem wird hier das Verfahren für die Überprüfung der gesamten deutschen Bevölkerung auf ihre NS-Vergangenheit festgelegt, womit das Wort *„Fragebogen“* zum ersten Mal in Erscheinung tritt. Für das Verhalten der amerikanischen Truppen der Zivilbevölkerung gegenüber gab es eine besondere Instruktion: *„Das deutsche Volk befindet sich in einem totalen Krieg gegen dich und ist individuell und kollektiv dein Feind.“*

Diszipliniertes Verhalten gegenüber den „militärfrommen“ Deutschen würde diese besonders beeindrucken, hieß es weiter. Die Deutschen selbst jedoch wurden mit Eisenhowers Bekanntmachung

¹⁵⁴ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 62.

Nr. 1 vertraut gemacht, in der es hieß: *„Die Alliierten Streitkräfte [...] kommen als Eroberer, jedoch nicht als Unterdrücker. [...] wir werden Nazismus und deutschen Militarismus austilgen.“*

Den Amerikanern ging es in Aachen vor allem darum, sich ein Bild von den Deutschen und ihrer Einstellung zum Nationalsozialismus zu machen. Viele der in der Stadt gemachten Erfahrungen mündeten schließlich in der Deutschlandplanung der Alliierten. Somit kann man sagen: *„Die Nachkriegszeit begann in Aachen.“*¹⁵⁵ Anfänglich waren die Teams der Militärregierung aus Offizieren und Mannschaften zusammengestellt, die für den Frontdienst untauglich waren. Somit standen aus nahe liegenden Gründen die aktivsten Leute der Streitkräfte nicht zur Verfügung, solange es noch darum ging, den Krieg zu gewinnen. Man hatte sich vor allem in den Vereinigten Staaten um die Anwerbung besonders geeigneten, nicht im Kriegsdienst stehenden Personals bemüht, es aber mehr nach fachlichen Gesichtspunkten (wie beispielsweise nach Kenntnissen im Bereich des Gesundheitswesens) als nach solchen der allgemeinen Verwaltungspraxis oder aufgrund von Deutschlandkenntnissen ausgesucht. Das ausgewählte Personal wurde in einem Ausbildungskurs, in dem der Heereskunde und der Ausbildung an der Waffe genauso viel Aufmerksamkeit gewidmet wurde wie der deutschen Gesellschaft,¹⁵⁶ auf die bevorstehenden Aufgaben vorbereitet. Obwohl eine erhebliche Menge an Instruktionen von den vorbereitenden Stellen zu Papier gebracht worden war, konnte nur ein geringer Teil davon den Offizieren, die sie voraussichtlich anzuwenden hatten, übermittelt und noch weniger an sie vermittelt werden. Lediglich eine kleine Anzahl derer, die infrage kamen, sprachen Deutsch, und wo Deutschkenntnisse vorhanden waren, rührten sie, wie es häufig in der amerikanischen Armee der Fall war, von deutschen Vorfahren her. Dadurch erhielt die Einstellung des jeweiligen Offiziers eine bestimmte Färbung, was e-

¹⁵⁵ Gasten: Aachen im NS, a. a. O., bis S. 165.

¹⁵⁶ Diese war wahrscheinlich auf einen erheblichen Mangel an Lehrpersonal in diesem Bereich zurückzuführen.

benso hinderlich wie förderlich sein konnte.¹⁵⁷ Dies bewirkte damals die bereits dargestellte Abhängigkeit der Teams der Militärregierung vom Rat der Ortsansässigen.¹⁵⁸ Was die Dinge noch mehr verkomplizierte, war die Tatsache, dass die Teams der Militärregierung ständig wechselten, da immer größere Teile Deutschlands erobert wurden und mehr Einheiten zusammengestellt werden mussten. Dies hatte in der Praxis schwerwiegende Folgen. Beispielweise kam es vor, dass von der einen Einheit eingesetzte Deutsche von der nächsten Einheit wieder abgesetzt wurden.

1.2.4 Die geistige Haltung der Aachener Bevölkerung

Die Entwicklung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verlief in Aachen ganz ähnlich wie in anderen Großstädten des Rheinlands und des Westens.¹⁵⁹ Ab 1924/25 gab es in Aachen nationalsozialistische Organisationsformen, die sich allmählich durchsetzen konnten, bevor 1926 die NSDAP im nahe gelegenen Kornelimünster und später auch in der Stadt selbst in Erscheinung trat. Durch ihre Auftritte, beispielsweise durch Schlägereien mit Kommunisten, konnten sie zwar große Aufmerksamkeit erregen, jedoch keine geeigneten Anhänger gewinnen. Den schlechten Nährboden, auf den die Partei in Aachen zu dieser Zeit traf, verdeutlicht vor allem die Reichstagswahl vom Mai 1928, bei der die NSDAP mit 762 Stimmen gerade mal 1% der Gesamtstimmen der Stadt erhielt. Man versuchte,

¹⁵⁷ Viele, die deutsch sprachen, waren Juden, und wenn diese Tatsache auch für die Alliierten keine Rolle spielte, war es doch natürlich, dass sie selbst und die Deutschen, mit denen sie zu tun hatten, befangen waren.

¹⁵⁸ In den meisten Fällen hatten die Ratschläge in Westdeutschland eher eine konservative Tendenz. Dies wurde erst allmählich anders, als es genügend Zeit gab, frühere Arbeiterführer ausfindig zu machen oder Gewerkschaften zu gründen. Ein wichtiges Kriterium für die Heranziehung von Personen war die Beherrschung des Englischen. Ansonsten waren die zur Beratung herangezogenen Personen zwar eher konservativ, die Auswahlkriterien jedoch unterschiedlich. Manche Offiziere, denen der Widerstand der Kirchen gegen den Nationalsozialismus bekannt war, glaubten, es richtig zu machen, wenn sie sich den Ortsgeistlichen anvertrauten. Dabei wurde oft verkannt, wie konservativ häufig die soziale Einstellung der deutschen Priester und Pastoren war. Andere wiederum griffen in der Hoffnung auf verwaltungserfahrene Personen auf Leute zurück, die von den Nazis aus ihren Ämtern verjagt worden waren. Dabei wurde jedoch verkannt, dass diese Personen oft betagt waren und dass die alten Traditionen, in denen sie aufgewachsen waren, im Gegensatz zur gegenwärtigen Lage standen.

¹⁵⁹ Vgl. Pehle, W.H.: Die Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung, Diss., Düsseldorf 1976, S. 207f. / Gasten: Aachen im NS, a. a. O.

die schlechte Ausgangslage in Aachen durch die Aufmerksamkeit der Politprominenz wettzumachen. Im April 1932 redete Joseph Goebbels in der Westparkhalle und Adolf Hitler machte im Juli des gleichen Jahres bei seinem Deutschlandrundflug Station auf der Radrennbahn in Brand, vor den Toren Aachens. Dennoch konnte die NSDAP aus mehreren Gründen Aachen und seine Bevölkerung nicht wirklich für sich gewinnen. Ein wichtiger Grund waren die Warnungen der katholischen Kirche an die Gläubigen,¹⁶⁰ ein anderer war der preußische Radikalenerlass vom 30. Juni.¹⁶¹ Des Weiteren war ein Großteil der Aachener Arbeiterschaft in der kommunistischen Partei organisiert und zu guter Letzt stellte die Aachener NSDAP und ihre Organisationen kein anziehendes Bild für die Bevölkerung dar.¹⁶² Dies führte dazu, dass Aachen in den ersten Monaten nach der Machtergreifung in einigen Punkten Besonderheiten aufzuweisen hatte. In der Stadt gab es weder am 30. Januar 1933 einen Fackelzug noch fand eine Bücherverbrennung an der RWTH statt. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme der Reichsregierung durch Adolf Hitler war die Aachener NSDAP wegen ihrer inneren Zerwürfnisse kaum handlungsfähig. Dies hatte zur Folge, dass die Übernahme der entscheidenden öffentlichen Führungspositionen durch die nationalsozialistische Partei nur langsam in Gang kam. Dennoch wurden auch in Aachen Beigeordnete der Stadt und andere städtische Beamte während der Jahre 1933/34 entlassen und durch die NS ersetzt, wie in anderen Städten des Deutschen Reiches. Es gab in Aachen - zwar verspätet, jedoch mit gleicher Rigorosität wie im übrigen Reich - eine Verfolgung von Kommunisten, Gewerkschaftern und Sozialdemokraten sowie Boykottmaßnahmen gegen Juden.¹⁶³ Auf die parteipolitischen Auswirkungen bzw. darauf, inwieweit es

¹⁶⁰ Diese fanden vor allem am 5. März 1931 in der Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz ihren Ausdruck.

¹⁶¹ Der preußische Radikalenerlass bot der preußischen Regierung in Aachen die Handhabe, gegen NS-Beamte vorzugehen.

¹⁶² Die führenden Nationalsozialisten führten nach bürgerlichen Maßstäben einen unsoliden Lebenswandel; daneben fehlte es nicht an kräftigen Diffamierungen. Die Aachener Entwicklung konnte mit der an anderen Orten in Deutschland nicht Schritt halten. Die Einnahmen reichten nicht aus, um die Aktivitäten der Partei zu finanzieren; außerdem beeinträchtigten persönliche Rivalitäten und Auseinandersetzungen die Handlungsfähigkeit der Partei.

¹⁶³ Vgl. hierzu: Kirschgens, Albert/Spelsberg, Gerd: Einigkeit statt Recht und Freiheit. Aachen 1933, Aachen 1989.

in Aachen eine „*Opposition*“ gegen das NS-Regime gegeben hat, wird in späteren Teilen dieser Arbeit noch einzugehen sein.

Man kann also feststellen, dass die Aachener Restbevölkerung, welche die siegreichen Amerikaner vorfanden, samt ihrem Bischof das Hitlerregime größtenteils gründlich satt hatte. Die Aachener beteuerten unisono, mit dem Naziregime nichts zu tun zu haben und sich nicht mit dem noch in Kriegshandlungen befindlichen Deutschen Reich zu identifizieren, wie sich eine Zeitzeugin erinnert: *„Die Deutschen – da fühlten wir uns nicht mehr zugehörig. Es war so, als hätten wir mit der ganzen Sache nichts zu tun. Deutschland war weit weg zu dieser Zeit. Wir waren Aachener, keine Deutschen.“*¹⁶⁴

Aachen war für die Nationalsozialisten von Anfang an ein „*to-tes Eck*“ gewesen¹⁶⁵ und bot während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur im Vergleich zu anderen Städten ein besonderes Erscheinungsbild.

Zwischen Oktober 1944 und März 1945 trafen die alliierten Truppen auf eine Bevölkerung, die zum einen die letzte Schlacht um Aachen überlebt hatte und bei denen zum anderen das Hitlerregime einen denkbar ungünstigen Eindruck hinterlassen hatte.¹⁶⁶ Neben den Entbehrungen und Zermürbungen des Krieges¹⁶⁷ kamen kurz vor Ende der Kriegshandlungen noch mehrere Faktoren hinzu, die die zurückgebliebenen Aachener aufatmen

¹⁶⁴ Die Zeit, a. a. O., S. 1.

¹⁶⁵ Vor allem durch den hohen Anteil an Katholiken war Aachen ein Paradebeispiel für die wechselvollen Beziehungen von Kirche und Staat/Partei während des Dritten Reiches. Vgl. hierzu: Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 274.

¹⁶⁶ Vgl. hierzu: Schwabe: Aachen Ende 2. WK, a. a. O., S. 321-392.

¹⁶⁷ Die unmittelbare Grenzlage Aachens hatte zur Folge gehabt, dass die Stadt seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 von militärischen Operationen betroffen war. Wie bereits dargestellt, wurde am 11. Mai 1940 das erste englische Flugzeug über Aachen gesehen, bevor die Stadt einen Tag später ihren ersten Luftangriff erlebte. Bei fast jedem Feindeinflug in den Westen des Deutschen Reiches wurde Aachen überflogen, und da nie genau feststand, wo das genaue Ziel der Angriffe lag, wurde für Aachen stets Luftalarm gegeben. In der Zeit vom 12. Mai 1940 bis zum 12. September 1944 wurde insgesamt 1.484 mal Luftalarm gegeben. Somit hatten, neben dem immer größer werdenden Chaos in der Stadt, in den sechs Kriegsjahren unzählige Fliegeralarme und Angriffe der Aachener Bevölkerung viel abverlangt und sie zermürbt. Vgl. hierzu: Renger, Annemarie: Die Trümmer in den Köpfen der Menschen, in: Gustav Trampe: Die Stunde Null: Ereignisse am Kriegsende und Neuordnung, Stuttgart 1995, S. 225-233. (Künftig zitiert: Renger: Trümmer in den Köpfen, a. a. O., S.).

ließen, als sich am 21. Oktober die deutschen Truppen der Anordnung Hitlers widersetzen und unter Hinterlassung eines Trümmerfeldes endgültig kapitulierten. Zum einen war es die Evakuierung, die noch am 10. September von Himmler für ausgeschlossen erklärt worden war und dann doch am 12. September von Hitler angeordnet wurde. 17.995 Aachener verließen während dieser Zeit teils freiwillig, teils gezwungenermaßen die Stadt. Kaum 6.000 gelang es, sich in den Kellern und Trümmern versteckt zu halten, in ständiger Angst vor den Häschern der SS, die - unter Androhung von Strafverfolgung wegen Landesverrat - zur endgültigen Einschließung der Stadt ihre Jagd auf Zivilisten fortsetzten, um diese abzutransportieren. Zum anderen war es nicht zu einer geordneten Übergabe gekommen, d. h. zur Einrichtung einer Übergangsverwaltung, die die Verwaltung von Aachen bei hoffnungsloser militärischer Lage an die Alliierten übergeben sollte. Obwohl mehrere Aachener Bürgerdelegationen darauf gedrängt hatten, war alles, was einer Kapitulation gleich kam, verweigert worden und die Vertreter der Übergangsverwaltung waren gleichfalls zum Verlassen der Stadt aufgefordert worden. Hitler selbst befahl, Aachen bis zum letzten Mann zu verteidigen, auch wenn nur ein Trümmerfeld übrig bliebe. Die Stimmung der zurückgebliebenen Bevölkerung verschlechterte sich drastisch; man fühlte sich von den Behörden im Stich gelassen.¹⁶⁸

Die Sieger wurden als echte Befreier begrüßt,¹⁶⁹ wie einige von ihnen gegenüber amerikanischen Nachrichtenspezialisten erklärten.¹⁷⁰ „Als die Amerikaner schließlich vor uns standen, war der erste Gedanke: ‚Wir haben es geschafft‘.“¹⁷¹

Diese Einstellung hatte zur Folge, dass sich die Aachener Bevölkerung, solange sie nicht befürchten musste, dass ihr Ver-

¹⁶⁸ Vgl. Poll: Das Schicksal Aachens, a. a. O., S. 242f.

¹⁶⁹ Vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 323/ Posener, Julius: In Deutschland 1945 bis 1946, Berlin 2001, S. 22. (Künftig zitiert: Posener: Deutschland 1945 bis 1946, a. a. O., S.).

¹⁷⁰ Vgl. hierzu: Pabst, Klaus: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in: Walter Först (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen. Beiträge zur Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 12, Köln 1987. (Künftig zitiert: Pabst: Nachkriegszeit in Aachen, a. a. O., S.).

¹⁷¹ Die Zeit, a. a. O., S.3.

halten Repressalien des NS-Regimes an ihren Verwandten im Reich bewirken könnte, der neuen Regierung gegenüber „fügsam“ und kooperativ verhielt.

Nach Jahren der Reglementierung und Überwachung geriet die deutsche Bevölkerung und so auch die Aachener nun in einen Zustand der totalen Herrschaftslosigkeit.¹⁷² Nachdem das Weltbild, an das die meisten Deutschen so lange geglaubt hatte, plötzlich eingestürzt war, herrschte ein absolutes materielles Durcheinander und auch die lange seelische Belastung durch den Krieg machte sich bemerkbar.¹⁷³ Folglich befand sich die Bevölkerung Deutschlands in einem Zustand seelischer Betäubung.¹⁷⁴ Die Aachener und die Mehrzahl des deutschen Volkes fühlte sich, sei es aus Überzeugung oder Angst, in Übereinstimmung mit den Siegern. Die Wünsche der deutschen Bevölkerung nach Restabilisierung waren konform mit dem Abwehrwillen der alliierten Mächte gegenüber nationalsozialistischem und kommunistischem Gedankengut.¹⁷⁵

Kurz nach dem Einmarsch der alliierten Verbände in Aachen waren diese, wie beschrieben, auf Bischof van der Velden gestoßen.¹⁷⁶ Die nach Aachen vorstoßenden GIs wussten um die Bedeutung des Bischofs von Aachen. Ihr Befehl ihm gegenüber hatte gelautet: „[He is] To be treated like a general!“¹⁷⁷ Van der Velden machte in seinen Vernehmungen bei der amerikanischen Militärregierung „Lobby“ für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Aachener Bevölkerung. In den US-Protokollen betonte der Bischof immer wieder, dass die Nationalsozialisten nur eine dünne Oberschicht der Bevölkerung gewesen seien und dass selbst diese nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu „normalen“ Auffassungen zurück-

¹⁷² Vgl. Jaud: Landkreis Aachen im NS, a. a. O., S. 730.

¹⁷³ Vgl. hierzu: Schulz-Hageleit, Peter: Leben in Deutschland 1945-1955. Geschichtsanalytische Reflexionen, Pfaffenweiler 1996.

¹⁷⁴ Vgl. Poll: Das Schicksal Aachens, a. a. O., S. 242f.

¹⁷⁵ Vgl. Vogelsang, Thilo: Westdeutschland zwischen 1945 und 1949. Faktoren, Entwicklungen, Entscheidungen, in: VfZ, 21. Jg., 1973, S.166-170, hier: S. 167. (Künftig zitiert: Vogelsang: Westdeutschland 1945-1949, a. a. O., S.).

¹⁷⁶ Aus denselben Gründen, wie sie bereits um die Person Franz Oppenhoff beschrieben wurden, bat der Bischof den Offizier in der Gelben Kaserne, noch geheim zu halten, dass er gefunden worden sei. Vgl. Trees: Krieg ohne Sieg, S. 195.

¹⁷⁷ Trees: Die Amis sind da, a. a. O., S. 195.

finden würden.¹⁷⁸ Er war der festen Überzeugung, dass jedermann die Nationalsozialisten für die Schäden des Krieges verantwortlich machen würde, da sie den Krieg begonnen hatten. Seine Aussagen untermauerte er mit Berichten über Slogans wie „Das verdanken wir unserem Führer“, welche mit Kreide auf die Wände zerstörter Gebäude geschrieben worden waren, sobald ein Luftangriff vorbei war. Der Bischof sprach die Empfehlung aus, die Pfarrangehörigen durch die Aachener Geistlichen indirekt zu lenken; er war jedoch gegen eine direkte politische Beeinflussung.

Von einer breiten Untergrundbewegung gab es in Aachen keine Spur. Die Sicherheitslage der Stadt wurde bereits wenige Wochen nach der Eroberung als „ausgezeichnet“ beschrieben. Ein amerikanischer Offizier resümierte seine Eindrücke wie folgt: *„Wir finden unsere Aufgabe in Belgien im Grunde schwieriger als in Deutschland, denn dank des Trainings, das die Deutschen durch ihr Heer erhalten haben, tun sie, was man ihnen zu tun befiehlt.“*¹⁷⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es anfänglich eine gute Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und Aachenern gab. Bereits in den ersten Novembertagen wurden auch die Aachener, die anfänglich interniert waren, wieder registriert und in die Stadt zurückgelassen, sofern sie dort eine Unterkunft nachweisen konnten und nicht als politisch verdächtig galten. Bis zum Jahresende befanden sich wieder zwischen 10- und 12.000 Menschen in der Stadt, die zu Wiederaufbau und Mithilfe bereit waren. Bereits im Dezember 1944 rief Oppenhoff die aus der Internierung heimkehrenden Mitbürger zur Mitarbeit auf: *„Unsere fast zweitausendjährige Stadt ist in ihrer Geschichte niemals von einem gleich schweren Schicksal getroffen worden wie heute. Kein früherer Krieg, kein Stadtbrand, keine Hungersnot, keine Seuche haben die Stadt in ähnlicher Weise heimgesucht. Was nach den schweren Fliegerangriffen noch blieb, das ging in*

¹⁷⁸ Brecher: Neubeginn auf Trümmern, a. a. O., S. 212.

¹⁷⁹ Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S. 351.

*den letzten Kämpfen verloren. Wir finden nur noch Trümmer. Es fehlt an allem: an Wohnungen, an Nahrung, an Kleidung, an Werkzeug, an Geld und an Hilfsquellen. Bitterste Not liegt hinter uns, lange, schwerste Zeiten des Aufbaus vor uns. Uns bleibt nichts als unser guter Wille, unsere Tatkraft und die tiefe, heiße Sehnsucht nach einem neuen, wahrhaften und gerechten Vaterland für alle."*¹⁸⁰

Somit unterschieden sich die Vorplanungen der Alliierten in zwei wesentlichen Bereichen von der tatsächlichen Situation in Aachen. Zum einen hatte man die deutsche Bevölkerung für feindlich gesinnt und für mehr oder weniger durch die Nationalsozialisten beeinflusst gehalten; zum anderen war man der Meinung gewesen, in den eroberten Gebieten noch funktionierende lokale deutsche Verwaltungen vorzufinden. Wie dargestellt, war beides jedoch nicht der Fall. Dieses vom erwarteten Verhaltensmuster abweichende Verhalten der Aachener Bevölkerung erweckte zunehmend Misstrauen auf amerikanischer Seite, hatte man sich hier doch durch lange „schwarze“ und kurze „weiße Listen“ bestens auf die Arbeit im Deutschen Reich vorbereitet.

Zudem beschwerte sich die amerikanische Presse zunehmend über die entgegenkommende Behandlung der Aachener Bevölkerung durch amerikanische Offiziere und Soldaten,¹⁸¹ woraufhin Präsident Roosevelt das Fraternalisierungsverbot verschärfte.¹⁸² Die Beziehungen zwischen der Aachener Bevölkerung und den amerikanischen Truppen verschärfen sich zusehends, als die Abteilung für psychologische Kriegsführung Interesse an der ersten deutschen Nachkriegsstadt zeigte. Ziel der Abteilung sollte es sein, zur Unterstützung der amerikanischen Militärpropaganda Informationen über die Stimmung und Haltung der bereits unter amerikanischer Kontrolle stehenden deutschen Bevölkerung zu

¹⁸⁰ Oppenhoff zitiert nach: Poll: Schicksal Aachen, a. a. O., S. 268.

¹⁸¹ Vgl. hierzu: Heidking, Jürgen: Die Amerikaner am Rhein: Kriegsende und frühe Besatzungszeit in amerikanischer Perspektive, in: Jost Dülfer (Hrsg.): „Wir haben eine schwere Zeit hinter uns.“ Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit. Veröffentlichungen des Kölner Geschichtsvereins, Bd. 40, Vierow bei Greifswald 1996, S. 105-128.

¹⁸² Dieses Fraternalisierungsverbot wurde so vehement vertreten, dass beispielsweise auch der Händedruck mit Oppenhoff abgeschafft wurde.

gewinnen, um diese dann gegen die kämpfenden deutschen Truppen einzusetzen und damit deren Kampfmoral zu untergraben. Zu diesem Zweck wurden Anfang Dezember 1944 einige Mitarbeiter der Abteilung psychologische Kriegsführung unter der Leitung des Geschichtsprofessors Saul K. Padover¹⁸³ nach Aachen geschickt. Die von ihm geführten, wörtlich überlieferten Interviews hatten als Gesamttenor die deutsche Angst vor einem Überhandnehmen des Kommunismus und warben deshalb für ein deutsch-amerikanisches Zusammengehen. Den „Aachener Skandal“, den diese Interviews auslösten, lag jedoch in der Erkenntnis, dass es Deutsche gab, die keine Konzessionen an die NS-Bewegung gemacht hatten und die nun bereit waren, das ganze Ausmaß der deutschen Schuld anzuerkennen. Padovers Erwartungen entsprechend waren diese Aachener Angehörige der deutschen Linken¹⁸⁴. Es war seine feste Überzeugung, dass *„[...] trotz ihrer verheerenden und moralisch kompromittierenden Passivität die links stehenden Arbeiter das einzige nicht-militärische und nicht-faschistische Element im Reich gewesen waren [...]“. Wenn Deutschland einmal wieder moralisch anständig und gleichzeitig politisch harmlos werden will, dann kann dies nur durch die Linke geschehen.“*¹⁸⁵

Padover war jedoch schon bei seinem ersten Besuch in Aachen Anfang Dezember 1944 aufgefallen, dass eben diese Linke in der Aachener Stadtverwaltung unter Oberbürgermeister Franz Oppenhoff so gut wie gar nicht vertreten war. Padover veranlasste daraufhin nähere Nachforschungen auf diesem Gebiet und war der Ansicht, der Verschwörung einer unbelehrbaren Rechten mit dem erklärten Ziel, die Linke in Aachen nicht zum Zuge kommen zu lassen, auf die Schliche gekommen zu sein. In seinem Schluss-

¹⁸³ Saul K. Padover wurde 1905 als Sohn jüdischer Eltern in Wien geboren, wanderte 1920 in die USA aus und studierte in Yale und Chicago. 1938 wurde er persönlicher Referent des Innenministeriums und ging 1943 zur Abteilung für psychologische Kriegsführung nach London. Er veröffentlichte einige populärwissenschaftliche Bücher zur deutschen und amerikanischen Geschichte und verfügte über den im amerikanischen Militär kostbaren Vorzug, die deutsche Sprache zu beherrschen. Vgl. hierzu: Padover: Experiment in Germany, a. a. O.

¹⁸⁴ Unter ihnen waren meist ehemalige Sozialdemokraten, wie beispielsweise der spätere Erstherausgeber der AN oder der Gewerkschafter Heinrich Hollands, oder gelegentlich auch Kommunisten.

¹⁸⁵ Padover: Experiment in Germany, a. a. O., S. 88.

bericht, den er Ende Januar 1945 verfasste, berichtete er von einer Elite von Fachleuten - Juristen, Ingenieuren, Rechtsanwälten und Kirchenmännern -, über die er schreibt: *„Diese Elite ist gerissen, zielstrebig und angriffslustig [...]. Hinter ihr wirkte der Bischof von Aachen, eine machtvolle Persönlichkeit mit einer charakteristischen Behutsamkeit und Finesse. Die meisten Mitglieder dieser Clique sind antiliberal, antidemokratisch und arbeiten auf einen christlichen Ständestaat hin.“*¹⁸⁶

Zu allem Übel hatte diese klerikal-faschistische Stadtverwaltung auch noch mehrere NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen geduldet. Sollte dies das Modell für das künftige Deutschland werden? Wurden die Deutschen damit nicht um die politischen Chancen betrogen, die Roosevelt und Churchill ihnen in Aussicht gestellt hatten? Oppenhoff und seinen Mitarbeitern, die ihr Leben dafür riskierten, dass im besetzten Aachen wieder einigermaßen geordnete Zustände einkehrten, wurde hier moralisch Unrecht getan. Dennoch hatte Padover partiell richtig geurteilt, denn die politische Linke in Oppenhoffs Stadtverwaltung war in der Tat unterrepräsentiert. Wie auch immer der Wahrheitsgehalt von Padovers Bericht zu beurteilen ist - wichtig ist vor allem, dass er seine Version der Aachener Vorgänge an höherer Stelle der amerikanischen Seite im Februar des Jahres 1945 erst einmal durchsetzte. Am 7. Februar wurde in den *„Aachener Nachrichten“* die Entlassung von 27 Angestellten der Aachener Stadtverwaltung namentlich bekannt gegeben.¹⁸⁷ Diese seien, wie es hieß, *„in mehr oder minderem Grade aktive Mitglieder der Nazipartei“* gewesen. Durch die Säuberungen, die in den folgenden Wochen in Oppenhoffs unmittelbarer Umgebung durchgeführt wurden, bekam auch er deutlich zu spüren, dass die amerikanische Besatzungsmacht ihm zunehmend misstraute. Padover hatte in seinem Bericht unter dem Punkt Personalsäuberung auch

¹⁸⁶ Padover, Saul: *The Political Situation in Aachen*, in: Daniel Lerner (Hrsg.): *Propaganda in War and Crisis*, New York 1972 (Wiederabdruck), S. 434ff (Künftig zitiert: Padover: *The Political Situation in Aachen*, a. a. O., S.).

¹⁸⁷ Vgl. AN vom 07.02.1945, 1. Jg., Nr. 3, S. 1:

die Absetzung Oppenhoffs gefordert.¹⁸⁸ Der Amtsenthebung Oppenhoffs kamen die Attentäter des Werwolfs zuvor.

Die Berichte Padovers brachten der amerikanischen Militärbehörde folgendes Dilemma vor Augen: *„Wenn wir Persönlichkeiten der Rechten gestatten, die Verwaltung zu beherrschen, werden wir von Links her kritisiert, wenn wir die Linke heranlassen, kritisiert man uns von rechts [...]“*¹⁸⁹

An dieser Stelle ist eine Frage nach dem Hintergrund für die Veränderung. Was war geschehen? Wie verhielt sich der Stimmungswandel bei der amerikanischen Militärregierung zur besatzungsfreundlichen und nazifeindlichen Haltung der meisten Aachener? Bestand ein Zusammenhang zwischen der Verschärfung der amerikanischen Haltung und der Ardennen-Offensive oder dem allmählichen Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes der vom Hitlerregime begangenen Gräueltaten?

Die Situation in Aachen spiegelt die inneramerikanische Diskussion um die Deutschlandpolitik - die hier nur kurz zusammenfassend dargestellt werden soll - in jener Zeit wider. Nach dem ideologischen Denken Roosevelts sollten die Deutschen, anders als nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Niederlage wirklich zu spüren bekommen. Vor allem wollte man dem deutschen Volk seine militaristische Mentalität austreiben. Durch die Aufdeckung der Konzentrations- und Vernichtungslager wurden dieser Denkrichtung zusätzliche Argumente geliefert. Die wirtschaftliche Dimension dieser ideologischen Schule lieferte später der Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau zur industriellen Entwaffnung Deutschlands. Dem gegenüber stand in der amerikanischen Diskussion die pragmatische Schule, welche eine rein repressive Besatzungspolitik in Hinblick auf den späteren Wiederaufbau Deutschlands für schädlich hielt. Der Konflikt zwischen der ideologischen und der pragmatischen Denkrichtung endete am 23. März 1945 mit einem Kompro-

¹⁸⁸ Vgl. Padover: The Political Situation in Aachen, a. a. O., S. 444.

¹⁸⁹ Schwabe: Aachen Ende 2. WK, a. a. O., S. 29.

miss in Form der Besatzungsdirektive JSC 1067, welche militärische, besatzungstechnische sowie pragmatische Bedürfnisse berücksichtigte. Am 7. Mai 1945 erhielt der Chef der amerikanischen Besatzungsverwaltung im Obersten Alliierten Hauptquartier ein Schreiben von Robert Murphy, dem politischen Berater Eisenhowers, welches erstmals eine politisch-inhaltliche Orientierung der amerikanischen Besatzungsbehörden darstellte. *„Es ist [...] unsere neue Politik, zwischen aktiven und nominellen Mitgliedern der NSDAP zu unterscheiden und damit die vorliegende Entnazifizierungsdirektive abzumildern (,liberalize‘) [...] Dies ist immer noch [...] ein im wesentlichen negatives Vorgehen. Es gibt bisher keine positive Anweisung [...], wie demokratische Kräfte (in Deutschland) ermutigt werden können [...]. Unser Ziel ist es aber, nicht nur juristisch, negativ den Nationalsozialismus zu zerstören, sondern positiv auch die Elemente zu bestärken, die im wahren Sinne demokratisch gesonnen sind oder sein können [...]“*¹⁹⁰

Aus Murphys Schreiben geht hervor, dass man weder - wie die Ideologen in Washington befürworteten - für eine Abstinenz im politisch-demokratischen Aufbau Deutschlands war, noch dass man - wie Padover - für eine Förderung der radikalen Linken plädierte. Vielmehr sollte den für die amerikanische Besatzungsverwaltung in Deutschland Verantwortlichen eine pragmatische und gleichzeitig zentristische Politik ans Herz gelegt werden. Das heißt, man plädierte für eine Politik der gezielten Förderung einer breiten demokratischen Mitte im politischen Spektrum Deutschlands, die sowohl eine gemäßigte Rechte als auch eine gemäßigte Linke umfassen sollte.¹⁹¹

Die zuständigen Offiziere drängten darauf, dass die amerikanische Militärverwaltung von politischer Seite dringend Empfehlungen für ein politisch konstruktives Verhalten gegenüber den Deutschen erhielt. Es wurde deutlich, dass es nicht nur um po-

¹⁹⁰ Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besatzung Deutschlands, a. a. O., S. 292. (Künftig zitiert: Henke: Amerikanische Besatzung, a. a. O., S.):

¹⁹¹ Vgl. Schwabe: Aachen Ende 2. WK, a. a. O., S. 31.

litische Säuberung, sondern auch um politischen Wiederaufbau gehen musste.¹⁹²

Über Aachen schrieb 1944 eine Zeitung aus Verviers, Belgien: „*Aix la Chapelle n'existe plus*“. Wenn man die vorausgegangene Darstellung betrachtet, könnte man diese Formulierung unterstreichen. Doch trotz der Zerstörung Aachens und des gesamten Deutschen Reiches sowie des vorherrschenden materiellen und moralischen Elends wagten Frauen und Männer, an eine politische Zukunft zu denken.

1.2.5 Das Verhalten der alliierten Besatzungsmächte gegenüber der Bevölkerung

„Die Welt hatte schon immer keine besondere Sympathie für die Deutschen, aber jetzt haßte man uns.“¹⁹³

Dieser Ausspruch der späteren Kandidatin um das Amt des Bundespräsidenten, Annemarie Renger, mag zwar eine damals in der deutschen Bevölkerung weit verbreitete Auffassung gewesen sein, trifft jedoch für die in Aachen stationierten alliierten Truppen nicht zu.

1.2.5.1 Die amerikanischen Truppen und die deutsche Bevölkerung

Die amerikanischen Truppen, die als Erste Aachen besetzten, schwankten zwischen stiller Sympathie und schroffem Misstrauen gegenüber der Bevölkerung.¹⁹⁴ Auf der einen Seite zeigten sie sich freundlich und höflich. Für die Kinder gab es Schokolade und Kaugummis und für die Erwachsenen Zigaretten.¹⁹⁵ Auf der anderen Seite war ihnen auf dem Weg nach Deutschland eingebläut worden, sich nicht mit den Deutschen einzulassen. In jeder Armeezeitung, an jedem Feldposten stand mit großen Lettern die Losung zu lesen: „*Don't fraternize!*“ „*Wer in einer deutschen Stadt ein hübsches Mädchen grüßt oder ein deutsches Kind*

¹⁹² Vgl. Schwabe: ebenda, S. 29.

¹⁹³ Renger: Trümmer in den Köpfen, a. a. O., S. 230.

¹⁹⁴ Vgl. hierzu: Schwabe, Klaus: Vorspiel zur Nachkriegszeit: Ein amerikanischer Nachrichtenoffizier berichtet über seine erste Begegnung mit Aachenern im November 1944, in: ZAGV, Bd. 102, Jg. 1999/2000, S. 491-518.

¹⁹⁵ Vgl. Die Zeit, a. a. O., S. 3.

tätschelt", warnte der Armeesender, „*der verneigt sich vor Hitler und seinem Blutregime. Die Deutschen sollen als Kriegsgegner gesehen werden, nicht als befreites Volk.*“

Inwieweit die Stimmungsschwankungen der amerikanischen Truppen mit dem immer stärkeren Bekanntwerden der deutschen Machenschaften zusammenhängen, ist für Aachen nicht zu sagen, da die Amerikaner die Stadt bereits kurz nach Kriegsende verließen. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass zwischen der Aachener Bevölkerung und den Amerikanern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum Kontakt bestand.¹⁹⁶ Aus den amerikanischen Protokollen dieser Zeit lässt sich entnehmen, dass die Aachener, obwohl kaum Interesse vonseiten der Amerikaner bestand, interessiert daran waren, den Kontakt herzustellen und zu zeigen, „*wie nett sie sind*“. Daneben wird vom „*Stolz*“ und der Beschwerdelust über belanglose Kleinigkeiten der Deutschen berichtet.¹⁹⁷ Dieses Verhalten entwickelte sich in den folgenden Jahren als Hauptproblem zwischen Besatzern und Besetzten, und dies nicht nur in Aachen. In der gesamten Westzone begegnete der Gestaltungswille der Alliierten der Entschlossenheit deutscher Persönlichkeiten, am Wiederaufbau teilzunehmen und diesen zu leiten.¹⁹⁸

Den alliierten Soldaten war es eine Freude, in der Lage zu sein, nach so viel Zerstörung wieder mit aufbauen zu können. Von ganz kleinen Stäben wurden in den ersten Monaten nach dem Ende der Kampfhandlungen wahre Wunder vollbracht.¹⁹⁹ Es wurden Straßen gesäubert und Schutt wurde geräumt, Wasserleitungen und Kanalisationsanlagen wurden repariert, öffentliche Versorgungseinheiten wieder in Dienst gestellt. Der Einsatz der Alliierten ist aus heutiger Sicht keine geringe Leistung. Es ist hauptsächlich auf die angestregten, wohl überlegten und über-

¹⁹⁶ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

¹⁹⁷ Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S. 35.

¹⁹⁸ Vgl. Vogelsang: Westdeutschland 1945-1949, a. a. O., S. 169.

¹⁹⁹ Beispielsweise gab es in der gesamten britischen Zone für die Wiederherstellung des Postdienstes nur 28 und für die Wasserversorgung nur 30 Offiziere. Vgl. hierzu: Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959, S. 109 (Künftig zitiert: Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S.).

wiegend uneigennütigen Bemühungen seitens der amerikanischen und britischen Offiziere zurückzuführen, dass es nicht zur Ausbreitung von Seuchen oder Hungersnöten kam. Den Alliierten war bei ihrer eifrigen Arbeit klar, dass der Erfolg ihrer Zone von der Arbeit der Verwaltung und der Überwindung der für jedermann sichtbaren materiellen Schwierigkeiten abhängen würde. Der Erfolg ihrer Arbeit wurde jedoch auf deutscher Seite am gewohnten Existenzniveau gemessen, was vielfach zu Schwierigkeiten und Konflikten führen sollte, auf die noch einzugehen sein wird.

1.2.5.2 Die britischen Truppen und die deutsche Bevölkerung

Kurz vor Kriegsende kam es in der Kaiserstadt infolge der Aufteilung der Besatzungszonen zu einem Wechsel der alliierten Besatzungsmächte. Von diesem Zeitpunkt an gehörte Aachen territorial in den Bereich der späteren britischen Besatzungszone. Am 15. Juni 1945 übernahmen die britischen Truppen unter dem Befehl von Leutnant Colonel G. F. Parrott als Kreis-Residence-Officer die Verwaltung Aachens.²⁰⁰

Einer eher ablehnenden Haltung vonseiten der Deutschen standen die tendenziell pro-deutschen Briten gegenüber. Bereits während des Krieges hatte es in Großbritannien Diskussionen um das Wesen der Deutschen gegeben. Auf der einen Seite stand die Position, dass die Deutschen ein unverbesserliches Volk seien, das nichts anderes als Gewalt verstünde und aus diesem Grund hart angefasst werden müsse.²⁰¹ Dem gegenüber stand die Annahme, dass jede Politik der Zerstückelung, der Bestrafung oder des anhaltenden Zwanges sich auf Dauer als unvereinbar mit der Moral, als praktisch unmöglich und wirtschaftlich rückschrittlich erweisen würde.²⁰² Um die vor ihnen liegenden Aufgaben in einem besiegten Deutschland richtig und für die Zukunft erfolgsversprechend zu lösen, brauchte man einen Kompromiss. Die

²⁰⁰ Zur britischen Besatzung; vgl. Posener: Deutschland 1945-1946, a. a. O.

²⁰¹ In der öffentlichen Meinung war dennoch das Verlangen nach Rache relativ selten.

²⁰² Im Gegensatz zu einer in Deutschland verbreiteten Annahme spielte die Frage der Ausschaltung eines Handelskonkurrenten fast gar keine Rolle in der öffentlichen Meinung.

Generation von 1945 war entschlossen, die Fehler ihrer Väter nicht zu wiederholen, und somit war in Deutschland nach Kriegsende vom ersten Tag der alliierten Besatzung an eine erstaunliche Abneigung gegen die politische Aufrechnung und persönliche Abrechnung nachweisbar.

Diese Einstellung den Deutschen gegenüber teilten beide in Aachen stationierten Besatzungsmächte. Kein führender amerikanischer oder britischer Minister hat in einer öffentlichen Rede jemals die „Kollektivschuld“ des gesamten deutschen Volkes an den Naziverbrechen behauptet. Allerdings legten sowohl die Amerikaner als auch die Briten Nachdruck auf die Tatsache, dass das gesamte deutsche Volk teilhaben müsse an der Verantwortung für die nationalsozialistischen Handlungen und deren Folgen. Man betrachtete Deutschland als einen Staat, dessen geistige und faktische Angriffslust nicht einfach durch einen Regierungswechsel ausgemerzt werden konnte. Sowohl Amerikaner als auch Briten sahen die Unerlässlichkeit eines grundlegenden Wandels in der Kräfteverteilung in Europa.²⁰³

Den Deutschen fiel es oft schwer, zu verstehen, warum die Haltung der Alliierten sich veränderte, beispielsweise als die Verbrechen der NS-Zeit aufgedeckt wurden, denn sie waren voll und ganz mit der Bewältigung des eigenen Leids beschäftigt.²⁰⁴

An dieser Stelle stellt sich die Frage, mit welcher Einstellung die Deutschen die neuen Besatzer betrachteten und welche Erwartungen die Bevölkerung an die Truppen stellte. Grundsätzlich war die Einstellung der Deutschen zu den britischen Besatzern von in der deutschen Tradition begründeten antibritischen Ressentiments geprägt. Aus dem britisch-deutschen Antagonismus des 19. Jahrhunderts erwachsen, waren diese Ressentiments eine Mischung aus Neid und Bewunderung für den als ebenbürtig oder auch leicht überlegen eingestuften Konkurrenten und Rivalen. Zweimal war das Deutsche Reich innerhalb eines

²⁰³ Watt: England blickt auf Deutschland, a. a. O., S. 46.

²⁰⁴ Vgl. Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S. 15.

Jahrhunderts von den Briten besiegt worden. Dennoch war man der Ansicht, dass die Briten nur nominell den Krieg gewonnen hatten, ihn faktisch jedoch ebenfalls verloren hätten, da sie nicht über die Fähigkeiten und Qualitäten eines wirklichen Siegers verfügten. Man warf ihnen Konzeptlosigkeit, Ineffizienz sowie destruktive und konkurrenzwirtschaftliche Motive vor. Auch wenn die Kritik in den meisten Punkten als äußerst überzogen zu beurteilen ist, so muss dennoch festgehalten werden, dass sie das notorische Streben eines Großteils der deutschen Bevölkerung nach Gleichberechtigung mit den Siegern veranschaulicht. Die Kritik der Kontrollierten an den alliierten Kontrollbehörden lief darauf hinaus, dass die Alliierten an die Probleme nicht in der Weise herangingen, wie es die Deutschen gerne gesehen hätten bzw. wie sie es in dieser Situation selbst getan hätten. So stand das Problem der Nahrungsmittel- und Brennstoffverteilung beispielsweise immer wieder auf der Tagesordnung der sich neu konstituierenden politischen Organisationen und Gremien. Bei dieser Heraushebung der eher negativ eingestellten Deutschen muss jedoch berücksichtigt werden, dass es auch andere Meinungen gab: *„Wir sind uns bewusst, daß wir als besiegtes Volk nichts zu fordern zu haben; aber wir hatten Grund zu hoffen, daß das Prinzip der Vergeltung, aus dem immer nur neuer Haß geboren wird, von den alliierten Regierungen und Heeren endgültig abgetan würde, daß die notwendigen Bestrafungen und Aburteilungen auf Grund der göttlichen und allgemein menschlichen Gesetze erfolgen und dadurch wieder im Gegensatz zu den vergangenen 12 Jahren für Volk und Kirche eine neue Zeit beginnen würde.“*²⁰⁵

Der Teil der Bevölkerung, der dieser Meinung war, stellte die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dar. Die Alliierten, die Deutschland in der Erwartung betraten, von allen Seiten auf passiven Widerstand, Verrat und Sabotage zu stoßen, bekamen jedoch wenig offene Feindseligkeit zu spüren und jedermann lachte bald über die Stacheldrahtverhaue, mit denen die Alli-

²⁰⁵ Benz, Wolfgang: Von der Besatzung zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946-1949, Frankfurt a. M. 1986, S. 14. (Künftig zitiert: Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S.).

ierten ihre Quartiere umgaben. Es bestand eine breite Kluft zwischen dem von Goebbels propagandistisch aufgemachten Bild der Werwolf-Organisation und der physischen und psychischen Erschöpfung des Volkes, dem bewusst war, dass jede Art von Sabotage auf es selbst zurückfallen würde und das das Kriegsende aus diesen Gründen mit Erleichterung begrüßte.²⁰⁶

Zusammenfassend lässt sich über das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten sagen, dass die Deutschen das Gefühl der Abhängigkeit von der jeweiligen Besatzungsmacht teilten. Jedoch geht aus den Quellen, der Literatur und den Interviews hervor, dass eine gewisse Nuancierung bestand, bei der vor allem das Zusammenspiel der Mentalitäten von Besatzern und Besetzten eine große Rolle spielte. Im Gegensatz zu den übrigen Teilen Deutschlands kann man für Aachen sagen, dass hier relativ wenig Probleme zwischen der Bevölkerung und den Alliierten aufgetreten sind. Zu den Amerikanern, die der deutschen Bevölkerung eine Umerziehung auferlegten, hatte man ein recht akzeptables Verhältnis und auch die Beziehung zu den Briten wird als korrekt dargestellt. In beiden Fällen spielte die weit verbreitete Kenntnis der englischen Sprache, die die Verständigung erleichterte, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

²⁰⁶ Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 90.

2. Entstehung des politischen Lebens

„Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der Siegermächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden. Es gibt in Deutschland keine zentrale Regierung oder Behörde, die fähig wäre, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für die Verwaltung des Landes und für die Ausführungen der Forderungen der siegreichen Mächte zu übernehmen [...]. Die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden.“²⁰⁷

Die Erfahrung des Zusammenbruchs der ideologischen und politischen Ordnung und die daraus resultierende Distanz weiter Bevölkerungskreise gegenüber der öffentlich-politischen Sphäre stellte eine Hypothek für die Wiederentstehung des politischen Lebens dar.²⁰⁸

Der Nationalsozialismus war besiegt, die Parteigliederungen und Nachfolgeorganisationen verboten, alle Regierungsgewalt lag bei den Siegermächten. Zwischen Mai und Juni 1945 ist der Beginn der deutschen Nachkriegsparteiengeschichte anzusiedeln. Wer mochte angesichts dieser Situation und den Formulierungen in der Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 an die Grün-

²⁰⁷ Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945, zitiert nach: Johannes Hohlefeld (Hrsg.): Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Band VI, Berlin o. J., S. 2f.

²⁰⁸ Braun, Hans: Die Gesellschaftliche Ausgangslage der Bundesrepublik als Gegenstand der zeitgenössischen soziologischen Forschung. Ein Beitrag zur Geschichte der neuen Soziologie, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31, 1979, S. 766-795, hier: S. 767. (Künftig zitiert: Braun: Gesellschaftliche Ausgangslage, a. a. O., S.).

derung freier deutscher Parteien denken? Es sah in Deutschland kurz nach Kriegsende nicht so aus, als hätten die Alliierten großes Interesse daran, die Deutschen wieder zu politischem Leben zu erwecken. Aber es sollte bald anders kommen.²⁰⁹ In dieser Hinsicht stellt sich die Frage, ob man zu diesem Zeitpunkt von einer politischen und geistigen „Stunde Null“ sprechen kann, und von einem Umdenken, nachdem sich die Mehrzahl der Deutschen in der Zeit der Weimarer Republik gegen die Demokratie entschieden hatte?

Zur Klärung dieser Fragen werden im Folgenden die Grundideen der britischen Besatzungsmacht sowie deren Haltung untersucht. Diese und die Aachener Bevölkerung sowie deren Umgang mit dem Nationalsozialismus dienen als Grundlage für die ersten Versuche, das öffentliche Leben wiederherzustellen. Nach einer kurzen Darstellung der Voraussetzungen für erste politische Aktivitäten wird dann die Entstehung der politischen Landschaft im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Nach der Untersuchung der Historie und der Wiedergründung des Zentrums werden die CDU-Gründungen in Berlin, Köln und Aachen sowie die Gründung der Landespartei und die unterschiedlichen Namensgebungen der Partei thematisiert werden. Abgeschlossen wird das Kapitel durch eine Darstellung der Wiedergründung der KPD, SPD und RVP sowie durch die Untersuchung des Verhältnisses der Parteien zueinander.

2.1 Die Grundideen der britischen Besatzung

Mit der Aufnahme Großbritanniens in den Kreis der Siegermächte begannen dort ab Juni 1942 die Planungsarbeiten für die Waffenstillstandsperiode.²¹⁰ Hierbei sah sich das Vereinigte Königreich von Anfang an in der Position des „*honest broker*“ (des ehrlichen Maklers) innerhalb der ideologisch disparaten Allianz. Aus diesem Grund wäre es verfehlt zu sagen, dass sich die Briten keine Gedanken über die Zukunft Deutschlands gemacht hätten.²¹¹ Mit wissenschaftlicher Abgeklärtheit machten

²⁰⁹ Vgl. Kaack: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 155 (Künftig zitiert: Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S.).

²¹⁰ Vgl. hierzu: Mayhew, Christopher: Die britische Außenpolitik seit 1945, in: Europa-Archiv, 1950, S. 3433-3439., hier: S. 3437ff.

hätten.²¹¹ Mit wissenschaftlicher Abgeklärtheit machten sich im Regierungsdienst stehende Wissenschaftler an die Besatzungsvorbereitungen. Neben den unterschiedlichsten außenpolitischen Problemen standen zwei Fragen im Mittelpunkt der Planungen, die diese in die eine oder andere Richtung lenken würden. Zum einen bestand die Frage, ob die Wehrmacht von sich aus dem verhassten Regime ein Ende setzen und eine halbwegs kreditwürdige Regierung präsentieren würde. Zum anderen fragten sich die Planungsstäbe, ob man bei Kriegsende von einem funktionsfähigen Verwaltungsapparat ausgehen könne, der sich als Exekutive der Alliierten gebrauchen ließe.²¹²

Den britischen Planungsbürokraten war bewusst, dass eine Veränderung des Bewusstseins der Deutschen, „*a change of heart*“, nicht mit frommen Appellen, sondern nur durch eine Änderung der Existenzbedingungen, wie auch immer diese beschaffen sein mochten, zu erreichen sein würde.²¹³ Gegenüber den wohlmeinenden Geistern im Lande, die sich verstärkt für eine „*Reeducation*“, also eine geistige Umorientierung der Deutschen aussprachen, betonten die Deutschlandexperten der britischen Regierung, dass es nicht mit Missionierungsbemühungen getan sei, sondern ganz entscheidend auf die objektiven Lebensbedingungen ankomme, mit denen sich die Deutschen bei Kriegsende konfrontiert sehen würden.

Für diese Überlegungen waren die Erfahrungen des Jahres 1918 ausschlaggebend. Man war sich bewusst, dass sich das Syndrom von Versailles, eine Demütigung ohne dauernde Entmachtung, nicht wiederholen dürfe. Aus diesem Grund lautete die Empfehlung der Wissenschaftler an die Politiker, eine Art „*short-sharp-shock*“-Methode anzuwenden. Diese sah eine bedingungslose

²¹¹ Vgl. hierzu: Kettenacker, Lothar: Britische Besatzungspolitik im Spannungsverhältnis von Planung und Realität, in: Adolf Birke (Hrsg.): Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 17-34.

²¹² Vgl.: Kettenacker, Lothar: Die alliierte Kontrolle Deutschlands als Exempel britischer Herrschaftsausübung, in: Ludolf Herbst: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, VfZ (Sondernummer), München 1986, S. 51-63, hier S. 55 (Künftig zitiert: Kettenacker: Alliierte Kontrolle Deutschlands, a. a. O., S.).

²¹³ Vgl.: Kettenacker: ebenda, S. 56.

Kapitulation²¹⁴ vor, der eine militärische Besetzung des gesamten Landes folgen sollte, die den Deutschen das ganze Ausmaß ihrer totalen Niederlage vor Augen führen sollte. Man war der festen Überzeugung, dass mit dem deutschen Volk irgendetwas nicht stimmte und dass es für ein Regime, welches ganz Europa terrorisiert hatte, in irgendeiner Form mitverantwortlich sei.

Hierbei ist jedoch zu unterstreichen, dass die Briten nicht von einer Kollektivschuld der Deutschen ausgingen. *„Daß die ‚Kollektivschuld‘ als Ausgangsbasis der Politik in und gegenüber Deutschland nach 1945 nicht tragfähig war und die Betonung der ‚Kollektivschuld‘ die Entwicklung hin zur angestrebten Demokratie als Regierungs- und Lebensform psychologisch eher hinderte als förderte, wurde schnell in den Besatzungszonen erkannt.“*²¹⁵

Erst mit dem Bekanntwerden der nationalsozialistischen Verbrechen änderte sich die Haltung der alliierten Armeen gegenüber den Deutschen schlagartig. Vor allem die englischen und amerikanischen Offiziere kamen zu der Überzeugung, dass alle Deutschen sowohl über diese Verbrechen informiert gewesen waren als auch für sie mitverantwortlich waren.²¹⁶ Der damit einhergehende Verhaltenswandel wurde auch in Aachen deutlich. Beispielsweise berichtet eine Zeitzeugin von folgender Situation, die sie an ein wahrscheinliches Verhalten der deutschen Truppen zwischen 1939-1945, in den von Deutschen besetzten Gebieten, erinnerte: Ein amerikanischer Koch ruft im Refugee Camp Brand eines Mittags alle Kinder zusammen. Sie kommen schnell herbeigeeilt, denn sie denken, dass sie etwas zu essen erhalten. Aber dann wirft der Koch alles auf einen Haufen: Schokoladenreste, Milchpulver und die schönsten Essensreste. Diesen Essenshaufen übergießt er schließlich mit einem Kanister Ben-

²¹⁴ Das Prinzip des „unconditional surrender“ wurde endgültig im Januar 1943 auf der Konferenz von Casablanca beschlossen.

²¹⁵ Sywottek, Arnold: Tabuisierung und Anpassung in Ost und West. Bemerkungen zur deutschen Geschichte nach 1945, in Thomas Koebner/ Gert Sautermeister/Sigrid Schneider (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1988, S.229-260, S. 244.

²¹⁶ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 68.

zin und zündet ihn an. Er stellt sich breitbeinig davor und schaut die Kinder triumphierend an.²¹⁷

Man beabsichtigte nicht, die Deutschen mit demokratischen Ermahnungen zu traktieren, sondern man wollte den materiellen wie geistig-kulturellen Rahmen schaffen, der es den Deutschen erlauben sollte, sich selbst aus dem Sumpf ihrer Vergangenheit zu ziehen. Das von den britischen Technokraten für Deutschland konzipierte Besatzungsregime war das einer aufgeklärten Erziehungsanstalt, die zwar verhinderte, dass die Zöglinge über die Stränge schlugen, ihnen aber zugleich ein Höchstmaß an freier Entfaltungsmöglichkeit zugestand. Zusammenfassend lässt sich hierzu sagen, dass das Schlüsselwort der gesamten britischen Deutschlandplanung „control“ war, jedoch mit dem Prinzip der „indirect rule“. Die Briten planten, mit einem Minimum an „manpower“ und finanziellen Ressourcen ein Maximum an Einfluss auf die deutsche Zukunft zu erzielen.

Den Briten genügte es nicht, für die Unterstützung beim Wiederaufbau Nicht-Nazis auszuwählen, sondern man wollte Anti-Nazis haben, die Beweise ihrer Überzeugung liefern konnten. Die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus hatten sie gelehrt, dass im Deutschland jener Jahre die Kandidaten der Parteien wenig bis gar nichts bedeutet hatten – die Wahllisten hingegen alles. Das Ergebnis war die Herrschaft eines Mannes über alle anderen gewesen. *„Es ist daher unsere Aufgabe, den Deutschen eine neue Konzeption von den Parteien zu lehren.“*²¹⁸

Dies war die einstimmige Auffassung der westlichen Besatzungsmächte, die sich zwar alle für eine Einführung der Demokratie in Deutschland ausgesprochen hatten, jedoch in den Vorstellungen darüber, wie diese auszusehen habe, unterschiedlicher Mei-

²¹⁷ Trees: Krieg ohne Sieg, a. a. O., S. 315.

²¹⁸ Hüttenberger: NRW, a. a. O., S.45.

nung waren. Ersichtlich für alle war jedoch, dass das demokratische System Deutschland von oben auferlegt werden müsse.²¹⁹

2.2 Strategie der britischen Besatzungsmacht für das Nachkriegsdeutschland

Bei Kriegsende wurde in Großbritannien die Regierung von der sozialistischen Labour-Party übernommen. Dies hatte zur Folge, dass die Briten von allen westlichen Verbündeten als Erste dazu neigten, ihre Zone als Einheit zu betrachten²²⁰ und im Vergleich zu den anderen Besatzungsmächten weniger Angst vor einem deutschen Zentralismus zeigten.²²¹ Dennoch herrschte auch hier in den ersten Monaten bis zur Potsdamer Konferenz eine „politische Quarantäne“. Im Juli/August 1945 wurden auf der Konferenz von Potsdam die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze und Richtlinien der alliierten Besatzungspolitik näher bestimmt. Bezüglich der politischen Neuordnung wurde beschlossen, dass Deutschland eine dezentralisierte politische Struktur erhalten sollte. Man sah vor, die Entwicklung lokaler Verantwortung und Parteien zu fördern sowie ein repräsentatives Wahlsystem einzuführen. Dies alles sollte jedoch mit Vorbehalt der militärischen Sicherheit erlaubt werden.

Bei der Umsetzung der Vorstellungen bezüglich der lokalen Verantwortung setzten die Engländer das ihnen aus ihrer Kolonialtradition bekannte Prinzip der „*indirect rule*“, der indirekten Herrschaft, mithilfe eingeborener Eliten ein. Man suchte nach einem Ventil für den demokratischen Betätigungsdrang, welcher in der deutschen Bevölkerung, wenn auch nur in Teilen, vorhanden war. Aus diesem Grund überließen die Briten als einzige Besatzungsmacht den Menschen in ihrer Besatzungszone einen Zugang zur Macht, indem sie ihnen einige beratende Funktionen wie das Amt des Bürgermeisters übertrugen. Bei dieser Erstausrüstung der deutschen Verwaltung griff man auf das politische

²¹⁹ Grosse, Alfred: Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970, S. 87. (Künftig zitiert: Grosse: Deutschlandbilanz, a. a. O., S.).

²²⁰ Diese Einstellung vertraten die britischen Vertreter auch im August 1945 während der Potsdamer Konferenz, auf der sie vor einer Zerstörung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands warnten.

²²¹ Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O.

und administrative Personalreservoir der Weimarer Republik zurück.²²² Man holte Beamte zurück in den Dienst, die entweder von den Nationalsozialisten entlassen worden waren oder aber wegen der Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst ausgeschieden waren.

Doch die Bemühungen der britischen Besatzungsmacht, sich im Hintergrund zu halten, erwiesen sich bald als undurchführbar. Den neuen deutschen Behörden mangelte es an Erfahrung, Ansehen und vor allem an Mitteln. Die Alliierten kamen zu dem Schluss: Wenn aus dem Chaos Ordnung geschaffen werden sollte, dann musste dies seitens der Besatzungstreitkräfte geschehen. Sie verfügten über Autorität und Hilfsquellen und waren imstande, auf Hilfe von außen zurückzugreifen.

2.3 Die Aachener Bevölkerung

Unmittelbar nach der Kapitulation gab es im einstigen Deutschen Reich nur kleine und vielfach isolierte Zirkel, die sich Gedanken über die politische Zukunft Deutschlands machten. Für die überzeugten Nazigegner unter ihnen bedeutete das Kriegsende das Ende eines Albtraums. Soweit sie aktive Opposition betrieben hatten, hatten sie unter der ständigen Gefahr gelebt, dass die Gestapo an der Tür klopfte, um sie abzuholen. Soweit sie sich passiv verhalten und ihre Meinung für sich behalten hatten, war es notwendig gewesen, sich ständig in der Gewalt zu haben, um ihre Einstellung nicht durch ein unbedachtes Wort oder Verhalten preiszugeben. Die Zahl der Widerständler war durch Emigration und Verfolgung zusammengeschmolzen; viele waren in Gefängnissen oder in KZs. Viele von ihnen hatte es während des Krieges verstimmt, dass die Alliierten sie sich vom Leibe hielten und alle unternommenen Friedensfühler in schroffer Weise mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zurückgewiesen hatten. Auch nach dem Krieg erfuhren die Nazigegner nicht nur Entgegenkommen. Sie mussten vielfach feststellen, so auch an einigen Stellen in Aachen, dass die Regierung von ausländischen Soldaten und Verwaltungsbeamten über-

²²² Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 73.

nommen wurde, die zum größten Teil wenig von Deutschland wussten und die oft dazu neigten, alle Deutschen über einen Kamm zu scheren. Auch wenn ihnen mit der Zeit viele Verantwortlichkeiten übertragen wurden, wurden sie behandelt wie alle anderen – als Angehörige einer besiegten Nation. Die Nazigegner leugneten die Schuld des deutschen Volkes natürlich nicht und so war es ein Paradoxon, dass gerade die am wenigsten schuldigen Leute am meisten bereit waren, die Schuld einzugestehen. Dennoch wollte man aus Angst um die eigene Familie keinen direkten Widerstand leisten.

Die meisten Menschen waren in dieser Zeit mit Existenzsorgen schwer belastet.²²³ Das Leben der Deutschen schien sich auf drei Fragen zu konzentrieren: *„Wie werde ich satt? Wo kann ich unterkommen? Wann finde ich meine Familie wieder?“* Die politische Grundtendenz der frühen Nachkriegszeit, die aus der Literatur und den Gesprächen mit Zeitzeugen zu entnehmen ist, wird im folgenden Zitat deutlich: *„Ich wähle nicht. Laß mich mit der Politik in Ruhe. Geändert wird durch mein Wählen nichts, denn im Grunde macht ihr Engländer doch, was ihr wollt. Wähle ich aber, wer weiß, ob mir das gut bekommt. Man hat vielen Leuten einen Strick daraus gedreht, daß sie die NSDAP gewählt haben [...].“*²²⁴

Die Deutschen vertraten die Meinung, dass die bedingungslose Kapitulation (unconditional surrender), noch dazu gegenüber vier sich uneinigen Besatzungsmächten, kein Boden für eine politische Neuentwicklung sei.²²⁵

Wie bereits dargestellt, war das Erscheinungsbild der Stadt Aachen während des Dritten Reiches in vielen Bereichen abweichend vom Rest des Reiches. Dennoch kann dieser Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Nationalsozialismus auch in der westlichen Großstadt des Deutschen Reiches die tonangeben-

²²³ Hillgruber, Andreas: Deutsche Geschichte 1945–1982. Die deutsche Frage in der Weltpolitik, 4. erw. Aufl., Suttgart/Berlin/Köln 1983, S. 30.

²²⁴ Posener: Deutschland 1945 bis 1946, a. a. O. S. 75.

²²⁵ Posener: ebenda, S. 76.

de Kraft war. Die Zurückhaltung der Aachener Bevölkerung führte nicht zu Widerstand, die Nicht-Anpassung verhinderte auch hier nicht die Umsetzung der nationalsozialistischen Politik. Die für die Aachener wichtigste Autorität, die katholische Kirche, blieb ebenfalls passiv. Ebenso wie die NS unter passiver Hinnahme an die Macht kommen konnten, so hielten sie sich auch durch ihre Passivität an der Macht. Aachen bildete hier keine Ausnahme. Hieraus ergab sich für die Zeit nach dem Krieg die Schwierigkeit der Personalrekrutierung sowohl für administrative als auch später für politische Zwecke. Die Frage, die sich den Alliierten stellte, war, welche Leute man für den politischen Wiederaufbau würde gebrauchen können. Aus diesem Grund bestand für die Alliierten in Deutschland und insbesondere für die britische Stadtkommandatur in Aachen das Personalreservoir der ersten Zeit aus Politikern, die Verfolgte des totalitären Regimes waren, aus Überlebenden aus Hitlers Gefängnissen, aus Mitgliedern des Widerstands sowie aus Exilierten. Wie bereits beschrieben, wurden anhand von „weißen Listen“, die mithilfe von Emigranten erstellt worden waren und die eine erstaunliche Personenkenntnis auswiesen, Politiker aus der Weimarer Zeit, die als demokratisch und vertrauenswürdig angesehen wurden, aufgesucht.²²⁶ Daneben waren die Alliierten gezwungen, andere Wege zu gehen. So suchten sie beispielsweise in katholischen Gegenden wie Aachen den Rat des Klerus bei der Besetzung neuer Führungspositionen, wodurch sie der Rückkehr vieler ehemaliger Zentrumsmitglieder Vorschub leisteten, was noch zu zeigen sein wird. Was zu diesem Zeitpunkt noch völlig unklar war, war die Frage, ob man mit den ausgewählten Leuten nicht nur Antinazis gefunden hatte, sondern auch solche, die sich dem Westen so weit verwandt fühlten, dass sie über Dingen wie Sentimentalität, Selbstmitleid, Selbstsucht und Mangel an Objektivität standen, zu denen die Bevölkerung einer geschlagenen Nation und einer zerstörten Stadt wie Aachen neigte. Standen genug Leute zur Verfügung,

²²⁶ Vgl. hierzu: Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O. / Theodor Eschenburg: Der bürokratische Rückhalt, in: R. Löwenthal/ H.-P. Schwarz (Hrsg.): Die Zweite Republik, Stuttgart 1974, S.64.

die diese Eigenschaften besaßen? Und waren diese in der Lage, die Auswirkungen der eigenen Verfolgung abzuschütteln?

Obwohl seitens der Militärregierung eine genaue Prüfung der vorgeschlagenen Personen auf politische Zuverlässigkeit vorausgegangen war, sprachen die Briten den Deutschen jedwedes Demokratieverständnis ab. Dieses müsse ihnen erst „beigebracht“ werden. Solche Unterweisungen fanden in Aachen unter Aufsicht des Residenzoffiziers und im Beisein des Regierungspräsidenten Lude statt.²²⁷

2.4 Umgang mit dem Nationalsozialismus

Nach den aufgeführten Darstellungen ist es falsch, anzunehmen, dass es in Aachen keinen Nationalsozialismus und keine NS-Anhänger gegeben hat. Diesem Eindruck widersprechen Tatsachen wie beispielsweise, dass Aachen bei den so genannten nationalen Anlässen genauso wie die anderen deutschen Großstädte in einem Meer von Hakenkreuzfahnen versank. Ebenso nahmen Aufmärsche und Feiern der Partei und ihrer Organisationen einen gewaltigen Umfang ein. Wenn jedoch Goebbels am 24. Oktober 1944 mit Genugtuung in seinem Tagebuch notierte, dass die amerikanischen Verbände bei der Eroberung Aachens nicht einmal mehr tausend Menschen angetroffen hätten *„und selbst diese sind, wie sie erklären, Nazis und denken nicht daran, dem Führer die Treue zu brechen.“*²²⁸, so entsprach dies nicht der Realität.²²⁹ Dennoch ist nicht wirklich herauszufinden, inwieweit der NS die Gesellschaft der Stadt Aachen wirklich durchdrungen hat bzw. in welchem Ausmaß es Resistenz gab. Die Nationalsozialisten vor Ort und auch die Münchener Parteizentrale waren sich lange Zeit unsicher, wie weit die Anhängerschaft der Partei in Aachen reichte.²³⁰

²²⁷ Vgl. CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S.37.

²²⁸ Zitiert nach: Haupts: NS in Aachen, a. a. O., S. 625.

²²⁹ Goebbels Tagebücher Eintragung zum 24. Oktober 1944. Er verkennt ganz offenbar die kontroversen amerikanischen Diskussionen um die Behandlung der Deutschen/ Zur wirklichen Einwohnerzahl Aachens zu diesem Zeitpunkt vgl. Poll: Aachen in Daten, a. a. O., S. 338.

²³⁰ Im Juli 1939 entsprach der Anteil der Parteimitgliedschaften in Aachen 6,78% der Gesamtbevölkerung. Von 162.164 Einwohnern waren 11.000 NSDAP-Mitglieder. Für Aachen lassen sich drei Zeitphasen für den Parteieintritt festmachen. Vor dem 31. März 1933 gab es 1063 Beitritte, zwischen 1933 und 1935 waren es 3186 und in der Zeit von 1937 bis 1939 6748. Das heißt, dass insgesamt 90% der im Juli 1939 in Aachen wohnenden PG erst nach 1933, und davon wiederum

Die Alliierten hatten in ihren Planungen die Austilgung des Nationalsozialismus den Kriegszielen vorangestellt.²³¹ Die Vorstellungen vom Wesen des Nationalsozialismus und damit zwangsläufig von den besten Methoden, ihn auszurotten, liefen auseinander. Man war sich jedoch bald einig, dass es eine Unmöglichkeit sei, die vielen, die sich nur wenig versündigt hatten, auf Lebenszeit zur politischen Unmündigkeit zu verdammen.²³² Die Ausführung der festgelegten Richtlinien lag in der Hand der jeweiligen Besatzungsmacht und die Richtlinien wurden beispielsweise in der britischen Zone weniger systematisch und kategorisch umgesetzt als in den anderen Besatzungszonen. Für die britischen Politiker war der Nationalsozialismus eine Krankheit gewesen. Es würde ihrer Ansicht nach reichen, die Keimträger zu beseitigen, um den Körper gesund zu machen.²³³ Man kann also sagen, dass die Entnazifizierung hier als eine personelle Säuberung verstanden und ausgeübt wurde und nicht als eine generelle Durchleuchtung der Gesinnung aller über 18-Jährigen.²³⁴ Man war der Meinung, dass es der gegenwärtigen Lage Deutschlands entsprechen würde, die Hauptverantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, den Unbescholtenen Verantwortung anzuvertrauen und die große Masse nicht durch Entnazifizierung abzuschrecken, sondern ihr die Rückkehr zur Demokratie zu erleichtern.²³⁵ Auch in der Praxis sollte sich schnell zeigen, dass dies keine Schwierigkeiten verursachte. Die Nationalsozialisten warteten nicht ab, bis sie von den alliierten Streitkräften bzw. von den Mitbürgern hinausgeworfen wurden, sondern „[...] sie schmolzen einfach dahin.“²³⁶ Zudem legten die alliierten

60% erst nach 1937 in die Partei eingetreten sind. Das bedeutete für die Partei, dass es ihr nicht gelungen war, ihre Mitgliedschaft erheblich auszuweiten (Vgl. hierzu: Gasten: Aachen im NS, a. a. O.).

²³¹ Im Protokoll der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 heißt es hierzu: „Die NSDAP mit Gliederungen und Unterorganisationen sei zu vernichten, und alle Mitglieder, die mehr als nominell an ihrer Tätigkeit Anteil genommen hatten, und ,alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen', sollten ,aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen' entfernt werden.“ Zitiert nach: Deuerlein, Ernst: CDU/CSU 1945-1947, Köln 1957, S.22.

²³² Vgl. Posener: Deutschland 1945 bis 1946, a. a. O., S. 105.

²³³ Grosse: Deutschlandbilanz, a. a. O., S. 59.

²³⁴ Vgl. Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S. 16.

²³⁵ Vgl. Benz: ebenda, S. 17.

²³⁶ Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 103.

ten Besatzungsmächte Wert darauf, keinen „*administrative crack-down*“ herbeizuführen. Sie beschränkten sich zunächst auf die Entfernung der aktivsten Nationalsozialisten. Vor allem in der britischen Zone legte man in den ersten Wochen mehr Wert auf die Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Verwaltung als auf eine personelle Demokratisierung.²³⁷ Zudem war den alliierten Besatzungsmächten bewusst, dass es auch ein „*anderes Deutschland*“ während des Nationalsozialismus gegeben hat.

Da in Deutschland die Verwaltung künftig nach den Prinzipien der „*Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung*“²³⁸ organisiert werden sollte, spielte die Förderung von Parteigründungen bald eine wichtige Rolle im Betätigungsfeld der Alliierten.²³⁹

Die parteipolitische Entwicklung in der britischen Zone, die bis zur Bildung der Länder 1946 aus den ehemaligen preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen sowie dem nördlichen Teil der Rheinprovinz und dem Stadtstaat Hamburg bestand²⁴⁰, war bis zur Verordnung über die Bildung politischer Parteien vom 15. September 1945²⁴¹ von der Tolerierung örtlicher Militärbefehlshaber abhängig. Dies hatte zur Folge, dass die Zulassungen zur Parteigründung zeitlich verschoben erteilt wurden. Hinzu kam, dass nach dem Grundprinzip der Dezentralisierung Parteigründungen bis zum Ende des Jahres 1945 nur auf Kreisebene gestattet waren und auch nur dann, wenn die an den Gründungen beteiligten Personen und deren Programme der Auffassung der verantwortlichen britischen Offiziere entsprachen. „*Damals war Aachen die erste von den Alliierten besetzte deutsche Stadt, Schauplatz dramatischer Erstmaligkeiten.*“²⁴²

²³⁷ Kunz, Rainer/ Maier, Herbert/Stammen, Theo: Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, o. O., 1975, S. 352 (Künftig zitiert: Kunz/Maier/Stammen: Programme, a. a. O., S.).

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Vgl. Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S. 29.

²⁴⁰ Der südliche Teil der früheren preußischen Rheinprovinz wurde der französischen Zone zugeteilt, einige Gemeinden des Landes Braunschweig fielen an die SBZ und Bremen wurde Anfang 1946 unter amerikanische Verwaltung gestellt.

²⁴¹ Amtsblatt der Militärregierung Land NRW, Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Verordnung Nr. 12, Art.1. (Künftig zitiert: Abl. BK Verordnung Nr., Art.).

²⁴² Katholische Arbeiterzeitung 5/85.

Und so begann in Aachen - wie zeitlich verschoben in allen deutschen Städten - inmitten von Kriegszerstörungen und Flüchtlingsströmen der moralische und politische Neubeginn.

2.5 Erste Versuche, das öffentliche Leben wiederherzustellen

„Die Stunde der Freiheit war zugleich die Stunde der Katastrophe und die Stunde der Sieger und ihrer Militärregierungen.“²⁴³

Zur Darstellung der Auffassung Großbritanniens, nach der die Briten ihr zukünftiges Verhalten gegenüber Deutschland richteten, ist ein Ausschnitt aus einer Rede Churchills vom 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus anzuführen, in der es heißt: *„Ein Deutschland ohne Kopf ist am Ende des Kampfes den Eroberern in die Hände gefallen [...] [Jetzt] muß die Verantwortung von lokalen Körperschaften übernommen werden, die unter alliierter Kontrolle für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung Sorge tragen müssen. Die deutschen Massen dürfen uns nicht zur Last fallen und erwarten, jahrelang von den Alliierten ernährt, organisiert und erzogen zu werden.“²⁴⁴*

Aus diesem Grund schufen die Briten in ihrer Zone relativ früh eine neue Verwaltungsstruktur und nahmen sich dabei ihr eigenes gesellschaftliches System zum Vorbild.²⁴⁵ Somit wurde die Gemeindeordnung nach dem Vorbild der britischen lokalen Selbstverwaltung neu geregelt, was bedeutete, dass dem Grundprinzip der Trennung von Legislativ- und Exekutivfunktionen in der Gemeindeg Spitze gefolgt wurde, also dass vom Amt des Bürgermeisters die Funktion der Exekutive getrennt wurde. Personell drückte sich dies durch die Schaffung eines Stadt- und Gemeindedirektors aus, der die Exekutivfunktionen innehatte, und in der Stellung des Bürgermeisters, der ähnlich dem britischen Major die Legislative, also den Stadtrat, leitete. Dem Bürgermeister kam dabei die Funktion eines „*Primus inter Pares*“ zu, während der Gemeinde- und Stadtdirektor entsprechend

²⁴³ Hoffmann: Aachen in Trümmern, a. a. O., S. 161.

²⁴⁴ Churchill Rede zitiert nach Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S. 33.

²⁴⁵ Vgl. Benz: Von der Besatzung zur BRD, a. a. O., S. 25.

den politischen Leitlinien des Gemeinderates die Verwaltung zu organisieren und befehligen hatte.²⁴⁶ Stadtkommandant Parrott erklärte hierzu: *„Es gibt gewisse Seiten dieser Stadtvertretung, die eine Abweichung von ihrem alten Statut bedeuten [...] Der größte Unterschied liegt in der Tatsache, daß der Oberbürgermeister nicht mehr Exekutivbeamter ist. Stattdessen werden sie einen Oberstadtdirektor (Town Clerk) anstellen, der der Hauptexekutivbeamte der Stadtverwaltung sein wird [...]“*²⁴⁷

Bezug nehmend auf die Aussage, dass die Besatzer dem von ihnen besetzten Gebiet immer ihr eigenes gesellschaftliches System auferlegen, muss jedoch für Deutschland bemerkt werden, dass (mit Ausnahme des britischen Einflusses durch das Magistratsprinzip und das Mehrheitswahlrecht) die Westalliierten der kommunalpolitischen Ebene keine besondere Prägung verleihen konnten. Die Bestellung der neu ernannten kommunalen Spitzen ging in der Regel so vor sich, dass nach der Besetzung einer Kommune der zuständige Offizier der Militärregierung die örtlichen Honorationen – dies waren zumeist der Ortsgeistliche, die Lehrerschaft (soweit sie nicht nationalsozialistisch belastet war) und einige andere Bürger – zu sich kommen ließ, um sich deren Vorschläge anzuhören. Aufgrund ihrer Vorschläge ernannte der Offizier dann den Bürgermeister und die übrige Verwaltungsspitze. Dies hatte rein provisorischen Charakter und meist erfolgte im Verlauf des Jahres 1945 eine Umbesetzung der Stellen. Während dieser zweiten Phase schied dann ein Großteil der nationalsozialistisch vorbelasteten Beamten aus.²⁴⁸ An deren Stelle traten nun viele facherfahrene Kommunalbeamte aus der Weimarer Zeit, die von den Nationalsozialisten kaltgestellt worden waren.

Wie bereits dargestellt, hatte sich, nachdem sich am 12. September 1944 die nationalsozialistische Stadtverwaltung nach Siegburg abgesetzt hatte, ein Vakuum gebildet, welches nun

²⁴⁶ Kunz/Maier/Stammen Programme, a. a. O., S. 359.

²⁴⁷ Zitiert nach Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 34.

²⁴⁸ In der britischen Zone galt ab September 1945 eine Direktive, nach der der Verwaltungschef ein anerkannter „Antinazi“ sein musste.

durch die Errichtung einer neuen Stadtverwaltung beseitigt werden sollte. In Oppenhoff hatte man die Person gefunden, der das Amt des neuen Oberbürgermeisters anvertraut werden konnte. Diese Auffassung wurde auch in weiten Kreisen der Bürgerschaft geteilt. Oppenhoff forderte in den Verhandlungen mit der Militärregierung, sich seine Dezernten selbst aussuchen zu dürfen.²⁴⁹ Zudem forderte Oppenhoff, nicht zu Handlungen gezwungen zu werden, die seinem Volk oder den deutschen Soldaten schaden könnten. Mit allem Nachdruck verteidigte Oppenhoff die Interessen der Aachener Bevölkerung gegenüber den Militärs, sei es bei der Freigabe von Straßen oder dem Transport von Lebensmitteln.²⁵⁰ Da die Zerstörung des Rathauses und der Verwaltungsgebäude eine Zentralisierung der gesamten Verwaltung in der ersten Zeit nicht ermöglichte, wurde sie zunächst in Notunterkünften untergebracht. Ab Mitte August 1945 befand sich ein Teil der Diensträume im Justizgebäude am Adalbertsteinweg, bevor sie ab November 1946 teilweise ins „Hochhaus“²⁵¹ übersiedeln konnte. In der Anfangsphase herrschte eine Art praktische Solidarität zwischen Eroberern und Eroberten in Aachen, denn *„[...] der Einsatz in dieser Zeit galt den schwer geschädigten Bürgern der Heimatstadt. Alle Probleme, die die weitgehend zerstörte Stadt bot, mußten zugleich, sofort und energisch angegangen werden, denn alle waren dringend und betrafen den Menschen.“*²⁵²

Beispielsweise sagten die Amerikaner dem höchsten Beamten der von ihnen eingesetzten Stadtverwaltung den Abtransport der Bevölkerung für den Fall zu, dass die Stadt von deutschen Truppen besetzt würde.²⁵³ Zwei Tage vor der Kapitulation des Deutschen Reiches erhielt Aachen einen neuen Oberbürgermeister, Dr. Wilhelm Rombach, der 1933 von den Nationalsozialisten aus seinem Amt gejagt worden war. Ebenfalls seinerzeit von den Na-

²⁴⁹ Vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 13.

²⁵⁰ Vgl. CDU-Aachen: 50 Jahre, a. a. O., S. 13.

²⁵¹ An der Lagerhausstraße. Hier befindet sich auch heute noch ein Teil der Aachener Stadtverwaltung.

²⁵² Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 34.

²⁵³ Vgl. Pabst: Nachkriegszeit in Aachen, a. a. O., S. 22 /Vgl. hierzu auch: Henke: Amerikanische Besatzung, a. a. O., S. 271ff.

tionalsozialisten aus dem Amt gedrängt, übernahm Albert Servais am 15. Mai 1945 das Amt des Stadtkämmerers.

2.6 Die Voraussetzungen für erste politische Aktivitäten

„Die Formung des neuen Parteiensystems war in erster Linie eine Sache der Alliierten.“²⁵⁴

Diese Aussage hält fest, dass die Besatzungsmächte einen wesentlichen und nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das spätere Parteiensystem Deutschlands hatten.²⁵⁵

Für die britische Besatzungszone im Allgemeinen und für Aachen im Besonderen lässt sich sagen, dass die Besatzungsmacht anfänglich eine Konzentration der politischen Kräfte auf die ihr bekannten Linksparteien der Weimarer Republik, deren Programme und Zielsetzungen ihr bekannt waren, versuchte.

Den Zeitraum zwischen der Kapitulation und der offiziellen Billigung demokratischer Parteien durch die Potsdamer Beschlüsse bedeutete für die bereits locker zusammengeführten Gruppen eine Phase der gedanklichen Vorbereitung, der Diskussion und Kompromissfindung in ideologischen Fragen sowie eine durch die allgemeine Situation erschwerte Kontaktierung möglicher Gesinnungsgenossen. Zwei Monate nach Kriegsende hatten sich dadurch in Aachen wie im gesamten Deutschen Reich bereits erste Gruppierungen derjenigen politischen Kräfte zusammengefunden, die in den darauf folgenden Jahren zu den dominanten Akteuren der parteipolitischen Szene werden sollten.²⁵⁶ Hieraus ergibt sich die Frage nach diesen Politikern der ersten Stunde – wer waren sie? Mit Sicherheit lässt sich festhalten, dass die an den frühen Aktivitäten beteiligten Männer und Frauen

²⁵⁴ Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 158.

²⁵⁵ Vgl. hierzu: Staritz, Dieter: Parteien für ganz Deutschland. Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47, in: VfZ 32. Jg. 1984, S. 240-268.

²⁵⁶ Vgl. Kunz, Rainer: Parteien- Parlamentarismusedwicklung in den deutschen Ländern 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik, in: Josef Becker/ Theo Stammes/ Peter Waldmann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1987, S. 367-389, hier: S. 375. (Künftig zitiert: Kunz: Parteien- und Parlamentarismusedwicklung, a. a. O., S.).

mehr als Exponenten denn als Repräsentanten der deutschen Bevölkerung und ihres politischen Denkens anzusehen sind. Doch die Bereitschaft dieser Menschen, sich nach dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches wieder zu engagieren, demonstrierte den Besatzungsmächten, dass wenigstens in Teilen der deutschen Bevölkerung die Bereitschaft zur Wiederbelebung demokratischer politischer Zustände wie auch der Anspruch auf politische Selbstbestimmung gegeben war. Die deutsche Bevölkerung, und hier vor allem die Jugend, war in ihrer Mehrzahl politisch interessenlos. Die Gründe hierfür waren vielfältig. Zu einen hatten die meisten Menschen Sorge um ihre eigene materielle Existenz und zum anderen war die Vorstellung, machtlos gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu sein, weit verbreitet.²⁵⁷ Man wollte sich keiner Organisation, schon gar nicht einer Partei, anschließen.²⁵⁸ Ein Zeitzeuge betonte, dass das Interesse der Aachener Bevölkerung weniger allgemein politisch war, sondern dass im Mittelpunkt der Bestrebungen die Frage stand: *„Wie bekommt man diese Stadt wieder auf die Beine?“*²⁵⁹ Es bestand der Drang, eine Stadt neu aufzubauen, in der es sich lohnte, zu leben. Daneben begann der Versuch, eine politische Vertretung zu errichten, die die Interessen der Aachener Zivilbevölkerung gegenüber der Militärregierung vertreten konnte. Die Mehrzahl der Deutschen und Aachener war jedoch unpolitisch, wie ein Zeitzeuge in seinen Memoiren darstellte: *„Beim herrschenden Hunger, bei der bitteren Wohnungsnot und mangelnder Bekleidung, vor allen Dingen bei dem Pessimismus, den die große Katastrophe zurückgelassen hatte, war keine große Liebe zu einer politischen Wiederaufbauarbeit zu entzünden. Dazu in einer Demokratie, die immer dann zu den Deutschen kommt, wenn etwas schief gegangen ist. Die Zahl der Mitarbeiter in den politischen Parteien war deshalb am Anfang sehr klein.“*²⁶⁰

²⁵⁷ Vgl. Braun: Gesellschaftliche Ausgangslage, a. a. O., S. 787.

²⁵⁸ Vgl. mündliche Auskünfte Dr. Jost Pfeiffer/ Franz Stettner, a. a. O.

²⁵⁹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

²⁶⁰ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 95.

Die Männer und Frauen, die sich hier engagierten, waren zum größten Teil bereits während der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen und hatten sich während der Zeit des Nationalsozialismus im passiven oder aktiven Widerstand befunden.

Lizenzanträge für die Gründung

Die Genehmigung der Lizenzanträge auf Gründung einer politischen Partei hing in erster Linie von der persönlichen Integrität der jeweiligen Antragsteller ab. Diese wurde mithilfe von Fragebögen, die Angaben über Personalien, Parteimitgliedschaften, Militärdienst und Einkommensverhältnisse sowie Auslandsreisen seit 1933 erfragten, überprüft.²⁶¹ „[...] Jede Frage muß beantwortet werden wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, unrichtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt [...].“

Hinzu kam die Beurteilung der Parteiprogramme; hier orientierten sich die zulassenden Behörden zumeist an der traditionellen Struktur des deutschen Parteiensystems vor 1933, d. h. sie lizenzierten Parteien, die sich in ihrer politischen Gesamttendenz als bürgerlich, liberal, sozialdemokratisch oder kommunistisch einstufen ließen. Im Allgemeinen kann man sagen, dass nach der Gründung der Parteien in Berlin auch in der Regel mit deren Zulassung auf lokaler oder Länderebene in den einzelnen Besatzungszonen gerechnet werden konnte, wenn die Neugründung einer der vier Gruppen zuzuordnen war. *„Diese und ähnliche Vorkehrungen entstammten ohne Zweifel der verständlichen Besorgnis der Militärregierung über mögliche unangenehme Überraschungen vonseiten wiederentstandener Organisationen, die sich unter gewissen Umständen als Belastung erweisen könnten.“*²⁶² Die alliierte Lizenzierungspolitik bestimmte damit in grundlegender Weise die Gliederung des sich bildenden deutschen Parteiensystems. Durch die Übernahme der Grundstruktur des Weimarer Parteiensystems verhinderte man zum Teil die Um-

²⁶¹ Vgl. Bekanntgabe Verordnung Nr. 12 AN vom 18.09.1945, 1. Jg., Nr. 44.

²⁶² Deutscher, Isaac: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Gelsenkirchen 1980, S. 108.

setzung neuartiger gesellschaftlicher und politischer Vorstellungen, wie sie vor 1945 vor allem in Emigrantenkreisen und in den Zirkeln des deutschen Widerstands entwickelt worden waren.²⁶³ Die Lizenzierung einer Parteiorganisation verlieh allerdings noch nicht das Recht zu uneingeschränkter politischer Betätigung. Nicht nur die öffentlichen Veranstaltungen, sondern auch die internen Versammlungen der Partei mussten bei der Besatzungsmacht angezeigt werden. Zur Genehmigung einer politischen Versammlung in der britischen Besatzungszone musste der Versammlungsleiter der Militärregierung vier Ausfertigungen des Antragsformulars zur Abhaltung einer Sitzung, welches er in Aachen bei der Militärregierung im Gerichtsgebäude erhalten konnte, vorlegen. Des Weiteren mussten zwei Fragebögen bezüglich der vorgesehenen Redner der Militärregierung ausgefüllt übermittelt werden. Erst nach der schriftlichen Erklärung der Genehmigung seitens des Stadtkommandanten durfte eine Versammlung durchgeführt werden. Mit dem 1. August 1946 trat eine Verordnung zur Abhaltung von „*Political Meetings*“ (politischen Versammlungen) in Kraft.²⁶⁴ Hier wurde festgelegt, dass der Antrag auf Genehmigung sieben Tage vor dem geplanten Datum mit personellen Angaben der verantwortlichen Personen, Ort und Zeit der geplanten Veranstaltung, Reden und Zweck sowie der genauen Personenzahl einzureichen sei. Diesem Antrag musste eine Zusicherung beiliegen, die bestätigte, dass alle von der Militärregierung gestellten Forderungen befolgt wurden, dass bekannt ist, dass die Genehmigung nur für eine Veranstaltung gültig ist sowie dass alle Beteiligten und Anwesenden über die Vorschriften in Kenntnis gesetzt wurden. Da die Besatzungsmächte jedoch das Land nicht ohne deutsche Hilfe verwalten konnten, mussten sie nach und nach den deutschen Politikern einen größeren Spielraum einräumen.²⁶⁵ Der Lizenzierungszwang für Parteien durch die Alliierten blieb bis 1950 in Deutschland bestehen, sodass sich erst nach der ersten Aufbau-

²⁶³ Vgl. Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 157ff./Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarb., aktual. Aufl., Opladen 2003, S. 43 (Künftig zitiert: Alemann: Parteiensystem BRD, a. a. O., S.).

²⁶⁴ Dokument Military Government - Germany, British Zone of Control, Ordinance No. 10 (Amended 2) Political Meetings, 01. August 1946, HStAD, RWV 273.

²⁶⁵ Vgl. Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 158.

phase von fünf Jahren ein autonomes Parteiensystem entwickeln konnte.²⁶⁶ Der Vorsprung der Gründungsgruppierungen war zu diesem Zeitpunkt schon so groß, dass danach neu gegründete Parteien nur geringe und in der Regel nur regionale Erfolge erzielen konnten.²⁶⁷

2.7 Entstehung der parteipolitischen Landschaft

Zum Verständnis der Entstehung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in Aachen ist es auch wichtig, das übrige parteipolitische Spektrum zu betrachten. Hierbei muss dem Zentrum, seiner Historie und Wiedergründung als personellem und geistigem Ursprung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Aus der geschichtlichen Betrachtung der Zentrumspartei lässt sich zur Gründung der CDU in ihren wichtigsten Zentren Köln und Berlin überleiten, bevor sich die Frage nach der Gründung der Aachener CDU und ihrem personellen wie geistigen Erbe stellt. Zudem spielt in diesem Bereich die Namensentstehung der Christlich-Demokratischen Union eine Rolle. Außerdem gilt besonders der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und ihrer Historie im Stadtgebiet sowie im Landkreis Aachen die Aufmerksamkeit.²⁶⁸ Um die Entstehung der parteipolitischen Landschaft Aachens abzurunden, müssen auch jene Parteien betrachtet werden, welche kurz nach dem Ende des Krieges für wenige Monate bzw. Jahre ein Teil des parteipolitischen Spektrums waren: die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sowie die Rheinische Volkspartei (RVP).

2.7.1 Zentrum - Historie und Wiedergründung

Nach dem Sieg über Napoleon begann mit der Revolution von 1848 der staatsrechtliche Umschwung im Deutschen Reich von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie. In den Parlamenten der konstitutionellen Länder des Deutschen Reiches traten von Anfang an einige Abgeordnete für die kirchenpolitischen Interessen ein, zumal die Säkularisation weiter voranschritt. Aus

²⁶⁶ Vgl. hierzu: Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in VfZ 22 (1974), S. 20-44.

²⁶⁷ Alemann: Parteiensystem der BRD, a. a. O., S. 46.

²⁶⁸ Vgl. hierzu: Walter, Karin: Neubeginn im NS-Widerstand: Die politisch-theoretische Diskussion der Neuordnung in der CDU und SPD 1945-1948, Erlangen 1985.

diesem Grund ist das Jahr 1852 – in diesem Jahr hatten sich erstmals 54 Abgeordnete des Preußischen Landtags zu einer „*katholischen Fraktion*“ zusammengeschlossen²⁶⁹ – als die Geburtsstunde des Zentrums anzusehen.²⁷⁰ Das Zentrum sollte bei seiner Gründung 1870 nach Vorstellungen ihres Führers Ludwig Windhorst eine allgemeinpolitische Partei sein, die ihre Anziehungskraft auf Christen beider Konfessionen ausübt.²⁷¹ Diese konfessionelle Abgrenzung kann als Folge des Kulturkampfes gesehen werden. Bismarck und die Liberalen befürchteten von der neuen Partei einen Einbruch in bisher konservativ und liberal orientierte protestantische Wählerschichten und brandmarkten sie als illegitimen Versuch einer aggressiven, kirchlich-religiösen Parteibildung auf politischer Ebene. Eine solche Partei schien ihren Gründern jedoch notwendig als Gegengewicht zur politischen Vormachtstellung des Liberalismus im neu gegründeten Deutschen Reich und dessen Ziel, der Trennung von Kirche und Staat. Schon in der Gründungsphase hatte sich Ludwig Windhorst (*1812 †1891) intensiv um evangelische Abgeordnete bemüht. So postulierte man im August 1872 erstmals öffentlich die politische Zusammenarbeit beider Konfessionen. *„Wir müssen im Auge behalten, daß wir den Verein (Zentrum), sobald es geschehen kann, ausdehnen auf alle christlichen Bekenntnisse. Wir bilden nur die ersten Anfänge.“*²⁷²

Bereits bei der Gründung gelang es nicht, den evangelischen Flügel zu binden, was der Mainzer Bischof Ketteler bereits 1873 in seiner Schrift *„Die Katholiken im Deutschen Reich“* unterstrich: *„Ich hoffe, daß ein solches katholisches Programm das Programm aller gläubigen Christen und aller rechtlich denkenden Menschen in Deutschland werden kann. Ich könnte es des-*

²⁶⁹ Vgl. Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, 5. Aufl., Bonn 1996, S. 260 (Künftig zitiert: Görtemaker: Deutschland 19. Jh., a. a. O., S.).

²⁷⁰ Vgl. Barzel, Rainer: Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947, S. 150ff (Künftig zitiert: Barzel: Geistige Grundlagen, a. a. O., S.).

²⁷¹ Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1971, S. 83 (Künftig zitiert: Grebing: Parteiengeschichte, a. a. O., S.).

²⁷² Rede Ludwig Windhorsts auf der 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Münster 1885, zitiert nach: Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, in: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte (Bd.12), Düsseldorf 1988, S. 31f (Künftig zitiert: Heitzer: CDU britische Zone, a. a. O., S.).

halb ‚ein Programm für die rechtlich und christlich denkenden Männer in Deutschland‘ nennen. Wenn ich mich zunächst an die Katholiken wende, so geschieht es hauptsächlich aus dem Grunde, weil Mißverständnisse zwischen den Katholiken und den bekennnistreuen Protestanten augenblicklich noch viel zu groß sind, um an eine politische Vereinigung zu denken. Vielleicht wird die gemeinschaftliche Not dieses Resultat herbeiführen.“²⁷³

Bischof Ketteler sollte mit seiner Vermutung Recht behalten. Doch bis zu Gründung einer überkonfessionellen Partei sollte es noch ein langer Weg werden. Obwohl ihm der katholische Charakter viel stärker von außen aufgezwungen worden war, als er von innen gewollt war, blieb das Zentrum unter den Bedingungen des Kulturkampfes der unbeirrte Verfechter der politischen Anschauung kirchentreuer Katholiken. Die „Turm-Mentalität“, d. h. die Abgrenzung des Zentrums gegenüber den anderen Parteien, hatte ihre Legitimation unter anderem dadurch erhalten, dass die übrigen Parteien des Kaiserreiches, mit Ausnahme der Christlich-Sozialen Partei Adolf Stoeckers, gemäß den Anschauungen der in Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik fest verankerten weltanschaulichen Säkularisierung ein Christentum mit sozialen und politischen Konsequenzen ablehnten. Diese Parteien wollten die kirchlichen Lehren rein spirituell und „autoritätsfrei“ vertreten wissen. August Reichensprenger (*1808 †1895) hatte in Voraussicht dieser Entwicklung bereits 1858 das Wort „katholisch“ aus den Statuten der preußischen Zentrumsfraktion streichen wollen.²⁷⁴ Der gesamte Fundus der erprobten christlichen Zivilisation schien ihm durch die Herausforderungen des materialistischen Denkens so sehr gefährdet zu sein, dass Verteidiger aller Konfessionen sich bereit finden sollten, dafür zu kämpfen. Seine Prognose war zutreffend, doch zu diesem Zeitpunkt verfrüht, wie noch einige andere Vordenker merken sollten.²⁷⁵ Auch wenn Julius Bachem am 1. März

²⁷³ Schrift des Mainzer Bischofs Kettler zitiert nach: Kohl, Helmut: CDU-Porträt einer Volkspartei, Bonn 1981, S. 6.

²⁷⁴ Vgl. Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsfraktion, Bd. 2, Köln 1927, S. 152-157, 189f.

²⁷⁵ Vgl. Becker, Winfried: Historische Voraussetzungen und Gründung, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entste-

1906 in seinem Aufsatz in den Historisch-politischen Blättern gefordert hatte: „Wir müssen aus dem Turm heraus!“²⁷⁶ und damit einen heftigen Streit um den Zentrumscharakter auslöste, gelang es bis 1918 nicht, die Interessensgegensätze im Zentrum auszugleichen. Immer wieder gab es zielstrebige Versuche, die konfessionelle Enge des Zentrums zu überwinden, die beispielsweise von Persönlichkeiten des Volksvereins für das katholische Deutschland, wie Heinrich Brauns (*1868 †1939), oder Vertretern der christlichen Gewerkschaften, wie Adam Stegerwald (*1874 †1945)²⁷⁷ und Heinrich Brüning (*1885 †1970), betrieben wurden. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg forderte Heinrich Brauns eine parteipolitische Neuorientierung. Sein Vorstoß, in der Tradition Julius Bachems und mit der Unterstützung Adam Stegerwalds eine neue interkonfessionelle, demokratische und soziale Partei der Mitte ins Leben zu rufen, scheiterte nicht nur am Widerstand im eigenen Lager, sondern auch am Desinteresse der evangelisch-politischen Kreise. Daneben war der politische Druck dieser Zeit, zwischen dem Sturz der Monarchie im November 1918 und den Wahlen zur ersten Nationalversammlung, zu groß und die Theoretiker wurden von den Praktikern überrollt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die in langer Tradition vertiefte Auffassung, dass der öffentlich gelebte Katholizismus und die Bindung an die Zentrumspartei zusammengehörten, alle vorhandenen Spannungen bis zur Gründung der Republik, wenn auch unvollkommen, zu überdecken vermocht. Langfristig sollte sich jedoch immer häufiger die wesentliche Frage stellen, ob eine Partei, deren einziges Bindeglied der Appell an die Religiosität ist, dem sich immer weiter ausdehnenden Pluralismus der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen noch gerecht werden kann.²⁷⁸ In der neu gegründeten Republik wurden der Kirche weitgehende Freiheiten eingeräumt und die Mitarbeit der Katholiken im Staat wurde sicherge-

hung und Repräsentanten, München/ Wien, 1982, S. 7-33, hier: S. 13f. (Künftig zitiert: Becker: Historische Voraussetzungen, a. a. O., S.).

²⁷⁶ Historisch-politische Blätter, Nr. 137/1 (1906), S. 376-386.

²⁷⁷ Vgl. hierzu: Schorr, Helmut J: Adam Stegerwald. Skizze eines mutigen Lebens, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1963, S. 363-382. (Künftig zitiert: Demokraten der ersten Stunde, a. a. O., S.).

²⁷⁸ Vgl. Grebing: Parteiengeschichte, a. a. O., S. 94.

stellt, sodass für eine katholische Partei keine Existenznotwendigkeit mehr gegeben war.²⁷⁹ Deshalb wurde im Zentrum immer stärker über die Umwandlung zu einer christlichen Partei nachgedacht. Man nahm mehr Evangelische auf und änderte den für diese Gruppe allzu sehr mit Hypotheken belasteten Namen „Zentrum“ in „Christliche Volkspartei“ um. Dennoch war das parteipolitische Gesamtbild 1919 durch Stagnation gekennzeichnet. Das Drängen der Wähler nach Neuem wurde durch einzelne Umbenennungen und Gruppierungen nicht befriedigt. Das so entstandene Vakuum förderte den neuen Aufstieg extremer Parteien auf der Linken wie auf der Rechten.

In diesem Umfeld gewannen die christlichen Gewerkschaften unter der Führung von Adam Stegerwald, dem das Bild Deutschlands nach 1919 missfiel, einen erheblichen Einfluss.²⁸⁰ Mit Leuten wie Heinrich Brüning, Referent im Wohlfahrtsministerium und späterer Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes,²⁸¹ an seiner Seite, plante er einen parteipolitischen Neuanfang.²⁸² Auftakt der Veränderungen sollte eine Kundgebung in einem Saalbau im Industrieviertel in Essen werden. Stegerwald hielt dort im Rahmen des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften am 21. November 1920 eine zweistündige Rede, in der er zum einen Kritik am bestehenden Parteiwesen übte und zum anderen versuchte, den „alten“ Parteistrategen eine neue Bewegung nahe zu bringen, indem er forderte: *„[...] wir dürfen nicht bei einer theoretischen Betonung des Christentums stehen bleiben [...]. Was wir wollen ist die Zusammenfassung der vaterländischen, christlichen, volkstümlich und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten, besonders auch aus den intellektuellen [...]. Diese Volkspartei muß stark und positiv genug sein, um die Dinge bergauf zu treiben, und sozial und volks-*

²⁷⁹ Vgl. Grebing: ebenda, S. 101.

²⁸⁰ Vgl. Schwering, Leo: Vorgeschichte und Entstehung der CDU, 2. neu bearb. und er. Aufl., Köln 1952, S. 7 (Künftig zitiert: Schwering: Vorgeschichte und Entstehung, a. a. O., S.).

²⁸¹ Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 2000, S. 204ff (Künftig zitiert: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, a. a. O., S.).

²⁸² Vgl. hierzu: Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.

*tümlisch genug, um Eroberungen bei den breiten Massen machen zu können. Ich will also keine neue Klassenpartei [...]."*²⁸³

Obwohl Stegerwald mit diesen Ideen alle Parteien traf und die künftige CDU am meisten berührte – nicht zu Unrecht wird er heute als ihr „frühster Trommler“²⁸⁴ bezeichnet –, stieß er auf Ablehnung. Er scheiterte, da seine Ideen zur Schaffung einer antisozialistischen, einer geradezu betont bürgerlichen Sammelpartei aufgrund der Tiefe der konfessionellen Gräben missverstanden wurden. Bei der Wahl zum Preußischen Landtag 1921 hatten die wenigsten Parteien programmatische Erklärungen vorliegen.²⁸⁵ Das Zentrum fand nicht den Weg aus dem Turm und die andere Partei, der Stegerwald den Weg gewiesen hatte, wurde nicht Wirklichkeit. Obwohl man 1922 mit der Werbung evangelischer Kandidaten einen Anlauf in Richtung überkonfessionelle Volkspartei der Mitte unternahm, für den sich unter anderem auch Konrad Adenauer (*1876 †1967) auf dem Katholikentag des gleichen Jahres aussprach,²⁸⁶ war auf der Seite des Protestantismus der Wille zur Einigung gering. Die große Mehrheit der Protestanten war deutsch-national eingestellt und von einem großen Misstrauen gegenüber Rom geprägt.²⁸⁷ Noch 1924 gehörten circa die Hälfte²⁸⁸ der Zentrumswählerschaft dem katholischen Teil der Gesamtbevölkerung an. Ein letztes Mal vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten flammte der Gedanke während der Kabinettsbildung Brüning's wieder auf, jedoch auch diesmal ohne nachhaltigen Erfolg. Das deutsche Parteienwesen steuerte bereits seiner Auflösung entgegen. Die früheren Zentrumspolitiker sahen nicht, dass die Alternative zur Weimarer Republik, die sich ihnen jetzt stellte, eine totalitäre

²⁸³ Rede Stegerwald zitiert nach: Gurland, Arkadij/ Lang, Rudolph: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt a. M. 1980, a. a. O., S. 20 (Künftig zitiert: Gurland/Lang: CDU/CSU, a. a. O., S.).

²⁸⁴ Vgl. Schwering: Vorgeschichte und Entstehung, a. a. O., S. 8.

²⁸⁵ Eine der wenigen Ausnahmen bildete das Görlitzer Programm der SPD von 1921. Das Programm des Zentrums befand sich „in Arbeit“ und die meisten anderen konnten nur Grundsätze vorweisen.

²⁸⁶ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1985, S. 20 (Künftig zitiert: KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S.).

²⁸⁷ Vgl. KAS: Demokraten der ersten Stunde, a. a. O., S. 370.

²⁸⁸ Vgl. Falter, H. Jürgen: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Bracher/ Funke/ Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, 3. Aufl., Bonn 1998, S.484-505, hier S. 492.

Staatsordnung war, die die Rechte der Kirche aufheben und ihre Gläubigen hindern würde, ihren religiösen Pflichten nachzukommen und im Sinne des katholischen Glaubens politische Aktivität zu entfalten. Diese Fehleinschätzung des totalitären Wesens ist erstaunlich, da Hitler niemanden über seine Absichten im Unklaren ließ, wenn er beispielsweise im November 1932 auf einer Wahlversammlung verkündete: *„Wenn wir einmal die Macht bekommen, so werden wir sie, so wahr mir Gott helfe, behalten; wegnehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr.“*²⁸⁹

Zur gleichen Zeit ließ ein Parteigenosse Hitlers verlauten, dass dann auch *„diese Saugesellschaft von Zentrum an den Ast käme, wo die Krähen sie fressen mögen.“*²⁹⁰

Dennoch glaubten zahlreiche Mitglieder des Zentrums zu Beginn des Nationalsozialismus, dass es sich dabei um eine vorübergehende Erscheinung handele, mit der man zu einer Verständigung kommen sollte;²⁹¹ das zeigte beispielsweise die Aussage von Eugen Bolz, der später als Widerstandskämpfer sein Leben lassen sollte, auf der Zentrumsversammlung im Oktober 1932: *„Man ist einmal gezwungen gewesen, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, als es keinen anderen Ausweg gab, so muß man auch Verständnis dafür haben, daß wir aufgrund der politischen Lage im Interesse des Volkes mit den Nationalsozialisten verhandeln, trotz aller Gegensätze, die uns trennen.“*²⁹²

Maßgebend für diese Position wird auch die Haltung des Vatikans gewesen sein, der *„[...] befangen in der Abwehr von Sozialismus und Kommunismus, kurz nach der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 offensichtlich noch eine Zusammenarbeit mit der neuen Regierung wünschte und durch die Fuldaer Bischofskonferenz im März und Juni des Jahres 1933 die Loyalität ge-*

²⁸⁹ Zitiert nach Grebing: Parteiengeschichte, a. a. O., S. 109.

²⁹⁰ Ebenda, S. 109.

²⁹¹ Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1979, S. 424 (Künftig zitiert: Braun: Von Weimar zu Hitler, a. a. O., S.).

²⁹² Braun: Ebenda, a. a. O., S. 110.

genüber dem neuen Regime zum Ausdruck brachte."²⁹³ Nach diesen und anderen Verlautbarungen des katholischen Klerus dachte kaum jemand vonseiten des Zentrums oder der christlichen Gewerkschaften daran, Hitler, „der rechtmäßigen, angeblich gottgegebenen Autorität“, dem „Retter vor dem drohenden Bolschewismus und dem befürchteten terroristischen Treiben der braunen Revolutionsarmee“ noch irgendwelche Schwierigkeiten zu machen.²⁹⁴ Hinzu kam, dass man in weiten Kreisen der Bevölkerung Anfang 1933 die weitere Entwicklung noch nicht überschauen konnte und dass bei vielen Vertretern demokratischer Parteien die Stimmung verbreitet war, radikaler Widerstand sei unmöglich und die nationalsozialistische Flut müsse erst einmal alles überschwemmen, ehe eine Wendung möglich sei. Weit verbreitet war auch die Auffassung, dass Hitler und seine Partei erst einmal zeigen sollten, was sie können oder nicht können, und dass erst danach ein Umschlag möglich sei.²⁹⁵ Das dargestellte Verhalten spiegelt auch die Aachener Situation während dieser Zeit wider. Während der Weimarer Republik war die gesamte Aachener Region eine Hochburg für die von lokalen Honorarionsschichten geführte Zentrumspartei und die christlich orientierten Arbeitnehmervertretungen. Wie anderswo im Deutschen Reich wurde auch in Aachen die von den Nationalsozialisten ausgehende Gefahr verkannt, wie aus den Aussagen des parteipolitisch tätigen Gewerkschaftsangestellten und späteren Mitbegründers der CDU Johannes Ernst (*1888) hervorgeht: „Die unverhältnismäßig starke Beschwörung der Gefahr von Links trug ungewollt dazu bei, die vom Nationalsozialismus ausgehende Bedrohung zu bagatellisieren.“²⁹⁶

Der 30. Januar 1933 verlief in Aachen und Umgebung unspektakulär, sodass den Menschen die Tragweite der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erst allmählich ins Bewusstsein kam. Aber auch nachdem dies geschehen war, verhielten sich die Parteien

²⁹³ Vgl. Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960/ Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933, Hochland 1961.

²⁹⁴ Grebing: Parteiengeschichte, a. a. O., S. 111.

²⁹⁵ Vgl. Alemann: Parteiensystem der BRD, a. a. O., S. 38.

²⁹⁶ Zitiert nach: Jaud: Landkreis Aachen im NS, a. a. O., S. 191.

im Allgemeinen und das Zentrum im Besonderen wenig offensiv. Beispielsweise wurden zu Wahlkampfveranstaltungen fast ausschließlich dem Zentrum nahe stehende Wähler eingeladen, so dass sie eher einer Mitgliederversammlung glichen als einer Wahlkampfveranstaltung gegen die NSDAP.²⁹⁷ Als Hitler mit dem Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 die Vollmacht zur diktatorischen Herrschaft und zur Zerschlagung aller übrigen Parteien, Verbände und Vereine durch den gewählten Reichstag überantwortet wurde, war den Vertretern der Parteien nicht klar gewesen, dass sie ihr eigenes Todesurteil unterzeichnet hatten. Nach internen Diskussionen, unter anderem um die Position von Helene Weber, die noch aufzuzeigen sein wird, stimmten sowohl das Zentrum als auch alle anderen Parteien, mit Ausnahme der Abgeordneten von SPD und KPD,²⁹⁸ dem Gesetz zu, in der verzeifelten Hoffnung, „Schlimmeres zu verhüten“. Stegerwald, dessen Position nicht immer standhaft bleiben sollte,²⁹⁹ und andere Personen, im Großen wie im Kleinen, sprachen sich immer wieder gegen die Regierungsverantwortung der Nationalsozialisten aus und standen trotz ihres öffentlichen Rückzugs ins Privatleben auf der Liste derjenigen, die es zu beseitigen galt. Schließlich erklärte die Reichsleitung des Zentrums als letzte Partei am 5. Juli 1933 ihre Auflösung. Kennzeichnend für diese Zeit ist die folgende Auffassung eines Zeitzeugen: „[...] die können auch nur mit Wasser kochen und das wird schon wieder werden. [...] so dachte man im Zentrum, aber nicht nur im Zentrum, sondern auch die anderen Parteien weit über das Zentrum hinaus. Das wurde also als Schicksalschlag hingenommen, der aber nicht endgültig wäre.“³⁰⁰

Knirschend beugte man sich dem Tyrannen und hoffte auf den Tag der Vergeltung. Die Männer und Frauen des ehemaligen Zentrums

²⁹⁷ Vgl. Jaud: Landkreis Aachen im NS, a. a. O., S. 275.

²⁹⁸ Vgl. Morsey, Rudolf: Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933, Göttingen 1963, S. 55ff. (Künftig zitiert: Morsey: Ermächtigungsgesetz, a. a. O., S.).

²⁹⁹ Vgl. Foster, Bernhard: Adam Stegerwald (*1874 †1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Sankt Augustin 2003, S.593ff. (Künftig zitiert: Foster: Adam Stegerwald, a. a. O., S.).

³⁰⁰ Stützle, Peter: Auf den Spuren der CDU. Parteiengeschichte aus der Sicht von Zeitzeugen, München 1995, S. 17.

hielten im Deutschen Reich, und so auch in Aachen, während der ganzen Zeit die Fühlung untereinander in unterschiedlichster Weise aufrecht. Trotz aller Umstände war das Gefühl vorhanden, dass dies nicht das Ende sein könne, und „das Vertrauen, auf den Karfreitag müßte ein Ostern kommen, lichtete immer wieder die Stimmung.“³⁰¹

Je länger die nationalsozialistische Diktatur dauerte und je größer die Schwierigkeiten wurden, desto stärker wurden seine Gegner zusammengeschmiedet. Man mied natürlich den schriftlichen Verkehr und steigerte umso mehr den persönlichen Zusammenhalt in den unterschiedlichsten Formen.³⁰² Dies hatte zur Folge, dass sich - wie es Bischof Ketteler bereits 1873 prophezeit hatte - während dieser Zeit die beiden Konfessionen näher kamen, was sich repräsentativ im Widerstand der beiden Kirchen durch den katholischen Bischof Graf Galen und den evangelischen Pfarrer Niemöller zeigte.³⁰³ Im Bewusstsein, dass nun endlich die Zeit für eine andere Richtung, den Weg der Interkonfessionellen, gekommen sei und damit eine neue Stunde für das politische Leben geschlagen hatte, schrieb Stegerwald im August 1945 zu Recht, dass eine Partei gegründet werden müsse, die zwischen Stadt und Land eine Brücke schlage, auf einer christlich, ethisch, kulturellen Grundlage, als eine Staatspartei großen Stils, deren Mitglieder vor allem aus Kreisen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen kommen sollten. Konfessionelle Parteien dürfte es in Zukunft nicht mehr geben.³⁰⁴

Nach der Katastrophe standen die Erben der Zentrumstradition nun wieder vor der Frage nach der Alternative. Diesmal war man sich jedoch bewusst, dass die Antwort anders ausfallen musste, als 17 Jahre zuvor. Die Überlebenden der Katakomben des Dritten Reiches wollten sich in der Mehrheit nicht mehr im Sinne

³⁰¹ Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 2.

³⁰² Schwering: ebenda, S. 11.

³⁰³ Vgl. Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, in: Wilhelm Mommsen (Hrsg.): Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2, München/ Wien 1973, S. 239 (Künftig zitiert: Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien, a. a. O., S.).

³⁰⁴ Vgl. KAS: Demokraten der ersten Stunde, a. a. O., S. 377.

des „Turmes“ entscheiden und wandten sich der Brüning-
Stegerwaldschen Idee des Jahres 1920 zu,³⁰⁵ also dem Abschied
vom Zentrum. Man hatte erkannt, dass „[...] sich das 20. Jh.
nicht um Streitfragen zwischen Katholizismus und Protestantis-
mus [...], sondern in der Hauptsache um die soziologische Um-
und Neugestaltung Deutschlands und der Welt [dreht].“³⁰⁶

Obwohl die CDU durch ihre Gründung mit dem (wenn auch nicht
vorbehaltslosen) Segen der katholischen Kirche, die sich immer
wieder reserviert verhielt, weil sie glaubte, einen Teil der
traditionellen katholischen Forderungen zu verlieren,³⁰⁷ das
alte Zentrum gespalten hatte, so konnte sie dennoch nicht des-
sen Neugründung im Oktober 1945 in Soest³⁰⁸ verhindern.³⁰⁹ Dies
hatte aus Sicht der Zentrumsanhänger vor allem zwei Gründe:
Einmal gelte es, die Tradition des alten Zentrums fortzusetzen
und ihm wieder die Möglichkeit zu geben, als aktive Partei die
Interessen der katholischen Bevölkerung zu vertreten. Zum an-
deren sei auf die protestantischen Gruppen innerhalb der CDU
kein Verlass, da sie aus den ehemaligen großen Rechtsparteien
hervorgegangen seien³¹⁰ und sich sowohl als arbeiterfeindlich
als auch als demokratisch unzuverlässig erwiesen hätten. Der
Gründungsausschuss der Zentrumspartei setzte sich aus alten
Parteimitgliedern, allesamt Katholiken, zusammen, und zur füh-
renden Persönlichkeit wurde wieder der einstige Generalsekre-
tär Wilhelm Hamacher. Dieser lehnte es unter anderem auch ab,
der neuen Partei einen anderen Namen als den des Zentrums zu
geben, da er dies als Feigheit und Verrat ansehe und er ver-
kündete, dass er, wenn der Name Zentrum nicht beibehalten wür-

³⁰⁵ „What we needed is a union of the constructive forces in both the Catholic and Protestant camps [...] a strong Christian-national people's party, which the Protestants cannot create by themselves because they lack necessary unity [...] and the Catholics also are too weak to organise themselves.“
Zitiert nach: Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945-1976, London 1977, S. 26 (Künftig zitiert: Pridham: Christian Democracy, a. a. O., S.).

³⁰⁶ Stegerwald zitiert nach: KAS: Demokraten der ersten Stunde, a. a. O., S. 373.

³⁰⁷ Vgl. Birke, Adolf: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1994, S. 106 (Künftig zitiert: Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S.).

³⁰⁸ Vgl. AN vom 22.10.1945, 1. Jg., Nr. 55, S. 2

³⁰⁹ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 184.

³¹⁰ Vgl. Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien, a. a. O., S. 244.

de, nicht mehr am politischen Leben mitwirken könne.³¹¹ Die programmatischen Forderungen unterschieden sich kaum von denen der Christlichen Demokraten. Man wollte keineswegs nur eine „katholische Partei“ sein,³¹² die die gemeinsame Politik der christlichen Bekenntnisse ablehnt, sondern man beargwöhnte die demokratische Zuverlässigkeit der früher deutschnationalen Protestanten. Dies handelte dem neu entstandenen Zentrum neben den Vorwürfen der Schaukelpolitik bis 1933 und der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz sowie dem Versagen bei der nationalsozialistischen Revolution immer wieder Kritik vonseiten der CDU ein, die der Meinung war, *„[...] daß die Partei eine unnötige Splitterpartei sei und selbstsüchtigen Interessen diene, da in Wahrheit kein Unterschied zur CDU da sei.“*³¹³

In einer offiziellen Presseerklärung der Landespartei bedauerte die CDU diese Neugründung, welche sie als verwirrungstiftend ansah und der sie die Zersplitterung der Politik vorwarf.³¹⁴ Stegerwald erlebte diese Neuorientierung selbst und konnte sie vor allem in Süddeutschland fördern.³¹⁵ Die scharfe Kritik an der CDU kann wie folgt zusammengefasst werden: *„Das Zentrum sieht in der CDU den rechten Flügel der alten Zentrumspartei unter der Führung hinzukommender liberaler und konservativer Kräfte, die Leute, die dem Nationalsozialismus emporhalfen und denen es darum seine Reihe verwehrt. Ferner wirft es der CDU vor, durch alternative weltanschauliche Parolen das Volk in zwei feindliche Lager zu spalten und so der Vernichtung des Abendlandes Vorschub zu leisten [...].“*³¹⁶

Dennoch sollte es in den folgenden Jahren, gefördert durch katholische Kreise, immer wieder zu einer Annäherung des Zentrums an die CDU kommen, was jedoch erfolglos blieb. Die klei-

³¹¹ Vgl. Hofmann, Josef: *Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916-1947*, eingel. und bearb. Rudolf Morsey, Mainz 1977, S. 147 (Künftig zitiert: Hofmann: *Erinnerungen*, a. a. O., S.).

³¹² Vgl. Buchheim, Karl: *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1969, S. 437. (Künftig zitiert: *Geschichte christliche Parteien*, a. a. O., S.).

³¹³ Barzel: *Geistige Grundlagen*, a. a. O., S. 161.

³¹⁴ Zitiert nach: AN vom 22.10.1945, 1. Jg., Nr. 55.

³¹⁵ Ebenda, S. 438f.

³¹⁶ Barzel: *Geistige Grundlagen*, a. a. O., S. 166.

ne, betont katholisch-föderalistisch und sozialpolitisch mit starker Linksneigung orientierte Partei konnte sich nur bis 1953 politisch behaupten.

In Aachen war die Situation ähnlich; die meisten Zentrumspolitiker waren auch hier nach dem Krieg der Ansicht: *„Wir haben nur eine Chance, wenn wir die Mitgliedschaft auf den evangelischen Bevölkerungsteil ausdehnen“*, wie der Sohn eines früheren Zentrumsführers und späteren Mitbegründers der CDU zu bestätigen weiß.³¹⁷ Auch hier hielten nicht alle CDU-Gründungspolitiker die Aufgabe einer Neugründung des Zentrums für richtig und wollten aus diesem Grund eine Wiederkehr, die vom damaligen Leiter des Stadtarchivs Dr. Schiffers initiiert wurde. Die Argumentation dieses kleinen Kreises fasst Dr. Maas wie folgt zusammen: *„Es gibt für Wähler, die eine christliche Partei wählen würden, immer die CDU; wer aber mit denen nicht einverstanden ist, aber trotzdem eine christliche Partei wählen möchte, der sollte eine Alternative haben, das alte Zentrum.“*³¹⁸

Doch auch in Aachen, wie auf der ganzen linken Rheinseite, mussten die Wiederbegründer des Zentrums feststellen, dass sich die meisten ehemaligen Funktionäre mit ihren evangelischen Mitbürgern zu einer christlichen Partei zusammenschlossen hatten.³¹⁹ Über diese Tatsache, nämlich dass die entscheidenden Leute, die vorher in Aachen zum Zentrum hin orientiert waren, nun in der CDU waren, gab es wenige Auseinandersetzungen³²⁰ mit dem parteipolitischen Konkurrenten, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„Der Versuch, von Westfalen her das Zentrum wieder auf die Beine zu stellen, ist schnell wieder beerdigt worden, weil damals sowohl Hofmann wie Maas den an der Zentrumspartei Interessierten klargemacht haben, daß es*

³¹⁷ Vgl. Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

³¹⁸ Ebenda.

³¹⁹ Vgl. Kaff, Brigitte: Eine Volkspartei entsteht - Zirkel und Zentren der Unionsgründung, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien, 1982, S. 70-101., hier: S. 81 (Kaff: Entstehung Volkspartei, a. a. O., S.).

³²⁰ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

völliger Irrsinn wäre, wenn zwei Parteien in die gleiche Richtung gehen.“³²¹

Dennoch war auch den Gründern bewusst, dass eine Neuauflage des alten Zentrums für die gerade entstandene Aachener CDU Konsequenzen haben würde. Dr. Albert Maas, einer der Hauptinitiatoren der Aachener CDU-Gründung, hatte mit Recht vorausgesagt, dass es zu einer Aufspaltung der christlichen Wählerschaft kommen würde und dadurch die CDU in Aachen die Mehrheit einbüßen würde, wie die späteren Wahlergebnisse belegen. Dennoch kam auch die Aachener Zentrumspartei bis zu ihrer Auflösung in den 50er Jahren nie aus der Außenseiterrolle heraus.

2.7.2 Die Christlich-Demokratische Union (CDU)

Hier stellt sich die Frage, ob eine solche Situation wie die Herrschaft der Nationalsozialisten gegeben sein musste, damit sich die Menschen wieder auf die grundlegenden Werte besannen, die Angebote zur interkonfessionellen Zusammenarbeit aus christlicher Verantwortung angenommen werden konnten und die bis dahin missachtete Orientierung unverhofft Anklang fand?

Diese Frage ist schwer zu klären, aber man kann eindeutig festhalten, dass die Geschehnisse der nationalsozialistischen Zeit und des Zweiten Weltkriegs ein Zusammengehen aller christlichen Konfessionen herausgefordert haben.³²² Zudem ließ die - zwischenzeitlich durch den Zuzug von Bombengeschädigten und Ostflüchtlingen - veränderte Bevölkerungsstruktur, d. h. die konfessionelle Durchmischung, eine konfessionell gebundene Parteiarbeit nicht mehr zeitgemäß erscheinen. Ohne die Notwendigkeit einer Zentrumspartei in der Bismarckzeit und während der Weimarer Republik infrage zu stellen, waren sich die Gründerinnen und Gründer der ersten Stunde darin einig, dass man konfessionelle, gesellschaftliche und landsmannschaftliche Scheidelinien überwinden und zu einer „umfassenden politischen

³²¹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

³²² Vgl. hierzu: Schmidt, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Berlin 1987.

Tatengemeinschaft" finden musste.³²³ Karl Arnold, der erste Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, skizzierte das Selbstverständnis der Gründerjahre wie folgt: „Eine neue Zeit verlangt neue Antworten. Die Christlich-Demokratische Union ist eine Antwort auf diese neue Zeit.“³²⁴

Die Überlebenden des aktiven und passiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus wollten die Gründung einer Partei, in der Bürger, Bauern und Arbeiter ihre Identität finden konnten und die auf dem Christentum basierte, da dieses den Menschen in der schwersten Katastrophe Halt und Hoffnung gewesen war.³²⁵ Der anfängliche Gedanke war, das Wiedererstehen von Zentrum und Sozialdemokratie nebeneinander zu verhindern und eine Partei zu gründen, die die deutsche Bevölkerung vor den Verlockungen des Kommunismus immunisieren sollte. Das Zentrum hatte, wie gezeigt, durch seine innerparteilichen Konflikte und Spannungen während der Weimarer Zeit sowie durch die kampflose Selbstaflösung 1933 stark an Ansehen eingebüßt. Vor dem Hintergrund der mehrmaligen gescheiterten Versuche, sich aus dem „katholischen Turm“ zu befreien,³²⁶ stand man nun vor der Alternative, entweder eine Wiederbelebung des Zentrums anzustreben oder endlich die Neugründung einer interkonfessionellen Sammelpartei zu wagen. In Bezug auf eine Wiederbelebung des Zentrums war ungewiss, ob sich die Partei in ihrer alten Geschlossenheit und ohne Spaltungstendenzen überhaupt wiederherstellen ließe. Wenn es jedoch zu einer Wiederbelebung käme, war man sich einig, dass die Überlebensfähigkeit einer solchen Partei ohne die alte Scharnierfunktion der Mitte völlig im Dunkeln liege und sich der Einfluss der Partei in Grenzen halten würde. Die meisten ehemaligen Parteifunktionäre hatten das Zentrum weitgehend abgeschrieben und wandten sich nach der Neugründung einer interkonfessionellen Sammelpartei zu. Hierbei war es wichtig, auch den anderen Flügel, die Protestanten, für

³²³ Eugen Gerstenmaier zitiert nach: KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 19.

³²⁴ Vgl. CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 9ff.

³²⁵ Vgl. David P. Conradt: The German polity, 1. Germany - Politics and government - 1990, 7. ed., o. O., 2001.

³²⁶ Vgl. Klönne, Arno: Als die Union noch jung war. Ein Rückblick auf die Gründerjahre der CDU, in: Sozialismus, 15, 1989, S. 20-23, hier: S. 20.

die Partei zu gewinnen. Die protestantische Geistlichkeit war bis 1933 eher bürgerlich-national-konservativ gesinnt gewesen und hatte überdies die Erfahrung der Splitterparteien während der Weimarer Republik verabscheut.

Letztendlich entstand die CDU nicht in einem zentralen Gründungsakt; es gab keine historische Initialzündung, sondern viele spontane Initiativen, denn *„Die Idee der Union lag in der Luft“*.³²⁷ Zwei der wichtigsten Gründungsorte, die der Aachener Gründung vorausgingen, waren Parteientstehungen in Berlin und Köln, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

2.7.2.1 Berlin

*„[...] die Konstituierung der CDU hat in den Gefängnissen von Tegel begonnen.“*³²⁸ Mit diesem Ausspruch unterstrich Eugen Gerstenmaier, ein Mitglied der Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises und späteres Vorstandsmitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, später den mythenumwobenen Anfang der Partei.

Die erste politisch aktive Gruppe war die spätere Berliner CDU, der es vor allem darum ging, eine große Sammlungsbewegung aufzurufen, die auf einer stärkeren gemeinsamen christlichen Basis, als es in den 20er Jahren der Fall gewesen war, rechts von der SPD aufgebaut werden sollte. Man hatte aus der Weimarer Republik die Lehre gezogen, dass die nichtsozialistischen Kräfte nur geeint etwas gegen die Macht von SPD und KPD ausrichten konnten,³²⁹ und rief aus diesem Grund zur Sammlung auf.

³²⁷ Jakob Kaiser auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 15. März 1947, zitiert nach: Kleimann, Hans-Otto (Hrsg.): Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993, S. 15 (Künftig zitiert: Kleimann: CDU Geschichte, a. a. O., S.)./ Aretz, Jürgen: Die Gründung der CDU, in: Die politische Meinung. Monatsschrift zu Fragen der Zeit, 40, 1955, S. 6-11, hier: S. 8f.

³²⁸ Eugen Gerstenmaier bezieht sich hier wahrscheinlich auf seine Freunde aus dem Kreisauer Kreis; vgl. Moltke, Freya von: Die letzten Briefe von Helmuth Graf von Moltke, 3. erw. Aufl. Zürich 1971.

³²⁹ Vgl. Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 170f./ Wieck, Hans-Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 82f (Künftig zitiert: Wieck: CDU/Zentrum 1945, a. a. O., S.).

Im Gründungsaufwurf der Berliner CDU heißt es: „*Deutsches Volk. In der schwersten Katastrophe, die je über ein Land gekommen ist, ruft die Christlich-Demokratische Partei Deutschlands aus heißer Liebe zu seinem Volk die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat.*“³³⁰

Dieser Gründungsaufwurf wurde am 26. Juni 1945, also knapp sechs Wochen nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, in Berlin unterzeichnet.³³¹ Von den 31 Männern und vier Frauen, die größtenteils aus dem Widerstand und hier vor allem aus dem Kreisauer Kreis und aus den christlichen Gewerkschaften stammten, sind 14 ehemalige Zentrumsmitglieder, sechs waren vormals DDP-Anhänger, ein Mitglied ist der SPD zuzuordnen und zehn lassen sich dem konservativ-evangelischen Lager zurechnen. Landsmannschaftlich fanden sich im Berliner Gründerkreis fast alle deutschen Regionen vertreten. Somit drückt sich Berlins Hauptstadtfunction auch im Spektrum des Gründerkreises aus, der in der Folgezeit versuchte, eine einheitliche Partei für ein einheitliches Deutschland mit Sitz in der Reichshauptstadt Berlin zu organisieren. Genau wie in den westlichen Besatzungszonen, fand auch der Berliner Gründungsaufwurf in der sowjetischen Zone ein lebhaftes Echo.³³² Diese Vorreiterfunction, die man für Berlin und seine Partei vorsah, kam auch in der Namensgebung Christlich-Demokratische Union Deutschlands zum Ausdruck, auf die noch einzugehen sein wird. Die führenden Köpfe der Berliner CDU betonen immer wieder die

³³⁰ ACDP VII-011-2376.

³³¹ Folgende Personen waren dem Berliner Gründerkreis zuzuordnen: von Heinrich F. Albert, Hans von Armin, Eduard Bernoth, Theodor Bohner, Emilia Dovifat, Margarete Ehlert, Josef Ersing, Johann Eudenbach, Ferdinand Friedensburg, Willy Fuchs, Otto-Heinrich von der Gablentz, Wilhelm Happ, Peter Hensen, Arthur Herzog, Ernst Hülse, Paulus van Husen, Jakob Kaiser, Heinrich Krone, Ernst Lemmer, Otto Lenz, Hans Lukaschek, Reinhard Moeller, Katharina Müller, Elfriede Nebgen, Otto Nuschke, Rudolf Pechel, Eberhard Plewe, Ferdinand Sauerbruch, Walter Schreiber, Martin Schwab, Hildegard Staehle, Theodor Steltzer, Heinrich Vockel und Graf Yorck von Wartenburg. Vgl. hierzu: Oberreuter, Heinrich/ Kranenpohl, Uwe/ Olzog, Günter/ Liese, Hans-J.: Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programm, Organisation, Personen, Finanzierung, 26. aktual. Aufl., München 2001, S. 81.

³³² Vgl. hierzu: Desczyk, Gerhard: Zur politischen Ausgangssituation und zu politischen Grundproblemen bei der Gründung der CDU, in: Weißel, Bernd: Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin 1968, S. 234-242, hier: S. 237.

Sonderrolle ihrer Gründungsmitglieder im Widerstand und ihre spezielle Beziehung zu Berlin als Hauptsitz der Partei; so auch Jakob Kaiser (*1888 †1961) in einer Ausgabe der Berliner Tageszeitung 1960: „[...] Ohne die Bedeutung des ersten Aufrufes zu einer zusammenfassenden Parteibildung - wie er schon 1920 durch Adam Stegerwald in Essen erging - abschwächen zu wollen, muß gesagt werden, daß Geburtsort und Geburtsstunde der CDU in den Widerstandskreisen zu sehen sind, deren Persönlichkeiten - aus allen Richtungen kommend - sich immer wieder in Berlin zu Beratungen zusammengefunden hatten.“³³³

Vier Wochen später, am 22. Juli 1945, fand im Theater am Schiffbauerdamm die Gründungskundgebung mit Wahlen statt.³³⁴ Später sollte sich jedoch herausstellen, dass die Berliner Bestrebungen der Vorreiterfunktion den Interessen der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüberstanden. Immer wieder gab es in der Folgezeit Auseinandersetzungen mit der sowjetischen Militäradministration, die zu einer personellen Umstrukturierung und politischen Richtungsänderung führten. Nachdem am 3. September 1945 in der SBZ unter dem Namen „Bodenreform“ eine Enteignung der Großgrundbesitzer und aller größeren Unternehmen und Vermögenswerte begonnen hatte, bezog die CDU, die in ihrem Programm das Privateigentum bejahte, gegen diese entschädigungslose Enteignung Stellung. Als Folge dieser Positionierung hatte die SMAD den Druck auf die CDU, die zusammen mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands und der SPD im „Block der antifaschistischen Parteien“ organisiert war, erhöht. Hatten anfangs die „bürgerlichen Parteien“ der Einbindung in den „Einheitsblock“ zugestimmt, so erwies sich dieser zunehmend als Fessel und als Instrument des Führungsanspruchs der SED. Aufgrund ihrer fortgesetzten „Unbotmäßigkeit“ erhielten Andreas Hermes, als erster Vorsitzender der CDU Berlin und der SBZ, sowie Walter Schreiber, Mitbegründer und zweiter Vorsitzender, von der SMAD den Befehl, am 19. Dezember aus der Parteiführung auszuscheiden. Als Nachfolger setzte die sowjetische Militär-

³³³ Jakob Kaiser zitiert nach: Berliner Tageszeitung, 26. Juni 1960.

³³⁴ Vgl. KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 21ff.

administration die dritten und vierten Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer ein, die beide aus der Gewerkschaftsbewegung kamen. In der Folgezeit kam es aus taktischen Gründen - man war auf die Zusammenarbeit mit der SMAD und der kommunistischen Partei angewiesen - zu einer stärkeren Betonung des sozialistischen Elements. Das kommende Zeitalter müsse im Zeichen einer „sozialistischen Ordnung“ stehen, so die einstimmige Meinung der Berliner Führung. Kaiser zeigte sich überzeugt von einer Möglichkeit der Synthese östlicher und westlicher Ideen als Kernpunkt seiner „Brückenthese“. Die neue „Christlich-Sozialistische Partei“ sollte zugleich neben der SPD und ihr gegenüber stehen.

2.7.2.2 Köln

Parallel zu den Ereignissen in Berlin suchte man auch in Westdeutschland, und hier vor allem im Rheinland, noch vor dem Einmarsch der Amerikaner im März 1945 eine interkonfessionelle Basis für eine Parteigründung zu finden. Ende März 1945 hatten sich Warsch und Dr. Leo Schwering, ehemalige Funktionäre des Kölner Zentrums, in einem Krankenhaus in Königswinter wieder getroffen und in vielen Gesprächen auf den Gedanken einer interkonfessionellen Partei geeinigt, weil man der Meinung war, dass allein eine solche Partei die Werbekraft nach links und rechts besitze und die Möglichkeit habe, das konservative Ideengut von reaktionären Belastungen zu befreien. Am 18. Mai gelang es ihnen, nach Köln zu kommen und ihre ehemaligen Kontakte, unter anderen zum ehemaligen Generalsekretär des Kölner Zentrums Peter Josef Scheven, zum Verleger Dr. Theodor Scharmitzel und zum Finanzverwalter Hans Schäfer, wieder aufleben zu lassen. In der Folgezeit liefen - zunächst noch ohne protestantische Vertreter, da es von dieser Seite immer wieder Vorbehalte gab, die später auch zu Schwierigkeiten führten - die Vorbereitungen für eine Parteineugründung an. Später kamen Protestanten wie Robert Pferdenges und Hermann Josef Abs hinzu. Am 18. Juni 1945 fand dann die Gründungsversammlung für eine „Christlich-Demokratische Partei“ im Kölner Kolpinghaus statt. Der geschäftsführende Vorsitz fiel Dr. Leo Schwering

zu. Das Bild einer Volkspartei wurde bei den Wahlen zum ersten Vorstand der CDP in Köln noch nicht erreicht. Im gesamten Vorstand besaßen die Katholiken im Verhältnis von drei zu eins das Übergewicht, ebenso wie - berufssoziologisch - die Beamten, die ungefähr die Hälfte der Vorstandsmitglieder stellten, während Arbeiter, kleine Angestellte nur ein Viertel ausmachten. Von der früheren Parteizugehörigkeit her gesehen übertraf die Zahl der Zentrumsanhänger die Zahl derer, die aus anderen Parteien der Weimarer Republik kamen oder parteilos gewesen waren, im Verhältnis von drei zu zwei.³³⁵ Bereits im März hatte es erste Programmberatungen gegeben, die nach der Gründung durch eine Programmkommission vertieft wurden. Auf die Arbeitsergebnisse, die unter dem Namen „Kölner Leitsätze“ bekannt wurden, wird in einem späteren, programmatischen Teil eingegangen werden. Im Gegensatz zu Berlin³³⁶ hatte man hier mit einer starken Tendenz einer Wiederbelebung des Zentrums zu kämpfen. In Köln kam es im Juni 1945 nach harten Auseinandersetzungen mit ehemaligen Zentrumspolitikern zur Entscheidung gegen eine Wiederbelebung der alten Partei³³⁷ und für eine Neugründung der „Christlich-Demokratischen Partei“ (CDP), deren Name erstmalig am 19. März 1945 in einem Programmentwurf erwähnt wurde. Diese in Köln gefällte Entscheidung gegen die Wiedergründung des Zentrums war für die weitere Entwicklung der CDU im Rheinland von ausschlaggebender Wirkung.³³⁸ Da die Rheinprovinz und Westfalen im Deutschen Kaiserreich und während der Weimarer Republik das größte und sicherste Stammgebiet der Zentrumspartei war, musste auch hier, und nicht so sehr in Berlin, die Entscheidung über eine Neugründung der christlichen Demokraten fallen.³³⁹ Dennoch stimmten im Übrigen die in Köln geäußerten Grundgedanken mit den Berliner Ideen überein. Dies ist „[...] ein Beweis dafür, wie sehr der Aufruf zu christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik

³³⁵ Vgl. KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 24.

³³⁶ Leo Schwing zitiert nach: Becker, Winfried: CDU und CSU 1945-1950: Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU Bundespartei, in Studien zur politischen Bildung (Bd. 13), Mainz 1987, S. 109 (Künftig zitiert: Becker: CDU/CSU, a. a. O., S.).

³³⁷ Eine Rekonstruktion des Zentrums war dennoch langfristig nicht zu vermeiden gewesen.

³³⁸ Vgl. Kaff: Entstehung Volkspartei, a. a. O., S. 79.

³³⁹ Vgl. Karl Buchheim: Geschichte christliche Parteien, a. a. O., S. 434.

dem Zug der Zeit entsprach. Die Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur und der Kriegsnot lehrten, daß nicht der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, sondern nur zwischen Christen und Nichtchristen für die Politik in Deutschland wesentlich war."³⁴⁰

2.7.2.3 Aachen

In den letzten Kriegsjahren hatten die Not und das Elend auch im Bistum Aachen immer größere Ausmaße eingenommen, sodass auch hier die gemeinsam erlittene Verfolgung und Bedrängnis die christlichen Konfessionen näher zueinander brachte und dadurch der Ökumenismus den Konfessionalismus ablöste.³⁴¹ Auf die Aachener Gründung wird an späterer Stelle eingegangen werden.

2.7.2.4 Die Gründung der Landespartei

Parallel zu den Aachener Entwicklungen fand am 2. September 1945 im Kölner Kolpinghaus die Gründung der Rheinischen Landespartei³⁴² statt³⁴³. Ungefähr 200 Männer und Frauen aus der gesamten Nordrhein-Provinz³⁴⁴ waren versammelt, als Joseph Scharmitzel als Leiter der Veranstaltung verkündete, dass sich die Parteiführung im Hinblick auf den Vorsitz entschlossen habe, „etwas Neues zu schaffen“. Anstelle eines Vorsitzenden sollte ein Rat von sieben Vorsitzenden auf gut kollegiale und demokratische Weise die Partei leiten.³⁴⁵ Nach einstimmiger Gründung der Landespartei kam es zur Wahl des Vorstandes. Der ehemalige Zentrumsabgeordnete Leo Schwering wurde zum geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt. Ihm standen mit Änne Franken, Konrad Adenauer, Johannes Albers (*1890 †1963) und Alfred Deselaers vier weitere ehemalige Zentrumsmitglieder sowie Lehr als ehemaliges DNVP Mitglied und der parteilose Robert Pferdemeiges als Vorsitzende zur Seite.³⁴⁶

³⁴⁰ Buchheim: Geschichte christliche Parteien, a. a. O., S. 429.

³⁴¹ Vgl. Bischöfliches Generalvikariat (Hrsg.): 1930-1980. 50 Jahre Bistum Aachen, Aachen 1980, S. 34.

³⁴² Am gleichen Tag wurde in Bochum der Westfälische Landesverband der Christlichen Demokraten gegründet.

³⁴³ Vgl. HStAD RWV 26, Nr. 126.

³⁴⁴ Vgl. Anwesenheitsliste HStAD RWV 26, Nr. 1017 Bl. 27-31.

³⁴⁵ Vgl. Eröffnungsrede Scharmitzel HStAD RWV 26, Nr. 1017.

³⁴⁶ Mit Ausnahme von Lehr und Adenauer waren alle Gewählten anwesend. Adenauer hatte Schwerings Einladung am 1. September abgelehnt. (Vgl. hierzu: Schwe-

Auf dieser Gründungsversammlung der Rheinischen Landespartei erschien auch der Mann namentlich, der von nun an immer stärker die Geschichte der christlichen Demokraten, zunächst in der britischen Zone und dann in der gesamten Bundesrepublik, bestimmen sollte, öffentlich als „Pate“: Konrad Adenauer. Der Kölner Oberbürgermeister, der 1933 von den Nationalsozialisten entlassen und Anfang Mai 1945 von den Amerikanern wieder eingesetzt worden war, glänzte durch Abwesenheit, obwohl er bei den meisten Geladenen als ernsthafter Anwärter auf den Vorsitz galt bzw. in den Rat der Vorsitzenden gewählt wurde.³⁴⁷

Dieser erst relativ späte Erstauftritt Adenauers bei der Gründung der Landespartei löste immer wieder kontroverse Diskussionen um seine Person aus. Auf der einen Seite gibt es Vertreter, die behaupten, dass Adenauer von Anfang an die treibende Kraft bei der Gründung der CDP war.³⁴⁸ Auf der anderen Seite wird von ihm das Bild eines kalten Machiavellisten gezeichnet, der auf der Lauer liegt, bis sich die Lage einigermaßen geklärt hat und dann seine innerparteilichen Rivalen aus dem Weg räumen kann.³⁴⁹ Adenauer verhielt sich der Kölner Parteigründung gegenüber jedenfalls zuerst reserviert.³⁵⁰ Er schwankte noch zwischen dem wiederbelebten alten Zentrum und der neuen überkonfessionellen Partei, von deren Gründung er sich zu Beginn wenig Erfolg versprach. *„Adenauer hatte weniger gegen die Idee als solche denn gegenüber dem Gründerkreis [...]. Für ihn sind das nur Leute der zweiten und dritten Garnitur, wahrscheinlich unfähig, die Sache zum Erfolg zu führen [...].“*³⁵¹

Hinzu kam, dass ihn die Tatsache verdross, dass die Führung der neu gegründeten Partei von vornherein einen scharfen Tren-

ring an Adenauer, Brief vom 30. August 1945, HStAD, RWV 26, Nr. 2363/ Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945-1953, Frankfurt a. M., 1967, S. 88.).

³⁴⁷ Vgl. hierzu: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1973, S. 4ff.

³⁴⁸ Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, 2. Aufl. Stuttgart 1986, S. 479 (Künftig zitiert: Schwarz: Adenauer, a. a. O., S.).

³⁴⁹ Ebenda.

³⁵⁰ Schwarz: Adenauer, a. a. O., S. 479.

³⁵¹ Schwarz: Adenauer, a. a. O., S. 484.

nungsstrich zum langjährigen Generalsekretär des Rheinischen Zentrums, Wilhelm Hamacher, gezogen hatte. Mit diesem Verhalten sah er das Risiko einhergehen, dass künftig zwei christliche Parteien um dieselbe Wählerschaft und die Unterstützung durch den Klerus kämpfen würden. Am 31. August hatte Karl Arnold ihm, nach der Gründung der Kölner Partei, den Vorsitz des Landesverbandes angeboten, weil er der Meinung war, dass der Name eines bekannten Zentrums politiklers der Weimarer Zeit ein attraktives Aushängeschild für die neue Partei sei, besonders im Kampf gegen die wieder auflebende Zentrumspartei, und *„daß er für die Aufgaben, die jetzt zu lösen sind, besser gerüstet ist als jeder andere.“* Adenauer trat noch am selben Tag in die Partei ein, durfte sich aber nach seiner Entlassung durch die Engländer nicht öffentlich beteiligen. Aus diesem Grund versuchte er umso eifriger durch Korrespondenz und Besprechungen, die Parteigründungen, vor allem auf der Ebene der britischen Zone, zu fördern und so den Aufbau der Organisation voranzutreiben.³⁵² Die Kontroverse um die Person Konrad Adenauers in Bezug auf seine Rolle in der frühen CDU bzw. seine Verbindungen nach Aachen werden im Verlauf der Arbeit immer wieder aufgegriffen werden.

Von den gewählten Vorsitzenden waren nur zwei evangelisch - Lehr und Pferdemeenges. Dieses Verhältnis spiegelt eine für die Gründungszeit der Union typische Tatsache wider, in der die Protestanten in Gründungsausschüssen und Vorstandsgremien deutlich in der Minderheit waren. Dies wird auch noch am Beispiel von Aachen zu zeigen sein. Ebenso spiegelte der 23-köpfige Vorstand dieses Bild wider. Auch er wurde - wie der Rat der Vorsitzenden - von ehemaligen Zentrumsmitgliedern dominiert, gefolgt von einigen Vertretern aus den früheren liberalen Parteien und dem CSVD. Für Aachen wurden Josef Wolf und Johannes Ernst in den Vorstand gewählt, was für die sich während dieser Zeit in der Vorbereitung befindliche Gründung der CDP in der Stadt sehr wichtig war. Auch im Vorstand war bei

³⁵² Vgl. Eschenburg, Theodor: Regierung, Bürokratie und Parteien 1945-1949. Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in: VfZ, 24. Jg., 1976, S. 58-74, hier: S. 66.

der konfessionellen Zugehörigkeit ein starkes Übergewicht von 17:6 an Katholiken festzustellen. Einzig bei der Sozialstruktur zeigte die neu gegründete Landespartei das Bild einer Volkspartei. Vom Arbeiter bis zum Unternehmer, von der Hausfrau bis zum Wissenschaftler waren alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten.³⁵³ Zum Abschluss der Veranstaltung erfolgten Reden von Max von Gumpenberg, Otto Schmidt und vom Bonner Gewerkschafter Michael Rott.³⁵⁴ Nach ihrer Gründung bemühte sich die Rheinische Landespartei zuerst einmal darum, ein Landessekretariat einzurichten und organisatorische Aufbauhilfe zu leisten. In der Folgezeit meldeten sich überall aus dem Rheinland ehemalige Parteifreunde und auch parteipolitisch interessierte Bürger in Köln und baten die Landespartei um Hilfe bei der Errichtung einer Orts- bzw. Kreispartei.³⁵⁵ Auf diese Aufgaben beschränkte sich die Führung der Rheinischen Landespartei bis Anfang 1946 im Wesentlichen. Durch die Anregung von Orts- und Kreisparteigründungen, die persönliche Unterstützung vor Ort sowie durch Orientierungshilfen zum organisatorischen Aufbau und zur Mitgliedergewinnung auf der einen Seite und einer weitgehenden Distanz von innerparteilichen Konflikten auf der anderen Seite, ermöglichte die Landespartei ihren Kreisparteien, sich selbstbewusst zu behaupten und eine relativ große Eigenständigkeit zu gewinnen.³⁵⁶

2.7.2.5 Die unterschiedlichen Namensgebungen

Wie bereits am Beispiel der Parteigründungen von Berlin und Köln gezeigt wurde, waren sich die unterschiedlichen Gründerzirkel in der Anfangszeit in Bezug auf die Namensgebung uneinig. *„The very word ‚Christian‘ was given quite different emphases by different groups. In the Rhineland this was the only word in the name on which there was agreement from the beginning. ‚For the Christian Democratic Party‘ wrote Theodor Scharmitzel, one of the founders, ‚the word Christian is by far the most important. For this predominantly orthodox*

³⁵³ Vgl. Wieck: CDU/Zentrum 1945, a. a. O., S. 101.

³⁵⁴ Vgl. Heitzer: CDU britische Zone, a. a. O., S. 69f.

³⁵⁵ Vgl. Heitzer: ebenda, S. 70.

³⁵⁶ Vgl. Heitzer: ebenda, S. 138.

*Catholic group the word made explicit loyalty to a tradition which had deep roots in their region'."*³⁵⁷

Bis Ende des Jahres 1945 existierten in Deutschland die unterschiedlichsten Namen für die neu gegründete Partei. Neben den bereits erwähnten Namen „Christlich-Demokratische Union Deutschlands“ in Berlin und „Christlich-Demokratische Partei“ im Rheinland bzw. in der britischen Besatzungszone, traf man in Bayern auf die Bezeichnung „Christlich-Soziale Union“ und in Baden auf den Namen „Christlich-Soziale Volkspartei“.³⁵⁸ Daneben existierten Benennungen wie „Republikanisch-Demokratische Union“, wie sie der Goerdeler Kreis vorgeschlagen hatte, und Namen wie „Partei der Arbeit“, „Deutsche Aufbaubewegung“ oder „Christlich-Demokratische Aufbaupartei“.³⁵⁹ Diese Namensungleichheiten sollten auf dem ersten Reichstreffen der Partei, welches vom 14.-16. Dezember 1945 in Bad Godesberg stattfand,³⁶⁰ aufgehoben werden. Die Versammelten, mit Ausnahme der Vertreter aus Bayern und Berlin,³⁶¹ stimmten einstimmig für den Namen „Christlich-Demokratische Union“, der den doppelten Vorzug besaß, dass er zum einen die evangelisch-katholische Zusammenarbeit am besten ausdrückte und zum anderen die Übereinstimmung mit der Parteiorganisation in der sowjetischen Besatzungszone herstellte.³⁶² Dieser Vorzug wird im Entschließungsantrag von Dr. Kannengießner zum Parteinamen „Union“ deutlich, der folgenden Wortlaut hatte: *„In allen Teilen Deutschlands ist ohne gegenseitige Fühlungnahme und Verbindung eine politische Bewegung entstanden, die ein neues demokratisches Deutschland aufbauen will unter stärkerem Einsatz der christlichen Lebenskräfte im politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben unseres Volkes.“*³⁶³

³⁵⁷ Arnold J. Heidenheimer: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party, The Hague 1960, S. 34.

³⁵⁸ Vgl. Scheuch, Erwin/Scheuch, Ute: 50 Jahre CDU, in: Die neue Ordnung, Bd. 49, o. O. 1995, 4, S. 276-291, hier: S. 277.

³⁵⁹ Vgl. KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 20f.

³⁶⁰ Vgl. Ziele und Aufgaben der Christlich-Demokratischen Bewegung in Deutschland, in: Einladung vom 21.11.1945, HStAD RWV106/74.

³⁶¹ Die französische sowie die sowjetische Besatzungsmacht hatte den christdemokratischen Vertretern die Reise nach Bad Godesberg untersagt.

³⁶² Vgl. Buchheim: Geschichte christliche Parteien, a. a. O., S. 436.

³⁶³ Entschließungsantrag Kannengießner zitiert nach Schönbohm, Wulf (Hrsg.): Porträt einer Partei, München 1979, S. 29.

Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass man mit dem Namen „Union“ eine deutliche Abgrenzung zum Begriff der Partei ziehen wollte.

Dennoch stand der Gründungsvorgang in Köln von Beginn an im Zeichen der Auseinandersetzung mit der sich neu etablierenden Zentrumspartei. Unter strategischen Aspekten war es wichtig für die CDU, zuerst die rheinisch-westfälischen Hochburgen, in denen 70% der ehemaligen Zentrumsanhänger beheimatet waren, aufzusaugen. Denn wenn an Rhein und Ruhr der Durchbruch gelänge – so hofften die Kölner –, sei *„das Ringen auch im übrigen Deutschland für die neue Partei entschieden.“*³⁶⁴ Doch diese Rechnung hatte man ohne den ehemaligen Generalsekretär der Zentrumspartei gemacht. Wilhelm Hamacher brachte dabei immer wieder seine Gründe und die seiner Gleichgesinnten zur Wiederbelebung des Zentrums vor; unter anderem war er der Auffassung, *„[...] man habe bei der Bevölkerung mit einer tiefen Abneigung gegen Politik und Parteibildung zu rechnen, einer Abneigung, die erst auf der Grundlage der Wahrheit und Gerechtigkeit [...] und nicht durch ‚Überrumpelung‘ bzw. ‚Gängelei‘ überwunden werden könne.“*³⁶⁵

Zudem warf er den Gründern der CDP Übereilung und Hast vor. Hamacher betonte in den Diskussionen immer wieder den überkonfessionellen Charakter der neuen Zentrumspartei, baute jedoch in einem Vorgehen ganz auf die Katholizität und schloss eine Vereinigung mit protestantischen Gruppen aus.³⁶⁶ Im Gegensatz dazu positionierten sich die beiden Kirchen, die teils durch ihre im Widerstand aktiven Gläubigen zueinander gefunden hatten, anders. Beispielsweise äußerte die Fuldaer Bischofskonferenz Zweifel, ob es ratsam sei, das Zentrum wieder unter seinem alten Namen entstehen zu lassen, und betonte, dass man eine konfessionelle Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unan-

³⁶⁴ Leo Schwering: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklingshausen 1963, S. 13 (Künftig zitiert: Schwering: Frühgeschichte der CDU, a.a.O, S.).

³⁶⁵ Wilhelm Hamacher, zitiert nach Hüttenberger: NRW, a. a. O., S. 79.

³⁶⁶ Vgl. Hüttenberger: ebenda, S. 83.

gebracht hielte und eher in der CDP als im Zentrum die Zukunft sehe. Zudem hatten die Unionsgründer mit der britischen Militärregierung zu kämpfen. Wie bereits beschrieben, sollten die Deutschen am Gängelband der jeweiligen Besatzungsmacht wieder das demokratische „aufrechte Laufen“ lernen. Dabei orientierten sich die Alliierten im Bereich des politischen Neubeginns an der traditionellen Struktur des deutschen Parteiensystems und traten dadurch der christlich-demokratischen Neugründung eher reserviert entgegen.³⁶⁷

2.7.3 Die Wiedergründung der KPD, SPD und RVP

Im Gegensatz zur dargestellten Neugründung der CDP beziehungsweise der CDU konnten die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sowie die Rheinische Volkspartei (RVP) bei ihrer Wiederbelebung im Jahre 1945 auf einen Rumpfapparat zurückgreifen. Da die drei genannten Parteien, mit Ausnahme kleinerer Parteistreitigkeiten, in der Entwicklung der Aachener CDU in den ersten Jahren keine wichtige Rolle spielten, soll ihre Wiedergründung auch nur kurz thematisiert werden.

2.7.3.1 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) - Historie und Wiedergründung

Am 23. Mai 1863 begann mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) in Leipzig die Geschichte einer organisierten Arbeiterbewegung. In dieser Zeit gab es in der Region Aachen noch keine fest organisierten sozialdemokratischen oder sozialistischen Strukturen.³⁶⁸ Trotz der Zeichensetzung durch die Revolution von 1848 wehrte sich die Obrigkeit gegen jedwede Demokratiebestrebungen und ließ „das Treiben der Demokratie“ in Form von Vereinen und Versammlungen mithilfe von Post- und Presseüberwachungen beobachten. Im Rahmen dieses Vorgehens wurde der „Arbeiterverbrüderungsverein“ 1851 in Aachen verboten; zu diesem hatte Ferdinand Lasalle (*1825 †1864), der Gründer der ADAV und damit der SPD, Verbindung.

³⁶⁷ Vgl. KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 24.

³⁶⁸ Vgl. Großmann, Achim/ Mix, Susanne (Hrsg.): 100 Jahre SPD in Bardenberg und Würselen, Würselen 2003, S. 7 (Künftig zitiert: Großmann/Mix: 100 Jahre SPD, a. a. O., S.).

Wie viele der 1864 angeblich 4.335 Mitglieder des ADAV in der Rheinprovinz in der Aachener Region zu Hause waren, ist nicht bekannt. Erste nachweisbare Agitationsveranstaltungen der Lassaller fanden im Dezember 1868 in Aachen statt. Im Mai 1874 wurde schließlich der „Arbeiterverein für Aachen und Burtscheid“ durch nach Aachen gezogene Spinner und Weber, die Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) waren, gegründet. Somit lassen sich die ersten organisatorischen Strukturen für eine sozialdemokratische Partei in der Aachener Region auf die Zeit von 1868/69 datieren. Bei den Wahlen zum ersten deutschen Reichstag vom 4. März 1871 erhielten die Sozialdemokraten in Aachen 78 Stimmen. 1878 waren es dann immerhin schon 908 Stimmen, bevor im Oktober des gleichen Jahres die Parteiarbeit durch das „Sozialistengesetz“³⁶⁹ völlig zum Erliegen kam. Zur Weiterführung der Arbeit wurden Tarnvereine wie beispielsweise Karnevalsgesellschaften gegründet, oder man machte sich die Grenzlage Aachens zunutze, indem man Treffen beispielsweise in den Niederlanden stattfinden ließ. Während dieser Zeit arbeiteten die Sozialdemokraten in Aachen Stadt und Aachen Land eng zusammen, wenn es beispielsweise darum ging, Informationen in Form von Zeitungen und Broschüren auszutauschen. Aufgrund dieser Arbeiten wurden hunderte Sozialdemokraten in den zwölf Jahren, in denen das Sozialistengesetz in Kraft blieb, zu Gefängnisstrafen verurteilt, aus ihren Wohnungen ausgewiesen und ins Exil gezwungen. Legal durften während dieser Zeit nur die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag agieren. Als das Gesetz im Januar 1890 aufgehoben wurde, hatte sich der Stimmenanteil von 6,1% auf 19,7% gesteigert. Damit war die SPD, wie sich die Partei jetzt nannte, zur stärksten Partei geworden. Während dieser Zeit wurde der Aachener Bezirk als absolut zentrumssicher angesehen; umso schwieriger gestaltete sich der Start der SPD in dieser Region. „Im hiesigen Bezirk ruht die Bekämpfung der Sozialdemokratie fast ausschließlich in den Händen der katholischen Geistlichkeit oder doch unter der unmittelbaren Einwirkung dersel-

³⁶⁹ Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.

ben.“³⁷⁰ Die Bergleute waren in Aachen Stadt und Land die treibende Kraft, die den Widerstand gegen Armut, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit organisierte. Nach 1890 wurde die Bildung von Gewerkschaften und parteipolitischen Strukturen trotz anhaltender Unterdrückung und Schikanen einfacher, was dazu führte, dass die SPD ihre prozentualen Erfolge langsam steigern konnte. Dennoch gestaltete sich die Organisation der Partei zu dieser Zeit immer noch als schwierig. Zum einen war es um 1890 nicht so einfach möglich, Parteien oder Ortsvereine zu gründen, und zum anderen hatte die SPD auf ihrem Parteitag in Halle nur ein Vertrauensleutesystem in ihr Organisationsstatut aufgenommen, ohne Hinweis darauf, wie sich die Partei vor Ort organisieren sollte. Möglich war nach dem Wahlgesetz die Bildung von Wahlvereinen; dies war mit ein Grund dafür, warum die SPD örtlich nur unter Schwierigkeiten Parteiorganisationen einrichten konnte. Aufgrund der rasanten Industrialisierung gab es in der Aachener Region viele Arbeiter, die sich ab 1889 bis zur Jahrhundertwende in gewerkschaftlichen Strukturen zu organisieren begannen und sich gegen Ausbeutung, Armut, Wohnungsnot und Krankheit und für Bildung und soziale Gerechtigkeit einsetzten. Doch die dort Engagierten wollten sich nicht nur gewerkschaftlich betätigen, sondern auch die politische Handlungsebene für Veränderungen schaffen. Doch die sozialdemokratische Überzeugung wurde weiterhin geächtet und jegliche Gründungsbemühungen und Versammlungen wurden von der Polizei unterbunden. 1899 wurde das „*Verbindungsverbot*“ aufgehoben und der Weg zur Bildung von SPD-Ortsvereinen und zu organisatorischen Zusammenschlüssen auf Bezirks- und Reichsebene freige-macht. 1898 war bereits der Bezirk „Obere Rheinprovinz“ ge-gründet worden, zu dem auch die Region Aachen gehörte. Die folgenden Jahre nach der Jahrhundertwende, in denen in allen größeren Gemeinden SPD-Ortsvereine entstanden, können im Aa-chener Raum als die „*Gründerjahre*“ der Sozialdemokratie be-zeichnet werden. Spätestens 1903 organisierten sich die Sozi-aldemokraten des Aachener Raums im sozialdemokratischen Ver-

³⁷⁰ Aachener Regierungspräsident zur sozialdemokratischen Bewegung im Oktober 1893, zitiert nach: Klöcker, Michael: Die Sozialdemokratie im Regierungsbe-zirk Aachen vor dem 1. Weltkrieg, Aachen 1977, S.511.

band deutscher Bergarbeiter, und durch eine organisierte Parteiarbeit gelang es, die bisherigen „Einzelkämpfer“ zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zusammenzuführen. Bereits am 1. Mai 1904 zählten die Beobachter des Aachener Regierungspräsidenten, bestehend aus Gewerkschaftern und SPD-Ortsvereinen, bei den Maifeierlichkeiten in Bardenberg 200 Teilnehmer. Dennoch beteiligte sich die SPD noch nicht an den Wahlen zum preußischen Landtag 1903. Mit dem im Juni 1905 in Eupen konstituierten Wahlkreis-Parteiverein war eine organisatorische Grundlage für eine schon bald durch Mitgliedersteigerung³⁷¹ sichtbar erfolgreiche Parteiarbeit gelegt. Auch die Beteiligung der Frauen an parteipolitischer Arbeit wurde auf dem Leipziger Parteitag von 1909 beschlossen; als Grundlage hierfür diente das „Reichsvereinsgesetz“ vom Mai 1908, das die SPD dazu veranlasste, ein neues Organisationsstatut auszuarbeiten. 1908 beteiligte sich die SPD erstmals an den Wahlen zum preußischen Landtag, konnte jedoch dabei im Regierungsbezirk Aachen kein herausragendes Ergebnis erzielen. Die Aktivitäten der katholischen Arbeitervereine, die ihr Engagement unter anderem gegen die SPD richteten, waren ein Grund dafür, dass die Partei nur ca. 1.200 Stimmen gewinnen konnte. Dieses Ergebnis hatte zur Folge, dass die Reichstagswahlen des Jahres 1912 von den Sozialdemokraten der Aachener Region besonders intensiv vorbereitet wurden. „Hausagitationen“ sollten die Zahl der Mitglieder um 25% steigern helfen; zudem wurden Ortsversammlungen öffentlich abgehalten und Maispaziergänge veranstaltet. *„Die tägliche Routine der aktiven Parteiarbeit, [nämlich (Anm. d. Verf.)] Mitgliederwerbung durch Hausagitation, Einkassierung von Beiträgen, Diskussionen über agitatorisches Vorgehen und auch ideologische Grundprobleme, Kandidatenaufstellung und Funktionärswahlen mit Vorbesprechungen [...] erforderte einen Freizeit so gut wie ausschließenden Einsatz.“*³⁷² In der Region selbst war das Jahr 1912 von heftigen Kämpfen der Bergarbeiter um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen geprägt, die je-

³⁷¹ Beispielsweise stiegen die Mitgliederzahlen von 108 (1905) auf 739 (1914) an. Vgl. Großmann/ Mix: 100 Jahre SPD a. a. O., S. 13.

³⁷² Vgl. Klöcker, Michael: Die Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Aachen, a. a. O., S. 57ff.

doch von den christlichen Gewerkschaften eingedämmt wurden. Am 29. Juli 1914 veranstaltete die SPD im Frankenberger Bierkeller in Aachen eine große Antikriegsveranstaltung mit mehr als 1.000 Teilnehmern.³⁷³ Mit der Ratifizierung der Mobilmachung durch Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde das politische Leben in Aachen unterbrochen. Die Frage, wie man mit dem Krieg umzugehen habe, hatte die Aachener SPD gespalten. Viele Aachener Sozialdemokraten mussten in den Krieg ziehen; jedoch die, die beispielsweise als Bergleute unabkömmlich waren, hielten die Kontakte für die Zeit danach. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war zunächst von Chaos, Besatzung, Armut und Hunger geprägt. Am 8. November, einen Tag vor der Ausrufung der Republik, hatte die Aachener SPD einen Aktionsausschuss gebildet. Einen Tag später übernahmen die „Arbeiter- und Soldatenräte“³⁷⁴ die Aufgabe, den Übergang zur Demokratie zu ordnen. Doch bereits Ende November wurde die sozialdemokratische Arbeit durch die Besetzung des Landkreises und der Stadt Aachen von belgischen und französischen Soldaten unterbrochen. Jedem, der sich für die schnelle Wahl zu einer deutschen Nationalversammlung einsetzte, wurde eingesperrt. In der Chronik der SPD UB Aachen heißt es: *„Der Wahlkampf der SPD für die am 19. Januar stattfindende Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung wurde durch die Besatzungsmacht stark behindert.“*³⁷⁵ Trotz dieser Behinderungen erstarkte die SPD; eine Reihe von Ortsvereinen entstand neu und mit der Arbeiterwohlfahrt gründete sich eine dringend benötigte Wohlfahrtsorganisation für die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Region. Auf die erstarkende Sozialdemokratie warteten große Herausforderungen. Im Rheinland wurden die Separatisten aktiv, die dieses Land vom übrigen Deutschland abtrennen wollten. Der Hunger nahm zu und mit ihm entstanden Hungerkrawalle. Zudem gelang es der SPD nicht, in der Aachener Region die gleiche Stärke zu erlangen wie in anderen Teilen des Deutschen Reiches. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert wurde 1919 Reichs-

³⁷³ Rheinische Zeitung vom 31.7.1914 zitiert nach: Großmann/ Mix: 100 Jahre SPD a. a. O., S. 16.

³⁷⁴ Dem Arbeiterrat gehörten 7 Mitglieder der SPD und 4 Mitglieder der USPD an.

³⁷⁵ Chronik SPD UB Aachen, zitiert nach: Großmann/ Mix: 100 Jahre SPD, a. a. O., S. 17.

präsident, und für die SPD in Aachen Stadt und Land zog 1921 Luise Schiffgens in den preußischen Landtag ein. In den Rheinischen Provinziallandtag wurden 1919 für Aachen Stadt der spätere Oberbürgermeister Ludwig Kuhnen (*1876 †1955) und für Aachen Land Gustav Dannich gewählt. Die Partei war in der Arbeiterschaft verwurzelt, staatstragend, und kämpfte somit gegen den Separatismus und für ein ungeteiltes Deutschland. Dennoch legte die SPD in den 20er Jahren die Grundlage für festere organisatorische Strukturen. Doch in Zeiten von Armut und Hunger war der Aufbau einer Organisation, die sich auf Mitgliedsbeiträge stützen musste, besonders schwer. Aus dieser Zeit lassen sich auch erstmals Hinweise auf eine organisierte Jugendarbeit in Form der „Jungsozialisten“ auf der Aachener Bezirksebene verzeichnen. Zudem setzten die Sozialdemokraten der Aachener Region am 3. November 1919 mit der Zeitung „Die Freie Presse. Volksblatt für den Regierungsbezirk Aachen“, die ab 1923 in einem eigenen Betrieb hergestellt wurde, den alten Wunsch nach einem eigenen Presseorgan um. Zudem fanden kleine und große Veranstaltungen statt, die vor allem am Ende der 20er Jahre von Nationalsozialisten gestört wurden, wie beispielsweise die am 15. Juli 1931 zusammen mit dem Zentrum veranstaltete Kundgebung gegen Extremismus von rechts und links. Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers begann auch für die Sozialdemokraten im Aachener Raum die Zeit der Verfolgung. Am 23. März 1933 stimmte der Reichstag über Hitlers Ermächtigungsgesetz ab. Hierbei stimmten nur die Abgeordneten der SPD, obwohl einige von ihnen bereits im Gefängnis saßen und das Parlament von SS-Schergen umstellt war, dagegen. Für die SPD-Fraktion begründete ihr Vorsitzender Otto Wels die strikte Ablehnung des Gesetzes wie folgt: „[...] *Freiheit und Leben kann man uns nehmen. Die Ehre nicht.*“ Wenig später, am 22. Juni, wurde den Sozialdemokraten jede Tätigkeit untersagt; am 14. Juli 1933 wurde die SPD vollständig verboten. Um weiter aktiv bleiben zu können, mussten auch die Sozialdemokraten der Aachener Region in die Illegalität und den Widerstand gehen. Sie schrieben auf, was in Aachen Stadt und Land passierte, und gaben die Berichte an die sich im Exil befindenden Sozialdemo-

kraten weiter. Dort wurden Nachrichten aus dem ganzen Reich gesammelt, zusammengestellt und wieder ins Land zurückgeschmuggelt. Geschildert wurden aus der Aachener Region Übergriffe von Nazi-Bürgermeistern, Informationen über Grenzbefestigungen und Truppenstationierungen, die als Kriegsvorbereitungen dienten, Wahlbehinderungen und -fälschungen sowie Berichte zur Reichspogromnacht oder über die Situation der Kumpels in den Zechen, die trotz hoher Strafen immer wieder kleine Handlungen passiven Widerstands begingen. Diese konspirativ arbeitenden Sozialdemokraten sammelten nicht nur wichtige Nachrichten, sondern verteilten über ihren Verbindungs- und Kontaktmann im rheinisch-westfälischen Raum Philipp Ludwig Lude³⁷⁶, der später Regierungspräsident wurde, auch Informationsmaterial wie beispielsweise die Zeitung „Sozialistische Aktion“. Zudem unterstützten sie Familien von Inhaftierten und halfen dabei, dass Flüchtlinge gut über die holländische und belgische Grenze kamen. Des Weiteren versuchte man, sich durch das Abhören von Auslandsradios sowie den Austausch von Informationen über die wirklichen Ausmaße des Nazi-Terrors sowie die Kriegsvorbereitungen zu informieren und sich über die „Zeit danach“ Gedanken zu machen. Nach dem Ende des Krieges und mit der Besetzung Aachens übernahmen Sozialdemokraten mit anderen demokratisch gesinnten Personen teils unaufgefordert, teils wie Philipp Lude auf Anordnung der Militärregierung die entscheidenden Verwaltungsfunktionen, um durch Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung, Beseitigung der Trümmer und Unterbringung der zurückkehrenden Evakuierten und Heimkehrer die ärgste Not zu lindern. Auch bei den Sozialdemokraten wurde die Schaffung der Voraussetzungen für einen politischen Neubeginn zunächst hinten angestellt. Am 15. September 1945 begann mit der Erlaubnis der Militärregierung zur Durchführung politischer Versammlungen der politische Neuaufbau. In den verschiedenen Teilen des Landkreises Aachen gründeten sich die SPD-

³⁷⁶ Ludwig Philipp Ludes Arbeit blieb zunächst unerkannt und wurde erst Mitte 1935 aufgedeckt. Im November/Dezember 1936 wurde ihm vor dem Volksgerichtshof in Berlin der Prozess gemacht. Er erhielt eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust. Doch erst 1938 konnte die illegale Tätigkeit der SPD lahmgelegt werden. Ab diesem Zeitpunkt lässt sich kein organisierter sozialdemokratischer Widerstand für den Aachener Raum mehr nachweisen. Vgl. Großmann/ Mix: 100 Jahre SPD a. a. O., S. 27.

Ortsvereine neu³⁷⁷ und versuchten, alte Mitglieder aus der Zeit vor 1933 wieder für die parteipolitische Arbeit zu gewinnen. Anfang Mai des Jahres 1946 erhielt der erste Kreisvorsitzende Cornel Badenheuer aus Stolberg die Zulassung für den SPD-Kreisverband Aachen Land. Für die Stadt Aachen liegen keine derartigen Aufzeichnungen über Gründungen vor. Die Unterbezirke der SPD wurden mit der kommunalen Neugliederung vom 1. Januar 1972 dem Stadtverband Aachen angeschlossen.³⁷⁸

2.7.3.2 Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) - Historie und Wiedergründung

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das Ergebnis der letzten Reichskonferenz des Sparkatusbundes vom 29. bis 31. Dezember 1918. Mit ihm vereinigten sich in der Partei die Bremer Linksradikalen und andere linksrevolutionäre Gruppierungen, die an der Novemberrevolution aktiv beteiligt waren. Bald danach wurde die Führung der KPD durch die Ermordung der ehemaligen USPD- und Spartakusbundmitglieder Rosa Luxemburg (*1871 †1919) und Karl Liebknecht (*1871 †1919), die von Freikorps-Soldaten begangen wurde, geschwächt. Die KPD lastete die Morde der Regierung Friedrich Ebert (*1871 †1925) und hier speziell dem Reichswehrminister Gustav Noske (*1868 †1946) an, was unter anderem zur Vergiftung der Beziehungen zwischen KPD und SPD beitrug. Die unter Führung der KPD errichteten lokalen Räterepubliken in München und Bremen scheiterten ebenso wie die durch die Partei initiierten Aufstände in Berlin, dem Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und dem Vogtland sowie Hamburg in den Jahren 1919 bis 1923. Ende 1920 gelang es der KPD durch die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD unter der Führung Ernst Thälmanns, zur Massenpartei aufzusteigen. In den folgenden Jahren erfolgte die „Bolschewisierung“ der KPD. Bis zum Jahre 1932 konnte die KPD, vor allem während der Zeit der Weltwirtschaftskrise, die Zahl der Mitglieder und Wähler stark erhöhen. Die in Zusammenhang mit der Ermordung

³⁷⁷ Vgl. Aretz, Josef: Kohlscheider Sozialdemokraten 1889-1990, Herzogenrath 1990, S. 50ff. (Künftig zitiert: Aretz: Kohlscheider Sozialdemokraten, a. a. O., S.)/SPD-Ortsverein Mariadorf-Hoengen (Hrsg.): 100 Jahre SPD-Ortsverein, Alsdorf 1996.

³⁷⁸ Vgl. Aretz: Kohlscheider Sozialdemokraten, a. a. O., S. 103.

von Liebknecht und Luxemburg gemachten Erfahrungen trugen - zusammen mit dem von der KPD abgelehnten Regierungskurs der SPD in den 1920er Jahren - dazu bei, die SPD mit dem Sozialfaschismus-Vorwurf zu überziehen. In dieser Zeit kam die vorherrschende „Sozialfaschismustheorie“, wonach die SPD als Hauptgegner der KPD zu betrachten sei, vermehrt zum Ausdruck. Die KPD hatte sich - aufgrund der Erfahrungen der Auseinandersetzungen der SPD-Führung gegen die nach Ansicht der KPD revolutionsbereite Bevölkerung - von Beginn ihres Bestehens an als Gegensatz und Gegengewicht zur SPD verstanden. Sie wollte deren ursprüngliches Ziel, den Sozialismus, weiterverfolgen und damit den deutschen Arbeitern eine revolutionäre Alternative zum dem Bürgertum angepassten Reformismus anbieten. Die KPD verstand sich als Massenpartei und wollte die sozialistische Räte-demokratie von der Betriebsebene aus verwirklichen, die durch - so der Vorwurf der KPD - die SPD- und Gewerkschaftsführung verhindert und durch die USPD nicht energisch genug angestrebt worden sei. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und im Besonderen nach dem Reichstagsbrand wurde die KPD, die zum reichsweiten Generalstreik aufgerufen hatte, wie die übrigen Parteien zuerst verfolgt und später verboten. Die Nationalsozialisten zählten Kommunisten und Sozialisten zu ihren Hauptfeinden. Viele ihrer Mitglieder kamen beim Widerstand unter anderen in der Gruppe „Rote Kapelle“ gegen Hitler ums Leben. Andere gingen ins Exil oder kamen bei den stalinistischen Säuberungen in der UdSSR, die auch die Komin-tern erfasste, ums Leben. Mit dem Prager Manifest der SPD des Jahres 1934 und den Beschlüssen der „Brüsseler Konferenz“ der KPD im Jahr 1935 wurde die Sozialfaschismustheorie als Fehler erkannt und die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen wurden geschaffen. Diese Einsicht kam zu spät, sodass auch die KPD, wie alle übrigen Parteien, im Kampf gegen die faschistische Diktatur von 1933 bis 1945 große Verluste zu beklagen hatte. Das Zentralkomitee (ZK) der KPD mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an der Spitze entwickelte, unter anderem auf der „Brüsseler“ und „Berliner Konferenz“, ein Programm zur Rettung der deutschen Nation. Im sowjetischen Exil gründete die KPD

das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD), ein Zentrum des Kampfes von Antifaschisten aller Lager, welches in ähnlichen Organisationen auch in Frankreich, den Niederlanden und Mexiko konzipiert wurde. Neben den Exilanten und dem Widerstand gab es wie aus anderen Parteien auch ehemalige KPD-Anhänger, die sich von den wirtschaftlichen Erfolgen der Nationalsozialisten in den ersten Jahren des Regimes überzeugen ließen und ihre oppositionelle Haltung ablegten. Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg wurde vom Zentralkomitee der KPD von Berlin her der politische Neuaufbau betrieben.³⁷⁹³⁸⁰

Ende August 1945 konstituierte sich eine vorläufige Parteiorganisation der Kommunisten auch in den Westzonen. Die führenden Männer im Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen waren Max Reimann (*1898 †1977) und Heinz Renner (*1892 †1964).

Die KPD war im ersten ernannten Aachener Stadtrat mit einer 1/3 Mehrheit vertreten und gehörte ebenso wie das Zentrum der Allparteienregierung des ersten Landtags an.³⁸¹ 1956 wurde die KPD durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verboten. Wie über die Wiedergründung der Aachener Sozialdemokraten liegen auch für die KPD keine Schriftstücke vor. Die Partei gründete sich im Oktober des Jahres 1945 wieder und zog auch nach den Wahlen vom Oktober 1946 in den Stadtrat ein, konnte sich jedoch langfristig nicht halten. Die Beziehungen zwischen der CDU und der KPD in Aachen waren bis zu deren Parteiverbot 1956 durch Spannungen gekennzeichnet, wie es ein Zeitzeuge am Beispiel einer CDU-Veranstaltung in der Aachener Talbothalle verdeutlicht, bei der Konrad Adenauer einer der Gastredner war: *„In einem der Glashäuser saßen zwei KPD-Leute, die ständig durch Zwischenrufe und Pfiffe störten, worauf der alte Adenauer plötzlich ausrief: ‚Schmeißt die Kerle doch endlich raus!‘“*³⁸²

³⁷⁹ Vgl. hierzu: Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, 3. überarb. erw. Aufl., München 2000, S. 3-15.

³⁸⁰ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, Partei, Staat und Gesellschaft 1945-1990, München 2000, S. 30.

³⁸¹ Vgl. Alemann: Parteiensystem der BRD, a. a. O., S. 51f.

³⁸² Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

2.7.3.3 Die Rheinische Volkspartei (RVP)

Auch über das kurze Wiederaufleben der Rheinischen Volkspartei nach der Genehmigung der Parteigründungen durch die Alliierten liegen keine Aufzeichnungen vor. Lediglich Zeitzeugenberichten ist zu entnehmen, dass die Partei nach einem kurzen Auftreten durch Vertreter in der ersten von den Besatzungsbehörden eingesetzten Verwaltung bereits bei den Kommunalwahlen der britischen Zone vom 13. Oktober 1946 nicht mehr genug Stimmen auf sich vereinen konnte.³⁸³

2.8 Das Verhältnis der Parteien zueinander

Aus Protokollen, Berichten und den Aussagen von Zeitzeugen³⁸⁴ geht hervor, dass das Verhältnis der Parteien zueinander in den ersten Nachkriegsjahren als „*Einheit der Demokraten*“ beschrieben werden kann und nur selten von Parteipolemik überschattet wurde. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die deutsche Bevölkerung sich damals stärker als Schicksalsgemeinschaft verstand, da die Menschen aller Schichten von Not und Elend betroffen waren und somit alle im Grunde ähnliche Probleme hatten. Außerdem lasteten die Folgen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges im gleichen Maße auf allen. Während dieser Zeit gab es eine Vielzahl von Problemen, die nur durch gegenseitige Hilfe gelöst werden konnten. Auch dies führte die Menschen verschiedener sozialer Schichten und politischer Meinungen stärker zusammen. Die so entstandene Solidarität wird die damaligen Vertreter der (in ihren Zielen verschiedenen) Parteien dazu bewogen haben, das Gemeinsame zu sehen und zu pflegen. Die Gefahren aus der Weimarer Republik und das Aufleben der extremen Parteien im linken und rechten Spektrum waren bei vielen, zum Teil aus eigener Erfahrung, noch lebendig. Aus diesem Grund sahen es die meisten politischen Vertreter der ersten Stunde als ihre Pflicht an, in ihrem Auftreten und Umgang mit dem politischen Gegner vorbildlich zu sein, die Parteipolemik auf ein Mindestmaß zu beschränken und in erster Linie die gemeinsame Lösung der

³⁸³ Vgl. ebenda.

³⁸⁴ Vgl. diverse Protokolle und Berichte der Vorstandssitzungen, Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, Maas: M, Bd. II, a. a. O.

schwierigen Probleme zu versuchen. Auf diesem Wege, so hoffte man, könne langsam das Zutrauen zur Demokratie innerhalb der Bevölkerung wachsen. Zudem sahen die Demokraten der ersten Stunde auch die Gefahr, dass ehemalige überzeugte Nationalsozialisten keine Gelegenheit versäumen würden, um die Frauen und Männer, die damals Verantwortung übernommen hatten, herabzusetzen oder lächerlich zu machen, und damit die Demokratie als solche zu disqualifizieren. Der Einfluss der ehemaligen Nationalsozialisten blieb weit hinter den Befürchtungen zurück. Dennoch sah man es als notwendig an, das Gemeinsame, das alle demokratischen Parteien miteinander verband, stärker zu betonen als das Trennende. Parteipolitische Auseinandersetzungen, so war die einstimmige Meinung, sollten bei den Bürgern nicht den Eindruck von unnötigem, nur der eigenen Profilierung dienendem Gezänk und Streiten hinterlassen. Mit der Zeit, so hoffte man, würden die Bürger den eigentlichen Wert der notwendigen politischen Auseinandersetzungen und den demokratischen Entscheidungsprozess begreifen lernen. Dies würde am ehesten der Fall sein, wenn die Gegensätze der Parteien um die zu lösenden Probleme offen dargestellt, aber auch nicht in zu großer, unsachlicher Schärfe ausgetragen würden. Es muss jedoch beachtet werden, dass die in den ersten Jahren zu lösenden Probleme auch nur wenig Raum für parteipolitische Auseinandersetzungen boten. Es ging um die möglichst schnelle Verbesserung der Ernährungs-, Wohnungs-, Heiz- und Verkehrssituation. In diesen Punkten gab es meist kaum Alternativen, über die man sich hätte streiten können, da es sich hier für alle um mehr oder weniger gleiche Grundbedürfnisse handelte. Die stärkere parteipolitische Differenzierung begann erst später und wurde mit wachsendem Wohlstand stärker. Schließlich gab es noch einen wichtigen Punkt, in dem eine fast nahtlose Übereinstimmung zwischen den Parteien bestand: so schnell wie möglich die Kompetenzen der deutschen Vertretungskörperschaften und der deutschen Behörden zu erweitern und - wenn notwendig auch in Auseinandersetzung mit den alliierten Besatzungsbehörden - möglichst bald zur vollen Autonomie zu gelangen.

3. Die Parteigründer

„Die Gründungsgeneration der CDU [...] vergleicht sich überhaupt gern mit den ersten Christen, die die Verfolgung überstanden haben und im Opfer der Märtyrer die eigentliche Legitimation ihres politischen Geltungsanspruchs begreifen.“³⁸⁵

Schon sehr früh, nur wenige Monate nach den ersten Gründungsversammlungen in Berlin und Köln, entstand auch in Aachen die CDU. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, wer diese Männer und Frauen waren, die nur kurze Zeit nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches an einen demokratischen Wiederaufbau dachten und sich für diesen zum Teil unter schwersten Bedingungen aktiv einsetzten.³⁸⁶ Wohl in keinem anderen Gründerkreis als dem der CDU war eine derartige Weite der Beziehungen zu finden, die sowohl in die ehemalige Zentrumsparterie als auch in die einstige Deutsche Demokratische Partei (DDP), in die nichtsozialistischen Gewerkschaften oder in die Evangelischen Kirchen hineinreichte.³⁸⁷ Im Folgenden soll zuerst im Allgemeinen und später an zwei konkreten Personen dargestellt werden, woher die Parteigründer der Aachener CDU kamen.

3.1 Ihre politische Herkunft

Die Mitglieder der Gründungszirkel waren zumeist Personen, die - wie bereits an den Gründungsbeispielen gezeigt wurde - vor 1933 politisch tätig waren, insbesondere als Mitglieder des Zentrums, der DDP, der DVP, der DNVP und des CSVD.³⁸⁸ Sie verbrachten die nationalsozialistische Ära teils im Exil, teils im Inland, und das bei unterschiedlich intensiver politischer Betätigung.³⁸⁹ Für die Gründungsmitglieder der Aachener CDU kann

³⁸⁵ Schwarz: Adenauer a. a. O., S. 481.

³⁸⁶ Vgl. hierzu: Gotto, Klaus: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Gründung der Unionsparteien. Biographische Hinweise, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1945-1978), Bonn 1979, S. 165-167./ KAS: Demokraten der ersten Stunde, a. a. O.

³⁸⁷ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 187.

³⁸⁸ Vgl. Preuß, Detlef: Die CDU im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Grundstrukturen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, S. 147-184, hier: S. 163.

³⁸⁹ Vgl. Kunz: Parteien und Parlamentarismusedwicklung, a. a. O., S. 368.

man festhalten, dass die Mehrzahl der ehemaligen Aachener und Schlesischen Zentrumspartei angehört hatte;³⁹⁰ hier sind vor allem Dr. Josef Hofmann (*1897 †1973) und Dr. Albert Maas zu nennen. *„Aus den Überlebenden der Widerstandskreise setzten sich zu einem erheblichen Teil die Gründerkreise der CDU im Jahre 1945 zusammen.“*³⁹¹

In allen vier Besatzungszonen, so auch in der britischen und damit speziell in Aachen, waren es vor allem die früheren Zentrumsanhänger, die nach 1945 die ersten politischen Gehversuche unternahmen und dabei die Schranken des alten Zentrums durchbrachen. Sie wollten die Bindungen an das vernationalsozialistische Parteiensystem abstreifen und zu einer neuen Frontenbildung gelangen.³⁹² Für die Überlebenden des Hitlerregimes war es ein Ansporn, sich der Toten würdig zu erweisen. *„Denn in allen, die mehr als zwölf Jahre brachgelegen hatten, loderte ein unauslöschliches Feuer, aufgespeicherte Energien zu entladen zum Nutzen des unglücklichen Volkes, das man nicht in seiner Hoffnungslosigkeit dahindämmern lassen durfte.“*³⁹³

Mit diesen Worten beschrieb einer der Mitbegründer der Kölner CDU eine psychologische Tatsache, die wichtig ist, weil sie sich hundertfach wiederholt hatte. Diese Aussage erklärt wohl am besten die verwegene Bereitschaft der Männer und Frauen der ersten Stunde, auch das Schwierigste, nämlich den politischen Neuanfang, zu wagen.

3.1.1 Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Obschon eine ganze Reihe der wenigen, die überlebt haben, nach dem Zusammenbruch und nach der Befreiung aus Zuchthäusern und Konzentrationslagern an führender Stelle die Unionsparteien mitgründeten, wäre es sicherlich falsch, eine ausschließliche und direkte Verbindungslinie zwischen den Umsturzversuchen und dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 und der Grün-

³⁹⁰ Vgl. Becker: CDU/CSU, a. a. O., S. 113.

³⁹¹ Gurland/Land: CDU/CSU, a. a. O., S. 13.

³⁹² Vgl. ebenda, S. 22f.

³⁹³ Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 15.

derung der Unionsparteien zu ziehen. Vielmehr waren die Unionsgründer eine Verbindung zwischen den Männern und Frauen des aktiven Widerstands, die sich ihre moralischen Werte hatten erhalten können, und denjenigen, die sich vom Nationalsozialismus hatten freihalten können, in der Hoffnung auf die Zeit danach.³⁹⁴ Genau diese Mischung des „Katakombengeistes“³⁹⁵ macht auch den Aachener Gründerkreis aus. Am Beispiel von Dr. Albert Maas soll in einem späteren Teil die Regimegegnerschaft der Aachener Gründer verdeutlicht werden. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Mitbegründer der Aachener CDU zwar regimekritisch waren, doch keiner von Ihnen hatte aktiven Widerstand geleistet und dadurch hatte auch keiner die wirklichen Ausmaße der nationalsozialistischen Repressalien selbst erfahren.

3.1.2 Die geistigen Grundlagen der Gründer

Geistig geprägt waren die Gründer der Christlich-Demokratischen Union in Aachen und anderenorts vom christlichen Glauben. Dies soll an einzelnen Persönlichkeiten der Aachener Partei gezeigt werden.

Besonders verankert in der katholischen Kirche waren und blieben sie während der nationalsozialistischen Herrschaft davon überzeugt, dass die Gebote Gottes und die christlich begründeten Grundrechte aller Menschen auch gegenüber dem nationalsozialistischen Regime Gültigkeit behielten und dass man eine Unterordnung unter die Weltanschauung der Nationalsozialisten und ihren Herrschaftsanspruch verweigern sollte. Es gab kaum ein Mitglied der katholischen Kirche, das nicht in irgendeiner der knapp 300 kirchlichen Vereinigungen erfasst war und so über den sonntäglichen Besuch des Gottesdienstes von religiös geprägter Einflussnahme erreicht wurde. Man kann sagen, dass der Katholizismus während dieser Zeit eine Art Sonderorganisation innerhalb der Gesamtgesellschaft darstellte, obwohl die

³⁹⁴ Vgl. hierzu: Brickwedde, Fritz: Die CDU/CSU und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der Deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954-1978), Bonn 1979, S. 160-161.

³⁹⁵ Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 25.

katholische Kirche an sich, mit Ausnahme einiger Würdenträger und Laien, keinen Widerstand geleistet hat.³⁹⁶ Auch die Mitglieder der Aachener CDU waren größtenteils in diesen kirchlichen Vereinigungen verankert und sahen dies als eine Art inneren Widerstand gegenüber der diktatorischen Herrschaft an. Was auch immer von ihrer geistlichen Führung an einzelnen Fehlleistungen vorgekommen sein mochte, für die Masse der katholischen Gläubigen war bei Kriegsende 1945 klar, dass die Kirche eine vom NS-Regime verfolgte Organisation war und dass man den Pfarrern und Bischöfen für ihr standhaftes Verhalten im Kampf gegen das Regime dankbar sein musste. Die Gläubigen, die sich als Sieger dieses Geisteskampfes ansahen, wollten den Neuaufbau des Staates auf der Grundlage der human-naturrechtlichen Prinzipien, die die Kirche gegen die NS-Ideologie und ihre Herrschaft vertreten hatte, begründen.

Komplizierter stellte sich die Situation auf evangelischer Seite dar. Dort gab es im Gegensatz zum Katholizismus keine zentralistisch-hierarchisch verfasste Kirche und keine so durchgängige Organisationsvielfalt im religiös-gesellschaftlichen Bereich wie bei den Katholiken. Hinzu kam, dass die Protestanten von einem traditionell anderen Verhältnis zur Politik geprägt waren, welches viel stärker den einzelnen Christen in die Verantwortung einbezog und keine so ausgeprägte Soziallehre besaß wie die katholische Kirche. Zunächst nicht unempfänglich für die NS-Parolen - in der irrigen Annahme, dass die Nationalsozialisten als aktive Politiker eine vielleicht christlich orientierte Staatsform erstreben würden - wollte man keinen direkten politischen Widerstand leisten. Dies ist unter anderem auf das Staatsverständnis der evangelischen Kirche zurückzuführen, die eine klare Teilung zwischen Kirche und Staat vorsieht. Dennoch gab es hier, im Gegensatz zur katholischen Kirche, einen organisierten Widerstand in Form der „Bekennenden Kirche“. Zudem forderte man für

³⁹⁶ Vgl. Gotto, Klaus: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, in Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union, Tradition, Entstehung und Repräsentanten, München/ Wien 1982, S. 48-69, hier: S. 55 (Künftig zitiert: Gotto: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, a. a. O., S.).

sich die Freiheit des Wortes, der Verkündigung und der Diakonie sowie die Freiheit der unbeeinflussten Gestaltung des inneren Kirchenlebens.

Katholische und evangelische Kirche beharrten gleichermaßen auf der Forderung, die Kirche müsse ungeschmälert Kirche bleiben. Dies wurde von den Nationalsozialisten als politischer Widerstand verstanden, wie die zentrale Forderung in der NS-Kirchenpolitik deutlich macht, in der es heißt: „[...] Ziel des nationalsozialistischen Umbruchs ist der völkisch-nationalsozialistische Volksstaat. Alle irdischen Einrichtungen haben diesem zu dienen, zumindest nicht hinderlich zu sein.“³⁹⁷

Aus dieser Erfahrung heraus, dass die Selbstständigkeit der Kirche nur in einem Rechtsstaat gewährleistet ist, dass die Freiheit der Menschen nur bei der gegenseitigen Anerkennung von unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen gesichert ist und dass das Christentum, jenseits der konfessionellen Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten, durch andere säkularistische Ideologien bedroht ist, sahen die Christen beider Konfessionen nach 1945 ihre Aufgabe darin, sich am neuen gesellschaftlichen Aufbau zu beteiligen. Man sah die Aufgabe des Christentums darin, selber mitzuhelfen, die Freiheit im staatlichen Bereich zu verwirklichen, sie im gesellschaftlichen Bereich abzusichern und durch tatkräftige Mitarbeit für die Zukunft zu bewahren.

Daneben hatte das Überleben der Kirchen als gesellschaftliche Großgruppen auch direkte politische Bedeutung. Es schuf die Voraussetzungen dafür, dass die Christen, die vor 1933 politisch tätig gewesen waren, nicht der Vereinzelung und Vereinsamung zum Opfer fielen. Die Kirchen wirkten – zusammen mit ihren Organisationen – wie ein Auffangnetz, das keine parteipolitische Ersatzorganisation sein sollte, sondern den „alten“

³⁹⁷ Zitiert nach Gotto: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, a. a. O., S. 62.

politischen Eliten legal die Möglichkeit bot, sich zu sehen, miteinander zu sprechen und sich gegenseitig zu helfen und zu informieren. Auf diese Weise blieben folglich die Voraussetzungen erhalten, die nach dem Zusammenbruch des Regimes den Aufbau einer politischen Organisation ermöglichten. Die Kontaktaufnahme zu ehemaligen Funktionsträgern von Parteien, Verbänden und kirchlichen Organisationen sowie zu zur Mitarbeit bereiten Christen war nach 1945, als es schwer war, Gleichgesinnte zu finden, oft die Basis der konkreten politischen Betätigung und damit der Gründung der Unionsparteien. Diese Arbeit der organisatorischen Hilfe setzte die katholische Kirche, die in der Literatur als „*Siegerin in den Trümmern*“ bezeichnet wird,³⁹⁸ während der ersten Besatzungsmonate fort. Sie überließ den Parteigründern Adressenlisten, Räumlichkeiten oder Telefonapparate. Zum Teil fanden, wie bereits am Beispiel von Köln gezeigt wurde, Programmdebatten oder informelle Begegnungen in den Klöstern statt, während zu Mitgliederversammlungen die Pfarreien, Schwesternheime oder Kolpinghäuser herangezogen wurden. Zudem vermittelten die mit alliierten Reiseprivilegien ausgestatteten Geistlichen die ersten Verbindungen und sprachen persönliche Empfehlungen aus, wenn es um die Vergabe von Stellen ging. So gelangten bereits vor der Parteigründung wichtige Verwaltungsposten in die Hände späterer Christdemokraten. Katholische Gottesdienste und Feste dienten als Begegnungsmöglichkeiten bei Versammlungsverboten. Die Kirchenpresse sicherte den Medienzugang und war für jede CDU-Gründung, so auch in Aachen, Anlaufstelle. 18% der rheinischen Pfarrer waren 1947 eingeschriebene CDU-Mitglieder. Zusammenfassend lässt sich also für die unmittelbare Nachkriegszeit sagen, dass das katholische Kommunikationsnetz die Grundvoraussetzung und den Katalysator für die christlich-demokratische Parteibildung darstellte.³⁹⁹ Dieser Situation und der Tatsache, dass die Kirchen später eine entscheidende Rolle bei der Findung von Menschen, die den Staatsaufbau mittragen

³⁹⁸ Vgl. Bösch, Frank: Die Adenauer CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart 2001, S. 23 (Künftig zitiert: Bösch: Adenauer CDU, a. a. O., S.).

³⁹⁹ Vgl. Bösch: Adenauer CDU, a. a. O., S. 23.

sollten, spielen würden, waren sich die Vertreter der Kirchen recht früh bewusst, wie aus den Erinnerungen eines Aachener Geistlichen hervorgeht. *„Schon im Internierungslager Brand erfuhren wir - neben dem zum Teil quälenden leiblichen - den geistigen Hunger der Menschen [...]. Wir waren überrascht und überwältigt von der Bereitschaft der Menschen sich aktiv am geistigen und politischen Leben zu beteiligen.“*⁴⁰⁰

Nur wenige Gründungsmitglieder verfügten über aktuelle Kontakte; die letzten politischen Aktivitäten lagen zum Teil 12 Jahre zurück,⁴⁰¹ sodass die erste wichtige Aufgabe der Parteigründer darin bestand, umherzufahren, politisch Interessierte zu suchen und eine Bildung von Splittergruppen durch das Wiederaufleben der persönlichen Kontakte zu verhindern.

Für die Gründung der Christlich-Demokratischen Union erhielt der sich zum Kriegsende hin steigende Terror des nationalsozialistischen Regimes eine wesentliche Bedeutung. Vor allem die *„Aktion Gewitter“*⁴⁰², die Hitler am 22. Juli 1944 startete, war für die Aachener CDU-Gründer von großer Bedeutung. Viele der später Aktiven wurden an diesem Tag, wie noch zu zeigen sein wird, Opfer der Lager und Gefängnisse Hitlers, der versuchen wollte, jede Führungsschicht für einen politischen Neubeginn zu liquidieren. Doch die Absicht Hitlers, die politischen Eliten für ein anderes Deutschland nach der Niederlage auszuschalten, schlug in Aachen ins Gegenteil um. Durch den Terror wurden die Eliten gerade mobilisiert und motiviert, nach dem Zusammenbruch politische Verantwortung zu übernehmen, wie ein Gründungsmitglied der Aachener CDU in seinen Memoiren zum Aus-

⁴⁰⁰ Nusslein: Rheinische Seelsorger, a. a. O., S. 159.

⁴⁰¹ Vgl. Kunze: Parteien und Parteienentwicklung, a. a. O., S. 368.

⁴⁰² Bei dieser Aktion ging es der NS-Führung um Adolf Hitler darum, alle Kräfte auszuschalten, die dem Kampf *„Bis 5 Minuten nach zwölf“* im Wege stehen könnten. Darüber hinaus war es offensichtlich das Ziel, angesichts der unabweichlichen Niederlage das deutsche Volk insgesamt in den Untergang zu ziehen und jede politische Führungsschicht für einen Neubeginn zu liquidieren. Im Rahmen der *„Aktion Gewitter“* wurden rund 5.000 ehemalige politische Funktionsträger aus Parteien, Verbänden, Beamtschaft, Regierungen und Parlamenten verhaftet. Das Schicksal der Verhafteten war - nicht zuletzt durch die Wirren des Krieges - die Festsetzung in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Vgl. hierzu Hildebrand: Drittes Reich, a. a. O., S. 96./ Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 188.

druck bringt: „[...] mein Entschluß mitzuarbeiten an der inneren Überwindung des Nationalsozialismus und an der Verhütung des Umschlags von einer nationalsozialistischen Diktatur in eine kommunistische Diktatur stand bereits früh fest.“⁴⁰³

Bei der Betrachtung des Erfolges der Parteigründer spielt auch der räumliche Standort eine wichtige Rolle. Die Parteineugründung in Städten und Ballungsräumen war wesentlich erfolgreicher als in ländlichen Gebieten. Dies hatte vor allem zwei Gründe. In den Städten existierten zwei Netzwerke, die sich aufgrund der Sozialisation ihrer Angehörigen für das Zusammengehen mit den Protestanten einsetzten. Dies war zum einen, wie gezeigt, das katholische Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, welches durch Studien und Berufstätigkeit bereits Milieugrenzen überschritten hatte, und zum anderen waren dies die christlichen Gewerkschafter, die sich schon während der Weimarer Zeit aus ihrem sozialen Engagement heraus für eine konfessionelle Öffnung eingesetzt hatten und die vorhandenen Kontakte während der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus ausgebaut hatten.⁴⁰⁴

Dennoch darf man bei den Betrachtungen nicht vernachlässigen, dass die Parteigründungen und die Erfolge der Parteien beim politischen Aufbau der ersten Jahre neben dem Engagement der Männer und Frauen der ersten Stunden noch von drei weiteren Faktoren abhängig waren. Zum Ersten war die erfolgreiche Arbeit gebunden an die Fähigkeit und Geschicklichkeit der früheren Parteiführer. Zum Zweiten war man angewiesen auf die nicht immer vorhandene Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, sich wieder politisch zu engagieren. Und zum Dritten stand und fiel die ganze Sache mit den deutschlandpolitischen Konzeptionen der einzelnen Besatzungsmacht.

Es bleibt also festzuhalten, dass die Hauptakteure der Parteigründung aus dem Widerstand und hier primär aus dem Umfeld der

⁴⁰³ Hofmann: *Erinnerungen*, a. a. O., S. 141.

⁴⁰⁴ Vgl. Bösch: *Adenauer CDU*, a. a. O., S. 24f.

verbotenen Parteien bzw. Parteigruppierungen kamen und sich schon aus der Zeit der Weimarer Republik kannten. Des Weiteren verband die Protagonisten der ersten Stunde die in der Praxis verfolgten, aber öffentlich wirkenden Kirchen samt ihrer Organisationen. Auch wenn in Aachen sowohl personell als auch programmatisch eine enge Verbindung zwischen dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der Gründung der Unionsparteien bestand, ginge es an der Wirklichkeit vorbei, wollte man in diesem Widerstand die alleinige Wurzel dieser parteipolitischen Neuordnung sehen. Der Widerstand gegen das NS-Regime wirkte als Katalysator. Er beschleunigte Entwicklungen, die bereits vor 1933 angelegt waren, und verhalf der Idee einer interkonfessionellen Volkspartei in Aachen zum Durchbruch.⁴⁰⁵

3.2 Die Parteigründer am Beispiel von Dr. Albert Maas und Dr. Helene Weber

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt wurde, entstammten die Gründer der Christlich-Demokratischen Union in ihrer Mehrzahl den Widerstandskreisen, dem inneren Exil, und sie waren größtenteils ehemalige Funktionäre der Zentrumspartei und christliche Gewerkschafter sowie zumeist Katholiken, die dann Kontakte zu führenden Protestanten des politischen Lebens aufnahmen.⁴⁰⁶ Im Folgenden sollen nun zwei Parteimitglieder der ersten Stunde, die sich später um die Aachener Politik der Anfangsjahre verdient gemacht haben, exemplarisch vorgestellt werden. Zum einen ist es Dr. Albert Maas, CDU-Gründervater und später erster Oberbürgermeister der Stadt Aachen. Zum anderen ist es Dr. Helene Weber, die zwar nicht zu den christdemokratischen Gründern Aachens zu zählen ist, sich jedoch später als erste Abgeordnete der Stadt im Deutschen Bundestag eingebracht hat. Bei dieser Darstellung sollen neben dem schulischen bzw. beruflichen Werdegang der beiden Persönlichkeiten auch deren Aktivitäten und ihr Verhalten während des Nationalsozialismus bzw. während der Kapitulation und der ersten Zeit der alliierten Besatzung näher beleuchtet werden.

⁴⁰⁵ Vgl. Gotto: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, a. a. O., S. 67.

⁴⁰⁶ Vgl. hierzu: Langguth, Gerd (Hrsg.): In Verantwortung für Deutschland - 50 Jahre CDU, Köln/ Weimar/ Wien 1996, S. 16.

3.2.1 Der schulische und berufliche Werdegang

*„Es kam für mich die Zeit der Entscheidung. Vorwärts wollte ich, das stand fest, den ‚Weg des kleinen Mannes‘ wollte ich nicht gehen.“*⁴⁰⁷ Mit diesen Worten beschreibt Dr. Albert Maas, der erste Oberbürgermeister Aachens nach dem Zweiten Weltkrieg, seine Motivation für seinen doch ungewöhnlichen Werdegang. Dr. Albert Maas, der einer Handwerksfamilie aus Kalkar entstammte und das jüngste von mehreren Kindern war, entschloss sich im Alter von 22 Jahren gegen den Willen seines Vaters, und somit auch ohne jegliche finanzielle Unterstützung aus dem Elternhaus, für ein Studium der Volkswirtschaft. Dies tat er mit dem Ziel, Sozialreformer zu werden und dem „Volksverein für das katholische Deutschland“ beitreten zu können, *„dessen Ideenwelt mich erfüllte und der damals auf der Höhe seiner Wirksamkeit stand“*, wie Maas später seine Motivation für diesen Weg begründet. Im Bewusstsein, dass in Deutschland nur der akzeptiert wurde, der einen „Schulstempel“ besaß, stellte er sich selbst einen Studienplan auf, laut dem er vier Jahre für seine Gymnasialstudien und die Erreichung der „Allgemeinen Hochschulreife“ sowie vier weitere Jahre für das Universitätsstudium rechnete. Er plante, im Alter von 30 Jahren mit dem Titel *„Doktor der Staatswissenschaften“* seinem Ziel ein Stück näher gekommen zu sein. Diese Planung stieß in seinem Umfeld auf wenig Verständnis. Vonseiten des Elternhauses – sein Vater war ein Körbemacher – war weder finanzielle noch ideelle Unterstützung zu erwarten, und auch ansonsten war die Reaktion auf seine Pläne eher ablehnend, wie sich Dr. Maas erinnert: *„Bei einigen erregte [ich] ein mitleidiges Lächeln, bei anderen begegnete [ich] großer Skepsis. ‚Wenn es schief geht, können Sie ja wieder Körbchen machen‘.“*⁴⁰⁸

Doch trotz dieser Ressentiments und der sich immer wieder stellenden Geldfrage begann Maas am Osterdienstag des Jahres 1910 seine Studien. *„Damit war der Würfel gefallen“*, wie Maas sich erinnert. Seine finanzielle Lage hatte er – nachdem vom

⁴⁰⁷ Memoiren Dr. Albert Maas Bd. I, S. 1 (Künftig zitiert: Maas; M, Bd. I., a. a. O., S.).

⁴⁰⁸ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 43.

Vater „keinerlei Unterstützung zu erwarten war“ und sich sein Guthaben auf 40 Mark erspartes Taschengeld beschränkte, da es für die Arbeit im elterlichen Korbflechterbetrieb keinen Lohn gegeben hatte - durch die Zusage von finanzieller Unterstützung seitens einer Tante und seiner Schwester einigermaßen in den Griff bekommen. Mit der Wahl des humanistischen Gymnasiums in Kleve hatte Maas die Möglichkeit, die Schule jeden Tag per Bahn zu erreichen und Unterkunft und Verpflegung im Elternhaus in Anspruch zu nehmen. Um im Gymnasium aufgenommen zu werden, bedurfte es gewisser Vorkenntnisse, welche er sich - neben Nachhilfe durch Studenten in Latein, Französisch und Mathematik für eine Mark pro Stunde - autodidaktisch erwarb. Auf diese Weise konnte er in seinem ersten Studienjahr sein Pensum erreichen. Im zweiten Jahr meldete er sich zu einem Studienaufenthalt bei einem „akademisch-gebildeten“ Privatlehrer in Köln an, welcher ihn bei voller Verpflegung 1.400 Mark kostete. Da ihm jedoch nur etwa die Hälfte des benötigten Geldes durch die finanzielle Unterstützung der Düsseldorfer Tante zur Verfügung stand, konnte er die Abmachung aushandeln, nur während der Sommermonate in Köln unterrichtet zu werden und sich ansonsten weiter autodidaktisch zu Hause zu bilden. Eine Bewerbung für die Aufnahme als Stammsänger im Kölner Dom, die ihm einen Teil seiner Geldsorgen erspart hätte, blieb vergeblich. Wenn man jedoch von der stets gegenwärtigen finanziellen Belastung und dem schweren Heimweh, das ihn ständig plagte, absieht, brachte der Aufenthalt in Köln nicht nur schulische, sondern auch erste gesellschaftliche und politische sowie soziale Erfahrungen mit sich. In der Schule war er umgeben von Mitschülern unterschiedlichster Herkunft und Motivation. Neben Faulen, die sich beschwerten, dass er zu oft drankäme, waren es vor allem ältere Menschen, die nach weiteren Abschlüssen strebten, und Pensionäre aus Belgien, England und Frankreich, die Deutsch lernen wollten. Daneben wirkte an Wochenenden das Großstadtleben auf den Jungen vom Land ein. An seinem ersten freien Sonntag nahm er auch an seiner ersten politischen Versammlung teil. Bei einer Veranstaltung der Kölner Sozialdemokraten hörte er einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten und

späteren Reichswehrministers Gustav Noske (*1868 †1946) über das Witwen- und Waisenversicherungsgesetz. An einem weiteren Wochenende besuchte er eine Veranstaltung der Konservativen, die vor den Reichstagswahlen 1912 versuchten, am Rhein Fuß zu fassen. Ebenso machte er in Köln seine ersten Erfahrungen mit dem Dreiklassenwahlrecht bei der Wahl der Stadtverordneten. Diese Zeit der ersten politischen und für das spätere Engagement wichtigen Erfahrungen beschreibt Maas in seinen Erinnerungen als „*fabelhaft interessant*“. Nach Studien in Kalkar und einem weiteren Aufenthalt in Köln, der sich durch die Korrekturen von Deutscharbeiten jüngerer Schüler besser finanzieren ließ, erhielt Maas einen Brief des humanistischen Gymnasiums in Kleve, in dem es hieß: *„Wir teilen Ihnen mit, daß Sie sich morgen zum Unterricht hier einfinden können. Wir machen ein Experiment mit Ihnen. Sie haben zwei schwere Jahre vor sich. Wir hoffen und haben das Vertrauen zu Ihnen, daß es Ihnen gelingen wird, in zwei Jahren Ihre Lücken zu schließen und dann Abitur machen zu können.“*⁴⁰⁹

Damit hatte Maas die schwierigste Hürde überwunden und saß nun fest im Sattel. Im Alter von 24 Jahren besuchte er die Unterprima. Neben dem Schulunterricht, einem täglich dreistündigen Studieren von Aufgaben und eigener Repetition, bewältigte der junge Maas täglich zwei Stunden Arbeit im elterlichen Geschäft und Garten. *„Ich wollte keine Vorwürfe hören wegen meines Studierens und mir daher die Kost verdienen.“*

Die stetigen schulischen Verbesserungen führten im Verlauf des Jahres 1913 dazu, dass sich Maas um ein Stipendium bewerben konnte, welches vorläufig seine Geldsorgen beheben konnte. Durch den Erwerb billiger Bücher aus Bibliotheksbeständen oder von Studenten war es ihm möglich geworden, kleinere Summen zu sparen, sodass er bei seinem Abitur Ende Februar 1914 ein Sparguthaben von 100 Mark aufweisen konnte. Nun war der Weg zur Universität frei. Erneut aufkommende Geldfragen löste der Abiturient durch kleinere Reparaturen, durch sein Erspartes

⁴⁰⁹ Maas: M, Bd. I, a. a. O. S. 48a.

oder mit Geld von seiner Schwester. Die Wahl der Universität fiel auf Straßburg. Zu diesem Entschluss hatte ihn Dr. Carl Sonnenschein ermutigt, welcher als einer der geistigen Wegbereiter von Maas angesehen werden kann. Dr. Carl Sonnenschein sah seine Hauptaufgabe darin, die Entfremdung zwischen den handarbeitenden Volksschichten und dem Bildungsbürgertum zu überwinden. Er war der Hauptträger der sozialen Ideenwelt des Katholizismus und ihr vorderster Kämpfer bei der Universitätsjugend sowie bei den bereits berufstätigen Akademikerschichten. Vor diesem Hintergrund nahm er sich auch des jungen Maas' an und erleichterte ihm den Eintritt ins Straßburger Universitätsleben. *„Ich bringe Sie dort im katholischen Gesellenhaus unter. Zimmer mit Licht und Heizung monatlich 10 Mark. Mittagessen 65 Pfennig, Abendessen 40 Pfennig, Frühstück 25 Pfennig. So billig kommen Sie nirgends unter.“*⁴¹⁰

Nicht ganz frei von Geldsorgen, aber doch erleichtert und ermutigt durch die Unterstützung Sonnenscheins, begann Albert Maas Anfang Mai 1914 sein Studium der Volkswirtschaftslehre in Straßburg, wo er sich *„bald äußerst wohl fühlte“* und wo er den großen Vorzug genoss, am geistigen Leben teilnehmen zu können. Er war schnell der Auffassung, dass es *„Mühe und Opfer wert gewesen“* sei. Maas besuchte neben volkswirtschaftlichen Seminaren auch kirchengeschichtliche Vorlesungen und Vorlesungen zur Geschichte der deutschen politischen Parteien und trat, da ihm die Mittel für die Mitgliedschaft in einer katholischen Verbindung fehlten, der *„freien Vereinigung katholischer Studierender“* bei. Während dieser Zeit wurde Simmel nach Straßburg berufen, welchem er zwar nicht in seinem Ideenflug durch die Philosophie folgen wollte, von welchem er wohl aber eine praktische Lebensweisheit aufnahm: *„Der, der weiß [...], was er nicht weiß, der ist ein gebildeter Mann.“*

Wie bereits in Köln, so hatte Maas auch in Straßburg reges Interesse am politischen Leben. Dieses war in Straßburg stark vom Spannungsverhältnis zwischen dem Elsass und dem Deutschen

⁴¹⁰ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 50.

Reich geprägt. Obwohl die Aristokratie oft nur aus Opposition Französisch sprach, war die französische Vergangenheit während dieser Zeit allgegenwärtig. Auch in der Zentrumsparterie, mit der Maas hier zum ersten Mal Kontakt aufnahm, war der Gegensatz zwischen den Einheimischen und den zugewanderten Reichsdeutschen stark zu spüren. Während dieser Zeit spitzte sich die politische Lage in Europa immer mehr zu. Mit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Sarajewo⁴¹¹ und dann mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erfuhr die Laufbahn von Albert Maas einen schweren Einschnitt, der für Maas im Moment des Geschehens nicht abzusehen war, wie aus seinen Aufzeichnungen deutlich wird: *„[...] daß diese Tat sehr leicht zum Kriege führen könne, war klar; [...] daß der Krieg mich jedoch vier Jahre lang festhalten und mich zunächst wieder aus meiner Bahn schleudern würde, soweit gingen meine Gedanken noch nicht [...]. Daß die Erfindungen der neuen Zeit, besonders die Entwicklung der Seeschifffahrt und des Flugwesens die fernsten Kontinente mit ihren Menschen-, Munitions- und Lebensmittelmassen an Europa herangebracht hatten, eine gegenüber dem 19. Jahrhundert vollständig veränderte Lage schufen, und sich in einem Weltkrieg zu unserem Nachteil auswirken mußte, das wußte man noch weniger.“*⁴¹²

Mit Kriegsbeginn kehrte Maas für kurze Zeit nach Kalkar zurück, wo er jedoch zunächst nicht in den Krieg ziehen sollte und nach Straßburg zurückkehren konnte. Hier besuchte er wieder Seminare und Vorlesungen und bewarb sich erfolgreich um ein Bismarckstipendium⁴¹³. Im Februar des folgenden Jahres wurde Maas zur „Gardeinfanterie“ ins Truppenlager Döberitz bei Berlin berufen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schloss Maas seine Ausbildung mit einer Promotion zum Thema *„Die rheinische Freistaatsbewegung 1918/19: Ihre Geschichte, tragende Kräfte*

⁴¹¹ Vgl. Görtemarker: Deutschland 19. Jh., a. a. O., S. 383ff.

⁴¹² Maas: M, Bd.I, a. a. O., S. 56.

⁴¹³ Dieses Stipendium war nach 1870 geschaffen worden, um einen stärkeren Besuch reichsdeutscher Studenten an der Straßburger Universität zu fördern.

und ihr Einfluss auf die innerdeutsche Politik"⁴¹⁴ an der Universität Münster ab.

*

Helene Weber wurde am 17. März 1881 in der Textilstadt Elberfeld geboren. Im Gegensatz zu Maas lernte Weber bereits hier das Leben in einer problembehafteten Industriestadt sowie die Not der Arbeiterfamilien kennen. Daneben wurde Helene Weber, auch ganz im Gegensatz zu Maas, auf akademischer Ebene stark durch das Elternhaus geprägt. Die Mutter, eine Niederländerin, vermittelte ihr Realitätssinn und einen weltoffenen Blick über die Grenzen hinaus, sowie den Sinn für die Zusammengehörigkeit Europas. Der Vater, Volksschullehrer und zudem der Vorsitzende der örtlichen Zentrumspartei, machte sie bereits früh auf politische und soziale Fragen aufmerksam, wie auch in der Literatur immer wieder belegt wird: *„Durch ihren politisch interessierten und engagierten Vater [...] wurde sie wie für diese vom Kulturkampf geprägte Generation des deutschen Katholizismus typisch [...] in das Zentrum hineingeboren.“*⁴¹⁵

Anders als Maas genoss Helene Weber mit dem Besuch der höheren Töchterschule in Elberfeld und des Lehrerseminars in Aachen ohne größere Anstrengungen eine gehobene Ausbildung. Nach dem Abschluss ihres Lehrerinnenexamens 1900 in Aachen war Helene Weber fünf Jahre in Aachen und Elberfeld als Lehrerin tätig. Da sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die deutschen Universitäten auch für Frauen öffneten, entschloss sich Weber, ein Hochschulstudium aufzunehmen; sie immatrikulierte sich für die Fächer Romanistik, Philosophie und Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Hier stählten sie die Anfeindungen ihrer Professoren und Kommilitonen für ihren späteren Beruf. Zur Vertiefung ihrer Französischkenntnisse verbrachte Weber ein Semester in Grenoble, was ihr später bei ihrer internationalen Tätigkeit zugute kommen sollte.

⁴¹⁴ Maas, Albert: „Die rheinische Freistaatsbewegung 1918/19: Ihre Geschichte, tragenden Kräfte und ihr Einfluß auf die innerdeutsche Politik“, Rechts- und staatswissenschaftliche Dissertation Universität Münster, 1921.

⁴¹⁵ Morsey, Rudolf: Helene Weber, in: Aretz, Jürgen/Morsey, Rudolf/Rauscher, Anton (Hrsg.): *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3, Mainz 1979, S. 223-224, hier: S. 223 (Künftig zitiert: Morsey: Weber, a. a. O., S.).

Im Jahre 1909 verließ Weber die Universität und war in Bochum und später an der Kaiserin-Augusta-Schule in Köln als Studienrätin tätig. Die Hauptaufgabe ihres Wirkens sah Weber in der Weckung der Tatbereitschaft ihrer Schülerinnen.

Im Ersten Weltkrieg sahen sich die Schülerinnen Webers von ihrer Lehrerin ermutigt, als Betreuerinnen durchreisender Truppen, als Helferinnen in großen Familien oder in Lazaretten zu wirken. Während dieser Zeit betrieb Weber auch eine intensive Lehrtätigkeit im Katholischen Deutschen Frauenbund (KDF), wo sie sich durch Vorträge vor allem der politischen, kulturellen und kirchlichen Bildung sowie Fragen des Jugendschutzes, der Hygiene und den Wohnungsproblemen widmete.⁴¹⁶ Ihre rege Vortragstätigkeit führte dazu, dass man ihr im Jahre 1930 die Ehrendoktorwürde der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster verlieh und dabei darüber hinweg sah, dass sie keine wissenschaftliche Publikation, sondern „nur“ eine Unzahl kleinerer Schriften in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften aufzuweisen hatte. In diesen Jahren stieß Helene Weber bei ihrer Arbeit immer öfter auf den Widerstand der katholischen Kirche, welche nicht immer von ihrer KDF-Arbeit begeistert war. Wie auf der Generalversammlung des KDF 1912 in Straßburg deutlich wurde, hatte man Angst davor, dass es zu einer zu starken Volksbewegung kommen würde, welcher der geistige Tiefgang fehlen würde. Aus diesem Grund plädierte man für die Gewinnung und Schulung der Arbeiterfrauen durch den Volksverein und die katholischen Arbeitervereine. Da jedoch Helene Weber und Hedwig Dransfeld, die Vorsitzende des KDF, für die Einheit der katholischen Frauenbewegung plädierten, kam es in der Folgezeit immer häufiger zu Spannungen, welche eine Umorientierung Helene Webers zur Folge hatten. In diesem Lebensabschnitt wird die Grundüberzeugung Helene Webers deutlich, denn sie beabsichtigte, durch hoch qualifizierte Ar-

⁴¹⁶ Vgl. hierzu: Buchstab, Günter/ Kaff, Brigitte/ Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg/ Basel/ Wien 2004, S. 205 u. 210 (Künftig zitiert: Buchstab/Kaff/Kleinmann: Christliche Demokraten gegen Hitler, a. a. O., S.).

beit eine steile Berufskarriere zu machen, sich jedoch gleichzeitig nicht von den unmittelbaren Fragen des menschlichen Lebens zu entfernen, sondern sich mit diesen auseinander zu setzen.⁴¹⁷ 1911 kam es zu einem ersten Kontakt mit Konrad Adenauer, welcher erster Beigeordneter der Stadt Köln war und für den politischen Werdegang von Helene Weber von großer Bedeutung werden sollte. Konrad Adenauer war von Helene Weber, einer ungewöhnlichen Frau mit großem Interesse an politischen Fragen, großem Durchsetzungsvermögen und klaren Vorstellungen sowie einer profunden Bildung und zudem tiefst katholisch, begeistert. 1916 wollte Adenauer Weber zur Direktorin der Kaiserin-Augusta-Schule zu Köln machen. Dies lehnte sie jedoch ab, da sie mit Hedwig Dransfeld einen neuen Schultyp, die soziale Frauenschule, in Köln plante. In der Zeit, in der die Bevölkerungszahlen immer weiter zunahmen, in der es zu Strukturveränderungen in der Stadt und auf dem Land kam und in der sie den Niedergang der Werte und Traditionen meinte beobachten zu können, bedurfte es nach Auffassung von Helene Weber einer systematischen Ausbildung von Frauen zur Sozialarbeit. Deshalb gründete Helene Weber im November 1916 die soziale Frauenschule und fand Rechtswissenschaftler, Theologen, Philosophen und Ärzte der Stadt als ehrenamtliche Dozenten. Den Studienplan, welcher sich aus Vorlesungen und praktischen Arbeiten zusammensetzte, entwarf Helene Weber selbst. Die Schülerinnen brachten unterschiedliche Vorbildungen mit; das Spektrum reichte beispielsweise im ersten Jahr von Ordensfrauen über Lehrerinnen und Erzieherinnen mit langjähriger Berufserfahrung bis hin zu Kriegswitwen und jungen Mädchen. Die Mindestanforderung zur Aufnahme in der Schule war die Mittlere Reife sowie eine abgeschlossene Ausbildung im Bereich der Krankenpflege oder Erziehung oder eine mehrjährige Berufstätigkeit. Durch diese Mischung der Teilnehmer konnte der Unterricht seine Tiefe und Breite erfahren. Dennoch waren die Anfangsjahre der Schule schwierig und wurden durch die Eröffnung einer ähnli-

⁴¹⁷ Vgl. Reichel, Saskia: Dr. Helene Weber "Mit Hingabe an das Werk", in: Armin Laschet (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an die Abgeordneten aus dem Wahlkreis "Karls des Großen", Eupen 1995, S. 17-33, hier: S. 22 (Künftig zitiert: Reichel: Dr. Helene Weber, a. a. O., S.).

chen Schule durch die Stadt Köln erschwert, sodass Helene Weber die Schule nach Aachen verlagerte.

Helene Weber bevorzugte die Stadt an der Grenze, die mit ihren Industriebetrieben eine Versorgung mit gut ausgebildeten Fürsorgerinnen nötig hatte und daher als Standort für ihre Schule besonders geeignet war. Daneben bot ihr Aachen mit seiner Nähe zu Belgien und den Niederlanden eine Kontaktaufnahme mit dem Ausland und seiner fachlich qualifizierten Dozentschaft. 1917 erfolgte der Umzug der Schule ins Marienheim am Bergdriesch.

3.2.2 Politische Aktivitäten während der Weimarer Republik

Albert Maas' erste politische Betätigung fand nach dem Ende des Ersten Weltkriegs im Kalkarer Windhorstbund statt. Diese Zeit war stark von den Folgen des Ersten Weltkriegs geprägt. Nach einer Zeit als Student war auch Maas' Leben von der mit dem Krieg einhergehenden Verarmung geprägt; daneben machten die Lebensmittelknappheit und das Problem der Wohnungsfindung dem seit 1921 verheirateten Maas das Leben schwer, wie aus seinen Erinnerungen deutlich wird: *„Unsere Einrichtung war sehr bescheiden. Wir hatten geheiratet, als die Inflation vor allem die flüssigen Werte fast vernichtet hatte.“*⁴¹⁸

Eine Folge der immer schneller voranschreitenden Inflation war mit dem Beginn des Winters 1921 der Verlust seiner Stellung, da die Organisation, für die Maas tätig war, die Gehälter nicht mehr zahlen konnte. Um für sich und seine junge Familie – das erste Kind war gerade zur Welt gekommen – den Lebensunterhalt irgendwie bestreiten zu können und nicht nur von Geschenktem leben zu müssen, übernahm Maas einige Hilfsarbeiten in der Verwaltung der Stadt Aachen. Einige Monate später gelang es ihm dann, bei der Kreisverwaltung Aachen Land einen Arbeitsplatz zu bekommen, der Ende 1923 mit der Einführung der Rentenmark⁴¹⁹ und damit einer geregelten Volks- und Privatwirtschaft in eine feste Anstellung überging. Mit gesichertem Ein-

⁴¹⁸ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 84.

⁴¹⁹ Vgl. Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, 4. erg. Aufl., München 1998, S. 51.

kommen war nun auch die Familienplanung wieder möglich. Zwischen 1928 und 1933 versuchte Maas immer wieder, in die Verwaltungslaufbahn zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Maas begründet dies in seinen Memoiren wie folgt: *„Meine starke politische Abstempelung stand im Wege.“*⁴²⁰

Seine politische Betätigung, welche zum Leidwesen der Familie die Abende und Sonntage in Anspruch nahm, brachten ihm und seinem Land jedoch nicht die gewünschten politischen Erfolge. *„Manche Hoffnungen auf eine kommende Blütezeit der demokratischen Staatsform hatten sich nicht erfüllt. Das politische Parteiwesen zersplitterte immer mehr und kam stark unter die Herrschaft der großen Standes- und Interessenverbände.“*⁴²¹

Neben der allgemeinen, Maas weniger zufrieden stellenden Lage machten ihm vor allem die sozialen Spannungen, welche sich auch innerhalb des Zentrums verstärkten, große Sorgen. Hier kritisierte er vor allem das Festhalten der Partei an seiner *„Nabelschnur“*, der Kirche, sowie die mangelnde Bereitschaft der führenden Schichten, sich an Veränderungen zu beteiligen.⁴²² *„Mein Lieblingsgedanke, durch Ausweitung der Partei, die geschichtlich die Vertreterin des katholischen Volksteils war, auf den evangelischen Volksteil, sie [die Partei, Anm. d. Verf.] so zum entscheidenden Faktor in Deutschland zu machen, verwirklichte sich nicht.“*⁴²³

Dass sich, wie bereits dargestellt, diese in der Partei vorhandene Tendenz in Form des Stegerwaldschen Planes von 1920 erst nach dem Vergießen von Blut und nach großen Opferzahlen verwirklichen lassen würde, konnte man hier nicht erahnen. Neben seinem Einsatz für die Öffnung des Zentrums zur Interkonfessionalität setzte sich Maas auch für die Verständigung mit dem Ausland ein, was ihm bei der Grenznähe Aachens und der ihm

⁴²⁰ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 90.

⁴²¹ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 90.

⁴²² Vgl. hierzu: Winkler, Heinrich-August: Der lange Weg nach Westen, Bd. I Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, 3. Aufl., München 2001, S. 287.

⁴²³ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 90.

später übertragenen Funktionen zugute kommen sollte. Im Verein „*Deutschtum im Ausland*“ hielt er immer wieder Vorträge, die ihm ein Herzensanliegen waren.

*„Über alle sonderstaatlichen, konfessionellen, sozialen und parteipolitischen Zerklüftungen hinaus ein gemeindeutsches Nationalbewußtsein zu entwickeln und über die Grenzen Reichsdeutschlands hinaus ein volksdeutsches Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen, das waren Ziele, die meinem innersten Wesen entsprachen.“*⁴²⁴

Während dieser Zeit wuchs bei Maas der Wunsch nach einem Reichstagsmandat, doch an seiner Stelle wurde der später Oberstadtdirektor Albert Servais vom Zentrum aufgestellt.⁴²⁵ Diese Tatsache hat ihn „*gewurmt*“⁴²⁶ – wie sich sein Sohn Dr. Guido Maas erinnert, war er nach der „*Machtergreifung*“ durch die Nationalsozialisten jedoch froh über diese Entscheidung, die ihm selbst manche Last erspart hat. Mit dem 30. Januar 1933 und der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler stand der Untergang des parlamentarischen Staates bevor. Maas hoffte zunächst noch auf eine begrenzte Mitwirkung der Zentrumspartei unter den neuen Verhältnissen, musste jedoch bald einsehen, dass „*[...] die Zentrumspartei allein die demokratische Idee nicht retten*“⁴²⁷ könne.

*

Während sich Dr. Albert Maas während der Weimarer Republik immer wieder in ernster Sorge um seine Existenz befand, war diese Zeit für Helene Weber „*beruflich erfolgreich*“. Neben der Neugründung der sozialen Frauenschule in Aachen nahm Helene Weber 1918 die Tätigkeit als Referentin im Wohlfahrtsministerium in Berlin auf. Im November des gleichen Jahres wurde sie bei der Gründung des Berufsverbandes der katholischen Fürsorgerinnen zu dessen ersten Vorsitzenden gewählt. Dieser Vorsitz sollte sie in der Folgezeit immer wieder zu Tagungen und Fort-

⁴²⁴ Ebenda, S. 91.

⁴²⁵ Vgl. Servais: *Erinnerungen*, a. a. O., S. 21.

⁴²⁶ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁴²⁷ Maas: *M*, Bd. I, a. a. O., S. 93.

bildungsveranstaltungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Frauen durch das gesamte Deutsche Reich führen, wobei es ihr vor allem um die Frau als Mitgestalterin der Entwicklung des Volkes durch Berufstätigkeit und Übernahme von politischen Ämtern ging. Helene Weber vertrat die Ansicht, dass die junge deutsche Demokratie die politisch fundierte Stimme des weiblichen Geschlechts benötigte und sah es als ihre Aufgabe und Herausforderung an, die Frauen durch ihre Vortragstätigkeit auf dieses Recht aufmerksam zu machen.

Neben ihrem Einsatz für die Gleichbehandlung der Frauen in Beruf und Politik plädierte Weber, genau wie Maas, für die Überwindung der konfessionellen Grenzen. Dies war ihr mit der Gründung der *„Arbeitsgemeinschaft der Berufsverbände der Wohlfahrtspflegerinnen Deutschlands“* im Jahre 1920 und der Übernahme der Position der Schriftleiterin der Zeitschrift *„Soziale Berufsarbeit“* bereits gelungen, „ohne Eigenständigkeiten aufzugeben“,⁴²⁸ und wurde in ihrer gesamten Arbeit als Reichstagsabgeordnete berücksichtigt, wie sich Josef Joos, ein ehemaliger Kollege aus ihrer Zeit als Reichstagsabgeordnete, erinnert: *„[Helene Weber waren alle] konfessionellen Streitigkeiten abhold und [sie arbeitete] auf eine politische Zusammenarbeit des katholischen und evangelischen Volksteiles hin [...]“*⁴²⁹

Mit der Berufung zur Referentin im preußischen Landtag und der Wahl zum Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, welche eine Verfassung für das Deutsche Reich ausarbeiten sollte, war Helene Weber als eine der ersten weiblichen Reichstagsabgeordneten des Zentrums mit 37 Jahren einer der geistigen Wegbereiter der deutschen Demokratie. Anders als Maas war ihr der Sprung auf die politische Ebene des Deutschen Reiches gelungen, welche sie bis zu ihrem Lebensende nur noch temporär verlassen sollte. Maas hingegen wurde zum Aushängeschild der Aachener Kommunalpolitik. Aus ihrem Glauben und dem einfühlsamen

⁴²⁸ Reichel: Dr. Helene Weber, a. a. O., S. 24f.

⁴²⁹ Josef Joos zitiert nach: Lenz, Marlene: Helene Weber, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1963, S. 403-419, hier: S. 407 (Künftig zitiert: Lenz: Helen Weber, a. a. O., S.).

Urteil einer Frau heraus trat Weber couragiert und entschieden in der Politik auf, beispielsweise als es darum ging, die Strafmilderung bei Abtreibungen durchzusetzen. Zudem lässt sich Helene Weber als politisch weit blickend und mutig beschreiben, wenn man ihr Auftreten im Mai 1919 betrachtet, bei dem sie in einer Rede gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages Stellung nahm und als Einzige in der Zentrumsfraktion gegen ihn stimmte. Ihre politische Standfestigkeit sollte sich Jahre später bei der Stimmabgabe im Deutschen Reichstag wiederholen. Bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ging Weber einer unermüdlichen Tätigkeit als Reichstagsabgeordnete im Bildungs- und Rechtsausschuss nach. Hier setzte sie sich beispielsweise für das Elternrecht in der Schule, für eine Erwerbslosenfürsorge, eine Krankenversicherung sowie für die Fürsorge- und Wohlfahrtsgesetzgebung ein. Mit einer Fülle von kleineren Publikationen, beispielsweise in „Mitteilungen des Reichsfrauenbeirates der Deutschen Zentrumsfraktion“, dessen Vorsitz sie innehatte, in „Frauenland“ oder in „Die christliche Frau“, machte sie sich einer großen Öffentlichkeit bekannt.

Diese Art der politischen Bildungsarbeit Helene Webers wurde 1933 durch den Übergang in das nationalsozialistische Regime beendet. Hinzu kam, dass sich der Konflikt der Doppelbelastung von Beruf und Haushalt, den Weber zu lösen versuchte, durch den Beginn des Krieges immer mehr verstärkte. Dennoch sollte sich die Frucht ihrer Arbeit im inneren und äußeren Widerstand der katholischen Frauen und ihrer Organisationen gegen die Diktatur zeigen.

3.2.3 Verhalten während der Machtergreifung und im Dritten Reich

Die Selbstaflösung des Zentrums war für Maas das Ende jeglicher politischer und beruflicher Hoffnung⁴³⁰, wie er in seinen

⁴³⁰ An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933, welches die Grundlage für die Selbstentmachtung der Parteien bildete, in den Erinnerungen von Albert Maas keine Erwähnung findet. Vgl. hierzu: Morsey: Ermächtigungsgesetz, a. a. O.

Erinnerungen an den 31. Juli 1933 schreibt: „[...] für mich bedeutete er den Verlust meiner Existenz und das Ende aller Aufstieghoffnungen.“⁴³¹ Neben dem Untergang der deutschen Demokratie und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs bedeutete dieses Geschehen für Maas die fast völlige Entwertung seines Studiums sowie seiner Ersparnisse. Die einzig positive Tatsache in dieser Zeit war, dass Maas' Kinder sich zu Beginn des Krieges noch nicht im waffenfähigen Alter befanden; er selbst jedoch war mit 51 Jahren voraussichtlich zu alt für den Dienst an der Waffe. Nach einer längeren Zeit ohne Erwerbstätigkeit gelang es Maas im November 1939, zwei Monate nach dem Beginn der Kampfhandlungen, in der katholischen Kirchengemeinde der Stadt Aachen eine neue Anstellung als Syndikus zu erlangen. Damit sollte die Existenz seiner Familie bis auf Weiteres gesichert sein, denn er schrieb in seinen Memoiren: „[...] derselbe Krieg, der für hunderttausende Menschen das Ende des irdischen Lebensglückes bedeutete, brachte mir neues Glück, eine neue Stellung.“⁴³²

Entgegen der anfänglichen Vermutung, zu alt für den Kriegsdienst zu sein, wurde Maas im Verlauf der Kampfhandlungen doch an die Front befohlen und kehrte 1942 nach eineinhalbjährigem Erleben des Krieges und des Soldatenlebens in Russland in die Heimat zurück. In dieser Zeit nahmen die Bombenangriffe auf Aachen in immer stärkerem Maße zu, sodass sich für die Heimkehrer nur der Kriegsschauplatz verändert hatte. Trotz des stetigen Rückgangs des gesellschaftlichen Lebens in der Stadt und der Zunahme der Zweifler an einem für das Deutsche Reich glücklichen Kriegsausgang gab es immer noch viele Menschen, die naiv genug waren, den Gedanken an einen deutschen Sieg nicht fallen zu lassen. Dieser Umstand hatte zur Folge, dass eine laute Kritik am Nationalsozialismus faktisch nicht möglich war. Post und Telefonate wurden überwacht, wie sich Maas erinnert: „Das leise Klicken aber, das vernehmbar war, wenn

⁴³¹ Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 93.

⁴³² Maas: M, Bd. I, a. a. O., S. 119.

man den Hörer hob, zeigte an, daß am anderen Ende mitgehört wurde."⁴³³

Trotz aller Verbote wurden auch im Hause Maas die feindlichen Sender gehört, und durch mündliche Weitergabe erhielt man die wichtigsten Nachrichten von der Kriegslage. Nach seiner Rückkehr aus Russland wurde Maas nach einem Parteibeitritt gefragt. *„Die Antwort konnte natürlich nur ablehnend sein, wenn ich mir auch eingestand, daß damit eine gewichtige und vielleicht lebensbedrohende Entscheidung für mich gefallen war.“*⁴³⁴

Mit dieser Einschätzung hatte Maas sein zukünftiges Schicksal richtig vorhergesehen. Maas' Einstellung dem nationalsozialistischen Regime gegenüber war von jeher kritisch und bedacht gewesen, wie den Ausführungen seines Sohnes Dr. Guido Maas zu entnehmen ist. *„[Er] hat uns in der Nazi-Zeit davor bewahrt, den Nazis in Schule und Hitlerjugend auf den Leim zu gehen. [...] Dann hat mein Vater jeden Sonntag beim Frühstück meine Zwillingsschwester und mich gefragt, was haben sie euch diese Woche in Geschichte erzählt? [...] Dann hat mein Vater gesagt: ‚So, das hat man euch gesagt, das kann man sagen, das ist sehr zweifelhaft und das ist absolut falsch. Jetzt sage ich euch, was richtig ist.‘ Dann zeigte er uns ein paar Bücher und es endete immer mit der gleichen Ermahnung: ‚Aber daß ihr niemals in der Schule sagt, mein Vater hat aber gesagt‘ [...].“*⁴³⁵

Die Ernährungslage der Familie Maas hatte sich im Vergleich zum Ersten Weltkrieg erheblich verbessert. Unter anderem hatte Maas selbst durch eine Vergrößerung ihres Gartens zu einer besseren Eigenversorgung beigetragen. Die Garage war zu Beginn des Krieges teilweise zu einem Luftschutzkeller umfunktioniert worden, welcher jedoch den immer heftiger werdenden Bombenangriffen nur bedingt standhalten konnte.⁴³⁶ Das Haus der Familie Maas wurde bei einem Großangriff auf die Aachener Innenstadt

⁴³³ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 9.

⁴³⁴ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 9.

⁴³⁵ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁴³⁶ Vgl. Maas: M, Bd. II, S. 10.

stark zerstört. *„Der furchtbare Luftdruck hatte unserem Hause schwer zugesetzt, das Dach war abgedeckt, alle Scheiben zertrümmert, der Putz von den Wänden gerissen. Vorläufig gab es weder Gas, noch Wasser, noch Licht [...]“*⁴³⁷

In der Folgezeit begann die Familie mit ihrer eigenen „Evakuierung“. Nachdem die Sachen zusammengepackt und bei Verwandten in Breinig⁴³⁸ und Kreuzau untergestellt waren und die Kinder zu den Großeltern nach Kalkar gebracht worden waren, wohnten die Eheleute Maas noch einige Wochen in ihrem Haus am Colynshof, bevor sie sich selbst in Kalkar in Sicherheit brachten.

Auch in anderen Bereichen erlebte die Familie Maas den Krieg wie hunderttausend andere Familien im Deutschen Reich. Gerade war der Vater von der russischen Front heimgekehrt, als immer deutlicher wurde, dass keine einziehbaren Jahrgänge mehr vorhanden waren. Dies hatte zur Folge, dass immer häufiger Schüler der Höheren Lehranstalten vom 15. Lebensjahr an zur Flakabwehr eingezogen wurden – so auch Guido, der jüngste Sohn der Familie Maas.

Einige Wochen später erfuhr Guido Maas in Kalkar von der Landung der Alliierten in der Normandie und vom gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Immer wieder hatte sich Albert Maas in der Zeit vor dem Attentatsversuch gefragt: *„[...] wird denn gar nichts unternommen werden, von der Armee, von den einzelnen Heerführern oder sonst welchen, um dem Wahnsinnigen in den Arm zu fallen, der Deutschland in seiner Gewalt hat und es in den sicheren Abgrund führt.“*⁴³⁹

Somit waren – laut seinen Angaben – die Geschehnisse für Maas keine Überraschung, auch wenn er durch seine eineinhalbjährige Abwesenheit in Russland keine Ahnung von der Vorbereitung des Unternehmens gehabt hatte. Die Folge des gescheiterten Atten-

⁴³⁷ Ebenda, S. 11.

⁴³⁸ Vgl. Padover, Saul K.: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001.

⁴³⁹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 13.

tats war eine bereits angesprochene Verhaftungswelle unter dem Namen „Aktion Gewitter“, die sich für Maas wie folgt erklärte: *„Als die wilde Bestie merkte, daß sie verenden mußte, schlug sie noch vorher wild mit den Hufen um sich.“*⁴⁴⁰

Die Konsequenzen waren ihm bewusst – den Verdächtigen⁴⁴¹ drohte die Überführung in Konzentrationslager bzw. deren „Vorzimmer“, wie die rasch improvisierten Lager bei der Bevölkerung genannt wurden. Genau einen Monat nach dem gescheiterten Anschlag auf Hitler, am 20. August 1944, erfuhr Maas von seiner Frau, dass zwei Herren ihn gesucht hätten. Maas, der wusste, dass die Lage gespannt war, wartete in dem Bewusstsein, nicht an einer staatsfeindlichen Aktion beteiligt gewesen zu sein, ruhig seine Abholung ab. Nach einer Hausdurchsuchung und einer Vernehmung im Regierungsgebäude, bei der er in den Gängen des Gebäudes eine große Anzahl von ehemaligen Politikkollegen und Parteifreunden⁴⁴² gesehen hatte, war im klar, *„daß es sich um einen großen Schlag gegen die frühere Zentrumsparterie handelte.“*⁴⁴³

Es folgten bei „brüllender Hitze“ ganztägige Vernehmungen, die nichts Gutes verhießen. Am Abend wurden die über 70-Jährigen sowie Albert Servais entlassen.⁴⁴⁴ Die übrigen 20 Personen wurden mit der Begründung *„Sie wissen doch, was Sie vor 1933 gemacht haben [...] So muß man Euch kommen, schwarzes Pack.“*⁴⁴⁵ nach der Entlassung auf dem Gelände der Zeche Alsdorf im Aachener Gefängnis am Adalbertsteinweg festgesetzt. Maas wurde zusammen mit Dr. Hahn, dem Verleger des Erkelenzer Kreisblatt-

⁴⁴⁰ Ebenda.

⁴⁴¹ In den Maas-Erinnerungen ist lediglich von ehemaligen Zentrumsfunktionären die Rede. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich bei der „Aktion Gewitter“ um die Inhaftierung von rund 5000 ehemaligen Ministern, Parlamentariern und Parteifunktionären jeglicher demokratischer Parteien handelte. Die nationalsozialistische Führung wollte damit der sich abzeichnenden Niederlage entgegenwirken und eine mögliche politische Reserve für einen Neuaufbau ausschalten. Vgl. hierzu: Hildebrand: Drittes Reich, a. a. O., S. 94.

⁴⁴² U. a. Erich Lingens, den langjährigen Vorsitzenden der Aachener Zentrumsparterie und ehemaligen MdL, die früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Schetter und Dr. Servais, die früheren Stadtverordneten Königs und Bündgens sowie ca. 30 weitere ihm aus der Politik bekannte Personen.

⁴⁴³ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 15.

⁴⁴⁴ Hier hatte sich Frau Servais bei NSDAP-Kreisleiter Schmeer unter Schilderung des jahrzehntelangen, uneigennütigen Einsatzes ihres Mannes für Aachen für die Freilassung eingesetzt (Vgl. Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 29).

⁴⁴⁵ Vgl. Maas: M, Bd. I und II.

tes, sowie Herrn Schaffrath, dem ehemaligen Vorsitzenden des Betriebsrates von Garbe-Lahmeyer, inhaftiert. Über seinen damaligen Gemütszustand schrieb Maas später: *„Der seelische Eindruck ist schwer zu schildern, der einen honorigen Menschen überfällt, wenn er zum ersten Male in seinem Leben der Freiheit beraubt wird, wenn die Türschlösser hinter ihm zuschlagen und er in seiner Behandlung und Ernährung gewaltsam auf das Niveau von Verbrechern gedrückt wird, besonders wenn er noch ein gutes Gewissen hat und die Freiheitsberaubung als schweres Unrecht empfindet.“*⁴⁴⁶

In der Folgezeit sollten ihm immer mehr „alte“ Freunde in die Haft folgen, so auch der frühere Reichstagsabgeordnete und spätere Mitgründer der CDU Ernst. Man sprach sich während dieser Zeit, die von täglichen Vernehmungen geprägt war, gegenseitig Mut zu und hoffte auf eine baldige Entlassung, oder man hoffte zumindest, vor weiteren Repressalien des NS-Regimes verschont zu bleiben. Bei den Vernehmungen, die man in der Geschäftsstelle der Gestapo den Frauen der Inhaftierten gegenüber als reine Vorsichtsmaßnahmen bezeichnete, wurde Maas beispielsweise vorgeworfen, zwischen 1933 und 1935 Kassierer des Katholischen Akademikervereins und zusätzlich Kohlenlieferant für Kirchen und Klöster in Aachen gewesen zu sein.⁴⁴⁷ Trotz der immer wieder gemachten Versprechungen, dass eine baldige Entlassung folgen würde, wurden ca. 600 bis 700 Gefangene in der Nacht des 31. August 1944 durch das zerstörte Aachen zum Hauptbahnhof geführt. Der Bestimmungsort des Abtransports war das *„Arbeitserziehungslager“* auf dem Messegelände Köln, eine Nebenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald. Nach der Erinnerung von Maas befanden sich dort etwa 1000 Holländer, Belgier und Franzosen - meistens solche, die aus dem Arbeitsdienst geflüchtet waren - in Inhaftierung, sowie eine zunehmende Zahl Deutsche, *„[...] die mal gemeckert hatten oder vor 1933 an der Spitze der demokratischen Parteien gestanden hat-*

⁴⁴⁶ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 16.

⁴⁴⁷ Vgl. Maas: M, Bd. II, S. 19.

*ten. In der Hauptsache Zentrumsleute, aber auch einige Sozialisten und Kommunisten [...]."*⁴⁴⁸

In diesem Lager, aus dem Adenauer drei Tage zuvor entlassen worden war, lernte Maas bei einer Untersuchung auf Arbeitsfähigkeit unter anderem Professor Bochers, Chefarzt am Aachener Luisenhospital, und Professor Rogowski von der Technischen Hochschule kennen. Viele im Lager meldeten sich freiwillig zur Arbeit, um so über die quälenden Tage hinwegzukommen. Im Gegensatz zu ihren „fremdrassigen“ Mithäftlingen wurde Maas nicht geschlagen, sondern „nur“ als „irregeleiteter Volksgenosse“ betrachtet. Obwohl die Inhaftierten Pakete empfangen duften, so wie Maas von seiner Frau aus Kalkar, war Maas bald durch die geringe Kost entkräftet. Nach ungefähr zwei Wochen wurden, mit Ausnahme von Maas und anderen Abgeordneten, zwei Drittel der politischen Häftlinge aus den Bezirken Köln und Aachen entlassen. Für die Übrigen war der Weitertransport ins Konzentrationslager Buchenwald geplant. Doch bevor es dazu kommen konnte, wurden die Bombenangriffe auf das Rheinland von Tag zu Tag heftiger. Durch Stacheldrahtzäune und bewaffnete Soldaten versuchte man, etwaige Ausbruchsversuche zu verhindern. Die Versorgung des Lagers wurde durch die immer näher rückenden Alliierten unterbrochen und dies führte im Zusammenspiel mit schlechten hygienischen Verhältnissen und dem seelischen Druck zu einer sehr hohen Sterblichkeit. Maas schrieb dazu: *„Ärztliche Versorgung war nicht vorgesehen, Medikamente waren nicht da, niemand kam ins Krankenhaus.“*⁴⁴⁹

Neben schweren Erkrankungen wie Flecktyphus, woran beispielsweise Ernst erkrankt war⁴⁵⁰, kam es zu ersten Todesfällen. Von den 70 Inhaftierten des Aachener Bezirks starben bei dieser ersten Todeswelle 9. Hinzu kam, dass die Gewalttätigkeiten gegenüber den Häftlingen immer stärker zunahmen. Aufgrund der geringen Essensrationen und wegen des Mangels an Kleidung waren immer häufiger Diebstähle aufgetreten, denen die Lagerlei-

⁴⁴⁸ Ebenda, S. 21.

⁴⁴⁹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 25.

⁴⁵⁰ Ebenda, S. 27.

tung durch Auspeitschungen, denen alle Lagerinsassen beiwohnen mussten, ein Ende zu setzen versuchte. Maas, der im Allgemeinen seinen Gesundheitszustand durch Essenspakete stabil halten konnte, aber dennoch Hunger und Kriegsleiden miterlebte, schrieb später: *„Schier unerträglich wurde es, in die Hungergesichter der armen Russen zu schauen, die uns umlagerten, wenn nur einer von uns ein wenig aß.“*⁴⁵¹

In dieser Zeit stand den Häftlingen ein Pfarrer aus Altenberg, welcher zur deutschsprachigen Grenzgemeinde Eupen gehörte, durch Gebetsstunden bei. Er unterstützte sie auch im geistigen Widerstand, denn wie Maas berichtete, waren sich die Lagerinsassen zwar nicht über das Ausmaß der nationalsozialistischen Machenschaften im Einzelnen im Klaren, hatten aber dennoch ein Bild von den Verbrechen des NS-Staates, und ihnen war aus Gesprächen mit Mitgefangenen bewusst, dass es im Deutschen Reich immer weniger Sympathien für die nationalsozialistische Herrschaft geben konnte. *„Es war kein Wunder, daß das letzte Fünkchen von Sympathie, das der ein oder andere von uns noch für das Dritte Reich haben mochte, nach dieser Behandlung in uns gestorben war. Dabei ahnten wir auch in Köln noch nicht, welches Ausmaß die Tätigkeit der Gestapo inzwischen eingenommen hatte, daß hunderttausende deutscher Volksgenossen ohne Richterspruch, einzig auf Verdacht oder Denunziation hin, monatelang in verseuchte Lager gesperrt wurden und die Behandlung darauf angelegt war, sie möglichst zu beseitigen.“*⁴⁵²

In dieser Situation, die der vieler anderer ähnelte, entstand endgültig der „Katakombengeist“, der den Männern und Frauen nach 1945 den Mut und die Kraft zum Neubeginn gab.⁴⁵³ Neben den Bedingungen der Lagerhaft wurden die Gefangenen auch durch die ständig präsente Frage der Entlassung oder Nicht-Entlassung sowie durch die immer stärker werdenden Bombardements zermürbt. Nachdem ein Großteil der Kölner Messehallen durch den

⁴⁵¹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 29.

⁴⁵² Ebenda.

⁴⁵³ Vgl. hierzu: Buchstab/Kaff/Kleinmann: Christliche Demokraten gegen Hitler, a. a. O., S. 13.

immer näher rückenden Krieg zerstört worden war, erfolgte Anfang Oktober die Verlegung zum Fort Köln-Müngersdorf. Doch auch das dort befindliche Barackenlager, welches vorher von Juden bis zu ihrem Abtransport in die KZs belegt worden war, bot keinerlei Schutz vor erneuten Angriffen seitens der alliierten Truppen.⁴⁵⁴ Als die Lagerleitung wenige Tage später aus Selbstschutz einsehen musste, dass sie keinerlei Chance gegenüber den näher rückenden Alliiertenverbänden haben würde, gelang es Dr. Schetter, einem bekannten Kölner Rechtsanwalt, die Entlassung der übrig gebliebenen Häftlinge zu erwirken. Die Kräfte der Inhaftierten waren zu diesem Zeitpunkt am Ende; viele erholten sich erst nach einer langen Krankheitsphase von den Folgen der Lagerhaft, einige gingen nur noch nach Hause bzw. in die Evakuierung, um zu sterben.⁴⁵⁵ Für Maas begann von Köln aus die Reise zu seiner Schwester ins niedersächsische Letter. Dies hatte zum privaten Evakuierungsplan der Familie Maas gehört. Aachen war zu dieser Zeit bereits von den Amerikanern eingenommen worden. Zusammen mit seiner Familie ging es für Maas von Letter aus weiter nach Münchshagen, wo sie auf eine hilfsbereite Bevölkerung stießen, da diese - so Maas - wusste, „[...] der Dr. Maas aus Aachen [...] kommt geradewegs aus dem KZ.“⁴⁵⁶

Trotz der ihm hier widerfahrenen Hilfsbereitschaft gelang es Maas nur langsam, sich von den Strapazen seiner Lagerhaft zu erholen. Zum einen lag dies - nach Aussagen von Maas - bis zum Einrücken der Kanadier in Münchshagen an seiner Angst vor weiteren Repressalien vonseiten der Nationalsozialisten, eben weil sich im Ort herumgesprochen hatte, dass er aus dem KZ kam. Zum anderen lagen die Nachrichten, welche sie von evakuierten Aachenern und vorbei rückenden Truppen über die Kämpfe und die Zerstörung in Aachen bzw. seiner alten Heimat am Niederrhein bekommen hatten, wie eine schwere Last auf ihm. „Die

⁴⁵⁴ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 30.

⁴⁵⁵ Beispielsweise Maas' Zellengenosse Dr. Hahn. Vgl. Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 30).

⁴⁵⁶ Ebenda, S. 39.

Stimmung war unerträglich geworden. Ein erstickender Pessimismus herrschte überall."⁴⁵⁷

Ohne Beschäftigung hatte Maas hier viel Zeit, sich Gedanken über das Erlebte zu machen und sich mit der Zukunft zu beschäftigen. Über das während seiner Inhaftierung Erlebte schrieb Maas: *„Rückschauend möchte ich trotzdem nicht auf die Zeit verzichten. Ich habe tiefer ins Leben hineingeschaut. Die Rosenkranzandachten in höchster Not werde ich nicht vergessen. Auch nicht die heimliche Messe in der Schusterwerkstatt des Kölner Lagers, die wir mit Hilfe von Frau Gerig, die einen Meßkoffer ins Lager schmuggelte, feiern konnten. Auch nicht den jeden Abend auf den Knien betenden, belgischen, kaum 15-jährigen Jungen, der neben mir schlief. Der Junge war den Nazis vom Arbeitsdienst weggelaufen. Das war sein ganzes Verbrechen. Und auch manchen wertvollen Menschen werde ich in Erinnerung behalten, der, oft schon jahrelang in Haft, durch das Unglück gereift war.*"⁴⁵⁸

Für die *„Zeit danach“* war vor allen Dingen das Kennenlernen der Arbeit der evangelischen Gemeinde Münchehagen wichtig, welche ihm bei der späteren Zusammenarbeit mit den Protestanten auf politischer Ebene zugute kommen sollte. Zurückdenkend an diese Zeit erinnert sich sein Sohn Dr. Guido Maas an ein Gespräch mit seinem Vater, welcher gesagt hatte: *„Jetzt wird der Krieg bald zu Ende sein und dann werden alle Leute in der ganzen Welt erfahren, was die Nazis für Verbrecher waren. [...] es wird in der ganzen Welt bekannt, was da alles passiert ist. Wenn man uns vorhält, was die Deutschen verbochen haben, muß Du wissen, daß die Nazis und Deutschland nicht identisch waren.*"⁴⁵⁹

Hierzu ist nach Auskunft seines Sohnes zu bemerken, dass Dr. Albert Maas zu diesem Zeitpunkt, obwohl er in Köln unmittelbar beim Abtransport der Häftlinge in die KZs dabei war, nicht

⁴⁵⁷ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 37.

⁴⁵⁸ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 32.

⁴⁵⁹ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

wusste, in welcher Form die nationalsozialistische Maschinerie in den Konzentrationslagern arbeitete.⁴⁶⁰ Er hätte vermutlich auch alle Zeugnisse davon für gestellte Aufnahmen gehalten. In der Zeit zwischen dem Bekanntwerden von Hitlers Tod und dem endgültigen Waffenstillstand am 8. Mai 1945 kreisten Maas' Gedanken, wie wohl die Gedanken der meisten derer, die sich in der Evakuierung befanden, um die Rückkehr in die Heimat und die Befürchtung, dass die Welt auf die Brutalitäten der nationalsozialistischen Verbrechen mit noch größerer Gewalt antworten könnte.

*

Für Helene Weber legte sich mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 ein Schleier des Misstrauens über ihre Tätigkeit im Ministerium, über die sie bis zu diesem Zeitpunkt rückblickend eine positive Bilanz zog: *„Vierzehn Jahre habe ich verantwortlich in einem preußischen Ministerium gearbeitet. Meine Tätigkeit erstreckte sich auf Jugendfragen und Bildungsziele der Fürsorger und Fürsorgerinnen. Alle Probleme und praktischen Aufgaben, die ich zu organisieren und zu lösen hatte, sollten die Menschen und die Menschengruppen in der Freiheit ihres Wirkens belassen. Es war ein gutes Prinzip, daß man im Ministerium die Jugendarbeiten aller Organisationen fördern wollte und niemals daran dachte, eine staatliche Jugendpflege aufzubauen. Auch in der Entwicklung der Wohlfahrtsschulen wurde der Grundsatz des freien Schaffens, der schöpferischen Tätigkeit der Schulen gepflegt, weil die Freiheit der Persönlichkeit geschätzt und geachtet wurde.“*⁴⁶¹

Immer mehr Mitarbeiter traten der NSDAP bei und spionierten diejenigen aus, die sich zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung bekannten. Immer mehr sollte Helene Weber in der Folgezeit deutlich werden, dass das nationalsozialistische Herrschaftssystem keinen Widerspruch duldete.⁴⁶²

⁴⁶⁰ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁴⁶¹ Zitiert nach Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 410.

⁴⁶² Vgl. Braun, Michael: Helene Weber, in: Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/

Später erinnerte sich Helene Weber mit Bitterkeit an die Zeit ihrer Beschäftigung im Ministerium in den ersten Monaten nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in denen sie sich „vollständig verlassen vorkam“: *„Wir standen in den Verwaltungen wie auf einem Vulkan und wußten nicht, in welche Tiefe wir versanken [...]. Im Ministerium war man plötzlich vollständig verlassen. Spionage umlauerete uns. Falsche Anzeigen waren jeden Tag zu befürchten. Freunde besaß man nicht mehr, nur noch angsterfüllte Kollegen.“*⁴⁶³

Aufgrund dieser Situation sah Helene Weber ihre fristlose Entlassung innerhalb von 24 Stunden nach dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 30. Juni 1933 als eine Befreiung von einer Arbeit an, die sie unter den neuen Verhältnissen nicht mehr leisten wollte. Rückblickend erinnert sich Helene Weber: *„[Somit] wurde mir die persönliche Entscheidung, in der ich niemals wankend war, von der NS-Regierung abgenommen.“*⁴⁶⁴

Wie viele Kollegen und Freunde bezeugen, sah Helene Weber schon früh das Verhängnis herankommen,⁴⁶⁵ und so sprach sie, die dem republikanischen Flügel des Zentrums zuzurechnen war,⁴⁶⁶ sich in Anbetracht dessen im März 1933 in einer Probeabstimmung der Zentrumsfraktion des Reichstags gegen das Ermächtigungsgesetz aus.⁴⁶⁷ In einer dramatischen Auseinandersetzung wurde jedoch eine einheitliche Abstimmung der gesamten Zentrums-Reichstagsfraktion in der Krolloper erzwungen, der sich

Wien, 1982, S. 145-156, hier: S. 151f (Künftig zitiert: H. Weber, a. a. O., S.).

⁴⁶³ Zitiert nach: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954-1978), Bonn 1979, S. 190 (Künftig zitiert: CDU: Der deutsche Widerstand, a. a. O., S.).

⁴⁶⁴ Vgl. Ernte eines Lebens, zitiert nach Reichel: Dr. Helene Weber, a. a. O., S. 28.

⁴⁶⁵ Vgl. Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 410.

⁴⁶⁶ Vgl. Morsey: Weber, a. a. O., S. 229.

⁴⁶⁷ Mit ihr lehnten bei dieser internen Abstimmung Bolz, Brüning, Wirth und Christine Teusch das Ermächtigungsgesetz ab.

auch Helene Weber beugen musste.⁴⁶⁸ Trotz der 15 Gegenstimmen, die die geheime Abstimmung zuerst gebracht hatte, beugte sie sich später, nach der Erklärung von Ludwig Kaas (*1881 †1952)⁴⁶⁹ am 23. März 1933 im Plenum, dem Mehrheitsbeschluss der Fraktion für die Annahme des Gesetzes. Über diese Zeit schreibt Weber später: *„Niemals werde ich jene Tage und Stunden vergessen, in denen immer deutlicher wurde, was man vor seinem Gewissen noch verantworten konnte und was unerbittlich von der staatlichen Gewalt gefordert wurde [...]. Konnte man sich mit seiner persönlichen Überzeugung für das, was man bearbeitete und von Gruppen des Volkes verlangte, einsetzen? Wenn man sich selber treu bleiben wollte, dann mußte man den Weg der Freiheit und des Rechtes gehen.“*⁴⁷⁰

Nach der Entlassung aus dem Ministerium, wo es Weber nur schwer gelang, sich ihre spätere Pension zu sichern, wurde ihr auch jede andere Art der öffentlichen Tätigkeit in Form von Vorträgen oder schriftlichen Äußerungen untersagt. Da der nationalsozialistische Staat den gesunden, starken Menschen verherrlichte und die Betreuung von verwahrlosten oder gefährdeten Menschen für eine Verschwendung von Zeit, Energie und Geldmitteln hielt und diese Menschen der kirchlichen Nächstenliebe überließ, war es Helene Weber möglich, sich in den Vorkriegs- und Kriegsjahren unbehelligt im katholischen Fürsorgeverein in Berlin zu engagieren. Durch die Rassengesetze und die Gesetze über das unwerte Leben erfuhr die fürsorgerische Arbeit in den folgenden Jahren eine dramatische Zuspitzung. Immer wieder wurden von staatlicher Seite her Anfragen an die Fürsorgerinnen gestellt, die durch ihre Arbeit und die Einblicke in die Familien Auskünfte erteilen konnten. Um diesem Vorgehen entgegenzuwirken und in der Gewissheit, dass das Ende des nationalsozialistischen Staates kommen würde und aus den Trümmern die christlichen Werte hinübergerettet werden müss-

⁴⁶⁸ Schneider, Michael: Weber, Helene, Politikerin, In Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 236-357, hier: S. 357.

⁴⁶⁹ Vgl. Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, 2. Aufl., München 2001, S. 638 und Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen Bd. II. Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004, S. 12.

⁴⁷⁰ Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 411.

ten,⁴⁷¹ hielt Helene Weber die Stärkung des Durchhaltevermögens ihrer Fürsorgerinnen für eine ihrer Hauptaufgaben. Durch eine rege Reisetätigkeit durch das gesamte Deutsche Reich versuchte sie, ihre Ideen zu übermitteln. Über diese Art der Betätigung, bei der sie vielen Menschen eine Hilfe und Stütze im Kampf gegen den Nationalsozialismus war, schrieb sie später: *„Ich habe mich von Sommer 1933 bis Herbst 1944 nicht in eine Klausur zurückgezogen. Ich wußte, daß andere wichtige Aufgaben unsere Arbeitskräfte forderten, und daß der verantwortliche Mensch fähig sein mußte, zu leben und zu wirken [...]“*⁴⁷²

Als 1944 Berlin immer häufiger das Ziel ausgedehnter alliierter Luftangriffe wurde, verlor auch Helene Weber ihre Wohnung und siedelte zu ihrer Schwester nach Marburg über. Dort wurde sie von Angehörigen der Gestapo gewarnt, wenn *„dicke Luft“* im Verzuge war. Offensichtlich aufgrund solcher Warnungen gelang es ihr, auf Reisen zu gehen und sich auf diese Weise nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 – in dessen Folge auf Befehl Himmlers sämtliche ehemaligen Zentrumspolitiker verhaftet werden sollten – der Aufmerksamkeit der Gestapo zu entziehen.⁴⁷³ Das Kriegsende erlebte Helene Weber in ihrer Heimatstadt Elberfeld. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Zeit der Hitler-Herrschaft für Helene Weber zwar eine Zeit des Schreckens und der Bedrängnis war, die sie jedoch, anders als viele ihrer politischen Mitstreiter, ohne Verhaftung oder Martyrium überstand. Sich dessen bewusst und selbstkritisch auf die Vergangenheit schauend, erklärte Weber 1961 während einer Tagung über das Verhalten der deutschen Katholiken im Jahre 1933: *„Eigentlich hätten wir uns alle wie eine Mauer gegen den Nationalsozialismus stellen müssen. Ich stelle mir das heute vor, daß ich nicht die letzte am Schafott gewesen bin. Eine Ahnung von diesem Grauenhaften haben wir in einem gewissen Umfange doch gehabt.“*⁴⁷⁴

⁴⁷¹ Vgl. Reichel: Dr. Helene Weber, a. a. O., S. 29.

⁴⁷² Zentrale des katholischen Frauenbundes (Hrsg.): Ernte eines Lebens. Zum 80. Geburtstag von Helene Weber am 17. März 1961, Köln o.J., S. 127.

⁴⁷³ Vgl. CDU: Der deutsche Widerstand, a. a. O., S. 191.

⁴⁷⁴ Zitiert nach: Morsey: Weber, a. a. O., S. 230.

3.2.4 Kapitulation und Besetzung im Leben von Maas und Weber

Im niedersächsischen Münchenhagen war Dr. Albert Maas im Frühjahr 1945 nur vage über die militärischen und politischen Vorgänge in seiner Heimat unterrichtet. Unter den Zeitungen, die die fremden Truppen bei ihrem Durchmarsch nach Berlin ab und an auf die Straße warfen, fand er im April eine Ausgabe der „Aachener Nachrichten“. Hieraus konnte er entnehmen, dass Aachen seit Oktober 1944 von alliierten Truppen besetzt war, die AN als erste deutsche Zeitung von den Amerikanern lizenziert worden war und dass der frühere sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Philipp Lude aus Stolberg als Regierungspräsident mit dem Aufbau einer neuen Regierung betraut worden war. Des Weiteren stellte Maas fest, dass ihm altbekannte Leute wie der frühere Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Rombach, der Beigeordnete Albert Servais und der frühere Schulrat Beckers zum Wiederaufbau herangezogen worden waren. Aus einer dieser „weggeworfenen“ Zeitungen erfuhr Maas auch vom Tode Oppenhoffs, wie sich sein Sohn Guido erinnert: *„Mein Vater wurde plötzlich todweiß, aus Angst, es könnte auch ihm so ergehen und er könnte verhaftet werden.“*⁴⁷⁵

Zu dieser Angst vor den Vergeltungsmaßnahmen des Regimes, die die Menschen befiel, nur weil sie der Auffassung waren, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte, kam in den ersten Tagen nach Kriegsende die Furcht vor der Flut von hunderttausenden Zivilzwangsarbeitern, die aus den von den Nationalsozialisten unterjochten Ländern freigelassen wurden. Auch in Münchenhagen erlebten die Maas' Räubereien durch russische und polnische Trupps, die nachts die Häuser überfielen und sie, während man die Bewohner mit Waffen in Schach hielt, ausraubten. In dieser Situation beschloss Maas zur Abklärung der Lebensmöglichkeiten in der Heimat die alleinige Rückkehr nach Aachen. Trotz seines schwachen Gesundheitszustands fuhr Maas mit einem unter großen Mühen beschafften Fahrrad die 70 km nach Aachen in 10 Stunden. Was er dort vorfand, erschütterte ihn zutiefst. Erst wenige tausend Menschen waren in die Stadt

⁴⁷⁵ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

zurückgekehrt; im Übrigen herrschte „*grausige Verwüstung wohin man blickt, stellenweise muß man über den Schutt klettern.*“⁴⁷⁶

Zu seiner Erleichterung fand er sein Haus am Colynshof ohne größere Schäden vor, allerdings von einer ihm nur flüchtig bekannten Familie besetzt. Der neu eingesetzte Regierungspräsident hatte die schwierige Aufgabe, den nunmehr täglich zu tausenden zurückströmenden Aachenern,⁴⁷⁷ die 2/3 der Häuser in der Stadt zerstört vorfanden, irgendeine Bleibe zu verschaffen. Die rechtliche Regelung für die Besetzung der Häuser musste auf der anderen Seite wieder in die Eigentumsrechte eingreifen. Hierzu bemerkte Maas: „*Man muß bedenken, daß die Zurückströmenden in der Mehrzahl Hab und Gut verloren hatten, überwiegend keine Wohnungen vorfanden und oft keinerlei Respekt vor dem Eigentum jener hatten, die der Krieg noch halbwegs verschont hatte. So erfolgte vielfach ein wildes Besetzen der Häuser, deren Einwohner noch nicht zurückgekehrt waren.*“⁴⁷⁸

Trotz der Schäden und Entwendungen in seinem Aachener Haus konnte Maas feststellen, dass seine Habe in Breinig und Kreuzau den Krieg unbeschadet überstanden hatte. Während seines Aufenthaltes in der Stadt wurde Maas in der Jakobstraße versorgt. Hier hatte die Stadt im Lokal „Bürgerbräu“ in begrenztem Maße Verpflegung zur Verfügung gestellt. Nach dem Ende seiner Erkundungen trat Maas die Rückkehr nach Mönchehagen an. Hierbei bestand für ihn die Schwierigkeit, dass er keinen Erlaubnisschein zur Überschreitung des Rheins und damit der Grenze der Besatzungszone hatte. Erst nach drei Wochen war es ihm möglich, zu seiner Familie zurückzukehren. Gemeinsam mit anderen Familien aus dem Rheinland brachen die Maas' mit dem wieder angewachsenen Hausrat sowie einigen Lebensmittelvorräten mit einem Lastauto in Richtung Aachen auf. Die Fahrt ging aufgrund der Auswirkungen des Krieges nur langsam und mühevoll voran; so gestaltete sich beispielsweise die Überquerung des

⁴⁷⁶ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 44.

⁴⁷⁷ Die Stadt hatte zu diesem Zeitpunkt eine Aufnahmekapazität von ca. 30.000 Menschen. Am Ende des Jahres hatten sich bereits 100.000 Menschen in Aachen zurückgemeldet.

⁴⁷⁸ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 44f.

Rheines als sehr schwierig, da alle Rheinbrücken zerstört waren. Nach mehreren Zwischenübernachtungen kehrte Maas schließlich am 10. Juli 1945 nach Aachen zurück. In ihrem eigenen Haus bekam die Familie Maas ein Zimmer zugeteilt, und aufgrund ihres Kinderreichtums erhielten sie von der Stadt einen Herd. Über die folgende Zeit schrieb Maas später: *„Es begann [...] ein schwerer Daseinskampf. Zwar bestand die staatliche Lebensmittelverteilungsorganisation der Nazis noch fort, aber die zur Verteilung kommenden Mengen waren so kümmerlich, daß es sich oft nicht lohnte, sie abzuholen. Bei Fleisch zum Beispiel erreichten sie oft nicht 50 Gramm. Ebenso gab es keinerlei Kohlen.“*⁴⁷⁹

In der Folgezeit ging es an die Wiedereinrichtung und an die Beschaffung von Kleidung. Allmählich kam es auch in Aachen zu einem Wiedererwachen des Stadtlebens. Nach einigen Monaten konnten Teilstrecken des Straßenbahnnetzes wieder in Betrieb genommen werden. Die Hauptstraßen erhielten nach und nach wieder Beleuchtung, Schuttberge verschwanden von den Straßen und Bürgersteigen. Einsturzgefährdete Giebel und Schornsteine wurden umgelegt und die schlimmsten Bombentrichter gefüllt. Das Kanalnetz, welches so schweren Schaden genommen hatte, dass in manchen Häusern die Abwässer in den Kellern standen, wurde notdürftig repariert. Das große städtische Krankenhaus hatte seine gesamte Einrichtung verloren. Die Kranken mussten zeitweilig aus Konserven essen. Es ist erstaunlich, dass die aufgrund der fehlenden Nahrungsmittel einsetzende Hungerperiode nicht die gefürchtete Sterblichkeitssteigerung brachte sowie dass bei den vorherrschenden hygienischen Verhältnissen keine Epidemien ausbrachen.⁴⁸⁰ Folglich stellten sich nach der Kapitulation alle Deutschen, die über ihre eigene, vielleicht erbärmliche Lage sowie über die ihres Volkes und Vaterlandes in politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht nachdachten, die Frage, wie es nun weitergehen sollte. *„An ein*

⁴⁷⁹ Ebenda, S. 49.

⁴⁸⁰ Vgl. Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 51f.

Wiedererstehen Deutschlands zu glauben, dazu gehörte damals ein ‚sperare contra spem‘. Ein Hoffen wider alle Hoffnung.“⁴⁸¹

Zu diesen Menschen, die Hoffnung besaßen, gehörte Maas. Doch anders als viele seiner Mitmenschen sah er die Vergangenheit Deutschlands kritisch. *„Daß viele selbst mit Schuld waren, daß solches Unglück über Deutschland gekommen war, indem sie den gewissenlosen Nazianhängern mit in den Sattel geholfen hatten, davon wollten sie nichts wissen. Natürlich war auch niemand Parteigenosse gewesen.“⁴⁸²*

Aus diesem Grund begrüßte Maas die relativ schnelle Entscheidung der Besatzungsmächte, dass Deutschland nach einiger Zeit wieder eine eigene Regierung mit einer demokratischen Regierungsform haben müsse und dass diese ohne die Zulassung von demokratischen Parteien undenkbar sei. Trotz seiner Zustimmung für die Erkenntnis der Alliierten betrachtete Maas die Zulassung von politischen Parteien sowie die Einsetzung einer deutschen Regierung zu diesem Zeitpunkt mit gemischten Gefühlen, wie seinen Erinnerungen zu entnehmen ist: *„Ob diese sich bewähren würde, wußte niemand. Die Weimarer Republik, die nur 14 Jahre bestanden hatte, war 1933 von den Nazis überwunden worden; nicht ohne Schuld der politischen Parteien selbst, die sich gegenseitig bekämpften, anstatt ihre Kraft gesammelt gegen die nationalsozialistischen Revolutionäre einzusetzen. Nicht ohne Schuld der herrschenden Regierungen, die zuließen, daß der demokratische Freiheitsbegriff so weit ausgedehnt wurde, daß sogar den grundsätzlichen Gegnern der demokratischen Staatsform jede Maulwurftätigkeit erlaubt wurde.“⁴⁸³*

Diese Entwicklung bestärkte Maas' Drang nach politischer Betätigung und nach grundlegenden Reformen. Ihm war klar, dass der Versuch, an der vertrauten Politik der früheren Zentrumsparterie wieder anzuknüpfen, fehlschlagen würde.⁴⁸⁴ Schon sehr früh, kur-

⁴⁸¹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 55.

⁴⁸² Ebenda, S. 50.

⁴⁸³ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 56.

⁴⁸⁴ Vgl. Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 16.

ze Zeit nach seiner Rückkehr aus der Evakuierung, hatte sich Maas mit Ernst zu einer Aussprache über alte Gesinnungsgenossen getroffen. Doch wer zu dieser Zeit dem Glauben anhing, dass sich die Menschen nach einer zwölfjährigen Terrorherrschaft für eine Politik entscheiden würden, die eine Wiederkehr derartiger Herrschaftsverhältnisse ausschloss, hatte die Lage falsch eingeschätzt. Die Auffassung, dass die, die sich früher nicht am politischen Leben beteiligt hatten, sich ihrer ungeheueren Verantwortung bewusst werden würden und nun mit anpacken würden, um aus dem politischen Elend herauszukommen, war ebenso falsch. *„Das Volk hatte zuviel gelitten. Der seelische Zusammenbruch war noch größer als der politische und wirtschaftliche.“*⁴⁸⁵

Daneben waren die ehemaligen demokratischen Politiker zwölf Jahre lang bekämpft worden und ihre Führer waren in den Gefängnissen, KZs oder im Krieg gestorben bzw. ausgewandert. *„So waren die Aussichten, Kräfte für den freiheitlichen Wiederaufbau Deutschlands zu gewinnen, recht gering.“*⁴⁸⁶

Dennoch versuchten die Besatzer, wie bereits dargestellt, anhand von Listen mit Namen von bekannten Nicht-Nazis bzw. Personen, die während des Nationalsozialismus verfolgt worden waren und vorher politisch aktiv gewesen waren, mögliche Kandidaten für den demokratischen Neuanfang ausfindig zu machen. So kamen auch die alliierten Vertreter mit dem Satz *„Wir wollen die Verwaltung wieder aufbauen. Wir brauchen Sie.“*⁴⁸⁷ auf Dr. Albert Maas zu. Maas war sofort bereit, sich für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Zu seiner Motivation schrieb er in seinen Memoiren: *„Ich selbst konnte und wollte mich dem neuen Versuche, das deutsche Volk aus der Not zu führen und ein neues Staatswesen auf christlich-demokratischer Grundlage zu begründen, nicht entziehen. Ich wollte mir nicht sagen las-*

⁴⁸⁵ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 56.

⁴⁸⁶ Maas, M, Bd. II, a. a. O., S. 56.

⁴⁸⁷ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

sen, in der Stunde der Not, da Männer gebraucht wurden, hätte auch ich versagt."⁴⁸⁸

Aus dieser Motivation heraus kann man Maas' erste politische Aktivität in der Nachkriegszeit in der Rekrutierung möglichen politischen Personals sehen. Stundenlang zog er zu Fuß oder mit dem Fahrrad, welches er gegen seine alte Schreibmaschine getauscht hatte, durch das zerstörte Aachen, um Männer und Frauen zu besuchen, die seiner Meinung nach als mögliche Kandidaten für einen politischen Neubeginn infrage kamen. Meist jedoch kehrte Maas am Abend deprimiert zurück und sagte: *„Herrn X und Frau Y hätte ich so gerne gewonnen, um dies oder jenes zu machen. Wie soll ich nur eine arbeitsfähige Fraktion zusammenbekommen. Die muß sich zusammensetzen aus allen Bevölkerungsschichten, aus allen Berufen.*"⁴⁸⁹

Diese Art von Arbeit hatte sich Maas, für den der Begriff Vaterland mit Inhalt gefüllt war⁴⁹⁰, anders vorgestellt. Dass die Ablehnung allem Politischen gegenüber auch in den von ihm angesprochenen christlich-demokratischen Kreisen vorhanden war, war ihm bis zu diesem Zeitpunkt, wie aus seinen Aufzeichnungen hervorgeht, nicht bewusst gewesen. *„[...] die Hoffnung, daß der entsetzliche Krieg mit seinen schreckensvollen Bombennächten eine religiöse Erweckung zur Folge haben würde, erwies sich als nichtig [...]. Not lehrt nicht beten, sondern [...] bestärkte sie nur in ihrem Glauben, daß die Menschheit nur ein willenloses Spielzeug in der Gewalt unfaßbarer und unkontrollierbarer Mächte sei.*"⁴⁹¹

Trotz dieser bitteren Erfahrungen waren nicht alle Menschen von einem tödlichen Pessimismus betroffen, sodass es doch noch einige Männer und Frauen gab, die sich in den Gefängnissen und Lagern politisch näher gekommen waren und nun zu einer Sammlung der christlich-demokratischen Kräfte und damit zur poli-

⁴⁸⁸ Maas, M, Bd. II, a. a. O., S. 57.

⁴⁸⁹ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁴⁹⁰ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁴⁹¹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 56.

tischen Überbrückung des 400-jährigen Gegensatzes der christlichen Konfessionen bereit waren. Dennoch musste Maas, wie viele seiner Mitstreiter in ganz Deutschland, feststellen, dass diese Gedanken am leichtesten im katholischen Volksteil zu realisieren waren. Etwa 90% der alten Zentrumsmitglieder, die in Aachen die NS-Herrschaft und den Krieg überlebt hatten, waren für den Anschluss an eine interkonfessionelle Partei. Schwieriger stellte sich die Gewinnung von Protestanten dar, was Maas sich wie folgt erklärte: *„Wie der Katholizismus das Prinzip der Autorität hochhält, so der Protestantismus das Prinzip der Freiheit.“*⁴⁹²

Trotz der Schwierigkeit, diese unterschiedlichen Prinzipien miteinander zu verbinden, war bereits im 2. Halbjahr des Jahres 1945, als sich schon überall im Land Ortsgruppen der Christlich-Demokratischen Union gebildet hatten, auch die Entscheidung in Aachen gefallen.

Bis 1956 blieb Maas der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union in Aachen. 1946 und 1947 sah man ihn als aktiv teilnehmenden Abgeordneten im Stadtrat und im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Im Oktober 1946 wurde Maas zum Oberbürgermeister der Stadt Aachen gewählt und hatte dieses Amt bis 1952 inne. Während dieser Zeit war Maas maßgeblich an der Schaffung des Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen sowie an der Gründung der Aachener Volkszeitung beteiligt. Maas starb am 10. Juli 1971.

*

Ebenso wie Dr. Albert Maas in Aachen gehörte auch Dr. Helene Weber zu dem Reservoir von fähigen Menschen, die nach dem Ende des Dritten Reiches Deutschland in eine demokratische Zukunft führen konnten. Bis zur Machtergreifung und dem plötzlichen Ende ihrer politischen Karriere 1933 war Webers politische Haltung von zwei Grundsätzen bestimmt gewesen. Zum einen von dem Glauben, dass unser Staat auf christlichen Grundlagen aufgebaut werden muss, und zum anderen von der Erkenntnis, dass

⁴⁹² Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 58.

der Staat vom Volk getragen werden muss und aus diesem Grund nach der Mitarbeit all seiner Bürger verlangt. Von dieser Auffassung hatten Helene Weber auch die Machtergreifung, die Zeit des Dritten Reiches sowie die Folgen des Krieges nicht abbringen können.⁴⁹³ Trotz der zermürbenden Kriegsjahre und der erlebten Not besaß Helene Weber den Mut, an die Zukunft zu denken. *„Wie wollen wir Berlin retten, auch die Ostzone retten [...] und alles das erreichen, wenn wir nicht zukunftsfreudig sind? [...] Das will ich bleiben bis an mein Lebensende.“*⁴⁹⁴

1946 trat Helene Weber der CDU bei und wurde Mitglied in dem von der britischen Besatzungsmacht ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen. Während dieser Zeit widmete Weber ihre gesamte Arbeitskraft dem Aufbau eines christlich-sozialen Deutschlands und rief aus diesem Grund 1946 den katholischen Fürsorgerinnenverein wieder ins Leben. Dieser nahm wiederum Verbindungen zur *„Union Catholique Internationale de Service Social“* (UCISS) in Brüssel auf. Webers mütterliches Erbe sowie ihre berufliche Tätigkeit in der Grenzstadt Aachen hatten ihr den Blick für eine Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit geschärft,⁴⁹⁵ welche sie ab 1950 als Vorstandsmitglied weiter zu intensivieren versuchte. In der Folgezeit vertrat Weber den deutschen Fürsorgerinnenverband bei diversen Reisen, unter anderem nach Rio de Janeiro, Tokio, Hongkong und New York sowie ins europäische Ausland. Nach ihrer Berufung in den nordrhein-westfälischen Landtag wurde Weber am 14. August 1949 in den ersten Deutschen Bundestag gewählt, wo sie 1950 zum Mitglied der deutschen Delegation in Straßburg berufen wurde und deren Leitung übernahm.⁴⁹⁶ In konsequenter Fortführung ihrer Arbeit im Bundestag trat sie auch im Europarat, im Bewusstsein der Bedeutung für ein vereinigtes Europa für die sozialen und gesellschaftspolitischen Aufgaben in Form der Charta der Menschenrechte und der Europäischen Sozialcharta ein.⁴⁹⁷ 1953 wurde

⁴⁹³ Vgl. Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 412.

⁴⁹⁴ Helene Weber zitiert nach Braun: H. Weber, a. a. O., S. 155.

⁴⁹⁵ Vgl. Morsey: Weber, a. a. O., S. 229.

⁴⁹⁶ Zur *Nouvelles Equipes International*; vgl. hierzu: Jansen, Thomas. Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung, Brüssel 2006, S. 47-57.

⁴⁹⁷ Vgl. Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 415f.

Helene Weber für die Stadt Aachen mit 57,7% der Stimmen direkt in den ersten Deutschen Bundestag gewählt. An Adenauers Zutun, Helene Weber den Wahlkreis Aachen Stadt zuzusprechen, und an Webers politische Verbindung nach Aachen weiß sich ein Zeitzeuge zu erinnern. *„Sie hat ihr Mandat im deutschen Bundestag nicht als Aufgabe gesehen, für die Stadt etwas zu tun, sondern für unser Volk. [...] die Politik der Westintegration, die Politik der Freiheit [...], also alle Dinge, die nichts mit dem Aachener Rathaus unmittelbar zu tun hatten. Helene Weber hat ihre großen Meriten nicht um Aachen, aber um die deutsche Politik erlangt.“*⁴⁹⁸

In diesen zwar würdigenden Worten eines Aachener CDU-Mitgliedes über Helene Weber und ihr politisches wie soziales Engagement schwingt jedoch die indirekte Kritik an einer nicht ausschließlich oder zumindest vorrangig für Aachen arbeitenden Politikerin mit. Diese Einschätzung hatte zur Folge, dass Helene Weber, welche durch eine enge, freundschaftliche Verbindung zu Adenauer nach Aachen gekommen war, bereits 1957 nicht mehr als Direktkandidatin der Aachener CDU aufgestellt wurde. Das Problem, welches die Aachener mit Helene Weber hatten, skizziert ein Zeitzeuge wie folgt: *„Wir wollten jemanden bei uns haben und da Helene Weber nicht nach Aachen ziehen wollte, fehlte uns die innere Bindung. Das war wohl der ausschlaggebende Faktor, daß sie später nicht mehr akzeptiert wurde. Wir waren der Auffassung, daß ein Abgeordneter da wohnen soll, wo er gewählt wurde.“*⁴⁹⁹

Durch Adenauers Zutun, der der Ansicht war, dass Helene Weber mehr Politik im kleinen Finger habe als mancher Mann in der ganzen Hand⁵⁰⁰, wurde sie 1957 wie auch in der 3. und 4. Legislaturperiode trotz der Gegenwehr in Aachen über die Landesliste in den Deutschen Bundestag gewählt.

⁴⁹⁸ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁴⁹⁹ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁵⁰⁰ Vgl. Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 412.

Für ihre politischen Verdienste und ihr soziales Engagement wurde ihr nach dem Erhalt des Bundesverdienstkreuzes und des päpstlichen Ordens „*Pro Ecclesia et Pontifice*“ im Jahre 1961 das große Bundesverdienstkreuz mit Schulterband verliehen. Ein Jahr später, am 25. Juli 1962, verstarb Helene Weber in Bonn. Im Nachruf der beratenden Versammlung des Europarates vom September 1962 hieß es: „[...] Weisheit und große Kenntnis zeichneten die Mitarbeit von Frau Helene Weber in unseren Sitzungen aus, in denen wir durch ihre geistige Wendigkeit und die Treffsicherheit ihrer Bemerkungen überrascht wurden. Aus religiöser Überzeugung von einem hohen Ideal der Menschlichkeit durchdrungen, hat Helene Weber stets ohne Unterlaß für die soziale Gerechtigkeit gekämpft. Diese Frau besaß eine große Seele und außergewöhnlichen Edelmut [...].“⁵⁰¹

3.3 Profile weiterer Parteigründer

Neben dem Hauptinitiator für die Gründung der Aachener CDU gehörten folgende Personen dem Gründerkreis an: Dr. Albert Maas, Dr. Josef Hofmann, Johannes Ernst, Johannes Stiehl, Herr Schneider, Dr. Karl Mertens, Wilhelm Limbach, Ernst Weber, Johannes Volk, Josef Peters, Matthias Hermanns, Josef Hermanns, Matthias Oehl, Josef Schönheit, Fritz Moher, Fritz Winandy.⁵⁰² Im Folgenden sollen noch die für die Gründung und die anfängliche Entwicklung der Aachener Christdemokratischen Union bedeutenden Personen Johannes Ernst, später nordrhein-westfälischer Arbeits- und Sozialminister, und Dr. Josef Hofmann, Mitbegründer der CDU und Hauptinitiator der „*Aachener Volkszeitung*“, kurz biografisch vorgestellt werden.

Johannes Ernst stammte aus dem Ermland in Ostpreußen. Geboren war der Sohn eines Landarbeiters am 30. Oktober 1888 in Kirchienen/Kreis Braunsberg. 1905 siedelte er mit der elterlichen Familie nach Lünen bei Dortmund über, wo er Bergmann wurde und dem „*Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutsch-*

⁵⁰¹ Stenographischer Bericht der Beratenden Versammlung des Europarates 1962, S. 256, zitiert nach Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 416.

⁵⁰² Teilnehmerliste zur Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei, Ortsverband Aachen (RWV 46-115).

lands" sowie der „Katholischen Arbeiterbewegung" beirat. Nach dem Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg wurde Ernst 1919 wieder Bergmann und war als Gewerkschaftssekretär in Schlesien tätig, wo er den Abstimmungskampf um Oberschlesien mitmachte. 1921 siedelte er, bedingt durch seine Einsetzung als Gewerkschaftssekretär für das Aachener Steinkohlerevier, nach Aachen über. In Aachen leitete er den „passiven Widerstand" der Bergarbeiter gegen die damalige belgische Besatzungsmacht und organisierte Streiks sowie die Zahlung der Streikgelder, die vom Deutschen Reich bereitgestellt wurden. Durch derartige Aktivitäten gelangte er in belgische Gefangenschaft. Nach seiner Freilassung wurde er in der Deutschen Zentrumspartei politisch aktiv, für die er dann im Sommer 1932 für den Wahlkreis Köln-Aachen in den Deutschen Reichstag gewählt wurde. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 verlor er alle Mandate und wurde auch seines Amtes als Gewerkschaftssekretär enthoben. Seine Kontakte zu führenden Zentrumsmitgliedern wie Jakob Kaiser und zu Personen des Widerstands gegen das Dritte Reich führten infolge der Ereignisse nach dem 20. Juli 1944 zu seiner Verhaftung. Ebenso wie Maas wurde er in den Kölner Messehallen, der Nebenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald, gefangen gehalten. Dort erkrankte er an Flecktyphus und konnte deshalb seinem vorgesehenen Transport nach Buchenwald entgehen. Nach 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in Aachen und Nordrhein und wurde einer der Lizenzträger der neu gegründeten „Aachener Volkszeitung". Von 1946 bis 1949 und von 1954 bis 1956 war er gewählter Landrat des Kreises Aachen und seit 1946 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Dort wurde er im dritten Kabinett unter Ministerpräsident Karl Arnold 1950 zum Arbeits- und Sozialminister ernannt. Mit Unterbrechungen hatte er dieses Amt bis 1959 inne, als er schließlich nach Bonn zum Minister für Bundesratsangelegenheiten berufen wurde. Mehrfach trat Johannes Ernst als Schlichter bei Arbeitskämpfen auf, wie beispielsweise zur Jahreswende 1956/57 beim Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein und Ende 1957 beim Tarifstreik der Metall verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik in Bad Soden

im Taunus. Johannes Ernst, der bis zuletzt aktiv als Herausgeber der „Aachener Volkszeitung“ mitarbeitete, starb am 20. April 1969.

*

Dr. Josef Hofmann wurde am 1. Mai 1897 in Hannover geboren. Er entstammte einer christlich-sozial geprägten Familie, deren Vater im Kolpingverein aktiv war. Er selbst wurde, nachdem er seine Soldatenzeit im Ersten Weltkrieg hinter sich hatte, während seines Studiums an der Universität Münster Mitglied des Studentenvereins Germania im KV. Nach seiner Promotion⁵⁰³ wurde er Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“. Nach deren Verbot durch die Nationalsozialisten wechselte er zur Kölnischen Zeitung; doch auch hier bekam er die Unterdrückung der Pressefreiheit durch die Machthaber deutlich zu spüren. Im Juni 1945 hingegen war er den amerikanischen Presseoffizieren willkommen. Diese machten ihn zum Chefredakteur der „Aachener Nachrichten“, bevor er Anfang 1946 Mitlizenzträger der neu gegründeten „Aachener Volkszeitung“ wurde und deren Chefredakteur er bis 1961 blieb. Hofmann gehörte 1945 dem Kölner und Aachener Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Partei an.⁵⁰⁴ Für diese zog er in den ersten gewählten Stadtrat Aachens ein und erhielt ein Landtagsmandat in Nordrhein-Westfalen. Hier wirkte er als Vorsitzender des Kulturausschusses an entscheidenden Fragen im Bereich des Schul- und Hochschulwesens mit. Hofmann, der am 27. Dezember 1973 starb, wurde mehrfach ausgezeichnet, u. a. als Ehrensensator der RWTH Aachen, und blieb bis zuletzt Mitherausgeber der „Aachener Volkszeitung“.⁵⁰⁵

⁵⁰³ Dissertation: Der ständische Gedanke und die Gesellschaftsauffassung des Zentrums, Münster 1922. Nachlaß Dr. Josef Hofmann, HStAD RWN 210/593.

⁵⁰⁴ Vgl. Schönbohm, Wulf (Hrsg.): Die Geschichte der CDU. Programm und Politik der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands seit 1945, o. O., 1991, S. 10.

⁵⁰⁵ Vgl. hierzu: Hofmann: Erinnerungen, a. a. O./ Siemons, Konrad: Ein Spiegel der Zeit. Die Geschichte der Aachener Volkszeitung, Aachen 1986, S. 10f.

4. Die Entwicklung zur Christlich-Demokratischen Union

Nachdem sich die Hauptinitiatoren der Parteigründung, geprägt durch den „Geist der Katakomben“, zu einer Parteigründung entschlossen hatten, ging es nun darum, sich auf die Suche nach Gleichgesinnten zu machen und die eigentliche Parteigründung in die Wege zu leiten. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, wer bereit war zum politischen Wiederaufbau und welche Rolle die Frauen im politischen Wiederaufbau der ersten Nachkriegsjahre spielten. Des Weiteren soll die Reaktion der Militärregierung auf die ersten politischen Aktivitäten in Aachen beleuchtet und andere Schwierigkeiten, mit denen sich die Gründer der Aachener CDU konfrontiert sahen, sollen näher dargestellt werden.

4.1 Auf der Suche nach Gleichgesinnten

In der Situation, die sich den Menschen 1945 eröffnete, war es nur allzu verständlich, dass der Begriff des Politischen im Allgemeinen wie der der Demokratie im Besonderen nur wenig Ansehen genoss, zumal die Parteienkämpfe und die zahlreichen Regierungswechsel in einer zur apolitischen Gesinnung neigenden Bevölkerung bereits während der Weimarer Republik zu Ressentiments geführt hatten.⁵⁰⁶ Für die Zeit nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs fehlte bei der Masse der Bevölkerung die geistige Vorbereitung; das Ende war zu plötzlich gekommen. In dieser Lage erwartete das Gros der Deutschen einen steten, wenn auch langsamen Wiederaufbau aus den Trümmern. Zu diesem Zwecke wurden zwar die Anordnungen der Militärregierung meist willig und ohne Murren befolgt, aber dennoch fehlte es den meisten Menschen an der Motivation, sich selbst einzubringen und für den Aufbau zu engagieren. In der Zeit unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation herrschte unter der deutschen Bevölkerung eine politische Apathie, die sich vor allem in der Angst ausdrückte, sich noch einmal zu engagieren, aber auch in der resignierten Auffassung, dass die künftige Politik über die Köpfe der Deutschen hinweg gemacht werden würde.⁵⁰⁷ Das po-

⁵⁰⁶ Vgl. Hüttenberger: NRW, a. a. O., S. 35.

⁵⁰⁷ Vgl. Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S. 30.

litische Denken breiter Schichten der Bevölkerung war dabei nicht differenziert genug, um zwischen totalitären und demokratischen Parteien sowie zwischen einer Zersplitterung und einem notwendigen parteipolitischen Kräftespiel zu unterscheiden. Zudem war die Einstellung politischer Parteien gegenüber eingebettet in ein generelles politisches Unbehagen. Man sah in der Politik lediglich einen Eingriff des Staates in das Privatleben, dem man unausweichlich ausgeliefert sein würde. Zudem hielt das Gros der Bevölkerung die politischen Prozesse für intransparent. Diese Auffassungen hatten zur Folge, dass in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung im Frühjahr und Sommer 1945 eine Beschäftigung mit politischen Fragen als wenig sinnvoll betrachtet wurde, da die Meinung vorherrschte, dass es erst einmal zu einer Verbesserung der Lebenssituation sowie zur Existenzsicherung kommen müsse.⁵⁰⁸

Da man die Deutschen parteipolitisch als „gebrannte Kinder“ bezeichnen konnte, war die Ablehnung einer Parteimitgliedschaft in weiten Bevölkerungskreisen verständlich. *„Nie mehr eine politische Partei, nie mehr eine Mitgliedschaft und sei es in einem Kaninchenzuchtverein!“* war eine weit verbreitete Auffassung, wie sich ein Zeitzeuge erinnert.⁵⁰⁹ Dieser Situation sahen sich nun die Gründer einer neuen politischen Partei ausgesetzt, die unter dem Druck standen, möglichst viele Mitglieder zu gewinnen, da für die Besatzungsmächte hohe Mitgliederzahlen das wichtigste Kriterium zur Besetzung *„aller Funktionen und Posten“* war. Somit galt es bis zum Beginn des Jahres 1946, in jedem Ort eine Ortsgruppe der Partei auf die Beine zu stellen.⁵¹⁰ Doch mit leerem Magen ließen sich die Bürger schlecht zu Politik und Engagement bewegen.⁵¹¹

Während das politische Interesse innerhalb der Bevölkerung insgesamt gering war, stellt sich auch die Frage nach der Beteiligung der Frauen an den ersten politischen Aktivitäten.

⁵⁰⁸ Vgl. Braun: Gesellschaftliche Ausgangslage, a. a. O., S. 789

⁵⁰⁹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁵¹⁰ Vgl. Bericht über den Stand der Parteiorganisation, 15. Feb. 1946, HStAD, RWV 26, Nr. 544 Bd. II.

⁵¹¹ Vgl. Renger: Trümmer in den Köpfen, a. a. O., S. 232.

Der Krieg hatte das Frauen/Männer-Verhältnis in den vier Zonen auf 100 zu 80 verschoben. In realen Zahlen bedeutet dies, dass es eine Frauenüberzahl in Höhe von sieben Millionen gab;⁵¹² hiervon waren wiederum sechs Millionen im „heiratsfähigen“ Alter.⁵¹³ In Aachen dauerte es ein Jahrzehnt, bis das Verhältnis der Geschlechter innerhalb der Einwohnerzahlen wieder einigermaßen ausgeglichen war. Die Volkszählung vom 29. Oktober 1946 ergab eine ortsanwesende Bevölkerung von 110.246 Personen. Davon waren 48.492 Personen männlichen und 61.754 Personen weiblichen Geschlechts. Auf 1.000 Männer entfielen am 29. Oktober 1946 1.273 Frauen.⁵¹⁴

Angesichts dieser Zahlen müsste man davon ausgehen können, dass die Zahl der Frauen, die in allen Bereichen und insbesondere in der Politik aktiv waren, in dieser Zeit relativ hoch gewesen sein muss.⁵¹⁵ In der gesellschaftlichen Struktur dieser Zeit bildeten die Frauen das Gerüst der Familien.⁵¹⁶ Dies traf vor allem auf die Jahrgänge des „arbeitsfähigen Alters“ zu, also auf Frauen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr. Viele Männer der entsprechenden Jahrgänge waren gefallen oder befanden sich in Gefangenschaft. Die Frauen waren in dieser Situation gezwungen, ihren „angestammten“ Platz in der Familie zu verlassen, und gingen „nach draußen“, wo sie „organisierten“, nach Lebensmitteln für ihre Angehörigen anstanden oder Trümmer beseitigten.⁵¹⁷ Die Frauen dieser Zeit leisteten viel mehr als man ihnen in normalen Zeiten jemals zugestanden oder zugemutet hätte.⁵¹⁸ Enttrümmerungsarbeiten waren die Aufgabe der Frauen. Frauen, die sich nicht „freiwillig“ zum Einsatz meldeten,

⁵¹² Vgl. Heineman, Elizabeth: The hour of the woman: memories of Germany's crisis years and West German national identity. American Historical Review, Vol. 101, 1996, Issue 2, S. 354-395, hier: S. 374.

⁵¹³ Vgl. hierzu: Hubert, Michael: La population allemande entre 1945 et 1955: rupture et continuité, in: Gilbert Krebs/ Gérard Schneilin (Hrsg.): L'Allemagne 1945-1955 de la capitulation à la division, Asnières 1996, S. 61-92.

⁵¹⁴ Vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 10.

⁵¹⁵ Vgl. hierzu: Kuhn, Annette (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Düsseldorf 1986.

⁵¹⁶ Vgl. hierzu: Crew, David F.: Gender, Media and consumerism in Germany, 1920s-1950s, in: Journal of Social History, Vol. 32, 1998, Issue 2, S. 395-402.

⁵¹⁷ Vgl. hierzu: Merbeck: Aachener Frauen erzählen Geschichte, a. a. O.

⁵¹⁸ Vgl. hierzu: Helwig Gisela/ Dölling, Irene (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993.

konnten von den Besatzungsmächten und den deutschen Verwaltungsorganen zur Arbeit herangezogen werden. An vielen Orten, so auch in Aachen, wurde im Sommer 1945 die zunächst freiwillige Arbeit, später Pflichtarbeit für Frauen zwischen 16 und 45 eingeführt. Später ermöglichte das Kontrollratsgesetz Nr. 32 vom 10. Juli 1946 in allen Besatzungszonen den Einsatz von Frauen zur Wiederaufbauarbeit.⁵¹⁹ Die Motive für die Verrichtung solcher Arbeiten waren unterschiedlich. Zum Teil waren es ehemalige NSDAP-Angehörige, die in vielen Teilen Deutschlands, so auch in Aachen, dienstverpflichtet wurden. Zum Teil waren es Frauen, die sich freiwillig meldeten, um so bessere Lebensmittelzuteilungen zu bekommen. Und schließlich gab es einige wenige Frauen, die sich aufgrund von zeitbedingten Motiven wie der Abwesenheit der Ehemänner öffentlich zu engagieren versuchten. Auf die Größenordnung dieser Dienstverpflichtung wird noch an späterer Stelle eingegangen werden. Neben diesen „Trümmerfrauen“, die im Wiederaufbau arbeiteten, sich um ihre Familie kümmerten und später als stille Heldinnen der Epoche gesehen wurden,⁵²⁰ gab es eine große Anzahl von Frauen, die mit den Wirren der Zeit zu kämpfen hatten und die Demütigung und Diskriminierung im Kampf ums Überleben über sich ergehen lassen mussten.⁵²¹ In dieser Zeit nahm die Zahl der Frauen, die auf dem Schwarzmarkt aktiv waren sowie die Zahl der Prostituierten und infolgedessen der unehelichen Geburten und Abtreibungen stark zu.

Daneben war es die Aufgabe der Frauen, den seelischen Wiederaufbau ihrer Männer zu unterstützen sowie sich für den Wiederaufbau des privaten Daseins zu engagieren.⁵²² An dieser Stelle

⁵¹⁹ Vgl. Möding, Nori: Zur Situation von Frauen nach dem Krieg, in: Martin Broszat/ Klaus-Dietmar Henke/ Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26, München 1988, S. 620-647, hier: S. 622 (Künftig zitiert: Zur Situation von Frauen nach 2. WK, a. a. O., S.).

⁵²⁰ An der Rückfront des Aachener Rathauses erinnert eine Gedenktafel an die Arbeit dieser Frauen.

⁵²¹ Vgl. hierzu: Feier, Anne-Elisabeth: Überlebenspolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Düsseldorf 1986.

⁵²² Vgl. hierzu: Cornelissen, Waltraud: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela/ Dölling, Irene: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, S. 321-349.

ist unter anderem die Darstellung der CDU-Parteigründer bezüglich ihrer eigenen Frauen zu nennen, die eine Zurückhaltung der Frauen auch als gottgegeben ansahen.⁵²³ „Bei Frauen, die sich in solch verzweifelter Lage befanden, wäre die Frage nach ihrem weitergehenden gesellschaftlichen Engagement absurd.“⁵²⁴

Dem gegenüber standen jedoch einige wenige Frauen, die sich politisch aktiv engagierten. Diese wichen allerdings in der Regel in ihren Vorstellungen stark von der Einstellung der großen Mehrheit der Frauen ab.⁵²⁵ Vielfach war die Auffassung verbreitet, dass das politische Engagement nicht zu einer Vernachlässigung der Familie führen dürfe. Die Frauen, die im politischen Bereich aktiv wurden, waren jedoch meist ohne familiäre Verpflichtungen und erschienen gegenüber den Frauen, die als Hausfrau und Mutter tätig waren und später zum politischen Leitbild als „Heldinnen der Epoche“ avancierten, beinahe als ihrer Bestimmung entgangene, bedauernswerte Wesen.⁵²⁶ An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass Frauenengagement durch die frühere, meist im Elternhaus geschehene Konfrontation mit Politik und politischen Diskussionen beeinflusst wurde. Wie Helene Weber exemplarisch gezeigt hat, kann im Allgemeinen festgehalten werden, dass die Frauen, die sich nach 1945 an prominenter Stelle engagierten, wie beispielsweise Emmi Welter (*1887 †1971), keinem späteren Geburtsjahr als 1915 angehörten und dadurch ihre prägenden Erfahrungen bereits während der Weimarer Republik bzw. im Kaiserreich gemacht hatten. Zudem waren diese Frauen „meistens Töchter aus gutem Haus“, vielfach Abiturientinnen und Akademikerinnen.⁵²⁷ Dieser persönlich-politische Hintergrund ist bei der Betrachtung des weiblichen Politikengagements nach dem Zweiten Weltkrieg als wesentlicher Faktor zu berücksichtigen. Die meisten anderen Frauen sahen ihre politische Rolle meist in der Kameradin oder „Ergänzerin“ des Mannes, der sich politisch engagierte. Diese These belegt

⁵²³ Vgl. hierzu: Schissler, Hanna: Rebuilding West German society: a gendered view. Central European History, Volume 26, 1993, Issue 3, S. 326-224, hier: S. 327.

⁵²⁴ Möding: Zur Situation von Frauen nach 2. WK, a. a. O., S. 621.

⁵²⁵ Möding: Zur Situation von Frauen nach 2. WK, a. a. O., S. 623.

⁵²⁶ Vgl. ebenda, S. 646.

⁵²⁷ Vgl. ebenda, S. 639.

ein Zeitzeuge in seinem Bericht über die Gewinnung von Ehefrauen zur Parteiarbeit, wenn diese sagten: „*Macht ihr das mal schön. Wir haben unsere eigenen Aufgaben.*“⁵²⁸

Immer wieder wiesen die „*Aachener Zeitzeugen*“ darauf hin, dass eine größere politische Mitwirkung von Frauen, die in dieser Zeit die Mehrheit in der Bevölkerung bildeten und denen gerade aus diesem Grund als „*Wählerinnen*“ eine große Bedeutung zuefiel,⁵²⁹ begrüßt worden sei und wiesen eine Zurückdrängung der Frauen in ihre angestammte Rolle entschieden zurück. „Ich kann mich nicht daran erinnern, daß Frauen klein gehalten worden sind. Sie waren einfach nicht da. Sie kamen nicht zu Veranstaltungen, man kannte sie nicht.“⁵³⁰

Doch dies war nicht nur ein Faktum, welches in der CDU vorlag. Im Allgemeinen war die Zahl der politisch aktiven Frauen gering. Nur 1% der weiblichen Wahlberechtigten war in den fünfziger Jahren Mitglied einer Partei. Die Zahl der weiblichen Mitglieder lag in der CDU in den Jahren 1946 bis 1960 mit abnehmender Tendenz zwischen 25 und 15%. Über die Frauen, die nach 1945 in die CDU eintraten, kann gesagt werden, dass ihr Durchschnittsalter bei 40 Jahren lag. Außerdem hatten sie, wie die politisch prominenten Frauen, bereits vor 1933 einer Partei angehört und die Erfahrungen der NS-Zeit hatten zu ihrem neuen politischen Engagement geführt.⁵³¹ Obwohl die Chancen der Frauen, nach 1945 in öffentliche Positionen zu gelangen, alles in allem gering waren, war vor allem bei der CDU das innerparteiliche Frauenengagement für den Aufstieg wichtig. Dennoch lag der Anteil der weiblichen Parlamentarier in der britischen Zone lediglich bei 8%. Diese tendenzielle Entwicklung innerhalb der deutschen Politik entsprach nicht den Vorstellungen der politisch aktiven Frauen wie beispielsweise Helene Weber. Diese wollten zwar keine Quoten- oder Konzessionsfrauen in den jeweiligen Politikbereichen, aber dennoch sollten Frauen, bei

⁵²⁸ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁵²⁹ Vgl. Maas' Rede vom 3. Juli 1946, Allgemeine Mitgliederversammlung, HStAD RWV (207).

⁵³⁰ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁵³¹ Vgl. Fülles, Frauen in Partei und Parlament.

entsprechender Qualifikation, in allen Ämtern und Ministerien bis in die höchsten Stellen des Staates vertreten sein.⁵³² Angesichts der dargestellten Fakten ist es nicht verwunderlich, dass das Bild der politischen Familie der CDU in Deutschland – und so auch in Aachen – patriarchalisch geprägt war. Die Partei besaß vornehmlich „Gründungsväter“, die dem üblichen Alter eines „Pater familias“ längst entwachsen waren. Hierzu muss man festhalten, dass die Partei männlich dominiert war, da die entsprechend „emanzipierten Trümmerfrauen“ in die angestammten Rollen- und Rechtsverhältnisse zurückgedrängt wurden.⁵³³ Dies war eine Entwicklung, die vor allem von den politischen engagierten Frauen wie Helene Weber verurteilt wurde, die die Aufgabe der Frau in der „Vermenschlichung der politischen Sphäre“ sahen.⁵³⁴ *„Die Frau sollte auch das politische Leben vermenschlichen, ihm eine gewisse ruhige und vermittelnde Prägung geben. [...] Aufgabe der Frauen wäre es, das geistige Klima zu verändern und jene Atmosphäre zu bringen, die das menschliche Miteinander nicht stört, sondern begünstigt.“*⁵³⁵

4.2 Die Reaktion der Militärregierung auf die politischen Aktivitäten

In diesem Abschnitt stellt sich die Frage, wie die britische Militärregierung auf das allmählich politisch erwachende Aachen reagierte und wie die britische Besatzungsmacht dem Entstehen der CDU gegenüberstand bzw. wie sie dieser Partei bei ihrer Entwicklung half oder sie behinderte.

Die Politiker der alliierten Besatzungsmächte beschlossen auf der Potsdamer Konferenz folgenden Grundsatz für ihr weiteres politisches Handeln in ihren jeweiligen Besatzungszonen: „Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deut-

⁵³² Vgl. Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 413.

⁵³³ Vgl. Leggewie, Claus: CDU – Integrationsmodell auf Widerruf? Die zwei Modernisierungen der deutschen Rechte nach 1945, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1989, S.294-308, hier: S. 298 (Künftig zitiert: Leggewie: CDU, a. a. O., S.).

⁵³⁴ Vgl. hierzu: Merbeck: Aachener Frauen erzählen Geschichte, a. a. O.

⁵³⁵ Helene Weber: Warum soll die Frau in der Politik mitarbeiten?, in: Stimmen der Heimat, Organ des Landesverbandes Oder-Neisse der CDU/CSU, 2. Jg., Nr. 3/März 1955, S. 2, zitiert nach: Lenz: Helene Weber, a. a. O., S. 413.

schen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“⁵³⁶

Wenn man von der anfänglichen Tendenz der Siegermächte, jedes eigenständige Vorgehen der Deutschen als unangemessen anzusehen und über Deutschland die völlige Kontrolle zu gewinnen, absieht,⁵³⁷ kann man sagen, dass jede Besatzungsmacht jeweils besondere Beziehungen zu einer bestimmten Partei hatte. Da im Juni 1945 in Aachen die Briten die Amerikaner ablösten, kam in der Besatzungspolitik auch die in England vorherrschende politische Macht zum Ausdruck. England wurde zu jener Zeit von einer Labour-Regierung geführt und somit wurde in der britischen Besatzungszone die Auffassung der englischen Linkskreise vertreten. Diese hatten stets in der unkontrollierten Macht der deutschen Kapitalisten eine der fundamentalen Ursachen für den deutschen Nationalismus gesehen und glaubten, dass die Aussichten auf Stabilität und Frieden ohne einen gewissen Grad von sozialer Neuordnung gering sein würden. Nach ihrer Auffassung setzten sich die deutschen Sozialdemokraten für eine solche Neuordnung ein. Aufgrund dieser und anderer Wesensverwandtschaften, wie beispielsweise die Exilaufenthalte deutscher Sozialdemokraten in London, fühlte sich die britische Labour-Regierung zu ihnen hingezogen.⁵³⁸

Hinzu kam möglicherweise, dass die britischen Truppen bei der Besetzung Aachens die Auffassungen ihrer amerikanischen Vorgänger bezüglich der CDP bzw. CDU in Form von US-Protokollen

⁵³⁶ Vgl. Präambel, Abs. 3, Potsdamer Konferenz zitiert nach: Overesch, Manfred/Rüschenschmidt, Heinrich/ Schapp, Klaus/ Schäfer, Paul/ Trabant, Franz-Josef/Vahldieck, Bernd (Hrsg.): Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, Jahre der Entscheidung 1945-1949. Texte und Dokumente, Hannover 1989, S. 57 (Künftig zitiert: Overesch: Die Gründung der Bundesrepublik, a. a. O., S.).

⁵³⁷ Vgl. Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S. 27.

⁵³⁸ Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 310.

übermittelt bekamen.⁵³⁹ Hierin wurde die CDP als eine Neugründung der alten Zentrumsparterie beschrieben, die man weder als sozial noch als politisch homogen bezeichnen könne. Die US-Besatzer gingen davon aus, dass sich der Rückhalt dieser Christlich-Demokratischen Partei in der deutschen Bevölkerung als bei weitem geringer erweisen würde, als es ihre damalige Stärke vermuten ließ. Man könne davon ausgehen, dass ein großer Teil ehemaliger Nazi-Stimmen der CDP zugute gekommen sei. Die Politik der CDP zeichne sich unter anderem durch „radikale“ Forderungen sowie durch die Verteidigung kirchlicher Sonderrechte auf dem Erziehungssektor aus, so die Aufzeichnungen der amerikanischen Besatzer. Diese und andere Gründe flossen aufseiten der britischen Besatzungsmacht schließlich mit in die Entscheidungen ein, als es zur Absetzung einiger durch die Amerikaner ernannter Männer innerhalb der Aachener Verwaltung kam. Da es sich bei den Abgesetzten um Leute wie Josef Hirtz, den ehemaligen Leiter des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, Josef Schäfer, einen ehemaligen Polizeidirektor, Albert Servais und den ehemaligen Landrat Hermann Sträter handelte, die dem Gedanken einer Christlich-Demokratischen Partei zugeneigt waren, und da keine Gründe für die Entlassungen genannt wurden, schloss man innerhalb des CDP-Gründerkreises auf eine Ablehnung seitens der britischen Militärregierung, wie aus den Erinnerungen Dr. Hofmanns zu entnehmen ist: *„Die Aufeinanderfolge dieser Absetzungen führte innerhalb der sich bildenden CDP zu erregten Diskussionen, und man fragte sich, ob die neue englische Labour-Regierung nun überhaupt keine christlichen Demokraten mehr dulden wolle.“*⁵⁴⁰

Trotz dieser und ähnlicher Vorkommnisse beschloss der spätere Vorstand der CDP sowie der Vorstand der rheinischen CDP im Oktober in Düsseldorf, sich der britischen Militärregierung gegenüber stets loyal zu verhalten. In Bezug auf die CDU muss festgehalten werden, dass es für die Besatzer in der Anfangsphase schwierig war, sich mit einer weltanschaulichen Partei

⁵³⁹ Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S.42/Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁵⁴⁰ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 177.

auseinander zu setzen, da es in England kein Pendant dazu gab, wie Konrad Adenauer im März 1946 in seiner Rede an der Universität zu Köln festhielt: *„Ich könnte mir denken, daß diese religiös-weltanschauliche Untermauerung einer politischen Partei für England fremd und nicht ohne weiteres verständlich ist. In England gibt es eine ähnliche Partei nicht.“*⁵⁴¹

Innerhalb der Aachener CDU wurde den Briten weniger durch die Argumente Adenauers Verständnis entgegengebracht, als dass man ihnen eine politische Parteilichkeit vorwarf: *„Als die Alliierten nach Deutschland kamen, vor allem die Engländer, waren das Männer, die linksorientierte Auffassungen hatten und die davon ausgingen, daß alles was links ist, gut ist, und alles andere schlecht.“*⁵⁴²

Da die CDU bereits im August 1945, also vor der offiziellen Freigabe der Parteiarbeit durch die britische Militärregierung im September, ihre ersten Aktivitäten in Form eines Arbeitsausschusses und der Entsendung einiger späterer Gründungsmitglieder zu anderen Veranstaltungen betrieb, kann man davon ausgehen, dass die Besatzungsmacht das Aachener Geschehen billigte und immer mehr zu der Auffassung kam, dass die CDU im Parteienspektrum mehr links anzusiedeln sei, als es das Zentrum gewesen war.⁵⁴³ Diese offiziöse Freigabe der parteipolitischen Betätigung war jedoch nicht mit einer besonderen Förderung in späterer Zeit gleichzusetzen und die Großzügigkeit der Briten in diesem Bereich hing eher mit dem zu dieser Zeit in GB vorherrschenden politischen Vakuum nach der Niederlage Churchills bei den Wahlen zusammen. Eine Förderung vonseiten der britischen Militärregierung hat die Aachener CDU kaum erfahren. Dennoch kann für Aachen ausgeschlossen werden, dass die Besatzungsmacht unter dem Vorsatz arbeitete *„The best Ger-*

⁵⁴¹ Konrad Adenauer an der Universität zu Köln am 24.03.1946, zitiert nach: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl, Stuttgart, 1973 S. 88.

⁵⁴² Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁵⁴³ Vgl. hierzu: Mitchell, Maria: Materialism and secularism. CDU politicians and national socialism. 1945-1949, in: The journal of modern history, 67, 1995, S. 278-308, hier: S. 282.

man is a dead German"⁵⁴⁴. Aus Zeitzeugenberichten und der Literatur geht hervor, dass beim Handeln der Briten innerhalb der Stadt die Belange der Menschen und des Wiederaufbaus im Vordergrund standen und hierbei nicht Willkür das Handeln bestimmte. Ein Zeitzeuge, der dies belegt und dafür eine Erklärung zu finden versucht, meint dazu: *„Es hat keine besonderen Hemmnisse gegeben. Im Gegenteil, die Stadtkommandanten, die von den Engländern gestellt worden waren, [...] waren gebildete Leute. Es waren keine Deutschhasser. Die hatten jedoch die Deutschen auch nicht so erlebt, wie die Polen und Franzosen in zwei Weltkriegen. Ich denke, wir sind mit den Leuten ganz gut zurecht gekommen.“*⁵⁴⁵

Dieses Bild der harten, aber fairen britischen Besatzungspolitik, die in Aachen vor allem durch den Stadtkommandierten Colonel Parrott vertreten wurde, ist durch alle Gespräche und Aufzeichnungen hinweg zu finden, so auch in den Erinnerungen von Albert Servais: *„Colonel Parrott, der ‚Kreis-Resident Officier‘, war [...] ein bis auf die Knochen konservativer Engländer, der genau wußte, was er wollte und sollte, nämlich den Deutschen den englischen ‚way of life‘ der Demokratie beibringen. Er betonte seine Entscheidungsbefugnis und mißtraute allen [...]“*⁵⁴⁶

Dieses Misstrauen allem und jedem gegenüber muss somit nicht als Kritik an der sich in der Gründung befindlichen Partei gesehen werden, sondern als ein Charakteristikum der britischen Art, zu regieren. Dieses macht sich unter anderem auch in der Frage der Entnazifizierung deutlich. Bei ihrer Vorgehensweise griffen die Briten in ihrer Zone auf die bereits am 26. April 1945 erlassene Direktive JCS 1067 zurück, welche besagte, dass ein Großteil der Ober- und Mittelschicht für Führungspositionen des öffentlichen Lebens zu disqualifizieren und zur Verantwortung zu ziehen sei. Gerade die Karrieristen sollten auf jeden Fall entlassen und durch andere ersetzt werden, die,

⁵⁴⁴ Vgl. Vaubel: Zusammenbruch und Wiederaufbau, a. a. O., S. 32.

⁵⁴⁵ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁵⁴⁶ Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 32.

wenn auch weniger geeignet, auf jeden Fall politisch zuverlässiger waren.⁵⁴⁷ Bis zum 1. Januar 1946 hatte man in der britischen Zone 68.500 Menschen inhaftiert. 34.000 davon wurden bis zum 1.1.1947 wieder entlassen, was als Beweis für die Fehleinschätzung der Besatzungstruppen gesehen werden kann, die anfänglich jeden ehemaligen Parteigenossen für einen gefährlichen Nationalsozialisten hielten.⁵⁴⁸

Zusammenfassend lässt sich für die Politik der britischen Besatzungsmacht, insbesondere auch in Bezug auf die CDU, Folgendes festhalten: *„Western Allied policy did not substantially hinder the progress of the CDU, even though there were differences of approach between the occupation zones in the granting of licences for political parties.“*⁵⁴⁹

4.3 Technische und organisatorische Schwierigkeiten auf dem Weg zur Gründung

Neben den immer wieder auftretenden Problemen wie ein fehlendes Personalreservoir und neben der durch die NS-Zeit entstandene Abneigung gegenüber jeglicher politischer Betätigung, vor allem bei der deutschen Jugend, war es das Fehlen von praktischen und alltäglichen Dingen, das die Vorbereitung des parteipolitischen Wiederauflebens erschwerte und dessen Bewältigung Kraft, Zeit und zum Teil auch Improvisationstalent erforderte. *„A further organisational problem encountered by the CDU was the lack of basic facilities like office equipment, publicity materials and party press. Naturally, the other political parties were inflicted with similar difficulties, although the SPD already possessed some expertise here from former times.“*⁵⁵⁰

Im Gegensatz zu den anderen reaktivierten Parteien in Aachen war es der CDU als einer parteipolitischen Neugründung unmög-

⁵⁴⁷ Vgl. hierzu: Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982 (Künftig zitiert: Krüger: Entnazifiziert, a. a. O., S.).

⁵⁴⁸ Ebenda, S. 21.

⁵⁴⁹ Pridham: Christian Democracy, a. a. O., S. 48.

⁵⁵⁰ Ebenda, S. 46.

lich, auf praktische und für die Organisation der Parteiarbeit notwendige Dinge zurückzugreifen.

Wie bereits dargestellt, hatte Dr. Albert Maas seine Schreibmaschine gegen ein altes Fahrrad getauscht, um so auf der Suche nach Gleichgesinnten und bei der Organisation der anfänglichen Parteibelange größere Strecken zurücklegen zu können. Größere Strecken, beispielsweise zu den ersten Treffen der rheinischen CDP in Köln oder Düsseldorf, mussten teils zu Fuß und – soweit die Bahnverbindungen wieder hergestellt waren – per Bahn bewältigt werden. Die Frage nach der Möglichkeit, ein Auto zu beschaffen, welches die organisatorische Arbeit der Partei ungemein hätte erleichtern können, stand in den Versammlungsprotokollen der damaligen Zeit immer wieder auf der Tagesordnung. Allerdings war nicht nur die Beschaffung eines PKW das Problem, sondern auch die zum Teil für den Personenkraftverkehr noch nicht passierbaren Straßen sowie die fehlenden Fahrerlaubnisse bzw. das kaum vorhandene und schwer beschaffbare Benzin.⁵⁵¹

Neben den Personenbeförderungsmitteln stellte der Papiermangel für die anfänglichen Arbeiten eine große Belastung dar. Die vorhandenen Restbestände an Schreibpapier waren schnell verbraucht, sodass man zum Teil auf mündliche Kommunikation oder den Gebrauch von bereits benutztem Papier bzw. von Briefumschlägen⁵⁵² zurückgreifen musste. Zudem war man in den Kreisen der Aachener Christdemokraten der Auffassung, dass auf die Papierzuteilung vonseiten der britischen Militärregierung zu ihren Ungunsten Einfluss genommen wurde. Immer wieder kam es in der Folgezeit unter anderem bei der Frage der Herausgabe einer parteinahen Zeitung, worauf noch einzugehen sein wird, zu Diskussionen und Verhandlungen mit der Militärregierung. Dr. Maas und Dr. Hofmann versuchten in zahlreichen Gesprächen und Briefwechseln und mit unterschiedlichen Erfolgen, dem Stadt-

⁵⁵¹ Vgl. hierzu: Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 30.

⁵⁵² Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

kommandanten Parrott die Bedeutung der Papierzuteilung für das Bekanntwerden ihrer Partei zu erläutern.

Neben dem Papier fehlte es in dieser Zeit an Klebstoff, der für die Verbreitung von Plakaten und anderen Informationsträgern auf den Trümmergrundstücken unerlässlich war. Der Nachkriegsleim, der zur Verfügung stand, war nicht regenbeständig und löste sich dadurch nach jedem starken Regenguss wieder ab. Hinzu kam, dass man große Mengen dieses Leims benötigte, da die Arbeit der Plakatkleber meist am folgenden Tag von den Klebetrupps der anderen Parteien überklebt worden war.⁵⁵³

Einzig bei der Frage der Räumlichkeiten für die neue Partei gab es keine Schwierigkeiten. Dr. Albert Maas hatte sich bereits bei seinem ersten Besuch in Aachen, nach dem Ende der Kampfhandlungen, davon überzeugt, dass das Haus des katholischen Gemeindeverbandes an der Neupforte 5/7 in relativ gutem Zustand zur Verfügung stehen würde. Nach einigen Gesprächen erreichte Maas, dass die neu entstandene Partei in diesem Haus ihre zwei Räume umfassende Geschäftsstelle errichten konnte.

Angesichts dieser Schwierigkeiten und der Fülle eigener Probleme wie Arbeitsplatzsuche, Reparatur der zerstörten Wohnung, Sorge um die knapp bemessene Nahrungsmittelversorgung sowie die Bewältigung der psychischen Belastung der Diktatur und des Krieges, ist der Einsatz derer, die trotzdem versuchten, die Organisation der Partei zu übernehmen bzw. in den späten Abendstunden zu Fuß Plakate an der Neupforte abholen, um damit die Stadt zu plakatieren, nicht hoch genug zu bewerten.⁵⁵⁴

⁵⁵³ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer.

⁵⁵⁴ Vgl. Eine Würdigung der vielen Namenlosen in: CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 16f.

5. Erste Schritte: Von der Gründung der CDU am 19. September 1945 bis zur Genehmigung durch die britische Militärregierung im März 1946

Mit der Kontaktaufnahme zu möglichen Parteigründern und der Suche nach Gleichgesinnten war ein wichtiger Schritt zur Gründung der „Christlich-Demokratischen Partei“ in Aachen getan. Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, wie die vorbereitenden Arbeiten konkret aussahen, welche Genehmigungen eingeholt werden mussten und durch welche Ereignisse die Gründung verzögert wurde. Daneben wird in einem weiteren Teil die Programmatik der „Christlich-Demokratischen Union“ der Anfangsjahre dargestellt, bevor im letzten Teil dieses Kapitels das erste parteinahe Presseorgan, die „Aachener Volkszeitung“, untersucht wird.

5.1 Der vorläufige Arbeitsausschuss zur Gründung der Aachener CDP

Der Gründung des Kreisverbandes Aachen-Stadt war zunächst die Erarbeitung der so genannten „Kölner Leitsätze“ vorausgegangen, auf die noch an späterer Stelle eingegangen werden wird. Zu Beginn des Monats Juli 1945 waren die „Kölner Leitsätze“, welche unter der Federführung des einstigen preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Leo Schwering (*1883 †1971) erarbeitet worden waren, mit einem Aufruf zur politischen Aufbauarbeit an die Katholiken und Protestanten ins Land hinausgegangen.⁵⁵⁵ Kurz nach dieser Veröffentlichung nahm Dr. Josef Hofmann, ein Mitbegründer der Kölner CDP und späterer Leiter der Aachener Volkszeitung, Kontakt zu späteren Gründern der Aachener Partei auf, wie aus seinen Memoiren hervorgeht: *„Sobald ich im Sommer 1945 erfahren hatte, daß Dr. Albert Maas, der frühere Geschäftsführer des Zentrums für Aachen-Stadt und Land, und Johannes Ernst, der frühere Sekretär des Christlichen Bergarbeiter-Verbandes und Reichstagsabgeordnete des Zentrums von 1932 bis 1933, zurück seien, suchte ich sie auf, um mit ihnen über die Gründung einer christlich-demokratischen Partei zu sprechen.“*⁵⁵⁶

⁵⁵⁵ Vgl. AVZ vom 28.08.1970.

⁵⁵⁶ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 178.

Wie bereits dargestellt, hatte Maas gleich nach seiner Rückkehr aus der Evakuierung den Kontakt mit Johannes Ernst wieder aufleben lassen, der bereits mit Hofmann versucht hatte, Freunde und Bekannte für den Gedanken einer christlich-demokratischen Partei zu gewinnen. Neben diesen beiden konnten auch Dr. Alfred Wolf, der frühere Generalsekretär der Schlesischen Zentrumspartei, der Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Rombach und dessen Stellvertreter Albert Servais sowie auf der Seite der früheren christlichen Gewerkschafter Hans Naujack, Jacob Soiron und Josef Weyer für die vorbereitenden Maßnahmen zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei gewonnen werden.⁵⁵⁷ Somit konnte Dr. Maas Ende August bereits auf einen Kreis Interessierter zur Bildung eines vorläufigen Arbeitsausschusses zurückgreifen.

Für ein Treffen eines solchen Arbeitsausschusses war jedoch nach Beschluss der Besatzungsmächte eine Genehmigung des jeweiligen Stadtkommandanten notwendig. So lässt sich ab dem 23. August 1945 ein Schriftwechsel zwischen Dr. Albert Maas und dem britischen Stadtkommandanten Parrott nachweisen, in dem Maas um die Genehmigung einer Zusammenkunft von 12 Personen am Freitag, den 24. August 1945 um 12 Uhr vormittags im Hause Neupforte 5/7 bittet. Als Tagesordnungspunkte wurden die Vorbereitung der Gründung einer christlich-demokratischen Partei, die Konstituierung eines vorbereitenden Ausschusses sowie die Berichterstattung über die Zusammenkunft der rheinischen Christdemokraten am 20. August in Düsseldorf angegeben. Der bereits angesprochenen kritischen Einstellung der britischen Militärregierung gegenüber dem Parteinovum CDP trat Maas durch Auflistung seiner Ämter bis zum Jahre 1933 und der Anmerkung, dass er gerade aus dem Konzentrationslager entlassen worden sei, entgegen.⁵⁵⁸

⁵⁵⁷ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 178.

⁵⁵⁸ Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung, in HStAD, RWV 260.

Die eher links-orientierte britische Militärregierung unter der Führung von Parrott ließ sich jedoch nicht auf einen so kurzfristig anberaumten Termin ein und stimmte - nach einem regen Briefwechsel mit Maas - einem Treffen erst für den 29. August zu. Bei diesem ersten Treffen im Hause des katholischen Gemeindeverbandes Neupforte, welches Maas bereits bei seiner ersten „Erkundungstour“ in Aachen in Augenschein genommen hatte, erschienen von den zehn geladenen Männern lediglich sieben. Zu diesen zählten neben Dr. Albert Maas, dem späteren Vorsitzenden der CDP, und Johannes Ernst, der später Arbeits- und Sozialminister in NRW werden sollte, auch Josef Hofmann, der spätere Kulturpolitiker im Landtag NRW Hermann Heusch, Josef Weyer, der Lehrer Josef Alertz und der Kaplan Hugo Brammertz. Wie dem Protokoll dieser Sitzung⁵⁵⁹ zu entnehmen ist, wurden zu Beginn der Sitzung die Ansätze der bisherigen christlich-demokratischen Entwicklung in Westdeutschland durch Dr. Albert Maas referiert. Daneben wurde das Für und Wider der Namen Zentrumspartei, Christlich-Soziale und Christlich-Demokratische Partei erörtert und eine tendenzielle Entscheidung zum Namen „Christlich-Demokratische Partei“ getroffen.

In der zweiten Hälfte des Monats August war Dr. Maas dann einer Einladung Leo Schwerings zu einer Zusammenkunft in Düsseldorf gefolgt, wo die Gründung der rheinischen CDP vorbereitet werden sollte. Ein Bericht darüber erfolgte in der Aussprache zur Sitzung vom 29. August. Unter anderem wurde hierbei die Frage angesprochen, ob Bischof van der Velden den Aufruf zur Gründung der CDP mit unterzeichnen sollte, was jedoch unter anderem von Dr. Hofmann zurückgewiesen worden war. Dieser argumentierte damit, dass van der Velden Bedenken darüber geäußert hatte, dass es bei der Neugründung zu einer Kampfstellung zur SPD kommen könnte, denn auch ohne diese Kampfstellung sei es schon schwer genug, politisch interessierte Bürger überhaupt zu finden.⁵⁶⁰

⁵⁵⁹ Protokoll der Sitzung des vorläufigen Arbeitsausschusses vom 29. August 1945, in HStAD, KV Aachen Stadt, RWV 46, Nr. 165, Bl. 110.

⁵⁶⁰ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 179.

Außerdem wurde in der Sitzung festgelegt, dass Johannes Ernst, Dr. Wilhelm Rombach sowie Albert Servais und Dr. Alfred Wolf als Aachener Abordnung zu der für den 2. September 1945 im Kölner Gesellenhaus geplanten Gründungsversammlung der rheinischen CDP reisen sollten.⁵⁶¹ Daneben wurden – zur Vorbereitung einer erfolgreichen Gründungsversammlung des CDP Kreisverbandes Aachen-Stadt – die Mitglieder des Arbeitsausschusses zur Rekrutierung geeigneter Parteimitglieder, die möglichst keine NSDAP-Mitglieder gewesen sein sollten, aufgerufen. Der Termin für die Aachener Gründungsveranstaltung wurde auf den 19. September 1945 festgelegt.

5.2 Erste Programmüberlegungen⁵⁶²

Als Konzepte wurden die Idee der „*Sammlungsbewegung*“ rechts von der Sozialdemokratie, die Idee einer die traditionelle weltanschauliche Zersplitterung der Arbeiterbewegung überwindenden „*Partei der Arbeit*“ und einer alle Schichten umfassenden, weltanschaulich gebundenen Volkspartei diskutiert. Dementsprechend weit war die Spannweite der frühen programmatischen Aussagen, die von konservativen Ordnungsvorstellungen bis hin zu Ordnungsvorstellungen des „*Christlichen Sozialismus*“ bzw. eines „*Sozialismus aus christlicher Verantwortung*“ reichten.⁵⁶³ Für die ersten Nachkriegsjahre sollte man nicht so sehr von einer parteipolitischen Programmatik, sondern eher von Zukunftsvorstellungen sprechen, da zu diesem Zeitpunkt der deutschen Politik noch jede eigenständige Handlungsfähigkeit fehlte und somit der Begriff Programmatik unreal erscheint. Diese Abhängigkeit der deutschen Parteipolitik von den Vorgaben der alliierten Besatzer sowie die Ohnmacht, die in großen Teilen der deutschen Bevölkerung vorherrschte, ließen viele Ansätze in der Entwicklung verkümmern oder nur schwach blei-

⁵⁶¹ Diese Veranstaltung fand statt, obwohl die Verordnung zur Zulassung von Parteien erst im Laufe des Monats September herauskam.

⁵⁶² Vgl. hierzu: Hintze, Peter (Hrsg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben, Bonn 1995./ Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Zur Geschichte der CDU. Gründungsaufrufe, Zeittafel, Literaturlauswahl, Wahlplakate, Sankt Augustin 2000./ Schönbohm, Wulf/ Braun, Günther E. (Hrsg.): CDU Programmatik: Grundlagen und Herausforderungen, München 1981 (Künftig zitiert: Schönbohm/ Braun: CDU Programmatik, a. a. O., S.).

⁵⁶³ Vgl. hierzu: Uhl, Bernd: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland, Mainz 1975./ CDU (Hrsg.) Programm, Statut, a. a. O., S. 25.

ben.⁵⁶⁴ Die ersten programmatischen Aufrufe der Nachkriegsparteien waren im Allgemeinen eine Lehre aus dem „tausendjährigen“ Elend Hitlers⁵⁶⁵ und bezogen grundsätzlich Position zu den folgenden Themen: Die jüngste deutsche Vergangenheit, die mit der Herrschaft des Nationalsozialismus soeben zur größten Katastrophe der deutschen Geschichte geführt hatte, die gewaltigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme und deren Bewältigung im Wiederaufbau Deutschlands sowie die grundlegenden politischen Erneuerungen und die Demokratiegründung mit den dazu erforderlichen prinzipiell und weltanschaulich motivierten Grundentscheidungen.⁵⁶⁶ Hierbei ist zu beachten, dass Parteiprogramme, wie später das Ahlener Programm der CDU, zwei Funktionen erfüllen müssen. Zum einen muss das Programm eine nach innen gerichtete Integrationsfunktion erfüllen und zum anderen eine nach außen, also an die Wählerschaft gerichtete Werbefunktion wahrnehmen.⁵⁶⁷ Im Folgenden sollen nun kurz die Ideen der „Kölner Leitsätze“, die „Grundsätze von Neheim-Hüsten“ sowie das „Ahlener Programm“ vorgestellt werden.

5.2.1 Kölner Leitsätze⁵⁶⁸

Die „Kölner Leitsätze“ standen unter der Überschrift „Ein Ruf zur Sammlung des Deutschen Volkes“. Ausgehend von der „Schande“ und dem „Unglück“, das der Nationalsozialismus über Deutschland gebracht hatte, entwickelten die Kölner Christdemokraten Vorstellungen zum Neuaufbau Deutschlands. Bei der Erarbeitung der „Kölner Leitsätze“ war die Programmkommission zu Beginn ihrer Beratungen vor die Problematik gestellt, die Vorlage eines für die Öffentlichkeit geeigneten Programms ohne geeignete Materialien erstellen zu müssen. Da die Bibliotheken und wissenschaftlichen Institute entweder zerstört oder geschlossen waren, war man froh, auf die programmatischen Schriften von zwei katholischen Geistlichen, P. Eberhard Welty

⁵⁶⁴ Vgl. Narr, Wolf-Dieter: CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart/Berlin/Mainz 1966, S. 74.

⁵⁶⁵ Vgl. CDU (Hrsg.): Dokumentation. Die Geschichte der CDU, 5. Aufl., Bonn 1973, S. 43.

⁵⁶⁶ Vgl. Kunz/Maier/Stammen: Programme, a. a. O., S. 20.

⁵⁶⁷ Vgl. Kunz/Maier/Stammen: Programme, a. a. O., S. 26.

⁵⁶⁸ Buchstab, Günther (Hrsg.): 60 Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa, Sankt Augustin 2005, S. 40ff.

(*1902 †1965) und P. Laurentius Siemer (*1888 †1956), zurückgreifen zu können. Weltys Schrift „Was nun?“ kann, besonders im Bereich der sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen, als Fundament der Kölner Leitsätze betrachtet werden. Einer der späteren Mitbegründer der Kölner CDU und ständiger Teilnehmer der programmatischen Beratungen schrieb über Welty: „Es war ein überaus glückliches Schicksal für die neue Partei, daß ihr in geschichtlicher Stunde eine Persönlichkeit von so hohem Range begegnete.“⁵⁶⁹

Das in nur einigen Beratungstagen entworfene, wenig ausgefeilte Programm sollte als Grundlage für eine spätere Erweiterung und Vertiefung dienen. Die Präambel und die Leitsätze⁵⁷⁰ mußten unter dem Eindruck des gerade erst überwundenen Nationalsozialismus gesehen werden. Dieser habe das deutsche Volk ins Unglück gestürzt und den deutschen Namen mit „Schmach und Schande“ bedeckt. Die Deutschen seien „Rassenhochmut und einem nationalistischen Machtrausch“ erlegen gewesen. Rettung gebe es nur durch die ehrliche Besinnung auf die christlichen und abendländischen Werte.⁵⁷¹ Mit diesen Sätzen war der programmatische Rahmen von der „Walberger Programmkommission“⁵⁷² abgesteckt worden. Zunächst einmal müssen die außer Kraft gesetzten Grundrechte wieder ihre Geltung zurückerlangen. „Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.“

In Bezug auf diese Formulierung wurden in den Leitsätzen 1 bis 9 die Grundrechte wie die unantastbare Würde des Menschen, der besondere Schutz der Familie, die Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sowie die Versammlungs-, Meinungs- und Religionsfreiheit einzeln herausgearbeitet. Um den sechsten Leitsatz, der die Schule zum Gegenstand hatte, wurde bei den Bera-

⁵⁶⁹ Schwering: Frühgeschichte der CDU, a. a. O., S. 83.

⁵⁷⁰ Kölner Leitsätze, abgedruckt u. a. in: Schwering: Frühgeschichte der CDU, a. a. O., S. 215-218 (Künftig hiernach zitiert).

⁵⁷¹ Vgl. hierzu: Gabbe, Jörg: Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, in: Kaack, Heino (Hrsg.): Studien zum politischen System der Bundesrepublik, Bd. 15, Meisenheim am Glan 1976, S. 221 (Künftig zitiert: Gabbe: Parteien und Nation, a. a. O.).

⁵⁷² Benannt nach Kloster Walberg, dem Tagungsort der frühen Programmberatungen.

tungen lange gerungen. In der Endfassung der Leitsätze wurde das „*natürliche Recht der Eltern auf Erziehung*“ als Grundlage der Schule festgeschrieben. Somit sollte das Gesetzgebungsrecht des Staates im Elternrecht seine Grenze finden. Eltern sollten, nach der Auffassung der Programmkommission, die Freiheit haben, zwischen einer Bekenntnisschule und einer christlichen Gemeinschaftsschule mit konfessionellem Religionsunterricht zu wählen.⁵⁷³

Für den staatlichen Raum stellten die Leitsätze 8 und 9 fest, dass der Zentralismus ein „*undeutsches*“ Phänomen sei, welches es zu überwinden und durch die traditionelle Selbstverwaltung der Gemeinden und provinziellen Verbände zu ersetzen galt. Die folgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Leitsätze sind schon – und darin wird ihre Bedeutung für die Beratungskommission erkennbar – in der Präambel deutlich herausgehoben, wenn es dort heißt, dass „*soziale Gerechtigkeit und soziale Liebe*“ die „*neue Volksgemeinschaft*“ beschirmen sollten, die die Freiheit des Einzelnen und die Forderungen der Gemeinschaft mit den Ansprüchen des „*Gemeinwohls*“ in Einklang bringe. Die neu zu schaffende soziale Ordnung soll der demokratischen Tradition ebenso entsprechen wie „*dem Geiste des christlichen Naturrechts*“. Zu dieser Schlüsselpassage, die direkten Bezug auf die katholische Soziallehre nimmt, traten in der weiteren programmatischen Entwicklung auch Elemente aus der evangelischen Sozialethik hinzu. Hier wird deutlich, welches einen hohen Stellenwert das Ziel der sozialen Gerechtigkeit von Anfang an in der christlich-demokratischen Programmatik einnahm und wo seine ideengeschichtlichen Wurzeln sind, nämlich in der Tradition der christlichen Sozialethik. Unter der Federführung des Dominikaners Welty verabschiedete die Kommission, ohne eine explizite inhaltliche Diskussion im Programm zu leisten, eine Erklärung zum christlichen Sozialismus: „*So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit*

⁵⁷³ Vgl. Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S. 76.

falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund aus widersprechen."⁵⁷⁴

In den Leitsätzen 10 bis 12 wurden die Elemente der christlichen Soziallehre mit den sozialistischen Ideen des Walberger Dominikaners programmatisch ausgeformt. Die Verfasser bejahten das Eigentum, betonten jedoch, dass die Verhältnisse nach „dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohls“ geordnet sein müssten. Des Weiteren legten sie fest, dass auch Nicht-Besitzenden die Möglichkeit eröffnet werden solle, durch einen „gerechten Güterausgleich“ und eine „soziale Lohngestaltung“ Eigentum zu bilden. Banken und Versicherungen sollten staatlich kontrolliert werden, und das Gemeineigentum dürfe so weit ausgedehnt werden, „wie das Allgemeinwohl es erfordert“. Nicht unbeeinflusst von der wirtschaftlichen Lage 1945 forderte die Programmkommission die Ausrichtung der Wirtschaft auf die „Bedarfsdeckung des Volkes“ und stellte gleichzeitig „Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit“ in diesem Bereich heraus. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten die „Vorherrschaft“ des Großkapitals und der Monopole gebrochen und die Verfügungsgewalt einer „freien körperlichen Selbstverwaltung“ übertragen werden.⁵⁷⁵ Diese Formulierungen sind als Reaktion auf den Nationalsozialismus zu sehen und als Antwort auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse während der Weimarer Republik. Durch eine möglichst breite Verteilung des Eigentums und die Öffnung des Eigentums für alle Schichten des Volkes versprachen sich die Gründer eine breite und sichere Grundlage für die Demokratie.

Die Leitsätze 13 und 14 betonten die Förderung der landwirtschaftlichen Betriebe und des Handwerks. Die Beseitigung der Kriegsschäden, die Erfassung der Kriegsgewinne und der Aufbau der zerstörten Städte und Dörfer durch ein großzügiges Baupro-

⁵⁷⁴ Vorläufiger Entwurf zu einem Programm der Christlich-Demokratischen Union Deutschland; zitiert nach: Schwering: Entstehung und Vorgeschichte, a. a. O., S.64.

⁵⁷⁵ Vgl. Welty, Eberhard: Was nun? Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung des deutschen Lebensraums, Köln 1946. , hier S. 26-31.

gramm wurde in den Leitsätzen 15 und 16 thematisiert. Die folgenden vier Leitsätze, die sich dem Schutz der Demokratie widmeten, sind als Konsequenz aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit zu verstehen. Hier heißt es: *„Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet. Der Staat schützt sich und seine Einrichtungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.“*

Zu diesem Zwecke müsse das staatliche und wirtschaftliche Leben von *„unzuverlässigen Elementen“* gesäubert⁵⁷⁶ und ein *„zuverlässiges und staatstreues Beamtentum“* wiederhergestellt werden.

Der 20. und letzte Leitsatz enthielt die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises. Er forderte die Ächtung einer *„Politik der Gewalt und des Krieges“* und betonte gleichzeitig, dass die *„Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge“* die Basis einer künftigen deutschen Außenpolitik sein müsse. Mit diesen Sätzen werden die Grundlinien der deutschen Außenpolitik deutlich, wie sie später von Konrad Adenauer und seinen Nachfolgern verfolgt wurden. Am Ende der *„Kölner Leitsätze“* gaben die Verfasser der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland eine besondere Verantwortung und Führung bei der *„Verwirklichung und der Sehnsucht der Völker nach ewigem Frieden“* übernehmen würde.

Die Kölner Leitsätze wurden nach den Programmberatungen am 1. Juli 1945 verabschiedet und behielten ihre Gültigkeit bis zur Gründung des Landesverbandes bzw. bis zum Reichstreffen der Christlich-Demokratischen Partei und wurden dann durch die Programme von Neheim-Hüsten und Ahlen ersetzt. Drei Merkmale sind für die *„Kölner Leitsätze“* charakteristisch: Zum Ersten wird die Vorläufigkeit des Entwurfes deutlich herausgestellt, zum Zweiten geht von ihnen der Ruf zur Sammlung an das gesamte

⁵⁷⁶ Gemeint sind hier die noch in ihren Ämtern verbliebenen ehemaligen Nationalsozialisten.

deutsche Volk aus und zum Dritten wird der Begriff der „Partei“ vermieden.

5.2.2 Das Programm von Neheim-Hüsten

„Die christliche Weltauffassung allein gewährleistet Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf, sondern das Leben des Einzelnen wie das des Volkes und der Völker tragen und durchdringen soll.“

Mit diesen Worten begann das Programm der Tagung von Neheim-Hüsten, welche vom 26. Februar bis 1. März 1946 stattfand. Über diese zweite Zonenausschusstagung, bei der Konrad Adenauer zum Vorsitzenden gewählt wurde,⁵⁷⁷ wird es später einmal heißen, dass es eine der entscheidendsten der CDU gewesen sei: *„[...] in ihr überwand wir die Kräfte, die eine zu starke Sozialisierung befürworteten und verhinderten dadurch ein Auseinanderfallen der Partei.“*⁵⁷⁸

Die allgemeinen Grundsätze und Forderungen von Neheim-Hüsten umfassten drei Problemkreise: zum Ersten die Beziehung zwischen der Einzelperson und dem Staat, zum Zweiten das wirtschaftliche und soziale Leben und zum Dritten die Kultur. In einem zweiten Teil der Programmatik wurden die vordringlichsten Aufgaben bezüglich des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbaus für die erste Aufbauperiode näher definiert.

Der Staat findet seine Grenzen in der Achtung der unveräußerlichen Rechte der Person. Diese umfassen die politische und religiöse Freiheit, die Gerechtigkeit und Rechtssicherheit sowie die Anerkennung der Familie und die häusliche, berufliche und öffentliche Tätigkeit der Frau. Im Staat herrschen uneingeschränkt weder die Rechte der Mehrheiten noch die der Min-

⁵⁷⁷ Bereits die programmatischen Überlegungen von Neheim-Hüsten werden, wie später auch das Ahlener Programm, bei CDU-Kritikern als „Adenauer-Programm“ bezeichnet. Vgl. hierzu: Adamo, Hans: Die CDU/CSU. Wesen und Politik. Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1976, S.14.

⁵⁷⁸ Adenauer: Erinnerungen, a. a. O., S. 56.

derheiten. Es gilt, einen einheitlichen, demokratischen und föderativen Staat, der von allem NS-Ideologien gereinigt ist, herzustellen.

Bezüglich der wirtschaftlichen Forderungen stellt der konkretisierende Teil des Programms einen Zusammenhang zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit her. Hiernach würde eine Zusammenballung der wirtschaftlichen Kräfte bei Einzelpersonen, Gesellschaften und privaten oder öffentlichen Organisationen die politische Freiheit gefährden. Die Vergesellschaftung einzelner Wirtschaftsteile wird als nicht praktikabel erachtet. Mäßiger Besitz soll ebenso angestrebt werden wie eine partnerschaftlich auf „sozialem Recht“ begründete Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung. Daneben sind die Rettung der Produktionsstätten, die Erhaltung der Sozialversicherung, der Eigenheimwerb sowie der Wiederaufbau der zerstörten Städte und die Flüchtlingsfürsorge die wichtigsten konkreten Forderungen, die aus den Prämissen des Grundsatzteils abgeleitet werden.

Wie bereits die „Kölner Leitsätze“ sieht auch das Programm von „Neheim-Hüsten“ den Wert und die Würde der Einzelpersönlichkeit in der „christlich-abendländischen Kultur“ verankert. Es fordert sogar den „Neubau des gesamten Erziehungs- und Schulwesens [...] im Geiste der christlich-abendländischen Kultur.“

In einem angehängten Teil C erhebt das Programm andeutungsweise erste außenpolitische Forderungen. Demnach soll das deutsche Volk nicht nur nach der Epoche des Nationalsozialismus beurteilt werden. Des Weiteren werden die Sieger an ihre nach menschlichem und göttlichem Recht gegebenen Pflichten erinnert, die gebieten, das deutsche Volk nicht über seine Kraft zu belasten und ihm nicht die Hoffnung zu rauben.

5.2.3 Ahlener Programm

Hatte das Programm von Neheim-Hüsten bestimmte wirtschaftlich-soziale Prinzipien aufgestellt - Bedarfsdeckung des Volkes als

Ziel der Wirtschaft, Vermeidung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte -, so fanden diese nähere Ausgestaltung im Ahlener Programm.⁵⁷⁹ Das Programm ging aus den Beratungen des Wirtschafts- und Sozialausschusses der CDU der britischen Zone über die „*Umgestaltung der Wirtschaft*“ hervor, deren Ergebnis auf der Ahlener Tagung des Zonenausschusses der CDU am 3. Februar 1947 angenommen wurde.⁵⁸⁰

Der erste Abschnitt des Programms deckt die Mängel der deutschen industriellen Wirtschaft in der Vergangenheit auf. Auffällig ist, dass der Standardvorwurf gegen die liberale Marktwirtschaft, sie habe die Weltwirtschaftskrise verursacht, fehlt, obwohl das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems proklamiert wird. Die Analyse läuft darauf hinaus, dass zwischen 1933 und 1945 die größeren Industrieunternehmen faktisch zu unkontrollierbaren Staatsbetrieben unter Ausschluss jeglicher Mitbestimmung geworden seien.

Daraus wird im zweiten Abschnitt gefolgert, dass sowohl der private Kapitalismus als auch „*der noch gefährlicher[e] Staatskapitalismus*“ für die Zukunft zu vermeiden seien. Konzerne bis hinab zu einer aus Gründen der internationalen Konkurrenzfähigkeit aufrechterhaltenden Mindestgröße sind in „*selbständige Einzelunternehmen zu überführen*“. Unternehmen, die ein Monopol haben oder diese Mindestgröße überschreiten, sollen am Machtmissbrauch durch Einführung des „*machtverteilenden Prinzips*“ gehindert werden. Dem sollen drei Mittel dienen: Eine zu diesem Zeitpunkt noch zu erlassende Kartellgesetzgebung, die Begrenzung des privaten Aktienbesitzes und die Beteiligung „*öffentlicher Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinde, Gemeindeverbände, ferner Genossenschaften*“ und betriebsinterner Arbeitnehmer an solchen Unternehmungen. Für die

⁵⁷⁹ Vgl. hierzu: CDU (Hrsg.): Die Programme der CDU. Eine Dokumentation, o. O., 1981, S.7-24.

⁵⁸⁰ Vgl. hierzu: Pressedienst Demokratische Initiative (Hrsg.): Das Ahlener Programm: Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1.bis 3. Februar in Ahlen, Dortmund 1980./Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: Eine britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968, S. 271ff.

„monopolartigen“ Kohlebergwerke und die Eisen herstellende Großindustrie wird Vergesellschaftung vorgesehen, ebenso aber wird die Förderung des Genossenschaftswesens, der „leistungsfähigen Klein- und Mittelbetriebe“, der „privaten Unternehmertätigkeit“ sowie die Achtung des rechtmäßig erworbenen Eigentums verlangt.

Der dritte Abschnitt fordert die „Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe“. Die Arbeitnehmer sollen in größeren Betrieben an der „wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung“ bestimmend mitwirken. Zu diesem Zweck wird die Aufnahme von Betriebsangehörigen in die Aufsichtsräte sowie bei Großbetrieben auch in die Vorstände dieser Unternehmen gefordert. Das soziale Mitspracherecht und das Recht auf Auskunftserteilung wird dem Betriebsrat zugesprochen.

Da für die Zukunft die Planung und Lenkung der Wirtschaft unabdingbar erscheint, ist im Abschnitt IV die Aufstellung von Wirtschaftskammern, die die Konsumenteninteressen einbringen, vorgesehen; diese sollen als „Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft“ die Planungsaufgaben wahrnehmen, allerdings der Kontrolle der Parlamente nicht entzogen sein.

Der fünfte und letzte Abschnitt des Ahlener Programms fordert die Beachtung der Interdependenz der Wirtschaftszweige zum Wohl des ganzen Volkes. Von einer Verstaatlichung der Grundindustrien werden schädliche Rückwirkungen befürchtet, weil ein schwacher Staat, ähnlich wie im Falle der Demontagen und der Exportbeschneidung, politischem Druck von außen ausgesetzt sei. Das war auch eine Reaktion auf die von der englischen Labour-Regierung angekündigte Forderung nach der Sozialisierung des Ruhrgebiets.

Bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 war es vonseiten der CDU lediglich das Ahlener Programm vom Februar 1947, welches überregionale Einflüsse hatte und als erstes i-

deengeschichtlich bedeutsames Parteiprogramm gesehen werden kann.⁵⁸¹ Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm stellt eine Mischung aus Elementen der katholischen Soziallehre, des Sozialismus und der liberalen Marktwirtschaft dar und kann somit als „*Synthese von christlich-sozialistischem⁵⁸² und privatwirtschaftlichem⁵⁸³ Gedankengut*“⁵⁸⁴ angesehen werden. Es sollte weder ein Tarnungsmanöver⁵⁸⁵ sein noch als Jugendsünde der CDU betrachtet werden, sondern vielmehr als eine taktische Antwort auf die Nöte der Zeit.⁵⁸⁶ „[...] so spiegelte sich darin [im Ahlener Programm, Anm. d. Verf.] die ganze Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit der politischen Situation wider.“⁵⁸⁷ Während der Entstehung des Programms musste die CDU um ihre Existenz kämpfen, da die Gefahr bestand, dass ein Teil ihrer Anhänger, die Vertreter der christlichen Arbeitnehmerschaft, an das wieder gegründete Zentrum verloren gingen.⁵⁸⁸ Somit sollte das Programm verhindern, dass die christlich-sozialen Kräfte, insbesondere der Gewerkschaftsflügel, die die Partei in eine Richtung gedrängt hätten und ihre Chance in der politischen Mitte reduziert hätten, wenn nicht gar eine Spaltung herbeigeführt hätten, ihren politischen Rückhalt in der CDU fanden.⁵⁸⁹

So unterschiedlich die politischen Anfänge der Union in den verschiedenen Gemeinden, Städten und Ländern auch gewesen sein

⁵⁸¹ Vgl. Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 172 und Schönbohm/ Braun: CDU Programmatik, a. a. O., S. 32.

⁵⁸² Christlich-sozialistische Ideen des Gewerkschaftsflügels um Johannes Albers.

⁵⁸³ Privatwirtschaftliche Vorstellungen, die u. a. von Konrad Adenauer favorisiert wurden.

⁵⁸⁴ Vgl. hierzu Uertz, Rudolf (Hrsg.): Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen der Union 1945-1949, Stuttgart 1981 (Künftig zitiert: Uertz: Christentum und Sozialismus, a. a. O., S.).

⁵⁸⁵ Nur ein knappes Jahr später lenkte der Zonenausschuss der britischen Zone auf die liberale Linie der CDU/CSU Wirtschaftspolitik im Frankfurter Wirtschaftsrat der seit Ende Mai 1947 vereinigten anglo-amerikanischen Bizone ein. Damit bekam die Erklärung von Ahlen den Anschein des Vorübergehenden und Taktischen, was dazu führte, dass das Ahlenprogramm zum Reizwort in der Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU wurde. Somit wurde das Programm zu einem der umstrittensten Parteiprogramme der CDU. Vgl. hierzu: Badstübner, Rolf: Zur Problematik und historischen Bedeutung des Ahlener Programms der westdeutschen CDU, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), 1789-1924, S. 1790./ Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/ München 2002, S. 18.

⁵⁸⁶ Vgl. KAS: Kleine Geschichte der CDU, a. a. O., S. 43.

⁵⁸⁷ Alemann: Parteiensystem der BRD, a. a. O., S. 49.

⁵⁸⁸ Vgl. Kaack: Deutsche Parteiensystem, a. a. O., S. 177.

⁵⁸⁹ Vgl. KAS: Kleine Geschichte, a. a. O., S. 33./ Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/ München 2002, S. 18.

mögen und sowenig sich die Programmatik der CDU der Gründerjahre auf einen Nenner bringen lässt,⁵⁹⁰ so kann man dennoch zusammenfassend festhalten, dass die ersten programmatischen Überlegungen der CDU bereits von gleichen weltanschaulichen Überzeugungen und ähnlichem programmatischen Wollen durchzogen sind. Während man sich in den grundsätzlichen Überlegungen einig war, wurden die konkreten innen- und außenpolitischen Fragen mit Pragmatismus und Flexibilität behandelt. Im Mittelpunkt der programmatischen Gründungsideen stand die Verdammung des Nationalsozialismus. Damit verbunden war eine entschiedene Kampfansage an die Wesenselemente und Begleiterscheinungen des NS-Regimes wie Staatsvergottung, Gewaltverherrlichung und Kriegspolitik sowie Massenverhetzung, Terror und Rassismus. In Bezug auf Aachen bleibt festzuhalten, dass die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ihren Ursprung nicht im Programm sondern in der praktischen Arbeit hatte,⁵⁹¹ Obwohl die Kölner Leitsätze, welche unter anderen von Dr. Josef Hofmann aus Aachen am 17. Juni 1945 mit verfasst wurden, die Gründung der Aachener CDU in Form einer gemeinsamen demokratischen Abwehr von Gewalt und Krieg als Verbrechen an der Menschheit und dem Hauptziel, das Land mit vereinten demokratischen Kräften wieder aufzubauen, beeinflusst haben, wie Dr. Josef Hofmann in seinem Leitartikel in der ersten Ausgabe der Aachener Volkszeitung im März 1946 schrieb: *„[...] Nachdem wir bis zur Neige erfahren haben, was ein totaler Staat bedeutet, kann es für uns kein Schwanken geben, allen totalitären Tendenzen, unter welcher Form sie sich auch immer verbergen, auf das Entschiedenste entgegenzutreten. [...] Es genügt nicht, an die Stelle der Diktatur eine Regierung zu setzen, die dem Volk verantwortlich*

*ist, sondern es muß darüber hinaus auch Vorbeuge geschaffen werden, daß die Gesellschaft nicht selbst als Tyrann der menschlichen Persönlichkeit wird.“*⁵⁹² So hatten doch die weiteren programmatischen Überlegungen, wie das Programm von Ne-

⁵⁹⁰ Vgl. Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 172.

⁵⁹¹ Vgl. Heck, Bruno: CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschlüsse, Bonn 1979, S. 7.

⁵⁹² AVZ vom 6.03.1946, 1. Jg. Nr. 1., S. 1.

heim-Hüsten oder das Ahlener Programm, hatten wenig Einfluss auf die anfängliche Entwicklung der CDU Aachen; man entsandte Abordnungen zu den Parteitag und nahm die Entscheidungen zur Kenntnis. Dennoch kamen bereits früh von Mitgliedern der Aachener CDU Impulse für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas. Neben den Bundestagsabgeordneten Dr. Helene Weber und Emmi Welter sind hier vor allem Johannes Ernst, als Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften und späteres aktives Mitglied des CDA sowie die Hauptinitiatoren des Aachener Karlspreises Dr. Kurt Pfeiffer und Dr. Albert Maas zu nennen.

5.3 Warten auf die Genehmigung von der Militärregierung

Nach dem Abschluss der Potsdamer Konferenz war es theoretisch in ganz Deutschland erlaubt, die Gründung demokratischer Parteien durchzuführen. Im entsprechenden Teil der Bestimmungen des Potsdamer Protokolls hieß es: „In ganz Deutschland sind alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“⁵⁹³

In der Praxis musste man jedoch warten, bis die örtliche Militärregierung die Genehmigung von Parteibildungen öffentlich bekannt gab. Wie bereits dargestellt, musste eine erste Versammlung des vorläufigen Arbeitsausschusses zur Gründung einer christlich-demokratischen Partei in Aachen schriftlich vom Stadtkommandanten genehmigt werden. Auch der auf dieser Versammlung beschlossenen Gründungsversammlung war eine Menge Korrespondenz vorangegangen, bis die britische Militärregierung am 15. September auch in ihrer Zone die Parteigründungen erlaubte. *„Seit dem 15. September steht es Deutschen in der britischen Zone frei, sich zu versammeln und politische Parteien zu bilden [...]; dabei muß die Sicherheit der Besatzungstruppen und der Grundsatz der restlosen Ausmerzung des Nationalsozialismus und Militarismus gewahrt bleiben.“*⁵⁹⁴

⁵⁹³ Ziffer 9 II, Potsdamer Protokoll, zitiert nach: Overesch: Entstehung der Bundesrepublik, a. a. O. S. 58.

⁵⁹⁴ Zitiert nach: AN, 02.10.1945, 1.Jg. Nr. 47.

Bis zu dieser Bekanntmachung hatte es vonseiten Maas' im Hinblick auf die geplante Gründungsveranstaltung eine rege Korrespondenz mit dem britischen Stadtkommandanten gegeben. In einem Schreiben vom 10. September 1945 bittet er diesen für Mittwoch, den 19. September, um 5 Uhr nachmittags eine Zusammenkunft von 15-20 Personen zu genehmigen. Auf der Tagesordnung sollte ein Bericht über die Gründung der Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes stehen, welche am 2. September in Köln stattgefunden hatte, sowie die Bildung eines vorläufigen Parteivorstandes für Aachen.⁵⁹⁵ Mit der Bekanntgabe der britischen Militärregierung, auch in der britischen Zone Parteien gründen zu dürfen, wurde Maas' Anliegen genehmigt. Jedoch musste man sich, was die Zeitvorgaben anging, an die geltenden Bestimmungen halten. Für Versammlungen in den Abendstunden war eine Versammlungssperre ausgesprochen worden. Dadurch wurde die Zeit der Gründungsveranstaltung auf 12 Uhr festgelegt. Dies teilte Dr. Maas dem Stadtkommandanten Parrott in einem Schreiben vom 17. September 1945 mit, in dem es hieß: *„Wir sind bereit, alle Vorschriften der englischen Militärregierung in unserer Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei am kommenden Mittwoch, den 19. September zu beachten.“*⁵⁹⁶

Damit war der Weg für eine Gründung des späteren CDU-Kreisverbandes Aachen-Stadt frei.

5.4 Gründungsveranstaltung am Mittwoch, den 19. September 1945

Laut Protokoll⁵⁹⁷ versammelten sich am Mittwoch, den 19. September, um 12 Uhr 45 Personen in der ehemaligen Geschäftsstelle des katholischen Gemeindeverbandes Neupforte 5/7. Die Versammlung wurde von Dr. Albert Maas geleitet, welcher auch die Eröffnungsrede hielt, in der er über die einzelnen Phasen der Bildung der neuen Partei in der Nordrhein-Provinz berichtete. Diesen Ausführungen folgte das Hauptreferat über die Ziele der Christlich-Demokratischen Partei in Aachen von Dr. Alfred

⁵⁹⁵ Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 10. September 1945, HStAD RWV 258.

⁵⁹⁶ Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 17. September 1945, HStAD RWV 257.

⁵⁹⁷ Bericht über die Gründungsversammlung am 19. September 1945, HStAD RWV 108.

Wolf. Er betonte, dass die Gründung der Partei nicht als Kampfansage an politisch anders denkende Gruppen in Deutschland gesehen werden dürfe, sondern als ein Angebot der Zusammenarbeit mit allen demokratischen und sozialen Aufbaukräften des deutschen Volkes. Als Grundlage der Parteiarbeit nannte er die christliche Weltanschauung und die abendländische Kultur und unterstrich, dass man besonders im historischen Aachen an diese erinnert würde. Die neue Partei solle die politische Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Evangelischen ermöglichen, auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. Zum Abschluss seiner Ausführungen hob er noch einmal hervor, dass die Hingabe zur Demokratie sowie die Verpflichtung zum sozialen Gemeinschaftsleben und natürlich die Ablehnung der verderblichen Lehre des Nationalsozialismus sowie des Militarismus das oberste Gebot dieser neu zu gründenden Partei sein müssten.⁵⁹⁸ In Anschluss an Wolfs Referat kam es zur Bildung eines vorläufigen Parteivorstandes, dem folgende Personen angehörten: Dr. Albert Maas als Vorsitzender und Geschäftsführer, der ehemalige Gewerkschaftsführer Johannes Ernst als stellvertretender Vorsitzender sowie Oberstudienrat Dr. Alfred Wolf. Daneben gehörten dem Vorstand 12 Beisitzer an. Zu diesen zählten der Fabrikant und Präsident der Handelskammer Hermann Heusch, der Chefredakteur der Kölnischen Zeitung Dr. Josef Hofmann, der langjährige Vorsitzende der Aachener Zentrumspartei Erich Lिंगens, als Vertreter der Arbeiterschaft Herr Soiron, der Fabrikant Wachler und die Herren Alertz, Hammers, Küchen, Naujack, Schmitz und Weyer sowie Fräulein Hopmann. Aufgrund der in Bezug auf Geschlecht, Alter und Beruf eher ungleichgewichtigen Zusammensetzung beschloss man, demnächst weitere Zuwahlen aus den Kreisen Jugend, heimgeführter Soldaten sowie Frauen durchzuführen. Unter dem abschließenden Tagesordnungspunkt „*Verschiedenes*“ wurden die Fragen der Räumlichkeiten, der Mitgliederwerbung und der Einteilung der Stadt in Bezirke sowie die Höhe des Mitgliederbeitrags angesprochen. Diese Themen sollten dann in den nächsten Sitzungen detailliert erörtert werden.

⁵⁹⁸ Vgl. CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 76.

Bezüglich des Mitgliederbeitrags einigte man sich vorerst auf eine Höhe von 3 RM pro Monat.

5.5 Die Pressepolitik

Direkt nach der Gründungsveranstaltung widmete man sich der Entstehung einer parteiamtlichen Zeitung, von der man sich eine Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit versprach. Wie Herr Dr. Hofmann seinen Vorstandskollegen mitteilen konnte, lag die Genehmigung einer solchen Zeitung ab 1. März seitens der Militärbehörde vor. Der Druck der mittwochs und samstags erscheinenden „Aachener Volkszeitung“ sollte im Betrieb der „Aachener Nachrichten“ erfolgen und eine Auflage von 54.000 Exemplaren für den Regierungsbezirk Aachen ermöglichen.

5.5.1 Entstehung der parteinahen „Aachener Volkszeitung“

Bereits in den letzten beiden Kriegsjahren hatten die Alliierten ein Besatzungskonzept ausgearbeitet.⁵⁹⁹ Unter der Maßgabe der Potsdamer Beschlüsse nach *demilitarization, denazification, decartellization, decentralization* und *democratization* sollte Deutschland kurzfristig einem „Konzept der totalen Kontrolle“ unterworfen werden.⁶⁰⁰ Mittel- und langfristig standen die Verwirklichung der Demokratisierung Deutschlands und die Reeducation (Umerziehung) der Deutschen auf der alliierten Agenda. Die politische Reeducation hatte zum Ziel,⁶⁰¹ *„Menschen, die den Weg in das Dritte Reich bejaht und mitgetragen hatten, innerlich vom autoritären Staatsdenken [zu] lösen und für den demokratischen Staatsgedanken reif [zu] machen und bleibend [zu] gewinnen.“*⁶⁰²

⁵⁹⁹ Zur Planung aus britischer Sicht. Vgl. hierzu: Kettenacker, Lothar (Hrsg.): Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs, Göttingen 1989./ Tyrell, Albrecht: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945, Frankfurt 1987.

⁶⁰⁰ Vgl. Einleitung Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle und Integration, München 1986, S. 11.

⁶⁰¹ Vgl. hierzu: Heydemann, Dieter: Großbritannien und Deutschland. Probleme einer "stillen Allianz" in Europa: Hans Kastendiek/Karl Rohe/Angelika Volle (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, erw. Aufl., Bonn 1998, S. 437f.

⁶⁰² Kurt Jürgensen: Elemente britischer Deutschlandpolitik, Political Reeducation. Responsible Government. Federation of Germany, in: Klaus Scharf/Hans-Jürgen Schröder: Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 103-127, hier: S. 103.

Sämtliche presserechtlichen Regelungen der Alliierten basierten zunächst auf dem am 24. November 1944 ausgegebenen „Gesetz Nr. 191“ über die *„Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk, Nachrichtendienst, Film, Theater und Musik und Untersagung der Tätigkeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“*. Dieses Gesetz wurde vier Tage nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches, am 12. Mai 1945, mit einigen Abänderungen neu ausgegeben und enthielt die folgenden presserelevanten Verbote: *„Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien oder sonstigen gedruckten oder mechanisch vervielfältigten Veröffentlichungen [...] ferner die Tätigkeit oder der Betrieb jedes Nachrichtendienstes und Bilddienstes oder Agenturen ist verboten [...]“*⁶⁰³

Zeitgleich wurde die *„Nachrichten-Kontrollvorschrift Nr. 1“* als eine Art Durchführungsverordnung zu Gesetz Nr. 191 erlassen, d. h. es gab ein grundsätzliches Verbot mit Erlaubnisvorbehalten. Die amerikanisch-britische Informationspolitik war Teil der Bemühungen um die Demokratisierung der deutschen Bevölkerung, wie sie in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt wurden. Hier ging es vor allem um die Ausrottung nationalsozialistischen Gedankengutes und um die Umerziehung der Bürger zu Demokraten. Die Bürger sollten auf ein politisches Leben im demokratischen Staat u. a. mithilfe von Parteien und deren Informationsapparat vorbereitet werden.⁶⁰⁴ Den Spielraum für die politische Presse beschrieben die Alliierten mit der Kontrollratsdirektive Nr. 40 über die *„Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse“* vom 12. Oktober 1946, auf die noch einzugehen sein wird.

Was die britische Pressepolitik anbelangt, so muss gesagt werden, dass es zu keiner der Direktiven Ausführungsbestimmungen

⁶⁰³ Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, No. 3 zitiert nach: Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: *Presse und Parteien in Deutschland seit 1945*, Bremen 1977, S. 36 (Künftig zitiert: Fischer: *Presse und Parteien*, a. a. O., S.).

⁶⁰⁴ Vgl. hierzu: Pross, Harry: *Politik und Publizistik in Deutschland seit 1945. Zeitbedingte Positionen*, Stuttgart 1980.

gab. Somit war es häufig eine Frage der Interpretation, ob ein bestimmtes Verhalten als Verstoß gegen diese oder jene Direktive bewertet wurde. Die Briten bevorzugten bei ihrem Vorgehen das Prinzip der „*indirect rule*“, das heißt, es bestanden zwar Eingriffsmöglichkeiten, die vom Eingriff des Kontrolleurs in den Produktionsablauf der Zeitungen über die Vorzensur bis zur personellen Umbesetzung reichten, jedoch wurde davon wenig Gebrauch gemacht. Man war der Auffassung, je häufiger Eingriffe in die Zeitungsproduktion vorgenommen wurden, desto unglaubwürdiger mussten die Aussagen der Besatzungsmacht bezüglich der Förderung einer freien deutschen Presse in den Ohren der deutschen Bevölkerung klingen.

In der Zwischenzeit versorgten Heeresgruppenzeitungen, die wöchentlich von Presseoffizieren der Militärverwaltungen herausgegeben wurden, die Bevölkerung mit den notwendigsten Informationen. Das Blatt „*Die Mitteilungen*“, das direkt für die Bevölkerung im besetzten Gebiet zunächst in der Stadt Aachen und Umgebung bestimmt war, enthielt neben Frontberichten auch lokale Nachrichten. Schon bald jedoch mussten die Alliierten feststellen, dass Blätter wie dieses nicht ausreichten, um das Nachrichtenbedürfnis eines zwölf Jahre publizistisch irregeliteten Volkes zu stillen.⁶⁰⁵

Mit dem Ende der Kampfhandlungen und dem Zusammenbruch des Verkehrs sowie dem Fehlen von Rundfunkempfängern, die den Kriegshandlungen zum Opfer gefallen waren bzw. beschlagnahmt worden waren, kam auch das Aachener Nachrichtenwesen vollständig zum Erliegen. Dies hatte die Ausbreitung wilder Gerüchte zur Folge. Nicht zuletzt deswegen erkannten die in Aachen weilenden amerikanischen Beobachter in ihren Protokollen den Wunsch der Menschen nach Nachrichten: „*Was die Deutschen im*

⁶⁰⁵ Vgl. Schulze, Volker: Zeitungspressen in Nordrhein-Westfalen, in: Bernhard Boll/ Volker Schulze/ Hans Süßmuth (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, o. O., 1993, S. 35-87, hier: S. 36 (Künftig zitiert: Schulze: Zeitungspressen NRW, a. a. O., S.).

*Augenblick mehr als alles andere von den Besatzungsbehörden wollen, sind Informationen [...].*⁶⁰⁶

Es war den Besatzern bzw. den Beobachtern der Abteilung für psychologische Kriegsführung bewusst, dass die Menschen wissen wollten, wie und wann die neuen Zuteilungskarten herauskämen, wann wieder Strom und Wasser zur Verfügung stehen würden, wann wieder gearbeitet werden dürfe, wie es den Verwandten in anderen Städten bzw. bei der Wehrmacht und den Kindern der Kinderlandverschickungsaktion ging, wie der Krieg weitergehen würde, was mit ihnen und was mit Deutschland passieren würde. Es zeigte sich, dass die von den Alliierten zu Beginn herausgegebenen eigenen Informationsschriften nicht mehr ausreichten und dass man ein Forum brauchte, um die militärischen Weisungen in gedruckter Form zu verbreiten, damit sie genügend Beachtung fanden. Zudem hielten sie es bei ihrem Versuch, die Denkweise der Deutschen zu ändern, für wichtig, nicht unbeachtet zu lassen, was von Menschen gelesen bzw. gehört wurde. Trotz all dieser Einsicht ist es verwunderlich, dass die Nachrichten- und Informationsmittelfrage in den mit der Kapitulation Deutschlands zusammenhängenden Dokumenten nur einmal erwähnt wird. Im Potsdamer Abkommen heißt es: *„Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt.“*⁶⁰⁷

Trotz dieses Beschlusses war die Anpassung der deutschen Presse an die Vielfalt der Interessen der Besatzungsmächte schwierig. Einig waren sich die Westmächte jedoch darin, dass es keine Kritik an ihren Staaten und Besatzungsbehörden geben dürfe bzw. dass subversive Tendenzen bekämpft werden müssten. Aus diesem Grund erließ das Hauptquartier der Alliierten eine Richtlinie, nach der der Aufbau einer deutschen Presse in drei Phasen vollzogen werden sollte. Da 1944 82,5% der Gesamtauflage der deutschen Zeitungen in den Händen der Nationalsozialis-

⁶⁰⁶ Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S.37.

⁶⁰⁷ Potsdamer Abkommen IV Abs. 10 zitiert nach: Overesch: Entstehung der Bundesrepublik, a. a. O., S.58.

ten waren, sollten alle deutschen Zeitungsverlage in einer ersten Phase geschlossen werden. Man wollte selbst bei einer Umwandlung der bisherigen Zeitungen diese nicht fortführen, sondern völlig neu anfangen. In einer zweiten Phase sollten dann Zeitungen von den jeweiligen Militärregierungen veröffentlicht werden, bevor in der dritten Phase Presselizenzen an Deutsche vergeben werden sollten.⁶⁰⁸

5.5.2 Die britische Pressepolitik

Eine aus amerikanischen und britischen Spezialisten bestehende Einheit, die Psychological Warfare Division (PWD), hatte sich seit Herbst 1943 in London mit der Konzeption einer deutschen Nachkriegsmedienlandschaft beschäftigt. Was den Aufbau und die Kontrolle der in Deutschland entstehenden Presse betraf, standen sich zwei konkurrierende Modelle gegenüber. Zunächst einmal war dies ein Drei-Stufen-Plan, der später auch realisiert wurde. Da die Alliierten in diesem, wie in vielen anderen Bereichen, von der Annahme ausgingen, dass alles, was im Dritten Reich für die Öffentlichkeit gesprochen und gedruckt worden war, nationalsozialistisch gefärbt gewesen war, sollte die erste Phase in einer totalen Ausblendung aller Medien bestehen. Alle noch vorhandenen Zeitungen, Rundfunksender, Kinos und Verlagshäuser wurden daraufhin geschlossen. In einer zweiten Phase plante man die Herausgabe von Mitteilungsblättern der Publicity and Psychological Warfare Detachments (P&PW) für die deutsche Bevölkerung, bevor die dritte Phase schließlich den Aufbau einer Lizenzpresse mit der Beteiligung unbelasteter Deutscher vorsah.

Ein zweites Modell sah von Anfang an die Herausgabe alliierter Mitteilungsblätter zusammen mit deutschen Zeitungen vor und koppelte somit die Stufen zwei und drei. Dieses Modell fand jedoch nur in Aachen in Form der ab dem 24. Januar 1945 publizierten „Aachener Nachrichten“, auf die noch einzugehen sein wird, seinen Niederschlag und wurde nachher von den Alliierten nicht mehr weiter verfolgt. Mit der Entdeckung des gesamten

⁶⁰⁸ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 143.

Ausmaßes der Gräueltaten in den Konzentrationslagern erschien den Planern der PWD eine schnelle Beteiligung der Deutschen am Aufbau der Zeitungslandschaft nicht mehr opportun.

Noch während der Krieg weite Teile des Deutschen Reiches beherrschte, erschienen die ersten so genannten Mitteilungen, die die deutsche Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten über die Kampfhandlungen und die das besiegte Land betreffenden Vorstellungen der Alliierten informieren sollten. Meist wurden diese Informationen von Angehörigen der US-Army geschrieben und von deutschem, überwachtem Personal hergestellt. Das erste dieser zweitseitigen Informationsblätter wurde ab dem 27. November 1944 unter dem Titel „Die neue Zeitung“ von Hauptmann Hans Habe in Aachen publiziert.⁶⁰⁹

5.5.3 Die „Aachener Nachrichten“⁶¹⁰

Eine „Stunde Null“ in der Presseentwicklung hat es somit nicht gegeben. Bereits ab dem 24. Januar 1945 konnten die „Aachener Nachrichten“ (AN)⁶¹¹ als erste Zeitung⁶¹² unter einem deutschen Herausgeber, dem sozialdemokratischen Drucker Heinrich Hollands, erscheinen. Das Zeitungshaus, die Verlagsanstalt Cerfontaine, in dem vor dem Krieg der „Aachener Anzeiger“ bzw. das „Politische Tageblatt“⁶¹³ erschienen waren, hatte dem Bom-

⁶⁰⁹ Vgl. Jürgen Benedikt Hüffer: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945-1953/54, München 1995, S. 56 (Künftig zitiert: Hüffer: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse, a. a. O., S.).

⁶¹⁰ Vgl. hierzu: Aachener Nachrichten: 60 Jahre Nachrichten 1945-2005. 1. Deutsche Nachkriegszeitung, Aachen 2005./ Hofelich, Rudolf: Aachener Nachrichten, in: Boll, Bernhard/ Schulze, Volker/ Süßmuth, Hans (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen: Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 65-67 (Künftig zitiert: Hofelich: Aachener Nachrichten, a. a. O., S.).

⁶¹¹ Heinrich Hollands hatte diesen Zeitungstitel vorgeschlagen. Der Untertitel „Publikationsorgan für den Regierungsbezirk Aachen“ wurde jedoch schon in der zweiten Ausgabe geändert; er lautete nunmehr „Wöchentliche Zeitung für den Regierungsbezirk Aachen“. Mit der fünften Ausgabe änderte sich der Untertitel erneut in „Wöchentliche Zeitung für die Aachener Gegend“, mit dem Zusatz „Herausgegeben auf Genehmigung der Alliierten Militärbehörde“.

⁶¹² Vgl. Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus, a. a. O. S.88.

⁶¹³ Die Vorgänger der AN sind der Aachener Anzeiger, gegründet 1872, und das Politische Tageblatt, gegründet 1878 von Josef La Ruelle. Die beiden Zeitungen wurden später im La Ruelle'schen Zeitungsverlag verschmolzen. Dieser ging 1922 an eine neue Verlagsgesellschaft mit fünf Gesellschaftern. Mit Jean Cerfontaine trat ein Zeitungsfachmann an die Spitze des Unternehmens. Dieser schaffte es, die Zeitung durch die Inflationszeit zu bringen. Als 1933 die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, wuchs der Druck auf das Unternehmen. Cerfontaine entschloss sich zum Parteibeitritt, um so die Annexion seines Unternehmens zu verhindern. Das Politische Tageblatt konnte da-

benhagel standgehalten. Papier war ausreichend vorhanden und auf der reparierten Rotation des „Westdeutschen Beobachters“ konnte gedruckt werden. In Heinrich Hollands, einem 68-jährigen Buchdrucker von unzweifelhafter demokratischer Gesinnung,⁶¹⁴ fand das Supreme Headquarter einen Mann, der geeignet erschien, mit einer vorerst begrenzten Lizenz zur Herausgabe einer Zeitung bedacht zu werden. Padover, der für die Abteilung für psychologische Kriegsführung in Aachen war, hatte Kontakt zu Hollands aufgenommen und über ihn geschrieben: „Ich empfehle dem Hauptquartier, ihn zum Herausgeber jener deutschen Zeitung zu machen, die die Abteilung für psychologische Kriegsführung demnächst in Aachen plant herauszugeben.“⁶¹⁵

Und so erschien am 10. Januar 1945 ein amerikanisch-britisches Presseteam in Aachen, um Hollands auszubilden, ihn bei der Gründung seiner Zeitung und bei seiner Arbeit zu unterstützen, aber auch zu kontrollieren. Von den britischen Presseoffizieren war für Aachen eine Regionalzeitung geplant, die keine innenpolitischen Auseinandersetzungen sowie keine Beurteilung der Situation aus gesamtdeutscher Sicht vornehmen sollte. Daneben war jegliche Kritik an der Militärregierung und die Verwendung von früheren nationalsozialistischen Begriffen wie „Lebensraum“ oder „Blut und Boden“ untersagt. Des Weiteren war jeder Hinweis darauf verboten, dass die Einteilung der Besatzungszonen noch nicht endgültig sei. Nach den Anweisungen der Presseoffiziere sollte die Schuld am Krieg nicht allein den Nationalsozialisten und den Militaristen angelastet werden, sondern das ganze deutsche Volk sei auf seine Schuld hinzuweisen. Die katastrophale Lage der Lebensmittelversorgung müsse

durch mit einer Auflage von etwa 4.000 Exemplaren bis zur Evakuierung Aachens im September 1944 weiter erscheinen. Nach dem Ende des Krieges sollten sich für Cerfontaine die negativen Folgen seines NSDAP-Beitritts zeigen: Zwar erkannten die amerikanischen MGOs (Military Government Officers) seine Beweggründe für den Parteibeitritt an und waren bereit, den Besitzer des Zeitungshauses als Herausgeber der neuen Zeitung einzusetzen, aber die Verantwortlichen der PWD widersetzten sich dem Vorschlag und entschieden sich für Heinrich Hollands. Vgl. Hofelich: Aachener Nachrichten, a. a. O., S. 66ff.

⁶¹⁴ Heinrich Hollands hatte bis 1933 bei einem sozialdemokratischen Blatt als Druckereimeister gearbeitet.

⁶¹⁵ Saul Padover: Als Psychologe in Deutschland 1946, zitiert nach Crous: Aachen, a. a. O., S. 64.

in Zusammenhang mit der Notlage in den anderen kriegsverheerten Gebieten der überfallenen Völker gesehen werden. Schließlich wurde Hollands darauf hingewiesen, dass die Zeitung das Äußerste zu tun habe, das deutsche Volk zu ermutigen, beim Wiederaufbau mit Hand anzulegen und die Aufbaupläne der Militärregierung zu unterstützen. Dem Team gehörten drei Journalisten an; mit Otto Pesch wurde ein deutscher Journalist hinzugezogen.⁶¹⁶ Des Weiteren gehörte dem kleinen Mitarbeiterstab das spätere CDU-Mitglied und der spätere Träger der Lizenz für die CDU-nahe „Aachener Volkszeitung“, Dr. Josef Hofmann, an. Dieser war, aus ihm verborgen gebliebenen Gründen,⁶¹⁷ bereits vor der ersten Zusammenkunft in Walberg am 21. Juni 1945 nach Aachen geholt worden, um mit dem scheidenden amerikanischen Presseoffizier und den schon anwesenden Engländern⁶¹⁸ über ihr Angebot, die Chefredaktion der „Aachener Nachrichten“ zu übernehmen, zu sprechen. Zudem wollten sie Hofmann für die gerade gegründete Journalistenschule gewinnen,⁶¹⁹ die „[...] den journalistischen Nachwuchs konsequent demokratischer Gesinnung für die britische und die amerikanische Zone ausbilden soll.“⁶²⁰

Hier wollte man den Grundsatz der Trennung von Nachricht und Kommentar sowie die Übernahme journalistischer Formen wie Reportage und Feature⁶²¹ vermitteln, um somit die Zeitungen auch in Deutschland zu einem Sprachrohr von Bürgerinteressen zu machen, die Missverständnisse aufdeckten und Initiativen förder-

⁶¹⁶ Neben Otto Pesch waren dies Eugene Jolas und Cedric Befrage.

⁶¹⁷ Zur Frage, warum er gerufen wurde, schrieb er später: „[...] wer mich wohl den Amerikanern vorgeschlagen haben könnte. Ich habe es nie erfahren [...]“ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 163.

⁶¹⁸ Da die Verwaltung Aachens wenige Tage später von den Engländern übernommen werden sollte, hielt sich der amerikanische Presseoffizier bei diesem Gespräch zurück. Bei den anwesenden Engländern handelte es sich um den britischen Presseoffizier C. K. Greenhard, der früher Redakteur der konservativen „Yorkshire Post“ war und in der Londoner Vertretung der Zeitung gearbeitet hatte, sowie um dessen Mitarbeiter Spalding, der als Junge mit seinem Vater aus Deutschland emigriert war und später als Privatdozent für Germanistik tätig gewesen war.

⁶¹⁹ Am 11. Juli 1945 begann Hofmann seine Tätigkeit in der Journalistenschule, die er 1946 aufgrund der zunehmenden Arbeit in der Redaktion der „Aachener Volkszeitung“ aufgeben musste.

⁶²⁰ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 163.

⁶²¹ Sowohl die Amerikaner als auch die Briten wollten neben der Reformierung des deutschen Pressewesens auch dessen Niveau heben. Neben der äußeren Aufmachung, die nach westlichen Begriffen altmodisch war, waren in Deutschland „Features“ nahezu unbekannt und die Unterscheidung zwischen Nachricht und redaktionellem Kommentar war nur ungenau.

ten und ohne die die heutige Zeitungslandschaft undenkbar wäre.⁶²² Zudem sollte hier eine Umerziehung der deutschen Journalisten zu neuen Standards stattfinden.⁶²³

Die Amerikaner glaubten, mit den „Aachener Nachrichten“, die später als Modell für die gesamte britische Zone betrachtet wurden, insofern die Überparteilichkeit zu sichern, indem sie Menschen höchst unterschiedlicher Standpunkte durch die Leitung der Zeitung zusammenbanden.⁶²⁴ Mit diesem von ihnen geförderten Pluralismus in jeder einzelnen Zeitung wollten sie dem Wiederaufleben der Partei- und Interessenpresse sowie der meinungslosen, ausschließlich kommerzorientierten Generalanzeigerblätter der Weimarer Republik entgegenwirken.⁶²⁵ Aufgrund dieser Auffassung setzte sich die Zeitungsleitung aus dem christlich-demokratisch gesinnten Dr. Josef Hofmann als Chefredakteur, dem Sozialdemokraten Heinrich Hollands und der Leiterin der Journalistenschule und späterem KPD-Mitglied im Landtag von NRW Maria Pascher zusammen. Ähnlich wie in der Zeitungsleitung war auch in der Redaktion der „Aachener Nachrichten“, die aus dem Redakteur Otto Pesch und den Volontärinnen Frau Opitz, Renate Bochers und Helga Brockhoff bestand, eine Mischung jeglicher politischer Gesinnung zu finden. Diese „bunte Durchmischung“, wie sie sich die Alliierten vorgestellt hatten, war jedoch in der alltäglichen Praxis nur schwer umzusetzen. Es folgten diverse Kleinkriege, auf die noch einzugehen sein wird.

Am 24. Januar 1945 erschien mit der Lizenz Nr. 1 der amerikanischen Besatzungsmacht die erste Ausgabe der „Aachener Nach-

⁶²² Vgl. Benz, Wolfgang: Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M., 1991, S. 206 (Künftig zitiert: Zwischen Hitler und Adenauer, a. a. O., S.).

⁶²³ Diese neuen Standards („to present news objectively, to avoid the tendentious writing of news, to distinguish, and separate news from comment, etc.“) wurden in der „Standing Directive No. 1“ vom 20. Juli 1945 festgelegt. Vgl. hierzu: Hans Süßmuth: Das Land Nordrhein-Westfalen - Entstehungsgeschichte und britische Pressepolitik, in Bernhard Boll/ Volker Schulte/ Hans Süßmuth (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, o. O., 1993, S. 13-33, hier: S. 33.

⁶²⁴ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 164.

⁶²⁵ Vgl. Benz: Zwischen Hitler und Adenauer, a. a. O., S. 205.

richten"⁶²⁶ als bis dahin einzige Zeitung im besetzten Deutschland.⁶²⁷ Sie enthielt Artikel wie „*Russischer Siegeszug rollt weiter*“ oder Themen wie die Rundstedt-Offensive, die Ausgangssperre oder das Vorgehen der Militärregierung bei Lebensmittelhamsterei.⁶²⁸ Dabei waren sich die Redakteure und Setzer der Zeitung in den ersten Monaten – später vor allem in Hinblick auf die Ermordung Oppenhoffs – der Gefahr, der sie sich durch die Zusammenarbeit „*mit dem Feind*“ aussetzten, bewusst.

Das erste Exemplar, in einer Auflage von 12.000 Stück und mit einem Preis von 20 Pfennig, wurde den Verkäufern förmlich aus den Händen gerissen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren die Aachener nur auf Gerüchte, die von Haus zu Haus wanderten, angewiesen oder auf Bekanntmachungen der Amerikaner, die als Ausdruck der Besatzungspolitik galten. Da es noch keine ausreichende Stromversorgung gab, war man auch von den Rundfunknachrichten abgeschottet, und so ist es nicht verwunderlich, dass der Lesehunger bzw. der Wunsch, endlich etwas Neues zu erfahren, im damaligen Aachen besonders groß war. Die zweite Ausgabe der „*Aachener Nachrichten*“ wurde schon in einer Auflage von 19.000 Exemplaren gedruckt.

Auch wenn die erste Zeitung in deutscher Sprache erschien, so war sie vorerst eine amerikanische Zeitung für deutsche Leser, die die Vorreiterrolle für eine künftige neue demokratische Presse auf deutschem Boden übernehmen sollte, wie aus dem Aufruf an die Leserschaft des Blattes hervorging: „*Endlich! Wird es in den Kreisen der verehrten Leser heißen, ja endlich sind die Fesseln der Nazi-Diktatur für den hiesigen Bezirk von uns genommen, und ein neues Leben auszubauen wird jetzt unsere Aufgabe sein. Was die zwölf Jahre der Knechtung durch die Nazis für die Presse bedeutet haben, kann nur derjenige ermes- sen, welcher unter dieser Knechtung gezwungen gewesen ist, in*

⁶²⁶ So wie die „Aachener Nachrichten“ publizierte die Militärregierung noch weitere Zeitungen – in Nordrhein: „*Neue Rheinische Zeitung*“ (Düsseldorf), in Westfalen „*Neue Westfälische Zeitung*“ (Oelde, Bielefeld) und im Ruhrgebiet die „*Ruhrzeitung*“ (Essen).

⁶²⁷ Vgl. Flanagan, Claire: *A study of Germany – political-cultural periodicals from the years of allied occupation 1945-1949*, Lewiston 2000, S. 17.

⁶²⁸ Vgl. AN vom 24.01.1945, 1. Jg., Nr. 1.

*oder an der Presse tätig zu sein. So wird die vorliegende Nummer der Aachener Nachrichten den Anfang bilden für den Wiederaufbau der deutschen Presse. Wenn es heute noch nicht möglich ist, die Erscheinungsweise in alter Form vor sich gehen zu lassen, so ist dies erklärlich, da wir ja noch mitten im Kriege stehen und hierdurch seitens der Militärbehörden besondere Maßnahmen obwalten müssen, denen wir unter allen Umständen Verständnis entgegenzubringen haben [...]."*⁶²⁹

Obwohl Hollands zwar diesen Leitartikel der ersten Ausgabe verfassen durfte, wurde ihm der Schlusssatz gestrichen, in dem er die Hoffnung äußerte, dass die Zeitung bald ein Organ der freien Meinung und Kritik werden könne, denn inhaltlich sollte es in den ersten Ausgaben nur um Mitteilungen der Militärregierung sowie um Berichte alliierter Pressedienste gehen. Für den alltäglichen redaktionellen Betrieb sah dies folgendermaßen aus. Die Meldungen wurden über Funk aus London bzw. Luxemburg gemorst.⁶³⁰ Dort hatte man in Form von „News File“ einen eigenen Dienst für Militärregierungszeitungen in Deutschland geschaffen. Für die Mitarbeiter der „Aachener Nachrichten“ bedeutete dies, dass nur Angaben zur Sache und keine Kommentierungen formuliert werden durften. Da die Leser jedoch nicht nur Nachrichten, sondern auch Erklärungen lesen wollten, wurden auch Glossen in London verfasst. Hierüber schreibt Hofmann später: *„Ich brauchte nur das gewünschte Thema anzugeben und der Artikel dazu wurde besorgt.“*⁶³¹

Erst allmählich sollte es zum Aufbau einer regionalen Berichtserstattung kommen, bei der auch außen stehende Mitarbeiter Artikel zu geschichtlichen bzw. unpolitischen Themen verfassen durften. Trotz dieser und anderer Einschränkungen wurde Hollands, Hofmann und Pesch ab der siebten Ausgabe der „Aachener Nachrichten“, die am 7. März 1945 erschien, die meiste Arbeit von der „Psychological Warfare Division“ übertragen. Als die

⁶²⁹ Vgl. AN vom 24.01.1945, 1. Jg., Nr. 1.

⁶³⁰ Im Laufe der Zeit wurden Verteilungsstellen in Bad Nauheim und Hamburg eingerichtet. Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 111.

⁶³¹ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 162f.

ersten Ausgaben der Aachener Nachrichten erschienen, war das offizielle Organ der NSDAP, der „*Völkische Beobachter*“, 70 km weiter östlich von Aachen noch nicht verstummt. Das Echo vom Rhein auf das Erscheinen der „*Aachener Nachrichten*“ war geifernde Wut. „*Judenblatt*“, schrieb der „*Westdeutsche Beobachter*“ und schimpfte die deutschen Journalisten „*jüdische Söldlinge*“. Joseph Goebbels schrieb ein Pamphlet über Aachen und der Reichssender Köln sprach von „*Landesverrat*“.⁶³² Noch fast dreieinhalb Monate lang erschienen die Zeitungen des untergehenden Reiches.

Im Juni 1945 wurde die Mitarbeiterzahl der Zeitung erhöht; beispielsweise übernahm Änne Voßen, eine Studentin, die Dolmetscherarbeiten. Am 27. Juni 1945 unterzeichnete PWD-Brigadegeneral Robert A. McClure die „*Licence No. 1*“, die Heinrich Hollands die Herausgabe der (nunmehr dienstags und freitags erscheinenden) „*Aachener Nachrichten*“ erlaubte. Damit ging die erste Nachkriegszeitung in deutsche Hände über, was bis 1948 im Untertitel der Zeitung, welcher „*Erste neudeutsche Zeitung*“ lautete, deutlich gemacht wurde. Mit der Lizenzierung war die Zensur der „*Aachener Nachrichten*“ allerdings nicht aufgehoben. Anfangs mussten sechs verschiedene militärische Stellen die Kopie der beabsichtigten Ausgabe genehmigen, nachdem diese zuvor durch Hofmanns Hände gegangen war. Da die Amerikaner und Briten vor allem in den ersten Monaten ihrer Besatzung befürchteten, dass Artikel verschlüsselte Nachrichten für Untergrundkämpfer enthalten könnten, bedurfte jede Lokalnachricht der Zustimmung der Aachener Militärregierung. Als die Aachener Region Mitte 1945 der britischen Besatzungszone zugeordnet wurde, übernahm eine britische Presseeinheit die Kontrolle der Zeitung, die beispielsweise die Vor- durch die Nachzensur der Artikel ersetzte. Dennoch beschreibt Hofmann später das vorsichtige Vorgehen bei Veröffentlichungen und spricht über den englischen Hauptmann Gil, „*[...] der anfangs übervorsichtig war und sogar meinte, auch Reutermeldungen und*

⁶³² Vgl. Hofmann: *Erinnerungen*, a. a. O., S. 161.

*Nachrichten des News File über die Vorbereitung der Potsdamer Konferenz dürften nicht gebracht werden [...]."*⁶³³

Nach wenigen Tagen erhielt Hofmann jedoch die Erlaubnis, „*Neues aus aller Welt*“ den englischen Zeitungen frei zu entnehmen, jedoch unter der Voraussetzung, keine innerpolitischen deutschen Auseinandersetzungen und keine Betrachtungen von gesamtdeutschen Standpunkten einfließen⁶³⁴ zu lassen sowie Begriffe wie „*Blut und Boden*“ zu vermeiden und jegliche Kritik an der Militärregierung zu unterlassen. Diesbezüglich erhielt Hofmann von Greenhard eine Zusammenstellung von Richtlinien.⁶³⁵

Da Hofmann sich an diese Vorgaben hielt, wurden ihm von Greenhard immer größere Arbeiten übergeben, wie sich Hofmann später erinnert: „*Greenhard sandte mein Manuskript nach London zur Prüfung und konnte mir am 26. Juni gratulieren, daß diese Glosse im Morsedienst von ‚News File‘ ohne jede Änderung für alle Militärzeitungen zurückgekommen sei. Nun stand es mir frei, weiterhin selbständig zu schreiben, und so schrieb ich am 7. August den ersten Leitartikel.*“⁶³⁶

Im September 1945 verließ Greenhard⁶³⁷ Aachen. Zu diesem Zeitpunkt galten die „*Aachener Nachrichten*“ in der Presseabteilung des britischen Hauptquartiers als das beste Blatt in der britischen Zone. Jedoch wurden innerhalb der „*Aachener Nachrichten*“ die Auseinandersetzungen immer größer. Beispielsweise versprach Heinrich Hollands einem Frankfurter Journalisten die Stelle Hofmanns während dessen Abwesenheit. Während dieser Zeit, in der Hofmann auf der einen Seite ein gutes Verhältnis

⁶³³ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 165.

⁶³⁴ Zu diesem Zeitpunkt war das Schicksal des Deutschen Reiches noch nicht entschieden und Dr. Josef Hofmann konnte Gesprächen mit Spalding entnehmen, dass es Bestrebungen gab, Aachen Belgien anzuschließen, wogegen sich die englische Militärregierung aussprach. Vgl. hierzu: Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 165f.

⁶³⁵ Zu diesem wie zu späteren Zeitpunkten war eine allzu strenge Kontrolle der Vorgaben nicht durchführbar. Infolgedessen kam es selten zur Beanstandung von Artikeln und wenn, dann kamen die Verfasser meistens mit einem Verweis davon. Nur wenige Lizenzen wurden aufgehoben. Hierbei handelte es sich meistens um kommunistische Blätter, deren Verstöße nicht nur offenkundig, sondern auch vorsätzlich waren.

⁶³⁶ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 166.

⁶³⁷ C. K. Greenhard wurde zum Hauptmann befördert und wechselte nach Köln zum „*Kölnischen Kurier*“, wo er später immer wieder versuchte, Dr. Josef Hofmann für die Arbeit zu gewinnen.

zur Militärregierung unterhielt und auf der anderen Seite einen Job ausübte⁶³⁸, kam er durch Otto Pesch, den Redakteur der Zeitung, in Kontakt mit den christlich-konservativen Kreisen der Stadt um Dr. Wilhelm Rombach, Albert Servais, Hermann Heusch und Bischof van der Velden. Er begann, sich neben seiner Arbeit in der sich in der Gründung befindlichen Christlich-Demokratischen Partei mit einzubringen.

Als mit Beginn des Jahres 1946 das Modell der Parteizeitungen eingeführt wurde, wurden die „Aachener Nachrichten“ ab März 1946 als SPD-Zeitung geführt. Bereits im März 1948 wurde Hollands von Chefredakteur Hermann Schaefer als Lizenzträger abgelöst, was aufseiten der „Aachener Volkszeitung“ gern gesehen wurde, wie noch zu zeigen sein wird.

5.5.4 Der Papiermangel

Wie in vielen Wirtschaftszweigen standen auch die neuen Zeitungen vor großen Problemen. Der Krieg hatte Gebäude, Inventar und maschinelle Anlagen beschädigt oder vernichtet. Der Hunger war ebenso präsent wie die zerstörte Infrastruktur und die fehlenden Kommunikationsmittel. Das Hauptproblem der Zeitungen stellte jedoch der Papiermangel dar. Die Zeitungen konnten, wie gezeigt, nur zweimal, ab der Währungsreform schließlich dreimal wöchentlich erscheinen. Der Mangel an Papier in den Jahren 1943-1948 folgte aus der Rohstoffknappheit. Der Holzeinkauf in Mittel- und Nordeuropa musste nach dem Ende des Krieges erst wieder neu aufgebaut werden und während dieser Phase konnte die britische Besatzungszone nur mit vergleichsweise geringen Mengen Zeitungsdruckpapier beliefert werden. Die Zuteilungen gelangten in ein von der Newsprint and Newspaper Sub-Section Tinbünde unterhaltenes Papierkontor, von wo aus britische und deutsche Mitarbeiter die Papierbeschaffung und -verteilung koordinieren sollten. Das Papier für den Zei-

⁶³⁸ Über diese Situation schrieb Hofmann später: „Ich stand in der Tat zwischen allen Fronten, einmal zwischen den deutschen Erwartungen und der britischen Besatzungspolitik, indem ich demokratisches Bewußtsein wecken sollte und doch an die Weisungen der Militärregierung gebunden war. Gleichzeitig stand ich aber auch zwischen den Fronten, die sich in der Bevölkerung aufgetan hatten, von den Kommunisten bis zu den Konservativen, wobei jede Gruppe etwas anderes von mir erwartete.“ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 165.

tungsdruck musste hier in harter Konkurrenz mit anderen Großverbrauchern aus einem Gesamtkontingent ausgehandelt werden. Das Papier wurde in jener Zeit aus Skandinavien und Österreich bezogen. Dazu waren Devisen erforderlich, die nur von den Briten gestellt werden konnten. Dies hatte zur Folge, dass von deutscher Seite keinerlei Einsprüche bei der Verteilung des Papiers geleistet werden konnten. Die Papierknappheit erforderte eine gelenkte Papierzuteilung an die einzelnen Zeitungen. Bei der ersten Festlegung der Auflagenzahlen und der damit verbundenen Papierzuteilung an die einzelnen, neu lizenzierten Zeitungen orientierten sich die Briten nach den Wahlergebnissen von vor 1933. Zudem unterstützten die Briten die SPD- und KPD-nahen Blätter, die als Verfolgte des Nationalsozialismus galten und seit 1933 von der Bildfläche verschwunden waren, diese weit mehr als die Zeitungen der bürgerlichen Parteien. Mit dem neuartigen Gebilde der CDU wussten sie zunächst keine konkreten Vorstellungen zu verknüpfen und unterschätzten dabei die Wirkungsmöglichkeiten dieser bi-konfessionellen Partei stark.⁶³⁹ Dies musste natürlich zur Folge haben, dass einer CDU-nahen Zeitung wie der „Aachener Volkszeitung“ (AVZ) weniger Papier zugeteilt wurde als einer Zeitung, die einer altbekannten Partei nahe stand. Die von den Parteien erzielten Wahlergebnisse sowie das von den Briten gewünschte Verhältnis 1:5 (also ein Zeitungsexemplar auf fünf Einwohner) wurden zur Bemessungsgrundlage für die Auflagenneufestsetzung Ende 1946 gemacht.⁶⁴⁰ Nach diesem Verfahren erhielten die „Aachener Nachrichten“ eine Auflagensteigerung von 13,6% und die „Aachener Volkszeitung“ eine Auflagensteigerung von 58,3%. Obwohl sich immer wieder Diskussionen um Anträge auf eine höhere Papierzuteilung in vielen Sitzungsprotokollen des Aachener CDU-Vorstandes wiederfinden, wurde die schlechte Papierzuteilung nicht als ablehnende Haltung der Militärregierung gegenüber der Partei gewertet, wie sich ein Zeitzeuge erinnerte: *„Die Alliierten, obwohl mehr Richtung Labour orientiert, benachteiligten die Aachener Volkszeitung nicht [...] Als einmal klar*

⁶³⁹ Vgl. Fischer: Presse und Parteien, a. a. O., S. 57.

⁶⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 55.

war, wie die Bevölkerung denkt, haben die Engländer umgeschaltet [...]."⁶⁴¹

Zudem war die „Aachener Volkszeitung“ eine CDU-nahe Zeitung, die als erste eine Lizenz von den Engländern empfangen hatte. Aufgrund der Ergebnisse der Kommunal- und Landtagswahlen der Jahre 1946/47 ergaben sich dann Auflagenverschiebungen, unter anderem zugunsten der CDU. Insgesamt erhielten die CDU-nahen Lizenzzeitungen statt 978.000 (August 1946) nun Papier für 1.292.000 Exemplare (Juli 1947).⁶⁴² Dies hatte für die „Aachener Volkszeitung“ zur Folge, dass sie ab dem 1. September 1947 täglich erscheinen konnte.

Anders sah dies die Gesamt-CDU. Der Kampf der CDU um eine gerechtere Behandlung von CDU-nahen Zeitungen war ein ständiges Thema auf sämtlichen Sitzungen. Bereits kurze Zeit nach der Tagung von Neheim-Hüsten, auf der man die Bitte an die britische Militärregierung gerichtet hatte, zur politischen Erziehung der Bevölkerung möglichst bald politische Zeitungen zuzulassen,⁶⁴³ kam man zu der Feststellung, dass die Papierverteilung durch die Militärbesatzung für die CDU-Zeitungen ausgesprochen ungünstig erfolgte. Der CDU-Zonenbeirat legte daraufhin einen konkreten Vorschlag zur gerechteren Papierverteilung der Militärverwaltung vor. Nach diesem Vorschlag sollte jede Familie bei der nächsten Lebensmittelkartenzuteilung befragt werden, welche Zeitung sie beziehen wolle. Dementsprechend sollte dann die Papierzuteilung an die einzelnen Zeitungen erfolgen.⁶⁴⁴ Wie bereits erwähnt, wollte die britische Militärbehörde die Zuteilung jedoch von den Wahlergebnissen abhängig machen. Nachdem jedoch die ersten Wahlergebnisse die politische Stärke der CDU erwiesen hatten und nicht direkt eine Erhöhung der Auflagenziffern erfolgt war, wurde diese massiv eingefordert. Der CDU-Vorstand beschloss sofort nach den Wahlen vom 13. Oktober 1946, energische Schritte beim Presseoffi-

⁶⁴¹ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁶⁴² Zahlen zitiert nach Kutsch, Arnulf: Neue Zeitungen für Deutsche. Entstehung und Struktur der Lizenzpresse in Nordrhein-Westfalen (1945-1949), in: Geschichte im Westen, 3. Jg. (1988), Nr. 1, S. 46-67, hier: S. 59.

⁶⁴³ Vgl. Protokoll Neheim-Hüsten 26.02.-01.03.1946, in KAS: Adenauer und die CDU der britischen Zone, a. a. O., S. 30.

⁶⁴⁴ Vgl. KAS: Adenauer und die CDU der britischen Zone, a. a. O., S. 30.

zier der britischen Zone einzuleiten. Als die britische Militärbehörde im Frühjahr 1947 eine beabsichtigte Kürzung der Papierzuweisungen bei den Tageszeitungen verkündete, erregte dies wiederum den Protest der CDU. Im darauf folgenden Jahr, als die Lizenzierungsvergabe aufgehoben wurde, kam auch bezüglich der Papierverteilung vonseiten der Christdemokraten die Aufforderung an die britische Besatzungsmacht, dieses Aufgabengebiet deutschen Stellen zu überlassen.⁶⁴⁵ Im Allgemeinen stellte der Streit um die Zuteilung von Zeitungspapier für Konrad Adenauer und die CDU in der britischen Zone einen Akt der Profilierung gegenüber der britischen Besatzungsmacht und damit auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit dar,⁶⁴⁶ den es so in Aachen nicht gab.

5.5.5 Die „Aachener Volkszeitung“⁶⁴⁷

Ab November 1945 orientierten sich die Briten beim Aufbau einer Lizenzpresse stärker an ihrem Ziel der Demokratisierung und Umerziehung der Gesellschaft. Um aber nach den Jahren der Diktatur die Mitwirkung des Volkes in der frei gewordenen Presse zu sichern, wurde ein „Beirat der Aachener Volkszeitung“ ins Leben gerufen. Dieser bestand 1946 aus zwölf Aachener Bürgern,⁶⁴⁸ die nachweislich keine NSDAP-Mitglieder gewesen waren. Dieses nur kurzlebige Gremium sollte nur beratend tätig sein. Im Allgemeinen ist über die Herausgeber, Redakteure und Gesellschafter der Anfangsjahre zu sagen, dass diese entweder im Dritten Reich verfolgt oder anderweitig in Ungnade gefallen, also jedenfalls politisch unbelastet waren.

⁶⁴⁵ Vgl. KAS: Adenauer und die CDU der britischen Zone, a. a. O., S. 31.

⁶⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 32.

⁶⁴⁷ Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: CDU-nahe Lizenzzeitungen (I) „Aachener Volkszeitung“, in: „Communication Socialism“ (Emsdetten), 2. Jg./Nr. 1 (Januar-März 1969), S. 21-25, hier: S. 21ff.

⁶⁴⁸ Dr. Albert Maas (1. Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei Aachens), Hermann Heusch (Präsident der Handelskammer), Ernst Wilhelm Nusselein (katholischer Pfarrer in St. Paul), Dr. Alfred Wolf (Oberstudiendirektor am Couvengymnasium), Josef Alertz (Lehrer), Georg Wachler (Mitglied des evangelischen Presbyteriums), Hans Naujack (ehemaliger christlicher Gewerkschaftssekretär), Heinrich Küchen (Betriebsleiter einer Tuchfabrik), Lambert Boshoff (Kaufmann), Josef Göttgens (Gastwirt, Kreistagsmitglied des Zentrums vor 1933), Josef Schmitz (Obermeister der Schreinerinnung Aachen), Christian Esser (Steigerdiensttuender Oberhauer), Paul Staudte (evangelischer Pfarrer), Bubi Hirtz. Vgl. Siemons, Konrad: Ein Spiegel der Zeit. Die Geschichte der Aachener Volkszeitung, Aachen 1986, S. 9 (Künftig zitiert: Siemons: Geschichte Aachener Volkszeitung, a. a. O., S.).

Aus diesem Grund schien ihnen – wie bei den Parteien – auch in der Presse ein Rückgriff auf alte Eliten nicht mehr opportun. Man sah die Notwendigkeit eines Elitenaustauschs im Zeitungswesen, und so mussten die britischen Presseoffiziere nun geeignete, nicht während der Nazizeit verlegerisch aktive Personen finden, die den Neuaufbau der Presse gewährleisten konnten. Bei dieser Arbeit konnten ihnen nur die Parteien Hilfe leisten, indem sie Lizenzträger vorschlugen. Aus dieser Beteiligung an der Auswahl von Lizenzträgern leiteten die Parteien ihren Anspruch ab, Einfluss auf die Presse zu nehmen. Anknüpfend an die Weimarer Tradition sahen sie, und so auch die Aachener CDU, in der Presse vor allem ein Instrument zur Grundversorgung ihrer Anhänger mit parteipolitischen Informationen und ein wichtiges Element der Werbung für ihre politischen Ideen und um neue Mitglieder. Der Parteivorsitzende und spätere Mitlizenzträger Maas beschrieb den Bedarf der CDU, eine Zeitung zu haben, wie folgt: *„Es war für die CDU in der Stadt und im Regierungsbezirk Aachen natürlich eine Lebensfrage, eine solche Lizenz für eine christlich-demokratische Zeitung zu erhalten.“*⁶⁴⁹

Aus diesen Vorstellungen heraus hatte man das Ansinnen der Aachener CDU-Gründer, auch eine eigene Zeitung zu betreiben, abgelehnt. Der Vorstand der Aachener CDU hatte sich dennoch während dieser Zeit um einen Verlag bzw. eine mögliche Druckerei zur Erstellung einer Zeitung bemüht. Bei diesem Vorgehen hatte man unter anderem den Kontakt mit dem ehemaligen Verleger des *„Volksfreundes“* Jakob Schmitz wieder aufgenommen.

Während der Weimarer Republik war der 1894 gegründete *„Volksfreund“*, eine zentrumsnahe Zeitung, Aachens auflagenstärkstes Blatt gewesen. Die Zeitung hatte ihre Leserschaft im katholischen Mittelstand und in der katholischen Arbeiterschaft. Während des Dritten Reiches übernahm der *„Aachener Beobachter“*, eine Nebenausgabe des *„Westdeutschen Beobachters“*, immer mehr Raum im Aachener Zeitungswesen ein. Obwohl er 1934 nicht ein-

⁶⁴⁹ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 60.

mal ein Drittel der Auflage der bürgerlichen und katholischen Presse erreichte, wurde der Konkurrenzdruck, welcher die NS-Zeitung auf den „*Volksfreund*“ ausübte, zu groß. Im Verlauf der nächsten Jahre schrumpften seine Auflagenstärke und sein Anzeigenaufkommen zusehends, was dazu führte, dass im Mai 1941 die Arbeit eingestellt werden musste.⁶⁵⁰ Auf der Rotation des „*Volksfreundes*“ wurde ab diesem Zeitpunkt der „*Aachener*“ bzw. „*Westdeutsche Beobachter*“ gedruckt.

Nach dem Ende der Kampfhandlungen und der vorläufigen Gründung der Christlich-Demokratischen Partei hatte deren Vorstand, wie bereits gezeigt wurde, Interesse an der Gründung einer Parteizeitung, die zur Werbung und Information der Bevölkerung dienen sollte. Aus diesem Grund hatte der Vorstand bereits Kontakt mit einigen Verlegern der Umgebung aufgenommen, unter ihnen Jakob Schmitz, mit dem man schließlich auch eine Zusammenarbeit vereinbaren konnte. Jakob Schmitz war nach umfassender drucktechnischer und verlegerischer Ausbildung 1921 in die Allgemeine Druck- und Verlags-GmbH⁶⁵¹ eingestiegen, in deren Haus unter anderem der *Volksfreund* erschien. 1929 übernahm Schmitz die Geschäftsführung des Unternehmens. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde Schmitz, der sich gegen den Druck des „*Westdeutschen Beobachters*“ auf der Rotation des „*Volksfreundes*“ gewehrt hatte, mehrfach von der Gestapo zum Verhör abgeholt. Nach dem Verbot des „*Volksfreundes*“ wurde das Unternehmen als Akzidenzdruckerei weitergeführt und in M. Brimberg Druck- und Verlagsgesellschaft mbH umbenannt. Am 13. Juli 1943 fiel der gesamte Betrieb, den Jakob Schmitz im Januar von Margarethe Brimberg käuflich erworben hatte, einem Bombenangriff zum Opfer. Trotz des fehlenden Be-

⁶⁵⁰ Vgl. Haupts: NS in Aachen, a. a. O., S. 618.

⁶⁵¹ Das Unternehmen, welches am 27. Februar 1894 von Hubert Immeln gegründet worden war, wurde 1900 von Victor Deterre übernommen, dessen Druckerei bis zu diesem Zeitpunkt der Druck des *Volksfreundes* oblag. Verlag und Druckerei wurden damit zusammengefasst und im Mai 1913 an die Allgemeine Druck- und Verlags-GmbH verkauft, die zu jener Zeit ihren Sitz von Berlin nach Aachen verlegte. Als der in Berlin lebende, letzte Eigentümer der Allgemeinen Druck- und Verlagsgesellschaft, Degener, starb, trat dessen Tochter Margarethe Brimberg die Erbschaft an und wurde 1931 neben Schmitz zur Geschäftsführerin bestellt. Vgl. Hofelich, Rudolf: Die Aachener Volkszeitung, in: Bernhard Böll/ Volker Schulze/ Hans Süßmuth (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen: Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 79-87, hier: S. 80ff.

triebs stellte Jakob Schmitz als erfahrener Druckfachmann und Verlagsleiter für die Aachener CDU die Idealbesetzung als Lizenzträger für ihre parteinahe Zeitung dar. Schmitz folgte dem Wunsch, beim Aufbau der Zeitung mitzuwirken, erst nach einigen Verhandlungen; noch zu deutlich war für ihn die Erinnerung an die Verfolgung durch die Nationalsozialisten wegen seiner verlegerischen Tätigkeit beim Volksfreund. „Bei der Auswahl der Lizenzträger folgten die Briten dem Grundmuster, Personen, die in der Weimarer Republik in demokratischen Parteien und Gewerkschaften eine Rolle gespielt hatten, zusammen mit einem politisch unbelasteten Verlagsfachmann in nur einer verbundenen Lizenzträgergruppe zusammenzufassen.“⁶⁵²

Die Personaldecke war vielfach so dünn, dass diese politische und publizistische Doppelbelastung notwenig war - so auch in Aachen. Neben dem Zeitungsfachmann Jakob Schmitz⁶⁵³ wurde Dr. Josef Hofmann,⁶⁵⁴ der früher bereits Redakteur bei der „Kölnischen Volkszeitung“ gewesen war, von der Militärregierung zum Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung“⁶⁵⁵ bestellt. Der erfahrene Journalist war, wie gezeigt wurde, von der Militärbehörde zunächst im Juni 1945 zum Chefredakteur der Aachener Nachrichten berufen worden. Doch nach einer kurzen Zeit der Tätigkeit dort stellte sich heraus, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem sozialdemokratisch orientierten Herausgeber der „Aachener Nachrichten“ Hollands und dem christlich-

⁶⁵² Hüffer: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse, a. a. O., S. 88.

⁶⁵³ Jakob Schmitz hatte nach seiner Rückkehr von der Front 1918 in Krefeld und Köln eine Ausbildung im Verlagswesen absolviert. Ab 1920 leitete er den „Aachener Volksfreund“. Nach der Mitbegründung der „Aachener Volkszeitung“ wurde er 1946 ihr Verleger; Schmitz verstarb 1960.

⁶⁵⁴ Dr. Josef Hofmann wurde am 1. Mai 1897 in Hannover geboren. Nach seiner Soldatenzeit im Ersten Weltkrieg und dem Abschluss seines Studiums an der Universität Münster mit dem Erwerb der Doktorwürde wurde Hofmann Redakteur bei der „Kölnischen Volkszeitung“ bzw. nach deren Verbot durch die Nationalsozialisten bei der „Kölnischen Zeitung“. Im Juni 1945 wurde er Chefredakteur der „Aachener Nachrichten“ bzw. später der neu gegründeten „Aachener Volkszeitung“; dieses Amt hatte er bis 1961 inne. Die Mitherausgabe der Zeitung betrieb Hofmann bis zu seinem Lebensende. Neben seiner publizistischen Tätigkeit gehörte Hofmann zu den Mitbegründern der Aachener CDU, war Mitglied des Aachener Stadtrates sowie des Landtags von NRW, wo er vor allem als Vorsitzender des Kulturausschusses entscheidend an der Schul- und Hochschulpolitik des Landes mitwirkte. Am 27. Dezember 1973 starb Hofmann in Aachen.

⁶⁵⁵ Der Name „Aachener Volkszeitung“ sollte an die früher im gesamten Reich gelesene „Kölnische Volkszeitung“ anknüpfen. Vgl. Siemons: Geschichte Aachener Volkszeitung, a. a. O., S. 8.

katholisch eingestellten Hofmann nicht größer hätten sein können. Immer wieder kam es zu Konflikten. Über diese Zwistigkeiten liegen nur einseitige Berichte von Hofmann vor. Dieser meinte später: *„Heinrich Hollands führte alle Argumente ins Feld, die dafür sprachen, es im Bezirk Aachen bei einer Zeitung zu belassen. Gleichzeitig ging es ihm aber auch darum, mich unter allen Umständen aus Aachen zu verdrängen, ehe etwas entschieden sei.“*⁶⁵⁶

Die Streitigkeiten gipfelten schließlich im Versuch Hollands, Hofmann durch einen gefälschten Brief des Leutnants Buchanan mit einer Abfindung zum Ausscheiden zu bewegen. Die Alliierten wurden von diesen Vorgängen in Kenntnis gesetzt und sahen ein, *„[...] daß der Bezirk Aachen überwiegend katholisch sei und in Übereinstimmung mit dieser Tatsache geführt werden müsse.“*⁶⁵⁷

Hollands' Kampf für die Erhaltung der *„Aachener Nachrichten“* als einzige Zeitung im Bezirk Aachen wurde jedoch fortgeführt, bis er am 7. November 1945 ein Schreiben aus Benrath erhielt, in dem man ihm mitteilte, dass wenn die *„Aachener Nachrichten“* die einzige Zeitung im Bezirk Aachen bleiben sollte, es nicht genügen würde, wenn der Chefredakteur ein christlicher Demokrat sei, sondern dass es notwendig sei, ihm (Hollands) im Verlag einen Christdemokraten an die Seite zu stellen. Die Reaktion Heinrich Hollands auf diesen Brief des Leutnants Buchanan fasst Hofmann in seinen Erinnerungen wie folgt zusammen: *„Mit diesem Bescheid verlor Hollands die Lust daran, weiterhin dafür zu kämpfen, daß die ‚Aachener Nachrichten‘ die einzige Zeitung im Bezirk bliebe.“*⁶⁵⁸

In dieser Zeit des Wartens auf die Entscheidung der Militärbehörde, ob es überhaupt eine christlich-demokratische Zeitung für den Bezirk Aachen geben werde bzw. wie das weitere Vorgehen aussehen soll, erhielt Hofmann – nach eigenen Aussagen – mehrere andere Stellenangebote, die einen Wegzug aus Aachen

⁶⁵⁶ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 182.

⁶⁵⁷ Ebenda.

⁶⁵⁸ Ebenda, S. 183.

erforderlich gemacht hätten - u. a. aus Köln, wo man ihm das Amt des Hauptschriftleiters und Mitlizenzträgers der Kölner Partei anbot. Hofmann sah, dass man in der Frage, ob Aachen eine christlich-demokratische Zeitung, um deren Lizenz sich Paul Rothe, ein früherer Redakteur des Volksfreundes, beworben hatte, bekommen könne, endlich Klarheit brauchte. Dr. Hofmann bat Dr. Albert Maas und Johannes Ernst, nach Benrath zu reisen und dort die notwendigen Informationen einzuholen.

Bevor diese für den 26. November geplante Erkundungsfahrt begann, besprach man mit Jakob Schmitz einen möglichen Druck der Zeitung. Bei diesen Gesprächen waren sich Schmitz, Maas und Ernst einig, dass man den Briten verdeutlichen musste, dass für den Fall, dass es eine zweite Zeitung für Aachen geben werde, diese an die Person Hofmanns gekoppelt sein sollte. Kurz zuvor hatte es eine Zusammenkunft der Verleger der CDU-Zeitungen und den früheren Zentrumszeitungen in Düsseldorf gegeben.⁶⁵⁹ Während dieser Zeit führten die in Aachen stationierten britischen Presseoffiziere der Information Control Division (ICD) bereits *„Erkundigungen über die redaktionellen und technischen Möglichkeiten“* durch.⁶⁶⁰ Nach der Unterredung in Benrath kehrten Maas und Ernst am 26. November 1945 mit der Bitte zu Hofmann zurück, er solle noch so lange bei den *„Aachener Nachrichten“* verweilen, bis die Aufteilung in eine christliche und sozialdemokratische Zeitung erfolgt sei. Für die neu zu gründende Zeitung sei er vonseiten der Briten als Hauptschriftleiter vorgesehen. Mit dieser Aussicht und einem Gespräch im Hinterkopf, das Hofmann mit zwei britischen Offizieren während einer Inspektion in Aachen geführt hatte, ließen sich die Auseinandersetzungen mit Hollands leichter ertragen. Hofmann fasste das Gespräch mit den beiden Offizieren wie folgt zusammen: *„Sie sagten mir, daß ich ihre ganze Aufmerksamkeit besäße und daß sie durchaus nicht diejenigen für die Besten hielten, die dauernd nach Benrath gelaufen kämen, son-*

⁶⁵⁹ Zusammenkunft der Verleger der CDU Zeitungen und der früheren Zentrumszeitungen am 16.10.1944 in Düsseldorf HStAD RWN210/716.

⁶⁶⁰ Fischer: Presse und Parteien, a. a. O., S. 130.

dern in ihren Augen diejenigen die Besten seien, von deren Arbeit sie sich überzeugt hätten.“⁶⁶¹

Im Gegensatz zu den Amerikanern ließen sich die Briten jedoch Zeit mit der Lizenzierung. Dies hatte zwei Gründe. Zum einen hielt man die Überwachung der deutschen Journalisten von britischer Seite her nicht für schädlich und zum anderen bestanden aufseiten der Militärregierung Meinungsverschiedenheiten über die beste Grundlage für eine Lizenzierung. Im Spätherbst 1945 waren die Engländer dann schließlich zu der Überzeugung gelangt, dass eine überparteiliche Zeitung für einen bestimmten Bezirk nicht genüge, wenn man die Deutschen zu selbstständigem politischen Denken ermuntern wollte. Man war der Auffassung, dass man von den Deutschen keine Rückkehr zu demokratischen Gepflogenheiten erwarten könne, wenn man ihnen keine Möglichkeiten zu praktischer politischer Betätigung gäbe. Da der größte Teil der Machtbefugnisse jedoch in den Händen der Besatzungsmächte liege, könne vorläufig diese praktische Betätigung nur in Form von Diskussionen stattfinden. Diese Diskussion würde jedoch wiederum gehemmt, wenn nicht jede Partei ein eigenes Organ habe.⁶⁶² Diese Überlegungen müssen vor dem Hintergrund der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens betrachtet werden, das eine Förderung der Parteien als staatsgründende Funktion vorsah.⁶⁶³ Nachdem sich die Militärbehörden dann endlich dazu entschlossen hatten, in der Region Aachen mehrere Zeitungen von unterschiedlicher politischer Richtung ins Leben zu rufen, die allerdings keine Kampfblätter sein sollten, sondern nach wie vor in erster Linie Nachrichtenträger bleiben sollten und auch bei der parteipolitischen Orientierung in positiver Arbeit nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten sollten,⁶⁶⁴ einigten sich Hofmann und Hollands darauf, dass Hofmann die „*Aachener Nachrichten*“ sofort nach der Erteilung einer eigenen Lizenz verlassen werde und könne.

⁶⁶¹ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 183.

⁶⁶² Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 320f.

⁶⁶³ Vgl. Fischer: Parteien und Presse, a. a. O., S. 35.

⁶⁶⁴ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 182.

Ab diesem Zeitpunkt – die Militärregierung hatte bereits „*allgemeine Richtlinien für alle Lizenzträger im deutschen Pressewesen*“ veröffentlicht⁶⁶⁵ – konnten in Aachen die konkreten Planungen beginnen. Am 29. November fand aus diesem Grund ein Treffen zur Vorbereitung einer christlich-demokratischen Zeitung in der Wohnung von Johannes Ernst⁶⁶⁶ auf der Hörn statt.⁶⁶⁷ Neben dem Namen der Zeitung stand die Frage der Druckmöglichkeiten auf der Tagesordnung. Da die Rotationsmaschine, die Schmitz vom „*Volksfreund*“ erworben und über den Krieg hinaus gerettet hatte, noch nicht betriebsfähig war und zunächst überholt werden musste, fasste man den Lohndruck in Eschweiler ins Auge. Dort war die Rotation des ehemaligen „*Boten an der Inde*“ intakt geblieben. Neben diesen Fragen versuchten Schmitz, Maas und Ernst Hofmann in einem Gespräch für „*ihre*“ Aachener Zeitung zu gewinnen und seinen Rückgang nach Köln zu verhindern. Hofmann schrieb später über dieses Gespräch: „*Ich wurde bestürmt, statt in Köln⁶⁶⁸ in Aachen mitzumachen, und so entschloß ich mich, den großen Fragebogen entgegenzunehmen, der, ausgefüllt mit dem Gesuch um eine Lizenz, eingereicht werden mußte.*“⁶⁶⁹

Wenige Tage nach der Einreichung des Gesuchs traf am 11. Dezember Major A. L. Merson aus Benrath in Aachen ein und erklärte, dass es äußerst schwierig sei, für Aachen einen zwei-

⁶⁶⁵ Vgl. „Allgemeine Anweisungen“ für Aachener Volkszeitung, o. O., 20.02.1946, S. 7 HStAD RWV 219.

⁶⁶⁶ Johannes Ernst wurde am 30. Oktober 1888 in Kirschiennen in Ostpreußen als Sohn eines Landarbeiters geboren. 1905 siedelte die Familie nach Lünen bei Dortmund über, wo Ernst Bergarbeiter wurde und dem GCBD und KAB beitrug. Nach der Kriegszeit wurde er Gewerkschaftssekretär für das Aachener Steinkohlerevier und leitete den passiven Widerstand der Bergarbeiter gegen die belgische Besatzungsmacht. Zeitgleich wurde er politisch in der Deutschen Zentrumspartei aktiv und wurde im Sommer 1932 für den Wahlkreis Köln-Aachen in den Deutschen Reichstag gewählt. Nach der Machtergreifung Hitlers verlor er alle Mandate und wurde seines Amtes als Gewerkschaftssekretär enthoben. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde er in den Kölner Messehallen inhaftiert und entging durch eine Flecktyphuserkrankung der Deportierung ins KZ Buchenwald. 1945/1946 gehörte er zu den Mitbegründern der Aachener und nordrhein-westfälischen CDU. Von 1945-1949 und von 1954-1956 war er Landrat des Kreises Aachen sowie Abgeordneter des Landtages von NRW. 1950-1953 war er Arbeits- und Sozialminister im Kabinett Arnold sowie 1959/1960 Minister für Bundesratsangelegenheiten des Landes in Bonn. Johannes Ernst starb am 20. April 1969.

⁶⁶⁷ Ausführungen hierzu: Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 184.

⁶⁶⁸ Hier galt die Kölnische Rundschau als besonders von der CDU gefördert, KAS: Adenauer CDU britische Zone, a. a. O., S. 30.

⁶⁶⁹ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 184.

ten Hellschreiber für die Nachrichtenaufnahme zu beschaffen. Er besprach mit Dr. Hofmann die Frage, ob nicht die Nachrichtenaufnahme für beide Zeitungen gemeinsam im Hause der „Aachener Nachrichten“ erfolgen könne und ob es überhaupt nicht das Beste sein würde, dort auch drucken zu lassen.⁶⁷⁰ In der Folgezeit kam es zu einer nochmaligen Diskussion um die Lizenzverteilung. Hierbei äußerte die britische Militärregierung Bedenken darüber, ob es angebracht sei, den Parteivorsitzenden Dr. Maas auch zum Lizenzträger der Zeitung zu machen oder ob in diesem Falle nicht drei Lizenzträger ausreichen würden.

Auch in Aachen wurde die britische Militärregierung durch die Positionierung Hofmanns zu der Zustimmung einer engen Verbundenheit zwischen Partei und Zeitung gedrängt. „[Deshalb] erklärte ich mit Nachdruck, daß wenn Dr. Maas nicht akzeptiert würde, auch ich auf eine Lizenz verzichten müßte.“⁶⁷¹

Da dies nicht im Sinne der britischen Konzeption für Aachen war, lenkte die Militärregierung ein. Damit sollten lange Verhandlungen und ein häufiges Hin- und Herfahren zwischen Aachen und Düsseldorf im harten Winter 1945/46 beginnen. Die als Verleger in Aussicht genommenen Vertreter der Lizenzanwärter wurden für den 18. Dezember 1945 vom Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegerverein (RWZV)⁶⁷² zu einer Besprechung ins Dienstgebäude der Press-Control nach Düsseldorf Benrath eingeladen. Hier versicherte Oberst Sayer, mit seinem Stabe alles zu tun, um die Lizenzen bald verteilen zu können und den Bedarf an Zeitungspapier sicherzustellen. Des Weiteren gab er einen ers-

⁶⁷⁰ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 185.

⁶⁷¹ Ebenda, S. 185.

⁶⁷² Der Rheinisch-Westfälische Zeitungsverlegerverein war im August 1945 auf Initiative britischer Presseoffiziere der Information Control in Düsseldorf gegründet worden. Mitglieder waren die Verleger der vier von den Alliierten herausgegebenen Zeitungen sowie die der Aachener Nachrichten. Die Aufgabe des RWZV lag im Allgemeinen darin, die Wahrnehmung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Lizenzträger zu stärken und den Aufbau der Lizenzpresse sowie der Nachrichtenagentur dpd zu unterstützen. Auf Zonenebene bildete sich am 12. August 1946 der Nordwestdeutsche Zeitungsverlegerverein (NWZV) als Dachorganisation der Zeitungsverlegerverbände von Hamburg/Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW mit Sitz in Bielefeld. Diesem gehörte auch Dr. Josef Hofmann an. Vgl. hierzu Hüffner: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse, a. a. O., S.82./ Schulz: Zeitungspressen NRW, a. a. O., S. 39.

ten Einblick in die Voraussetzungen, die von der britischen Press-Control an die inhaltliche Gestaltung der Zeitung gestellt werden würden. Hier wurde auch ein Rundschreiben Major Mersons an die Lizenzanwärter ausgehändigt, das die Bitte enthielt, der Press-Control eine Aufstellung über die voraussichtlichen Mitarbeiter als Redaktionsmitglieder, als Lokalberichterstatter, als Leiter der Abteilungen Vertrieb, Buchhaltung und Anzeigen sowie als örtliche Vertriebsagenten bzw. deren Vertreter zukommen zu lassen. Dieser Aufstellung sollten die Anschriften, die gegenwärtige Beschäftigung sowie Aussagen über Berufserfahrungen und Eignungen für die ihnen zugedachten Funktionen bzw. die beabsichtigte Gehaltshöhe sowie die von den jeweiligen Personen ausgefüllten Fragebögen beigelegt werden. Diese Anforderungen, die bei den meisten als Doppelbelastungen zu ihren politischen Aktivitäten gesehen werden müssen, ergaben eine Unmenge an Arbeit. Neben den möglichen Lizenzträgern Hofmann, Schmitz, Ernst und Maas musste ein zwölfköpfiger Beirat aus den Reihen der zukünftigen Leser gewonnen werden, der diese Arbeiten unterstützte. Dennoch lastete das Gros der Arbeit auf den Schultern von Jakob Schmitz. Er war es auch, der am 21. Dezember einen ersten Entwurf über einen Gesellschaftervertrag⁶⁷³ bzw. einen Druckvertrag mit Hollands, welcher der Pächter der Druckerei Jean Cerfontaine war, vorlegte sowie eine Berechnung der Druckkosten und der Rentabilität des Unternehmens vornahm. Dr. Hofmann führte währenddessen Aussprachen über die Zusammensetzung der Redaktion und begab sich auf die Suche nach geeigneten Arbeitsräumen. In dieser Frage sollte jedoch längere Zeit Unklarheit herrschen. Mehrere Anfragen, unter anderem beim „Echo der Gegenwart“, blieben erfolglos. Sämtliche der möglichen Geschäftsräume in der Innenstadt waren dem Krieg zum Opfer gefallen bzw. benötigten Instandsetzungsarbeiten; so auch die Räumlichkeiten des Geka-Hauses in der Adalbertstraße, die aus diesem Grund erst zum 1. März 1946 an-

⁶⁷³ In der Frage des Gesellschaftsvertrages, der einen Ausgleich zwischen den Beteiligten festlegen sollte, einigte man sich nach einer Prüfung durch den Zeitungsverlegerverein am 7. März 1946 notariell. Laut dieses Vertrages waren die fünf Lizenzträger (Hofmann, Schmitz, Ernst, Maas und Rothe) jeweils mit 10.000 RM an der „Aachener Volkszeitung“ beteiligt. Da Johannes Ernst und Paul Rothe auf die Nennung im Firmennamen verzichteten, lautete dieser fortan: „Aachener Volkszeitung - Schmitz, Maas, Hofmann & Co. GmbH“.

gemietet werden konnten. Aus diesem Grund entschloss man sich, übergangsweise die Küche der von Jean Cerfontaine noch nicht wieder bezogenen Wohnung im Hause des ehemaligen „*Politischen Tageblatts*“ als Redaktionsraum anzumieten. Die Beteiligten sahen ihre Anstrengungen belohnt, als am 29. Januar bei Dr. Hofmann eine Mitteilung von Oberst Sayer einging, welche besagte, dass *„die christlich-demokratische Zeitung in Aachen die erste Instanz in Iserlohn passiert habe und bereits zur endgültigen Genehmigung in Bünden vorläge.“*⁶⁷⁴

Angesichts dieser Entwicklung war es wichtig, dass der Druckvertrag mit Heinrich Hollands endlich zum Abschluss gebracht wurde. Da in dieser Frage die alten Spannungen zwischen Hollands, der dem Entstehen einer zweiten Aachener Zeitung immer noch skeptisch gegenüberstand, und Dr. Josef Hofmann vor allem in der Diskussion um den Preis wieder hochkamen, wurde die Angelegenheit dem Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegerverein zur Prüfung und Entscheidung übergeben. Am letzten Januartag 1946 erfolgte dann die Genehmigung des vorgeschlagenen Personals aus Benrath. Neben den Lizenzträgern Schmitz, Hofmann, Maas, Ernst und Rothe⁶⁷⁵ sollte Herr Carduck Schriftleiter werden und für die Aufmachung und Gestaltung des politischen Teils verantwortlich sein. Die gleichen Aufgaben für den unpolitischen Teil der Zeitung fielen Elisabeth Thoeren zu. Der Lokal- und Bezirksteil wurde Otto Pesch, dem früheren Mitarbeiter Hollands, übergeben. Karl-Heinz Böker sollte als Volontär den Sportteil übernehmen und Magda Köhlmann wurde als redaktionelle Mitarbeiterin eingestellt. Mit dieser personellen Auswahl war es in Aachen zu einer richtiggehenden Verzahnung von lokalen demokratischen Eliten und publizistischem Engagement gekommen. Dr. Hofmann und Jakob Schmitz übernahmen es, mit den entsprechenden Personen die jeweiligen Arbeitsfelder zu besprechen. Zeitgleich mussten die beiden die schwierige Frage des Vertriebs sowie die der Aufteilung der Abonnenten behandeln. Die ihnen zur Verfügung stehende Gesamtauflage war

⁶⁷⁴ Vgl. Hofmann: *Erinnerungen*, a. a. O., S. 186.

⁶⁷⁵ Dieser schied jedoch nach einiger Zeit wieder aus. Vgl. Maas: *M*, Bd. II, S. 60.

von der britischen Press-Control auf 53.000 Exemplare⁶⁷⁶ festgelegt worden.⁶⁷⁷ Da den Herausgebern bewusst war, dass die ihnen zugewiesene Auflage in keinster Weise genügen würde, die Nachfrage nach einer CDU-nahen Zeitung zu befriedigen, mussten sie versuchen, die wenigen Exemplare gleichmäßig auf die Kreise und Gemeinden des Regierungsbezirkes zu verteilen, der eine Einwohnerzahl von 618.900 hatte.⁶⁷⁸ Des Weiteren wurde ihre Aufgabe durch die am 29. Januar 1946 von der Verlegerversammlung in Düsseldorf-Benrath verabschiedete Resolution erschwert, nach der die Zeitungen den Auftrag bekamen, das Erwachen des öffentlichen und politischen Interesses der Bevölkerung stärker zu fördern.⁶⁷⁹ Daneben sollten die Herausgeber der zukünftigen „Aachener Volkszeitung“ kurz danach in zeitliche Bedrängnis kommen. Auf einer Sitzung der britischen Press-Control am 12. Februar in Benrath, wo diejenigen versammelt waren, die als Sprecher der einzelnen Lizenzgruppen galten, wurde Schmitz und Hollands eröffnet, *„[...] daß die beiden neuen Zeitungen in Aachen, wo die erste wieder von Deutschen geleitete Zeitung erschienen sei, nun auch vor den anderen in der britischen Zone erscheinenden neuen Zeitungen herauskommen sollten“*⁶⁸⁰.⁶⁸¹

Der Vorschlag, die Zeitungen in Form von Vornummern am 22. und 26. Februar erscheinen zu lassen, warf alle Planungen durcheinander, da man mit einem Ersterscheinungsdatum am 15. März gerechnet hatte. Nach dieser Versammlung am 12. Februar bestand nun endgültige Klarheit über die Entwicklung im Zeitungswesen der britischen Zone.⁶⁸² Die Erteilung einer Einzellizenz, wie sie Hollands 1945 von den Amerikanern bekommen hatte, sollte nicht wiederholt werden. Drei Tage nach diesem Treffen wurde die Aachener Bevölkerung durch ein Flugblatt ü-

⁶⁷⁶ Den SPD-nahen „Aachener Nachrichten“ wurden 39.000 Exemplare zugewiesen.

⁶⁷⁷ Insgesamt standen für den Bezirk Aachen 100.000 Exemplare zur Verfügung, die die Militärregierung gerecht auf die SPD, CDU und KPD zu verteilen hatte. Jede Partei, die eine Lizenz beantragte, erhielt einen Anteil an der Gesamtauflage, und zwar im Verhältnis zu ihrer geschätzten Stärke.

⁶⁷⁸ Zur Problematik der Verteilung. Vgl.: Hofmann, a. a. O., S. 187.

⁶⁷⁹ Siemons: Geschichte Aachener Volkszeitung, a. a. O., S. 9.

⁶⁸⁰ Bis zum 8. Juli 1946 kamen in der britischen Zone etwa acht „für die Öffentlichkeit bestimmte“ Zeitungen heraus; vgl. hierzu: Clay: a. a. O., S. 232.

⁶⁸¹ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 187.

⁶⁸² Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 182.

ber die neu erscheinende christlich-demokratische Zeitung in Kenntnis gesetzt. Wiederum drei Tage später, am 18. Februar 1946, erschien die letzte Ausgabe der bisherigen „Aachener Nachrichten“. Diese Zeit der Vorbereitungen mit der ersten Redaktionskonferenz der „Aachener Nachrichten“ am 19. Februar beschrieb Hofmann wie folgt: *„Am Abend des 19. Februars begannen sofort die Vorbereitungen für die erste Nummer der AVZ, die am Abend des 21. Februar gedruckt werden mußte. Um sich Unterlagen für Reportagen zu beschaffen, fuhren am 20. Februar Elisabeth Thoeren und Magda Köhlmann mit Johannes Ernst ins Wurmrevier⁶⁸³. Währenddessen begann im Geka-Haus, wo die Abonnementsabteilung provisorisch untergebracht war, trotz des Schnees, der durch die Halle wirbelte, die Prozession der Zeitungsbesteller. Die Verlagsabteilung arbeitete unterdessen in der Wohnung von Jakob Schmitz.“⁶⁸⁴*

Über die Startbedingungen der „Aachener Volkszeitung“ waren die Alliierten erschüttert; Oberstleutnant Buchanan sprach von einer *„Redaktion am Ende der Welt“*.⁶⁸⁵ Wie bereits Hollands für die erste Ausgabe der „Aachener Nachrichten“ den Leitartikel schrieb, so verfasste Dr. Hofmann den für die am 26. Februar 1946 erstmalig erscheinende „Aachener Volkszeitung“. Wie die Herausgeber bereits angesichts der geringen Auflagenstärke gehäht hatten, gab es in der Stadt – wie Hofmann schreibt – eine regelrechte *„Jagd⁶⁸⁶ nach solchen Exemplaren“*. Die neue Zeitung wurde in Stadt und Land *„mit Jubel begrüßt“⁶⁸⁷*, wie sich ein Zeitzeuge erinnert. Die Zeitungsmacher führten die Begeisterung der Bevölkerung darauf zurück, dass mit den Herausgebern der Charakter der Zeitung von vornherein richtungsgebend war,⁶⁸⁸

⁶⁸³ Gemeint ist hiermit das Gebiet im Landkreis Aachen.

⁶⁸⁴ Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 188.

⁶⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 190.

⁶⁸⁶ Durch die geringe Auflagenzahl konnten jedoch nicht alle Abonnementwünsche berücksichtigt werden. Einer der Gründe für das stürmische Begehren der Zeitung war allerdings der Papiermangel in den Häusern und das reichliche Papiergeld, das damals in den Familien vorhanden war. Als diese Ursachen nachließen, nahm auch die Beziehungszahl der Zeitung ab, stabilisierte sich dann auf 2/3 der anfänglichen Höchstzahl und übertraf dabei die allermeisten Zeitungen, die sich nach der Währungsreform mit viel kleineren Ziffern begnügen mussten. Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 188.

⁶⁸⁷ Maas: M, Bd. II, S. 61.

⁶⁸⁸ Ebenda, S. 60.

da deren Tätigkeit in der Zentrumspartei während der Weimarer Republik⁶⁸⁹ und ihr Verhalten im Nationalsozialismus eine klare Linie aufwies. Am Erscheinungstag wurden den Herausgebern im Düsseldorfer Stahlhof feierlich die Urkunden über die Lizenzen der neuen Zeitung durch Alexander Bishop, dem Director-General der PR/PISV Group der CCG,⁶⁹⁰ ausgehändigt.

Schon wenige Wochen später, am 18. März 1946, teilte Major Merson den beiden in Aachen erscheinenden Zeitungen mit, dass sie fortan ohne jegliche Vorzensur erscheinen dürften. Er erklärte ihnen, dass man in Aachen die dortige Press-Subsection als erste zurückziehe, weil dort das Pressewesen auch seinen Ausgang genommen habe. Dies bedeutete Anerkennung, aber auch höhere Verantwortung auf den Schultern der Lizenzträger, denen bei der Verabschiedung von Oberstleutnant Buchanan am 22. März geraten wurde, nicht mehr von sich aus den für Aachen zuständigen Presse-Verbindungsoffizier aufzusuchen.⁶⁹¹

Die Zeitungen der damaligen Zeit⁶⁹² hatten einen Umfang von zwei bis vier Seiten und erschienen anfänglich zweimal, später dreimal wöchentlich und lagen ab dem 1. September 1947 in täglicher Erscheinungsweise vor.⁶⁹³ Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, begann man 1947 auf dem erworbenen Ruinengrundstück Theaterstraße 74 den Neubau eines Verlagshauses. Die Höhe der Auflage hatte am Tage der Grundsteinlegung die Zahl von 91.000 Exemplaren erreicht. Erscheinungstage waren Montag, Mittwoch und Samstag. Als 1948 der Lizenzzwang⁶⁹⁴ wegfiel, befürchteten

⁶⁸⁹ Zur Anknüpfung des Pressewesens der Union an die Zentrumstraditionen, vgl. Bösch: Adenauer CDU, a. a. O., S. 34.

⁶⁹⁰ Neben der „Aachener Volkszeitung“ (CDU) erhielten weitere Lizenzen die „Volksstimme Köln“ (KPD), „Freiheit“ Düsseldorf (KPD), „Rheinische Post“ Düsseldorf (CDU), „Westfälische Rundschau“ Dortmund (SPD) und „Westfalenzitung“ Bielefeld (CDU).

⁶⁹¹ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 192.

⁶⁹² Zur Entwicklung der Presse nach den Oktoberwahlen; vgl. Hurwitz, Harold: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierung der Deutschen 1945-1946, S. 124ff.

⁶⁹³ Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 111.

⁶⁹⁴ Mit Gültigkeit zum 31. Dezember 1948 fiel nur der Lizenzzwang vonseiten der Militärregierung weg. Jede Landesregierung innerhalb der britischen Zone hatte diesbezüglich einen beratenden Ausschuss für ihr Land zu bilden, der die Herausgabe von Lizenzen sowie die Auflageziffern für Zeitungen und Zeitschriften zu beraten hatte. Vgl. hierzu: Fischer: Presse und Parteien, a. a. O., S. 39.

die Herausgeber der „Aachener Volkszeitung“ eine Wiederbelebung der alten Zeitungen wie z. B. dem „Echo der Gegenwart“, welches in der Weimarer Republik auch eine zentrumsnahe Zeitung gewesen war. Um diese Gefahr zu bannen, ließ man elf Sonderausgaben erscheinen, die dem Wunsch der Kreisstädte des Bezirks nach einer eigenen Heimatzeitung entsprechen sollten. Am 8. März 1951 standen der „Aachener Volkszeitung“ ein neues Geschäftshaus sowie neue Maschinen an der Ecke Theaterbahnhofsstraße zur Verfügung. Inwieweit die „Aachener Volkszeitung“ der CDU zur Verwirklichung ihrer parteilichen Absichten zur Seite stand, wird noch zu erläutern sein. Da es sich zwar um Parteizeitungen handelte, diese jedoch so unabhängig wie möglich von parteilicher Einmischung geführt werden sollten bzw. nicht den Parteirichtlinien unterliegen sollten,⁶⁹⁵ wurde eine Kontrollkommission eingeführt. Der CDU-Parteivorsitzende und Mitlizenzträger der „Aachener Volkszeitung“ schrieb später über die Kontrollkommission: *„Für die CDU-Idee im Regierungsbezirk Aachen ist sie der entscheidende geistige Rückhalt.“*⁶⁹⁶

Doch nicht nur der geistige Rückhalt wurde vonseiten der „Aachener Volkszeitung“ gesichert. Neben der finanziellen Unterstützung der Partei oblag der Zeitung in den folgenden Jahren auch ein Großteil der Wahlwerbung.⁶⁹⁷

5.6 Erneutes Warten auf Genehmigung

Nach der konstituierenden Sitzung der Christlich-Demokratischen Partei versuchte Dr. Maas, die Partei durch die britische Militärregierung genehmigen zu lassen. In einem ersten Gesuch zu diesem Zweck hieß es: *„Ich mache hiermit die Mitteilung von der Gründung eines Ortsverbandes der Christlich-Demokratischen Partei für Aachen und bitte um Genehmigung.“*⁶⁹⁸

⁶⁹⁵ Vgl. Hüttenberger: NRW, a. a. O., S. 155.

⁶⁹⁶ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 62.7

⁶⁹⁷ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁶⁹⁸ Briefwechsel Dr. Maas/Militärregierung HStAD RWV 256.

Dieses Gesuch ging am 20. September 1945 zusammen mit dem vorläufigen Programmentwurf in Form der „Kölner Leitsätze“, den Namen und Anschriften des geschäftsführenden Vorstands sowie mit einer Erklärung über die Finanzierung der Partei an Stadtkommandant Parrott. Als Antwortschreiben mit dem Betreff „*Formation of Christian Democratic Party*“ erhielt Maas seinen Brief von J. C. Yates, einem Vertreter der Militärregierung, mit einer von den Briten korrigierten Version zurück, welche lautete: „*Ich mache hiermit die Mitteilung von der Gründung einer Kreispartei der Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes für Aachen und bitte um Genehmigung.*“

Außerdem wurde angemerkt, dass der Programmentwurf als nur „mangelhaft“ zu bezeichnen sei, und Maas wurde aufgefordert, einen überarbeiteten Entwurf zusammen mit den ausgefüllten Fragebogen zu den Personen Maas, Ernst und Wolf neu einzureichen.⁶⁹⁹ Die Einreichung der Fragebogen erfolgte am 2. Oktober 1945 durch Dr. Maas. Obwohl die Genehmigung auch in den folgenden Wochen noch auf sich warten ließ, nahm der Vorstand seine Arbeit auf.

Am 23. Oktober fand die erste Vorstandssitzung nach der Gründung statt.⁷⁰⁰ Hier musste Maas den Anwesenden⁷⁰¹ mitteilen, dass aufgrund der fehlenden Genehmigung keine öffentliche Tätigkeit entfaltet werden dürfe und dass man aus diesem Grund keine Einladung zur Gründung des Ausschusses der drei antifaschistischen Parteien erhalten habe. Man beschloss, dies nach Fühlungnahme mit den führenden Personen des Ausschusses in der Presse bekannt zu machen. Mit dieser ersten Aktion der Öffentlichkeitsarbeit wurde Dr. Wolf beauftragt. Zudem verlas Dr. Albert Maas eine Mitteilung der Kölner Geschäftsstelle für die Rheinische Partei, die besagte, dass sich die örtliche Organisation „*Aachener Kreispartei*“ zu nennen habe. Des Weiteren wurden auf dieser Sitzung einige organisatorische Dinge be-

⁶⁹⁹ Briefwechsel Dr. Maas/Militärregierung HStAD RWV 255.

⁷⁰⁰ Vgl. Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 23. Oktober 1945, HStAD RWV 107.

⁷⁰¹ Bei dieser Sitzung waren anwesend: Ernst Dr. Wolf, Heusch, Sorion, Naujack, Küchen, Alertz, Wachler, Dr. Hofmann, Dr. Maas.

schlossen. Beispielsweise einigte sich der Vorstand darauf, im ersten Stock des Hauses des katholischen Gemeindeverbandes an der Neupforte 5/7 ein Zimmer für 20 RM zu mieten und dort die Geschäftsstelle der Partei zu errichten. Zum ersten nebenamtlichen Geschäftsführer wurde Leonhard Mertens ernannt, welcher für 200 RM Monatsgehalt an Wochentagen von 9-11 Uhr die Geschäfte führen sowie als neues Mitglied des Vorstandes an den Vorstandssitzungen teilnehmen sollte. Der Geschäftsführer wurde für die nächste Woche mit der Erstellung von Mitgliedslisten sowie der Einkassierung der Mitgliedsbeiträge beauftragt. Wie bereits auf der konstituierenden Sitzung angekündigt, wurde die Stadt in Bezirke eingeteilt, und man beschloss, nach der Genehmigung der Stadtaufteilung durch die Militärregierung zur Gewinnung neuer Parteimitglieder, die „möglichst“ keine ehemaligen Parteigenossen sein sollten, eine größere Veranstaltung durchzuführen. Als mögliche Veranstaltungsorte wurden die Stadtbücherei, das Reiff-Museum sowie die Talbothalle diskutiert. Zum Abschluss der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, dass die Möglichkeit bestünde, eine eigene Zeitung herauszugeben, die Herr Dr. Hofmann als eine „unbedingte Notwendigkeit“ für die Partei bezeichnete. Zur Vorbereitung der Pressearbeit wurde ein Presseausschuss bestehend aus Johannes Ernst, Dr. Alfred Wolf und Dr. Albert Maas gewählt. Dieser Ausschuss sollte die Parteiinteressen, welche zum einen in der Gründung einer Zeitung lagen und zum anderen in der Forderung, dass es im Interesse der Leser nicht zur Herausgabe zweier Zeitungen kommen dürfe, gegenüber der Militärregierung vertreten.

Neben den Versuchen, eine Genehmigung für die neu gegründete Partei zu bekommen, verfasste Dr. Maas wenige Tage nach dieser Sitzung ein erneutes Schreiben an den Kommandanten, in dem er ihm, wie aufgefordert, Vorschläge für die Zusammensetzung eines Aachener Stadtrates unterbreitete.⁷⁰² Seine Vorschläge und alle weiteren Vorschläge der Aachener Parteivorsitzenden lehn-

⁷⁰² Stadtratszusammensetzung nach Vorschlag von Maas: Dr. Albert Maas, Johannes Ernst, Dr. Alfred Wolf, Hermann Heusch, Franz Bündgens, Josef Weyer, Ewald Weber, Jakob Soiron, Arnold Königs, Dr. Josef Hofmann, Georg Wachler, Schirp und Frau Beissel.

te Oberleutnant Parrott jedoch am 5. November mit der Begründung ab, er wolle einen Stadtrat ernennen.⁷⁰³ Da die offizielle Parteigenehmigung immer noch nicht erfolgt war, führte der Vorstand seine Vorbereitungsarbeiten weiter, so auch auf seiner Sitzung vom 13. November.⁷⁰⁴ Zunächst wurde, wie auf der konstituierenden Sitzung beschlossen, der Vorstand um Leo Hammers und Fräulein Hopmann erweitert. Im Anschluss daran berichtete Johannes Ernst zum einen über sein Treffen mit Oberregierungsrat Kappertz, dem Vorsitzenden des „Antifaschistischen Ausschusses“⁷⁰⁵, und dem dort getroffenen Beschluss, den Namen der Christlich-Demokratischen Partei nicht mehr mit Vereinbarungen dieses Ausschusses in Verbindung zu bringen, da zur Gründungssitzung keine Einladung für die CDP Aachen vorlag. Zum anderen hatte sich Ernst mit zwei englischen Hauptleuten getroffen und ihnen die Ziele der Christlich-Demokratischen Partei nahe gebracht sowie über ihre Haltung zu ehemaligen NSDAP-Mitgliedern berichtet. Laut Ernst wollten die Hauptleute seine Aussagen an maßgebender Stelle referieren und so zur baldigen Genehmigung der Partei beitragen. Im Anschluss an die Berichte Ernsts unterrichtete Dr. Maas den Vorstand über die von ihm eingebrachten Vorschläge zur Bildung eines Stadtrates, des so genannten Städtischen Ausschusses. Er entschuldigte sein Vorgehen, die Vorschläge ohne vorherige Unterrichtung des Vorstandes eingereicht zu haben, mit einem Hinweis auf die von der britischen Militärregierung festgelegten Frist. Beim später ernannten Stadtrat wurden vier der von Maas vorgeschlagenen Personen berücksichtigt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde das Vorgehen Dr. Hamachers bezüglich der Wiedergründung der alten Zentrumspartei thematisiert. Über die Haltung der CDP-Vorstandsmitglieder hierüber hieß es im Sitzungsprotokoll: *„Allgemein wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, die Einigkeit der früheren Zent-*

⁷⁰³ Vgl. Brief an Maas: „Formation of a Nominated Administrative Council for Stadtkreis Aachen“, 5. November 1945, HStAD, RWV 252.

⁷⁰⁴ Teilnehmer dieser Sitzung waren: Dr. Maas, Ernst, Dr. Wolf, Heusch, Weyer, Soiron, Alertz, Dr. Hofmann, Küchen und Naujack.

⁷⁰⁵ Vgl. Borsdorf/Niethammer: US-Protokolle, a. a. O., S. 166.

rumsanhänger auch unter neuen Verhältnissen wieder herzustellen und daß es in Aachen zu keiner Splittergründung komme."⁷⁰⁶

Zudem standen allgemeinpolitische Entscheidungen der Christlich-Demokratischen Partei zur Aussprache an. Zum einen befürwortete man auch im Aachener Vorstand den Vorschlag einer konfessionellen Schule, welche der Aachener Auffassung nach unter den neuen Verhältnissen im Gegensatz zur „freien Schule“, „die ein neues Heidentum in unserem Volke begründen würde“, die Ideallösung darstellte. Die Entscheidung der Schulfrage sei von der Haltung der SPD abhängig, so die einstimmige Meinung des Aachener CDP-Vorstandes. Des Weiteren begrüßte der Aachener Vorstand die Regelung der Rheinischen CDP, nach der nur diejenigen Personen Mitglieder der CDP werden konnten, „die sich nicht als aktive Nationalsozialisten betätigt haben“.⁷⁰⁷

Obwohl man sich von der Fürsprache der englischen Hauptleute die baldige Genehmigung der Partei erhofft hatte, ließ diese weiter auf sich warten, sodass Maas einen weiteren Brief an den Kommandanten verfasste. Mit der Betonung darauf, dass es sich um ein „wiederholtes“ Genehmigungsgesuch handele, und zusammen mit einer Satzung und einem vorläufigen Programm, auch in englischer Sprache, ging der Brief am 30. November an Stadtkommandant Parrott.⁷⁰⁸ Dass die Genehmigung der Partei bis zu diesem Zeitpunkt auf sich warten ließ, wird von den Zeitzeugen als „normale“ Situation gewertet, da die britische Militärregierung – wie bereits dargestellt – im Allgemeinen der christdemokratischen Neugründung nicht besonders zugeneigt war. Für die weitere Verzögerung könnte der Grund jedoch die folgende Gegebenheit gewesen sein: Am 7. Dezember 1945 erschienen in der Stadt Plakate, die zum Beitritt einer in Würselen gegründeten Christus-Imperator-Bewegung (CIB) aufriefen. Die britische Militärregierung muss angenommen haben, dass diese Aufrufe mit der CDU zusammenhingen, zumal der Initiator

⁷⁰⁶ Vgl. HStAD, RWV 106.

⁷⁰⁷ Regierungsentwurf der Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes, Absatz 3, §3.

⁷⁰⁸ Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 30. November 1945, HStAD RWV 249.

erklärt hatte, im Landkreis Aachen bereits mehr Mitglieder zu haben als alle anderen Parteien zusammen. Dieses Faktum und die Tatsache, dass die Partei ohne Genehmigung durch die Besatzungsmächte aktiv geworden war und Mitglieder geworben hatte, erboste den Stadtkommandanten derart, dass er die Zulassung der CDU immer weiter hinauszögerte. Dr. Albert Maas sollte es in der Folgezeit viel Mühe kosten, den Engländern ihre Vermutungen wieder auszureden⁷⁰⁹ und ihnen klarzumachen, dass es sich bei dem Würselner Aufruf um eine Wiederbelebung der sogenannten „Vitus-Heller-Bewegung“ handeln müsse, die sich in den letzten Jahren der Weimarer Zeit vom Zentrum abgespalten hatte.⁷¹⁰

In der folgenden Vorstandssitzung⁷¹¹ am 4. Dezember 1945 nahm man die Vorbereitungen einer öffentlichen Versammlung wieder auf, die man für den 13. Januar 1946 um 11 Uhr in der Talbot-halle plante. Dr. Maas erläuterte die ihm von der Militärbehörde übermittelten Versammlungsbestimmungen. Zur weiteren Festigung der organisatorischen Strukturen beriet man über eine Parteisatzung und einigte sich darauf, die Satzung der Rheinisch-Christlich-Demokratischen Partei anzunehmen. Als eine der wichtigsten Bestimmungen dieser Satzung ist zu nennen, dass jede Frau bzw. jeder Mann mit der Erreichung des 18. Lebensjahrs sowie dem vorbehaltlosen Bekenntnis zur Christlich-Demokratischen Partei und dem Nachweis, kein aktives NSDAP-Mitglied gewesen zu sein, der CDP beitreten konnte. Das Wahlberechtigtenalter wurde auf 20 Jahre festgelegt und die monatlichen Mitgliedsbeiträge wurden von 0,50 RM bis zu 200 RM je nach Einkommen gestaffelt.

Im Anschluss daran erfolgte ein erneuter Bericht von Johannes Ernst bezüglich der Gründung einer parteiinternen Zeitung. Am 26. November hatte sich Ernst mit den möglichen Verlegern⁷¹² in

⁷⁰⁹ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁷¹⁰ Vgl. Hofmann: Erinnerungen, a. a. O., S. 178.

⁷¹¹ Protokoll der Vorstandssitzung vom 4. Dezember 1945, HStAD, RWV 105. Teilnehmer waren: Dr. Maas, Dr. Wolf, Dr. Hofmann, Ernst, Alertz, Heusch, Küchen, Wachler, Soiron, Naujack, Hopmann.

⁷¹² Als möglicher Verleger stand der Betrieb von Johannes Volk (Betrieb der früheren Zeitung „Der Volksfreund“) sowie der Betrieb der Zeitung „Bote an der Inde“ in Eschweiler zur Debatte. Der Betrieb von Herrn Volk schied auf-

Benrath getroffen. Der Vorstand einigte sich in Bezug auf den Namen der neuen Zeitung auf „Aachener Volkszeitung“ und legte deren zweimal-wöchentliches Erscheinen fest. Als Verleger bzw. Geschäftsleitung wurden Dr. Hofmann, Herr Rothe und Dr. Maas sowie Ernst einstimmig durch den Vorstand bestimmt. In der Folgezeit sollten 15 weitere Personen der Partei aus verschiedenen Berufsgruppen sowie aus dem Stadt- und Landkreis Aachens einen Beirat der Geschäftsleitung bilden. Dieser sollte in dreimal monatlich stattfindenden Treffen *„die Wünsche und Erfahrungen sowie Vorschläge aus dem Leserkreis mit der Geschäftsleitung erörtern.“*⁷¹³

Es folgte eine Diskussion über die bereits vorgeschlagene Aufteilung der Stadt in Bezirke, wobei festgehalten wurde, dass diese für eine *„richtige Bearbeitung“* zu groß seien und aus diesem Grund die Zahl der Bezirke erhöht werden müsse. Man einigte sich auf die Einrichtung einer Bezirksleitung, welche aus sechs Personen, die keine NSDAP-Mitglieder gewesen waren, bestehen sollte. Damit war der Grundstein für die späteren Vorstände der Stadtbezirke gelegt. Zum Abschluss erklärte sich Dr. Hofmann, da immer noch keine Genehmigung der Parteiarbeit erfolgt war und man die Interessierten weiter motivieren wollte, dazu bereit, am Mittwoch, dem 12. Dezember, im Verbandshaus einen Vortrag zum Thema *„Blick auf die Weltlage“* zu halten.

Bevor es zur Genehmigung der Partei kommen sollte, legte die britische Militärregierung dem Aachener CDP-Vorstand noch einige Bedingungen auf. In einem Schreiben vom 6. Dezember 1945⁷¹⁴ forderte Oberleutnant Parrott die Teilnahme des Parteivorsitzenden Maas und des geschäftsführenden Vorstands an einer politischen Unterweisung (*„Attendance at a political lecture“*), welche am Sonntag, dem 9. Dezember um 14 Uhr im Konferenzzimmer im Stahlhaus in Düsseldorf stattfinden sollte. Für die

grund anderweitiger Verpflichtungen aus, sodass man mit anderen Betrieben in engere Verhandlungen trat.

⁷¹³ Protokoll der Vorstandssitzung 04. Dezember 1945, HStAD RWV 105.

⁷¹⁴ Aufforderung der Militärregierung zur politischen Unterweisung vom 6. Dezember 1945, HStAD RWV 245.

Fahrt nach Düsseldorf würde den entsprechenden Personen ein Wagen von der Fahrbereitschaft zur Verfügung gestellt werden.

Zudem forderte die Militärregierung den Aachener Vorstand zu einer detaillierten Auflistung der Parteifinanzierung auf. Die alliierten Besatzer legten immer Wert auf eine Offenlegung der Parteifinanzien, denn ihrer Ansicht nach war eine Wurzel des nationalsozialistischen Regimes in der hohen Geldansammlung der NSDAP zu sehen. Einer solchen Entwicklung wollte man nun durch strenge Kontrollen entgegenwirken. Die CDP Aachen gab daraufhin folgende „*Erklärung über die Finanzierung der Partei*“ ab: „[...] die Partei wird vorläufig durch freiwillige Beiträge und durch einen Beitrag der sich anschließenden Mitglieder von je RM 3 für das Jahr 1945 [finanziert].“⁷¹⁵

Diese Erklärungen sollten in der Folgezeit jährlich abgegeben werden. Die Zeit des Wartens auf die Genehmigung der Partei und der Öffentlichkeitsarbeit sollte unter anderem zur Werbung neuer Mitglieder genutzt werden. Durch die Vorstandsmitglieder Pfeiffer und Wachler wurde während dieser Zeit der Kontakt zu evangelischen Kreisen ausgebaut, wodurch beispielsweise die spätere Aachener CDU Landtags- und Bundestagsabgeordnete Emmi Welter für die Aachener CDP gewonnen werden konnte. Auch versprach man sich von der bereits auf mehreren Vorstandssitzungen diskutierten öffentlichen Veranstaltung eine weitere Möglichkeit, neue Mitglieder zu werben. Aus diesem Grund bat Maas den Kommandanten in einem Schreiben vom 15. Dezember, eine öffentliche Versammlung am Sonntag, dem 13. Januar 1946, in der Zeit von 11-13 Uhr in der Talbothalle der Aachener Hochschule abhalten zu dürfen. Als Zweck der Veranstaltung gab er Werbung für die Christlich-Demokratische Partei an und benannte sich und Johannes Ernst als Hauptredner. Die Militärbehörde forderte Maas in einem Schreiben vom 18. Dezember 1945 mit dem Betreff „*Political Meeting - Christian Democratic Party*“⁷¹⁶ auf,

⁷¹⁵ Erklärung über die Finanzierung für das Jahr 1945, HStAD RWV 246.

⁷¹⁶ Briefwechsel Militärregierung/Dr. Albert Maas vom 18. Dezember 1945, HStAD RWV 246.

die für die Genehmigung der Veranstaltung notwendigen Formulare ausgefüllt zurückzusenden.

Auf der nachfolgenden Vorstandssitzung am 28. Dezember 1945⁷¹⁷ wurde die Planung der Veranstaltung weiter fortgeführt. Als Veranstaltungsleiter wurde Dr. Alfred Wolf benannt. Als Referenten sollten, wie der Militärbehörde bereits angekündigt, Dr. Maas und Johannes Ernst sprechen; ob Wachler, als Vertreter der evangelischen Gemeinde, als weiterer Redner auftreten sollte, wollte man von der Haltung der Stadtkommandantur abhängig machen. Der geplante Veranstaltungsort, die Talbothalle - die meisten anderen Räumlichkeiten waren noch nicht wieder nutzbar - war bereits reserviert. Man legte den Eintrittspreis für die Veranstaltung auf 0,50 RM fest und beschloss, als Werbemaßnahmen einen Artikel in der Tagespresse erscheinen zu lassen sowie Plakate und Einladungen anzufertigen.

Neben der Veranstaltung stand die langfristig geplante Zeitung im Mittelpunkt der Beratungen. Dr. Wolf berichtete über erste Gespräche mit der Militärbehörde, welche sich sowohl gegen den ursprünglich geplanten Kreis der Mitwirkenden als auch gegen die Partei als Trägerin und Nutznießerin der neu zu gründenden Zeitung ausgesprochen hatte. Wolf räumte Fehler bei den vorbereitenden Arbeiten ein, und man einigte sich darauf, die Presseinteressen der CDP anders umzusetzen.⁷¹⁸ Wie genau diese Umsetzung aussehen sollte, wollte man zu einem späteren Zeitpunkt bestimmen.

Zum Abschluss der Sitzung berichtete Johannes Ernst über das Reichstreffen der CDP vom 16.-17. Dezember in Bad Godesberg. Wie bereits dargestellt, wurde dort die Umbenennung der CDP in Christlich-Demokratische UNION beschlossen. Dieser Name regte im Vorstand eine Diskussion an, bei der eines der Mitglieder

⁷¹⁷ Anwesend waren: Dr. Maas, Dr. Wolf, Dr. Hofmann, Ernst, Alertz, Hammers, Schmitz, Soiron, Naujack und als beratendes Mitglied Bürgermeister Servais.

⁷¹⁸ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. Dezember 1946, HStAD RWV 104.

sagte: „*Union? Das klingt ja wie Union-Brikett!*“ Worauf ein anderer antwortete: „*Auch die sind schwarz!*“⁷¹⁹

Zudem war auf dem Reichstreffen eine wirtschafts- und sozialpolitische EntschlieÙung verabschiedet worden, in der ein „*Sozialismus aus christlicher Verantwortung*“ vertreten wurde. Dieser Sozialismus aus christlicher Verantwortung sollte jeglichen „*klassenkämpferischen*“ Zug vermeiden und bezog sich damit nur auf die älteren Vorstellungen der christlichen Soziallehre von Solidarität mit den Armen und Ausgebeuteten. Des Weiteren hatte man beschlossen, die Integration von Nazi-Mitläufern in das demokratische Gemeinwesen zu ermöglichen, soweit sich diese in Bezug auf den Aufbau der Demokratie aufbauwillig zeigten. Schließlich setzten die Vertreter aus dem Rheinland und aus Westfalen die Bekenntnisschule gegen die Forderungen aus Baden und Niedersachsen nach einer christlichen Gemeinschaftsschule durch. In organisatorischer Hinsicht hatte man die Schaffung eines „*Zwischenzonenausschusses*“ mit Sitz in Frankfurt am Main beschlossen, so die Ausführungen von Johannes Ernst.

Auf der folgenden Vorstandssitzung, welche am 11. Januar 1946⁷²⁰ stattfand, wurde beschlossen, die geplante öffentliche Veranstaltung aus „*zwingenden Gründen*“ auf den 27. Januar zu verschieben. Als Werbemittel standen Plakate zum Ankleben bereit; daneben sollten Werbezettel versandt und eine Notiz an die Zeitung gegeben werden. Man einigte sich bei Abgabe des Werbezettels und der anhängenden Beitrittserklärung auf einen Eintrittspreis von 0,50 RM. Um die Parteiarbeit im Allgemeinen und diese Veranstaltung im Besonderen bei der Bevölkerung bekannt zu machen, wurden Herr Rüben und Herr Lauter als „*Parteiwerber*“ eingestellt. Neben diesen beiden sollte der Organisations- und Werbedienst nach der Stadtbezirktaufteilung auch

⁷¹⁹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁷²⁰ Teilnehmer waren: Dr. Maas, Dr. Wolf, Ernst, Dr. Hofmann, Weyers, Küchen, Heusch, Hammers, Alertz, Wachler, Soiron, Schmitz, Naujack, Hopmann.

von den jeweiligen Leitern der Bezirksgruppen betrieben werden.⁷²¹

Neben der Werbung sollte die Ausbildung des politischen Nachwuchses eines der Hauptthemen der Anfangszeit werden. Aus diesem Grund beschloss man, im Anschluss an die große Veranstaltung 14-tägig am Mittwoch um 17:30 Uhr Ausbildungsvorträge stattfinden zu lassen. Maas betonte die Wichtigkeit der politischen Jugenderziehung und legte damit einen Grundstein für die spätere Gründung der Jungen Union Aachen, auf die noch einzugehen sein wird.

Im Verlauf der Sitzung wandte man sich wieder dem Thema Presse zu. Herr Schmitz, der frühere Geschäftsführer des „*Volksfreunds*“ und Gast dieser Vorstandssitzung, berichtete über die räumlichen und technischen Einrichtungen des möglichen Verlagsortes und machte deutlich, dass aus seiner Sicht die Verhandlungen mit der Militärregierung bald zu einem befriedigenden Abschluss gebracht werden würden.

Neben dem Thema Presse gehörte auch die Frage der Einstellung eines hauptamtlichen Mitarbeiters zu den wichtigsten Diskussionspunkten der Vorstandssitzungen. Auf der Suche nach einer geeigneten Person wurde das Vorstandsmitglied Josef Weyers vorgeschlagen, eine Entscheidung jedoch auf die kommende Sitzung vertagt.

Nachdem die organisatorische Bildung des Vorstandes so weit vorangeschritten war und bereits erste Arbeiten aufgenommen worden waren, konnte Maas am 16. Januar erneut ein Schreiben an die Militärregierung⁷²² verfassen, in dem er einen genauen Bericht über die Mitglieder des Vorstandes, den vorgesehenen

⁷²¹ Bezirk I (Pfarrbezirk St. Nikolaus, Foillan, Michael) Herr Leblang, Bezirk II (Pfarrbezirk St. Jakob, Heilig Geist) Herr Alertz, Bezirk III (Pfarrbezirk St. Kreuz, Paul) Herr Brand, Bezirk IV (Pfarrbezirk St. Peter, Elisabeth) Herr Thelen, Bezirk V (Pfarrbezirk St. Adalbert, Alfons, Marien) Herr Weyers, Bezirk VI (Pfarrbezirk St. Josef, Fronleichnam) Herr Wolter, Bezirk VII (Pfarrbezirk Forst, Rothe Erde) Herr Soiron, Bezirk VIII (Pfarrbezirk Frankenberg) Herr Küchen, Bezirk IX (Pfarrbezirk Burtscheid, St. Gregor) Herr Malms.

⁷²² Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 16. Januar 1946, HStAD RWV 226/227.

Geschäftsführer, einen möglichen Kassierer und eine Aufstellung über die Mitgliederbeitragsberechnung sowie einen Hinweis darauf, dass die Höhe des Beitrags keinen Einfluss auf die Mitgliederrechte hat. Er wies darauf hin, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden und schloss sein Schreiben zum wiederholten Mal mit „*wir bitten um Genehmigung.*“

Am folgenden Tag schien Bewegung in das Genehmigungsverfahren zu kommen. Dr. Albert Maas wurde in einem Schreiben zum Thema „*Gründung der Christlich-Demokratischen Partei*“ gebeten, „*[...] in oben erwähnter Angelegenheit [...] im Büro von Major Yates [...] vorzusprechen.*“⁷²³

Daraufhin und in Hinblick auf die erfolgreiche Kundgebung wurde in der folgenden Vorstandssitzung, am 31. Januar 1946,⁷²⁴ beschlossen, Anfang Februar eine Einladung zu einer Besprechung sowie eine Aufforderung zum organisatorischen Aufbau der Union an die Mitglieder zu verschicken.⁷²⁵ Man war sich im Klaren darüber, dass der Zeitpunkt der Genehmigungserteilung durch die britische Militärregierung unter anderem von der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder abhängen würde. Dies war ein Bewertungskriterium der Besatzungsmächte, die einem Wiedererwachen von Splitterparteien entgegenwirken wollten. Aus diesem Grund sollten die beiden Parteiwerber Gerhard Lauter und Paul Rüben zum einen fest eingestellt werden und zum anderen durch Lahaye, der gleichzeitig die Funktion des Kassierers einnehmen sollte, unterstützt werden. Des Weiteren war man sich im Rückblick auf die zwar zufrieden stellend besuchte Kundgebung aber im Klaren darüber, dass es bei der nächsten Veranstaltung neben besseren Plakaten eine intensivere Verteilung dieser sowie Werbung und Organisation in den einzelnen Stadtbezirken geben müsse. Diese Frage sollte am 6. Februar in

⁷²³ Briefwechsel Major Yates/Dr. Albert Maas vom 17. Januar 1946, RWV 224.

⁷²⁴ Protokoll der Vorstandssitzung vom 31. Januar 1946, HStAD RWV 102, Teilnehmer waren: Dr. Maas, Dr. Hofmann, Dr. Wolf, Ernst, Weyers, Hammers, Schmitz, Küchen, Wachler, Soiron, Alertz, Naujack und Heusch.

⁷²⁵ Einladung zu einer Besprechung am 6. Februar, 2. Februar 1946, HStAD RWV 218.

5. Erste Schritte: Von der Gründung der CDU am 19. September 1945 bis zur Genehmigung durch die britische Militärregierung im März 1946

einer Sitzung der Stadtbezirke bzw. ihrer Obleute näher diskutiert werden.

6. Die gesellschaftliche Verankerung der Partei in den Anfangsjahren

Die gesellschaftliche Verankerung der Partei in den Anfangsjahren stellt einen wichtigen Faktor zur Untersuchung der Frage dar, ob die Partei eine Volkspartei war bzw. sich auf dem Weg dorthin befand, d. h. ob sie durch ihre Vertreter in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vertreten war und somit alle Wählerschichten ansprechen konnte. Um dieser Frage nachzugehen, soll zunächst das Wiedererwachen des kulturellen Lebens in der Stadt beschrieben werden. Von welchem Zeitpunkt an konnte man wieder Kino-, Musik- und Theateraufführungen besuchen? Davon soll sich die Frage ableiten, ob die Vertreter der Aachener CDU dieses Angebot wahrnahmen oder ob sie eigene kulturelle Programme wie den Lesekreis „Corona Legentium Aquisgranensis“, den Ursprung des Internationalen Karlspreises zu Aachen, entwickelten und dadurch alltagskulturelle Hegemonie erlangten. An dieser Stelle wird die Internationalität der Stadt sowohl durch den Karlspreis als auch durch die Grenznähe deutlich und daraus ergibt sich die Frage, ob es bereits direkt nach Kriegsende Auslandsbeziehungen mit Belgien und den Niederlanden gab und ob diese auch in den Anfangsjahren im Bereich der Partei bestanden. Diese Frage soll auch im Mittelpunkt der Betrachtung des Vereinslebens stehen. Hier soll an Sport- und Kulturvereinen, für die beispielhaft die Alemannia Aachen, der Aachen-Laurensberger Rennverein sowie der Aachener Karnevalsverein und die Karlsschützengilde ausgesucht wurden, festgestellt werden, ob sich in diesen Vereinen Mitglieder der Aachener CDU befanden und inwieweit man von einer Verknüpfung des Aachener Vereinslebens mit der Christlich-Demokratischen Union sprechen kann.

6.1 Wiedererwachen des kulturellen Lebens in der Stadt

Wie bereits dargestellt, waren die Wissensbegierde und der Hunger nach kultureller Betätigung nach Kriegsende extrem groß. Der Krieg hatte einen tiefen Einschnitt hinterlassen, sodass es

kaum geistige Betätigung und Zerstreuung gab.⁷²⁶ Erst langsam wuchs neben dem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau auch der kulturelle Aufbau als Teil der Reeducation der Militärregierung in der britischen Zone heran.⁷²⁷ Neben der Säuberung und Bestrafung nahm neben der politischen auch die geistige „Umerziehung“ einen zentralen Platz im Programm der Siegermächte ein. Sie waren der Auffassung, dass, wenn die geistigen Bereiche aus der Neuorientierung ausgeklammert werden würden, in Deutschland künftig keine friedliche Entwicklung möglich sei.⁷²⁸ Angesichts dieser Auffassung entwickelte die britische Besatzungsbehörde einen vierstufigen Plan zur Vorgehensweise im Bereich von Theater-, Musik- und Filmaufführungen. In einer ersten Phase, die die Zeit zwischen dem Beginn der Kämpfe auf deutschem Boden bis zur Besetzung Deutschlands kennzeichnet, sollten alle kulturellen Aktivitäten in den Bereichen Theater, Musik und Film ruhen. In einer zweiten Phase, die mit der Kapitulation des Deutschen Reiches einsetzen sollte, wollte man alle deutschen Produktionen von nationalsozialistischem Gedankengut reinigen. In einer dritten Phase sollten einwandfreie deutsche Produktionen sowie Filme und Theaterstücke aus dem jeweiligen Besatzungsland zur Aufführung kommen. In einer vierten und letzten Phase wollte man die Deutschen zu eigenständigen Produktionen heranführen und den Übergang von direkter zur indirekter Kontrolle vollziehen.⁷²⁹

Wie bereits für das Zeitungswesen gezeigt, stand auch am Beginn des kulturellen Wiederaufbaus die Entnazifizierung. Auch wenn diese lückenhaft betrieben wurde und zum Teil milder ausfiel als bei anderen Personengruppen, kann man dennoch von einer kulturellen Restauration sprechen. Diese hatte zur Folge, dass es vor allem in der Anfangsphase zu einem häufigen Wechsel unter den Protagonisten gab, wie am Beispiel von Aa-

⁷²⁶ Vgl. hierzu: Jost, Hermann: Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, München 1986.

⁷²⁷ Vgl. Jürgensen, Kurt: Kulturpolitik und Politik der Re-education in der britischen Zone, in: Winfried Becker (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau, 30.-31. Oktober 1985, Köln/ Wien, 1987, S. 130.

⁷²⁸ Vgl. Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S. 82.

⁷²⁹ Vgl. Clemens, Gabriele: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997, S. 75ff.

chen noch zu zeigen sein wird, und zum anderen wurden hier – wie auch in allen anderen Bereichen – oft unerfahrenen Leuten sowie ehemaligen Exilanten und Widerständlern der Sprung ins Rampenlicht ermöglicht.⁷³⁰ Vergleichbar mit dem Zeitungswesen existierten auch im kulturellen Bereich in allen Besatzungsadministrationen spezielle Abteilungen, die von so genannten Kulturoffizieren betreut wurden. Sämtliche kulturellen Aufführungen der deutschen Nachkriegsbühne, egal ob Theater oder Musik, unterlagen der Zensur, und für den Betrieb einer solchen Bühne war eine Lizenz erforderlich.⁷³¹ Neben den zensierten Texten, Theater- und Musikstücken sollten Überlieferungen aus dem jeweiligen Heimatland der Besatzer die Lücken schließen, die die zwölfjährige Kulturpraxis der Nationalsozialisten hinterlassen hatten.⁷³²

Im Frühsommer 1945 hatte man mit den Vorarbeiten begonnen, um das Theaterleben in der zerstörten Stadt wieder aufleben zu lassen. Am 1. September 1944 hatte Goebbels, als er die letzten Reserven für den „Endsieg“ mobilisierte, alle deutschen Theater⁷³³ bzw. das, was nach den Kriegshandlungen von diesen übrig geblieben war, schließen lassen.⁷³⁴ In Aachen war das Gebäude bei einem schweren Luft-Großangriff am 14. Juli 1943 ausgebrannt und nur der Portikus und das Foyer waren dabei der Zerstörung entgangen.⁷³⁵ Die Amerikaner hatten Dr. Karl Breuer zum Kulturreferenten der Stadt berufen, der wiederum in Kurt Sieder den ersten Theaterleiter der Aachener Nachkriegszeit fand. Diesem gelang die Verpflichtung eines kleinen Schauspielensembles und er baute das Musik- und Sprechtheater auf Behelfsbühnen wieder auf. Nachdem die Spielerlaubnis von den britischen Besatzungsoffizieren in Düsseldorf erwirkt und im Juli 1945 der Wiederaufbau des Theaters beschlossen worden

⁷³⁰ Vgl. Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S. 93f.

⁷³¹ Schneider, Rolf: Theater in einem besiegten Land: Dramaturgie der deutschen Nachkriegszeit 1945-1949, Frankfurt a. M./ Berlin 1989, S. 21 (Künftig zitiert: Theater, a. a. O., S.).

⁷³² Vgl. Schneider: Theater, a. a. O., S. 22.

⁷³³ Zuletzt hatte es im Deutschen Reich 262 Theatergebäude gegeben mit 45.000 Beschäftigten in der letzten Spielzeit 1943/44. 1947 waren es noch 37.000 Personen in 87 Theaterhäusern.

⁷³⁴ Birke: Nation ohne Haus, a. a. O., S. 92.

⁷³⁵ Vgl. Hofmann: Aachen in Trümmern, a. a. O., S. 109.

war, konnte die Arbeit beginnen.⁷³⁶ Zunächst nutzte man ab dem 30. September 1945 den Vortragssaal der Stadtbücherei in der Peterstraße für Schauspielveranstaltungen. In diesem Bücher-saal konnte es keine großen klassischen Dramen geben. Die kleine Kunst herrschte vor. Während dieser Zeit umfasste das Ensemble kaum ein Dutzend Schauspieler. Immer wieder kam es durch die Nachweisung nationalsozialistischer Vergangenheit einiger Schauspieler zu Wechseln im Ensemble. Die wenigen Schauspieler, die in Aachen bleiben durften, hatten es schwer, eine Unterkunft zu finden und wohnten zum Teil zu dritt oder viert in zugigen Behausungen bzw. in den Ruinen des alten Stadttheaters.⁷³⁷ Einzig bei der Beschaffung von Lebensmitteln hatten die Theaterleute mehr Glück als viele ihrer Zeitgenossen. Ein Zipfel Wurst, ein Brot oder ein halbes Pfund Zucker waren auf dem Schwarzmarkt zu haben, wenn man über Theaterkarten verfügte. Die Schauspieler, die ihren Spielplan auf Wochen hinaus kannten, hatten einen Teil der Karten erworben, um sie gegen kalorienreiche Nahrungsmittel einzutauschen. Bis zum 2. April 1946 wurden dort rund 205 Vorstellungen gegeben.⁷³⁸ Währenddessen wurde das Theatergebäude von Mitgliedern des Orchesters und inzwischen nach Aachen zurückgekehrten Angestellten des Theaters entschuttet.⁷³⁹ Da auch an dieser Stelle neues Baumaterial fehlte, kamen die Bauarbeiten nur langsam voran, sodass erst am 21. April 1946 nach den Plänen von Professor Schwippert von der Technischen Hochschule das Foyer des alten Hauses des Stadttheaters als vorläufiges Nottheater mit Platz für ca. 450 Personen der Öffentlichkeit übergeben werden konnte.⁷⁴⁰ Obwohl es nur eine Übergangslösung sein sollte, die letztlich allerdings bis zur Wiedereröffnung des Theaterhauses

⁷³⁶ <http://www.theater-achen.de/theater/geschichte.php.3> (letzter Zugriff 14.10.2004).

⁷³⁷ Vgl. Siemons, Hans: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps. Was die Aachener in den Trümmerjahren nach dem letzten Krieg mit ihrer Freizeit anfangen, Aachen 1989, S. 19 (Künftig zitiert: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, a. a. O., S.).

⁷³⁸ Das Befehlstheater bot 250 Zuschauern Platz. Alle Vorstellungen waren vor ausverkauftem Haus gegeben worden. Aufgeführt wurden u. a. „Die Laune des Verliebten“ von Goethe, „Ingeborg“ von Goetz, „Jugend“ von Halbe, „Maria Magdalena“ von Hebbel, „Ein Spiel von Tod und Liebe“ von Rolland.

⁷³⁹ Vgl. Statistisches Amt: Zehn Jahre Aufbau in Aachen, a. a. O. S. 169.

⁷⁴⁰ In der ersten Spielzeit von April bis Mitte Juli 1946 wurden hier 80 Vorstellungen und in der Spielzeit 1946/47 161 Vorstellungen gegeben worden. Diese Vorstellungen wurden von 60.500 Personen besucht.

in seiner heutigen Form bis zum 23. Dezember 1951 Bestand hatte, und obwohl die praktischen Voraussetzungen sowohl für die Spielenden⁷⁴¹ als auch für die Zuschauer⁷⁴² nahezu unzumutbar waren, wurden die Vorstellungen bei durchweg ausverkauftem Haus gegeben.⁷⁴³ Hierdurch wird der Drang der Bevölkerung nach kulturellen Vergnügungen, die sie zwölf Jahre lang hatten entbehren müssen, Ausdruck gegeben. Während des Nationalsozialismus hatte die Aachener Bevölkerung mit zurückgehenden Besucherzahlen auf die vom NS-Regime geförderten Theaterstücke reagiert. Diese Abstimmung der Aachener mit den Füßen, d. h. die Tatsache, dass sie das spezifisch nationalsozialistische Kulturprogramm nicht annahmen,⁷⁴⁴ hatte in Aachen zur Folge gehabt, dass die NS-Stücke mangels Erfolg zunehmend von der Bühne verbannt wurden und das zu spielende Programm verkürzt bzw. eingestellt wurde. In einem Zeitungsinterview resümiert Sieder die Nöte des Theaters wie folgt: „[...] das kleine Schauspielensemble trägt den ganzen Spielplan allein. Das bedeutet: vormittags Proben, nachmittags Kindermärchen, abends Aufführungen und zu Hause bis in die Nacht hinein Abtippen von Rollen, Einrichten neuer Stücke und Auswendiglernen. Die Bühne auf der gespielt wird ist kleiner als manches Zimmer. Neben dem Probenraum werden laufende Geschäfte des Wohlfahrtsamtes verrichtet. Requisiten müssen von den Theaterangestellten aus ihren eigenen Haushaltungen mitgebracht werden [...].“⁷⁴⁵

Die Aufführungen des Aachener Theaters fanden weit über die Grenzen ihren Widerhall, sodass es bereits im April 1950 zu einem ersten Besuch von holländischen Zuschauern im Aachener Stadttheater kam. Nach einem Gegenbesuch des Aachener Theaters in Kekrade wurde dort die Aufgabe des Grenzlandtheaters immer

⁷⁴¹ Große Mühe bereitete ihnen die Beschaffung von Aufführungsmaterialien, insbesondere von Textbüchern und Kostümen. Im September 1946 forderte die Theaterintendanz per Zeitungsannonce zur Requisitenspende auf.

⁷⁴² Bis in den Dezember 1946 war das Theater unbeheizt. Zeitungen berichten, dass sie mit gewärmten Steinen und Zeitungen unter ihren Mänteln die Theater Vorstellungen besuchten.

⁷⁴³ Zum erstaunlichen Aufschwung des deutschen Theaters trotz aller Schwierigkeiten und technischen Hindernissen, vgl. Dollinger Hans/ Vogelsang, Thilo: Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945-1949. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, München 1967, S. 218.

⁷⁴⁴ Vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 130.

⁷⁴⁵ Vgl. Simon: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 20.

mehr erkannt und man versuchte, die Beziehungen zu den Nachbarn im Westen wieder in normale Bahnen zu lenken, indem man beispielsweise Stücke, die im Zeichen der europäischen Verständigung standen, zur Aufführung brachte. Als Folge dieser Bemühungen wurde beispielsweise das Aachener Ensemble zu Gastspielen nach Belgien und Holland eingeladen oder die Aufführungen wurden vom belgischen Rundfunk übertragen. Darüber hinaus besuchten bald nach dem Wiedererwachen des Aachener Theaterlebens viele Holländer und Belgier an den Wochenenden die Vorstellungen.

Ähnlich wie das Theaterleben wurde auch die musikalische Unterhaltung der Bevölkerung Teil des wiedererwachenden kulturellen Aachens. Bereits zu Weihnachten 1944, noch während der Kriegshandlungen, fand zum ersten Male wieder eine öffentliche Musikveranstaltung statt. Unter der Leitung des Domkapellmeisters Professor Theodor B. Rehmann und Chordirektor Wilhelm Pitz hatten sieben Musiker und eine kleine Gruppe von Sängerinnen und Sängern am 24. Dezember die Christmette von Bischof van der Velden im Aachener Dom durch die Darbietung einer Messe von K. Kraft untermalt.⁷⁴⁶ Später fasste Professor Rehmann das mentale Befinden der Bevölkerung an der Jahreswende 1944/45 wie folgt zusammen: *„Die Menschen, die die Schrecknisse überlebten, wollen nicht ohne Hoffnung leben. Nächst den Tröstungen der heiligen Religion war es die heilige Macht der Musik, die im Aachen des ausklingenden 1944 und des kaum weniger schrecklichen Jahres 1945 die Menschen geistig sammelte und stärkte.“*⁷⁴⁷

Diese beschriebene Macht der Musik und der Wunsch nach Zerstreuung vom erschreckenden Alltag machte es möglich, dass das Musikleben der Stadt, trotz der harten Wintermonate, wieder neu belebt werden konnte.⁷⁴⁸ Am 11. April 1945 suchte Professor Rehmann in einer Zeitungsanzeige *„Musiker für Streich-, Blas-*

⁷⁴⁶ Vgl. Siemons: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 14.

⁷⁴⁷ Zitiert nach: ebenda, S. 14.

⁷⁴⁸ Vgl. hierzu: Bachmann, Robert C.: Karajan. Anmerkungen zu einer Karriere, Düsseldorf 1983.

und Schlaginstrumente, die sich den erhöhten Anforderungen gewachsen fühlen." Aus dieser Annonce entstand ein Orchester, und auch der Aachener Domchor wuchs langsam heran. Zeitgleich mit dem Wiedererwachen des Theaterlebens konnte man ab April 1945 regelmäßig in vierzehntägigen Abständen Veranstaltungen der Reihe „Musik im Dom“ besuchen. Wie im Bereich des wiedererwachenden Theaterlebens wurden auch im Bereich der Musik allen Schwierigkeiten zum Trotz im harten Winter 1945/46 unter der Führung von Professor Rehmann, der vom 1. September 1945 bis zum 31. August 1946 die Aufgabe des Generalmusikdirektors der Stadt Aachen übernommen hatte, zwölf städtische Konzerte, zahlreiche Volks-Symphonie-Konzerte und eine Reihe von Opern- und Operetten-Aufführungen gegeben. Alle diese Veranstaltungen fanden ebenso wie die parteipolitischen Versammlungen jener Zeit in der Talbothalle der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule der Stadt statt, welche der einzige größere unzerstörte Raum in der Stadt war und etwa 840 Sitzplätze umfasste. Auch hier waren die Veranstaltungen, trotz primitiver Zustände – die baufällige Halle war stets unbeheizt und man musste sich auf losen Holzbänken einen Platz suchen – fast immer bis auf den letzten Platz gefüllt. Ein Zeitzeuge erinnert sich: *„In der Halle saßen wir auf Bänken, ohne Rückenlehne, mit Mantel, Schal und Handschuhen und hörten der Musik zu. Das nahmen wir alles hin und beklagten uns nicht, wir freuten uns nur, daß es das gab.“*⁷⁴⁹

Vom 8. bis 11. Juni 1946 wurde durch die Initiative von Professor Rehman und Dr. Felix Raabe, der mit dem Beginn der Konzertspielzeit 1946/47 das Amt des Generalmusikdirektors übernommen hatte, aller Ungunst der Zeit zum Trotz das 1. Niederrheinische Musikfest nach Kriegsende⁷⁵⁰ in Aachen gefeiert. In den folgenden Wochen und Monaten sollte das Aachener Musikleben immer mehr zunehmen. Neben der Begehung des ersten Eifler Musikfestes nach Kriegsende unter der Beteiligung des Aachener

⁷⁴⁹ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁷⁵⁰ Insgesamt handelte es sich bei diesem Musikfest um das 101. Das rheinische Musikfest, welches seiner Tradition nach abwechselnd in Düsseldorf, Köln und Aachen stattfand, wurde zum 33. Male in der Kaiserstadt abgehalten; vgl. Verwaltungsbericht II, a. a. O., S. 58.

Domchors und des städtischen Orchesters gab es wieder große Abonnementkonzerte, Kammermusik-Abende, Schüler- und Domkonzerte sowie Aufführungen von Opern und Operetten. Am 9. September 1947 konnte das erste Konzert in der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule stattfinden. Das Städtische Orchester war zu diesem Zeitpunkt auf 52 Musiker angewachsen und konnte sich national wie auch international behaupten.⁷⁵¹ Regelmäßiger Höhepunkt seiner Auftritte sollte ab 1950 das jährliche Festkonzert anlässlich der Verleihung des „Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen“ am Tage vor Christi Himmelfahrt werden.

Neben Theater- und Musikveranstaltungen, die eher die besser gestellte Bevölkerung anzogen, war auch in der restlichen Bevölkerung das Bedürfnis nach der leichten Muse stärker denn je. Die meisten Säle und Lokale waren den Kriegshandlungen zum Opfer gefallen und so trauerte man dem „Corso“, der „Bastei“, dem „Wintergarten“ und dem „Café Vaterland“ unter dem Motto „Wir sind noch einmal davon gekommen“ nach. Neben diversen Kleinkünstlern, die sich über den Krieg hinweggerettet hatten, war es vor allem das Kino, das den Zuspruch der Bevölkerung fand. Doch die Filmtheater blieben noch längere Zeit geschlossen. In dieser Zeit bemühten sich die Militärbehörden zwar um passenden Ersatz aus ihren eigenen Produktionen und versahen diese mit deutschen Untertiteln, doch dies warf ebenso hohe Kosten auf wie der anfängliche Versuch, Sonderproduktionen für Deutschland zu machen. Aufgrund dieser finanziellen Belastungen und in Hinblick auf die Bedeutung des Films bei der Bildung der öffentlichen Meinung machte man sich in der britischen Zone daran, die Kinos wieder zu eröffnen und dabei vorhandene deutsche Filme zu verwenden, die keine Nazipropaganda enthielten.⁷⁵² Mit der Ankündigung in der Zeitung „Trotz der Requirierung des Theaters für Militärvorstellungen hat die Mi-

⁷⁵¹ Immer wieder nahm das Städtische Orchester an Musikfesten in ganz Deutschland sowie im benachbarten Ausland teil. Beispielsweise brachte das Städtische Orchester mit dem Aachener Domchor unter der Leitung von Prof. Rehmann am 4. November 1949 als erster Besuch deutscher Musiker in Frankreich die Hohe Messe von Johann Sebastian Bach in Paris zur Aufführung; vgl. Statistisches Amt: Zehn Jahre Aufbau, a. a. O., S. 172.

⁷⁵² Vgl. Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle, a. a. O., S. 111.

litärregierung für Zivilvorstellungen in beschränktem Maße das Filmtheater freigegeben"⁷⁵³ verfügte Aachen mit dem „Scala“ an der Großkölnstraße wieder über ein Kino, das 225 Menschen Platz bot.⁷⁵⁴ Kein Kino der Stadt hatte die Kriegshandlungen unbeschadet überstanden. Das „Scala“ wies die wenigsten Schäden auf und war so am schnellsten wieder für Vorstellungen herzurichten. Am 3. August 1945 fand hier die erste Vorstellung nach Kriegsende statt. Täglich wurden in der Zeit von 11 bis 17 Uhr drei Vorstellungen gegeben; die Abendvorstellungen waren den Angehörigen der Militärregierung vorbehalten. Zu diesem Zeitpunkt waren in der gesamten britischen Besatzungszone 105 Kinos spielfähig und die Kulturkommission der Militärbehörde hatte von den 300 Filmen, die ihr zur Prüfung vorlagen, 40 freigegeben.⁷⁵⁵ Mit aktuellen Ausschnitten aus US- und britischen Wochenschauen kamen die Filme schließlich mit zeitbedingten Pannen wie Stromschwankungen oder Schwierigkeiten bei der Tonwiedergabe auf die Leinwand. Auf ausländische Stars, die man noch vor dem Kriege verehrt hatte, musste man aufgrund von fehlenden Synchronisierungsmöglichkeiten noch einige Zeit warten. Erst am 10. April 1946 war der Anschluss an die aktuellen Auslandsproduktionen auch in Aachen geschafft, als es in der Volkszeitung hieß: *„Englischer Film in Aachen - Gaslicht und Schatten. Auch das Aachener Publikum wird sich wohl diese Gelegenheit, nach langer Zeit wieder einmal englische Schauspieler auf der Leinwand zu sehen, nicht entgehen lassen.“*⁷⁵⁶

Anders als bei den Theater- und Musikveranstaltungen gibt es über die Besucherzahlen der Kinos dieser Zeit keine Statistiken, jedoch berichten Zeitzeugen von überfüllten Straßenbahnen zu den Anfangs- und Schlusszeiten der Kinovorführungen. Die

⁷⁵³ Zeitung zitiert nach Simons: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 40.

⁷⁵⁴ Das „Scala“ war das kleinste der damaligen Lichtspielhäuser und hatte bis zum Kriegsende bei der Bevölkerung noch „Flohkino“ geheißen; vgl. ebenda.

⁷⁵⁵ Bei der Prüfung durch die Kulturkommission standen nicht nur Filme mit eindeutig nationalsozialistischer Tendenz auf der schwarzen Liste, sondern auch die „Durchhalte-Streifen“, die eigens vom NS-Propagandaminister Joseph Goebbels für die unter Kriegseinwirkungen leidende Bevölkerung gefördert wurden; vgl. Simons: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 42.

⁷⁵⁶ AVZ vom 10.04.1946, 1.Jg., Nr. 14.

erste verwertbare Zahl in Aachen stammt aus dem Jahre der Währungsreform. In diesem Jahr existierten in Aachen fünf Lichtspieltheater, die 1.933.000 Besucher zählten. Neben dem Kino und einer Unzahl von Kleinkunstabühnen fanden auch der Zirkus und der Bend⁷⁵⁷ wieder einen festen Platz im Aachener Veranstaltungskalender. Bereits im Mai 1946 fand in kümmerlicher Form der erste „Nachkriegsbend“ auf dem Blücherplatz statt – mit einem Kettenkarussells, einer Schiffschaukel und ein paar Glücksbuden. Hier schlug auch im September 1946 der Zirkus „Jordan geb. Althoff“ zum ersten Mal sein Vier-Mast-Zelt auf und begann damit, den Zirkus zum festen Bestandteil des Aachener Veranstaltungsjahres zu machen. All diese Anfänge des kulturellen Wiedererwachens der Stadt waren von kleineren und größeren Schwierigkeiten überschattet. Das einzige, was den Aachenern während dieser Zeit geblieben war, war ihre lebendige Sprache. Und so kam es, dass bereits im Juni 1945 der Verein „Öcher Platt“ wieder seine Arbeit aufnahm. Eng verbunden mit der Heimatsprache war auch die Frage nach der Fortführung der alten Puppenbühne. Im Juli 1945 wurde die baldige Eröffnung der „Schängchens“ angeregt und die Vorbereitungen wurden aufgenommen. Hierbei traten ähnliche Probleme wie beim Stadttheater auf. Auch dem „Schängchen“ waren in den Kriegswirren viele Kostüme verloren gegangen, und man brauchte Holzschnitzer zur Restaurierung der Puppen. Den Schwierigkeiten zum Trotz gelang es am 5. November 1946, in der Stadtbibliothek die Premiere des Nachkriegsschängchens zu feiern.

6.2 Gründung des Lesekreises „Corona Legentium Aquensis“

Diese Veranstaltungen der bunten Welt des Theaters, der Musik und des Films wurden auch von den Gründern bzw. frühen Mitgliedern der Aachener CDU mit stetiger Freude besucht, denn auch diese teilten, nach zwölf Jahren der geistigen Manipulation und Indoktrination, das Verlangen eines Großteils der deutschen Bevölkerung nach Ablenkung und Trost vom eigenen Schicksal. Hinzu kam, dass die frühen CDU-Mitglieder diese Veranstaltungen, vor allem in der Zeit zwischen der Gründung

⁷⁵⁷ Eine zu Ostern und im August für zwei Wochen stattfindende Volkskirmes.

der Partei und der Genehmigung durch die Militärbehörden, nutzten, um neue Kontakte zu knüpfen bzw. alte Verbindungen zu Totgeglaubten und zu vom Sehen her Bekannten wieder aufleben zu lassen. Da jedoch diese wenigen Veranstaltungen und die sich daraus nur vereinzelt ergebenden Kontakte zu anderen Menschen bzw. ins benachbarte Ausland den Drang der bürgerlichen Elite Aachens, über die Grenzen hinwegzuschauen, nicht zu stillen vermochte, war man auf der Suche nach einer kulturellen Beschäftigung, die dem Drang der Zeit vor allem in politischer Hinsicht besser Rechnung tragen konnte als Theater-, Musik- und Filmvorführungen. Zeitlich befand man sich in der zweiten Hälfte der 40er Jahre. Die ehemaligen Kriegsverbündeten hatten sich heillos über die zukünftige Entwicklung Europas zerstritten und die Bemühungen, eine für alle Seiten befriedigende Friedensordnung in Europa zu schaffen, waren gescheitert. In dieser Situation war die Notwendigkeit neuer europapolitischer Aktivitäten offenkundig. Man war sich vor allem in einer Stadt wie Aachen, die sich durch ihre Grenznähe auszeichnet, bewusst, dass ein friedvolle Zukunft ohne eine europäische Einigung nur schwer zu realisieren sein würde.

Hier nahm sich Dr. Kurt Pfeiffer, eines der CDU-Gründungsmitglieder, dieses Problems an und gründete den Aachener Lesekreis „Corona Legentium Aquensis“, mit dem Ziel, in der alten Kaiserstadt für eine europäische Einigung zu werben und einen kulturellen Ausgleich auf höherem Niveau zu schaffen. Zusammen mit seinem Sohn Dr. Jost Pfeiffer (*1920), dem Jesuitenpater und Vorsitzenden der Katholischen Presse Deutschlands Dr. Johansen-Kron, dem Aachener Hautarzt Dr. Cappelmann, dem Tuchfabrikanten Schwapp dem Museumsdirektor Küttgens und dem Sohn des Dombaummeisters Buchkremer bildete sich ein kleiner elitärer Kreis zu diesem Zwecke. Ab diesem Zeitpunkt wurden dann, durch die weit reichenden Kontakte Pfeiffers, alle vier Wochen qualifizierte Persönlichkeiten der unterschiedlichsten Ausrichtungen nach Aachen geholt, um zu einem ausgewählten Kreis von ca. 300 Personen zu sprechen. *„Zu diesen Vorträgen wurde immer ein gewisses Publikum, das man*

einigermaßen als intellektuell bezeichnen konnte, eingeladen"⁷⁵⁸, erinnert sich Dr. Jost Pfeiffer, der Sohn des Initiators, an die auf der Einladungsliste stehenden Personen. Als Redner nahmen auf diesen Veranstaltungen unter anderem die Philosophen Heidegger und Adorno, die Physiker Heisenberg und Pascal Jordan sowie der Schriftsteller Dr. Bergengruen teil. Diese Vortragsreihe fand zuerst im Vortragssaal des Suermondt-Museums und später im Foyer des Aachener Quellenhofs statt. Bezüglich der Finanzierung dieser Veranstaltungen sagte Sohn des Initiators: *„[...] das war damals keine große Sache, für die Redner war die zu zahlende Geldsumme relativ gering. [...] Diese legten mehr Wert darauf, einmal ein anständiges Zimmer zu haben, wo sie sich hinlegen konnten und mal etwas ordentliches zu Essen bekamen.“*⁷⁵⁹

Im Anschluss an diese Veranstaltungen, so erinnert sich Dr. Jost Pfeiffer, der Sohn des Gründers von „Corona Legentium A-quensis“, gab es nächtelange Diskussionen darüber, wie man Aachen als Grenzstadt wieder aufbauen könne. *„Mein Vater hatte damals unter unserem Geschäftshaus im Keller ein paar Flaschen Wein gerettet und abends gab es dann noch eine Flasche Wein [...], das wurde sehr geschätzt.“*⁷⁶⁰

Das Ergebnis der Diskussionsrunden, die im Hause der Familie Pfeiffer stattfanden, war, dass man die Nähe Aachens zu Belgien und den Niederlanden und damit zum europäischen Ausland nutzen wollte. Dr. Pfeiffer fasste dies wie folgt zusammen: *„Jeder, der damals klar denken konnte, wußte: so geht es nicht weiter, wir müssen zu einem größeren Verband kommen, die Gegensätze müssen ausgeglichen werden.“*⁷⁶¹

Die Diskussionen in diesem Kreis stellten Dr. Pfeiffer vor die Frage, ob es langfristig ausreichend würde, neue Gedanken und Ideen in kleinen Zirkeln zu diskutieren, oder ob es angebracht

⁷⁵⁸ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁷⁵⁹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁷⁶⁰ Ebenda.

⁷⁶¹ Ebenda.

sei, das als bedrohlich empfundene Zeitgeschehen in Europa auch öffentlich wirksam zu diskutieren. Da sich Pfeiffer auch im Kreise der neu entstandenen Christlich-Demokratischen Partei in Personen wie Dr. Albert Maas sicher war, regte er am 19. Dezember 1949 in einer Rede vor „*Corona Legentium Aquensis*“ an, einen Aachener Preis für die Verdienste um die westeuropäische Verständigung, den Weltfrieden und die Humanität ins Leben zu rufen.⁷⁶² Nach Pfeiffers Auffassung gefährdete zum einen der sowjetische Machtzuwachs in Europa die westliche Kultur und zum anderen mangelte es an Fortschritten bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten als Grundlage eines wirksamen Integrationsprozesses. Aus dieser Situation gebe es nur den Ausweg in Form eines Zusammenschlusses. Nur so könne die europäische Idee mit größerer Gewalt wirksam werden.⁷⁶³ Pfeiffers Idee, den Karlspreis zu stiften, fand sowohl bei der Presse als auch bei wichtigen Aachener Persönlichkeiten wie Dr. Albert Maas, dem das Vorhaben durch Dr. Jost Pfeiffer mitgeteilt wurde,⁷⁶⁴ einen positiven Widerhall.

6.3 Gründung des Internationalen Karlspreises zu Aachen

Nach eingehenden Beratungen im Kreise des Vereins „*Corona Legentium Aquensis*“ schuf man den „Internationalen Karlspreis der Stadt Aachen“, mit der Intention, diesen an Persönlichkeiten zu verleihen, die sich um Freiheit, Menschlichkeit und Frieden sowie um die „*vereinigten Staaten von Europa*“ verdient gemacht haben. Die seit 1949 bestehende Gesellschaft zur Verleihung des Internationalen Karlspreises wurde 1987 als Verein eingetragen. Zweck der Stiftung bzw. später des Vereins sollte es sein „*die internationale Verständigung und Zusammenarbeit zu ermutigen, hierdurch die Gründung eines europäischen Bundesstaates, der Vereinigten Staaten von Europa zu fördern, in diesem Bundesstaat den geistigen und wirtschaftlichen Austausch zu pflegen und hierdurch den Zielen der Humanität und*

⁷⁶² Vgl. www.karlspreis.de/geschichte/geschichte49.html (22.10.2003) (Künftig zitiert: Homepage Karlspreis, a. a. O.).

⁷⁶³ Schulz, Sabine: Der Aachener Karlspreis, Aachen 1998, S. 82. (Künftig zitiert: Schulz: Karlspreis, a. a. O., S.).

⁷⁶⁴ Vgl. Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 81.

des Weltfriedens zu dienen."⁷⁶⁵ Über diese Stiftung schrieb Maas später in seinen Memoiren: „Es ist eine im Interesse Europas, des deutschen Volkes und nicht zuletzt der Stadt Aachen gegründete Vereinigung freier Bürger der Stadt, die vollkommen unabhängig durch die jährliche Preisverleihung die Idee der Vereinigung Europas voranbringen.“⁷⁶⁶ Zur Förderung beziehungsweise Auszeichnung derartiger Verdienste war in den Augen der Gründer keine Stadt besser geeignet als Aachen. In diesem Preis sahen seine Gründer die Möglichkeit, an die europäische Vergangenheit der Stadt anzuknüpfen, die einstmals Hauptstadt des ersten europäischen Reiches unter Karl dem Großen, dem katholischen Europa gewesen war. Karl der Große hatte am Ende des 8. Jahrhunderts Aachen zu seiner Lieblingspfalz auserkoren und Gelehrte aus ganz Europa an seinem Hof um sich versammelt. Diese gaben ihm Impulse für jene das ganze Reich erfassenden Bemühungen zur Bewahrung des antiken Bildungsgutes, der christlichen Traditionen sowie zur Pflege von Wissenschaft und Literatur. Des Weiteren war Aachen durch die alle sieben Jahre stattfindenden Heiligtumsfahrten bekannt, es war wiederholt Gastgeber wichtiger Friedenskongresse und war lange Zeit das Fürstenbad der europäischen herrschenden Schicht.⁷⁶⁷ Mit der Bezeichnung „Karlspreis“ war seinen Namensgebern ein Brückenschlag zwischen europäischer Vergangenheit und Zukunft gelungen. Zudem hatte man die Idee des christlichen Abendlandes in die Gründung der Auszeichnung mit aufgenommen, und zwar in doppelter Hinsicht: Einerseits rückblickend auf das karolingische Reich, welches als Sinnbild für die Einheit von Grundwerten und Regeln wie die der Sprache, Währung, Verwaltung, Religion, Kultur und Gesetzen stand. Andererseits fungierte die Idee des christlichen Abendlandes als Leitgedanke für die künftige politische und wirtschaftliche Einigung Europas.⁷⁶⁸ Aus diesen Gründen waren die Gründungsväter des Karlspreises der

⁷⁶⁵ Homepage Karlspreis, a. a. O., S. 1.

⁷⁶⁶ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 85.

⁷⁶⁷ Vgl. hierzu: Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen e. V. (Hrsg.): 50 Jahre Internationaler Karlspreis zu Aachen 1950-2000. Die Auszeichnung für die Verdienste um die Europäische Einigung. Geschichte des Aachener Bürgerpreises, Aachen 2000.

⁷⁶⁸ Vgl. Homepage Karlspreis, a. a. O., S.1.

Ansicht, dass keine andere Stadt einen besseren europäischen Ruf als Aachen hatte, um einen derartigen Preis zu vergeben.⁷⁶⁹

Der Initiator des Karlspreises, der sich im Herbst 1944 selbst am Wiederaufbau der Stadt beteiligt hatte und dessen gesellschaftspolitisches Engagement allzeit von dem Wunsch bestimmt war, eine neuerliche militärische Auseinandersetzung in Europa durch die Einigung des alten Kontinents unmöglich zu machen, formulierte die Idee und die Zielsetzung des „Internationalen Karlspreises zu Aachen“ wie folgt: *„Der Karlspreis wirkt in die Zukunft, er birgt gleichsam eine Verpflichtung in sich, eine Verpflichtung von höchstem ethischem Gehalt. Er zielt auf freiwilligen Zusammenschluß der europäischen Völker, um in neu gewonnener Stärke die höchsten irdischen Güter - Freiheit, Menschlichkeit und Frieden zu verteidigen, den unterdrückten und Not leidenden Völkern wirksam zu helfen und die Zukunft der Kinder und Enkel zu sichern.“*⁷⁷⁰

Der Preis, der jährlich vom Oberbürgermeister der Stadt verliehen werden sollte, bestand aus einer Plakette mit dem Bildnis Karls des Großen, einer entsprechenden Widmung, einer gemalten Urkunde mit dem Verleihtext sowie einem Geldbetrag von 5.000 DM, der durch freiwillige Spenden eines begrenzten Freundeskreises aufgebracht wurde. In Bezug auf den Geldbetrag, mit dem der Preis dotiert war, sagte ein Zeitzeuge: *„Das Geld ist weniger wichtig als die geistige Haltung.“*⁷⁷¹

Die Jury setzte sich gemäß der Satzung aus 12 Mitgliedern zusammen. Zu diesen mussten der jeweilige Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor der Stadt Aachen, der Bischof sowie der Rektor der RWTH sowie zwei außerdeutsche Bürger der Stadt Aachen gehören; letztere waren bei der Gründung des Karlspreises Vertreter der britischen Militärregierung. Weitere sechs Mitglieder sollten laut Satzung aus dem geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben der Stadt gewählt werden. Das erste

⁷⁶⁹ Vgl. Schulz: Karlspreis, a. a. O., S. 82.

⁷⁷⁰ Homepage Karlspreis, S.1.

⁷⁷¹ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

Karlspreisdirektorium im Jahre 1949 setzte sich aus folgenden Personen zusammen: dem Bischof Dr. Johannes van der Velden, Professor Dr. Wilhelm Müller als Rektor der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, Albert Servais als Oberstadtdirektor, Dr. Albert Maas als Oberbürgermeister, dem Luxemburger Generaldirektor Schrader von den vereinigten Glaswerken, dem Holländer Direktor Carel Niewenhysen von den Philipswerken, Dr. Kurt Pfeiffer, den Hochschulprofessoren Dr. Peter Mennicken und Dr. Franz Kraus, dem Fabrikanten Erasmus Schlapp als Vorsitzenden der Europa-Union sowie dem Handelskammerpräsidenten Hermann Heusch und dem Bürgermeister Ludwig Kuhn.

Die Auswahl der Preisträger sollte einen zeitgemäßen Impuls im Prozess der europäischen Integration darstellen. Hierzu heißt es bei Maas *„Das Direktorium muß darauf achten, daß die Preisträger vollkommen objektiv nach ihrer Leistung für die Verwirklichung der europäischen Einigungsidee ohne jede Rücksicht auf parteipolitische oder sonstige Rücksichten ausgewählt werden.“*⁷⁷² Die Verleihung sollte ausschließlich an Persönlichkeiten oder Gremien erfolgen, die sich durch hervorragende Leistungen in politischer, wirtschaftlicher oder geistiger Beziehung für die Einheit Europas und den Zusammenschluss seiner Staaten auszeichneten. Unter diesen Vorsätzen erfolgte die erste Karlspreisverleihung an den Begründer der Paneuropabewegung Richard Graf Coudenhove Kalergi für sein Lebenswerk. Die Verleihung fand am 18. Mai 1950, am Tag von Christi Himmelfahrt, statt, an dem der Preis ab dann jährlich verliehen werden sollte, und rief eine große positive Resonanz bei der Bevölkerung wie auch in der Presse hervor. *„Wir sind nicht nur die deutschen Bösewichte, die das ganze Unheil angestiftet haben, sondern wir sind ein Teil des großen Ganzen“*, erinnert sich ein Zeitzeuge an die weit verbreitete Stimmung nach der ersten Verleihung.⁷⁷³ Auch bei den geladenen Gästen wurde geäußert, dass *„Europa von Aachen ausgehend aus einem Schlachtfeld*

⁷⁷² Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 85.

⁷⁷³ Vgl. mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

periodischer Weltkriege in ein friedlicheres und blühendes Weltreich freier Menschen gewandelt werden sollte"⁷⁷⁴, formulierte beispielsweise der Honorarkonsul der Republik Ungarn Hugo Cadenbach seine Eindrücke von der Verleihung, und Dr. Konrad Adenauer schrieb später an Maas *„Der Besuch in Aachen wurde zu einer eindrucksvollen Kundgebung deutschen Willens zur Schaffung eines neuen gemeinsamen Europas.“*⁷⁷⁵ Das Karlspreisdirektorium fühlte sich dadurch in seiner Arbeit bestätigt und nahm dies als weiteren Ansporn an. Dr. Albert Maas erinnerte sich später an die erhebende und in der Öffentlichkeit großes Ansehen genießende Feier: *„[...] Bundes- und Landesregierung waren vertreten und eine große Zahl angesehener Gäste aus dem In- und Auslande erschienen.“*⁷⁷⁶ Der Preisträger selbst bezeichnete die Stiftung des Preises als eine kühne Initiative der Stadt Aachen und ihrer Bürger, die damit eine Brücke über elf Jahrhunderte geschlagen haben.

Zwei Jahre später, 1952, war bereits ein Großteil der internationalen Aufmerksamkeit auf die Auszeichnung des italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi gerichtet.

Die Auszeichnung eines führenden Politikers, der sich für die Einigung Europas einsetzte, entwickelte sich seitdem zu einem Muster, dem das Karlspreisdirektorium weitgehend treu blieb. Die Gründe dafür waren und sind zum einen die staatlichen Repräsentanten, Minister und Regierungschefs, die durch ihre Ämter bis heute über einen nachhaltigen Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess verfügen und die zum anderen durch die Karlspreisverleihung bestärkt werden, diese zu nutzen. Dabei bleibt offen, ob die Auszeichnung nun als europapolitische Mahnung, als Ermunterung oder als Anerkennung für vollbrachte Leistungen vergeben wurde. Heute ist der Internationale Karlspreis zu Aachen der älteste und bekannteste Preis, mit dem Persönlichkeiten oder Institutionen ausgezeichnet werden, und damit ist Pfeiffers Bemühen, Einfluss auf das politische Ge-

⁷⁷⁴ CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 21.

⁷⁷⁵ Korrespondenz Dr. Adenauer/Dr. Maas; vgl. Maas, M Bd. II, S.82.

⁷⁷⁶ Ebenda, S. 83.

schehen in Europa zu gewinnen, um bei der friedlichen Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken, realisiert worden

6.4 Verbindungen ins Ausland

In Bezug auf die Entstehung des Internationalen Karlspreises und aufgrund der Grenzlage Aachens stellt sich die Frage nach den Beziehungen Aachens zu seinen westlichen Nachbarn, zu Belgien und den Niederlanden. Wenn man sich mit den deutschen Auslandsbeziehungen der ersten Nachkriegsjahre beschäftigt, muss man sich fragen, wie die politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Nachbarstaaten aussahen. Waren diese durch Forderungen oder die Tendenz zur Zusammenarbeit geprägt? Daneben dürfen in einer Grenzregion wie Aachen das Verhältnis der Bevölkerungen untereinander und die vorhandenen Bilder des jeweils anderen nicht außer Acht gelassen werden. Es muss versucht werden, darzustellen, ob neben den wahrscheinlich vorhandenen Ressentiments Platz für einen nachbarschaftlichen Wiederaufbau und, mit Fokus auf das Thema dieser Arbeit, für eine grenzüberschreitende parteipolitische Arbeit vorhanden war.

Im Allgemeinen kann man für die Zeit unmittelbar nach der Kapitulation des Deutschen Reiches nicht von Auslandsbeziehungen sprechen. Das Deutsche Reich stand unter dem Oberbefehl der vier Großmächte Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich und hatte keine eigenständige Politik. Die diplomatischen Beziehungen bzw. die Kontakte zu den europäischen Nachbarn mussten neu aufgebaut werden. Wie diese aussahen, soll im Folgenden exemplarisch für die an Aachen angrenzenden Niederlande und Belgien gezeigt werden.

6.4.1 Beziehungen zu den Niederlanden

Das Verhältnis zwischen Deutschland und den Niederlanden, den beiden „ungleichen Nachbarn“ in den ersten Jahren nach 1945, kann als spannungsreich und vonseiten der Niederlande als „an-

„antideutsch“⁷⁷⁷ bezeichnet werden. Zu den Spannungen, die sich aus den ambivalenten Gefühlen eines kleinen Landes gegenüber seinem größeren und mächtigeren Nachbarn⁷⁷⁸ ergeben, kamen die Erfahrungen der deutschen Besatzung in den Jahren 1940-1945 hinzu. Dies hatte zur Folge, dass es in der Nachkriegszeit zu einer Normalisierung der deutsch-niederländischen Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten kam. Die niederländische Regierung trat bei Kriegsende für eine gemäßigte alliierte Politik, verbunden mit der Ausschaltung des deutschen Militarismus, der Bestrafung der NS-Verbrechen sowie einer teilweisen Ersetzung der Kriegsschäden, gegenüber Deutschland ein. Hierbei wurde betont, dass man die Fehler von 1918 nicht wiederholen dürfe, sondern eine Aufnahme Deutschlands in die normalen Beziehungen der internationalen Gemeinschaft und nach einer Übergangszeit auch die Zuerkennung einer gleichberechtigten deutschen Stellung anstreben müsse. Man war sich bewusst, dass es innerhalb der niederländischen Bevölkerung eine antideutsche Stimmung geben werde, die jedoch nicht in Rachemaßnahmen gegen das deutsche Volk als Ganzes sowie in Vorstellungen einer Kollektivschuld münden dürfe. Dennoch war die Stimmung am Ende des Krieges und nach der Befreiung der Niederlande im Mai 1945 nach fünfjähriger Besatzung, Erniedrigung und Terror, ungefähr 250.000 Toten und einem geschätzten finanziellen Schaden von 25,75 Milliarden Gulden beinahe einstimmig „antideutsch“. Die Bestrafung Deutschlands und der Deutschen, große Schadensersatzforderungen, Annektierung deutscher Gebiete, Ausweisung aller Deutschen aus den Niederlanden und die Abschaffung des Deutschunterrichts waren die Forderungen der Niederländer und entsprachen dem allgemeinen Klima der ersten Nachkriegsjahre. Gleichzeitig war sich die niederländische Führung darüber im Klaren, dass eine schwere wirtschaftliche Bestrafung Deutschlands nicht im niederländischen Interesse lag und dass die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen der Vorkriegszeit unver-

⁷⁷⁷ Vgl.: Wielenga, Friso: West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955, Den Haag 1989, S. 34.

⁷⁷⁸ Vgl. hierzu: Wahl, Jürgen: Deutsch-Niederländische Beziehungen, in: Politische Studien, Sonderheft 2/98, 49. Jg., 1998, S. 26-30, hier: S. 26.

zichtbar für den niederländischen Wiederaufbau sei.⁷⁷⁹ Nach der niederländischen Handelsmentalität ist „Ein Geschäft ein Geschäft, auch wenn der Teufel der Partner ist“, und so hoffte man, einen Rahmen zu schaffen, in dem eine „gesunde Wirtschaft der Deutschen sozusagen ungefährlich blühen konnte“.⁷⁸⁰ Auf der Grundlage dieser Elemente und vor dem Hintergrund, dass die Niederlande als kleiner alliierter Partner kaum Einfluss auf die Politik der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs ausüben konnten, die als Besatzungsmächte die oberste Autorität in Deutschland bildeten, ließ sich kaum eine konsistente Deutschlandpolitik formulieren. Um gegenüber dem Kreis der Großmächte mehr Einfluss ausüben zu können, schlossen sich die Niederlande mit Belgien und Luxemburg zum Benelux-Verbund zusammen und stellten mit dem Blick auf Deutschland wiederholt finanzielle und ökonomische Forderungen. Zudem sollte die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zu einem Eckpfeiler der Nachkriegspolitik werden, und mit dem Eintreten für den deutschen Wiederaufbau in diesem Gebiet steuerte man in dieselbe Richtung wie die Amerikaner und Briten. Neben den wirtschaftlichen Plänen existierten zum Teil inhumane politische Vorhaben, wie der Plan, alle in den Niederlanden wohnenden Deutschen des Landes zu verweisen. Die Deutschen, die den Besatzungsbehörden angehört hatten, waren größtenteils weggegangen, interniert oder warteten auf ihren Prozess. Nun sollte jedoch auch die pauschale Ausweisung der schätzungsweise 25.000 Deutschen erfolgen, die seit Langem in den Niederlanden wohnten und nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt hatten oder sogar in den dreißiger Jahren vor den Nationalsozialisten hierher geflüchtet waren. In dieser Phase, in der man die Deutschen vom niederländischen Grund und Boden entfernen wollte, plädierte man auch für eine starke Reduzierung bzw. Abschaffung des

⁷⁷⁹ Vgl. hierzu: Schwarz, Siegfried: Wechselvolles deutsch-niederländisches Verhältnis, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 4/2001, S. 906-907, hier: S. 906.

⁷⁸⁰ Wielenga, Friso: Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000, S. 25 (Künftig zitiert: Wielenga: Vom Feind zum Partner, a. a. O., S.).

Deutschunterrichts.⁷⁸¹ Diesen Plänen stand die niederländische Annexionspolitik kontrovers gegenüber. Während man einerseits die Ausweisung tausender Deutscher forderte, hätte andererseits die Umsetzung der niederländischen Annexionswünsche⁷⁸² zur Einbürgerung von ca. 119.000 „neuen Deutschen“ in die Niederlande geführt. Diese verschiedenartigen Bestrebungen in Bezug auf Deutschland führten auch innerhalb des niederländischen Parlaments zu Meinungsverschiedenheiten. Während die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PdA) es als wichtiger erachtete, die niederländische Deutschlandpolitik auf den Aufbau eines demokratischen und wirtschaftlichen gesunden Deutschlands und die Einbindung in den Wiederaufbau Europas zu richten und die Fragen der Grenzkorrekturen an der Ostgrenze hinten anzustellen, plädierte die KVP für sofortige Grenzkorrekturen und brachte ihre Verärgerung über die deutschen Versuche, die Grenzkorrekturen zu verhindern⁷⁸³, zum Ausdruck. Auf politischer Ebene war das niederländisch-deutsche Verhältnis der ersten Nachkriegsjahre bis Anfang 1947⁷⁸⁴ durch eine Kombination von Zielen und Interessen in einer unzusammenhängenden Liste von Wünschen und Absichten gekennzeichnet, die eine kohärente

⁷⁸¹ Die Bestrebungen des Kultusministers G. Bolkestein bestanden darin, Deutsch als Pflichtfach abzuschaffen und es nur als freiwilliges Wahlfach fortbestehen zu lassen. Dadurch sollte es in der Praxis zu einem Verlust des Deutschunterrichts um 20-30% im Vergleich zur Vorkriegszeit kommen.

⁷⁸² Im September 1945 gab es Bestrebungen des Außenministers van Kleffens, die Niederlande um ein Drittel zu vergrößern, was auf rund 10.000 km² mit anderthalb Millionen deutschen Einwohnern hinausgelaufen wäre. Im Sommer 1946 war davon in der ersten offiziellen Regierungsverlautbarung ungefähr die Hälfte übrig geblieben (4980 km², ca. 550.000 Deutsche). Anschließend wurde im Herbst 1946 dem Kreis der Großen Vier eine Forderung von 1750 km² mit ca. 119.000 deutschen Bewohnern präsentiert. An dieser Forderung hielten die Niederlande in den folgenden Jahren fest. 1949, mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, gingen 135 km² mit ca. 13.500 Deutschen an die Benelux-Staaten. Die Niederlande erhielten mit 69 km² und 10.000 Deutschen den Löwenanteil.

⁷⁸³ Hierbei ist vor allem der Besuch des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold gemeint, der am Vorabend der Debatte über die Grenzkorrektur in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments erschienen war, um Parlament und Regierung von der Ungerechtigkeit des niederländischen Vorhabens zu überzeugen. Dieser Versuch, der auf deutscher Seite als „Verständigungswillen“ gewertet worden war, war nach niederländischer Ansicht ein Zeichen für die „Unbußfertigkeit“ der Deutschen.

⁷⁸⁴ Erst mit dem Bruch zwischen Ost und West über das Europäische Wiederaufbauprogramm begann für die Niederlande ein neuer außenpolitischer Kurs, der von wirtschaftlichem Wiederaufbau, Sicherheit und politischer Zusammenarbeit im westeuropäischen und atlantischen Rahmen gekennzeichnet war.

Deutschlandpolitik unmöglich machten.⁷⁸⁵ Dies hatte zur Folge, dass ein Ausgleichsvertrag, wie er mit Belgien bereits 1956 geschlossen wurde, mit den Niederlanden erst 1960 zustande kam.⁷⁸⁶ Neben der politischen Ebene ist der Kontakt mit den Landesnachbarn bzw. das Bild des Anderen in einer Grenzregion wie Aachen sehr wichtig, besonders für den Aufbau von Beziehungen wie den hier zu betrachtenden parteipolitischen. Vielfach wird die deutsch-niederländische Grenze auch als historisch gewachsene politisch-kulturelle Trennlinie gesehen. In den späten vierziger Jahren ließen die Aussagen über die Deutschen und Deutschland wenig Raum für Nuancen. Es wurden Pauschalurteile gefällt, die sich aus dem Erlebten der Betroffenen ergaben, wie folgende Berichterstattung eines niederländischen Diplomaten zeigt: *„Der Deutsche ist folgsam; Gehorchen hat er seit Jahrhunderten im Blut. [...] Verstand existiert in dem Land in großem Ausmaß, gesunder Menschenverstand ist dagegen noch immer in short supply. Außerdem ist der durchschnittliche Deutsche weder ausgeglichen noch mäßig. Das Ergebnis ist ein labiler Mensch, gefügig und ehrerbietig, wenn die Machtverhältnisse dazu einen Anlaß geben, aber andererseits leicht zum Hochmut geneigt und mit der unangenehmen Veranlagung, sich selbst aufzuspielen.“*⁷⁸⁷ Der Schatten der Besatzungszeit und der deutsche Charakter, den die Niederlande zwischen 1940 und 1945 kennen gelernt hatten, war ständig präsent. Zudem wurde die niederländische Erwartungshaltung *„Wer gesündigt hat, muss öffentlich bereuen.“*⁷⁸⁸ Erst dann ist Vergebung möglich“, aufgrund des geringen deutschen Schuldbewusstseins enttäuscht. Eine solche Erwartungshaltung war in den Niederlanden, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts keine fremden Truppen mehr auf ihrem Territorium erlebt hatten, stärker ausgeprägt als etwa in Belgien. Zudem schenkte die niederländische Presse Deutschland

⁷⁸⁵ Schönwald, Matthias: *New Friends - Difficult Friendships: Germany and its Western Neighbours in Postwar Era*, in: *Contemporary European History*, II 2 (2002), S. 317-332, hier: S. 323f.

⁷⁸⁶ Vgl. hierzu: Mensing, Hans-Peter: *Konrad Adenauer und die Benelux-Staaten*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, Bd. 15, 2004, S. 47-63, hier: S. 61 (Künftig zitiert Adenauer und die Benelux, a. a. O., S.).

⁷⁸⁷ Botschafter van Vredenburg zitiert nach: Wielenga: *Vom Feind zum Partner*, a. a. O., S. 303.

⁷⁸⁸ Niederländischer Historiker von der Dunk zitiert nach: Wielenga: *Vom Feind zum Partner*, a. a. O., S. 309.

wenig Aufmerksamkeit, abgesehen von Ereignissen, die dazu geeignet waren, alte Wunden aufzureißen und die gerne als Sensation im Verbund mit Hassausbrüchen gebracht wurden. Auf deutscher Seite standen für die Mehrheit der Bevölkerung die eigenen Erinnerungen an den Krieg im Vordergrund. Bombardierungen, Fronterfahrungen, Niederlage, Besatzungen sowie Flucht und Vertreibung. Nur eine kleine Minderheit sprach über Schuld und Verantwortung; das Interesse für die Folgen des Zweiten Weltkriegs in den anderen Ländern war gering. Auch auf deutscher Seite herrschten Pauschalurteile vor: Man sah in den Niederländern Bauern - „*langsam in ihren Reaktionen und Verhalten in ihren Emotionen. Sie vergessen ebenso langsam wie sie denken*“, wie Karl Du Mont, der damalige Generalkonsul der Niederlande, später einmal schrieb.⁷⁸⁹ Somit blickten hier zwei Völker aus wenig differenzierten Perspektiven aufeinander, von denen das eine (das niederländische) nicht vergessen konnte, was das andere ihm angetan hatte und die Anerkennung des erlittenen Unrechts erwartete. Das andere (also das deutsche) Volk sah darin antideutsche Starrheit und war nur geringfügig in der Lage, das niederländische Kriegstrauma⁷⁹⁰ zu verstehen. Dennoch muss beachtet werden, dass es auch abweichende Deutschlandbilder gab und dass diese vielfach von jenen Menschen vertreten wurden, die selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen waren und in Gefängnissen und Konzentrationslagern Deutsche getroffen hatten, die bereits jahrelang einsaßen. Deshalb konnte für diese Menschen nach 1945 von Kollektivschuld keine Rede sein und sie nahmen relativ schnell Kontakt zu den deutschen Gegnern des Nationalsozialismus auf. Neben diesen Kontakten entstanden auch Verbindungen über ehemalige deutsche Flüchtlinge, die in den 30er Jahren in die Niederlande gekommen waren, sowie über die katholische und protestantische Kirche und zum Teil über Parteien, die ihre Verbindungen aus der Vorkriegszeit wieder aufleben ließen. Man kann also behaupten, dass die ersten Nachkriegskontakte entlang „versäulter Linien“ zustande

⁷⁸⁹ Vgl. Wielenga: Vom Feind zum Partner, a. a. O., S. 306. Vgl. Mensing: Adenauer die Benelux-Staaten, a. a. O., S. 57.

⁷⁹⁰ Vgl. hierzu: Withuis, Jolande: Das Kriegstrauma in den Niederlanden, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, Bd. 15, 2004, S. 153-161.

kamen. Das schloss Kritik an den Deutschen oder Spannungen im Umgang mit den Deutschen keineswegs aus. Wichtig jedoch war, dass es durch solche Kontakte zu religiös oder politisch Gleichgesinnten zu einer ersten Differenzierung der antideutschen Gefühle und zu mehr Verständnis für die niederländische Situation auf deutscher Seite kommen konnte. In Bezug auf die politischen Verbindungen muss jedoch erwähnt werden, dass die Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen nur wenig Einfluss auf das vorherrschende Bild von den Deutschen hatte. Man sah in den Ergebnissen höchstens ein gutes Omen und „*Es beweist uns [...], daß die unmittelbar nach dem Krieg unternommenen Versuche zur Umerziehung des deutschen Volkes nicht vergeblich gewesen sind*“, wie eine niederländische Zeitung schrieb.⁷⁹¹ Von einem wirklich tief in der niederländischen Gesellschaft verankerten Vertrauen in die deutsche Demokratie konnte jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede sein. Zudem muss bei der Betrachtung der niederländisch-deutschen Beziehungen der Nachkriegszeit der regionale Gesichtspunkt beachtet werden. Während es in Städten wie Amsterdam, das eine hohe Zahl an deportierten Juden zu beklagen hatte, in intellektuellen und kunst-sinnigen Kreisen noch lange Jahre ein starkes „anti-deutsches“ Gefühl gab, entspannte sich in Grenzregionen, in denen kulturelle, landschaftliche und sprachliche Unterschiede geringer waren und Kontakte in der Vergangenheit selbstverständlich gewesen waren, das Verhältnis schneller.

Für Aachen und die Christlich-Demokratische Union lässt sich festhalten, dass es hier nur vereinzelt Kontakte zu den niederländischen Nachbarn gegeben hat. Die Niederländer waren lange nicht bereit, Beziehungen aufzubauen⁷⁹², und wenn, dann bestanden diese meist auf privater Ebene zwischen aufgeschlossenen Niederländern und Aachener Vertretern des „anderen Deutschland“ und waren, wie bereits dargestellt, auf langjährige Beziehungen in der Vorkriegszeit sowie auf kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeiten zurückzuführen. Eine dieser Aus-

⁷⁹¹ De Volkskrant zitiert nach Wielenga: Vom Feind zum Partner, a. a. O., S. 317.

⁷⁹² Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

nahmen war der Bürgermeister von Maastricht, Baron von Kessenich, der später Ehrenbürger der Stadt Aachen wurde. Zudem entstanden Verbindungen über kirchliche Organisationen und im Bereich des Sports. Hingegen gab es vonseiten der CDU, anders als bei den Parteien, die bereits vor 1933 bestanden hatten, in der hier untersuchten Phase keine Verbindungen in die Niederlande. Dies könnte zum einen dadurch begründet sein, dass es zu dieser Zeit im Parteienspektrum der Niederlande noch kein interkonfessionelles Pendant gab. Die „Christen Demokratisch Appèl“ (CDA)⁷⁹³, das niederländische Gegenstück zur CDU, wurde erst 1980 gegründet. Als während und kurz nach dem Krieg überall in Westeuropa interkonfessionelle Parteien entstanden, die sich Christdemokraten nannten, waren die Niederlande eine Ausnahme. Hier wurden die konfessionellen Parteien aus der Vorkriegszeit unverändert wiederhergestellt.⁷⁹⁴ Dies galt für die zwei protestantisch-christlichen Parteien, die „Antirevolutionaire Partij“ (ARP)⁷⁹⁵ und die „Christelijk-Historische Unie“ (CHU)⁷⁹⁶, ebenso wie für die im November gegründete „katholische Volkspartij“ (KVP).⁷⁹⁷ Versuche, eine Einheitspartei zu gründen, wurden unter dem Druck des Wählerrückgangs erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ernst genommen. Zum anderen mögen die fehlenden Beziehungen der CDU zu den Niederlanden auf ein relativ geringes Interesse an Kontakten zu

⁷⁹³ Vgl. hierzu: Wever, T.: *De Groei naar het CDA. Momenten en impressies uit dertien bwogen jaren*, Groningen 1980.

⁷⁹⁴ Vgl. hierzu: Bosscher, D.F.J.: „Waar is deze strijd om gestreden?“ *De Nederlands politieke partijen en den Nieuwe Democratie rond 1945*, in: Koole, R.A.: *Van Bastille tot Binnenhof: de Franse Revolutie en haar invloed op de Nederlandse politieke partijen*, Groningen 1989, S. 94-108.

⁷⁹⁵ Ein wichtiger Impuls zur Parteienbildung in den Niederlanden war 1878/79 die Gründung der *antirevolutionaire partij* (ARP) des *geformeerden* Predigers Abraham Kuyper, der nicht mehr glaubte, dass der Calvinismus weiterhin der ganzen Gesellschaft den Stempel aufdrücken könne. Seine Lösung war eine Abschottung der Rechtgläubigen, um im eigenen Milieu den eigenen Ideen treu zu bleiben. Hiermit fanden sie Zustimmung bei den Katholiken, die sich für sich selbst etwas Ähnliches wünschten.

⁷⁹⁶ In der *christelijk-historische unie* (CHU) sammelten sich später diejenigen, die weiterhin versuchten, dem ganzen Staat ein calvinistisches Gesicht zu geben. Es ist schwierig, die ARP und CHU genau voneinander abzugrenzen. Antirevolutionär und christlich-historisch waren lange Zeit Synonyme. Auch persönliche Konflikte zwischen den politischen Führern spielten eine Rolle, und da der autoritäre Kuyper viele Intellektuelle und Honoratoren abschreckte, wurde Kuyper schließlich zum Fürsprecher der „kleinen Leute“, *gereformeerden* Handwerker und Kaufleute.

⁷⁹⁷ Wie die Protestanten und Arbeiter bildeten auch die Katholiken früher eine „Säule“ der Gesellschaft. Ihre Partei nannte sich vor dem Zweiten Weltkrieg *Rooms-katholieke Staatspartij* (RKSP) und danach *Katholieke Volkspartij* (KVP).

deutschen Organisationen im Grenzgebiet zurückzuführen sein, wie sich ein Zeitzeuge an das schwierige Verhältnis zu den niederländischen Rotariern erinnert.⁷⁹⁸ Zusammenfassend lässt sich für den Boden der deutsch-niederländischen Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren auch im Aachener Raum sagen: „wenn man behutsam auf ihm läuft, dann geschieht nichts. Aber das Hochgehen einer Mine bei einem unbeachteten Schritt löst eine Kettenreaktion aus.“⁷⁹⁹

6.4.2 Beziehungen zu Belgien

Während des Zweiten Weltkriegs war Belgien, nachdem es nicht ohne erhebliche wirtschaftliche Anstrengungen versucht hatte, seine Neutralität zu wahren, über vier Jahre von deutschen Truppen besetzt. Dem völkerrechtswidrigen deutschen Überfall folgten Jahre der fortschreitenden wirtschaftlichen Ausplünderung, des immer menschenunwürdigeren Arbeitseinsatzes, zunehmende Rechtlosigkeit und allmähliche soziale Deklassierung. Dass die Benelux-Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs forderten, an der Aufteilung Deutschlands beteiligt zu werden, ist vor der „[...] dubbele ervaring - Belgie als slachtoffer van twee Duitse bezettingen in minder dan dertig jaar tijd [...]“⁸⁰⁰ erklärbar⁸⁰¹ und wurde bereits am Beispiel der Niederlande gezeigt. Auch die belgische Regierung hatte seit November 1944 ein starkes Interesse daran entwickelt, einen Sektor einzunehmen, der unmittelbar an die Ostgrenze des Königreiches angrenzte. Neben dem Vorbild der Briten, deren Territorium in unmittelbarer Nähe lag, war vor allem der Wunsch großer Teile der belgischen Bevölkerung, Deutschland für die Okkupationszeit sühnen zu lassen, ausschlaggebend.⁸⁰² Daneben hoffte man, mit der Stationierung einer kompletten Division belgischer Be-

⁷⁹⁸ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁷⁹⁹ Hermann Opitz, Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Den Haag (1954) zitiert nach: Wielenga: Vom Feind zum Partner, a. a. O., S. 321f.

⁸⁰⁰ Verbeeck, Georgi: In de spiegel van de internationale politiek. Belgie en het Duitse vraagstuk, in: Mark van den Wijngaert/Lieve Beullens: Oost West West Best. Belgie in de Koude Oorlog, Tielt 1997, S. 86-91, hier: S. 86 (Künftig zitiert: Verbeeck: Belgie en het Duitse vraagstuk, a. a. O., S.).

⁸⁰¹ Vgl. Brüll, Christoph: Reparations, Annexions ou Rectification? Le problème de la frontière belgo-allemande après la Seconde Guerre mondiale, 1945-1949, in: Cahiers d'Histoire du Temps Present, Gent 2005, S. 98.

⁸⁰² Vgl. hierzu: Pascal Delonge: Une coopération difficile: Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité à l'aube de la guerre froide, Brüssel 2000, S. 128f.

satzungstruppen im Aachener Raum die eigene Ostgrenze zu sichern und zur Lösung der belgischen Sicherheitsfrage mögliche französische Expansionsbestrebungen abzuwehren. Dies war Belgien wichtiger, als Deutschland niederzuhalten. Die britische Besatzungsmacht lehnte anfangs eine belgische Beteiligung an der Besetzung Deutschlands mit der Begründung ab, die Ausbildung der belgischen Einheiten entspräche noch nicht dem geforderten militärischen Standard. „Mit der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen im Sommer 1946 zog Großbritannien dann eine erste territoriale Grenze gegen die französischen Kontrollansprüche, was für die belgische Politik eine wesentliche Beruhigung war.“⁸⁰³ Die Territorialforderungen⁸⁰⁴ bildeten einen entscheidenden Faktor der belgischen Deutschlandpolitik in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese waren mit Gebietsverschiebungen bei Aachen-Bildchen sowie bei Straßenzügen zwischen Aachen und Monschau und Eifeldörfern mit insgesamt 4.300 Einwohnern⁸⁰⁵ bei weitem geringer als die Forderungen der Niederlande an das Deutsche Reich. Zudem forderte Belgien die Übereignung von Kraftwerken im Braunkohlerevier zwischen Aachen und Köln sowie von Wasserkraftwerken in der Eifel, die jedoch zu keiner Zeit vom britischen Foreign Office, welches letztlich über das Schicksal solcher Ansprüche entschied, ernsthaft in Erwägung gezogen wurde.⁸⁰⁶ In diesem Zusammenhang hatten die Belgier mehrmals versucht, sich an der politischen Neuordnung Deutschlands zu beteiligen. Als ihnen jedoch aufgrund des internationalen Kontextes schnell klar wurde, dass sie eine „Besatzungsmacht ohne Macht“ waren, schlug die harte Linie in politische Annäherung um.⁸⁰⁷ Zudem muss man beachten, dass der flämische Teil Belgiens bereits während des Zweiten Weltkriegs in den Deutschen weniger den Feind als den Verbün-

⁸⁰³ Lademacher, Horst: Deutschland und Belgien, in: Walter Först (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen, Köln 1987, S. 87-120, hier: S. 117 (Künftig zitiert: Lademacher: Deutschland und Belgien, a. a. O., S.).

⁸⁰⁴ Diese waren nicht so gewaltig wie die der Niederlande. Die geforderten Gebiete entsprachen einer Gesamtfläche von 30 km² und 3.850 Einwohnern. Vgl. hierzu: Pabst, Klaus: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in: ZAGV 77, 1966, S. 203-205.

⁸⁰⁵ Vgl. Lademacher: Deutschland und Belgien, a. a. O., S. 117.

⁸⁰⁶ Im April 1949 erhielt Belgien lediglich 20 km² mit 500 Einwohnern.

⁸⁰⁷ Bereits am 24.09.1956 kam ein Deutsch-Belgischer Grenz- und Entschädigungsvertrag zustande.

deten gesehen hatte⁸⁰⁸ und zwischen 1940 und 1944 zum Teil zur Kollaboration mit den Deutschen bereit gewesen war. Des Weiteren verlor man, ähnlich wie in den Niederlanden, auch in Belgien nach 1945 die grenzüberschreitende Kooperation in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen nicht aus dem Auge. Belgien suchte in den ersten Nachkriegsjahren als erstes Land die Zusammenarbeit mit Deutschland, denn man war der Ansicht, dass eine Kooperation für Belgien die beste Chance bot, Abhängigkeiten des Kleinstaates von einer Großmacht zu vermeiden. Dies zählte „[...] nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Zeit dazwischen zu den Grundlehren belgischer Außenpolitik.“⁸⁰⁹ Neben der politischen Verständigung war der Schritt zu einem „normalen“ Verhältnis für die belgische Bevölkerung weitaus schwieriger. Auch wenn die Belgier nach der Eroberung Belgiens durch die deutsche Wehrmacht weniger das Ziel von Attacken gewesen waren als die benachbarten Niederlande, bestanden auch hier, ähnlich wie in den Niederlanden, in weiten Kreisen Belgiens Ressentiments gegen Deutschland. Der spätere Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgien, Friedrich Ophüls, erklärte dies mit dem Wesen des Belgiers, der von Natur aus nachtragend sei; „das Gute wie das Böse vergesse er schwer“.⁸¹⁰ Ganz unabhängig von der Richtigkeit derartiger Einschätzungen ist festzuhalten, dass, auch wenn sich nach und nach das wachsende Vereins- und Kirchenleben dieser Ressentiments annahm und insbesondere die Erinnerung an das „andere Deutschland“ zu pflegen versuchte, innerhalb der belgischen Gesellschaft immer noch ein Reservoir latenter Vorbehalte gegenüber Deutschland vorhanden war, welches leicht wieder zum Fließen gebracht werden konnte.⁸¹¹ Trotzdem kann für diese Zeit nicht „wan een echt Duitsvijandige houding bij de Belgische bevolking“⁸¹² gesprochen werden. Zudem konnten, im Vergleich zu den Niederlanden, nach Belgien die besseren Verbindungen über

⁸⁰⁸ Die Flamen erhofften sich von den Deutschen und einem eventuellen Großniederländischen oder Großdeutschen Reich soziale und politische Aufwertung.

⁸⁰⁹ Lademacher: Deutschland und Belgien, a. a. O., S. 120.

⁸¹⁰ Friedrich Ophüls zitiert nach: Lejeune, Carlo: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925-1980. Wege zur europäischen Integration, Köln/Weimar/Wien 1992, S. 265 (Künftig zitiert: Lejeune: Deutsch-belgische Kulturbeziehungen, a. a. O., S.).

⁸¹¹ Ebenda, S. 265.

⁸¹² Verbeeck, Georgi: Belgie en het Duitse vraagstuk, a. a. O., S. 86.

Nationalsozialismus und Krieg hinweg gehalten werden und die Feindbilder konnten schneller abgebaut werden.⁸¹³

Für Aachen lässt sich festhalten, dass es neben den Kontakten zu belgischen Landwirten, die bereits aus der Zeit des Ersten Weltkriegs bestanden und die während des Nationalsozialismus und vor allem im Zweiten Weltkrieg aufgrund der schlechten Ernährungslage sehr intensiv gepflegt worden waren, vor allem mit den belgischen Ostkantonen verwandtschaftliche Beziehungen gab.⁸¹⁴ Diese Verbindungen nach Eupen, Malmedy und St. Vith, welche im Verlauf der deutsch-belgischen Geschichte mehrmals zu Deutschland gehört hatten, erleichterten nach 1945 den Aufbau bzw. das Wiedererwachen politischer Verbindungen, zum Teil auch aufgrund der noch nicht so stark ausgeprägten parteilichen Gegensätze zu politisch anders Denkenden. Obwohl das belgische Pendant zur CDU, die Parti Social Chrétien (PSC), im Sommer 1945 fast zeitgleich mit den westlichen CDU-Landesverbänden entstand, gab es im betrachteten Zeitraum im Aachener Raum keine Kontakte. Hierbei muss vor allem in Bezug auf die Parteien beachtet werden, dass es in Belgien keine nationalen Parteien, sondern eine starke regionale Trennung innerhalb des Parteienspektrums gibt. Innerhalb der traditionellen politischen Parteienfamilie haben sich die Christdemokraten nach dem Zweiten Weltkrieg in einen flämischen und einen frankofonen Teil aufgespalten. Die CVP/PSC etablierte sich 1945 bewusst als neue Partei, die die alte konfessionelle Ausrichtung ihrer Vorgängerin, der Katholischen Partei, abzulegen versuchte. Ihr nicht-konfessioneller Charakter sollte sich dadurch zeigen, dass die Partei nicht mehr nur für überzeugte Katholiken zugänglich und wählbar sein sollte⁸¹⁵, sondern auch für all diejenigen, die sich mit denen im Weihnachtsprogramm 1945⁸¹⁶

⁸¹³ Dies kann unter anderem auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zurückgeführt werden, der auch als „Weltkrieg der Geister“ gesehen wurde. Vgl. ebenda, S. 86.

⁸¹⁴ Vgl. Mensing: Adenauer und die, a. a. O., S. 53.

⁸¹⁵ Bis zu diesem Zeitpunkt war für die Mitgliedschaft in der Partei eine Mitgliedschaft in einem katholischen Verband Voraussetzung gewesen.

⁸¹⁶ Das *Programme de Noel* 1945 beruhte auf der christlich-abendländischen Grundlage, wobei besonders die soziale Komponente eine starke normative Verankerung erfuhr. Mit der Verknüpfung der Doktrin des „*personnalisme communautaire*“ wurde gleichermaßen eine Absage an den alten Kapitalismus libera-

festgelegten christlich-abendländischen Grundwerten identifizierten. Die Umformierung der Partei in ihre heutige Form zur Christlich-Sozialen Partei (CSP) geschah erst in den 1970er Jahren. Vor diesem Hintergrund muss gesehen werden, dass alle Beziehungen, die mit dem belgischen Raum aufgebaut wurden, nur die Ostkantone betrafen. In die Wallonie waren Kontakte bis in die 60er Jahre schwierig. Nach Flandern konnten, trotz der dargestellten positiven Gesinnung der Flamen gegenüber den Deutschen, in den Anfangsjahren ebenso keine Kontakte aufgebaut werden. Es ist jedoch nach der Erinnerung der Zeitzeugen denkbar, dass ab 1947 die Aachener Christdemokraten auf den Sitzungen des „Genfer Kreises“⁸¹⁷ der europäischen Christdemokraten mit den belgischen Kollegen aus dem gesamten Land in Kontakt traten.⁸¹⁸

6.5 Verbindungen zum erwachenden Vereinsleben

Wie bereits dargestellt wurde, konnten sich die Gründer der Aachener CDU mit dem wachsenden kulturellen Leben im Aachen der Nachkriegszeit wenig identifizieren. Neben dem für ihre intellektuelle Beschäftigung gegründeten Lesekreis „Corona Legentium Aquensis“ und der Kirche, wie an den Auslandsbeziehungen gezeigt wurde, gab es keine anderen Möglichkeiten, die neben den Aufbauarbeiten im privaten und parteipolitischen Bereich verbleibende Zeit auszufüllen. Aus diesem Grund ist für die Untersuchung der gesellschaftlichen Verankerung der Partei, das wachsende Vereinsleben von Interesse. Hier stellt sich die Frage, welche Vereine es bereits in den ersten Nachkriegsjahren wieder gab bzw. welche nach dem Krieg neu gegründet wurden. Außerdem ist zu untersuchen, wie die britische Militärregierung dem wachsenden Vereinsleben gegenüberstand. In-

ler Provenienz wie auch an den Marxismus ausgesprochen. Ziel sollte eine soziale Gesellschaft sein, in der sich das Individuum frei entfalten kann; vgl. Woyke, Wichard: Das politische System Belgiens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1997, S. 357-380, hier: S. 370.

⁸¹⁷ Vgl. hierzu: Gehler, Michael: Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen der westeuropäischen Christdemokraten 1947-1955, in: Michael Gehler/ Wolfram Kaiser/ Helmut Wöhnout (Hrsg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 642-694.

⁸¹⁸ Über die Teilnahme von Dr. Albert Maas an Konferenzen in der Schweiz; vgl. mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

interessant ist ferner, aus welchen Bereichen diese Vereine kamen, wie beispielsweise dem Sport oder dem gesellschaftlichen Bereich, und ob die Mitglieder der CDU auch Mitglieder in diesen Vereinen waren. Exemplarisch sollen hier die in Aachen klassisch verankerten Vereine betrachtet werden. Neben der Alemannia Aachen, die repräsentativ für die Aachener Sportvereine dargestellt wird, gilt das Interesse dem Karneval in Form des Aachener Karnevals Ausschusses (AKV) und dem Aachen-Laurensberger Rennverein (ALRV) als Veranstalter des Concours Hippique International Officiel (CHIO).

Bei der Betrachtung des Vereinslebens der ersten Nachkriegsjahre muss festgehalten werden, dass die „Schriftlosigkeit“ der Zeit natürlich auch diesen Bereich betraf und dass die Untersuchung aus diesem Grund zum größten Teil nur auf mündlichen Auskünften basieren kann. Zum Teil reichte die Quellenlage nicht aus, um beispielsweise auch den Einfluss von „Rotary Aachen“ und der „Karlsschützengilde“ in Bezug auf die genannte Fragestellung zu untersuchen.

Relativ früh, bereits zum Jahresende 1945, sind die ersten Aktivitäten der Aachener Vereine zu verzeichnen, die sich entweder wieder gründeten oder die neu entstanden. Wie im Bereich der politischen Parteien mussten auch die Vereine von der britischen Militärregierung genehmigt werden, nachdem diese ihre Statuten und entsprechende Fragebögen erstellt bzw. die Entnazifizierung in ihren eigenen Reihen vorgenommen hatten. In manchen Bereichen führte dieses Verfahren zu verzögerter oder eingeschränkter Vereinstätigkeit bzw. zum Rücktritt der Vorstände.

6.5.1 Alemannia Aachen

Seit ihrer Gründung durch Schüler im Dezember 1900 pendelte die Alemannia Aachen in der Vorkriegszeit stets zwischen der zweitklassigen Bezirksklasse und der erstklassigen Gauliga. Mit der Machtergreifung Adolf Hitlers wurde auch in den Vereinen das „Führerprinzip“ eingeführt. Die Vorsitzenden der Ver-

eine wurden „Vereinsführer“ genannt und auf ihre Führereigenschaften hin untersucht. Im Rahmen dieser Maßnahmen kam es innerhalb des Vorstandes der Alemannia zu einer Auswechslung des Vorstands und dessen Ersatz durch Parteigenossen. Zudem erhielt der Verein im Sommer 1933 vom Kölner Amt für Leibesübungen die Auflage, sämtliche jüdische Mitglieder und Spieler aus ihren Reihen zu entfernen. Ebenso wie die übrigen Sportvereine kam auch der Alemannia während der nationalsozialistischen Herrschaft eine besondere finanzielle Förderung zu, die in der Förderung der Spieler sowie bei Bauprojekten wie beispielsweise einem neuen Vereinsheim bestand. Mit dem Beginn des Krieges wurde der Spielplan auf „Notspiele“ auf regionaler Ebene reduziert und mit der Verlagerung der Kampfhandlungen in den Aachener Raum im Jahre 1944 vollständig eingestellt. Bereits am 22. September 1945, wenige Monate nach der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches, fand die erste Vereinsversammlung statt, auf der Josef Hirtz zum neuen Vereinsvorsitzenden gewählt wurde. Zeitgleich begann man mit dem Wiederaufbau der Sportanlagen. Wie in allen anderen Bereichen mangelte es auch hier an finanziellen Mitteln, wie aus einer Zeitungsnotiz vom 21. Januar 1946 hervorgeht, in der drei beim Stehlen des Fußballs beobachtete Jungs aufgefordert wurden, den entwendeten Fußball an den Verein zurückzugeben, da ein neuer Fußball ein kleines Vermögen kostete, das der Verein nicht aufbringen könne. Oft kam es auch vor, dass sogar der Gastverein das Spielgerät mitbringen musste, weil der Gastgeber ein solches nicht besaß. *„Auch Sportdress und Schuhe glichen in jener Zeit eher einer karnevalistischen Verkleidung als einer ordnungsgemäßen Kleidung auf dem Sportplatz.“*⁸¹⁹ Das erste große Freundschaftsspiel fand am Ostersonntag, dem 20. April 1946 statt und lockte 9.000 Besucher an den Aachener Tivoli. 1947 wurde die Alemannia Zweiter im Rheinbezirk und stieg in die neu gegründete Oberliga West auf.

Inwieweit die Gründungsmitglieder der Aachener CDU in der Alemannia Aachen als aktive Spieler vertreten waren, war nicht zu

⁸¹⁹ Siemons:, Lucky Strikes und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 59.

ermitteln; lediglich aus den Präsidiumslisten geht eine gewisse personelle Verbindung zu den höheren Vereinsebenen hervor.

6.5.2 Aachen-Laurensberger Rennverein (ALRV)

Der Aachen-Laurensberger Rennverein hatte unter der Leitung seines Präsidenten Hubert Wienen seit 1925 Reit-, Spring- und Fahrturniere veranstaltet, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg internationale Bedeutung erlangt hatten und die Aachener Bevölkerung für Pferde begeistert hatte. Während der Zeit des Nationalsozialismus hatte der Verein mit dem Regime kooperiert und hatte dadurch vom zuständigen Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft finanzielle Mittel für die Pferdezucht erhalten. Zudem hatte auch das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda, bedingt durch die in Aachen stattfindenden internationalen Reitturniere⁸²⁰ und die Förderung des Präsidenten, der stets bemüht war, „[...] den Herren in Berlin [...] die große politische Bedeutung der Veranstaltung in der Soers ins Bewußtsein zu bringen“⁸²¹, ein Interesse an der Förderung des ALRV „Als Instrument der Propaganda paßte die internationale sportliche Begegnung in Aachen ins Konzept des Nationalsozialismus, nämlich als Demonstration von Friedensliebe und Völkerverständigung.“⁸²² Am Ende des Zweiten Weltkriegs war das Turnierstadion in der Aachener Soers total zerstört⁸²³ und niemand wusste, ob angesichts der hungernden Bevölkerung noch Interesse und Begeisterung für den Pferdesport bestehen würde, beziehungsweise woher man das Geld und das Material für den Wiederaufbau nehmen sollte. Zudem stellte die enge Verbindung des Vereins

⁸²⁰ Während der Zeit des Nationalsozialismus war das Aachener Reitturnier ein gerne wahrgenommener Anlass, die Stadt Aachen zu besuchen. Schon Hermann Göring hatte seinen Besuch in Aachen 1933 mit einem Besuch des Reitturniers verbunden und dabei den überragenden Erfolg der deutschen Reiter miterlebt, die sowohl den „Großen Preis von Aachen“ als auch die Nationenwertung („Kampf der Nationen“) gewannen. 1936 überreichte Reichsinnenminister Wilhelm Frick den Nationenpreis an die deutsche Mannschaft. 1938 war es der Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Dr. Hans-Heinrich Lammers, der den von Hitler gestifteten Preis der Nationen an die rumänische Mannschaft übergab. Lammers gehörte 1938 dem Ehrenpräsidium des Aachen-Laurensberger Rennvereins an, in dessen Präsidium u. a. auch SA-Brigadeführer Heinz Lampe und Kreisleiter Eduard Schmeer saßen; vgl. Gasten: Aachen im NS, a. a. O., S. 119).

⁸²¹ Mielke, Rita/Stein, Wilhelm (Hrsg.): Aachen - Weltfest des Pferdesports 1898-1998, Aachen 1998. S. 84.

⁸²² Mielke: Weltfest des Pferdesports, a. a. O., S. 84.

⁸²³ Das Stadion war 1938 mit Stallungen für 200 Pferde erbaut worden und mit 270.000 RM von der Stadt subventioniert worden.

und des Pferdesports insgesamt⁸²⁴ zum nationalsozialistischen Regime eine große Hürde für den Neuanfang dar. Vom alten Vorstand gab es keine Überlebenden und die britische Militärregierung wies einige neue, für den Vorstand kandierende Mitglieder als „politisch belastet“ zurück. Dies hatte zur Folge, dass der gesamte geplante neue Vorstand zurücktrat. Wenig später wurde Albert Servais Präsident des Vereins und es gelang ihm, Geld und Ehrenpreise zu beschaffen und den Turnierplatz notdürftig wiederherstellen zu lassen. Über seine Arbeit und sein Vorhaben, ein erstes kleines Turnier stattfinden zu lassen, sagte er: *„Wir dürfen unseren guten Namen nicht durch eine ungenügend vorbereitete Veranstaltung gefährden. Es soll nach Möglichkeit zwar ein bescheidenes, aber bei allen äußeren Schwierigkeiten ein gutes Reitfest geboten werden.“*⁸²⁵ Dieses erste Reitfest, das nach siebenjähriger Zwangspause am 21. und 22. September 1949 in der Kaiserstadt stattfand, war ein Wagnis nach dem Krieg, denn bereits jeder Reitstiefel erweckte unangenehme Erinnerungen an SA und SS.⁸²⁶ Doch die Arbeit der jüngeren Generation, Männer, die *„die vaterländischen Ideen durch vaterstädtische und europäische relativierten“*⁸²⁷, führte durch den Aufbau des Turniers zu einer über die Grenzen hinaus reichenden Anerkennung. Aachen wurde als Reitstadt wieder lobend in der Presse erwähnt und viele Persönlichkeiten kamen nach Aachen, was Servais neben dem steigenden Ansehen der Stadt auch für den Wiederaufbau der Wirtschaft und des politischen Lebens einkalkulierte, wie aus seinen Erinnerungen hervorgeht: *„Als Chef der Stadtverwaltung brauchte ich für den Wiederaufbau Aachens jede erdenkliche Hilfe zahlreicher Persönlichkeiten an den Schaltstellen der Wirtschaft und in den staatlichen Institutionen.“*⁸²⁸ Für einen Hauch Internationalität sorgte bei diesem Turnier die Beteiligung britischer und pol-

⁸²⁴ 1946 waren die deutschen Reiter und Turnier-Veranstalter aus den offiziellen Mitgliederlisten der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI) gestrichen worden. Deutschlands Spitzenreiterei war vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in sämtlichen Disziplinen eng mit der Wehrmacht verbunden gewesen. Angehörige der Armee hatten weltweit die Turnierplätze dominiert.

⁸²⁵ Siemons: Lucky Strikes und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 62.

⁸²⁶ Vgl. Crous: Aachen, a. a. O., S. 83.

⁸²⁷ Mielke: Weltfest des Pferdesports, a. a. O., S. 86.

⁸²⁸ Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 46.

nischer Offiziere.⁸²⁹ Wie sehr die Aachener Bevölkerung ihr Turnier vermisst hatte, verdeutlichen die Besucherzahlen. Am ersten Tag kamen 8.000 und zum Finale 15.000 Zuschauer ins provisorisch wieder hergerichtete Stadion. Die gute Resonanz der Veranstaltung war ein großer Ansporn für die weitere Arbeit. Bereits ein Jahr später fand das erste Turnier mit internationaler Beteiligung statt. Vom 13. bis 17. August 1947 reisten 440 Pferde und Reiter aus sechs Nationen⁸³⁰ in die Stadt am Dreiländereck und erstmals nach 1939 wurde im Parcours wieder der „Große Preis von Aachen“ ausgetragen. Mit Ausnahme der Zeit des Nationalsozialismus wurde das Reitturnier nie politisch instrumentalisiert, jedoch trug es ähnlich wie der Karlspreis zum Kontakt zu anderen Staaten bei und förderte das Ansehen Aachens, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„Dadurch, daß andere Nationen kamen, gehörten wir wieder dazu. Man ehrt sich ja auch selbst, wenn man Gäste aus aller Welt hat.“*⁸³¹ Somit trug der ARLV mit diesem Turnier zu einer neuen Völkerverständigung bei - besonders zwischen Europa und der neuen Welt.⁸³²

Wie weit die Aachener CDU mit dem Aachen-Laurensberger Rennverein, dem Veranstalter des CHIO, in Verbindung stand, ist schwer zu belegen. Gespräche mit Zeitzeugen und dem ALRV haben ergeben, dass dem Verein nach Kriegsende neben Albert Servais noch sechs weitere CDU-Vorstandsmitglieder bzw. frühe CDU-Mitglieder angehörten.⁸³³ Vor diesem Hintergrund und wegen der Tatsache, dass die Aachener Bevölkerung von Pferden begeistert war, kann festgehalten werden, dass es eine enge Verknüpfung zwischen der neu gegründeten Partei und dem ALRV gab.

⁸²⁹ Mielke: Weltfest des Pferdesports, a. a. O., S. 94.

⁸³⁰ Neben Deutschland nahmen Reiter aus Großbritannien, Belgien, Polen, den Niederlanden und den USA teil.

⁸³¹ Mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

⁸³² Vgl. Mielke: Weltfest des Pferdesports, a. a. O., S. 94f.

⁸³³ Namen durften vonseiten des Vereins zum einen nicht genannt werden und zum anderen liegen erst schriftliche Mitgliederverzeichnisse ab dem Jahre 1958 vor. Mündliche Auskunft Maritta Fuchsberger, ALRV, 20.03.06.

6.5.3 Aachener Karnevalsverein (AKV)

Karneval war in den ersten beiden Nachkriegsjahren, die in dieser Arbeit betrachtet werden, kein öffentliches Ereignis. Ein Kinder- oder Rosenmontagszug existierte zu dieser Zeit noch nicht. Die Aachener Bevölkerung feierte überall in der Stadt mit selbst gebackenen „Puffeln“ auf Bällen und kostümierten Tanzvergnügen, die in privaten Wohnzimmern oder in Sälen von Gaststätten stattfanden. Die organisierten Karnevalsvereine hatten es damals schwer, an die alte Tradition anzuknüpfen.⁸³⁴ Die Alliierten hatten, wie für alle Deutschen, auch den Karnevalisten ein Uniformierungsverbot auferlegt. Besonders die britische Militärregierung tat sich schwer darin, in den historischen Karnevalsuniformen nicht den deutschen Militarismus, sondern dessen Karikatur zu erkennen.⁸³⁵

Ende 1946 nahm auch der Aachener Karnevalsverein, der 1929 aus der „Florresei“ gegründet worden war, seine Arbeit wieder auf. Diese Zeit ist schriftlich schlecht dokumentiert und man kann davon ausgehen, dass zwar das private Karnevalsvergnügen einen großen Anklang in der Bevölkerung fand, das Vereinswesen aber unter anderem durch die von den Militärregierungen auferlegten Beschränkungen und den Nöten der Zeit weniger aktiv gefördert wurde. Als sich am 22. November 1947 die AKVer im „Aachener Bürgerbräu“ zur ersten Generalversammlung nach dem Zweiten Weltkrieg trafen, zählte der Verein noch 248 Mitglieder. Das Vereinsvermögen sowie das Vereinsheim waren dem Krieg zum Opfer gefallen. Das Motto der Stunde lautete: „Karneval Ja! Aber heute - Nein!“⁸³⁶ In den beiden folgenden Jahren trafen sich die Mitglieder des Vereins zu internen Herrenabenden bei denen Papier- und Geldspenden für den Aufbau der Vereinsarbeit gesammelt wurden. Die erste richtige Session mit einer „Herrensitzung“ und weiteren Aktivitäten fand im Jahr 1948 statt. Bis 1950 sollte es dauern, bis es in Aachen wieder einen Karne-

⁸³⁴ Beispielsweise wurde der Plan der „Oecher Penn“, ihr 90-jähriges Stiftungsfest zu feiern, noch im November 1947 abgelehnt.

⁸³⁵ Vgl. Siemons: Lucky, Strikes und Kartoffelschnaps, a. a. O., S. 64.

⁸³⁶ Helmut A. Crous: Karneval in Aachen 1859-1959. Wie er wurde, wie er war, wie er ist, Aachen 1959, S. 20 (Künftig zitiert: Crous: Karneval in Aachen, a. a. O.).

valsprinzen sowie einen Rosenmontagszug gab. Im gleichen Jahr wurde erstmals der „*Orden wider den tierischen Ernst*“ verliehen und mit J.A. Dugale, einem Engländer aus Burnley, der als Militärstaatsanwalt am Niedergericht Aachen tätig war, wurde der erste Karnevalsritter des Aachener Karnevalsvereins geschlagen. Um mit diesem Orden, der überwiegend an Politiker, Diplomaten und Juristen vergeben wird, ausgezeichnet zu werden, „*sind Verdienste erforderlich, Leistungen der besonderen Art in einer Kunst, die offiziell als ‚Humor im Amt‘ definiert wird und jenen heiter-gelassenen Unernst meint, der dazu befähigt, selbst dem Bierernst mancher Bürokratie menschlich-allzumenschliche Züge zu entlocken.*“⁸³⁷

J.A. Dugale, erhielt die erste Auszeichnung dafür, dass er mit Erfolg dafür plädiert hatte, einen wegen Schmuggelns verurteilten Aachener über die Karnevalstage aus der Haft zu entlassen, weil der „*Rosenmontag der höchste Feiertag im Rheinland*“ sei. Mr. Dugale war sprachlos, als er sich plötzlich mit vielen Orden dekoriert sah. Er ahnte damals nicht, dass er einen Tag später schon „*besides Sir Winston Churchill the most famous man in Great Britain*“ sein würde, wie er sich einige Zeit später selbst ausdrückte.⁸³⁸

Wie weit die Aachener CDU mit dem Aachener Karnevalsverein, dem Veranstalter der Ordensverleihung „*Wider den tierischen Ernst*“, in Verbindung stand, geht aus einer Mitgliederliste des Jahres 1946 hervor, nach der 8 Mitglieder des AKV auch zum Vorstand der CDU gehörten bzw. Mitglieder der Partei waren.⁸³⁹ Zudem kann aufgrund der finanziellen Mittel, die jedes AKV-Mitglied sowohl für die Aufnahme in den Verein als auch als Mitgliederbeitrag aufbringen musste, davon ausgegangen werden, dass es Verbindungen zur finanziell besser gestellten Schicht der Aachener Bevölkerung gab. Deren Angehörige waren, wenn überhaupt, in der Christlich-Demokratischen Union organisiert.

⁸³⁷ http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/preise_auszeichnungen/wider_den_tierischen_ernst/index.html

⁸³⁸ Vgl. Crous: Karneval in Aachen, a. a. O., S. 22.

⁸³⁹ Schriftliche und mündliche Auskunft Dieter Bischoff, AKV, 13.03.06.

Des Weiteren lassen sich durch den „*Orden wider den tierischen Ernst*“ Verbindungen zur Politik und damit auch zur parteipolitischen Landschaft aufzeigen. Zudem lassen sich Mitglieder der Aachener CDU im „Ausschuss Aachener Karneval“, der im Oktober 1949 wieder ins Leben gerufen wurde, sowie in der „Oecher Penn“ nachweisen.⁸⁴⁰

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine gesellschaftliche Verankerung der Partei in dem hier betrachteten Zeitraum nur bedingt stattfand. Wie gezeigt wurde, wollte man auf der einen Seite durch die Gründung des Internationalen Karlspreises einen gewissen gesellschaftlichen Raum für die intellektuelle Schicht der Aachener Bevölkerung schaffen, während man auf der anderen Seite versuchte, in den meisten der Vereine vertreten zu sein, die ihre Arbeit direkt nach Kriegsende wieder aufgenommen hatten. Ebenso wie man sich, neben den üblichen Freizeitaktivitäten der Nachkriegszeit wie Kino- und Theateraufführungen, durch die Gründung des Lesekreises Corona Legentium sowie durch den Karlspreis den eigenen Interessen gerecht zu werden versuchte, waren auch die Vereine, in denen man sich aktiv betätigte, im Umfeld der höheren Aachener Gesellschaftsschicht anzusiedeln. Zudem bekleideten die CDU-Mitglieder der Anfangsjahre in den Vereinen vornehmlich Vorstandspositionen bzw. waren zahlende Mitglieder. Aus diesem Grund kann man festhalten, dass die von der CDU angestrebte politisch-kulturelle Hegemonie in diesem frühen Stadium der Parteigeschichte nicht gegeben war. Dies lässt sich zudem durch die noch nicht vorhandenen Auslandsbeziehungen unterstreichen.

⁸⁴⁰ Vgl. Crous: *Karneval in Aachen*, a. a. O., S. 22 und schriftliche Auskunft Dirk Roemer: „Oecher Penn“, 10.03.2006.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Die Entwicklung der Partei nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone war insbesondere durch organisatorische Arbeiten, personelle Fragen und Stellungnahmen zu innenpolitischen Themen sowie zum Verhalten der britischen Militärbesatzung geprägt. Zudem fand in diesem Zeitraum die Gründung unterschiedlicher Parteiorganisationen statt. Hierbei ist insbesondere die Gründung der Christlich-Demokratischen Union im Landkreis Aachen am Beispiel von Brand zu nennen. Des Weiteren versuchte man durch die Entstehung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, als Reaktion auf die Gründung der Einheitsgewerkschaft im Frühjahr 1946, und durch die Gründung der Jungen Union und der Frauen Union den unterschiedlichen gesellschaftlichen Belangen gerecht zu werden. Neben der allgemeinen politischen Arbeit, der Ämterbesetzung und den Neugründungen der Parteiorganisationen war der Wahlkampf und schließlich die erste Kommunalwahl in der britischen Zone am 13. Oktober 1946 ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Konsolidierung.

7.1 Organisatorische und personelle Fragen

Neben verschiedenen politischen Themen wie der Siedlungsfrage, der Bildung eines Heimkehrerausschusses und der Berichte von Dr. Hofmann als Vertreter der Aachener CDU im Zonenausschuss, war die unmittelbar nach der Genehmigung durch die Militärregierung stattfindende Vorstandsarbeit vor allem durch die Planung von Parteiorganisationsgründungen geprägt. Bereits auf der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1946 war man sich über die Notwendigkeit der Bildung einer parteieigenen Jugendorganisation einig. Diese sollte neben der politischen Bildung zur Heranbildung junger Menschen als „politisch brauchbarer“ Mitarbeiter dienen.⁸⁴¹ Durch Einladungen an Personen zwischen dem 18. und 30. Lebensjahr sollten junge Menschen auf die Bedeutung der Politik für den Wiederaufbau Deutschlands aufmerksam

⁸⁴¹ Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1946, HStAD, RWV 215.

gemacht werden. Man war der Auffassung, dass es die Aufgabe der CDU sei, sich um die Jugend zu kümmern und zudem seien die Eltern aufgefordert, *„die Kinder zu den politischen Aussprache- und Schulungsabenden der Jungen Union zu schicken, damit diese dort das Rüstzeug für ihren späteren Beruf als aufrechte deutsche Staatsbürger und Demokraten erhalten.“*⁸⁴² Um dieser Notwendigkeit gerecht zu werden, beschloss man, neben dem Aufbau einer Jugendorganisation der Partei auch größere Jugendversammlungen zu aktuellen politischen Themen wie beispielsweise den kommenden Stadtratswahlen zu organisieren. Als möglicher Versammlungsort wurde hierfür die Stadtbücherei in Betracht gezogen. Auch nach der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaft *„Junge Union“* sollte die Schulung der jungen Mitarbeiter durch die erfahrenen kontinuierlich weiterverfolgt werden. Neben der Jugend forderte auch die weiterhin ungelöste Frage des Verbleibs der christlichen Arbeiterschaft eine Lösung. Man sah die christliche Arbeiterschaft innerhalb der neu gegründeten Freien Gewerkschaften und ihrer politischen wie religiösen Neutralität nicht hinreichend vertreten. Aus diesem Grund beschloss man, Bestrebungen der ehemaligen christlichen Arbeitnehmerschaft, die sich innerhalb der Partei neu zu organisieren gedachte, weiter zu unterstützen.⁸⁴³ Nach der Bildung der Parteiorganisationen wurden auf Antrag von Maas deren Vorsitzende in den erweiterten Vorstand gewählt.⁸⁴⁴

Ein weiteres organisatorisches Problem dieser Zeit war, dass viele organisatorische Arbeiten auf dem Rücken des Parteivorstandes lagen, da die Suche nach einem geeigneten Geschäftsführer immer noch nicht zum Erfolg geführt hatte. Dr. Maas resümierte die Schwierigkeit, einen geeigneten Geschäftsführer zu finden, wie folgt: *„Durch die dreizehnjährige Drosselung allen politischen Lebens besteht weder die Möglichkeit, von*

⁸⁴² Vgl. August Ortmanns ebenda.

⁸⁴³ 13. September 1946 Sitzung des Hauptvorstandes, Bezirksvorstände, Obmänner der Stimmbezirke, Kandidaten, HStAD RWV 199-202.

⁸⁴⁴ Diese Aussage ist einzig bei der Jungen Union nicht zutreffend. Hier wurde Herr August Ortmanns in den Vorstand entsandt. Es konnte nicht geklärt werden, ob dieser auch - anstatt des überall verzeichneten Matthias Xhonneux - der Vorsitzende der Jugendorganisation war. 7. August 1946, erweiterte Vorstandssitzung; vgl. HStAD RWV 204/205.

den Universitäten geeignete Kräfte zu bekommen, noch aus dem freien Organisationsleben der Gewerkschaften oder den konfessionellen Organisationen. Zudem führt die Anstellung allzu junger Menschen in allen Bereichen zu Schwierigkeiten."⁸⁴⁵ Ende Juni 1946 war schließlich vorrübergehend ein Geschäftsführer gefunden worden. Herr Schmidt-Goertz aus Oberkassel, der sich zurzeit zur Einarbeitung in Köln befand, hatte bei Dr. Maas und Ernst einen guten Eindruck hinterlassen, und aufgrund seiner guten Referenzen und seines Lebenslaufes konnte man davon ausgehen, „[...] daß der neue Geschäftsführer mit Tatkraft an den Aufbau der Aachener CDU herangehen würde.“⁸⁴⁶ Am 15. Juli 1946 wurde der Antrag des Vorsitzenden Maas, den Geschäftsführer in den Vorstand zu wählen, einstimmig angenommen.⁸⁴⁷ Durch die Einstellung eines vorläufigen Geschäftsführers kam es nicht nur zu administrativen Erleichterungen für den Vorstand, sondern auch zu einigen organisatorischen Neuerungen. In der Vorstellung seines ersten Kassenberichts machte Schmidt-Goertz darauf aufmerksam, dass eine Auffüllung der Parteikasse vonnöten sei. Die geringe Mitgliederzahl der CDU war mit ein Grund für die angespannte Finanzlage der Partei. Man konnte kaum den hauptamtlichen Mitarbeiter bezahlen. Die Einkünfte aus den Mitgliederbeiträgen, die normalerweise die Finanzgrundlage bilden sollten, waren so gering, dass man nun nach weiteren Mitteln suchen musste. Neben den „Bettelbesuchen“, die der Vorsitzende und der Geschäftsführer bei besser gestellten Parteimitgliedern oder Anhängern machen mussten, schlug Schmidt-Goertz die Einführung eines einmaligen Aufnahmebeitrags für alle neu hinzukommenden Mitglieder vor. Dieser Antrag wurde auf der Sitzung vom 15. Juli mit dem Zusatz, eine gewisse Beweglichkeit bei der Anwendung der Beitragserhebung walten zu lassen, angenommen.⁸⁴⁸ In einem vollständigen Bericht seiner Arbeit setzte der Geschäftsführer den Vorstand über seine Be-

⁸⁴⁵ 28. Oktober 1945, HStAD RWV 96/94.

⁸⁴⁶ 26. Juni 1946, erweiterte Vorstandssitzung, RWV 208/209.

⁸⁴⁷ Bericht über erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 15. Juli 1946, HStAD RWV 206/207.

⁸⁴⁸ Bericht über erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 15. Juli 1946, HStAD RWV 206/207.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

mühungen um eine neue Geschäftsstelle⁸⁴⁹ sowie über die Notwendigkeit eines Autos für geschäftliche Belange in Kenntnis. Auch hier gab ihm die Versammlung die Vollmacht, die notwendigen Schritte einzuleiten.

7.2 Erste Aktivitäten und Probleme nach der Genehmigung der Partei

Die ersten Aktivitäten der Partei bezogen sich unter anderem auf innerstädtische Probleme. Hierbei ist an erster Stelle die Trümmerbeseitigung zu nennen. Zum Thema „Schuttbeseitigung“ hatte die CDU einen Antrag beim OB der Stadt Aachen eingereicht, in dem die männlichen Bewohner zwischen dem vollendeten 17. und 60. Lebensjahr, mit Ausnahme der Kranken und Arbeitsunfähigen, aus der Stadt Aachen und den Außenbezirken zu einem freiwilligen Ehrendienst für ihre Vaterstadt aufgerufen wurden. Der Dienst sollte mindestens 8 Arbeitsstunden umfassen, welche in Listen erfasst werden sollten. Die Organisation des „Ehrendienstes“ sollte der Stadtverwaltung obliegen. Dr. Albert Maas hatte auf diesen Antrag hin einen Aufruf in der Aachener Volkszeitung gestartet.⁸⁵⁰ Auf der erweiterten Vorstandssitzung vom 6. Juni 1946 wurde die Trümmerbeseitigung anhand der AVZ-Berichterstattung über den geplanten Ehrendienst erneut thematisiert.⁸⁵¹ Zwischenzeitlich hatte es vonseiten der KPD sowie des Präsidenten der Handwerkskammer Bachmann im Wiederaufbauausschuss weitere Anträge zum Thema „Schuttbeseitigung“ gegeben. Man einigte sich auf einen tatkräftigen Einsatz der CDU-Mitglieder in diesem Ausschuss, damit es zu einer baldigen Durchführung der Pläne kommen könne und die Sommermonate ausgenutzt werden können. Mit Verweis auf eine Stellungnahme des Zivilbeauftragten der Rheinprovinz wurde betont, dass der Ehrendienst in vielen westlichen Städten schon erfolgreich angelaufen war. Des Weiteren wurde darauf aufmerksam gemacht, dass sich bei der Organisationsleitung, der

⁸⁴⁹ Erst am 22. Juli 1964 kaufte der Verein „Schulungshaus der Aachener Christlich-Demokratischen Union e. V.“ das Haus Martinstraße 8. Am 31. August 1971 wurde nach Abschluss verschiedener Umbaumaßnahmen das CDU-Haus in Karl-Arnold-Haus umbenannt.

⁸⁵⁰ Vgl. Aufruf Dr. Albert Maas in AVZ vom 15.05.1946, 1.Jg., Nr. 25, S. 4.

⁸⁵¹ Bericht über Vorstandssitzung in Aachen, 06. Juni 1946, HStAD, RWV 210/211.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Stadtverwaltung, viele ehemalige NSDAP-Parteigenossen, die zum Beitritt gezwungen worden waren, melden würden, um aufgrund ihres Einsatzes bei der Entnazifizierung eine wohlwollende Berücksichtigung zu erfahren. Diese Angelegenheit sollte Dr. Maas bei einer Kontaktaufnahme mit der Stadtverwaltung ansprechen. Gespräche mit dem mit der Planung beauftragten Stadtbaumeister Christ hatten ergeben, dass es möglich sei, an den in der Stadt aufgestellten Feldbahnen täglich 60 Personen mehr zu beschäftigen. Dies hätte zur Folge, dass die gesamte gesunde männliche Bevölkerung je einen Tag im Laufe eines Jahres bei der Schuttbeseitigung Arbeit finden würde.⁸⁵² Kurze Zeit später wurde dem Ehrendienst Antrag vonseiten der Stadtvertretung in etwas veränderter Form zugestimmt. Die männlichen Mitglieder der CDU wurden von Dr. Albert Maas aufgefordert, sich vorbildlich an der Durchführung des Ehrendienst-Antrags zu beteiligen. Der Ehrendienst wurde ab August 1945 weitergeführt. 40% des Aachener Straßennetzes waren im Krieg zerstört worden.⁸⁵³ Der Aufforderung zur Teilnahme am freiwilligen Ehrendienst zur Schuttbeseitigung leisteten rund 11.000 Männer Folge. Darunter waren 318 Arbeitgeber, die mit ihrer gesamten Belegschaft, ca. 3.500 Mann, die Arbeiten unterstützten. Eingesetzt wurden die Arbeiter im Stadtkern und teils auch an den Stadträndern zur Einebnung der Bombenrichter im landwirtschaftlichen Gelände. Bis zum 31. Dezember 1946 waren durch den Ehrendienst 40 Bombenrichter einplaniert und 11.000 cbm Schutt geräumt worden. Der Ehrendienst war an solche Stellen gebunden, die eine Schuttabfuhr zuließen, d. h. an die Schutt räumenden Firmen bzw. teilweise entlang der Straßenbahnlinien. Ein Zeitzeuge erinnert sich: „Nur wo Feldbahn und Straßenbahn eingesetzt werden konnten, wurde ein Fortschritt erzielt. Innerhalb der Stadt konnten nur zwei Bagger und in den Außengebieten zwei Planierdrauen zur Verfüllung und Einebnung von Stellungen und Bombenrichtern eingesetzt werden.“⁸⁵⁴

⁸⁵² Bericht über Vorstandssitzung in Aachen, 06. Juni 1946, HStAD RWV 210/211 (Künftig zitiert: HStAD RWV 210/211).

⁸⁵³ Verwaltungsbericht I, a. a. O., S.43.

⁸⁵⁴ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Im Jahr 1947 wurde dann auch der freiwillige weibliche Ehrendienst eingeführt, dem zwischen dem 9. Juni und dem 15. August 1945 etwa 1.100 Mädchen und Frauen Folge leisteten. Der Arbeitseinsatz erfolgte vor allem in der Ludwigsallee am Ehrenmal, in der Monheimsallee, am Hansemannplatz, in der Hubertusstraße sowie in den städtischen Anlagen Aachens. Insgesamt verräumte der Ehrendienst in drei Aktionen von 1946 bis zum 31. Dezember 1947 mit rund 30.500 Beteiligten in etwa 199.000 Arbeitsstunden rund 48.500 cbm Schutt.

Ein weiteres wichtiges Thema, das den Parteivorstand der CDU beschäftigte, war die Entnazifizierung. Auf der Vorstandssitzung vom 26. Juni 1946 wurde die Klage erhoben, dass es mittels der vorliegenden Bestimmungen unmöglich sei, gerechte Entscheidungen zu treffen und die Parteiarbeit im begonnenen Ausmaß weiter zu führen. Man betonte, dass die momentane Regelung, nach der jeder Antrag eines aktiven Nationalsozialisten vom Blockleiter aufwärts abgelehnt werden musste, nicht mit der Auffassung der christlichen Weltanschauung sowie den Grundsätzen der CDU in Einklang zu bringen sei. Man vereinbarte die Kontaktaufnahme von Dr. Albert Maas mit dem Leiter des Entnazifizierungsausschusses seitens der Militärregierung zur Herbeiführung von Erleichterungen, da andernfalls die Fortsetzung der Arbeit der Herren Alertz, Hammers, Küchen unmöglich sei.⁸⁵⁵ Das Thema Entnazifizierung stand in den folgenden Wochen immer wieder auf der Tagesordnung der Vorstandssitzungen; so auch am 30. August 1946, wo Franz Thelen über seine Arbeit im Entnazifizierungsausschuss berichtete. In seinen Ausführungen appellierte Thelen an seine Mitbürger, nicht alle Parteigenossen, die sich nichts zuschulden haben kommen lassen, zu bestrafen. Dadurch würde man eine Scheidewand innerhalb des deutschen Volkes errichten und wie vor 1933 jeglichen Radikalismus fördern. Der Vorstand der CDU plädierte nach diesen Ausführungen für eine gründliche „Entpöbelung“ des deutschen Volkes, da seiner Auffassung nach der Niedergang des Deutschen

⁸⁵⁵ Bericht über erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 26. Juni 1946, HStAD, RWV 208/209.

Reiches eine vornehmliche Folge der tiefen Missachtung der christlichen Grundsätze gewesen sei, wie Johannes Ernst resümierte: „Die staatliche Gesetzgebung allein nützt nichts, wenn nicht ein neuer sittlicher Mensch entsteht, der sich einem neuen inneren Gesetz verpflichtet fühlt.“⁸⁵⁶ Trotz dieses geschlossenen Auftretens vonseiten der Partei gegenüber der Stadtkommandantur gelang es nicht, den in diesem Bereich allgemein gültigen Entscheidungen vonseiten der britischen Militärregierung zu entgehen. Auf der letzten Vorstandssitzung vor den Kommunalwahlen in der britischen Zone musste Maas berichten, dass die Herren Meutgens und Küchen aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP und trotz ihrer jetzigen Mitarbeit im Entnazifizierungsausschuss von ihrer Kandidatur für die Stadtvertretung zurücktreten müssten. Diese Verfügung war weder der Aachener Militärregierung noch dem städtischen Wahlamt oder den übrigen Parteien vorher bekannt gewesen. Aufgrund dieser Tatsache und angesichts der kurzfristigen Übermittlung der Entscheidung an die Parteivorstände wollte Maas nichts unversucht lassen, um bei der Militärregierung eine Änderung der Verfügung herbeizuführen. Man einigte sich innerhalb des Vorstandes darauf, dass die Herren weiterhin an den Sitzungen teilnehmen sollten und bei der nächsten Wahl erneut vorgeschlagen werden würden.⁸⁵⁷

Neben der Entnazifizierung waren die Fragen des Wohnraums und der Brennstoffversorgung weitere Konfliktpunkte des CDU-Vorstandes mit der britischen Militärregierung. Die drei westlichen Alliierten stellten sehr hohe Ansprüche bei der Unterbringung ihrer Besatzungstruppen. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich in Westdeutschland die Besatzungsmächte noch mehr oder minder friedlich mit den Besetzten deren Wohnungen geteilt. Das kam nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vor. Aus Häusern, die geeignet erschienen, mussten die deutschen Bewohner weichen; mitnehmen durften sie nur das Notwendigste, und

⁸⁵⁶ Bericht über erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 30. August 1946, HStAD RWV 202/203.

⁸⁵⁷ Bericht über Vorstandssitzung in Aachen, 11. Oktober 1946, HStAD, RWV 97 (Künftig zitiert: HStAD, RWV 97).

wo sie unterkamen, kümmerte die Beschlagnehmenden wenig.⁸⁵⁸ Obwohl sich die Aachener CDU darüber bewusst war, dass es im Deutschland der damaligen Zeit zwei Welten gab, die Welt der Eroberten und die Welt der Eroberer,⁸⁵⁹ stimmte man auf der erweiterten Vorstandssitzung vom 26. September 1946 dem Vorschlag des Bezirks VIII zu, ein Schreiben an die Militärregierung zu richten, mit der Bitte, von der momentanen Vorgehensweise in Bezug auf Wohnungen und Einrichtungsgegenstände der Aachener Bevölkerung Abstand zu nehmen. In einer Aussprache einigte man sich gemeinsam mit zwei weiteren Parteien darauf, dem Stadtkommandanten eine Resolution zu übergeben, in der sie ihn baten, „[...] von jeder weiteren Beschlagnahme, die in weiten Kreisen der Bevölkerung große Sorge und Bestürzung auslöst, abzusehen.“⁸⁶⁰ In der verfassten Resolution wurde darauf hingewiesen, dass der in die zu 70% zerstörten Stadt zurückkehrenden Bevölkerung lediglich noch 25% des ursprünglichen Wohnraumes zur Verfügung stand. Die bereits vorhandene Wohnraumnot wurde noch durch die Notwendigkeit, den Familien der Militärbesatzung Wohnraum zur Verfügung zu stellen, vergrößert. Unterstrichen werden hierin auch die Empfindungen seitens der Bevölkerung bezüglich des Verlustes ihres Mobiliars, wenn es heißt: „Viele Einwohner der Stadt, die unter Lebensgefahr während des Krieges einen Teil ihres Besitzes retteten, verlieren nunmehr noch den Rest ihrer Habe.“⁸⁶¹ Aufgrund der unbestimmten Dauer der auf die Bevölkerung lähmend wirkenden Situation „[...] bitten wir dringendst von jeder weiteren Beschlagnahme von Wohnungen und Wohnungseinrichtungen Abstand zu nehmen.“ Mit dem beginnenden Herbst rückte auch die Frage der Brennstoffversorgung später wieder in den Mittelpunkt der zu verhandelnden Themen⁸⁶². Aufgrund der von der britischen Militärregierung angedachten Quotenregelung für Brennstoffe wurde vonseiten der CDU beklagt, dass man bei der Kalku-

⁸⁵⁸ Vgl. hierzu: Pierotti: Aachen zur Stunde Null, a. a. O.

⁸⁵⁹ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 68.

⁸⁶⁰ Bericht über erweiterte Vorstandssitzung, 26. September 1946, HStAD, RWV 195/196.

⁸⁶¹ Entwurf der Resolution an die Militärregierung, 26. September 1946, HStAD, RWV 198.

⁸⁶² Vgl. HStAD RWV 97.

lation den Bedarf der Zivilhaushalte vergessen habe. Mit Blick auf die Zukunft sprach man sich dafür aus, nur Bäume zu fällen, die im Krieg Schaden genommen hatten und nicht mehr als Nutzholz gebraucht werden konnten. Des Weiteren wurde die schlechte Verteilung des Brennmaterials durch die Militärregierung moniert und es gab Klagen, dass die Verteilung ähnlich wie bei der Versorgung mit anderen Mitteln des täglichen Bedarfs nicht funktioniere und die Holzhändler große Mengen an Brennmaterial stapelten, während die Bevölkerung auf Zuweisungen warte.

Zu den weiteren Themen des Vorstandes gehörten am Rande auch immer wieder innenpolitische Fragen bzw. das Wiederentstehen einer deutschen Außenpolitik. Auf der erweiterten Vorstandssitzung vom 6. Juni 1946 kam es zu einer Aussprache über die politische Lage Deutschlands. Man war sich darüber einig, dass es in den letzten Wochen zu einer Wende in der Beurteilung Deutschlands im Ausland und bei den alliierten Behörden gekommen war. So sei beispielsweise die Rede des britischen Außenministers Ernest Bevin vor dem britischen Unterhaus für die Deutschen als beruhigend zu bewerten; gleichzeitig habe jedoch die französische Forderung nach Abtretung des Saargebietes eine große Enttäuschung hervorgerufen.⁸⁶³ Neben diesen kurzen Aussprachen zur außenpolitischen Lage wurden auch innenpolitische Entwicklungen wie beispielsweise die Neugründung des Zentrums im Bezirk Aachen thematisiert. Hierbei ging man auf die Stellungnahme Dr. Adenauers bei einer CDU-Versammlung in Wuppertal ein. Man schloss sich den Aussagen Adenauers an und betonte, dass die CDU mit der alten Zentrumspartei nichts zu tun habe und daher keine Rechenschaft über deren Aktivitäten und Äußerungen schuldig sei. Man war sich einig, dass in diesem Bereich für genügend Aufklärung gesorgt werden müsse, da der CDU ansonsten aus Unkenntnis und Tradition viele Stimmen verloren gehen würden.⁸⁶⁴ Diese Problematik sollte bei den Vorbereitungen des Wahlkampfes, der immer stärker in den Mittelpunkt der Ar-

⁸⁶³ Vgl. HStAD, RWV 210/211.

⁸⁶⁴ Vgl. Ebenda.

beit rückte, mit berücksichtigt werden. Der CDU-Vorsitzende Dr. Maas formulierte abschließend zur Auseinandersetzung mit der Organisation des neuen Zentrums: *„Im Geiste Windhorst sei der Zusammenschluß zu einer christlichen Union erfolgt, gegen den sich das Zentrum in konservativer Staatssünderbündelei abwende. Wäre ein solcher Zusammenschluß 1919 schon möglich gewesen, so wäre es sicherlich nie zu einem 1933 gekommen. Eine alte und fruchtbare Idee sei in eine neue Form gegossen worden, die sich in der Union verkörpere, der es in den kommenden Wochen zum Sieg verhelfen gilt.“*⁸⁶⁵

Man war sich bewusst, dass allgemein in der Bevölkerung eine große Unlust sowie infolge des zwölfjährigen Machtmissbrauchs ein großes Misstrauen gegenüber der Politik herrschte. Dass das Niveau bedeutet tiefer sei als vor den Wahlen 1933 erklärte Maas in seinen Ausführungen, wenn er sagte: *„Viele sind unsicher und kritiklustig, ein übler Ton ist bereits in der Wahlagitation festzustellen.“*⁸⁶⁶ Man einigte sich darauf, sich im Wahlkampf in keinster Weise auf dieses Niveau herunterdrücken zu lassen. Zudem beschloss man, im Wahlkampf einer weiteren Klage vonseiten der Militärregierung aus dem Weg zu gehen, wonach bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Vorschriften bezüglich der Anmeldung politischer Versammlungen sowie die Führung von Berichten nicht in geforderter Weise durchgeführt worden seien.⁸⁶⁷ Dr. Maas bat alle Vorstandsmitglieder, die Bestimmungen im Vorfeld der Wahl genauer zu beachten.⁸⁶⁸ Für den eigentlichen Wahlkampf einigte man sich auf folgende Vorschläge: Erstens sollte es eine Großveranstaltung mit einem bekannten Redner geben. Zweitens sollte die AVZ in einem Sonderblatt vierzehn Tage vor der Wahl die Kandidaten mit einem Bild und einem kurzen Lebenslauf vorstellen. Drittens plante man für den Wahlsonntag die Verteilung von Handzetteln vor den Kir-

⁸⁶⁵ Maas: M, Bd.II, a. a. O.

⁸⁶⁶ Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 30. August 1946, HStAD RWV 202/203 (Künftig zitiert: HStAD RWV 202/203).

⁸⁶⁷ Vgl. erweiterte Vorstandssitzung vom 26. Juni 1946, HStAD RWV 208/209.

⁸⁶⁸ Vgl. erweiterte Vorstandssitzung vom 26. Juni 1946, HStAD RWV 208/209.

chentüren.⁸⁶⁹ Bei der Planung des Wahlkampfes war die Frage der Kandidaten und des Wahlverfahrens vorrangig. Bei der Kandidatenaufstellung plante man, weitmöglichst die jüngere Generation bis 35 Jahre sowie die Arbeiterschaft zu berücksichtigen. Eine erste Fühlungnahme mit den bisherigen, ernannten Stadträten hatte ergeben, dass 14 Personen für eine Kandidatur bereitstanden. Da man jedoch 40 Kandidaten benötigte, war es wichtig, dass die Bezirke möglichst schnell ihre Kandidaten zusammenstellten, damit eine Abgleichung der Wahllisten ermöglicht wurde bzw. damit eine Aufforderung an die Wähler ergehen konnte, eigene Ansprüche geltend zu machen.⁸⁷⁰ Somit war zur Vorbereitung der Kommunalwahlen zunächst eine Festsetzung der Wahlbezirke notwendig, die mit den vorhandenen Bezirken übereinstimmen sollten. Zudem sollte die Leitung Mitgliedern des Vorstandes übertragen werden.⁸⁷¹ Zu diesem Punkt beantragten die Bezirksobmänner, die über ihre Arbeit in den Bezirken berichteten, dass es für ihre weitere Arbeit, wie sie den Mitgliedern auf einer allgemeinen Versammlung am 3. Juli 1946 im Suermondt-Museum unterbreitet werden sollte, notwendig sei, Versammlungsräume und Adressenmaterial bereitgestellt zu bekommen.⁸⁷² Auf der allgemeinen Mitgliederversammlung wurden die neu entstandenen Bezirke aufgefordert, mit ihren Mitgliedern in Verbindung zu treten und die provisorischen Vorstände durch gewählte Vorstände zu ersetzen, damit diese wiederum möglichst bald Kandidaten aus allen Berufsgruppen und Ständen für die Wahlen in der britischen Zone aufstellen konnten. Als Werbematerial einigte man sich auf „Kandidatenbriefe“, die in Form eines Flugblattes von den Mitarbeitern und Vertrauensleuten der Partei verteilt werden sollten. Damit die Kandidatenbriefe auf der Sitzung der Vorstände am 27. September 1946 verteilt werden könnten, erklärte man sich einverstanden, bis zum 17. September von jedem Kandidaten ein Bild sowie einen 180-

⁸⁶⁹ Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 07. August 1946, HStAD, RWV 204/205. (Künftig zitiert: HStAD, RWV 204/205).

⁸⁷⁰ Vgl. Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 15. Juli 1946, HStAD, RWV 206/207 (Künftig zitiert: HStAD, RWV 206/207).

⁸⁷¹ Bezirk I Dr. Hofmann, II Brand, III Schönheit, IV Küchen, V Weyer, VI Thelen, VII Oligschläger, VIII Wachler, IX Ernst, X Hammers.

⁸⁷² Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1946, HStAD, RWV 215.

silbigen Lebenslauf einzureichen. Am 7. August 1946⁸⁷³ erklärte Maas dem erweiterten Vorstand, dass die Kandidatenvorschläge der Bezirke in Bezug auf Stand, Alter und Religion gut durchdacht seien und Klagen vonseiten eines sich benachteiligt fühlenden Bauhandwerks bzw. der Lebensmittelbranche durch eine entsprechende Kandidatenverschiebung ausgeräumt werden könnten. Man habe Kandidaten aufgestellt, die in den entsprechenden Bezirken bekannt seien. Diesen Kandidaten würden nun durch den Geschäftsführer entsprechende Kandidaturerklärungen übermittelt, die in der gleichen Woche in zweifacher Ausfertigung bei der Militärregierung eingereicht werden müssten. Auf der Sitzung des erweiterten Vorstands zusammen mit den Bezirksvorständen am 30. August 1946 berichtete Maas, dass die Aufstellung der Wahllisten erfolgt sei und dass es sich bei den Kandidaten um einen guten Querschnitt der Bevölkerung handle. Nun sei es die dringendste Aufgabe der Parteimitglieder die aufgestellten Kandidaten bei der Wahl am 13. Oktober durchzubringen.⁸⁷⁴ Dies bedurfte einer gründlichen Vorarbeit, die vor allem aus ausreichender Aufklärung der Wählerschaft über das neue Wahlverfahren vonseiten der Bezirke und aus einer Kontaktaufnahme der Kandidaten mit der Bevölkerung sowie aus einer größeren Veranstaltung, bestehen sollte. Herr Auweiler, der Vertreter des während des Wahlkampfes beurlaubten Geschäftsführers Herrn Schmitz-Goertz, wies auf die Wichtigkeit einer ausreichenden Aufklärung der Wählerschaft über die Art und Weise des neuen Wahlverfahrens hin. Diese Aufklärungskampagne sollte eigenständig von den einzelnen Wahlbezirken und in Absprache mit dem Gesamtvorstand durchgeführt werden.⁸⁷⁵

*

Die Britische Militärregierung hatte sich die Wahlgesetzgebung selbst vorbehalten, jedoch einen deutschen Beraterausschuss eingesetzt.⁸⁷⁶ Die Briten verzichteten zwar auf eine komplette Einführung ihres traditionellen Verhältniswahlrechts, übernahmen dennoch einige Teile davon. Direkt gewählt wurde in jedem

⁸⁷³ Vgl. HStAD, RWV 204/205.

⁸⁷⁴ Vgl. HStAD, RWV 202/203.

⁸⁷⁵ Vgl. HStAD, RWV 202/203.

⁸⁷⁶ Vgl. Pfetsch, Frank R.: Ursprünge der 2. Republik, Opladen 1989., S. 204.

Wahlkreis derjenige Kandidat, der die höchste Stimmenanzahl erreicht hatte. Ein Drittel bis ein Fünftel wurde über besondere Landeslisten (Reservelisten) der Parteien aufgrund der im Mehrheitsverfahren unverbrauchten Reststimmen mithilfe eines Wahlquotienten bestimmt.⁸⁷⁷ Die Briten wollten eine strenge Trennung von Legislative und Exekutive. Daher besaßen die öffentlichen Bediensteten der jeweiligen Gemeinden und die Aufsichtsbehörden kein passives Wahlrecht. Auch revidierten die Briten die deutsche Gemeindeordnung aus dem Jahre 1935, indem sie die in ihr enthaltenen demokratischen Elemente durch die Trennung der ausführenden Tätigkeit des Gemeinde- oder Stadtdirektors von der kontrollierenden und beschließenden Tätigkeit des Rates mit dem Bürgermeister an der Spitze nach britischem Vorbild verstärkten.⁸⁷⁸

*

Bezüglich der Aussprache mit den Kandidaten beschloss man, einen engen Kontakt zwischen den aufgestellten Kandidaten und den Wählern herzustellen. Dieser sollte auf thematischen Veranstaltungen aufgebaut werden, die zweimal während des Wahlkampfes in jedem der zehn Bezirke organisiert werden sollten und deren Hauptredner die jeweiligen Kandidaten des Bezirks sein sollten.⁸⁷⁹ Da es aufgrund von personellen Schwierigkeiten nicht gelungen war, eine größere Veranstaltung in kurzer Zeit zu organisieren, einigte man sich auf den Versuch, eine Kundgebung für den 4. August 1946 in der Talbothalle mit Frau Dr. Helene Weber und Dr. Warsch, dem Oberbürgermeister der Stadt Krefeld anzusetzen. Die Möglichkeiten der Durchführung einer solchen Tagung sollten durch den Geschäftsführer überprüft werden und dieser sollte gegebenenfalls mit den entsprechenden Vorbereitungen beginnen sowie den Erfolg der Kundgebung durch einen Kartenvorverkauf sichern.⁸⁸⁰ Als Höhepunkt dieses ersten Wahlkampfes plante man für den 4. Oktober eine Veranstaltung

⁸⁷⁷ Vgl. Eschenburg: Jahre der Besatzung, a. a. O., S. 232.

⁸⁷⁸ Vgl. Ruhl, Klaus, Jörg (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, München 1982, S. 79.

⁸⁷⁹ Sitzung des Hauptvorstandes, Bezirksvorstände, Obmänner der Stimmbezirke und Kandidaten, 13. September 1946, HStAD, RWV 199-202.

⁸⁸⁰ HStAD, RWV 206/207.

in der Halle der Talbotwerke.⁸⁸¹ Dr. Konrad Adenauer, der Zonenvorsitzende der CDU, sollte hierbei als Gastredner auftreten; zudem sollte Erich Lingens, der langjährige Vorsitzende der Aachener Zentrumsparterie, ein kurzes Referat halten.⁸⁸² Im Vorstand beschloss man, Kontakt mit der Aachener Straßenbahngesellschaft aufzunehmen, damit diese durch einen regelmäßigen Verkehr die Zubringung der Kundgebungsteilnehmer gewährleisten konnte. Ebenso musste man für Stellplätze für die Autos und Fahrräder der Teilnehmer sorgen. Die verschiedenen zu erledigenden Arbeiten wie die Beschaffung von Bänken, die Herrichtung eines alten Eisenbahnwaggons als reservierte Plätze für den Vorstand und die Kandidaten sowie die Grünausschmückung der Halle wurden innerhalb des Vorstandes verteilt. Des Weiteren wurde die JU mit dem Ordnungsdienst betraut und der Kartenpreis für die Veranstaltung wurde auf 0,50 RM festgesetzt, Kriegsgeschädigte ausgenommen.⁸⁸³ Der Kartenverkauf wurde in einer „Haus-zu-Haus-Aktion“ für den 28. und 29. September festgesetzt. Hierbei wollte man gleichzeitig Spenden für die Partei sammeln, neue Mitglieder werben und das bebilderte Flugblatt *„Unsere Kandidaten stellen sich vor“* verteilen. Die übrigen Werbetätigkeiten sollten bis zum Wahlsonntag fortgesetzt werden.

Über die Vorstandsarbeit dieser Zeit schrieb Maas später: *„Die äußerst interessanten Versammlungen waren ein überzeugender Beweis vom langsamen Erwachen des politischen Lebens an der Reiches Westgrenze [...]“*⁸⁸⁴

7.3 Gründung der Parteiorganisationen

Nach der Gründung der Aachener CDU wurde sehr schnell deutlich, dass eine politische Partei zur intensiveren Bewältigung

⁸⁸¹ Dieser Termin war erst nach langem Ringen mit der Landesleitung der CDU in Köln gefunden worden. Immer wieder hatte man Dr. Maas mitgeteilt, dass Oberbürgermeister Dr. Adenauer nicht zu den von Aachen vorgeschlagenen Terminen kommen könne. Die Landesleitung der Partei hatte versucht, zwei andere Personen nach Aachen zu senden, doch diese hätten nach Auffassung Maas' nicht genügend Zugkraft für die geplante Veranstaltung gehabt.

⁸⁸² RWV 101.

⁸⁸³ Vgl. RWV 101.

⁸⁸⁴ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

ihrer Aufgaben auf die Unterstützung von internen Parteigremien angewiesen war. Mithilfe der Parteiorganisation auf Ebene des Landkreises, der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (CDA), der Frauen Union (FU), der Jungen Union (JU) und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) versuchte die Aachener CDU, bereits in ihrer Anfangszeit als Volkspartei zu erscheinen, die den unterschiedlichen Belangen einer Gesellschaft gerecht wird. Mit Ausnahme der Frauen Union ist allen Parteiorganisationen seit ihrer Gründung bis zum heutigen Tag gemein, dass sie neben ihrer Eigenschaft als Parteiorganisation auch eine eigenständige Existenz haben, d. h., dass sie eigenständige Mitgliedschaften aussprechen und eigene Beiträge erheben können.

7.3.1 Die Gründung der CDU im Landkreis Aachen am Beispiel von Brand

Am 14. September 1944 wurde Brand durch die 1. Division der 1. Amerikanischen Armee kampflos besetzt.⁸⁸⁵ Etwa 3.000 Brandler waren dem Aufruf der NSDAP gefolgt und vor den anrückenden Alliierten in die Evakuierung gegangen.⁸⁸⁶ Die Zurückgebliebenen hatten gehofft, den Krieg bald hinter sich zu haben, doch die Gemeinde, die vom übrigen Reichsgebiet getrennt wurde, sollte in den folgenden Wochen zum unmittelbaren Frontgebiet werden. Brand geriet während der wiederholten Versuche der Amerikaner, die Stadt Aachen zu erobern, immer wieder unter Artilleriefeuer. Die Gemeinde hatte 490 Gefallene oder vermisste Soldaten⁸⁸⁷ und 29 Zivilopfer zu beklagen.⁸⁸⁸ Einige Tage später regte die amerikanische Besatzungsmacht, unter der Kommandantur von Ma-

⁸⁸⁵ Vgl. Molitor, Hans: Die Amerikaner sind da! Was nun?, in: Bürgerverein Brand (Hrsg.): Brand Heimatkundliche Blätter, 1994, Bd. 5, S. 104-117, hier: S. 107.

⁸⁸⁶ Vgl. Brammertz, Alfons: Erfolge durch Bürgerinitiative und Behördenarbeit, in: Rat der Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand. Früher und Heute, Aachen 1971, S. 106f.

⁸⁸⁷ Vgl. Molitor, Hans: Dulce et decorum est...? Gedanken und Anmerkungen zur Namensliste, in: Bürgerverein Brand (Hrsg.): Brand Heimatkundliche Blätter 1990, S. 83-119, hier: S. 83.

⁸⁸⁸ Vgl. Wallraff, Franz: Zwischen den beiden Weltkriegen, in: Rat der Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand. Früher und Heute, Aachen 1971, S. 105 (Künftig zitiert: Wallraff: Zwischen den beiden Weltkriegen, a. a. O., S.).

for Post,⁸⁸⁹ die Bildung eines Ausschusses an, der die durch die Evakuierung entstandenen Lücken in der Zivil- und Polizeiverwaltung wieder ausfüllen sollte und im Interesse der zurückgebliebenen Bevölkerung agieren sollte. Neben anderen Personen,⁸⁹⁰ die demokratischen Parteien vor 1933 angehört hatten, waren die früheren Zentrumsmitglieder Dr. Josef Lamby (*1875 †1959), Hubert Hannott (*1890 †1978) und Paul Küpper (*1916 †1983) Mitglieder dieses Ausschusses. Der bisherige Gemeindeoberinspektor Leonhard Hanbücken übernahm im Auftrag der Amerikaner die Leitung der Verwaltung als kommissarischer Bürgermeister. Die Hauptaufgabe des Ausschusses bestand in der gerechten Verteilung der spärlich vorhandenen Lebensmittel in der Bevölkerung sowie in der Unterbringung von Bürgern, die in den Kriegshandlungen ihre Bleibe verloren hatten bzw. aus der Evakuierung nach Brand zurückkehrten. Die Nachkriegszeit in Brand stand von Beginn an unter völlig anderen Voraussetzungen als die in der Aachener Innenstadt. Bereits wenige Monate nach dem Ende der Kriegshandlungen waren hier kaum noch Schäden im Ortsbild zu erkennen. Daraus ergab sich, dass die Problematik der fehlenden Unterkünfte, wie sie die bombardierte Aachener Innenstadt zu lösen hatte, hier relativ gering war. Des Weiteren gab es in Brand durch die ländliche Lage und durch den Schmuggel aufgrund der Nähe zur belgischen Grenze keine größeren Verpflegungsengpässe, wie sich ein Zeitzeuge zu erinnern weiß: *„Jeder hatte zur damaligen Zeit die Möglichkeit, neben Lebensmittelkarten noch über irgendetwas zu verfügen: Obstwiesen, Vieh etc. [...]“*⁸⁹¹

Wenn man somit allein die Rahmenbedingungen für einen gesellschaftlichen und politischen Wiederaufbau der Gemeinde Brand betrachtet, kann man festhalten, dass die Startbedingungen im Aachener Landkreis um einiges besser waren als in der Stadt Aachen selbst. Dies hatte zur Folge, dass die politisch engagierten Brander aus den Jahren vor 1933 bei ihrer Arbeit in

⁸⁸⁹ Dieser wurde kurze Zeit später in Eilendorf verwundet und durch Hauptmann Humphrey ersetzt.

⁸⁹⁰ Zu diesen Personen zählten u. a. Arnold Gier, Matthias Kessel, Adam Houck.

⁸⁹¹ Mündliche Auskunft Alfons Brammert, a. a. O.

dem von der Militärregierung gegründeten Ausschuss relativ schnell erkannten, dass die Entstehung von demokratischen Parteien für die weitere Entwicklung wichtig sein würde. Auch wenn mit dem Wechsel der Besatzungsmacht ein stärkeres Interesse an demokratischen Prozessen begann, war die Bevölkerung relativ verschlossen gegenüber einem politischen Neubeginn. Die Hauptinitiatoren für einen politischen Wiederaufbau, die in enger Fühlung mit den damaligen britischen Offizieren und Majoren standen, waren Dr. Josef Lamby, ein praktischer Arzt, Hubert Hannott, der erste Nachkriegsbürgermeister von Brand und Paul Küpper, der letzte Bürgermeister Brands vor der Eingemeindung 1972 nach Aachen. Ebenso wie die Gründer der CDU Aachen kannten sich die ersten Aktiven in Brand auch aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus aus ihrer gemeinsamen Arbeit als Zentrumsvertreter im Gemeinderat. Auch während des Nationalsozialismus und des Krieges hielten diese den Kontakt untereinander aufrecht und führten Gespräche mit der Motivation „[...] es muß weitergehen. Es muß eine neue Ordnung kommen und es darf nicht mehr nur eine Partei sein.“⁸⁹² Es muß ein demokratischer Staatsaufbau von staten gehen und dazu sind politische Parteien notwendig und Männer und Frauen, die diese Parteien gründen.“⁸⁹³ Die ersten Vorgespräche zur CDU-Gründung in Brand fanden in einem Hinterzimmer der Gaststätte Giesen⁸⁹⁴ sowie im Schreinereibetrieb Brammertz am Rollefer Berg⁸⁹⁵ statt. Durch die geografische Lage Brands - der Ort bildete damals den südlichsten Teil des Landkreises Aachen - bestanden nach den Angaben eines Zeitzeugen bei diesen vorbereitenden Treffen keinerlei Kontakte zur neu gegründeten CDU der Stadt Aachen.⁸⁹⁶ Das eigentliche Gründungstreffen, an dem neben den drei Hauptinitiatoren auch Arnold Gier, Wilhelm Hunds, Johann Grieff, Peter Vonhoegen, Josef Ziemons, Paul Küpper, Wilhelm Lauter, Josef Jung, Rudi Konwinsky und Alfons Brammertz teilnahmen, fand Ende 1945 oder in den ersten Januartagen 1946 im Wohnzim-

⁸⁹² Vor 1933 waren das Zentrum, die KPD und SPD im Brander Gemeinderat vertreten.

⁸⁹³ Mündliche Auskunft Alfons Brammertz, a. a. O.

⁸⁹⁴ Auf der Freunder Landstraße. Diese Adresse existiert nicht mehr.

⁸⁹⁵ Vgl. hierzu: CDU Brand: 50 Jahre Verantwortung für Brand, o. O. 1995.

⁸⁹⁶ Mündliche Auskunft Alfons Brammertz, a. a. O.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

mer von Dr. Josef Lamby, der in der Josefallee 16 wohnte, statt.⁸⁹⁷ Ein Zeitzeuge beschreibt die Situation wie folgt: „Man brachte sich mit dieser Parteigründung in die größte Verlegenheit [...] die meisten hatten sich geschworen, nie mehr hinter einer Fahne zu marschieren, nie mehr einer Partei beizutreten. Alle, die bei der Parteigründung anwesend waren, hatten im Nationalsozialismus in Form von Hausdurchsuchungen, usw. gelitten. Alle wußten genau, wenn sie etwas riskiert hätten, wären sie bei der Gestapo in Aachen gelandet, und wer das war, das wußte man ja, hatte es schwer, wieder nach Hause zu kommen.“⁸⁹⁸ Bei der Gründungsversammlung wurde Dr. Josef Lamby zum ersten Vorsitzenden der Partei gewählt und am 15. Februar 1946 von der britischen Militärregierung zum ersten Bürgermeister von Brand ernannt. Zu den 20 Mitgliedern des ersten ernannten Gemeinderates⁸⁹⁹ zählten, neben 5 SPD-Mitgliedern, 3 KPD-Angehörigen und 5 Parteilosen, vonseiten der CDU Dr. Josef Lamby, Johann Grieff, Hubert Hannott, Josef Jung, Wilhelm Lauter, Peter Vonhoegen und Josef Ziemons.⁹⁰⁰ Am 6. März 1946 fand die erste öffentliche Gemeinderatssitzung nach dem Kriege statt, auf der der englische Major Hill eine Rede hielt. Außerdem wurde im Rahmen dieser Sitzung Arnold Gier einstimmig zum ersten Gemeindedirektor ernannt. Die ersten Aufgaben nach der Gründungsversammlung in Brand glichen den Aktivitäten der Aachener CDU und standen im Zeichen der Mitgliederwerbung. Da Brand zu dieser Zeit circa 6.000 Einwohner hatte, verlief die Mitgliederwerbung zumeist mündlich sowie auf Freundschaftswegen und war nach Aussage der Zeitzeugen eine Frage der persönlichen Verbindungen. „Jeder kannte damals jeden in Brand“.⁹⁰¹ Auch hier war es schwer, junge Menschen für die Parteiarbeit zu gewinnen. Vielen waren im Krieg gefallen, befanden sich

⁸⁹⁷ CDU Aachen Brand: Christlich-Demokratische Union Aachen-Brand, o. O., 1992, S. 3 (Künftig zitiert: CDU Aachen Brand: CDU, a. a. O., S.).

⁸⁹⁸ Mündliche Auskunft Alfons Brammertz, a. a. O.

⁸⁹⁹ Ende Dezember 1933 war der letzte Gemeinderat in Brand aufgelöst worden; am 18. Juni 1935 wurde Bürgermeister Josef Töchters durch Wilhelm Rong abgelöst, der als NSDAP-Mitglied eine Autorität darstellte und bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht 1944 die Einordnung der Brander Bevölkerung in den nationalsozialistischen Staat forcierte. Vgl. Wallraff: Zwischen den beiden Weltkriegen, a. a. O., S. 93ff.

⁹⁰⁰ Mitgliederliste der ersten Gemeindevertretung in Brand, unveröffentlicht (Künftig zitiert: Mitgliederliste Gemeindevertretung Brand, a. a. O.).

⁹⁰¹ Mündliche Auskunft Alfons Brammertz, a. a. O.

noch in Gefangenschaft oder waren mit den Problemen des alltäglichen Lebens beschäftigt. Mit Ausnahme des 21-jährigen Alfons Brammertz und wenigen anderen hatten die Gründungsmitglieder und frühen Parteimitglieder der CDU Brand das 50. Lebensjahr überschritten. Eine ähnliche Problematik ergab sich in Hinblick auf den Frauenanteil in der jungen Partei. In den Anfangsjahren trat keine Frau als aktives Mitglied in Erscheinung. Noch mehr als in der Stadt war hier das Bild ausgeprägt, dass Politik Männersache sei. Bei der Berufszugehörigkeit verkörperte die CDU Brand, stärker als der Kreisverband Aachen, das Bild einer Volkspartei. Bereits die Gründungsmitglieder entstammten den unterschiedlichsten Berufsschichten.⁹⁰² In Bezug auf die Konfessionszugehörigkeit lässt sich festhalten, dass die Brander Bevölkerung überwiegend katholisch war; dementsprechend waren nur wenige frühe Parteimitglieder evangelisch.

Kurze Zeit nach der Gründung der CDU Brand fand am 27. Januar 1946 auf Initiative von Peter Meuser im Stolberger Hotel „Zur Krone“ die Gründungsversammlung des CDU-Kreisverbandes Aachen-Land statt.⁹⁰³ 134, hauptsächlich männliche CDU-Mitglieder aus dem gesamten Aachener Landkreis waren zu dieser Gründungsversammlung zu Fuß, mit dem Fahrrad oder per LKW erschienen. Für die Brander CDU nahmen Paul Küpper und Hubert Hannott an der Veranstaltung, die parallel zur ersten öffentlichen Kundgebung der CDU Aachen-Stadt in der Talbothalle stattfand, teil. Über diese Gründungsveranstaltung, bei der Peter Meuser zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde und bei der sich die CDU Brand dem Kreisverband Aachen-Land anschloss, existieren keine Aufzeichnungen. Auch hier wurde die Parteiarbeit der Anfangsjahre, neben der Mitgliederwerbung, von den Problemen der Wohnungsnot, der Lebensmittelknappheit und der Trümmerbeseitigung bestimmt, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„[...] wir haben verschiedene Aktivitäten organisiert, um von irgendwoher über den Tauschweg*

⁹⁰² Dr. Josef Lamby (Arzt), Hubert Hannott (Schreiner), Wilhelm (Lauter), Johann Grieff (Maurer), Josef Jung (Fabrikant), Peter Vonhoegen (Kaufmann), Josef Ziemons (Steinhauer). Vgl. Mitgliederliste Gemeindevertretung Brand, a. a. O.

⁹⁰³ AN vom 1.02.1946, 2. Jg., Nr.40.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Lebensmittel nach Brand zu bringen. Damals war die Versorgung der Bürger die Hauptarbeit der Partei."⁹⁰⁴ Bei dieser Betätigung und einem wöchentlichen Arbeitsaufwand, der zusammen mit dem eigenen Beruf auf 60-80 Stunden geschätzt werden kann, spielten alle anderen parteipolitischen oder programmatischen Überlegungen in Brand keine Rolle. „Wir waren Christen und wollten diese Stadt irgendwie christlich haben; wir wollten Demokraten sein“, umreißen die Zeitzeugen in Aachen und Brand ihre programmatischen Überlegungen. Bezüglich ihrer Kontakte war die Brander CDU mit ihrer Parteiarbeit eng auf die Grenzen der Gemeinde beschränkt; was bis zur Eingemeindung 1972 auch größtenteils so bleiben sollte. Zur Kreispartei nach Aachen gab es nur wenige Kontakte; in nur wenigen Fällen holte man sich den sachkundigen Rat von Maas, Ernst und Hofmann. In Brand gingen die Impulse weitestgehend von der Geistlichkeit aus. Intensive Kontakte hatte man zur CDU in den Gemeinden Kornelimünster, gegründet am 20. September 1945 als CSP, und Walheim. Zudem bestanden durch private Freundschaften Kontakte zu den anderen in Brand gegründeten Parteien. Durch die bereits gezeigte katholische Bevölkerung verliefen die ersten freien Wahlen am 15. September 1946 für die CDU in Brand erfolgreich. Die CDU stellte mit 15 Personen⁹⁰⁵ die stärkste Fraktion in der Gemeindevertretung.⁹⁰⁶ Dadurch konnte Dr. Josef Lamby, der besonders durch sein Engagement für die Bevölkerung in Brand während des Kriegs als Respektsperson galt, in seinem Amt als Bürgermeister in der ersten Gemeindevertretungssitzung am 9. Oktober 1946 in Anwesenheit des zuständigen britischen Major Hill bestätigt werden. Peter Vonhoegen wurde in dieser Sitzung zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt.

⁹⁰⁴ Mündliche Auskunft Alfons Brammert, a. a. O.

⁹⁰⁵ Dr. Josef Lamby, Hubert Hannott, Johann Ethen, Josef Myrers, Hubert Biermanns, Josef Wolter, Alois Ortmanms, Josef Jung, Paul Küpper, Heinrich Nießen, Adam Ziemons, Matthias Stockem, Peter Vonhoegen, Wilhelm Lauter, Wilhelm Hunds und Gerhard Wertz.

⁹⁰⁶ Diese bestand in der ersten Legislaturperiode aus folgenden Ausschüssen: Hauptausschuss, Finanzausschuss, Wohlfahrtsausschuss, Bau- und Friedhofsausschuss, Wohnungsausschuss, Schul- und Kulturausschuss sowie dem Ausschuss für Handwerk, Gewerbe und Transport.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

7.3.2 Die Gründung der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (CDA)

Bevor auf die Gründung der Christlich-Demokratischen Arbeiterschaft (CDA) in Aachen eingegangen werden kann, muss dargestellt werden, welche Rolle die Gewerkschaftsbewegung⁹⁰⁷ und hier vor allen Dingen die Gründung der Einheitsgewerkschaft innerhalb der Stadt spielte und welche Verbindungen von dieser zur Christlich-Demokratischen Union und den mit ihr verbundenen Sozialausschüssen ausgingen.

7.3.2.1 Die Gründung der Gewerkschaften in Aachen⁹⁰⁸

Bereits im November 1944, einen Monat nach der Befreiung der Stadt von den Nationalsozialisten, trafen sich in Aachen ehemalige Gewerkschafter, um mit dem Neuaufbau der Arbeiterbewegung und der Wiedergründung der Gewerkschaften zu beginnen. Bereits vor dem Krieg hatte es zwischen den Gewerkschaften mit unterschiedlicher parteipolitischer Richtung Gespräche darüber gegeben, dass durch eine parteipolitische Zersplitterung keine optimalen Ergebnisse für die Arbeitnehmer erzielt werden könnten. Diese Gedanken und Aussprachen über einen möglichen Gewerkschaftsbund wurden durch den Nationalsozialismus und den damit verbundenen Krieg unterbrochen. Trotz des von den Alliierten verhängten Versammlungsverbots trafen sich Mathias Wilms⁹⁰⁹, Heinrich Hollands, Anna Braun-Sittarz⁹¹⁰, Jean van

⁹⁰⁷ Vgl. hierzu: Kuhn, Ludwig: Geschichtliches aus Arbeit und Industrie im Regierungsbezirk Aachen (mit einem Nachtrag 1924-1946), 2. Aufl., Aachen 1947.

⁹⁰⁸ Vgl. hierzu: Bericht zur Gründung der Einheitsgewerkschaft in Katholische Arbeitnehmerzeitung 5/85.

⁹⁰⁹ Mathias Wilms (*1893), gelernter Weber. Seine fachliche Tüchtigkeit und sein gewerkschaftliches Engagement verschafften Wilms Anerkennung bei seinen Kollegen. Sie wählten ihn in den Betriebsrat von Aachens größtem Textilbetrieb, der Firma Delius, dessen Vorsitzender er 1924 wurde. 1926 wurde er Geschäftsführer und Kassierer des Textilarbeiterverbandes der Ortsverwaltung Aachens. Er war Sozialdemokrat und ehemaliges Mitglied der freien deutschen Arbeiterbewegung. 1933 war er wegen hitlerfeindlicher Bemerkungen für 18 Monate inhaftiert worden und stand später immer wieder unter Gestapo-Beobachtung. Er war eine der wenigen Personen, der die Militärregierung bescheinigt hat, hundertprozentig frei von jeder Spur von Nazismus zu sein.

⁹¹⁰ Anna Braun-Sittarz (*1892) gehörte bereits ab 1924 für die KPD dem Stadtrat an. Sie geriet bereits in den Anfangsjahren des Nationalsozialismus für 27 Monate ins Gefängnis. Nach ihrer Entlassung betrieb sie einen Milchkiosk (Ecke Königstraße/Mauerstraße), der in Aachener Widerstandskreisen als Anlaufstelle bekannt war.

Wersch, Nikolaus Kreitz⁹¹¹ und Peter Spiegelmacher⁹¹² ab Dezember 1944 immer häufiger, um die Neugründung der Gewerkschaft voranzutreiben. Wie auch im Bereich der politischen Parteien hatten viele von ihnen unter den Auswirkungen des Dritten Reiches leiden müssen⁹¹³, hatten Gefängnis- und Zuchthausstrafen hinter sich, hatten die Zeit im „Wartestand“ verbracht oder waren wie Heinrich Hollands durch ein Berufsverbot⁹¹⁴ an die wirtschaftliche Existenzgrenze geraten. Allerdings waren sich die Frauen und Männer der ersten Stunde darin einig, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen müsse und dass man sich gegen eine Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene politische Richtungen, wie es in der Weimarer Republik üblich gewesen war, einsetzen müsse. *„Die neue Gewerkschaft sollte alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf politische, religiöse und weltanschauliche Ansichten vereinigen. Sie sollte eine starke Zentralorganisation sein, nicht nach Berufsgruppen getrennt [...] (sondern) offen sein für alle Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte und Beamte, und – das Wichtigste – parteipolitisch unabhängig nach allen Seiten.“*⁹¹⁵ Während dieser ersten Gespräche trat die Gruppe um Wilms und Hollands bereits in Kontakt mit Oberbürgermeister Oppenhoff, um diesen von ihren Plänen zu unterrichten.⁹¹⁶ Nachdem sich die Gruppe auf Form und Programm der neu zu gründenden Gewerkschaft geeinigt hat-

⁹¹¹ Nikolaus Kreitz (*1889), Ausbildung und Beschäftigung in den Nadelfabriken Zimmermann und Lammertz. 1915 wurde Kreitz als Soldat eingezogen und arbeitete als Mitglied der SPD und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Textil- und Metallbranche. Während des Nationalsozialismus wurde er immer wieder von der Gestapo ins Visier genommen. Hausdurchsuchungen blieben jedoch ergebnislos.

⁹¹² Peter Spiegelmacher (*1902), Schlosser. Stammt aus einer gewerkschaftlich geprägten Familie. Nach einer Lehre in der Nadelfabrik Lammertz wurde er Gewerkschaftsmitglied und arbeitete in Metall- und Textilbetrieben in Aachen. 1930 wurde er Mitglied im Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten organisierte er mit Wilms den sozialdemokratischen Widerstand. Am 10. Dezember 1933 wurde Spiegelmacher vom Oberlandesgericht in Hamm wegen Hochverrats zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung war er bis 1937 arbeitslos.

⁹¹³ Brülls, Klaus/ Casteel, Winfried: „Schafft die Einheit“, Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, in: DGB-Bildungswerk NRW e. V. (Hrsg.): „Schafft die Einheit“, Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Essen 2005, S. 35 (Künftig zitiert: Brülls/ Casteel: „Schafft die Einheit“, a. a. O., S.).

⁹¹⁴ Heinrich Hollands (*1875) war nicht bereit gewesen, als Drucker für das Aachener Naziblatt „Westdeutscher Beobachter“ zu arbeiten und dadurch die nationalsozialistische Propaganda mitzuverbreiten. Die Arbeitslosigkeit infolge des Berufsverbots traf ihn hart.

⁹¹⁵ Brülls/ Casteel: „Schafft die Einheit“, a. a. O., S.11.

⁹¹⁶ Vgl. hierzu: Schwabe: Nachkriegszeit in Aachen, a. a. O., S. 36.

te, wurde eine Kommission gewählt, die in Kontakt mit der zuständigen amerikanischen Militärverwaltung treten und die Zulassungsverhandlungen führen sollte. Ein erstes Treffen zwischen dem amerikanischen Major Bradford und der Kommission, der Mathias Wilms, Heinrich Hollands, Anna Braun-Sittarz und Jean van Wersch angehörten, fand am 10. März 1945 statt. Mit Berufung auf die Erklärung Dwight D. Eisenhowers, dem Oberkommandierenden der Alliierten Streitkräfte in Europa, vom 22. Dezember 1944, in der die Auflösung der DAF und - „sobald die Umstände es gestatten“ - die Gründung demokratischer Gewerkschaften angekündigt wurden,⁹¹⁷ legte die Kommission Bradford ihre Vorstellungen dar. Major Bradford stand der Idee der Neugründung einer Aachener Gewerkschaft positiv gegenüber und gab, nachdem ihm ein vorläufiger Programmentwurf vorgelegt worden war, am 14. März die Erlaubnis zur Gewerkschaftsgründung. Die Gründungsversammlung fand, während in weiten Teilen des Deutschen Reiches noch gekämpft wurde, am 18. März 1945 im Gebäude der Handwerkskammer in der Couvenstraße statt.⁹¹⁸ Ähnlich wie bei der Gründung der Parteien erfolgte auch hier die Einladung durch Handzettel und Mund-zu-Mund-Propaganda. Zwar hieß es in der von Wilms unterzeichneten Einladung zur Gründungsversammlung noch „Wiedereröffnung der Gewerkschaften unter dem Namen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“, was der sozialdemokratischen Richtungsgewerkschaft der Weimarer Zeit entsprach. Gegründet wurde jedoch eine neue Einheitsorganisation, aus der sich zwei Jahre später der heutige DGB entwickelte.⁹¹⁹ Zu dieser Gründungsversammlung kamen über 80 Personen zusammen, überwiegend alte Gewerkschafter aus der Weimarer Republik. Neben sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Gewerkschaftsvertretern waren der amtierende Aachener Oberbürgermeister Oppenhoff, der Präsident der Handwerkskammer Walter Bachmann sowie Vertreter der amerikanischen Militärregierung unter den Gästen. Die Versammelten waren sich darüber einig, dass als Konsequenz der politischen Niederlage der Arbeiterbewegung vor dem Nationalsozialismus verhindert

⁹¹⁷ Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, a. a. O., S. 236.

⁹¹⁸ Vgl. hierzu: AN, vom 21.03.1945, 1.Jg. Nr. 9

⁹¹⁹ Schwabe: Nachkriegszeit in Aachen, a. a. O., S. 36.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

werden musste, dass die Gewerkschaftsbewegung wieder zu einem „Tummelplatz parteipolitischer Leidenschaften“ wird. Die vereinzelt Wiedergründungen von Richtungsgewerkschaften blieben, wie im Bereich der politischen Parteien, nur Episoden.⁹²⁰ Durch den Namen „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Aachen“ (FDGB) versuchte man, die Auffassung von Einheit und parteipolitischer Unabhängigkeit zu unterstreichen. Am Ende der Versammlung wurde das „Aachener-13-Punkte-Programm“ als erstes Gewerkschaftsprogramm nach dem Nationalsozialismus angenommen⁹²¹ und folgende Personen wurden neben Mathias Wilms, den man zum Geschäftsführer bestimmte, in den Vorstand gewählt: Anna Braun-Sittarz, Toni Valder, Nikolaus Kreitz und Peter Spiegelmacher. Am 1. April 1945 konnte der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ seine Arbeit aufnehmen. Als Geschäftsstelle standen ihm drei Räume im Haus der ehemaligen „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF)⁹²² Ecke Adalbertstraße/ Peterstraße zur Verfügung. Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 wurde die Neugründung der Gewerkschaft noch einmal offiziell bestätigt. Die Arbeit des Gewerkschaftsbundes in Aachen in den ersten Nachkriegsjahren war gekennzeichnet durch die Wiederaufnahme von Produktion und Arbeit, die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Kleidung, Heizmaterial und Nahrung sowie durch die Mitarbeit an der Wiederentstehung des politischen Lebens. Mit dem Übergang Aachens an die britische Besatzungsmacht im Juni 1945 wurden die zentralistischen Organisationsvorstellungen in Form einer zentralen Einheitsgewerkschaft, die für die einzelnen Branchen nur mehr Abteilungen vorsah, blockiert und das Prinzip eines Bundes von Industrieverbänden wurde befürwortet. Weiterhin Bestand haben sollte jedoch das Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit. Die Gewerkschaften sollten vorerst nur auf lokaler Ebene wieder gegründet

⁹²⁰ Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, a. a. O., S. 65.

⁹²¹ Das „Aachener 13-Punkte-Programm“ durch Hans Böckler wurde dem 1949 neu gegründeten DGB als Programm des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Vgl. Brülls/ Castell: „Schafft die Einheit“ a. a. O., S. 55.

⁹²² Die Deutsche Arbeiterfront wurde am 10. Mai 1933 infolge der Zerschlagung der Gewerkschaften vom 2. Mai 1945 von den Nationalsozialisten gegründet. Da in ihr Arbeiternehmer und Unternehmer zwangsweise organisiert wurden, stellte sie keine unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer dar.

werden. Offenbar hatten die Gewerkschaftsgründer nicht nur mit Apathie und Resignation in der Bevölkerung zu kämpfen, sondern auch mit der Skepsis und dem Misstrauen der alliierten Besatzungsmächte. Die Alliierten erwarteten von den neu gegründeten Gewerkschaften zum einen, dass sie eine Wirtschaftsorganisation darstellen sollten, und zum anderen sollten sie keine Unterschlupfmöglichkeit für unkooperative Personen und ehemalige Nationalsozialisten sein. Die Organisationspläne der Alliierten im Bereich der Gewerkschaften waren von Sicherheitsbedürfnissen, antizentralistisch-demokratischen Grundüberzeugungen sowie vom Vorbild der eigenen englischen und amerikanischen Gewerkschaften geprägt. Im Juni 1945 hatte die Gewerkschaft bereits fünf Ortsverbände in Nachbarstädten und etwa 1.300 Mitglieder. Nachdem sich die alliierten Besatzungsmächte auf der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 auf die Zulassung von freien Gewerkschaften geeinigt hatten, wurde auch im Gebiet der britischen Zone in Form von Direktiven der Weg für Gewerkschaftsgründungen auf breiter Basis freigemacht.⁹²³ Bereits am 6. August 1945 wurde die Gründung von Gewerkschaften in der britischen Zone gestattet.⁹²⁴ Allein in der britischen Besatzungszone wurden in der Zeit zwischen Oktober 1945 und März 1946 rund 400 Anträge auf Zulassung von Gewerkschaften gestellt.⁹²⁵ Dennoch hatten die Briten keine Eile bei der Zulassung einer zentral ausgerichteten Einheitsgewerkschaft. In Hinblick auf diese Tatsache beschloss man bei der ersten Gewerkschaftskonferenz in Düsseldorf am 7. Dezember 1945, zunächst autonome Gewerkschaften aufzubauen, jedoch ohne die weiter gehenden, zusammenfassenden Pläne aus dem Auge zu verlieren.⁹²⁶ Auf den nachfolgenden Gewerkschaftskonferenzen der britischen Zone in Hannover und Bielefeld wurde die Frage der Organisationsform immer wieder umstritten diskutiert. Doch die

⁹²³ Vgl. hierzu: Müller, Gloria: Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht - Unternehmer - Gewerkschaften, Düsseldorf 1988, S. 21ff.

⁹²⁴ Vgl. Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften, a. a. O., S. 238.

⁹²⁵ Vgl. Schneider, Michael: Neubau und Kontinuität: Zur Wiedergründung der Gewerkschaften in Westdeutschland vor 60 Jahren, in: DGB-Bildungswerk (NRW) e. V.: „Schafft die Einheit“, Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, 2005, S. 65 (Künftig zitiert: Schneider: Neuaufbau und Kontinuität, a. a. O., S.).

⁹²⁶ Vgl. ebenda, S. 67.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Politik der britischen Militärregierung bestimmte schließlich mit der Industrial Relations Directive Nr. 10 vom 12. April 1946 die weitere Vorgehensweise. Nach dieser Direktive wurden die Gewerkschaften ähnlich wie die Zeitungen einem Dreiphasenplan unterworfen. Nach diesem Plan durften die Gewerkschaften zunächst nur auf lokaler Ebene Versammlungen abhalten sowie Programme und Satzungen entwerfen. In einer zweiten Entwicklungsphase sollte es dann zur Anmietung von Räumlichkeiten und zur Mitgliederwerbung kommen, bevor in der dritten Phase das Wachstum der Gewerkschaft durch die Wahl von Funktionären und die Aufnahme der Gewerkschaftsarbeit gekennzeichnet sein sollte. Erst zwei Jahre nach der Aachener Gründung erhielten die Gewerkschafter der britischen Zone die Erlaubnis, einen Zonenverband aus den selbstständigen Einzelgewerkschaften zu bilden, der in der Kontinuität der deutschen Gewerkschaftsentwicklung stehen würde.⁹²⁷ Der Gründungskongress fand vom 22.-24.4.1947 in Bielefeld statt. Dieses Organisationsmodell setzte sich in den westlichen Besatzungszonen durch - wenn auch langsam, denn aufgrund der Einschränkungen im Bereich des Reiseverkehrs, der Kommunikationsmöglichkeiten sowie des Mangels an Papier war man ähnlich wie die Parteigründer eingeschränkt. So vollzog sich die Organisation von der Bildung von Zonen und Landesverbänden über zonenübergreifende Zusammenschlüsse bis schließlich hin zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Bundesrepublik Deutschland (DGB), der im Oktober 1949 in München erfolgte.

Um dem Ziel *„Vertretungen der Gewerkschaften in allen Zweigen des öffentlichen Lebens“* gerecht zu werden, war es wichtig, dass sich Gewerkschafter als Mitglieder politischer Parteien betätigten, um so ihren interessenspolitischen Zielen Gewicht zu verleihen und auf kommunalpolitische Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Um diesem Ziel gerecht zu werden, gründeten die Vertreter der unterschiedlichen politischen Richtungen schon bald eigene Gewerkschaften bzw. stellten in Form von Ausschüssen die Verbindung zu den Parteien her - so

⁹²⁷ Vgl. Schneider: Aufbau und Kontinuität, a. a. O., S. 69.

auch in Aachen. Von den christlichen Gewerkschaftern aus der Weimarer Zeit, die an der Gründungsversammlung des FDGB teilnahmen, ist wenig bekannt. Unklar ist auch, ob Johannes Ernst, der spätere Mitbegründer der Aachener CDU, dieser Versammlung beiwohnte. Wahrscheinlich ist nur, dass die Verbindung der Aachener CDU zu den Gewerkschaften über ihn, der bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein Mitglied des „Gewerkvereins Christlicher Bergarbeiter Deutschlands“ (GCBD) im Ruhrgebiet war, entstanden sein muss.⁹²⁸

7.3.2.2 Die Gründung der „Sozialausschüsse“

Nach 1945 versuchten die katholischen Intellektuellen und ehemaligen christlichen Gewerkschafter erfolglos, die Öffnung der Zentrumspartei nach links zu praktizieren.⁹²⁹ Nachdem die Idee einer „Labour-Party“⁹³⁰ gescheitert war, konzentrierten sich die christlichen Gewerkschafter auf die Mitarbeit beim Aufbau der neu entstehenden CDU. Somit gehörten ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre katholischer Herkunft 1945 sowohl zu den Mitbegründern der Einheitsgewerkschaft als auch zu denen der CDU. Ihren entschiedenen Einsatz für die Einheitsgewerkschaft und gegen die Wiedergründung der christlichen Gewerkschaften verstanden sie mehrheitlich als notwendige Konsequenz aus der gewerkschaftlichen Niederlage des Jahres 1933 und ihren Folgen.⁹³¹ Sie waren der Auffassung, dass ihre weltanschauliche Zerrissenheit einer der Gründe dafür war, dass der Nationalsozialismus 1933 ohne Widerstand vonseiten der Arbeiterschaft die Macht an sich reißen konnte.⁹³²

⁹²⁸ Vgl. hierzu: Brülls, Klaus/ Casteel, Winfried: „Schafft die Einheit“, a. a. O., S. 34.

⁹²⁹ Vgl. Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee des christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978, S. 195ff.

⁹³⁰ Die Einheitsgewerkschaft kann als Verwirklichung der linksrepublikanischen Tradition des katholischen Arbeiterflügels auf gewerkschaftlicher Ebene angesehen werden. Vgl. Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990, S. 152 (künftig zitiert: Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S.).

⁹³¹ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Zwischen Sozialkatholizismus und Parteiorientierung. Die christlich-sozialen Funktionäre im DGB von 1945-1960, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/91, S. 330.

⁹³² Vgl. Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 11.

Die CDA, auch „Sozialausschüsse“ genannt, wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären aufgebaut, um auf der Grundlage der christlich-sozialen Tradition auf die CDU und auf die Einheitsgewerkschaft gleichermaßen Einfluss nehmen zu können. *„Bei der christlichen Volkspartei hatte man Angst, dass die Arbeitnehmerschaft untergebuttert wird. Bei der Einheitsgewerkschaft fürchtete man die Überlegenheit der Sozialdemokraten. Damit verstanden sich die Sozialausschüsse sowohl als Teil der Arbeiterbewegung als auch als Teil einer Klassen übergreifenden Volkspartei.“*⁹³³

Die Initiative zur Gründung der Sozialausschüsse ging im Rheinland und in Westfalen nicht von unten, von den christlich-sozialen Arbeitern selbst aus, sondern von den ehemaligen christlichen Gewerkschaftsfunktionären. Auf Anregung von Adam Stegerwald wurde Johannes Albers, der gerade aus nationalsozialistischer Gefangenschaft in Berlin gekommen war, der entscheidende Motor dieser Bewegung. Im August 1945 eröffnete Albers im Kölner Kolpinghaus auf der Breiten Straße, in dem auch die CDU gegründet worden war, das „Büro Albers“. Neben der Koordinationsstelle zur Gründung der CDU wurde es für die ehemaligen christlichen Gewerkschafter sowie für die ehemaligen Mitglieder der evangelischen und katholischen Arbeitervereine zur Anlaufstelle. Diese wurden durch die erste programmatische Überlegung im Kloster Walberg, den *„Ruf zur Sammlung des deutschen Volkes“* zur Mitarbeit aufgerufen. Vor allem sollten sie sich mit den darin enthaltenen Forderungen nach einem *„wahren christlichen Sozialismus, der nichts gemein hat mit falschen kollektivistischen Zielsetzungen, die dem Wesen des Menschen von Grund auf widersprechen“* identifizieren. Bis zum Jahresende nutzte man die Zeit mittels eines Netzes von Vertrauensmännern zur Findung und Kontaktaufnahme mit den ehemaligen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretären der christlich-sozialen Arbeiterbewegung. Vorbild für diese Sammlungsarbeit waren die Arbeiterräte der Zentrumsparterie. Am 14. Dezember 1945 versuchte Johannes Albers, diese mit einem Rundschreiben zur Sammlung

⁹³³ Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 151.

des „*gesamten christlichen Werkvolkes auf einer gemeinsamen politischen Plattform*“ zu bewegen. In diesem Schreiben wurde deutlich, dass Albers zunächst daran gedacht hatte, dieser Sammlungsbewegung den Namen „*christliches Werkvolk*“ zu geben, was jedoch auf den Widerstand der katholischen Arbeitervereine stieß. In einem weiteren Schreiben vom 12. Januar 1946 übermittelte er den Vertretern der christlich-sozialen Arbeiterbewegung ein Anschriftenverzeichnis, das 186 ehemalige Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre aufwies, und lud sie zu einem Treffen ein, welches am Ende des gleichen Monats in Düsseldorf stattfand. Bei diesem Treffen einigte man sich darauf, sich Anfang Februar 1946 zu ersten programmatischen Überlegungen im Kloster Walberg unter der Leitung des Dominikaners Eberhard Welty zusammenzufinden.⁹³⁴ Zudem wurde der Aufbau einer Schulungsarbeit anvisiert, womit das Defizit, das durch den Wegfall der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins für das katholische Deutschland entstanden war, ausgeglichen werden sollte. Beispielsweise wurden ab 1946 im Kloster Walberg Bildungskurse für Arbeiter eingerichtet. Eine entscheidende Bedingung für die Ausbreitung der Sozialausschüsse war das Vorhandensein einer katholischen Arbeiter- und Gewerkschaftstradition. Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) wurden 1946 im Kolpinghaus in Herne gegründet und Jakob Kaiser wurde zu ihrem ersten Vorsitzenden und Johannes Albers zum Geschäftsführer ernannt. Ab diesem Zeitpunkt wurden, mit unterschiedlicher regionaler Verankerung, überall in der britischen Zone Sozialausschüsse gegründet; das Stammland war Nordrhein-Westfalen. Es dauerte etwa ein Jahr, bis sich die lokalen Gruppen vom 28.-30. November 1946 erstmals zu einer zonenweiten Tagung in Herne trafen,⁹³⁵ bevor im November 1947 mit der Reichstagung am gleichen Ort das erste überregionale Treffen mit etwa 700 bis 800 Teilneh-

⁹³⁴ Vgl. Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Landesverband Rheinland (Hrsg.): 40 Jahre CDA Rheinland - Aufgabe und Verpflichtung für die Zukunft, o. O., 1984, S. 2.

⁹³⁵ Landessozialausschuss der CDU (Hrsg.): Erste Reichstagung der gesamtdeutschen Sozialausschüsse der CDU/CSU in Herne in Westfalen am 28., 29. und 30. November 1947, Köln 1947.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

mern⁹³⁶ stattfand. Dabei wurde offiziell eine Arbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse für ganz Deutschland mit Geschäftssitz in Köln gegründet.⁹³⁷ Zwischen 1945 und 1947 gelang es den Sozialausschüssen, einen relativ weit reichenden programmatischen und personellen Einfluss in der CDU der britischen Zone zu erlangen. Beispielsweise wurden ihre gemeinwirtschaftlichen und kapitalismuskritischen Vorstellungen auf der Reichstagung der CDU in Bad Godesberg (Dez. 1945) sowie im Ahlener Programm (März 1947) zum programmatischen Bezugspunkt der Gesamtpartei erklärt. Zudem erfuhren die Sozialausschüsse eine besondere Aufwertung dadurch, dass einer ihrer führenden Köpfe zum Ministerpräsidenten des ökonomisch und politisch wichtigsten Bundeslandes gewählt wurde.⁹³⁸

In Aachen erfolgte die Gründung der Sozialausschüsse nach der Genehmigung der Aachener CDU, am 10. Dezember 1946. Wie für viele dieser frühen Gründungsversammlungen gilt auch bei der CDA, dass es eine schriftlose Zeit war und somit keine Protokolle der ersten Jahre vorhanden sind. In Aachen Stadt und Land hatten die späteren Gründer der CDA auch während des Krieges den Kontakt untereinander aufrecht erhalten. Viele kannten sich aus der Zeit der Weimarer Republik und durch ihre Aktivitäten in der christlichen Gewerkschaft und der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB). Hinzu kamen wirtschaftspolitisch interessierte junge Menschen, sodass die CDA - anders als die Partei - eine von der Altersstruktur her gemischte Vereinigung war.⁹³⁹ Anfang des Jahres 1946 wurde das Mitglied des Kreisvorstandes Ferdi Stockmann zum ersten Vorsitzenden der Aachener CDA gewählt. Anders als bei der CDU mangelte es der CDA nicht an Mitgliedern; ihr gehörten bereits in den ersten Jahren ungefähr 1.000 Mitglieder an.⁹⁴⁰ Trotz der relativ frühen Einführung eines zusätzlichen Mitgliederbeitrags zum CDU-Parteibeitrag, konnte die Christlich-Demokratische Arbei-

⁹³⁶ Vgl. Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 164.

⁹³⁷ Vgl. hierzu: Uertz, Rudolf: Christentum und Sozialismus, a. a. O.

⁹³⁸ Schröder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 155.

⁹³⁹ Mündliche Auskunft Leo Frings, Interview am Freitag, den 25.11.2005 (Künftig zitiert: Mündliche Auskunft Leo Frings, a. a. O.).

⁹⁴⁰ Ebenda.

terschaft in Aachen ein relativ stabiles Wachstum der Mitgliederzahlen verzeichnen. Somit kann man für die 50er und 60er Jahre sagen, dass über die Hälfte der CDU-Mitglieder ebenfalls der CDA angehörten.⁹⁴¹ Ebenso wie die Partei spiegelte die CDA ein unausgewogenes Männer/Frauen-Verhältnis wider. Nach den Erinnerungen der Zeitzeugen gehörten den ersten Vorständen ungefähr zwei Frauen an, die zudem innerhalb der Aachener CDU bzw. in den Gremien des Landkreises aktiv waren.⁹⁴² Die erste Aufgabe der CDA in der britischen Zone war die Einflussnahme auf die frühen programmatischen Überlegungen der CDU im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitnehmerinteressen. Inwieweit die CDA in Aachen Einfluss auf die programmatische Arbeit hatte, ist nicht belegbar. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Christlich-Demokratische Arbeiterschaft Aachens in Person von Johannes Ernst, dem späteren Arbeitsminister in der ersten Regierung Arnold, größeren Einfluss auf die Programmarbeit der CDU beispielsweise in Ahlen genommen hat.⁹⁴³

Für die weitere Entwicklung der CDA kann festgehalten werden, dass es in den folgenden Jahren zu einem regional ungleichen Ausbau der Landes- und Kreisverbände kam. Die Geschäftsstelle wurde von Köln nach Königswinter verlegt, wo am 6. November 1948 das Adam-Stegerwald-Haus als Zentrum der Sozialausschüsse eröffnet wurde. Auf ihrer „Deutschlandtagung“ am 2. und 3. Februar 1950 in Oberhausen gaben sich die Sozialausschüsse eine offizielle Satzung als Bundesorganisation, in der sie sich als eigenständige Vereinigung der CDU bezeichneten, für die eine eigene Mitgliedschaft notwendig war. Im Jahre 1955 spaltete sich die christlich-soziale Kollegschaft von der Einheitsgewerkschaft ab und begründete die christliche Gewerkschaft wieder.⁹⁴⁴

⁹⁴¹ Ebenda.

⁹⁴² Vgl. mündliche Auskünfte Leo Frings und Franz Stettner, a. a. O.

⁹⁴³ Vgl. hierzu: Mündliche Auskunft Leo Frings, a. a. O.

⁹⁴⁴ Vgl. Scholl, Horst-Dieter: Die Neugründung christlicher Gewerkschaften in Westdeutschland, Marburg 1960, S. 142.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

7.3.3 Die Gründung der Frauen Union

„Die Vereinigung der Frauen in der CDU ist der organisatorische Zusammenschluß der weiblichen Mitglieder der CDU. Sie hat zwei große Aufgabengebiete: die Frauen für die aktive politische Arbeit zu gewinnen und geeignete Kandidaten für die parlamentarischen Organe aufzustellen [...].“⁹⁴⁵

So lautete die offizielle Definition der Bundesgeschäftsstelle. Auch die britische Besatzungsmacht unterstützte die Frauennarbeit nachhaltig. Da Frauen während der Zeit des Nationalsozialismus kaum politische Ämter ausüben durften und deshalb aus der Sicht der Besatzungsmächte politisch unbelasteter waren als Männer, war den Alliierten die Einbeziehung der Frauen in die politischen Entscheidungsprozesse ein wichtiges Anliegen.⁹⁴⁶ Mit der Vertretung der Frauen in den Parteien und später auch Parlamenten sah es, wie bereits gezeigt, anders aus. Im Rheinland und Westfalen stellten Frauen zwar die Mehrheit in der Bevölkerung und damit auch der Wähler, doch in den parteipolitischen und parlamentarischen Gremien waren sie in der Minderheit. Aus diesem Grund waren die Frauen, die aktive Parteimitglieder waren, der Auffassung, dass es neben den bestehenden Frauenausschüssen der CDU eine besondere Förderungs- und Schulmöglichkeit für Frauen innerhalb der Partei geben müsse. Somit galt es neben dem Aufbau der Partei auch, die Interessen der Frauen zu organisieren. Die Bewältigung des Alltags, die Sorge für die Familie und die Erziehung der Jugend waren die Hauptprobleme, mit denen sich die (oft alleinstehende) Frau nach Kriegsende konfrontiert sah. Mithilfe von Flugblättern versuchte man, Frauen auf die sie bewegenden Themen anzusprechen. Diese Art der Kontaktaufnahme führte in Aachen am 20. August 1946 zur Gründung der „Frauen Union“ (FU), die damit die erste und älteste Frauen Union im späteren Gebiet der Bundesrepublik war. An diesem Dienstag im August trafen

⁹⁴⁵ CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Die Christlich-Demokratisch Union Deutschlands. Geschichte, Idee, Programm, Statut, 3. Aufl. Bonn 1962. a. a. O., S. 21 (Künftig zitiert: CDU: Die CDU, a. a. O., S.).

⁹⁴⁶ FU Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Frauen-Info. Sonderausgabe 50 Jahre Politik für Frauen, Düsseldorf 2005, S. 10.

sich um 18:00 Uhr Mitarbeiterinnen aus den Bezirksvorständen und sonstige aktive weibliche Mitglieder im Konferenzzimmer der CDU-Geschäftsstelle an der Neupforte 5/7.⁹⁴⁷ Die meisten der versammelten Frauen waren Hausfrauen und Fürsorgerinnen.⁹⁴⁸ Zu den wichtigsten Gründungsmitgliedern der FU Aachen gehören neben Frau Dr. Clementine Norres, die zur ersten Vorsitzenden gewählt wurde, Frau Dr. Helene Weber und für die evangelische Seite Emmi Welter.

*

Bereits Anfang der 20er Jahre, unterbrochen während der Zeit des Nationalsozialismus, war Emmi Welter⁹⁴⁹ die erste Frau im Presbyterium der evangelischen Gemeinde in Aachen. Sie setzte sich in dieser Funktion besonders für die rechtliche Gleichstellung von Theologinnen mit ihren männlichen Kollegen ein. Auch ihre Funktion als Mitglied des Müttergenesungswerks und des Leistungskreises der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland diente diesen frauenpolitischen Zielen. In der Zeit von 1955 bis 1966 stand Emmi Welter der Frauen Union Aachen als erste Vorsitzende vor und war von 1950 bis 1961 Mitglied im Rat der Stadt Aachen, bis sie ihre städtischen Ämter niederlegte, um sich ganz ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag zu widmen. In diesen war Emmi Welter am 4. Januar 1954 für den verstorbenen Abgeordneten Walter Kolbe nachgerückt. Dort wirkte sie bis 1965 unter anderem am Zustandekommen des Familienlastenausgleichs, des Jugendwohlfahrtsgesetzes sowie der Sozialhilfegesetzgebung an entscheidender Stelle mit.

*

Bei dieser Gründungssitzung⁹⁵⁰ umriss Frau Dr. Norres die kommende Arbeit der „Frauen Union“. Wie bei der CDU im Allgemeinen hatte auch bei dieser Parteiorganisation die Werbung neuer

⁹⁴⁷ Gründungssitzung Frauen Union, Anwesenheitsliste vom 20.08.1945 (RWV46/116) (Künftig zitiert: HStAD, RWV 46/116)

⁹⁴⁸ Vgl. Anwesenheitsliste ebenda.

⁹⁴⁹ Vgl. hierzu: Engberg, Gisela/ Fischer-Holz, Elisabeth: Emmi Welter. Sitzstreik gegen Adenauer, in Laschet, Armin (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an die Abgeordneten aus dem Wahlkreis "Karls des Großen", Eupen 1995, S. 33-51.

⁹⁵⁰ Teilnehmer waren: Betty Jonas, Agnes Jacques, Ottilie Höhner, Margot Schlenker, Josefina Richter, Käthe Gierlings, Käthe Dollmann, Helma Thonet, Magret Müller, Maria Leblane, Fine Wüstmann, Elis Lutterbach, Dr. Clementine Norres, Maria Lemmert. Vgl. HStAD, RWV 46/116.

Mitglieder oberste Priorität. Die Findung politisch interessierter und „zuverlässiger Mitarbeiterinnen zur Verwirklichung der christlichen Arbeit“ wurde auch hier als schwierig eingestuft. Neben dieser Frage stand ein Bericht von Frau Odenbreit über die Zusammenkunft der Frauenausschüsse mit der britischen Militärregierung zum Thema Lebensmittelversorgung am vergangenen Dienstag auf der Tagesordnung. Die Vertreter der Frauen hatten erreicht, dass die britische Stadtkommandantur ihnen Material aus abgeschossenen Flugzeugen zur Herstellung von Kindersandalen zur Verfügung stellen würde. Zudem berichtete Frau Odenbreit über eine Diskussion mit Dr. Hans Globke, dem Vorsitzenden des Wiedergutmachungsausschusses, über die Versorgung Aachens mit Obst und Gemüse. In einer lebhaften Diskussion beschloss die neu gegründete Frauen Union, bei diesen Themen eine stärkere Zusammenarbeit mit den Militärbehörden anzustreben und forderte die Vertretung von Frauen in den Kontrollausschüssen für die Lebensmittelverteilung, die von der Erzeugung bis zur Verteilung überwacht wurde. Des Weiteren vereinbarte man in 14-tägigen Abständen Treffen, bei denen in Referaten zu aktuellen Tagesnöten wie Nahrungs- und Wohnungsnot Stellung genommen werden sollte. Als die Hauptaufgabe der Frauen Union sahen ihre Mitglieder die Abstellung der Missstände im Bereich der Lebensmittelversorgung. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, betonte Dr. Norres zum Abschluss der zweieinhalbstündigen ersten Sitzung noch einmal die Wichtigkeit der Mitgliederwerbung, denn nur durch die christlichen Frauen, die sich endlich mit dem Geist der christlichen Haltung und der Ruhe und Festigkeit zur Mitarbeit aufrufen würden, sei die schwere Aufgabe anzufassen und dem ganzen Wiederaufbau zum Erfolg zu verhelfen.⁹⁵¹

⁹⁵¹ Vgl. HStAD RWV 46/116.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

7.3.4 Die Gründung der Jungen Union (JU)⁹⁵²

Die Jugend dieser ersten Jahre nach dem Krieg, „[...] die nicht mehr die Demokratie von Weimar miterlebt hat, wohl aber den Zweiten Weltkrieg oft buchstäblich am eigenen Leibe erleben mußte haderte vor allem mit Gruppen, denen eine Neuauflage von Weimar politischer und gesellschaftlicher Art eine Selbstverständlichkeit zu sein schien.“⁹⁵³ Aus diesem Grund bestand auch in Aachen schon relativ früh⁹⁵⁴ sowohl bei den älteren Mitgliedern der CDU der Wunsch, die junge Generation für den demokratischen Neuanfang zu gewinnen als auch der Drang bei den jungen Mitgliedern, ihren Teil zu einer demokratischen Neuordnung beizutragen. Der anzusprechende Personenkreis sollte die 18- bis 35-Jährigen umfassen, die während dieser Zeit meist jeder politischen Betätigung fremd gegenüberstanden und auch keinen Grund sahen, ihrer Aufforderung, an Wahlen teilzunehmen, nachzukommen. Bereits Ende 1945 gab es erste Bestrebungen in den christlichen Parteien, die junge Generation für den demokratischen Neuanfang zu gewinnen.⁹⁵⁵ Unabhängig voneinander entstanden in allen Besatzungszonen Organisationen, die sich schlicht „Jugendgruppe“, „Junge Aktion“ oder „Aktionsgemeinschaft junger Deutscher in der CDU“ nannten. In einer Zeit, in der der Drang der jungen Menschen nach Aktivitäten jeglicher Art stark war und in der der Anteil der Aachener CDU-Mitglieder unter 35 relativ groß war, war es trotzdem schwer, eine eigenständige Jugendorganisation der Partei zu bilden. Nicht nur viele ältere Menschen, sondern auch die Jugend hatte von Politik und

⁹⁵² Vgl. hierzu: Lorenz, Peter: Die Geschichte der Jungen Union Deutschlands 1945 bis 1950. Erinnerungen an die Gründungsjahre, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 55-68./ Schwarz, Heinz: Zehn Jahre Junge Union Deutschlands. Erinnerungen anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Jungen Union im Jahre 1957, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 81-94.

⁹⁵³ Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 537.

⁹⁵⁴ Bereits zur Gründungsversammlung des rheinischen Landesverbandes am 2. September 1945 wurden erstmalig junge Menschen eingeladen, um diese mit den Zielen der neuen christlichen Partei bekannt zu machen. Ebenso schätzte die rheinisch-westfälische Programmkommission den Wert der Jugend für die Partei und den demokratischen Neuanfang. Vgl. hierzu: Heitzer, Horstwalter: Gründung und Entwicklung der Jungen Union bis zu den „Würzburger Beschlüssen“ 1950, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 16. (künftig zitiert: Heitzer: Gründung und Entwicklung der JU, a. a. O., S.).

⁹⁵⁵ Vgl. Heitzer: Gründung und Entwicklung der JU, a. a. O., S.15.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

Parteien „die Nase voll“.⁹⁵⁶ Somit galt es in den Anfangsjahren, die politische Apathie und Scheu sowie die Ablehnung aufgrund existenzieller Sorgen zu überwinden.⁹⁵⁷ Man war der Auffassung, dass in dieser Situation Aussprüche wie „Das kann so nicht weitergehen“ als Basis genommen werden sollten, die jungen Menschen von einem politischen Einsatz zu überzeugen; niemand sollte zur Mitarbeit überredet werden.⁹⁵⁸ Diese Auffassung wurde in unterschiedlichen programmatischen Aussagen der Partei beispielsweise wie folgt verankert: „Die Junge Union Deutschlands hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Idee der Christlich-Demokratischen Union in der deutschen Jugend zu verbreiten und die Jugend zur aktiven politischen Mitarbeit für die Partei und den demokratischen Staat zu werben [...]“.⁹⁵⁹ Dennoch fand bereits am 31. Juli 1946 in Aachen eine erste Vorbesprechung zur Gründung einer Jugendorganisation der Partei statt. Die offizielle Gründung der späteren „Jungen Union“ erfolgte am 20. August 1946. Ob diese die erste „Gemeinschaft junger Deutscher in der CDU“ im Bereich der späteren Bundesrepublik gewesen ist, ist aufgrund verschiedener Darstellungen und fehlender schriftlicher Quellen anzuzweifeln.⁹⁶⁰ Dieser Gruppe gehörten ungefähr 15 bis 20 Personen an und sie wurde von einem Zeitzeugen als „ziemlich lebhafter revolutionärer Haufen“⁹⁶¹ beschrieben. Es liegen keine Quellen darüber vor, wer die „ersten“ Mitglieder der CDU-Jugendorganisation waren. Auch aus den Mitgliederlisten der Jahre 1945-47 lassen sich aufgrund der fehlenden Geburtsdaten keine Rückschlüsse auf JU-Mitglieder ziehen. Nach Erinnerungen eines Zeitzeugen können folgende Personen zu dieser Gruppe gezählt werden: Dr. Jost Pfeiffer,⁹⁶² Matthias Xhonneux, der Diplomat und Leiter der au-

⁹⁵⁶ Vgl. Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer und Franz Stettner, a. a. O.

⁹⁵⁷ Vgl. hierzu: Heubel, Franz: Jugend und Demokratie - Erfahrungen nach dem Zusammenbruch, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 69.-79.

⁹⁵⁸ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer.

⁹⁵⁹ CDU: Die CDU, a. a. O., S. 21.

⁹⁶⁰ Vgl. hierzu vor allem: Heitzer, Horstwalter: Gründung und Entwicklung der JU, a. a. O, S. 16f.

⁹⁶¹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁹⁶² Vgl. Dr. Jost Pfeiffer: Das ist doch alles Kokoloeres, in: Crempas, Werner (Hrsg.): Aachener. Fotos, Zitate, Interviews, Aachen 1992, S. 46.

ßenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt⁹⁶³ sowie MdB Dr. Franz Josef Bach⁹⁶⁴ sowie der Gewerkschaftssekretär August Ortmanns.⁹⁶⁵ Wie bei den meisten „Jugendgruppen“ der CDU waren auch die Aachener Mitglieder meist Frauen und Männer, die, durch ein christliches Elternhaus geprägt, den Parolen und Verlockungen des Nationalsozialismus distanziert gegenübergestanden hatten und nun von ihren Eltern zur Mitarbeit aufgefordert wurden, wie sich ein Zeitzeuge an ein Gespräch mit seinem Vater erinnert: *„Da mußt Du mitmachen, das ist eine ganz wichtige Sache.“*⁹⁶⁶ Vielfach brachten die jungen Mitglieder Erfahrungen aus der katholischen oder evangelischen Jugendarbeit⁹⁶⁷ mit und suchten nun in einem interkonfessionellen Rahmen einen neuen Anfang. Die Jugendorganisation der Union in Aachen war zu Anfang eine Art Arbeitsgemeinschaft oder Tischgruppe, die beispielsweise Fragen wie *„Einzelpersönlichkeit und Staat“* diskutierte. Ein Zeitzeuge erinnert sich an die anfänglichen Treffen *„Der Diskussionsbedarf war riesig und so kam es, daß wir uns Abende lang lebhaft gestritten haben über die unterschiedlichsten Fragen [...]“*⁹⁶⁸ Erst später, ab August 1946, begann eine politische Schulungsarbeit. Man traf sich in unregelmäßigen Abständen zu Referaten unterschiedlichen Inhalts in den Bereichen Innen- und Außen- sowie Wirtschaftspolitik mit anschließender Diskussion. Nach Aussage von Zeitzeugen wurde dieses Angebot rege genutzt, was auf den Willen zur politischen Schulung und den Rückgriff auf die Erfahrungen der älteren Generation schließen lässt.⁹⁶⁹ Somit lässt sich in Bezug auf Aachen die JU als ein *„Motor der Partei“* darstellen.⁹⁷⁰ Neben den fehlenden Mitgliederlisten gibt es ebenfalls keine Aufzeichnungen über eine Gründungsversammlung, bei der Matthias Xhonneux zum ersten Vorsitzenden der späteren Jungen Union Aa-

⁹⁶³ Zapp, Sabine: Der Auswärtige Dienst oder die Pflicht dem „Alten“ zu folgen, in: Laschet, Armin (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik, a. a. O., S. 87-97, hier: S.92 (Künftig zitiert: Zapp: Der Auswärtige Dienst, a. a. O., S.).

⁹⁶⁴ Vgl. hierzu: ebenda.

⁹⁶⁵ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁹⁶⁶ Ebenda.

⁹⁶⁷ Aussagen von Leo Frings über seine Motivation und seinen Eintritt in die JU Eilendorf; vgl. mündliche Auskunft Leo Frings, a. a. O.

⁹⁶⁸ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

⁹⁶⁹ Vgl. Ebenda.

⁹⁷⁰ Vgl. hierzu: Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

chens gewählt wurde⁹⁷¹ oder Protokolle über die ersten Treffen. Anders als auf höheren Organisationsebenen gab es in Aachen weniger Auseinandersetzungen zwischen der JU und dem Vorstand der CDU. Diskussionsanlässe wie Wahlkämpfe, in denen sich die Jugendorganisation nur als Wahlhelfer benachteiligt fühlte⁹⁷² bzw. die Kritik, nicht zur Befruchtung der Partei beizutragen, gab es in Aachen weniger. Bereits ab der Kommunalwahl vom 13. Oktober 1946 stellte die „Junge CDU“ eigene Kandidaten und konnte somit auf die politischen Willensbildungsprozesse Einfluss nehmen. Somit sah die Junge Union in Aachen ihre Aufgabe eher darin, alle aufbaufähigen jungen Kräfte zu sammeln und maßgeblich im politischen, öffentlichen und wirtschaftlichen Leben einzuschalten. Beispielsweise hat das JU-Mitglied Dr. Jost Pfeiffer verschiedene Funktionen in der Partei und in der Stadt wahrgenommen. Somit kann man festhalten, dass das Bild der JU als „Karriereorganisation“⁹⁷³ auch für Aachen zutrif. Während dieser Zeit wurden im gesamten Gebiet der britischen Besatzungszone Jugendorganisationen gebildet, sodass es im Verlauf des Jahres 1946 Bestrebungen nach einer einheitlichen Organisation und Bezeichnung dieser jungen Generation innerhalb der Partei gab. Im August 1946 einigte man sich auf einer ersten Tagung in Recklinghausen auf eine einheitliche Namensgebung, nämlich „Junge Union“, sowie auf programmatische Richtlinien,⁹⁷⁴ in denen unter anderem festgehalten wurde, dass die JU eine selbstständige Vereinigung der jungen Generation in der CDU ist, in der sich die organisatorische Aufgliederung der Union nicht wiederholt und für die eine eigene Mitgliedschaft erforderlich bzw. ein eigener Beitrag zu entrichten ist. Zudem strebte man die Einbeziehung der JU in die Parteiarbeit sowie einen landesweiten Zusammenschluss an, zu dem es jedoch erst in den 50er Jahren kam. Bundesweit schloss sich

⁹⁷¹ Dieses Amt hatte Xhonneux bis 1953 inne.

⁹⁷² Da die Jugend nicht nur Wahlhelfer sein wollte, hatte es am Rande der Landtagswahl 1947 Streitigkeiten zwischen der JU und dem Landesvorstand gegeben. Vgl. Heitzer: Gründung und Entwicklung der JU, a. a. O., S. 18.

⁹⁷³ Bilstein, Helmut/ Hohlbein, Hartmut/ Klose, Hans-Ulrich (Hrsg.): Jungsozialisten - Junge Union - Jungdemokraten. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1971., S. 41 (Künftig zitiert: Bilstein: Nachwuchsorganisationen, a. a. O., S.).

⁹⁷⁴ Bilstein: Nachwuchsorganisationen, a. a. O., S. 44.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

die Junge Union auf ihrem ersten Deutschlandtreffen, welches vom 17.-21. Januar 1947 in Form einer Tagung in Königsstein im Taunus stattfand, zusammen und gab sich im März 1950 mit den „Würzburger Beschlüssen“ das erste gemeinsame Programm.⁹⁷⁵ Inwieweit sich die Aachener JU an diesen Treffen durch Entsendung von Personen bzw. durch Ideenübermittlung beteiligt hat, ist nicht endgültig zu klären.

7.3.5 Die Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs und die Gründung des RCDS

Im Sommer 1945 wurde in Aachen der Schulbetrieb wieder aufgenommen. Von den 34 Volksschulen, die es vor dem Krieg in Aachen gegeben hatte, waren 20 den Kampfhandlungen zum Opfer gefallen und so wurden wenige Monate nach dem offiziellen Kriegsende wieder etwa 4.000 Aachener Volksschüler in zehn Schulen unterrichtet. Diesen kam ab Juni 1946 eine Hilfsaktion amerikanischer Kinder in Form einer Schulspeisung zugute. In einer Notiz der Aachener Volkszeitung vom 3. August 1946 heißt es, „daß zwischen dem 7. Februar und dem 26. Juli 1946 995.000 Liter Suppe an Kindergarten-Zöglinge und Schulkinder ausgegeben worden“ seien.⁹⁷⁶ Der Unterricht in den höheren Schulen, für die nur das Gebäude der ehemaligen Hindenburgschule in der Lothringerstraße zur Verfügung stand, begann im November 1945. Aufgrund der Opfer, die der Krieg gefordert hatte, waren die Lücken an Schülern und Personal in den weiterführenden Schulen groß. Bis zum Schuljahr 1948 wurden die Kriegsheimkehrer in „Sonderlehrgängen“ zum Abitur geführt. Der Lehrermangel hatte zweierlei Gründe. Entweder waren die Lehrer nicht aus dem Krieg heimgekehrt oder sie warteten, nachdem das Parteiabzeichen vom Revers verschwunden war, auf ihre Wiederezulassung zum pädagogischen Dienst.

Der Lehrbetrieb an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH), der kurzzeitig im Wintersemester

⁹⁷⁵ Vgl. hierzu: Krabbe, R. Wolfgang: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002.

⁹⁷⁶ AVZ vom 3.08.1946, 1. Jg., Nr. 48.

1940 wieder aufgenommen worden war, konnte endgültig am 15. Februar 1946 wieder aufgenommen werden.

Ebenso wie andere Universitäten hatte sich auch die Technische Hochschule in Aachen nicht dem Zugriff der Nationalsozialisten entziehen können. Auch sie wurde gleichgeschaltet und musste im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ im Semester 1933/34 den Verlust von zum Teil hochrangigen Wissenschaftlern hinnehmen, da diesen die Professuren und Lehraufträge entzogen wurden. Während die Reaktionen des Lehrkörpers gegenüber der nationalsozialistischen Vorgehensweise abwartend bis ablehnend waren, war die Studentenschaft größtenteils nationalsozialistisch gesinnt⁹⁷⁷ und bei den Entlassungen eine treibende Kraft. Das Reichserziehungsministerium hatte schon lange vor dem Krieg Pläne ausgearbeitet, die die Lehre an den Hochschulen auf Kriegsverhältnisse abstimmen und einen vermehrten Ausstoß an qualifizierten Ingenieuren bewirken sollten. Speziell in Aachen führten die rüstungswirtschaftlichen Ziele Adolf Hitlers nach 1933 zu einer Förderung einzelner Fachgebiete wie beispielsweise der Elektrotechnik und Energiewirtschaft, der Metallurgie, des Maschinenbaus und der Flugwissenschaften.⁹⁷⁸ In den anderen Bereichen durchlief die RWTH Aachen, mit einer Studentenzahl von 821 Studierenden im Wintersemester 1938/39,⁹⁷⁹ bis 1939 eine mit anderen Universitäten vergleichbare Entwicklung. Universitäre Freiräume waren mit der Reglementierung des gesamten Lebens unter dem Nationalsozialismus unvereinbar. Eine endgültige Schließung der TH Aachen konnte vermieden werden, da dies eine regionale Benachteiligung bedeutet hätte und die Hochschule für rüstungswirtschaftliche Aufgaben weiterhin benötigt wurde. Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 und der freiwilligen Meldung vieler Dozenten und Studenten zum Kriegs-

⁹⁷⁷ Zur nationalsozialistischen Gesinnung der Aachener Studentenschaft; vgl. Klinkenberg, Martin (Hrsg.): Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870-1970, Stuttgart 1971, S. 106f. (künftig zitiert: Klinkenberg: RWTH Aachen, a. a. O., S.).

⁹⁷⁸ Vgl. Rheinisch-Westfälische-Technische-Hochschule Aachen (Hrsg.): 100-Jahr-Feier der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 12.-17. Oktober 1970, Aachen 1970, S. 37.

⁹⁷⁹ Ricking, Klaus: Der Geist bewegt die Materie: 125 Jahre Geschichte der RWTH Aachen. Mens agitat molem, Aachen, Mainz 1995, S. 155 (künftig zitiert: Ricking: Der Geist bewegt die Materie, a. a. O., S.).

dienst⁹⁸⁰ wurde die TH geschlossen und blieb dies bis zum Beginn des Westfeldzuges im Oktober 1940, so lange wie keine andere deutsche Hochschule.⁹⁸¹ In der Zeit bis zum Ende des Krieges wurde der Hochschulbetrieb an der TH mit 255 Studenten weiter fortgeführt. Lehre und Forschung wurden stärker als zuvor für kriegswirtschaftliche Aufgaben in Anspruch genommen. Häufige Bombardements auf die Stadt zerstörten nach und nach alle Institute und Einrichtungen der Hochschule, wie beispielsweise am 10. Juli 1941 und am 13. Juli 1943 die Bibliothek, und verschlechterten die Lehr- und Studienbedingungen in zunehmendem Maße. Bei Kriegsende waren 60 bis 70 Prozent der TH-Gebäude zerstört.⁹⁸² Ende Oktober 1944 war das künftige Schicksal der Aachener Hochschule äußerst ungewiss. Die neu gebildete Stadtverwaltung unter Führung von Franz Oppenhoff war von Anfang an um einen Neuaufbau der Hochschule bemüht. Da man sich um die Bedeutung der RWTH für die Stadt bewusst war, gelang es bis Ende August 1945, wieder einen arbeitsfähigen Stamm von einigen Dozenten, Beamten, Angestellten und Arbeitern zusammenzustellen.⁹⁸³ Am 20. Juni 1945 wurden die ehemaligen Regierungsbezirke Köln, Aachen und Düsseldorf von der Militärregierung zur Nordrhein-Provinz zusammengefasst, womit nach der Aachener Stadtverwaltung die nächsthöchste Stufe der öffentlichen Verwaltung konstituiert war. Zur Beratung wichtiger politischer Fragen wurde ein nicht-exekutiver Provinzialrat eingerichtet, dessen von der Militärregierung ernannten Mitglieder Repräsentanten der Kommunalverwaltungen, Wirtschaft, Gewerkschaften sowie der Rektoren der Hochschulen Köln, Bonn und Aachen waren. Der Dozent für Hüttenkunde Werner Geller, der als einziges Mitglied des Lehrkörpers in der Stadt verblieben war und sich unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen bei den Besatzungsbehörden um Schutz und Erhaltung des Hochschuleigentums bemühte, wurde von der britischen Besatzungsmacht beauf-

⁹⁸⁰ Studentinnenschaft der RWTH Aachen (Hrsg.): 125 Jahre RWTH aus studentischer Sicht, Aachen 1995, S. 24. (künftig zitiert: ASTA: 125 Jahre RWTH, a. a. O., S.).

⁹⁸¹ Vgl. Ricking: Der Geist bewegt die Materie, a. a. O., S. 155.

⁹⁸² ASTA: 125 Jahre RWTH, a. a. O., S. 24.

⁹⁸³ Vgl. Düwell, Kurt: Exil und Remigration von RWTH-Professoren (1933-1953), in ZAGV, Bd. 102, Jg. 1999/2000, S. 519-533.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

tragt, zusammen mit dem ehemaligen und später wiedergewählten Rektor der RWTH Paul Röntgen und Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Rombach den Wiederaufbau der TH mit der Rückführung der evakuierten Institute einzuleiten.⁹⁸⁴ Diesem „Dreierausschuss“⁹⁸⁵ stellten sich bis zur Wiederaufnahme eines eingeschränkten Lehrbetriebs am 3. Januar 1946 vielfältige Probleme.⁹⁸⁶ Zu diesen Problemen gehörte beispielsweise die geplante Verlegung der Hochschule nach Wetzlar,⁹⁸⁷ die Verstrickung des ehemaligen Lehrkörpers in die Aktivitäten des nationalsozialistischen Staates und die Planung einer zweiten technischen Hochschule in Dortmund im Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen sowie die Konflikte mit der britischen Besatzungsmacht, die der Technischen Hochschule keinen vollkommenen wissenschaftlichen Charakter zugestehen wollte.⁹⁸⁸ Am 20. Dezember 1945 trat der Senat der RWTH zu seiner ersten Sitzung nach dem Kriege im Kunsthistorischen Institut der Hochschule zusammen.

Um bis zur Wiedereröffnung der Hochschule die schlimmsten Bau-schäden zu beheben, mussten auch die nach dem Ende des Krieges nach Aachen zurückkehrenden Studenten ihren Beitrag leisten. Jeder einst eingeschriebene Student musste einen Tag im Semester an einer Baustelle der Hochschule arbeiten. Ebenso wurde Studienbewerbern und Neuimmatrikulierten ein mehrmonatiger Baueinsatz auferlegt. Am 3. Januar 1936 wurde die RWTH in Anwesenheit des Oberpräsidenten der Nordrhein-Provinz, Dr. Lehr, sowie vom Vertreter der Militärregierung, Dr. Edwards, und Vertretern der Kirche und der Stadt Aachen feierlich wiedereröffnet. Am 15. Februar 1946 fand unter immer noch erschwerten Bedingungen - der Rektor hatte seine Rede aufgrund eines Stromausfalls nur bei Kerzenschein beenden können⁹⁸⁹ - die erste feierliche Immatrikulation statt. Zum ersten Nachkriegssemester 1946 waren an der RWTH Aachen unter der Leitung von Paul Röntgen wieder 800 Studenten eingeschrieben. Nach Auflage der bri-

⁹⁸⁴ Klinkenberg: RWTH Aachen, a. a. O., S. 178f.).

⁹⁸⁵ Ricking: Der Geist bewegt die Materie, a. a. O., S. 161.

⁹⁸⁶ ASTA: 125 Jahre RWTH, a. a. O., S. 26.

⁹⁸⁷ Klinkenberg, Martin (Hrsg.): RWTH Aachen, a. a. O., S. 179.

⁹⁸⁸ Ricking: Der Geist bewegt die Materie, a. a. O., S. 162f.

⁹⁸⁹ Hoffmann: Aachen in Trümmern, a. a. O., S. 191.

tischen Militärregierung waren diejenigen Studenten vom Studium ausgeschlossen, die sich nationalsozialistisch besonders betätigt hatten. Zudem mussten die ersten 220 Studenten einen Fragebogen zu den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen ausfüllen.⁹⁹⁰ Bei dieser Befragung ließen 13 Studenten teilweise eine Parteinahme für die Angeklagten erkennen. Während die Militärregierung die entsprechenden Studenten zu einer Stellungnahme aufforderte, verlangten KPD und SPD im Stadtrat eine sofortige Schließung der Hochschule. Diese Situation wurde in Aachen zum Anlass genommen, eine erste studentische Vertretung zu wählen, die die entstandenen Irritationen ausräumen sollte.⁹⁹¹ So konnte bereits im Wintersemester 1946/47 im Bibliothekssaal des Suermondt-Museums, der des Öfteren von der CDU für derartige Veranstaltungen genutzt wurde, die Gründungsversammlung des Christlich-Demokratischen Hochschulrings (CDH) stattfinden. Am 4. Februar 1947 beantragten der Bauingenieurstudent Hermann Heufers und zehn weitere Unterzeichner die Anerkennung des CDH durch die Hochschule. Am 8. April erteilte diese eine vorläufige Genehmigung, wodurch die Ausarbeitung einer Satzung möglich wurde. Was nun folgte, war, ähnlich wie bei der Parteigründung, ein umfangreicher Schriftverkehr zwischen den Antragstellern und der britischen Militärregierung, dem Rektor und der Studentenvertretung. Ähnlich wie die Parteigenehmigung war auch die Anerkennung einer politischen Hochschulgruppe damals kein leichtes Unterfangen. Im Verlauf der Beratungen wurde beispielsweise vonseiten der Militärregierung die Auflage erteilt, im § 3 des eingereichten Satzungsentwurfs zum Zweck des CDH die Worte „in Anlehnung an das Gedankengut der CDU“ ersatzlos zu streichen. Die britische Militärregierung achtete bei der Genehmigung von politischen Hochschulgruppen strikt auf parteipolitische Neutralität. Die endgültige Genehmigung durch die britische Stadtkommandantur erfolgte am 3. Dezember 1947. Dieser Tag gilt somit als offizielles Gründungsdatum des CDH beziehungsweise des späteren

⁹⁹⁰ Vgl. Rheinisch-Westfälische-Hochschule Aachen (Hrsg.): Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995, Aachen 1995, S. 64.

⁹⁹¹ Vgl. Mies, Harro: Der RCDS in Aachen, Aachen 1995 (unveröffentlicht).

„Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS). Zweck des CDH war es, „unter Wahrung seiner Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien und anderen Vereinigungen, unter Zugrundelegung christlich-demokratischen Gedankengutes die Studierenden zusammenzufassen, um politische Fragen zu diskutieren und in studentischen Kreisen gründliches politisches Wissen zu fördern und damit zur Überwindung vergangener schädlicher Auffassungen des politischen Lebens beizutragen.“⁹⁹² Die ersten 22 studentischen Mitglieder wählten wenige Tage danach Hermann Heufers zu ihrem ersten Vorsitzenden. Während dieser Zeit, in der der Westen Deutschlands durch die Ströme von Flüchtlingen und Kriegsheimkehrern stark beansprucht wurde, wuchs der Bedarf nach Industrieausweitung. Die Industrieentwicklung wiederum war undenkbar ohne die Technische Hochschule bzw. deren Ausweitung. Immer wieder kämpfte die Stadt gegen die (vor allem von der sozialdemokratischen Partei geförderten) Pläne einer zweiten Technischen Hochschule in Dortmund. Auf diese Weise hätte der Standort des rheinisch-westfälischen Industriegebiets durch den starken geistigen Rückhalt einer Hochschule verbessert werden können. *„Die Stadt Aachen und die TH waren sich jedoch der Bedeutung, die einzige Technische Hochschule im Westen Deutschlands zu sein, bewußt.“*⁹⁹³ Aus diesem Grund setzten sich die CDU im Stadtrat und der Oberstadtdirektor Albert Servais dafür ein, das Projekt zum Bau einer zweiten Technischen Hochschule zu stoppen und stattdessen die bestehende RWTH beim Ausbau ihrer Institute und Abteilungen finanziell zu fördern, was schließlich auch 1951 gelang.⁹⁹⁴ Als sich die zunächst hemmenden Bestimmungen der Besatzungsregierung für die aufzunehmende Studentenzahl allmählich lockerten, stieg die Zahl der Studierenden an der RWTH an. Diese hatten – wie die gesamte Bevölkerung Aachens – mit der Not der Nachkriegszeit zu kämpfen, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„Es war die Zeit, in der man in der Zeitung las, daß die Studenten in den Hörsälen der Hochschule auf umgedrehten Briefumschlägen*

⁹⁹² Satzung des CDH, zitiert nach: CDU Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 45.

⁹⁹³ Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 50.

⁹⁹⁴ Vgl. Servais: Erinnerungen, a. a. O., S. 50./ hierzu: Opitz, Herwart: Die Entwicklung der RWTH 1949–1959, Aachen 1959.

*mitschrieben [...].*⁹⁹⁵ Neben dem Problem der Unterbringung der neu Immatrikulierten sowie der Professoren war die schnelle Entwicklung der TH von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Aachens, wie aus den Erinnerungen von Dr. Albert Maas hervorgeht: *„Die 6.000 Studenten und 300 Professorenfamilien suchten weder Arbeit noch wollten sie Waren verkaufen; sie waren lediglich erwünschte Konsumenten in Aachen und belebten Geschäfte und Handwerk.“*⁹⁹⁶ Daneben bot die Universität mit ihren (durch die gesteigerte Bautätigkeit vorhandenen) Versammlungsräumen eine gute Alternative für gesellschaftliche Veranstaltungen. Durch in der TH stattfindende Vorträge und wissenschaftliche Tagungen konnte die Hochschule schon bald wieder an ihre eigenen bzw. an die in der Stadt vor dem Krieg bestehenden Auslandsbeziehungen nach Belgien und den Niederlanden anknüpfen. Daneben zeigten die Studenten der ersten Jahre – anders als ihre Vorgänger vor dem Krieg, die relativ wenig Kontakt zur Aachener Bevölkerung gehabt hatten und innerhalb der Stadt eine Art „Sonderleben“ führten – einen regen Anteil am Leben der Stadt und vor allem auch am politischen Wiederaufbau. Zum politischen Wiederaufbau trug der RCDS, obwohl er *„in seiner organisatorischen Form wie in der politischen Meinungs- und Willensbildung ein von der Partei völlig unabhängiger politischer Studentenverband“*⁹⁹⁷ war, wie es im Parteistatut der CDU hieß, einen wesentlichen Teil bei. Immer wieder fanden an der Technischen Hochschule öffentliche politische Vorträge statt. Den Anfang machte Dr. Konrad Adenauer im großen Hörsaal des Rogowski-Institutes.⁹⁹⁸ Zudem waren auch später der erste Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen Karl Arnold sowie die Kultusministerin Dr. Christine Teusch immer wieder Gastredner des RCDS. Neben diesen Aktivitäten des RCDS versuchte die Aachener CDU, die Beziehungen zwischen Hochschule und Stadt immer weiter auszubauen. Aus Maas' Memoiren wird deutlich, dass er in den ersten Jahren nach Kriegsende stets bestrebt war, ein Mitglied des Professo-

⁹⁹⁵ Mündliche Auskunft Dr. Guido Maas, a. a. O.

⁹⁹⁶ Maas: M, Bd. II, a. a. O., S. 76.

⁹⁹⁷ CDU: Die CDU, a. a. O., S. 24.

⁹⁹⁸ CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 45.

ren-Kollegiums für die CDU-Stadtverordnetenfraktion zu gewinnen.⁹⁹⁹ Daneben waren auch immer Professoren Mitglieder in den Ausschüssen des Stadtrates bzw. Mitglieder der Stadtverwaltung, wie bereits am Beispiel von Herrn Professor Schwippert als Leiter des Baudezernates gezeigt wurde. Außerdem gehört bis zum heutigen Tag der Rektor der Hochschule immer dem Direktorium der „Gesellschaft für die Verleihung des internationalen Karlspreises“ an.

Der Bundesverband des RCDS wurde erst 1951 gegründet. Der CDH Aachen nahm ab 1953 an dessen vorsitzenden Konferenzen teil und ist seit dem 27.09.1954 offizielles Mitglied des RCDS-Verbundes.

7.4 Der erste Wahlkampf und die Adenauerkundgebung

Der erste Wahlkampf der Christlich-Demokratischen Union Aachens war, wie das gesamte Leben nach 1945, von Mängeln an allem Wichtigem geprägt. Um die geringen Wahlkampfmittel finanzieren zu können, rief die Partei einige Zeit vor dem Wahlkampf im parteinahen Presseorgan AVZ zur Spende für den Wahlkampffond auf, in der es hieß *„Wir bitten unsere Freunde um eine Spende für unseren Wahlkampffonds.“* Die Wahlplakate¹⁰⁰⁰ mit Steckbriefen und kurzen politischen Aussagen konnten nur auf DIN A 5 gedruckt werden, da für alles andere das Papier zu knapp war. Hierbei kann man davon ausgehen, dass diese Art der Information, die eher unscheinbar und grau war, auch relativ wenig von der Bevölkerung wahrgenommen wurde, wie sich ein Zeitzeuge erinnert: *„[...] die Wahlaussagen wurden in schwarz/weiß auf DIN A 5 Papier in minderer Qualität gedruckt; ob das je einer gelesen hat, wage ich zu bezweifeln.“*¹⁰⁰¹

Die Plakate wurden dann nachts auf Hauswände bzw. Trümmer geklebt; Litfaßsäulen oder Plakatwände gab es noch nicht. Da Klebeflächen aufgrund der Kriegszerstörung nur in geringem Um-

⁹⁹⁹ Maas: M, Bd. II, S.76.

¹⁰⁰⁰ Vgl. hierzu: Langguth, Gerd: Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU, Bonn 1995.

¹⁰⁰¹ Mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

fang vorhanden waren, konnte es passieren, dass die eigenen Plakate am anderen Morgen durch Plakate konkurrierender Parteien abgerissen oder überklebt waren. Dies waren Situationen, in denen es zu zwischenparteilichen Streitigkeiten kam.¹⁰⁰² Aus diesem Grund wurde das Plakatekleben oft von der „*Jungen Generation*“ übernommen, die in einer Art Überwachungsdienst dafür sorgte, dass die wenigen Plakate nicht abgerissen wurden bzw. durch politische Gegner oder Rowdies überklebt oder beschädigt wurden. Zudem fürchteten die „*frühen*“ Wahlhelfer den Regen. Zur Befestigung der Wahlinformationen stand nur Leim von minderer Qualität zur Verfügung, der sich nach einem Regenschauer löste.

Bei diesen Aktivitäten muss der Einsatz der Wahlhelfer besonders bemerkenswert. Diese mussten im ersten Wahlkampf den Weg von ihren Wohnungen bzw. ihrer Arbeitsstelle zur Geschäftsstelle an der Neupforte meist zu Fuß zurücklegen, da beispielsweise die Nutzung eines Fahrrads aufgrund der noch vorhandenen Trümmer unmöglich war. In der Geschäftsstelle lagen die Plakate bereit, die nachts in den von Trümmern blockierten Straßen verteilt werden mussten, bevor die Helfer ihren Nachhauseweg antreten konnten. Daneben wurden für die CDU-Kandidaten „*Kandidatenbriefe*“ mit Informationen über die Personen und ihr politisches Engagement gedruckt und auf die Briefkästen verteilt.¹⁰⁰³ Für derartige Aktivitäten wird die Bereitschaft der Bevölkerung zur Mithilfe als relativ groß beschrieben. Die Auffassung „*Wir müssen hier raus, wir müssen hier was machen.*“ kann als relativ hohe Motivation der damaligen Zeit betrachtet werden und verdrängte zugleich die Parteiwerbung, die zumindest bei diesem ersten Wahlkampf in den Hintergrund rückte. Wichtig für diese erste Wahl war es zunächst

¹⁰⁰² Vgl. mündliche Auskunft Franz Stettner, a. a. O.

¹⁰⁰³ Ein Beispiel hierfür ist der Kandidatenbrief der CDU für den Wahlbezirk IV von Dr. med. Jost Pfeiffer. Dieser lautete: „Ich habe neben der allgemeinen Tätigkeit des Stadtrates auf dem Gebiet der Schulen und des Theaters sowie vorwiegend auf dem der Volksgesundheit gearbeitet. In meinem Bezirk Lousberg sind wir langsam, aber sicher vorangekommen. Mancher Schuttberg ist verschwunden und am Pontor konnten die ersten Wiederherstellungsarbeiten beginnen. Ich glaube, daß wir so weiter machen müssen.“ Kandidatenbrief zitiert nach: CDU-Aachen: 50 Jahre CDU, a. a. O., S. 67.

nur, die Menschen zu motivieren, überhaupt wieder wählen zu gehen und ihnen deutlich zu machen, wie wichtig eine hohe Wahlbeteiligung sei, um der alliierten Militärregierung deutlich zu machen, dass vonseiten der deutschen Bevölkerung ein Interesse an einem demokratischen Neuanfang bestand. Aus diesem Grund veröffentlichte die Aachener Volkszeitung wenige Tage vor der Wahl Informationen des Wahlamtes zum Thema *„Wählen ist erste Bürgerpflicht“*. In einem kurzen Artikel wurde hier der Aachener Bevölkerung erläutert, wann gewählt wurde, wer gewählt werden konnte, wie die Wahl ausgewertet wurde, wann eine Stimme ungültig war und wer wahlberechtigt war, und es wurde unterstrichen, wie wichtig der Gang zur Wahlurne sei.¹⁰⁰⁴ Zudem wurden auch von den einzelnen Parteien Wahlaufrufe in den ihnen nahe stehenden Presseorganen geschaltet. Beispielsweise rief die CDU Aachen in der *„Aachener Volkszeitung“*, unter Vorstellung ihrer Wahllisten, wie folgt zum Gang zur Wahl auf: *„Nur die christlich-demokratische Union ist berufen, politischer Ausdruck dieser Stadt zu sein! Von ihrer christlichen Kultur zeugt das Münster des großen Karl, von ihrem demokratischen Freiheitswillen der ‚Schmied von Aachen‘, in der ‚UNION‘ aber findet die Eintracht und Zusammenarbeit aller Stände gegen Klassenhader und Standesegoismus ihre Stätte! Frauen und Männer von Aachen: bekennt Euch am 13. Oktober zur stolzen Tradition Eurer Stadt und wählt geschlossen und einig die Kandidaten der CDU.“* Diese und ähnliche Aufrufe wie *„Jede Stimme ist wichtig. Sichert den Erfolg am 13. Oktober. WÄHLT CDU!“* nahmen in diesen Wochen große Teile der parteinahen Zeitung ein. Neben den schriftlichen Informationen stellte die Wahlkampfkundgebung der CDU mit dem Auftritt des CDU-Landesvorsitzenden Dr. Konrad Adenauer den Höhepunkt des Aachener Kommunalwahlkampfes dar. Am 4. Oktober 1946 trat Dr. Konrad Adenauer ans Rednerpult in der voll besetzten Talbot-halle. Das Zustandekommen dieser Veranstaltung wurde sehr von der CDU-Führung forciert, die der Ansicht war, dass die *„Christlich-Demokratische Union Deutschlands nicht die entscheidende politische Kraft Deutschlands [würde], wenn ihr*

¹⁰⁰⁴ AVZ vom 09.10.1946, Nr. 66, S.1 (Künftig zitiert: AVZ 09.10.1946, a. a. O.).

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

nicht zur rechten Zeit eine überragende Führung geschenkt worden wäre, Konrad Adenauer."¹⁰⁰⁵ Der starke Drang nach politischem Führungsanspruch und die Abgrenzung von allen politisch Andersdenkenden war, laut Aussage der jüngeren CDU-Mitglieder, für die hier behandelte Zeit selten und kam erst bei den politischen Auseinandersetzungen der 50er Jahre mehr zum Tragen.¹⁰⁰⁶ Wie den über diese Veranstaltung verfassten Artikeln in der AVZ zu entnehmen ist, handelte Adenauer vor einem begeisterten Publikum folgende Punkte der zwischenparteilichen Auseinandersetzung, der Innen- und beginnenden Außenpolitik ab. In Bezug auf die Zwischenparteilichkeit resümierte Adenauer das Verhalten der Parteien im Wahlkampf und unterstrich, dass er nach dem Ende des Nationalsozialismus die Hoffnung gehegt habe, die Parteien würden größeren Abstand von persönlichen Angriffen und Verunglimpfungen nehmen und dass der Hass der Deutschen gegen Deutsche, welcher in diesem Wahlkampf gewaltet habe, Vergangenheit sei.¹⁰⁰⁷ Des Weiteren unterstrich er vor dem Hintergrund der Erfahrungen vor 1933 die Bedeutung der CDU-Gründung als Überwindung der Kluft zwischen den Konfessionen. In Bezug auf die Innenpolitik führte Adenauer aus, dass marxistische Parteien keine Mehrheit in Deutschland bekommen dürften, denn dadurch „[...] würden wir alle, die wir auf christlichem Boden stehen, in den heiligsten Grundrechten, die wir für uns in Anspruch nehmen, auf das stärkste und empfindlichste zurückgedrängt und beschädigt.“¹⁰⁰⁸ Seiner Auffassung nach konnte man dann von einem Wahlerfolg sprechen, wenn die Menschen erkennen würden, dass der Marxismus in all seinen Schattierungen nicht glücklich machen könne und dass er dieselbe Vergötzung des Staates und der Wirtschaft sowie die Unterdrückung von Einzelpersönlichkeiten an den Tag lege, wie der Nationalsozialismus. Des Weiteren verurteilte Adenauer die

¹⁰⁰⁵ Maas: M, Bd. II, S. 98.

¹⁰⁰⁶ Vgl. mündliche Auskunft Dr. Jost Pfeiffer, a. a. O.

¹⁰⁰⁷ Hier spielte Adenauer u. a. auf die Wortgefechte zwischen ihm und seinem sozialdemokratischen Rivalen Kurt Schumacher an; vgl. hierzu: Kühn, Heinz: Auf den Barrikaden des mutigen Wortes. Die politische Redekunst von Ferdinand Lasalle und Otto von Bismarck, August Bebel und Jean Jaurès, Ludwig Frank und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Giacomo Matteotti und Otto Wels, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, Stuttgart 1986., S. 168ff.

¹⁰⁰⁸ Rede Dr. Konrad Adenauer, zitiert nach: AVZ 09.10.1946, a. a. O.

Bevorzugung der Sozialdemokratie sowie die offensichtliche Benachteiligung der CDU durch die britische Militärregierung, beispielsweise bei der Entlassung von CDU-Amtsträgern.¹⁰⁰⁹ In Hinblick auf diese Vorgehensweise befürchtete er, dass der CDU bald keine Menschen mehr zur Verfügung stehen würden: „[...] wir wollen nicht, daß das deutsche Volk aller Köpfe beraubt wird und einfach eine willenlose Masse und Herde wird.“¹⁰¹⁰ Um dies zu verhindern, hoffe er auf ein eindeutiges Ergebnis, welches den Briten die Gunst der Wähler gegenüber der CDU vor Augen führen und eine bessere Behandlung der CDU vonseiten der Militärregierung nach sich ziehen würde. In weiteren Punkten appellierte er an die britische Regierung, sich für die Freilassung der restlichen deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen und die Ernährungslage der Deutschen, denen lediglich 1.500 Kalorien pro Tag zur Verfügung standen, nach dem Ende des Weltmanagements an Getreide zu verbessern. Um den Briten in dieser Frage entgegen zu kommen, unterstrich er den Willen der Deutschen, für ihre Nahrungsmittel zu arbeiten, und die Ablehnung jeglicher Almosen. Hinsichtlich einer wieder anzustrebenden Außenpolitik hob er die Bedeutung der wirtschaftlichen Kooperation mit Frankreich hervor und sagte in Bezug auf Aachen: „[...] gerade hier in der Grenzstadt Aachen kann man unseren westlichen Nachbarn nicht laut genug sagen: Gründet den Frieden nicht auf Gewalt.“¹⁰¹¹ Er betonte, dass man das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarn anerkennen und das Vertrauen der Alliierten in die Deutschen steigern müsse. Er hege die Hoffnung, dass das deutsche Volk wieder aus seiner Not emporsteigen und ein geeignetes Mitglied der Völkerfamilie werden würde. Rückschauend muss man festhalten, dass das gesprochene Wort, d. h. die Reden und Diskussionen in den Versammlungen, die Hauptwirkungen im Wahlkampf erzielten.¹⁰¹² Am Tag vor der Wahl veröf-

¹⁰⁰⁹ Hierbei wird Dr. Adenauer wahrscheinlich auf den Fall Josef Pferdemeniges angespielt haben, der von der britischen Militärregierung, ohne NSDAP-Mitglied gewesen zu sein, aller Ämter enthoben wurde.

¹⁰¹⁰ Vgl. Rede Dr. Adenauer in: AVZ, 09. Oktober 1946, a. a. O.

¹⁰¹¹ Dr. Adenauer in AVZ, 09.10.1946, a. a. O.

¹⁰¹² Erst in späteren Wahlkämpfen, wie beispielsweise 1949, werden immer mehr Printmedien eingesetzt. Vgl. hierzu: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Das war noch vor 15 Monaten: Erfolg der CDU/CSU Politik: So ist es heute, o. O. 1949.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

fentlichte die Landesleitung der CDU im Namen von Dr. Wilhelm Warsch, dem Landeswahlbeauftragten, einen letzten Appell für den Tag der Entscheidung in der Aachener Volkszeitung, in dem es hieß: *„Männer, Frauen und Vertreter der Jungen Generation! Wählt am Sonntag die Kandidaten der Christlich-Demokratischen Union. Sie treten ein für die Abwendung vom Marxismus, für die Rückkehr zu den christlichen Grundsätzen [...] in der britischen Zone wird die Entscheidung fallen! Zeigt durch Stimmabgabe, daß ihr die Herrschaft des Kommunismus ablehnt [...] Es besteht die Frage, ob Deutschland christlich oder marxistisch regiert sein will. Der Stimmende ist die Waffe der Demokratie [...] Lehnt jede Splitterpartei ab! Wir wählen CDU, die große Partei der christlichen Sammlung! Ihr allein gehört die Zukunft.“*¹⁰¹³

Unter diesem Artikel in der parteinahen Zeitung befand sich eine Anleitung, wie man am Sonntag CDU wählen musste, bestehend aus einem bereits angekreuzten Stimmzettel mit dem Titel: *„So wählst Du CDU“*. Mit dieser Haltung der Partei, die sich langsam von den überparteilichen allgemeinen Notständen abwandte und zu zwischenparteilichen Zwistigkeiten überging, machte sich eine weit vorangeschrittene Konsolidierung der politischen Neugründung der CDU bemerkbar. Fest stand, dass die Entscheidung für die zukünftigen durchsetzungsfähigen Parteien in der britischen Zone im Land Nordrhein-Westfalen fallen würde. Mit 75784 Wahlberechtigten war Aachen eine der 59 Städte dieses Bereiches der britischen Zone. Für die CDU waren die Chancen in Anbetracht der Tatsache, dass das Zentrum bei den Wahlen 1932 für diesen Bereich noch 29% hatte holen können, relativ gut.

¹⁰¹³ AVZ vom 12.10. 1946, Nr. 67, S. 1.

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

7.5 Die erste Wahl in Aachen und der britischen Zone am 13. Oktober 1946

Am 13. Oktober 1946 fanden in der britischen Zone¹⁰¹⁴ die ersten Kommunalwahlen statt. Alliierte Deutschlandbeobachter und deutsche Emigranten prognostizierten für diese Wahl eine anti-kapitalistische Grundstimmung, die die Parteien der Linken, vor allem natürlich die SPD, in die Regierungsposition bringen würde. Andere gingen wiederum von einer Renaissance der bürgerlichen Parteien aus oder auch von einem möglichen Wiedererstarken der nationalsozialistischen Ideologie in Verbindung mit entsprechenden revisionistischen Parteien.¹⁰¹⁵ Doch am Wahlsonntag kam es ganz anders. *„Die CDU machte sozusagen Blitzkarriere statt, wie zu erwarten gewesen wäre, zunächst um ihre Existenz und um ihre Einwurzelung im Wählervolk ringen zu müssen.“*¹⁰¹⁶ Von den 6.478.829 Wahlberechtigten in der britischen Zone beteiligten sich 73,3% der Menschen (4.848.318) an der Wahl. 45,4% der Stimmen fielen hierbei der CDU zu, 33,8% gingen an die SPD, 9,5% an die KPD und 6,3% an das Neuzentrum. Bei 75.784 Wahlberechtigten und 51.680 abgegebenen Stimmen, d. h. einer Wahlbeteiligung von 68,1%, erhielt die CDU in Aachen mit ihrem Spitzenkandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, Dr. Albert Maas, 61,1%¹⁰¹⁷ und damit, wie in den meisten Industriestädten der britischen Zone, die absolute Mehrheit. Auf die Sozialdemokratische Partei entfielen 33,8% der Stimmen, auf die Kommunistische Partei Deutschlands 9,5% und

¹⁰¹⁴ Bei dieser Wahl bestand bereits Nordrhein-Westfalen (18. Juli 1946). Nachdem Nordrhein-Westfalen seine rechtlichen Grundlagen mit der Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung vom 23. August 1946 „betreffend die Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der Britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder“ bekommen hatte, wurde aus dem nördlichen Teil der preußischen Rheinprovinz und der preußischen Provinz Westfalen das neue Bundesland gebildet. 1947 musste der bisherige Freistaat Lippe auf Betreiben der Briten seine Selbstständigkeit aufgeben und entschied sich nach Verhandlungen mit den beiden benachbarten Bundesländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die beide Teil der britischen Verwaltungszone waren, für den Anschluss an NRW. Die Vereinigung trat am 21. Januar 1947 durch die britische Militärverordnung Nr. 77 in Kraft. Vgl. hierzu: Bracher, Karl-Dietrich/ Morsey, Rudolf/ Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Deutschland seit 1945, Bd. 5, Düsseldorf 1988./ Booms, Hans/ Morsey, Rudolf (Hrsg.): Handbuch der politischen Institutionen und Organisationen 1945-1949, Düsseldorf 1983, S. 28ff.

¹⁰¹⁵ Vgl. Leggewie: CDU, a. a. O., S. 295.

¹⁰¹⁶ Becker: Historische Voraussetzungen und Gründung, a. a. O., S. 7.

¹⁰¹⁷ <http://www.cdu-aachen.de/kommunalwahlen.html> (25.02.2006).

7. Auf dem Weg zur Konsolidierung: Die Entwicklung der CDU nach ihrer Genehmigung durch die Militärregierung im März 1946 bis zu den ersten Wahlen in der britischen Zone

auf das Zentrum 6,3%.¹⁰¹⁸ Für die Verteilung im Stadtrat bedeutete dies, dass 33 der 39 zu vergebenen Sitze an die CDU fielen.¹⁰¹⁹ Damit erhielt die CDU bei den ersten Wahlen nach Kriegsende fast eine Zweidrittelmehrheit.

Obwohl Dr. Albert Maas die Ergebnisse der Wahlen eher kritisch und nicht als solides Fundament betrachtete, wenn er sagte „[...] im Lande zeigte sich, daß der katholische Anhang der CDU, die wertvolle Erbschaft von der alten Zentrumspartei, in guter Disziplin fest zur Sache stand. Der evangelische Anhang dagegen, der 1946 im ersten Anlauf gewonnen war, neigte zu Schwankungen. So fielen die Landtagswahlen nach 1946 überall viel ungünstiger aus, als die ersten Wahlen [...]“,¹⁰²⁰ so kann man doch festhalten, dass das „Experiment einer neuen Sammlungsbe-
wegung unter dem Zeichen des Christentums“¹⁰²¹ vom Wahlerfolg her als geglückt angesehen werden konnte. Offenbar war es der Aachener CDU, die als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen war, gelungen, sich den Wählern nicht nur durch die Programmatik der CDU der britischen Zone, sondern vor allem in ihrer Selbstdarstellung als eine Partei anzubieten, die zentrale Leit- und Wertvorstellungen einer durch Diktatur und Krieg hindurchgegangenen Generation anzusprechen vermochte.¹⁰²² Mit den Wahlen vom 13. Oktober 1946 hatte sich die Christlich-Demokratische Union Aachens konsolidiert.

¹⁰¹⁸ AVZ vom 16.10.1946, 1.Jg. Nr. 68, S. 1.

¹⁰¹⁹ Zu CDU-Vertretern im Stadtrat wurden gewählt: Josef Alertz, Michael Alten, Dr. Albert Baumsteiger, Theodor Bayartz, Maria Beißel, Josef Brand, Franz Bündgens, Johann Ernst, Hermann Heusch, Dr. Josef Hofmann, Arnold Königs, Dr. Franz Kraus, Franz-Josef Krehwinkel, Wilhelm Limbach, Hubert Lisken, Elisabeth Lutterbach, Dr. Albert Maas, Karl Mathar, Josef Nießen, Dr. Clementine Notres, Lambert Oligschläger, August Ortmanns, Dr. Jost Pfeiffer, Andreas Rüben, Peter Ruland, Josef Schmitz, Josef Schönheit, Anton Schräger, Jakob Szymczak, Franz Thelen, Fritz Thouet, Georg Wachler, Dr. Hans Herbert Wallichs; vgl. Verwaltungsbericht I, a. a. O., S. 11f.

¹⁰²⁰ Maas: M, Bd. II, a. a. O. S. 97.

¹⁰²¹ Kaack: Deutsches Parteiensystem, a. a. O., S. 181.

¹⁰²² Becker: Historische Voraussetzungen und Gründung, a. a. O., S. 9.

Schlussbetrachtung

„Auch wenn die 12 Jahre nationalsozialistischer Gewaltherrschaft ein Schandfleck unserer Gesichte sind, war der Lernprozess, den die Christen in dieser Zeit durchmachten, nicht umsonst. Durch die gemeinsame Gegnerschaft zum Nationalsozialismus fanden die Christen beider Konfessionen zu politischer Verantwortung zusammen und setzten ihre Kräfte in einer gemeinsamen Partei für die neue Demokratie ein.“¹⁰²³ Dieser Ausspruch fasst das Ergebnis der gesamten Untersuchung zusammen.

In der Zeit zwischen dem Kriegsende im Herbst 1944 und der endgültigen Kapitulation des Deutschen Reiches im Mai 1945, der Ausgangssituation für den Wiederaufbau Aachens, war die Stadt durch eine instabile Wirtschaft und hohe Arbeitslosigkeit geschwächt, was schon während des Nationalsozialismus der Fall gewesen war. Zudem hatte die frühe Involvierung der Stadt in die Kriegshandlungen zur Folge, dass Aachen bei der Befreiung durch die alliierten Streitkräfte zu mehr als 80% zerstört war. Unmittelbar nach Kriegsende sahen sich die ca. 6.000 in Aachen verbliebenen Menschen einer katastrophalen Ernährungs-, Wohnungs- und Brennstofflage gegenüber, die durch das Zurückfluten der aus der Evakuierung wiederkehrenden Aachener täglich verschlechtert wurde. Neben der Nahrungsmittelbeschaffung war die Zeit durch Trümmerbeseitigung und, aufgrund des nahenden Winters, von der Suche nach möglichem Wohnraum geprägt.

Gesellschaftspolitisch waren neben den Bevölkerungszahlen und der Aachener Flüchtlingssituation vor allem die Beziehungen zwischen der Aachener Bevölkerung und den amerikanischen bzw. britischen Besatzungstruppen von Bedeutung. Die Aachener Bevölkerung sah die alliierten Streitkräfte als Befreier von der nationalsozialistischen Diktatur und den zermürbenden Kriegshandlungen. Die nationalsozialistische Herrschaft verlief in Aachen organisatorisch und parteipolitisch ganz ähnlich wie in anderen deutschen Großstädten; dennoch übte die NSDAP keine

¹⁰²³ Wilhelm, Hahn, in: Languth 50 Jahre, S. 38.

ausreichende Anziehungskraft auf die Bevölkerung aus. Die in Aachen verbliebene Restbevölkerung, welche die Amerikaner bei ihrer Eroberung vorfand, hatte das Hitlerregime gründlich satt. Dies spielte eine entscheidende Rolle für das Verhältnis zu den Besatzern bzw. für das Verhalten der Besatzungsmächte.

Der Glaube der Amerikaner, bestens auf ihre Aufgabe vorbereitet zu sein, wurde jedoch bald enttäuscht. Zum einen trafen sie, anders als erwartet, nicht auf eine ihnen feindlich gesinnte deutsche Bevölkerung und zum anderen fanden sie nicht, wie erhofft, eine noch funktionierende deutsche Verwaltung vor. Dies und das Einsetzen der Arbeit der Abteilung für psychologische Kriegsführung sowie das von der amerikanischen Regierung verhängte Fraternalisierungsverbot verschärfte allmählich das anfänglich gute Verhältnis zwischen der Aachener Bevölkerung und den amerikanischen Streitkräften. Nach der Bekanntgabe der endgültigen Kapitulation und der Aufteilung des Deutschen Reiches in Besatzungszonen ging die militärische Verwaltung Aachens an die britischen Streitkräfte über.

Das Verhältnis zu den Briten war anfänglich durch Ressentiments geprägt, was immer wieder bei besatzungstechnischen Fragen wie beispielsweise der Verteilung von Nahrungsmitteln und Brennmaterialien zum Ausdruck kam. Die sich durchwegs schlecht behandelt fühlende Aachener Bevölkerung, die den Briten eine planlose Besatzungspolitik unterstellte, traf jedoch auf eine tendenziell pro-deutsch orientierte Militärregierung. Erst mit dem Bekanntwerden der NS-Verbrechen änderte sich auch in Aachen die Haltung der Besatzer. Überraschenderweise legten sowohl Amerikaner als auch Briten eine Abneigung gegen politische Aufrechnung und persönliche Abrechnung in Deutschland nach Kriegsende an den Tag.

Diese positive Grundhaltung betraf auch das Wiedererwachen des politischen Lebens. Nach Monaten der „politischen Quarantäne“ wurde im Spätsommer 1945 die politische Neuordnung auch in der britischen Zone eingeleitet. Man versuchte, bei der Umsetzung

der lokalen Verantwortung und der Förderung von Parteien auch traditionell bewährte britische Elemente wie das repräsentative Wahlsystem oder das Prinzip der „indirect rule“ bei der politischen Neuordnung mit einfließen zu lassen. Die Briten waren die einzige Besatzungsmacht, die die deutsche Bevölkerung hierbei in beratenden Funktionen wie beispielsweise dem Amt des Bürgermeisters an der Macht beteiligten. Die Bestrebungen der Briten, sich bei diesem Wiederaufbau im Hintergrund zu halten, erwiesen sich als undurchführbar. Zum einen mangelte es den von den Alliierten ausgewählten Deutschen an Erfahrung und zum anderen war auf britischer Seite der Umgang mit erfahrenen Kräften, die zum Teil NSDAP-Mitglieder waren, noch nicht vollständig geklärt.

Auch die Bereitschaft der Aachener Bevölkerung, sich in den ersten Nachkriegsjahren parteipolitisch zu engagieren, war nicht sehr ausgeprägt. Die meisten Menschen waren zu sehr von Existenzsorgen geplagt, als dass sie sich für Politik interessiert hätten. Zudem war es eine weit verbreitete Auffassung, dass die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches sowie die Uneinigkeit der vier Besatzungsmächte keinen Boden für eine politische Neuentwicklung bieten würde. Die Mehrzahl der Aachener war unpolitisch. Dies hatte zur Folge, dass meist nur diejenigen, die bereits vor 1933 politisch aktiv gewesen waren, zum Mitwirken an der Entstehung des politischen Aachens bereit waren.

Die Initiatoren der späteren Christlich-Demokratischen Partei waren es dann auch, die sich für politische Aktivitäten einsetzten, und dies obwohl sie, besonders für ihre geplanten parteipolitischen Ideen, anfänglich nicht auf Zustimmung der britischen Militärregierung stießen. Die Briten konzentrierten sich zum einen auf die Linksparteien, die ihnen aus der Weimarer Republik bekannt waren, und übten zum anderen einen strengen Lizenzierungszwang für sich neu konstituierende Parteien aus. Die Frage einer möglichen Benachteiligung der CDU durch die britische Besatzungsmacht zieht sich durch die gesamte Ge-

schichte der Aachener CDU der ersten Nachkriegsjahre hindurch und kommt vor allem bei Themen wie der Papierverteilung oder der Gründung einer parteinahen Zeitung immer wieder zum Ausdruck.

Die Entstehung der Christlich-Demokratischen Union als interkonfessioneller Partei steht in Zusammenhang mit den sich langsam wieder gründenden Parteien der Weimarer Republik sowie der Wiedergründung der Zentrumspartei. Ein Zusammenschluss von Katholiken und Protestanten in einer interkonfessionellen Partei wurde bereits in den 20er Jahren des 20. Jh. immer wieder in den Reihen des Zentrums und der Geistlichkeit diskutiert. Dieser Gedanke konnte sich jedoch bis zum Verbot der Partei durch die Nationalsozialisten 1933 nicht durchsetzen. Erst die Erfahrungen des Nationalsozialismus, der für viele ehemalige Zentrumsfunktionäre Gefängnis und Konzentrationslager bedeutet hatte, hatten den Parteimitgliedern gezeigt, dass nur ein gemeinsamer Weg nach dem Ende des Nationalsozialismus richtig sein konnte. Obwohl viele ehemalige Zentrumsfunktionäre der Auffassung waren, dass ein früherer Zusammenschluss mit dem protestantischen Teil der Bevölkerung bzw. mit politisch anders Denkenden viel Leid hätte verhindern können, kam es nach 1945 zu einer Neugründung der Zentrumspartei, die sich jedoch langfristig nicht behaupten konnte. Dies zeigt sich an der Tatsache, dass sich nach Kriegsende vielerorts, unter unterschiedlicher Namensgebung und ohne voneinander Kenntnis zu haben, Initiativen zur Gründung einer interkonfessionellen Partei bildeten, wie etwa in Berlin und Köln.

Für Aachen bildete die Kölner Gründungsversammlung vom Juni 1945 die geistige Grundlage und den letzten Antrieb zur schnellen Vorbereitung einer Gründungsveranstaltung. Neben der Zentrumspartei und der Christlich-Demokratischen Union gründeten sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Kommunistische Partei Deutschlands sowie die Rheinische Volkspartei in Aachen wieder. Die Entstehung der anderen Parteien hatte wenig Einfluss auf das Entstehen einer interkonfessionellen

Partei in Aachen. Ihnen kam nur durch die zwischenparteilichen Beziehungen eine Rolle zu.

Die deutsche Bevölkerung verstand sich aufgrund der vorhandenen Not und des Elends, das in allen Bevölkerungsschichten zu verzeichnen war und wegen den Erfahrungen des Nationalsozialismus als Schicksalsgemeinschaft, in der die Menschen verschiedener sozialer Schichten und politischer Meinungen zusammengeführt wurden. Dies wirkte sich auch auf das Verhältnis der Parteien untereinander aus. Zudem versuchten die Parteien in Hinblick auf ihr Verhältnis zur Besatzungsmacht, stärker das Gemeinsame zu pflegen. Wenn man von kleineren Streitigkeiten absieht, kann für die behandelte Zeit von einer „Einheit der Demokraten“ gesprochen werden.

Die meisten Männer und Frauen, die in der „ersten Stunde“ in der Christlichen Union aktiv wurden, waren bereits vor 1933, insbesondere im Zentrum, politisch tätig gewesen und hatten in der Mehrzahl in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesperrt. Die Kirche bot oftmals die geistige Grundlage der Gründerzirkel. Daneben hatte diese gesellschaftliche Großgruppe den Menschen zwischen 1933 und 1945 als Auffangnetz gedient und den Rahmen für die Aufrechterhaltung von Kontakten gebildet, die bereits kurz nach dem Einmarsch der Alliierten wieder aktiviert wurden. Auch der räumliche Standort, im Falle Aachens die Stadt, spielte eine entscheidende Rolle.

Die Lebenswege und Beweggründe der Hauptinitiatoren für die Gründung einer christlichen Partei ähneln einander sehr. Dies zeigt sich etwa am Beispiel von Ernst und Hofmann, die beide aus christlich-sozial engagierten Familien stammten und sich nach Ausbildung bzw. Studium zur Zeit der Weimarer Republik in unterschiedlicher Weise politischen Aktivitäten gewidmet hatten. Beide hatten die Unterdrückung der nationalsozialistischen Machthaber zu spüren bekommen und waren nach 1945 zum

Teil durch Kontakte zum Widerstand in den Gründerzirkel der christlich-demokratischen Union gestoßen.

Wichtig für die CDU und für die Stadt Aachen waren vor allem der erste gewählte Nachkriegsoberbürgermeister Dr. Albert Maas und die erste Aachener Bundestagsabgeordnete Helene Weber, die jedoch zwei völlig unterschiedliche Lebenswege eingeschlagen hatten. Bereits der schulische und berufliche Werdegang der beiden Personen unterscheidet sich erheblich. Während die eine von den politisch denkenden und engagierten Eltern auf die Probleme der Zeit hingewiesen wurde und durch Studium und Auslandsaufenthalt eine wichtige Grundlage vonseiten des Elternhauses erfuhr, musste der andere sich seine Ausbildung und sein Studium hart erarbeiten und bekam dabei die sozialen Nöte der Zeit am eigenen Leib zu spüren. Beide machten einen akademischen Abschluss, wobei Maas dies trotz mangelnden Verständnisses seitens seiner Familie erreichte und während die eine sich danach über die Schiene der Sozialarbeit die Politik erschloss, sammelte der andere am Ende des Ersten Weltkriegs und in den ersten Jahren der Weimarer Republik erste politische Erfahrungen auf Parteiversammlungen unterschiedlicher Richtungen. Beide verschrieben sich jedoch im Lauf der Zeit den Ideen und der Politik der Zentrumspartei. Während Weber als eine der ersten Frauen im Deutschen Reichstag saß, engagierte sich der andere als Zentrumssekretär in Aachen. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete für beide einen Stillstand bzw. eine Veränderung ihrer bisherigen Arbeit. Die eine, die sich in der Zentrumsfraktion vehement gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen hatte, wurde bald darauf von den Nationalsozialisten aus ihrer politischen Arbeit verdrängt und fand über den Weg des sozialen Engagements eine neue Schiene der politischen Einflussnahme. Der andere musste ebenfalls seine politische Arbeit aufgeben und hatte als Familienvater mit den Folgen der Arbeitslosigkeit zu kämpfen. In den folgenden Jahren sollten beide immer wieder ins Visier der Gestapo geraten und in unterschiedlicher Weise die Macht der Nationalsozialisten zu spüren bekommen. Beide überlebten den Krieg unbeschadet und

hatten den festen Entschluss, sich für einen demokratischen Neuanfang, bei dem man aus der Zersplitterung der Parteien in der Weimarer Republik und der konfessionellen Abspaltung des Zentrums lernen sollte, mitzuarbeiten. Während die eine über Berlin und Konrad Adenauer zur CDU gelangte, gehörte der andere zu den Hauptgründern der Aachener CDU. Während die eine auf nationalem und internationalem Parkett aktiv wurde, baute der andere die Partei an der Aachener Basis auf und wurde 1946 der erste gewählte Nachkriegsoberbürgermeister. Die andere kehrte über die Wahlliste der CDU zum ersten Deutschen Bundestag nach Aachen, wo sie einige Jahre beruflich tätig gewesen war, zurück.

Die Suche nach Gleichgesinnten gestaltete sich jedoch als schwierig. Anders als es die Bevölkerungszahlen und -strukturen sowie die Biografie der ersten Aachener Bundestagsabgeordneten vermuten lassen, gab es in der deutschen Politik der Anfangsjahre wenig bis gar keine Frauen. Die Frauen waren oft der einzige Ernährer der Familie und hatten neben der Kindererziehung, der Trümmerbeseitigung und der Suche nach Brennmaterial keine Zeit für politisches Engagement. Politisch agierende Frauen bildeten die Ausnahme und waren meist Frauen, die bereits vor 1933 politisch aktiv gewesen waren und eine höhere, zum Teil akademische Ausbildung erfahren hatten.

Die übrige Suche nach Gleichgesinnten verlief ähnlich schwer. Die meisten Menschen waren politisch desinteressiert und hatten andere, existenzielle Sorgen. Dies hatte zur Folge, dass man - mit wenigen Ausnahmen - nur jene Leute für einen politischen Neubeginn gewinnen konnte, die bereits in der Weimarer Republik demokratisch tätig gewesen waren.

Auch die Reaktion der britischen Militärregierung auf die politischen Aktivitäten war für die Parteigründung von Bedeutung. Von der anfänglichen Tendenz der Siegermächte abgesehen, bei der jedes eigenständige Handeln der Deutschen als unangemessen betrachtet wurde, baute jede Besatzungsmacht eine be-

sondere Beziehung zu jeweils einer Partei auf. Für die britische Besatzungsmacht war dies aufgrund der eigenen Erfahrungen in England, welches von der Labour-Partei regiert wurde, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dies hatte zur Folge, dass es einige Schwierigkeiten mit der sich neu formierenden christlichen Partei gab, deren Forderungen als zu „radikal“ gewertet wurden. Zudem fasste man Entlassungen innerhalb der von den Amerikanern eingesetzten Stadtverwaltung als Folge der Linksorientierung der Besatzungsmacht auf. Von diesen Schwierigkeiten abgesehen, wurde die Arbeit der sich entwickelnden CDU zwar nicht gefördert, aber dennoch gebilligt. Das Misstrauen der britischen Besatzungstruppen war somit weniger Ausdruck von Kritik als vielmehr ein Charakteristikum der britischen Art zu regieren.

Neben diesen Einschränkungen durch das Verhalten der Besatzungstruppen gab es noch andere technische und organisatorische Schwierigkeiten auf dem Weg zur Gründung der Partei. Im Gegensatz zu anderen reaktivierten Parteien in Aachen war es der CDU nicht möglich, auf praktische und für die Organisation der Parteiarbeit notwendige Dinge zurückzugreifen, was mehr Kraft, Zeit und zum Teil Improvisationstalent kostete. Besonders der Mangel an Räumlichkeiten, der Papier- und Schreibmaterialmangel sowie das Problem eines fehlenden Beförderungsmittels erschwerten auch die Arbeiten der Hauptinitiatoren.

Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem normalen Parteilieben war jener von der Gründungsversammlung der Aachener CDU im September 1945 bis zur Genehmigung der Partei im März 1946. Der zur Vorbereitung der Gründungsversammlung gebildete Arbeitsausschuss musste, wie alle weiteren Maßnahmen und Treffen, von der britischen Militärregierung genehmigt werden. Hier beschloss man einen möglichen Parteivorstand sowie die weiteren Arbeitsschritte auf dem Weg zur Gründung. Nach der Beantragung einer Gründungsversammlung bei der britischen Militärregierung nutzte man die Zeit bis zur Genehmigung des Treffens neben Zusammenkünften bezüglich der Gründung ei-

ner rheinischen CDP vor allem für Programmüberlegungen und die Erstellung einer Parteisatzung. Diese Genehmigung wurde, wenn man von einer möglichen Linksorientierung der Besatzungsmacht einmal absieht, vor allem durch die Überprüfung der Personen, die für einen möglichen Parteivorstand vorgesehen waren, verzögert.

Die Betrachtung der ersten programmatischen Überlegungen und die Arbeit der Aachener Gründer hat gezeigt, dass sich diese, abgesehen von den „Kölner Leitsätzen“, die ihnen direkt durch ein späteres Gründungsmitglied übermittelt wurden, eher wenig mit der Programmatik beschäftigt haben. Die Konzepte der Anfangsjahre waren von gleichen weltanschaulichen Überzeugungen und geistesverwandten, grundsätzlichen Überlegungen durchzogen, sodass man diese ohne größere Einflussnahme in Aachen zur Kenntnis nahm. Dennoch gingen von den Mitgliedern der Aachener CDU bereits früh in unterschiedlicher Weise Impulse für den Wiederaufbau Deutschlands und Europas aus. Des Weiteren nutzte vor allem der spätere Hauptvorstand die Zeit des Wartens, um in einer regen Korrespondenz mit dem Stadtkommandanten alle weiteren Fragen der Parteiarbeit zu klären. Der eigentlichen Parteigründung im September 1945, bei der ein vorläufiger Vorstand gewählt wurde und bei der die politisch Interessierten mit den Auflagen der Besatzungsmacht vertraut gemacht wurden, folgte wiederum eine sechsmonatige Wartezeit. Der Grund für diese Verzögerung der Genehmigung ist wahrscheinlich auf die Auffassung einer Verbindung zwischen der neu gegründeten CDU und einer in Aachen Land entstandenen christlichen Bewegung zurückzuführen. Die Zeit des Wartens wurde, neben unterschiedlichen Aktivitäten zur Mitgliederwerbung und Gesprächen über eine mögliche Parteifinanzierung durch Beiträge, vor allem für die Forcierung der Gründung eines parteinahen Presseorgans genutzt. Die Entstehung eines Sprachrohrs der Aachener Christdemokraten wurde von der britischen Pressepolitik der Anfangsjahre beeinflusst. Die Briten waren der Auffassung, dass es zur Erreichung einer politischen Reeducation nach einem anfänglichen Verbot jeglicher Publikationen unter dem Prinzip

der „indirect rule“ wieder schrittweise, über die Publikation von einigen Mitteilungsblättern und einer Lizenzpresse, zu einem eigenständigen deutschen Pressewesen kommen sollte. Unter diesen Vorgaben und der Auswahl bzw. Ausbildung entsprechender Personen konnten bereits im Januar 1945 die „Aachener Nachrichten“ als erste Nachkriegszeitung erscheinen. Um der wachsenden parteipolitischen Landschaft gerecht zu werden und der Kritik, nur sozialdemokratische Zeitungen zu fördern, entgegen zu treten, ging man zur Lizenzpresse über. Die erste Lizenz der Briten für eine parteinahe Zeitung ging an die CDU, und zwar in Form der „Aachener Volkszeitung“, welche unter anderen von einigen CDU-Vorstandsmitgliedern herausgegeben wurde. Es bestand, vor allem in der Anfangsphase des Bestehens der CDU-nahen Zeitung, eine Rivalität zwischen den Verlegern und Herausgebern der „Aachener Nachrichten“ und der „Aachener Volkszeitung“. Dies war neben personellen und parteipolitischen Zwistigkeiten vor allem auf das wieder auftretende Gefühl der CDU-Vertreter einer ungerechten Behandlung vonseiten der Militärregierung, besonders im Bereich der Papierverteilung, zurückzuführen.

Neben dem politischen Leben erwachte auch das kulturelle Leben mit Musik-, Theater- und Kinoaufführungen wieder schnell. Hierbei vermissten die Gründer der Aachener CDU die Verbindung an das intellektuelle Leben sowie die Verbindung zum grenznahen Ausland. Auf Initiative eines Parteimitglieds wurde der Lesekreis „Corona Legentium Aquensis“ ins Leben gerufen, der ein ausgewähltes Publikum mit verschiedenen Personen aus Politik, Literatur und Kultur zusammenbrachte. Nach einer erfolgreichen Anlaufzeit erweiterte man den personellen Rahmen und versuchte, sich die Nähe Aachens zu Belgien und den Niederlanden sowie die zentrale Lage Deutschlands in Europa zunutze zu machen. Vor diesem Hintergrund wurde der Internationale Karlspreis zu Aachen gestiftet. Hierbei spielten zum einen Aachen als Stadt Karls des Großen, der Gelehrte aus ganz Europa an seinem Hof versammelt hatte, sowie zum anderen die Verbindungen der CDU-Mitglieder, der Hauptstütze des Karlspreisdirekto-

riums, zu den führenden Staatsmännern bzw. ins Ausland eine entscheidende Rolle. Die Partei hatte, wenn man von persönlichen Kontakten einmal absieht, in den ersten Nachkriegsjahren keine Verbindungen der Aachener CDU zu Schwesterparteien im benachbarten Ausland. Das persönliche Verhältnis der Parteimitglieder bzw. der Aachener Bevölkerung zu ihren belgischen Nachbarn war, wenn man die verständlichen antideutschen Resentiments, die sich aus der deutschen Besatzungszeit ergeben haben, beiseite lässt, durchaus positiv und vor allem von der wirtschaftlichen Abhängigkeit der hungernden Aachener Bevölkerung von den belgischen Bauern sowie durch Schmuggelfahrten nach Belgien gekennzeichnet. Das Verhältnis zu den Niederlanden war schwieriger. Dorthin gab es, anders als nach Belgien, keine wirtschaftlichen Kontakte; zudem waren dort die Ressentiments noch stärker ausgeprägt. Auch zum parteipolitischen Pendant der CDU in den Niederlanden bestanden im betrachteten Zeitraum keine Kontakte.

Neben den Verbindungen zur geistigen Elite hatte die frühe CDU auch Kontakte zum wachsenden Aachener Vereinsleben. Auch hier ging die Tendenz zu den „gehobeneren“ Vereinsaktivitäten in Form des Aachener Karnevalsvereins oder des Aachen-Laurensberger Rennvereins.

In der Phase vor den ersten Wahlen in der britischen Zone waren die Aktivitäten der Partei vor allem durch die Anmietung von Räumen, die Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers sowie die Einführung von Aufnahmegebühren zur finanziellen Festigung der Partei gekennzeichnet. Daneben versuchte man, sich gegenüber der britischen Militärregierung in Bezug auf besatzungstechnische Fragen zu positionieren. Zeitgleich gründeten sich in dieser Phase die einzelnen Parteiorganisationen bzw. die CDU im Landkreis Aachen. Mit der Gründung der Parteiorganisationen versuchte man, den Belangen der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der Partei gerecht zu werden und den Frauen und der Jugend ein Forum zu bieten. Sowohl die Frauenvereinigung als auch die Vertretung der Jugend

bildeten im Vergleich zu deren Anteil in der eigentlichen Partei relativ starke Gruppen. Dies kann mit einer stärkeren Interessenvertretung und den die jeweilige Gesellschaftsgruppe stärker ansprechenden Themenbereichen zu begründen sein. Mit den übrigen Parteiorganisationen verhielt es sich anders. Sie bildeten sich nicht aus der Partei heraus, sondern waren eine Antwort auf andere innerstädtische Entwicklungen. Mit der Wiedereröffnung der Technischen Hochschule Aachen wurde zudem eine Vertretung der Studenten notwendig. Gleichermäßen verhielt es sich mit der Arbeiterschaft, welche, angespornt durch die Gründung der Einheitsgewerkschaft in Aachen, eine Vertretung der christlichen Arbeitnehmer forderte und aus diesem Grund die Sozialausschüsse bzw. die spätere Christlich-Demokratische Arbeiterschaft ins Leben rief. Zudem spielte der Wahlkampf zur ersten Wahl in der britischen Zone eine wesentliche Rolle. In diesem Wahlkampf und bei der Vorbereitung einer Großkundgebung mit Konrad Adenauer als Hauptredner wurden der Partei wiederum ihre, durch die allgemeine Not verursachten, Grenzen in finanzieller und personeller Hinsicht aufgezeigt. Mit der Adenauer-Kundgebung blickte die CDU in Bezug auf parteipolitische Auseinandersetzungen und Themen erstmals seit ihrer Gründung über den Tellerrand der Stadt. Mit den Wahlen vom Oktober 1946 und dem überragenden Sieg der CDU sowohl in Aachen als auch in der britischen Zone sowie mit der Übernahme des ersten gewählten Nachkriegsoberbürgermeisteramtes durch einen CDU-Vertreter konsolidierte sich die Aachener CDU.

Die Christlich-Demokratische Union Aachens wurde in den ersten Nachkriegsjahren personell hauptsächlich durch erfahrene Zentrumspolitiker geprägt und erscheint dadurch mehr als Partei der Kontinuität¹⁰²⁴ denn als Neubildung. Zudem wurde sie in Aachen ihrem Anspruch des interkonfessionellen Daseins nicht wirklich gerecht, da die Zahl an protestantischen Mitgliedern sehr gering war. Des Weiteren konnte die Partei zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Volkspartei bezeichnet werden. Dies ist zum einen durch eine Tendenz zum akademischen und Bil-

¹⁰²⁴ Vgl. Gabbe, Jörg: S. 220.

dungsbürgertum innerhalb der Mitgliedschaft zu belegen und zum anderen durch den Hang zur Intellektualität innerhalb der gesellschaftlichen Verankerung. Zudem war weder das Geschlechterverhältnis noch die Altersstruktur ausgeglichen. Diese Punkte mildern sich unter dem Aspekt der zeitlichen Bedingungen deutlich ab und dürfen in keinem Fall die Leistung der Männer und Frauen der ersten Stunde schmälern.

Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv der Christlich-Demokratischen Partei
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
AKV	Aachener Karnevalsverein
ALRV	Aachen-Laurensberger Rennverein
AN	Aachener Nachrichten
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
ARP	Antirevolutionaire Partij
ASTA	Allgemeiner Studierendenausschuss
AVZ	Aachener Volkszeitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BT	Bundestag
CDA	Christlich-Demokratische Arbeiterschaft
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDH	Christlich-Demokratischer Hochschulring
CDP	Christlich-Demokratische Partei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CHIO	Concours Hippique International Officiel
CHU	Christelijk-Historische Unie
CIB	Christus-Imperator-Bewegung
CSP	Christlich-Soziale Partei
CSU	Christlich-Sozialistische Union
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDP	Freie Demokratische Partei
FEI	International Federation for Equestrian Sports
FU	Frauen Union
GB	Großbritannien
GCBD	Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands
GI	Government Issue
HJ	Hitler Jugend
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

ICD	Information Control Division
JCS	Joint Chief of Staffs
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KDF	Katholischer Deutscher Frauenbund
KMU	Klein- und mittelständische Unternehmen
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KV	Kartellverband
KVP	Katholische Volkspartij
KZ	Konzentrationslager
LT	Landtag
MdB	Mitglied des Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MdR	Mitglied des Reichstages
MGO	Military Government Officers
NEI	Nouvelles Equipes International
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWZV	Nordwestdeutscher Zeitungsverlegerverein
OB	Oberbürgermeister
PdA	Partei der Arbeit
PG	Parteigenosse
PSC	Parti Social Chrétien
PWD	Psychological Warfare Divison
P&PW	Publicity and Psychological Warfare Detachments
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RKSP	Rooms-Katholieke Staatspartij
RM	Reichsmark
RT	Reichstag
RVP	Rheinische Volkspartei
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
RWZV	Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverlegerverein

SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (Oberstes Hauptquartier alliierter Expe- ditions-streitkräfte)
SMAD	Sowjetische Militäradministration
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Sr	Schwester
SS	Schutzstaffel
STA	Stadtarchiv Aachen
TH	Technische Hochschule
UCISS	Union Catholique Internationale de Service Social
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organisation
US	United States
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
WK	Weltkrieg
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z	Zentrumspartei
ZAGV	Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins
ZK	Zentralkomitee

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Ungedruckte Quellen

1. Stadtarchiv Aachen

Amtsblatt der Militärregierung Land NRW, Deutschland, Britisches Kontrollgebiet

S. 9, 12-13 aus Nr. 4

S. 84-88 aus Nr. 6

S. 173-175 aus Nr. 8

S. 201 aus Nr. 9

Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Bevölkerungsentwicklung 1871-1961, in: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3c, Düsseldorf 1964.

Luftschutz-Kriegstagebuch Aachen (12.09.1944-09.01.1945).

Memoiren Dr. Albert Maas: „Im schwankenden Kahn“, STA 1200, Bd. I und II.

Albert Servais: Mein Vater Albert Servais, Aachen 1987

Verwaltungsbericht der Stadt Aachen, zugleich Bericht über den bisherigen Wiederaufbau (1. Dezember 1944 bis 31. Dezember 1946), Aachen 1947.

Verwaltungsbericht der Stadt Aachen für das Jahr 1947, Aachen 1948.

Mitgliederliste der ersten Gemeindevertretung in Brand

Mies, Harro: Der RCDS Aachen, Aachen 1995.

2. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (zitiert: HStAD)

Dissertation: Der ständische Gedanke und die Gesellschaftsauffassung des Zentrums, Münster 1922, Nachlass Dr. Josef Hofmann RWN 210/593

Zusammenkunft der Verleger der CDU-Zeitung und der frühen Zentrumszeitung am 16.10.1944 in Düsseldorf (RWN 210/716)

Dokument „Military Government of Germany“ Fragebogen (RWV 267)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 23. August 1945 (RWV 260)

Sitzungsbericht des vorläufigen Arbeitsausschusses in Aachen, 29. August 1945 (RWV 110)

Brief Dr. Leo Schwering an Dr. Konrad Adenauer, 30. August 1945, (RWV 26, Nr. 2363)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 10. September 1945 (RWV 258)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 17. September 1945 (RWV 257)

Bericht über die Gründungsversammlung, 19. September 1945 (RWV 108)

Teilnehmerliste zur Gründungsveranstaltung der Christlich-Demokratischen Partei, Ortsverband Aachen (RWV 46-165)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 20. September 1945 (RWV 256)

Briefwechsel Militärregierung/Dr. Albert Maas vom 25. September 1945 (RWV 255)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 02. Oktober 1945 (RWV 254)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 23. Oktober 1945 (RWV 107)

Vorschläge an die Militärregierung zur Bildung eines Ausschusses für die Stadt Aachen, vom 27. Oktober 1945 (RWV 259)

Anweisung der Militärregierung zur Gründung einer Partei an Dr. Albert Maas vom 05. November 1945 (RWV 252)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 13. November 1945 (RWV 106)

Einladung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zur ersten Reichstagung vom 14.-16. Dezember 1945 in Bad Godesberg (RWV 106/74)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 30. November 1945 (RWV 249)

Protokoll der Vorstandssitzung vom 04. Dezember 1945 (RWV 105)

Aufforderung der Militärregierung zu politischer Unterweisung vom 06. Dezember 1946 (RWV 245)

Erklärung über die Finanzierung der Partei für das Jahr 1945 (RWV 246)

Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 15. Dezember 1945 (RWV 241)

Briefwechsel Militärregierung/Dr. Albert Maas vom 18. Dezember 1945 (RWV 246)

Protokoll der Vorstandssitzung vom 28. Dezember 1946 (RWV 104)

- Briefwechsel Major Yates/Dr. Albert Maas vom 03. Januar 1946 (RWV 234)
- Briefwechsel Major Yates/Dr. Albert Maas vom 05. Januar 1946 (RWV 235)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 11. Januar 1946 (RWV 103)
- Briefwechsel Dr. Albert Maas/Militärregierung vom 16. Januar 1946 (RWV 226/227)
- Briefwechsel Major Yates/Dr. Albert Maas vom 17. Januar 1946 (RWV 224)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 31. Januar 1946 (RWV 102)
- Einladung zu einer Besprechung am 06. Februar, 02. Februar 1946 (RWV 218)
- Bericht über die Versammlung der Bezirksobleute in Aachen, 06. Februar 1946 (RWV 219)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 06. März 1946 (RWV 100)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 20. März 1946 (RWV 99)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 10. Mai 1946 (RWV 217)
- Protokoll der Vorstandssitzung vom 15. Mai 1946 (RWV 215)
- Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 06. Juni 1946 (RWV 210/211)
- Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 26. Juni 1946 (RWV 208/209)
- Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 15. Juli 1946 (RWV 206/207)
- Dokument „Military Government of Germany“, British Zone of Control, Ordinance No. 10 (Amended 2), Political Meetings, 01. August 1946 (RWV 273)
- Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 07. August 1946 (RWV 204/205)
- Gründungssitzung Frauen Union, Anwesenheitsliste vom 20.08.1945 (RWV46/116)
- Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 30. August 1946 (RWV 202/203)
- Bericht über die Zusammenkunft des Hauptvorstandes, der Bezirksvorstände, der Obmänner der Stimmbezirke und der Kandidaten, 23. September 1946 (RWV 200/201)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung, 26. September 1946 (RWV 195/196)

Entwurf der Resolution an die Militärregierung, 26. September 1946 (RWV 198)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 11. Oktober 1946 (RWV 97)

Bericht über die Zusammenkunft der Kandidaten und des Vorstandes, 14. Oktober 1946 (RWV 193/194)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 28. Oktober 1946 (RWV 96)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 15. November 1946. (RWV 191/192)

Bericht über die Tätigkeit der CDU in der Stadt Aachen vom 01. Juli 1946 bis 31. Dezember 1946, 02. Januar 1947 (RWV 184)

Aufstellung der Einkünfte und der Ausgaben vom 01. Juli 1946 bis 31. Dezember 1946 (RWV 186)

Liste der Mitbegründer des CDU-Kreisverbandes Aachen-Stadt (RWV 64-66)

Liste der Mitglieder, die 1945-1946 in die CDU aufgenommen wurden (RWV 67-73)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 03. Dezember 1946 (RWV 95)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 20. Dezember 1946 (RWV 91)

Bericht über die Vorstandssitzung in Aachen, 29. Januar 1947 (RWV 89)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 07. März 1947 (RWV 183/184)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 23. April 1947 (RWV 181)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 22. Mai 1947 (RWV 180)

Bericht über die erweiterte Vorstandssitzung in Aachen, 13. November 1947 (RWV 179)

3. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin
(zitiert ACDP)

Berliner Gründungsaufruf der CDU, 26. Juni 1945 (ACDP VII-011-2376)

Aufruf der CDU in der Britischen Zone, 1. März 1946 (ACDP VI-007-002)
Frühe Wahlplakate der CDU (ADCP X-017-1, ADCP X-017-12, ADCP X-017-71)

II. Zeitungen

Aachener Nachrichten 1945-1946

Aachener Volkszeitung 1946

Aachener Zeitung: Samstag, 30. Oktober 2004, Nr. 254

Berliner Tageszeitung, 26. Juni 1960

Die Zeit: Donnerstag, 21. Oktober 2004, Nr. 44

Katholische Arbeitnehmerzeitung 5/85

III. Schriftliche Auskünfte

Bischoff, Dieter: AKV 13.März 2006

Pfeiffer, Jost Dr. 18. September 2003

Roemer, Dirk: Oecher Penn 10.März.2006

IV. Mündliche Auskünfte

Die geführten Interviews wurden von der Autorin handschriftlich protokolliert. Den Prüfern der Philosophischen Fakultät der *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn* steht die Einsicht in die Interview-Protokolle jederzeit offen.

Brammertz, Alfons (Interview am Sonntag, den 14. September 2003, 11:00 Uhr)

Frings, Leo (Interview am Freitag, den 25. November 2005, 17:00 Uhr)

Fuchsberger, Maritta, ALRV 20.März 2006

Maas, Guido Dr. (Interview am Samstag, den 20. September 2003, 16:00 Uhr)

Pfeiffer, Jost Dr. (Interview am Samstag, den 13. September 2003, 16:00 Uhr)

Stettner, Franz (Interview am Samstag, den 24.Juli 2004, 16:00 Uhr)

Triebes, Bernhard (Interview am Samstag, den 21. September 2003, 11:00 Uhr)

V. Gedruckte Quellen und Darstellungen

Aachener Nachrichten: 60 Jahre Nachrichten 1945-2005. 1. Deutsche Nachkriegszeitung, Aachen 2005.

Adamo, Hans (Hrsg.): Die CDU/CSU, Wesen und Politik, in: Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1976.

Adamo, Hans: Von Adenauer bis Kohl, in Hans Adamo (Hrsg.): CDU/CSU gestern und heute, in: Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1983, S. 7-39.

Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1945-1953, Frankfurt a. M., 1967.

Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 3. überarb., aktual. Aufl., Opladen 2003.

Arens, Eduard/ Janssen, Wilhelm C.: Geschichte des Club Aachener Casino, Aachen 1964.

Aretz, Josef: Kohlscheider Sozialdemokraten 1889-1990, Herzogenrath 1990.

Aretz, Josef: Die Gründung der CDU, in: Die politische Meinung. Monatsschrift zu Fragen der Zeit, 40, 1995, S. 6-11.

Aretz, Jürgen/ Morsey, Rudolf/ Rauscher, Anton (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern, in: Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 3, Mainz 1979.

Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsfraktion, Bd. 2, Köln 1927.

Bachmann, Robert C.: Karajan, Anmerkungen zu einer Karriere, Düsseldorf 1983.

Badstübner, Rolf: Zur Problematik und historischen Bedeutung des Ahlener Programms der westdeutschen CDU, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9 (1961), S. 1789-1824.

Balfour, Michael: Vier-Mächte-Kontrolle über Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959

Barzel, Rainer: Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947.

Becker, Felix: Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1995.

Becker, Josef/ Stammen, Theo/ Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, 2. überarb. Aufl. München 1987.

Becker, Winfried: Die CDU im demokratischen Neubeginn 1945/46 - Motive der Gründung und parteipolitischer Standort, in: Günther Rüter (Hrsg.): Geschichte der christlich-demokratischen

und christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Bonn 1984, S. 336.

Becker, Winfried: CDU und CSU 1945-1950: Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU Bundespartei, in: Studien zur politischen Bildung (Bd. 13), Mainz 1987.

Becker, Winfried (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.-31.10.1985, Köln/Wien, 1987.

Becker, Winfried: Historische Voraussetzungen und Gründung, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien, 1982, S. 7-33.

Benz, Wolfgang: Versuche zur Reform des öffentlichen Dienstes in Deutschland 1945-1952, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 29, 1981, S. 216-245.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, München 1984.

Benz, Wolfgang: Staatsneugründung nach der Kapitulation. Theodor Eschenburgs „Überlegungen zur künftigen Verfassung und Verwaltung in Deutschland“ vom Herbst 1945, in: VfZ 33 (1985), S. 166-213.

Benz, Wolfgang: Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik. Stationen einer Staatsgründung 1946-1949, Frankfurt a. M. 1986.

Benz, Wolfgang: Konzeptionen für die Nachkriegsdemokratie. Pläne und Überlegungen im Widerstand, im Exil und in der Besatzungszeit, in: Thomas Koebner/ Gert Sautermeister/ Sigrid Schneider (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1988, S. 201-213.

Benz, Wolfgang: Zwischen Hitler und Adenauer. Studien zur Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a. M. 1991.

Berger, Franz Severin/ Holler, Christiane: Trümmerfrauen. Alltag zwischen Hamstern und Hoffen, Wien 1994.

Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, in: Wilhelm Mommsen (Hrsg.): Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 2, München/ Wien 1973.

Beus, J.W. de/ Doorn, J.A.A. van/Lehning, Percy B.: De ideologische driehoek: Nederlands politiek in historische perspectief, Amsterdam 1989.

Biddiscambe, Perry: Werwolf: The history of the National Socialist Guerilla Movement 1944-1946, Cardiff 1998.

Billerbeck, Rudolf: Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946-1951) und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1971.

Bilstein, Helmut/ Hohlbein, Hartmut/ Klose, Hans-Ulrich (Hrsg.): Jungsozialisten - Junge - Union - Jungdemokraten. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik, Opladen 1971.

Birke, Adolf: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, 2. aktual. Aufl., Berlin 1994.

Birke, Adolf (Hrsg.): Britische Besatzungszone in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992.

Bischöfliches Generalvikariat (Hrsg.): 1930-1980. 50 Jahre Bistum Aachen, Aachen 1980.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahr 1933, Hochland 1961.

Böhr, Christoph: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998.

Boll, Bernhard/ Schulze, Volker/ Süßmuth, Hans (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993.

Booms, Hans/ Morsey, Rudolf (Hrsg.): Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949, Düsseldorf 1983.

Borsdorf, Ulrich/ Niethammer, Lutz (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1977.

Bösch, Frank: Die Adenauer CDU: Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969, Stuttgart 2001.

Bösch, Frank: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/ München 2002.

Bosscher, D.F.J.: „Waar is deze strijd om gestreden?“ De Nederlands politieke partijen en den Nieuwe Democratie rond 1945, in: Koole, R.A.: Van Bastille tot Binnenhof: de Franse Revolutie en haar invloed op de Nederlandse politieke partijen, Groningen 1989.

Boyens, A: Die Kirchenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht in Deutschland 1944 bis 1946, Göttingen 1979.

Bracher, Karl-Dietrich/ Funke, Manfred/ Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 3. Aufl., Bonn 1998.

Bracher, Karl-Dietrich/ Morsey, Rudolf/ Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, in: Quellen zur Geschichte

des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Deutschland seit 1945, Bd. 5, Düsseldorf 1988.

Brammertz, Alfons: Erfolge durch Bürgerinitiative und Behördenarbeit, in: Rat der Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand. Früher und Heute, Aachen 1971, S.93-103.

Braun, Hans: Die gesellschaftliche Ausgangslage der Bundesrepublik als Gegenstand der zeitgenössischen soziologischen Forschung. Ein Beitrag zur Geschichte der neuen deutschen Soziologie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 31, 1979.

Braun, Michael: Helene Weber, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/ Wien, 1982, S. 145-156.

Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler, Hildesheim 1979.

Brecher, August: Neubeginn auf Trümmern. Erste Nachkriegsjahre im Bistum Aachen 1945-1950, Aachen 1995.

Brickwedde, Fritz: Die CDU/CSU und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954-1978), Bonn 1979, S. 160-161.

Broszat, Martin/ Henke, Klaus-Dietmar/ Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

Broszat, Martin/ Frei, Norbert (Hrsg.): Ploetz. Das Dritte Reich. Ursprünge, Ereignisse, Wirkungen, Freiburg/Würzburg 1984.

Brüll, Christoph: Reparations, Annexions ou Rectification? Le problème de la frontière belgo-allemande après la Seconde Guerre mondiale, 1945-1949, in: Cahiers d' Histoire du Temps Present, Gent 2005.

Brülls, Klaus/ Casteel, Winfried: Aachen 1945. Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, in: DGB-Bildungswerk NRW (Hrsg.): „Schafft die Einheit“. Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Essen 2005, S. 9-57.

Bucher, Peter (Hrsg.): Nachkriegsdeutschland 1945-1949. Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. X, Darmstadt 2004.

Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1969.

Buchstab, Günter/ Kaff, Brigitte/ Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Freiburg/ Basel/ Wien, 2004.

Buchstab, Günter/ Gotto, Klaus: Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, in: Geschichte und Staat, Bd. 254/255, München 1981.

Buchstab, Günter (Hrsg.): 60 Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa, Sankt Augustin 2005.

Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. 1 September 1945 bis Dezember 1946, München/Wien 1976.

Bürgerverein Brand (Hrsg.): Heimatkundliche Blätter Brand 1990.

Bürgerverein Brand: Heimatkundliche Blätter Brand 1994, Bd. 5

CDU-Aachen (Hrsg.): 50 Jahre CDU. Verantwortung für Deutschland und Europa, Aachen 1995.

CDU-Brand (Hrsg.): 50 Jahre Verantwortung für Brand, o. O. 1995.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Das war noch vor 15 Monaten: Erfolg der CDU/CSU Politik: So ist es heute, o. O. 1949.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Geschichte, Idee, Programm, Statut, 3. Aufl., Bonn 1962.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Dokumentation. Die Geschichte der CDU, 5. Aufl., Bonn 1973.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954-1978), Bonn 1979.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Die Programme der CDU. Eine Dokumentation, o. O., 1981.

Clay, Lucius: Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950.

Clemens, Gabriele: Britische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Literatur, Film, Musik und Theater, Stuttgart 1997.

Conradt, David P.: The German polity. Bd. 1 Germany - Politics and government - 1990, o. O., 2001.

Cornelissen, Waltraud: Politische Partizipation von Frauen in der alten Bundesrepublik und im vereinten Deutschland, in: Helwig, Gisela/ Dölling, Irene: Frauen in Deutschland 1945-1992, Berlin 1993, 321-349.

Crew, David F.: Gender, media and consumerism in Germany, 1920s-1950s. Journal of Social History, Vol. 32, 1998, Issue 2, S. 395-402.

Crous, Helmut A.: Karneval in Aachen. Wie er wurde, wie er war, wie er ist, Aachen 1959.

Crous, Helmut A.: Aachen - so wie es war, Bd. 2, Düsseldorf 1979.

Czempas, Werner: Aachener. Fotos, Zitate, Interviews, Aachen 1992.

Delonge, Pascal: Une coopération difficile: Belgique et Grande-Bretagne en quête de sécurité à l'aube de la guerre froide, Brüssel 2000.

Delp, Alfred: Im Angesicht des Todes. Geschrieben zwischen Verhaftung und Hinrichtung 1944-1945, Freiburg im Breisgau 1958.

Desczyk, Gerhard: Zur politischen Ausgangsposition und zu politischen Grundproblemen bei der Gründung der CDU, in: Bernd Weißel: Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin 1968, S. 234-242

Deuerlein, Ernst: CDU/CSU 1945-1947, Köln 1957.

Deutscher, Isaac: Reportagen aus Nachkriegsdeutschland, Gelsenkirchen 1980.

DGB-Bildungswerk NRW (Hrsg.): „Schafft die Einheit“ Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Essen 2005.

Doering-Manteuffel, Anselm: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegsgeschichte, in: VfZ 41 (1993), S. 1-29.

Dollinger, Hans (Hrsg.): Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945-1949. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten, München 1967.

Dülfer, Jost (Hrsg.): „Wir haben eine schwere Zeit hinter uns.“ Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit, Veröffentlichung des Kölner Geschichtsvereins, Bd. 40, Vierow bei Greifswald 1996

Düwell, Kurt (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997

Düwell, Kurt: Exil und Remigration von RWTH-Professoren (1933-1953), in: ZAGV, Bd. 102, Jg. 1999/2000, S. 519-533.

Edinger, Lewis J.: Post-totalitarian leadership: Elites in the German Federal Republic, in: American Political Science Review, 1960, Bd. 54, Nr. 1, S. 58ff.

Elits, Richard: Wegweiser durch die Gesetzgebung der Besatzungsmächte in der britischen Zone Deutschlands seit der Besetzung 1945, Stand 1. April 1949, Göttingen 1949.

Emunds, Paul: Der stumme Protest, Aachen 1963.

Engberg, Gisela/ Fischer-Holz, Elisabeth: Emmi Welter. Sitzstreik gegen Adenauer, in Laschet, Armin (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an Abgeordnete aus dem Wahlkreis „Karls des Großen“, Eupen 1995, S. 33-51.

Eschenburg, Theodor: Regierung, Bürokratie und Parteien 1945-1949. Ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 24. Jg. 1976, S. 58-74.

Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-1949, in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 5, Stuttgart 1983.

Everding, August: Wir sind noch einmal davon gekommen, in: Gustav Trampe: Die Stunde Null: Ereignisse am Kriegsende und Neuordnung, Stuttgart 1995, S. 213-217.

Falter, Jürgen W: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Bracher/ Funke/ Jacobsen: Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 3. Aufl., Bonn 1998, S. 484-505.

Fischer, Heinz-Dietrich: CDU-nahe Lizenzzeitungen (I): „Aachener Volkszeitung“, in: Communication Socialism (Emsdetten) 2. Jg. Januar-März 1969, S. 21-25.

Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945, Bremen 1977.

Flanagan, Clare: A study of Germany - political-cultural periodicals from the years of allied occupation 1945-1949, Lewiston 2000.

Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978.

Först, Walter (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen, in: Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 12, Köln 1987.

Foschepoth, Joseph: Britische Deutschlandpolitik zwischen Jalta und Potsdam, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 30. Jg. 1982, S. 675-714.

Foschepoth, Joseph: Zur deutschen Reaktion auf Niederlage und Besatzung, in: Ludolf Herbst: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, VfZ (Sondernummer), München 1986, S. 127-133.

Foster, Bernhard: Adam Stegerwald (1974-1945) Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Sankt Augustin 2003.

Franke, Joachim/Kahl, Volker: Zeittafel zur Geschichte der CDU 1945-1987, Berlin 1987.

Frankel, Joseph: Die außenpolitische Entscheidung, Stuttgart 1974.

Freier, Anne-Elisabeth: Überlebenspolitik im Nachkriegsdeutschland, in: Annette Kuhn (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Düsseldorf 1986.

FU-Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Frauen-Info. Sonderausgabe 50 Jahre Politik für Frauen, Düsseldorf 2005.

Gabbe, Jörg: Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politische Grundorientierung der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, in Kaack, Heino: Studien zum politischen System der Bundesrepublik, Bd. 15, Meisenheim am Glan 1976.

Gasten, Elmar: Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt a. M., Berlin, Bern, u. a., 1993.

Gatz, Erwin: Geschichte des Bistums Aachen in Daten 1930-1985. Der Weg einer Ortskirche, Aachen 1986.

Gatz, Erwin (Hrsg.): Erinnerungen rheinischer Seelsorger aus den Diözesen Aachen, Köln und Lüttich (1932-1986), Aachen 1988.

Gehler, Michael: Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen der westeuropäischen Christdemokraten 1947-1955, in: Michael Gehler/ Wolfram Kaiser/ Helmut Wohnout (Hrsg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2001, S. 642-694.

Gehler, Michael/ Wolfram Kaiser/ Helmut Wohnout (Hrsg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert, Wien/Köln/Weimar 2001.

Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand früher und heute, Aachen 1971

Gleitze, Bruno: Deutschlands Bevölkerungsverlagerung durch den Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsfor- schung 1953, Nr. 4.

Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwick- lungslinien, 5. Aufl., Bonn 1998.

Görtemaker, Manfred: Sechzig Jahre Unionsparteien, in: Die po- litische Meinung, Jg. 50, Nr. 422, 2005, S. 8-13.

Görtemaker, Manfred: Verfolgung und Widerstand unter dem NS-Regime, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/ Wien, S. 1982, S. 48-69.

Gotto, Klaus: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und die Gründung der Unionsparteien (biografische Hinweise), in: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Der deutsche Widerstand und die CDU. Reden, Stellungnahmen, Erklärungen (1954-1978), Bonn 1979, S. 165-167.

Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1971.

Grimme, Gustav: Erinnerungen an Aachen, Aachen 1997.

Grosse, Alfred: Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970.

Großmann, Achim/ Mix, Susanne: 100 Jahre SPD in Badenberg und Würselen, Würselen 2003.

Gurland, Arkadij/ Lang, Rudolph: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt a. M. 1980.

Haffner, Sebastian: Anmerkungen zu Hitler, München 1987.

Hahn, Wilhelm: Das Erbe des Kirchenkampfes: Christliche Verantwortung im politischen Raum, in: Gerd Langguth (Hrsg.): In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU, Köln/ Weimar/ Wien, 1996, S. 25-38.

Haupts, Leo: Nationalsozialismus in Aachen, ZAGV Bd. 98/99, Jg. 92/93, S. 609-637.

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Hrsg.): Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Quellen und Forschungen, Bd. 1, Siegburg 1973.

Heck, Bruno (Hrsg.): Die CDU und ihr Programm. Programme, Erklärungen, Entschließungen, Bonn 1979.

Heckmann, Dieter: „Halten bis zum letzten Mann“. Der Kampf um Aachen im Herbst 1944, 2. Aufl., Aachen 2004.

Heidenheimer, Arnold J.: Adenauer and the CDU. The Rise of the Leader and the Integration of the Party, The Hague 1960.

Heidking; Jürgen: Die Amerikaner am Rhein: Kriegsende und frühe Besatzungszeit in amerikanischer Perspektive, in: Jost Dülfer (Hrsg.): „Wir haben eine schwere Zeit hinter uns.“ Die Kölner Region zwischen Krieg und Nachkriegszeit, Veröffentlichung des Kölner Geschichtsvereins, Bd. 40, Vierow bei Greifswald 1996, S. 105-128.

Heineman, Elizabeth: The hour of the woman: memories of Germany's crisis years and West German national identity, *American Historical Review*, Vol. 101, 1996, Issue 2, Page 354-395.

Heitzer, Horstwalter: Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, in: *Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte* (Bd.12), Düsseldorf 1988.

Heitzer, Horstwalter: Gründung und Entwicklung der Jungen Union bis zu den „Würzburger Beschlüssen“ 1950, in: Christoph Böhr: *Jugend bewegt Politik 1947-1987*, Krefeld 1998, S. 15-53.

Helwig, Gisela/ Dölling, Irene: *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Berlin 1993.

Henke, Klaus-Dietmar: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Ludolf Herbst: *Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, VfZ* (Sondernummer), München 1986, S. 127-133.

Henke, Klaus-Dietmar: *Die amerikanische Besatzung Deutschlands*, München 1995.

Herbst, Ludolf (Hrsg.): *Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, VfZ* (Sondernummer) München 1986.

Hermanns, Will: *4000 Jahre Aachen, Schicksal, Wirtschaft und Kultur der vormals freien Reichs und Krönungsstadt*, Aachen 1939.

Heubel, Franz: *Jugend und Demokratie - Erfahrungen nach dem Zusammenbruch*, in: Christoph Böhr: *Jugend bewegt Politik 1947-1987*, Krefeld 1998, S. 69-79.

Heydemann, Dieter: *Großbritannien und Deutschland. Probleme einer „stillen Allianz“ in Europa*, in: Hans Kastendiek/ Karl Rohe/ Angelika Volle (Hrsg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, erw. Aufl., Bonn 1998.

Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich*, München/ Wien 1979

Hildebrand, Klaus: *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Berlin 1999.

Hillgruber, Andreas: *Deutsche Geschichte 1945-1982. Die deutsche Frage in der Weltpolitik*, 4. erw. Aufl., Stuttgart/ Berlin/ Köln 1983.

Hintze, Peter (Hrsg.): *Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bonn 1995.

Hofelich, Rudolf: *Aachener Nachrichten*, in: Boll, Bernhard/ Schulze, Volker/ Süßmuth, Hans (Hrsg.): *Zeitungsland Nord-*

rhein-Westfalen: Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 65-77.

Hofelich, Rudolf: Aachener Volkszeitung, in: Boll, Bernhard/Schulze, Volker/ Süßmuth, Hans (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen: Geschichte - Profile - Struktur, Bonn 1993, S. 79-87.

Hoffmann, Hans: Aachen in Trümmern. Die alte Kaiserstadt im Bombenhagel und danach, Düsseldorf 1984.

Hoffmann, W.: Zur Frage der politisch-ideologischen Grundproblematik der Neugründung der bürgerlichen Parteien 1945, in: Bernd Weißel: Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin 1968, S. 221-232.

Hofmann, Josef: Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916-1947, eingel. und bearb. Rudolf Morsey, Mainz 1977.

Hohlefeld, Johannes (Hrsg.): Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd. VI, Berlin o. J.

Hubert, Michael: La population allemande entre 1945 et 1955: rupture et continuité, in: Gilbert Krebs/ Gérard Schneilin (Hrsg.): L'Allemagne 1945-1955 de la capitulation à la division, Asnières 1996, S. 61-92.

Hüffer, Jürgen-Benedikt: Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945-1953/54, München 1995.

Hurwitz, Harold: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946, Köln 1984.

Huster, Ernst-Ulrich/ Kraiker, Gerhard/ Scherer, Burkhard/ Schlotmann, Friedrich-Karl/ Welteke, Marianne (Hrsg.): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Stuttgart 1972.

Hüttenberger, Peter: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner Parlamentarischen Demokratie, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Hrsg.): Veröffentlichungen der Staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen. Quellen und Forschungen, Bd. 1, Siegburg 1973.

Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1997.

Jansen, Thomas: Die Europäische Volkspartei. Entstehung und Entwicklung, Brüssel 2006.

Jaud, Ralph: Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem katholischen Grenzgebiet 1929-1944, Frankfurt a. M. 1996.

Jost, Hermann: Kultur im Wiederaufbau. Die Bundesrepublik 1945-1965, München 1986.

Jürgensen, Kurt: Elemente britischer Deutschlandpolitik. Political Re-education, Responsible Government, Federation of Germany, in: Claus Scharf/ Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 103-127.

Jürgensen, Kurt: Kulturpolitik und Politik der Re-education in der britischen Zone, in: Becker Winfried (Hrsg.): Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland. Symposium an der Universität Passau 30.-31.10.1985, Köln/ Wien 1987, S. 127-139.

Kaack, Heino: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971.

Kaff, Brigitte: Eine Volkspartei entsteht - Zirkel und Zentren der Unionsgründung, in: Günter Buchstab/ Klaus Gotto (Hrsg.): Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/ Wien 1982, S. 70-101.

Kastendiek, Hans/ Rohe, Karl/ Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, erw. Aufl., Bonn 1998.

Kettenacker, Lothar (Hrsg.): The „Other Germany“ in the Second World War. Emigration and Resistance in International Perspective, London 1977.

Kettenacker, Lothar (Hrsg.): Die alliierte Kontrolle Deutschlands als Exempel britischer Herrschaftsausübung, in: Ludolf Herbst: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, VfZ (Sondernummer), München 1986, S. 51-63.

Kettenacker, Lothar (Hrsg.): Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandpolitik der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs, Göttingen 1989.

Kettenacker, Lothar: Britische Besatzungspolitik im Spannungsverhältnis von Planung und Realität, in Adolf Birke (Hrsg.): Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 17-34.

Kirchheimer, Otto von: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 22 (1974), S. 20-41.

Kirschgens, Albert/ Spelsberg, Gerd: Einigkeit statt Recht und Freiheit. Aachen 1933, Aachen 1989.

Klefisch, Peter: Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, Düsseldorf 2000.

Kleimann, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1983.

Klinkenberg, Hans-Martin (Hrsg.): Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule 1870-1970, Stuttgart 1976.

Klöcker, Michael: Die Sozialdemokratie im Regierungsbezirk Aachen vor dem 1. Weltkrieg. Funde und Befunde zur Wilhelminischen Ära unter besonderer Berücksichtigung der Vorkriegsjahre, Aachen 1977.

Klönne, Arno: Als die Union noch jung war. Ein Rückblick auf die Gründerjahre der CDU, in: Sozialismus, 15, 1989, S. 20-23.

Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration, in: Carola Stern/ Heinrich August Winkler: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1990, Frankfurt a. M. 1994, S. 159-192.

Koebner, Thomas/ Sautermeister, Gerd/ Schneider, Sigrid (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1987.

Kohl, Helmut: Porträt einer Volkspartei, Bonn 1981.

Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, in: Jochen Bleicken/ Lothar Gall/ Hermann Jakobs (Hrsg.) (Oldenburg-Grundriß der Geschichte, Bd. 16), 4. erg. Aufl., München/ Wien 1998.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Christliche Demokraten der ersten Stunden, Bonn 1966.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Zone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1973.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Kleine Geschichte der CDU, Stuttgart 1985.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Zur Geschichte der CDU. Gründungsaufrufe, Zeittafel, Literaturlauswahl, Wahlplakate, Sankt Augustin 2000.

Koole, R.A.: Van Bastille tot Binnenhof: de Franse Revolutie en haar invloed op de Nederlandse politieke partijen, Groningen 1989.

Krabbe, Wolfgang R.: Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002.

Krebs, Gilbert/ Schnellin, Gérard (Hrsg.): L'Allemagne 1945-1955 de la capitulation à la division, Asnières 1996.

Kreikamp, Hans-Dieter (Hrsg.): Quellen zur staatlichen Neuordnung Deutschlands 1945-1949, Darmstadt 1994.

Krüger, Wolfgang: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1982.

Kuhn, Annette (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Düsseldorf 1986.

Kühn, Heinz: Auf den Barrikaden des mutigen Wortes. Die politische Redekunst von: Ferdinand Lasalle und Otto von Bismarck, August Bebel und Jean Jaurès, Ludwig Frank und Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin, Giacomo Matteotti und Otto Wels, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, Stuttgart 1986.

Kuhnen, Ludwig: Geschichtliches aus Arbeit und Industrie im Regierungsbezirk Aachen (mit einem Nachtrag 1924-1946), 2. Aufl., Aachen 1947.

Kunz, Rainer/ Maier, Herbert/ Stammen, Theo (Hrsg.): Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, München 1975.

Kunz, Rainer: Parteien- und Parlamentarismusedwicklung in den deutschen Ländern 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik, in: Josef Becker/ Theo Stammen/ Peter Waldmann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1987, S. 367-389.

Küstners, Franz Joseph: Der Zweite Weltkrieg zwischen Maas und Ruhr. Nach einer Serie der „Aachener Nachrichten“, Aachen 1995.

Kutsch, Arnulf: Neue Zeitungen für Deutsche. Entstehung und Struktur der Lizenzpresse in Nordrhein-Westfalen (1945-1949), in: Geschichte im Westen, 3. Jg. (1988), Nr. 1, S. 46-67.

Lademacher, Horst: Deutschland und Belgien, in: Walter Först (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen, Köln 1987, S. 87-120.

Landessozialausschuss der CDU (Hrsg.): Erste Reichstagung der gesamtdeutschen Sozialausschüsse der CDU/CSU in Herne in Westfalen am 28., 29. und 30. November 1947, Köln 1948.

Langguth, Gerd: Fünfzig Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU, Bonn 1995.

Langguth, Gerd (Hrsg.): In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU, Köln 1996.

Laschet, Armin (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an die Abgeordneten aus dem Wahlkreis „Karls des Großen“, Eupen 1995.

Leggewie, Claus: CDU - Integrationsmodell auf Widerruf? Die zwei Modernisierungen der deutschen Rechte nach 1945, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1989, S. 294-308.

Lejeune, Carlo: Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen 1925-1980. Wege zur europäischen Integration, Köln/Weimar/Wien 1992.

Lenz, Marlene: Helene Weber, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1963, S. 403-419.

Lepper, Herbert: Der Aachener Geschichtsverein 1929-1979, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 86/87 (1979/80), S. 1-115.

Lepszy, Norbert: Das politische System der Niederlande, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1997, S. 321-355.

Lerner, Daniel (Hrsg.): Propaganda in War and Crisis, New York 1972.

Lijphart, Arend: Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek, 9., revidierte Auflage Haarlem 1992

Lorenz, Peter: Die Geschichte der Jungen Union Deutschlands 1945 bis 1950. Erinnerungen an die Gründungsjahre, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 55-68.

Löwenthal, Richard/ Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - eine Bilanz, Stuttgart 1977.

Löwenthal, Richard: Prolog: Dauer und Verwandlung, in: Richard Löwenthal/ Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland - eine Bilanz, Stuttgart 1977.

Maier, Hans: Die überkonfessionelle Volkspartei der Mitte. Zum historischen Ort der Parteigründung, in: Gerd Langguth (Hrsg.): In Verantwortung für Deutschland. 50 Jahre CDU, Köln/Weimar/ Wien, 1996, S. 11-24.

Maier, Herbert: Die Entwicklungen der kommunalen Politik und Organisation in den drei westlichen Besatzungszonen, in: Josef Becker/ Theo Stammen/ Peter Waldmann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1987, S. 351-365.

Malangré, Heinz: Aus Trümmern zur Europastadt. Aachen 1945-2005, Aachen 2005.

Matzerath, Horst: Rheinische Großstädte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Notverwaltung oder Neubeginn, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 1-21.

Mayhew, Christopher: Die britische Außenpolitik seit 1945, in: Europa-Archiv, o. O. 1950, S. 3433-3439.

Mensing, Hans-Peter: Konrad Adenauer und die Benelux-Staaten, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, Bd. 15, 2004, S. 47-63.

Merbeck, Marianne (Hrsg.): „Ich bin doch nichts Besonderes“. Aachener Frauen erzählen Geschichte, Aachen 1991.

Merkel, Angela: Eine Union für Deutschland. Sechzig Jahre CDU - Politik aus christlicher Verantwortung, in: Die Politische Meinung, 50. Jg., Nr. 422, o. O. 2005, S. 5-8.

Mielke, Rita/ Stein, Wilhelm (Hrsg.): Aachen - Weltfest des Pferdesports 1898-1998, Aachen 1998.

Mitchell, Maria: Materialism and secularism. CDU politicians and national socialism. 1945-1949, in: The journal of modern history, Vol 67, 1995, S. 278-308.

Möding, Nori: Zur Situation von Frauen nach dem Krieg, in: Martin Broszat/ Klaus-Dietmar Henke/ Hans Woller (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26), München 1988, S. 620-647.

Molitor, Hans: Die Amerikaner sind da! Was nun?, in: Bürgerverein Brand (Hrsg.): Brand Heimatkundliche Blätter 1994, Bd. 5, S. 104-117.

Molitor, Hans: Dulce et decorum est...? Gedanken und Anmerkungen zur Namensliste, in: Bürgerverein Brand (Hrsg.): Brand Heimatkundliche Blätter 1990, S. 83-119.

Möller, Horst: Les changements de la politique d'occupation en Allemagne de 1945 à 1949, in: Gilbert Krebs/ Gérard Schneilin (Hrsg.): L'Allemagne 1945-1955 de la capitulation à la division, Asnières 1996, S. 109-126.

Moltke, Freya von (Hrsg.): Die letzten Brief von Helmuth Graf von Moltke, 3. erw. Aufl. Zürich 1971.

Mommsen, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918-1933, 2. Aufl., München 2001.

Morsey, Rudolf: Die deutsche Zentrumspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960.

Morsey, Rudolf: Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933, Göttingen 1963.

Müller, Gloria: Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht - Unternehmer - Gewerkschaften, Düsseldorf 1988.

Müller, Rolf-Dieter/ Ueberschär, Gerd R.: Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt a. M., 1994.

Narr, Wolf-Dieter: CDU-SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart/ Berlin/ Mainz 1966.

Naumann: Die Union auf der Suche nach ihrem Staat, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 33, o.O 1988, S. 143-154.

Nohlen, Dieter (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, 2. Aufl. 2002.

Nusselein, Ernst Wilhelm: Bitteres Ende - gesegneter Neubeginn: St. Paul in Aachen, 1944 bis 1955, in: Erwin Gatz (Hrsg.): Erinnerungen rheinischer Seelsorger aus den Diözesen Aachen, Köln und Lüttich (1933-1986), Aachen 1988, S. 152-186.

Oberreuter, Heinrich/ Kranenpohl, Uwe/ Olzog, Günter/ Liese, Hans-J. (Hrsg.): Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte, Programmatik, Organisation, Personen, Finanzierung, in: Geschichte und Staat, Bd. 277, 26. aktual. Aufl. München 2000.

Opitz, Herwart: Bericht über das Amtsjahr 1958-59. Verbunden mit einem Blick über die Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule seit 1949, Aachen 1959.

Overesch, Manfred/ Rüschemschmidt, Heinrich/ Schapp, Klaus/Schäfer, Paul/ Trabandt, Franz-Josef, Vahldieck, Bernd: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jahre der Entscheidung 1945-1949. Texte und Dokumente, Hannover 1989.

Pabst, Klaus: Das Problem der deutsch-belgischen Grenze in der Politik der letzten 150 Jahre, in ZAGV: Bd. 77, Jg. 1966, S. 203-205.

Pabst, Klaus: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in Walter Först (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen. Beiträge zur Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalen, B. 12, Köln 1987, S. 11-46

Pabst, Klaus (Hrsg.): Aachen im Frühjahr 1945. Aufzeichnungen des Bürgermeisters Dr. Helmut Pontesegger, in: ZAGV: Bd. 96, Jg. 1989, S. 373-408.

Padover, Saul K.: Experiment in Germany. The story of an American Intelligence officer, New York 1946.

Padover, Saul K.: The Political Situation in Aachen, in: Daniel Lerner (Hrsg.): Propaganda in War and Crisis, New York 1972.

Padover, Saul K.: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001.

Pehle, W.H.: Die Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung, Diss., Düsseldorf 1976.

Perger, Werner A.: Die CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 42, 1992, S.3-9.

Petzina, Dietmar/ Euchner, Walter (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949, Düsseldorf 1984.

Pfetsch, Frank R.: Ursprünge der 2. Republik, Opladen 1989.

Pierotti, Paul: Aachen. Stunde Null, Eupen 1995.

Pierotti, Paul: Die Wende - 20. Juni 1948. Nach der Währungsreform, Eupen 1997.

Pierotti, Paul: Erinnerungen an die Kriegszeit 1942-1945. Die letzten Tage in Aachen, Evakuierung nach Torgau und Rückkehr, Aachen 2004.

Poll, Bernhard (Hrsg.): Das Schicksal Aachens im Herbst 1944. Authentische Berichte I und II, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 66/67 Jg. 1954/55, S. 193-268 und 72 (161), S. 33-254.

Poll, Bernhard (Hrsg.): Geschichte Aachens in Daten, 2. Aufl., Aachen 2003.

Posener, Julius: In Deutschland 1915-1946, Berlin 2001.

Pressedienst Demokratische Initiative (Hrsg.): Das Ahleener Programm: Programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1. bis 3. Februar in Ahlen, Dortmund 1980.

Preuße, Detlef: Die CDU im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, in: Grundstrukturen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, S.147-184.

Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in Government and Opposition 1945-1976, London 1977.

Pross, Harry: Politik und Publizistik in Deutschland seit 1945. Zeitbedingte Positionen, Stuttgart 1980.

Rat der Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand früher und heute, Aachen 1971.

Reichel, Saskia: Dr. Helene Weber „Mit Hingabe an das Werk“, in: Armin Laschet (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an die Abgeordnete aus dem Wahlkreis „Karls des Großen“, Eupen 1995, S. 17-33.

Renger, Annemarie: Die Trümmer in den Köpfen der Menschen, in: Gustav Trampe: Die Stunde Null: Ereignisse am Kriegsende und Neuordnung, Stuttgart 1995, S. 225-233.

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (Hrsg.): 100-Jahr-Feier der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 12.-17. Oktober 1970, Aachen 1970.

Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (Hrsg.): Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995, Aachen 1995.

Ricking, Klaus: Der Geist bewegt die Materie: 125 Jahre Geschichte der RWTH Aachen. Mens agit at molem, Aachen/ Mainz 1995.

Rudzio, Wolfgang: Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur: eine britische Reform und ihr Ausgang, Stuttgart 1968.

Ruhl, Klaus Jörg (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der BRD 1945-1949, München 1982.

Ruhm Oppen, Beate von: Documents on Germany under Occupation 1945-1954, London 1955.

Rüther, Günther (Hrsg.): Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung in Deutschland, Bonn 1984.

Scharf, Claus/ Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979.

Scheel, Wolfgang: Deutschland nach 1945. Probleme der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, Hannover 1962.

Scheuch, Erwin Kurt/ Scheuch, Ute: 50 Jahre CDU, in: Die neue Ordnung, Bd. 49, o. O. 1995, 4, S.276-291.

Schissler, Hanna: Rebuilding West German society: a gendered view. Central European History, Volume 26, 1993, Issue 3, S. 326-334.

Schmidt, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Berlin 1987.

Schmoller, Gustav von: Grundzüge des neuen Besatzungsregimes in Westdeutschland, in: Europa-Archiv 1949, S. 2535-3544.

Schneider, Michael: Weber, Helene, Politikerin, in: Wolfgang Benz/ Hermann Graml (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 356-357.

Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung von den Anfängen bis heute, Bonn 2000.

Schneider, Michael: Zur Wiedergründung der Gewerkschaften in Westdeutschland vor 60 Jahren, in DGB-Bildungswerk NRW e. V. (Hrsg.): „Schafft die Einheit“. Aachen 1945: Die freien deutschen Gewerkschaften werden gegründet, Essen 2005, S. 59-79.

Schneider, Rolf: Theater in einem besiegten Land. Dramaturgie der deutschen Nachkriegszeit 1945-1949, Frankfurt a. M./ Berlin, 1989.

Scholl, Horst-Dieter: Die Neugründung der christlichen Gewerkschaften in Westdeutschland, Marburg 1962.

Schönbohm, Wulf (Hrsg.): CDU, Porträt einer Partei, München 1979.

Schönbohm, Wulf (Hrsg.): Die Geschichte der CDU. Programm und Politik der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands seit 1945, o. O., S. 1991.

Schönbohm, Wulf/ Braun, Günther E. (Hrsg.): CDU Programmatik: Grundlagen und Herausforderungen, München 1981.

Schönwald, Matthias: New Friends - Difficult Friendships: Germany and its Western Neighbours in Postwar Era, in: Contemporary European History, II 2 (2002), S. 317-332.

Schorr, Helmut J: Adam Stegerwald. Skizze eines mutigen Lebens, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Christliche Demokraten der ersten Stunde, Bonn 1963, S. 363-382

Schröder, Wolfgang: Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.

Schröder, Wolfgang: Zwischen Sozialkatholizismus und Partei-orientierung. Die christlich-sozialen Funktionäre im DGB von 1945 bis 1960, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5/91, S. 328-338.

Schubert, Doris/ Kuhn, Annette (Hrsg.): Frauen in der deutschen Nachkriegszeit, Bd. 1, Düsseldorf 1984.

Schulz, Sabine: Der Aachener Karlspreis, Aachen 1998.

Schulz-Hageleit, Peter: Leben in Deutschland 1945-1955. Geschichtsanalytische Reflexionen, Pfaffenweiler 1996.

Schulze, Volker: Zeitungspressen in Nordrhein-Westfalen, in: Bernhard Boll/ Volker Schulze/ Hans Süßmuth (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, o. O., 1993, S. 35-87.

Schwabe, Klaus: Die Nachkriegszeit begann in Aachen, in: Walter Först (Hrsg.): Beiderseits der Grenzen, Köln 1987, S. 11-46.

Schwabe, Klaus: Aachen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Auftakt zur Nachkriegszeit, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 21-33.

Schwabe, Klaus: Aachen am Ende des Zweiten Weltkrieges: Von der NS-Herrschaft zu den Anfängen der alliierten Besatzung, in ZAGV:, Bd. 101, Jg. 1997/1998, S. 321-392.

Schwabe, Klaus: Vorspiel zur Nachkriegszeit: Ein amerikanischer Nachrichtenoffizier berichtet über seine erste Begegnung mit Aachenern im November 1944, in: ZAGV, Bd. 102, Jg.1999/2000, S. 491-518.

Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Konrad Adenauer. Reden 1917-1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1973.

Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876-1952, 2. Aufl., Stuttgart 1986.

Schwarz, Hans-Peter: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, 2. Aufl., Neuwied 1980.

Schwarz, Heinz: Zehn Jahre Junge Union Deutschlands. Erinnerungen anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Jungen Union im Jahre 1957, in: Christoph Böhr: Jugend bewegt Politik 1947-1987, Krefeld 1998, S. 81-94.

Schwarz, Siegfried: Wechselvolles deutsch-niederländisches Verhältnis, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, 4/2001, S. 906-907.

Schwedt, Herbert: Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit - nach Berichten von Zeitzeugen, in: Kurt Düwel (Hrsg.): Kriegsende und Neubeginn. Westdeutschland und Luxemburg zwischen 1944 und 1947, Stuttgart 1997, S. 33-67.

Schwering, Leo: Vorgeschichte und Entstehung der CDU, 2. neu bearb. und erw. Aufl., Köln 1952.

Schwering, Leo: Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union, Recklingshausen 1963.

Schwester Maria: Tagebuchaufzeichnungen der Aachener Elisabethin Schwester Maria über ihre Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und in der ersten Nachkriegszeit, in: ZAGV, Bd. 82, Jg. 72, S. 111-156.

Siemons, Hans: Off Limits. Alliierte Besatzung 1944 bis 1947 im Raum Aachen, Aachen 1994.

Siemons, Hans: Kriegsalltag in Aachen. Not, Tod und Überleben in der alten Kaiserstadt zwischen 1939 und 1944, Aachen 1998.

Siemons, Hans: Blues, Luckys und Kartoffelschnaps, Aachen 1998.

Siemons, Konrad: Ein Spiegel der Zeit. Die Geschichte der Aachener Volkszeitung, Aachen 1986.

Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Landesverband Rheinland (Hrsg.): 40 Jahre CDA Rheinland - Aufgabe und Verpflichtung für die Zukunft, o. O., 1984.

Stammen, Theo: Das alliierte Besatzungsregime in Deutschland, in: Josef Becker/ Theo Stammen/ Peter Waldmann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1987, S. 63-94.

Staritz, Dieter: Parteien für ganz Deutschland. Zu den Kontroversen über ein Parteiengesetz im Alliierten Kontrollrat 1946/47, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 32. Jg., 1984, S. 240-268.

Statistisches Amt der Stadt Aachen: Zehn Jahre Aufbau in Aachen. Bericht über die Verwaltung der Stadt Aachen in der Zeit vom 1. November 1944 bis zum Oktober 1954, Aachen o. J.

Stern, Carola/ Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1990, Frankfurt a. M., 1994.

Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen e.V.: 50 Jahre Internationaler Karlspreis zu Aachen 1950-2000. Die Auszeichnung für die Verdienste um die Europäische Einigung. Geschichte des Aachener Bürgerpreises, Aachen 2000.

Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984.

Studentinnenschaft der RWTH Aachen (Hrsg.): 125 Jahre RWTH aus studentischer Sicht, Aachen 1995.

Stützle, Peter: Auf den Spuren der CDU: Parteigeschichte aus der Sicht von Zeitzeugen, München 1995.

Süssmuth, Hans: Das Land Nordrhein-Westfalen - Entstehungsgeschichte und britische Pressepolitik, in: Bernhard Boll/ Volker Schulze/ Hans Süssmuth (Hrsg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte - Profile - Struktur, o. O., 1993, S. 13-33.

Sywottek, Arnold: Tabuisierung und Anpassung in Ost und West. Bemerkungen zur deutschen Geschichte nach 1945, in: Thomas Koebner/ Gert Sautermeister/ Sigrid Schneider (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1988, S. 229-260.

Thies, Jochen: What is going on in Germany? Britische Militärverwaltung in Deutschland 1945/46, in: Claus Scharf/ Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 29-50.

Trampe, Gustav: Die Stunde Null: Ereignisse am Kriegsende und Neuordnung, Stuttgart 1995.

Trees, Wolfgang: Krieg ohne Sieg. Schicksale in Europa 1935-1945, Aachen 1978.

Trees, Wolfgang/ Whiting, Charles: Die Amis sind da! Wie Aachen erobert wurde. Sonderdruck aus der „Aachener Volkszeitung“, 4. Aufl., 1977.

Trees, Wolfgang: Schlachtfeld Rheinland. Das Ende des Krieges zwischen Maas und Rhein September 1944 bis März 1945 in Bild-dokumenten, Aachen 1976.

Trees, Wolfgang/Whiting, Charles: Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff, Aachen 1982.

Trittell, Günter, J: Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 51, Stuttgart 1975.

Trittell, Günter J.: Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945-1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 22 vom 31. Mai 1986, S. 18-29.

Trittell, Günter J.: Hunger und Politik. Die Ernährungskrise in der Bizone (1945-1949), Frankfurt a. M./ New York 1991.

Trommler, Frank: „Deutschlands Sieg oder Untergang“. Perspektiven aus dem Dritten Reich auf die Nachkriegsentwicklung, in: Thomas Koebner/ Gert Sautermeister/ Sigrid Schneider (Hrsg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939-1949, Opladen 1988, S. 214-228.

Tyrell, Albrecht: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941-1945, Frankfurt a. M., 1987.

Uertz, Rudolf (Hrsg.): Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen der Union 1945-1949, Stuttgart 1981.

Uhl, Bernd: Die Idee des christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947, Mainz 1975.

Vaubel, Ludwig: Zusammenbruch und Wiederaufbau. Ein Tagebuch aus der deutschen Wirtschaft 1945-1949, in: Wolfgang Benz

(Hrsg.): Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, München 1984.

Verbeeck, Georgi: In de spiegel van de internationale politiek. Belgie en het Duitse vraagstuk, in: Mark van den Wijngaert/Lieve Beullens: Oost West West Best. Belgie in de Koude Oorlog, Tiel 1997, S. 86-91

Vogel, Walter/ Weisz, Christoph (Hrsg.): Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd. I September 1945-Dezember 1946, München/ Wien 1976.

Vogelsang, Thilo: Westdeutschland zwischen 1945 und 1949. Faktoren, Entwicklungen, Entscheidungen, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 21. Jg., 1973, S. 166-170.

Volk, Ludwig: Ausblick auf Trümmern. US-Protokolle über eine Befragung des Bischofs van der Velden nach der Einnahme Aachens im Oktober 1944, in: ZAGV, Bd. 88/89 Jg. 1981/82, S. 205-214.

Wahl, Jürgen: Deutsch-Niederländische Beziehungen, in: Politische Studien, Sonderheft 2/98, 49. Jg., 1998, S. 26-30.

Wallraff, Franz: Zwischen den beiden Weltkriegen, in: Rat der Gemeinde Brand (Hrsg.): Brand früher und heute, Aachen 1971, S. 93-103.

Walter, Karin: Neubeginn im NS-Widerstand: Die politisch-theoretische Diskussion der Neuordnung in CDU und SPD 1945-1948, Erlangen 1985.

Watt, Donald, C: England blickt auf Deutschland. Deutschland in Politik und öffentlicher Meinung Englands seit 1945, Tübingen 1965.

Watt, Donald, C: Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik 1945-1949, in: Claus Scharf/ Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 15-28.

Weißel, Bernd: Befreiung und Neubeginn. Zur Stellung des 8. Mai 1945 in der deutschen Geschichte, Berlin 1968.

Weisz, Christoph: Deutsche Überlegungen zur Bildung der Bizone. Erich Roßmanns Reise durch die britische Besatzungszone August 1946, in: VfZ 22 (1974), S. 204-255.

Welty, Eberhard: Was nun? Die Entscheidung in die Zukunft. Grundsätze und Hinweise zur Neuordnung im deutschen Lebensraum, Köln 1946.

Wever, T.: De Groei naar het CDA. Momenten en impressies uit dertien bewogen jaren, Groningen 1980.

Whitaker, Denis: Endkampf am Rhein. Der Vormarsch der Westalliierten 1944/48, Berlin 1991.

Whiting, Charles: Ernest Hemingway und der Krieg im Westen 1944/45. Der spätere Literaturnobelpreisträger als Kriegsberichterstatter in der Eifel, Aachen 2002.

Wieck, Hans-Georg: Die Entstehung der CDU und die Wiederbe-gründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.

Wielenga, Friso: West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955, Den Haag 1989.

Wielenga, Friso: Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000.

Wielenga, Friso /Traute, Ilona (Hrsg.): Länderbericht Niederlande. Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 2004.

Wijngaert, Mark van den/Beullens, Lieve: Oost West West Best. Belgien in de Koude Oorlog, Tiel 1997.

Wilck, Hermann: Osbert Wilck. Die 246. Volksgrenadierdivision in der Zeit von September bis November 1944, in ZAGV: 73, 1961/62, S. 97-139.

Winkler, Heinrich-August (Hrsg.): Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979.

Winkler, Heinrich-August: Wendepunkte der deutschen Geschichte 1848-1990, Frankfurt a. M., 1994.

Winkler, Heinrich-August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1998.

Winkler, Heinrich-August: Der lange Weg nach Westen, Bd. I Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reichs bis zum Untergang der Weimarer Republik, 3.Aufl., München 2001.

Winkler, Heinrich-August: Der lange Weg nach Westen, Bd. II Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004.

Withuis, Jolande: Das Kriegstrauma in den Niederlanden, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, Bd. 15, 2004, S. 153-161.

Woyke, Wichard: Das politische System Belgiens, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, Opladen 1997, S. 357-380.

Zapp, Sabine: Der Auswärtige Dienst oder die Pflicht dem „Alten“ zu folgen, in: Armin Laschet (Hrsg.): Aachen, Adenauer und die Bonner Republik. Erinnerungen an Abgeordnete aus dem Wahlkreis „Karls des Großen“, Eupen 1995, S. 87-97.

Zelinsky, Ulrich: Bedingungen und Probleme der Neubildung von Führungsgruppen in Deutschland 1945-1949, in: Josef Becker/Theo Stammen/ Peter Waldmann (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1987, S. 223-239.

Zentrale des Katholischen Frauenbundes (Hrsg.): Ernte eines Lebens. Zum 80. Geburtstag von Helene Weber am 17. März 1961, Köln o.J.

VI. Quellen aus dem Internet

http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/aachen_profil/preise_auszeichnungen/wider_den_tierischen_ernst/index.html
(letzter Zugriff 22.03.2006)

<http://www.karlspreis.de/geschichte/geschichte49.html>
(letzter Zugriff 22.10.2003)

<http://www.theater-aachen.de/theater/geschichte.php3>
(letzter Zugriff 14.10.2004)

<http://www.cdu-aachen.de/kommunalwahlen.html>
(letzter Zugriff 25.02.2006)